Jahrbuch

für

Sozialwissenschaft

und

Sozialpolitik.

Herausgegeben

von

Dr. Ludwig Richter.

Zweiter Jahrgang.

Zürich-Oberstrass.

Verlag von Ferdinand Körber,

Buchhandlung für akadem.-politechn. Literatur.

1881.

Inhalts-Verzeichniss.

Vorwort.

Der vorliegende zweite Jahrgang des Jahrbuches bedarf nur weniger Vorbemerkungen, da die Anordnung des Inhaltes dieselbe geblieben ist. Die Berichte über Griechenland, Spanien und Portugal fallen diesmal hinweg; nach der Ansicht unserer werthen Berichterstatter über die sozialistische Bewegung in diesen Ländern haben sich die Verhältnisse derselben zu wenig geändert, um neuerdings Gelegenheit zu einer Darstellung zu geben. Neu hinzugekommen sind dagegen Berichte über die sozialistische Bewegung in Rumänien, über die Entwicklung des sozialistischen Gedankens in der hebräischen Presse Osteuropas und über die agrarpolitische Bewegung in Irland. Obwohl die letztere keine ausgesprochen sozialistische ist, so hielten wir es doch für geboten, ihre Besprechung im Jahrbuche zu veranlassen. Leider war ein uns zugesagter eingehender Bericht ausgeblieben, es musste daher der vorliegende in kürzerer Frist abgefasst werden, als sein Verfasser gewünscht hätte. Der geneigte Leser wolle daher Nachsicht üben.

Ferner ist in zwei Fällen ein Wechsel in den Personen unserer Berichterstatter eingetreten: es betrifft dies den österreichischen und den russischen Bericht. Im ersteren Falle auf Empfehlung, im zweiten unter voller Zustimmung des bisherigen Berichterstatters haben wir uns diesmal an Personen gewendet, die an der sozialistischen Bewegung ihrer Länder noch direkteren Antheil nehmen, als es zur Zeit bei den betreffenden bisherigen Mitarbeitern der Fall ist. In Bezug auf den Bericht über die russische Bewegung ist ausserdem noch, und zwar auf ausdrücklichen Wunsch seines Verfassers zu bemerken, dass auch dieser in unverhältnissmässig kurzer Zeit fertig gestellt werden musste, dass ferner der Verfasser gezwungen war, sein Manuskript bruchstückweise zu übersenden, dass er somit von einer ihm wünschenswerth erschienen Ueberarbeitung des gesammten Berichtes Abstand nehmen musste.

Obwohl im Grossen und Ganzen die eingelaufenen Berichte sich immer mehr dem Bilde nähern, welches dem Herausgeber bei Gründung des Jahrbuches in dieser Beziehung vorschwebte, so lässt doch besonders die chronologische Einheitlichkeit derselben noch viel zu wünschen übrig. Es ist unseren Mitarbeitern aus verschiedenen Gründen nicht immer möglich, die Berichte zur gleichen Zeit abzuschliessen, andererseits ist die Druckerei, in welcher das Jahrbuch hergestellt wird, nicht in der Lage, so schnell zu drucken, als es nöthig wäre, um zwischen dem Abschluss der Berichte und dem Erscheinen des Jahrbuches grössere Zeitdifferenzen zu verhindern. Diesem letzteren Uebelstande wäre zwar durch Kontrahirung mit einer grössern Druckerei abzuhelfen, indess wäre damit andererseits eine wesentliche Schädigung eines Instituts, welches direkt den Arbeiterinteressen dient, verbunden, und diese möchte der Herausgeber gern vermeiden.

Es bliebe also, soll die Anfangs gewählte Erscheinungsform von jährlich zwei Bänden beibehalten werden, nichts übrig, als den Inhalt der einzelnen Bände wesentlich zu reduziren und die Berichte derart alterniren zu lassen, dass pro Jahr wenigstens für jedes namhaft in Betracht kommende Land ein Bericht zum Abdruck kommt. Für diesmal aber erschien auch dieser Ausweg unthunlich, so dass die Leser des Jahrbuches den zweiten Jahrgang in einem Bande erhalten. Von der Aufnahme desselben wird es abhängen, welchen Modus wir für die Zukunft wählen werden.

Soviel über die formelle Seite. In Bezug auf den Inhalt sei uns noch folgende Bemerkung gestattet. In verschiedenen Ländern ist die sozialistische Partei leider gespalten, was eine objektive Berichterstattung natürlich erschwert. Wir lassen es uns in solchen Fällen als Regel gelten, einem Vertreter des eigentlichen Gros der Partei den Bericht anzuvertrauen, und geben es den angegriffenen Personen anheim, sich selbst zu vertheidigen. Wir wissen keinen schicklicheren und zweckmässigeren Weg als diesen.

Der Bericht über die Bewegung in der Ukraine hat von Seiten der Redaktion aus technischen Gründen eine Umarbeitung und nicht unwesentliche Kürzung erfahren. Dabei sind indess einige Phänomene, auf welche der Verfasser grossen Werth legt, nicht entsprechend hervorgehoben worden. Es betrifft dies namentlich Vorgänge und Aeusserungen, welche nach des Verfassers Ansicht für den prinzipiellen Charakter der Bewegung, sowohl in antireligiös-atheistischer als auch in politisch-oppositioneller Beziehung besonders bezeichnend

sind. Eine Ergänzung in diesem Bande des Jahrbuches war nicht mehr möglich; wir überlassen es dem Herrn Verfasser, in seinem nächsten Berichte darauf zurückzukommen.

Für die im vorigen Bande ausgeschriebenen Preisaufgaben haben wir auf mehrfachen Wunsch den Ablieferungstermin bis zum ersten April 1881 verlängert. Von der Bildung eines eigentlichen Preisrichterkomites haben wir Abstand genommen, nachdem zwei der für dasselbe in Aussicht genommenen Persönlichkeiten erklärt hatten, dass auch sie sich an der Konkurrenz zu betheiligen gedächten. Die Redaktion wird daher unter Hinzuziehung geeigneter Kräfte die Beurtheilung der eingesandten Arbeiten selbst übernehmen.

Trotz der vielen Schwierigkeiten, welche sich der Verbreitung des Jahrbuches in den Weg stellten, — es ist kaum nöthig, hinzuzufügen, dass auch die zweite Hälfte des ersten Jahrganges in Deutschland auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde — hat die Anzahl seiner Freunde in erfreulicher Weise zugenommen.

Der Herausgeber hält es für seine Pflicht, an dieser Stelle allen Denen, welche ihn bei der Verbreitung des Jahrbuches bereitwilligst unterstützten, sowie den Herren Mitarbeitern seinen besonderen Dank auszusprechen.

Dezember 1880.

Der Herausgeber.

Karl Fourier.

(Ein Vielverkannter.)

Von Herman Greulich.

> We must judge a man, not by the errors he commits, but by the truths he propounds. Most of his errors are not really his own. He inherits them from his predecessors, and if he throws some of them off, we should be grateful, instead of being dissatisfied that he has not rejected all.
>
> Th. Buckle, History of Civilisation in England. V. pag. 284.
>
> (Wir müssen einen Mann nicht nach den Irrthümern, welche er begeht, beurtheilen, sondern nach den Wahrheiten, welche er vorschlägt. Die meisten seiner Irrthümer sind in Wirklichkeit nicht die seinigen. Er ererbt sie von seinen Vorgängern, und wenn er einige derselben abgelegt, sollten wir uns freuen, anstatt unbefriedigt zu sein, dass er sich nicht von allen frei gemacht hat.)

Wohl kaum bezieht sich auf einen anderen Denker dieses schöne Wort des leider zu früh verstorbenen Buckle mehr, als auf den, mit dessen Aufstellungen sich diese Abhandlung beschäftigen soll: auf Karl Fourier. Wohl kaum ist ein Mann, der seine Vorstellungen schwarz auf weiss wiedergab, und der eine solch' glänzende Reihe von Dolmetschern und Auslegern seiner Idee hatte, selbst von Leuten, die ihm nahestehen sollten, derart verkannt worden, wie Fourier.

Man kann es begreiflich finden, wenn Leute, welche die heutige soziale Gestaltung als die vorzüglichste betrachten, einen Sozialreformer mit solcher Gedankenschärfe ausgestattet, wie Fourier es war, einen Menschen, der mit einer solchen Fülle grosser Ideen auftrat und doch dabei eine feine Beobachtungsgabe für das denkbar Unbedeutendste besass, für einen Narren erklären und diese ihre Behauptung damit zu beweisen suchen, dass sie sich an einige „Ungeheuerlichkeiten" anklammern, die sich aus seinen Aufstellungen etwa

herausklauben lassen. Unbegreiflich aber möchte es scheinen, wenn selbst Leute, die tief von der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse überzeugt sind, in das gleiche Urtheil einstimmen, und es bleibt hier — will man nicht Mangel an Verständniss oder gar schlimme Absicht voraussetzen — nur die Erklärung übrig, dass solche Leute den Mann, den sie beurtheilen, nur aus der Meinung anderer Leute her kennen.

Eine Unkenntniss dieser Art kann natürlich Solchen nicht weiter angerechnet werden, die als gewöhnliche Theilnehmer in der sozialen Bewegung stehen; man darf sie aber billigerweise denen zum Vorwurf machen, die mit der Anmassung auftreten, ein massgebendes Urtheil aussprechen zu wollen. Sie beanspruchen damit für ihre Darstellungen ein gewisses Vertrauen ihrer Leser, und sie täuschen dieses Vertrauen, da sie über eine Sache schreiben, die sie gar nicht oder mindestens nur ganz ungenügend kennen, ohne eine Ahnung zu haben, welche Schätze sie aus dem Gedankenreichthum Fouriers sich aneignen und was Alles sie von ihm lernen könnten.

Immerhin soll die nachfolgende Abhandlung durchaus nicht den Charakter einer Polemik mit diesen Kritikastern tragen — einestheils ist diese Aufgabe schon in kurzen Zügen durch die bekannte Engels'sche Streitschrift gegen Dühring erledigt, anderntheils muss eigentlich die wirksamste Polemik in einer Darlegung der Gedanken Fourier's über die heutige und die künftige Gesellschaft bestehen, denn dieselbe wird am besten zeigen, wie sehr seine Bekrittler dem Manne Unrecht gethan haben.

Eine solche Darlegung ist aber nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit gegen das Andenken dieses Vielverkannten, sie ist auch eine Ehrenpflicht, die, obgleich ohne formelle Berechtigung dazu, doch im Namen der sozialistischen Bewegung deutscher Zunge erfüllt wird — eine Ehrenpflicht, für deren Erfüllung natürlich der Verfasser gern die Verantwortlichkeit trägt.

Diese Darlegung soll eine freie und selbstständige sein, sie wird sich nicht allein an Fourier selbst, sondern auch an die Auslegungen seiner Schule halten, die zum richtigen Verständniss unentbehrlich sind, und sie wird sich natürlich nicht in eine Orthodoxie verlieren, wie solche bei den Epigonen, den späteren Anhängern der sozietären Schule, schon zu Tage trat; denn der Verfasser dieser Abhandlung steht auf dem Standpunkt der modernen sozialdemokratischen Bewegung und daher jeder Orthodoxie fern.

I.

Kleine Ursachen — grosse Wirkungen. Eines Tages — es sind beiläufig 103 Jahre her — verhandelt der ehrsame Tuchkaufmann Fourier in Besançon mit einem Kunden, der einen Einkauf machen will; in dem Laden befindet sich auch das fünfjährige Söhnchen, und als der Kunde sich näher nach der Beschaffenheit einer

Waare erkundigt, sagt das kleine enfant terrible zum Verdruss seines Vaters dem Kunden die Wahrheit, die ihm der vorsichtige Kaufherr verschweigen wollte. Der kleine Karl wurde dafür von seinem Vater schwer gezüchtigt.

Gewöhnliche Menschen werden durch solche Mittel zu dem herangezogen, was man im gewöhnlichen Leben unter allen möglichen Namen als nothwendige Lüge bezeichnet. Auf den kleinen Karl Fourier machte aber diese Bestrafung für eine ausgesagte Wahrheit einen anderen Eindruck. In die unverdorbene Kindesseele zog mit einem Gefühl unauslöschlicher Bitterkeit — ob des erlittenen Unrechts — das Bewusstsein, dass der Mechanismus des Handels auf gegenseitiger Täuschung und Uebervortheilung beruhe. Es wird berichtet, dass Karl Fourier schon in seiner zartesten Jugend jene feste unbezähmbare Willenskraft besessen habe, die ihm sein ganzes Leben hindurch innewohnte, und dass er nach jener Züchtigung schwur — wie Viktor Considérant an seinem Grabe sagte — nicht rasten zu wollen, bis er die Mittel gefunden habe, um den Handel auf die Grundlagen der Wahrheit und Rechtlichkeit zu stellen.

So mythisch die Erzählung von dem Kindheitsgelübde als von einem andern Hannibals-Schwur auch klingt, Thatsache ist, dass zahlreiche Züge aus Fouriers Kindheit und Jugendzeit zeigen, dass er sich unentwegt mit diesbezüglichen Reformgedanken trug, und dass ohne Zweifel dieses erwähnte Ereigniss von frühester Kindheit an seinem Denken die Richtung gab, die ihn später zu einer Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsorganisation führte.

Aber noch ein anderes Ereigniss sollte einen bestimmenden Eindruck auf Fourier machen. Nach wechselvollem Geschick*) kam Fourier im Anfang 1799 nach Marseille in ein Handlungshaus. Dieses hatte während einer Hungersnoth mit Getreide und Reis à la hausse spekulirt und deshalb mit seinen Vorräthen zurückgehalten. Ein Sinken des Preises zerstörte aber diese Spekulation, und der kaum 27jährige Fourier wurde beauftragt, eine Schiffsladung (20,000 Zentner) Reis heimlich in das Meer zu schütten. — Diese Begebenheit brachte seine Umgestaltungs-Gedanken zur Reife, und es ist denn auch dieses Jahr 1799 dasjenige, in welchem er zu seinen Vorstellungen über die gesellschaftliche Umgestaltung den Schlussstein fügte, wo er, wie er selbst und seine Schüler sagen, seine „Haupt-

*) Fourier verlor bei der Belagerung Lyon's durch die Truppen des Konvents den grössten Theil seines Vermögens und entging nach der Einnahme (1793) nur mit knapper Noth der Guillotine. Bei der Massenaushebung kam er zum Kriegsdienst, den er bei der leichten Kavallerie etwa zwei Jahre mitmachte. Schon vorher hatte er bedeutende Reisen gemacht. Diejenigen, welche sich näher über das Leben Fourier's unterrichten wollen, verweisen wir auf das Buch: „Fourier, sa vie et sa théorie", von Charles Pellarin, dessen erste Auflage 1838 in der librairie sociétaire zu Paris erschien. Fourier wurde geboren am 7. April 1772 zu Besançon und starb den 10. Oktober 1837 zu Paris.

entdeckung“ machte. Die „Hauptentdeckung“ betrifft das Gesetz der sozialen Attraktion, welche nur durch die Organisation der Reihen (Serien) und Gruppen zur Harmonie führen kann. Eine Veröffentlichung im „Bulletin de Lyon“ vom 11. Frimaire des Jahres XII (3. Dezember 1803) betitelt „Harmonie universelle“ zeigte des deutlichsten, dass Fourier damals mit seinem Organisationsplane schon ganz „fertig“ war. 1808 gab er sein berühmtes Werk „Théorie des quatre mouvements“ als „Prospekt“ heraus, auf dem wegen der napoleonischen Pressgesetze als Druckort Leipzig steht, das aber in Lyon gedruckt wurde. In diesem Buch ist das ganze Wesen von Fourier's Theorien bereits enthalten, seine späteren Veröffentlichungen sind nur speziellere Ausführungen einzelner Theile dieser Theorie.

Es mag hier am Platze sein, ganz kurz eine Erklärung des Titels „Theorie der vier Bewegungen“ beizufügen, wobei gleich zu bemerken ist, dass es nach den späteren Ausführungen Fourier's eigentlich fünf Bewegungen sind, von denen er vier als „kardinale“ und eine als „pivotale“ bezeichnet, um welch' letztere als den Pivot (Angelpunkt) sich die anderen drehen, wie etwa die Planeten um die Sonne. Ein Analogon (Abbild) dieser Klassifizirung wäre die menschliche Hand, wo der herrschende Daumen den Pivot darstellt, während die vier anderen Finger die kardinalen Bewegungen repräsentiren. Das Schema dieser Bewegungen ist folgendes:

Pivotale Bewegung: ⋈ die soziale,

Kardinale Bewegungen: {
1. „ instinktuelle,
2. „ organische,
3. „ aromale,
4. „ materielle.

Die Theorie der materiellen Bewegung ist zum Theil schon erklärt, die epochemachendste Entdeckung hierin ist die des Gravitationsgesetzes (der materiellen Attraktion) durch Newton.

Die Theorie der „aromalen“ Bewegung soll die Naturgesetze erklären, nach welchen die „Arome“ sich den Körpern mittheilen und ihren Einfluss auf dieselben ausüben. Unter „Aromen“ versteht Fourier gewisse Naturkräfte, die, wie Elektrizität, Magnetismus, Nervenfunktionen etc., nur in ihren Aeusserungen unseren Sinnen erkennbar sind. Fourier brauchte hier den Ausdruck „Aromen“ vermuthlich darum, weil durch den Geruch die feinsten Fluiden wahrgenommen werden.

Die Theorie der „organischen“ Bewegung soll erklären, nach welchen Naturgesetzen die Wesen und Substanzen ihre Eigenschaften, Formen, Farben, Töne, Geruch, Geschmack etc. erhalten. Nach der Meinung Fourier's streben alle diese Bewegungen nach einer Harmonie, einer Ausgleichung und Uebereinstimmung, wie das bis jetzt einzig im Reich der Töne, in der Musik, erreicht ist. Wie letztere durch das Gehör uns in eine höhere Stimmung, in eine Glückseligkeit versetzen kann, so sollen auch die Eindrücke auf unsere anderen Sinne einer Harmonie entgegengeführt werden.

Die Theorie der „instinktuellen“ Bewegung soll die Natur-

gesetze erklären, nach welchen unter den Wesen die Triebe (passions) und Instinkte vertheilt sind, und wie sich dieselben äussern.

Die Theorie der „Sozialen" Bewegung soll die Naturgesetze erklären, nach welchen die Anordnung (ordonnance) und Aufeinanderfolge der verschiedenen sozialen Mechanismen oder Gesellschaftsformen sich regiert. Unsere Wissenschaften, sagte Fourier, haben in dieser pivotalen Bewegung — diesem Angelpunkt aller anderen Bewegungen — weder Wirkungen noch Ursachen erkannt oder erklärt, sie haben keinen der Wege auch nur annähernd erkannt, die zu der Einheit führen, welche die Harmonie der menschlichen Triebe ohne Anwendung von Zwangsmitteln voraussetzt.

Fourier behauptete bis an sein Lebensende, diese Bewegung erkannt und damit eine wichtigere Entdeckung gemacht zu haben als Newton, da durch dessen Entdeckung des materiellen Bewegungsgesetzes das Elend nicht aus der Welt geschafft werden kann. Wie der moderne Sozialismus nach materialistischer Geschichtsauffassung die ökonomische Struktur der Gesellschaft als das Knochengerüst betrachtet, an dem die Weichtheile der politischen Form, der herrschenden Moral-, Religions- und Rechtsanschauungen nur die äussere Hülle bilden, ja sich zu ersterem wie die Wirkung zur Ursache verhalten, — so erblickte Fourier in dem von ihm entdeckten pivotalen sozialen Bewegungsgesetz sogar den Schlüssel zu den Gesetzen aller anderen Bewegungen, er sah in den letzteren nur die Wiederspiegelungen (Analogien) der sozialen Bewegung und bedauerte tief, dass ihm seine Mittel nicht erlaubt hätten, sich die nöthigen Spezialkenntnisse zu erwerben und auch nicht die nöthige Zeit gewährten, um dafür z. B. auf dem Gebiete der Naturwissenschaften die genauesten Nachweise erbringen zu können. Fourier war eben, nachdem er sein Vermögen verloren, nur ein schlechtbezahlter Kommis.

Uebrigens stand Fourier mit dieser seiner Auffassung nicht vereinzelt, denn fast zur selben Zeit fanden auch zwei deutsche Gelehrte, der Philosoph Schelling und der Naturforscher Oken, dass die materielle Welt nur der Spiegel der geistigen sei.

* * *

Will man nun die Vorstellungen Fouriers, soweit sie einen bleibenden Werth für die soziale Wissenschaft und die soziale Umgestaltung haben, verstehen und ihrem Werthe nach schätzen, so muss man dem Gedankengange folgen, aus dem sie sich logisch entwickelt haben. Diesem Gedankengange folgend wird man nicht allein die Berührungspunkte der von Fourier aufgestellten Ideen mit dem modernen Sozialismus leicht herausfinden, sondern man wird auch leicht erkennen, wo die Theorie Fourier's beginnt, eine utopistische zu werden, und man wird ebenso leicht erkennen, worin gewisse Widersprüche ihren Grund haben — Widersprüche, an welche sich gerade meistens die sozialistischen Kritiker angeklammert haben, um gegen die übrigen wesentlichen sozialen Vorstellungen Fourier's, die

sie entweder nur oberflächlich kannten, oder mindestens nicht verstanden, zu Felde zu ziehen.

Nun zur Sache.

Fourier wurde, wie schon erwähnt, zuerst auf den Widerspruch gestossen, in dem der Mechanismus des **Handels** mit den gewöhnlichen Aufstellungen der Moral steht. Dazu kommt, dass seine Jugendzeit in die Epoche fällt, wo der Handel noch mit ziemlicher Verachtung angesehen wurde, was zu einem Theil auf Rechnung der vor der Revolution tonangebenden herrschenden Stände, Adel und Geistlichkeit, kam, anderntheils auch der damals noch sehr einflussreichen physiokratischen Schule*) zugeschrieben werden muss, welche bekanntlich nur den Ackerbau als wirkliche Produktion gelten liess.

Mit dem Ausbruch der französischen Revolution und dem Sieg des dritten Standes änderte sich diese Sachlage, in Frankreich, wie schon vorher in England, begann der Handel ein bedeutendes Gewicht auf das Staatsleben auszuüben und fand in den Oekonomisten seine Lobredner, die aus seinem Aufschwunge das Heranbrechen des tausendjährigen Reiches der Glückseligkeit prophezeiten.

Diese flache Erfolgsanbetung führte nun Fourier dazu, den Handel — das Gewerbe, das er Zeit seines Lebens als „sergeant de boutique", wie er sich in seinem unverwüstlichen Humor selbst nennt, selbst ausübte und nach allen Richtungen kannte — einer Kritik zu unterwerfen, wie sie schärfer und erbarmungsloser weder vor noch nach ihm ein Anderer je ausgeübt hat. Er bezeichnete ihn als ein Spiel zwischen Betrüger und Betrogenen und direkt als Lüge, Wucher, Betrug und Dieberei jeder Art, als Strassenräuberei, und sein Hauptzorn richtete sich gegen die Agioteurs und die Aufkäufer von Lebensmitteln, die Kornwucherer, die einer Bande von verbündeten Seeräubern, einem Schwarme von Geiern, welche die Erzeugnisse der nützlichen Arbeit in Landwirthschaft und Gewerbe aufzehren, zu vergleichen seien.

Genau betrachtet, ist soweit die Anschauung Fourier's nichts weiter, als eine Erweiterung der physiokratischen Anschauungen, nur dass er von vornherein Gewerbe und Manufaktur (man versteht darunter jene Anfänge des Grossbetriebes mit Arbeitstheilung, die zuerst auf den zünftigen Handwerksbetrieb folgten; die heutige Industrie mit ihrem Kraftmotoren- und Maschinenbetrieb konnte damals noch kaum in Betracht kommen) der Landwirthschaft als Produktion gleichstellte. Dagegen fand er es empörend, dass die blosse Funktion der Zirkulation, des Verkehrs, der Vermittelung zwischen Produzenten und Konsumenten, nicht allein zum Herd einer mindestens zu neun

---

*) Die physiokratische Schule lehrte, dass die höchste Blüthe des Landbau's die einzige Quelle des Volksreichthums sei, die merkantilistische Schule dagegen verfocht die Ansicht, dass Handel und Industrie vor Allem begünstigt werden müssten und der Reichthum eines Landes in der grösstmöglichen Masse von Gold oder Silber bestehe.

Zehntel, wo nicht neun Zwanzigstel überflüssigen Schaar von Schmarotzern, sondern auch zur Quelle des reichlichsten Gewinns und einer sozialen Machtstellung werden sollte, deren Entfaltung zu einer Handelsfeudalität mit monopolistischen Privilegien er damals, also schon Mitte der 90er Jahre, klar voraussah.

Man sieht, Fourier liess sich keinen Augenblick durch das Zauberwort „freie Konkurrenz“ blenden. Er sah klar voraus, dass diese „freie Konkurrenz“ im Handel die Produktion und Konsumtion auf's schwerste schädigen müsse, dass sie nur die Verschlechterung und Verfälschung der Produkte und die Giftmischerei mit den Lebensmitteln hervorrufe und prämiire. Die Thatsache, dass ein Mensch, der weiter nichts zu versehen habe, als die Produkte vom Erzeuger zum Verbraucher zu übermitteln, diese Produkte als sein Eigenthum erwerben und damit schalten und walten könne, wie ihm beliebe, betrachtete er als die Ursache des Uebels, dieses Raubes an der Gesellschaft, und die Aufkäufer von Nahrungsmitteln, die Kornwucherer, verglich er mit einer Bande von menschlichen Hyänen, die auf einem verlassenen Schlachtfelde die Blessirten plündern und ihre Wunden noch weiter aufreissen.

Wie wenig Fourier übrigens bei seiner Kritik des Handels an persönliche Schimpfereien dachte, mag folgende Stelle aus der „Théorie des quatre mouvements“ zeigen; sie befindet sich im dritten Theil „de la licence commerciale“ (erste Auflage von 1808 pag. 313) und mag hier einen Platz finden, weil sie fast den gleichen Gedanken ausspricht, wie Marx in seinem Vorwort zur ersten Auflage des „Kapital“ auf pag. 6 und 7:

„Ich werde Gelegenheit haben, sehr wenig schmeichelhafte Ansichten über den ganzen Handel auszusprechen, aber ich habe schon früher bemerkt, dass, wenn ich ein Gewerbe kritisire, ich nicht damit die Individuen tadle, welche dasselbe ausüben. Gar Mancher, der über das Gebahren der Agioteurs, der Advokaten und Anderer sich entrüstet, würde, wenn er ihre Stellung einnähme, sie vielleicht an Geldgier noch übertreffen. Man soll daher nie die Triebe der Individuen schelten, sondern nur die Zivilisation (Fourier meint damit immer die bürgerliche Gesellschaftsordnung), welche diesen Trieben zu ihrer Befriedigung nur die Bahn des Unheils offen lässt und damit den Menschen zwingt, schlecht zu sein, um zu Reichthum zu gelangen, ohne welchen sie ihm kein Glück bieten kann.“

Daher war Fourier's erste Aufstellung, dass der Handel und Verkehr, als eine unproduktive, blos vermittelnde Funktion dem Privatbetrieb ganz entzogen, dem Gesellschaftskörper untergeordnet und bei möglichst einfachem und direktem Verkehr, sowie mit möglichster Oekonomie am dazu verwendeten Personal, zu einer Funktion verantwortlicher und absetzbarer Beamten werden solle. Dadurch würde zunächst ein ganz bedeutender Theil von Arbeitskräften zu nützlicher produktiver Thätigkeit verwiesen, und mit dem Wegfall des persönlichen Verfügungsrechtes über die in der Zirkulation befindlichen Produkte, sowie des persönlichen Gewinns an den-

selben, müsste auch die Schädigung der Produktion und Konsumtion und ebenso die Verschlechterung und Verfälschung der Produkte verschwinden. Das Gemeinwesen würde dann natürlich seine diesbezüglichen Agenten und Beamten anweisen, nur reelle Produkte anzunehmen.

Aus dieser Aufstellung ergab sich für Fourier auch gleich die Organisation des Handels und Verkehrs als öffentliche Funktion, als deren Einheit er das Gemeinde-Komptoir (comptoir communal) betrachtete. Dieses Gemeinde-Komptoir müsste umfassen: 1) eine Hypothekar- und Lombard-Bank (natürlich in organischem Zusammenhang stehend mit den Komptoirs der anderen Gemeinden), die sowohl unbewegliches Eigenthum, als alle Produkte aus der Gemeinde nach dem Grade ihres gesellschaftlichen Werthes belehnt; 2) ein grosses Niederlagshaus für die belehnten Produkte und 3) eine Verkaufs- und Speditions-Agentur.*)

Durchgeht man nur einigermassen die Schilderung, welche Fourier von einem solchen Gemeinde-Komptoir giebt, so bekommt man gleich einen Eindruck von seiner ungemein scharfen Beobachtungsgabe. Er denkt geradezu an Alles und bewegt sich in dem Stillleben eines bäuerlichen Mikrokosmos gerade so sicher, wie in seinen genialen Auslassungen über die Analogie in der Natur, die ihn dazu führten, das Vorhandensein eines weiteren Planeten, des später von Leverrier entdeckten Neptun, mit aller Bestimmtheit vorauszusagen.

Er stellt dar, wie dieses Gemeinde-Komptoir nicht allein die Funktionen des heutigen Bank- und Handelswesens viel schneller, einfacher und unendlich reeller und wohlfeiler besorgt, sondern auch von vornherein den Produzenten eine Masse von Arbeit erspart. Nicht mehr ist jeder Bauer genöthigt, seinen eigenen Speicher, seinen eigenen Keller, seine eigenen Fässer, sein eigenes Fuhrwerk zu haben. Das Alles hat viel vortheilhafter eingerichtet das Gemeinde-Komptoir, und Fourier räth, wie er an Alles denkt, in solchen Dörfern mit der Errichtung solcher Komptoirs zu beginnen, wo sich leere Klöster befinden, da, wie er satirisch bemerkt, die Mönche mit besonderer Sorgfalt darauf gesehen hätten, gute Keller und Speicher zu haben.

Als ein Beispiel, welch' grosser Unterschied hierbei zwischen Klein- und Grossbetrieb besteht, erzählt Fourier, dass, als er im Jahre 1818 sich hart an der savoyischen Grenze aufhielt, im Juli dieses Jahres den dortigen kleinen Bauern 10,000 Fässer Wein infolge schlechter Keller umschlugen (ungeniessbar wurden); den grossen Besitzern der gleichen Gegend, die gute Keller und die Mittel zur Erfrischung des Weines hatten, schlug auch nicht ein Fass um. Die

*) Wer sich näher über den Organismus eines solchen Gemeinde-Komptoirs interessirt, den verweisen wir auf das schon 1855 in Zürich erschienene Schriftchen „Bank- und Handelsreform nach Fourier'schen Grundsätzen von F. Coignet, übersetzt von Karl Bürkli“, das bei der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich zu 50 Cts. bezogen werden kann.

armen Bauern suchten nun durch Einführung der Seidenzucht sich eine Hülfsquelle zu verschaffen, drei Viertel unter ihnen sahen aber ihre Raupen wegen schlechter Witterung zu Grunde gehen, während den Reichen nicht für einen Heller zu Grunde ging, denn sie hatten gute Lokalitäten und Einrichtungen. Nach diesem doppelten Verlust schrieen die Bauern: „Gott liebt nicht die Armen!“ Dazu bemerkt nun Fourier: Das ist wahr. Gott liebt nicht die kleine Kultur, den Kleinbetrieb, er will die grossen sozietären Vereinigungen, die genügend mit Mitteln versehen sind.

Das gemeinsame Einkellern und Einspeichern der Ernten und die gemeinsame Behandlung der belehnten Vorräthe im Gemeinde-Niederlagshause, um sie in gutem Zustande zu erhalten, wird natürlich kaum ein Zehntel der Arbeit erheischen, als wenn jeder Bauer diese Arbeiten für sich besorgt. Es wird daher Zeit sowohl zu besserer Kultur, als auch namentlich im Winter zum Betrieb einiger gewerblicher Arbeitszweige gewonnen, welche das Gemeinde-Komptoir einrichten oder doch wenigstens den Anstoss dazu geben kann, wie es auch für deren Absatz sorgt.

Noch mehr. Bei diesem Gemeinbetrieb des Handels, bei dem natürlich alle Interessenten über Kauf und Verkauf mitzusprechen und zu stimmen haben und also quasi die Börse der Zukunft bilden, wird sich bald herausstellen, — man beachte, dass hier Fourier immer noch selbstständige Kleinbauern (kleine Eigenthümer) vor Augen hat — dass sich der gleiche Vortheil, wie beim gemeinsamen Niederlagshaus und beim Gemeinde-Komptoir überhaupt, auch noch durch den Gemeinbetrieb auf anderen Gebieten erzielen lässt.

Man wird z. B. bald einsehen, dass es unvortheilhaft ist und viele Arbeitszeit dabei verschwendet wird, wenn jede der 3—400 Familien für sich die Wäsche besorgt, denn man kann mit riesiger Ersparniss an Brennmaterial, an Zuthaten (Seife etc.) und hauptsächlich an Arbeit diese Funktion in einem Gemeinde-Waschhaus besorgen (und Fourier konnte noch gar nicht wissen, von welcher Wichtigkeit hierbei die Verwendung von Maschinen und Dampf werden sollte!), wo Alles auf's zweckmässigste eingerichtet ist und die Wäsche viel sorgfältiger behandelt und sauberer hergestellt werden kann.

Hat man in dieser Erweiterung des Gemeinbetriebs wieder einen bedeutenden Vortheil für die Gesammtheit und den Einzelnen ersehen, und merken die Frauen, dass dadurch ihre Arbeitskraft für weitere, ihnen angenehmere Thätigkeit frei werde, so wird die Aufmerksamkeit sich bald noch auf Weiteres richten. Anstatt, dass die Familien ihr Brod für sich backen, wird eine Gemeinde-Bäckerei, ebenso wie das Waschhaus in Verbindung mit dem Gemeinde-Komptoir, diesen Dienst viel vortheilhafter und besser versehen. Und warum sollte man nicht noch einen Schritt weitergehen und es für eine grossartige Verschwendung von Arbeitskraft, Brennmaterial, Geschirr etc. halten, wenn Tag für Tag 3—400 Frauen in 3—400 schlecht eingerichteten Küchen mit einem kolossalen Aufwande von Brennmaterial,

Geschirr, Mühe und Zeit die Mahlzeiten zubereiten, die viel ökonomischer, manigfaltiger und schmackhafter in einer grossen, auf's vortheilhafteste eingerichteten Gemeindeküche hergestellt werden könnten und kaum den zehnten Theil an Arbeitskraft und Brennmaterial in Anspruch nehmen würden?

Könnte aus diesen Küchen nicht Jedermann Speisen nach seinem Geschmack und seinen Mitteln (Fourier hat hier, wie schon erwähnt, in Produktion und Besitz selbstständige Bauern vor Augen) beziehen, sie entweder in den gemeinsamen Speisesälen zu sich nehmen, oder sich heimholen lassen, um sie im Kreise seiner Familie zu geniessen? Und würde nicht der bei weitem grösste Theil der Frauen dadurch einer Arbeit enthoben, die sie meist nicht genügend verstehen und die ihnen schon desshalb und auch sonst eine Last ist, während es in jeder Gemeinde genug Leute giebt, die Verständniss und Kenntniss genug zur Funktion in der Gemeindeküche besitzen, und denen es ebensowohl Ehre als Freude gewähren würde, diese Funktion zu versehen, für die sie überdies gut entlohnt würden?

So gelangte Fourier, von dem Gedanken einer Umgestaltung des Handels ausgehend und folgerichtig weiterschliessend bereits zu einer ökonomischen Umgestaltung, die hier freilich im denkbar bescheidensten Rahmen, den Umkreis eines Bauerndorfes einnehmend, geschildert ist, die aber auf ein grösseres Staatswesen angewendet und mit den Mitteln ausgerüstet, welche die Entwickelung seit 85 Jahren geliefert hat, schon eine ganz gewaltige Umgestaltung repräsentiren würde, — und doch sind wir mit diesem Gedankengange, selbst soweit er die Einzelproduktion und das Einzeleigenthum unberührt lässt, noch nicht zu Ende. Es lässt sich noch weiter folgern: Wenn die 3—400 Familien des Dorfes keiner Einzelvorrathsräume, Keller und Speicher, keiner besondern Küchen, Speisekammern etc. mehr benöthigen, werden sie dann noch für nöthig halten, überhaupt Einzelhäuser mit unbequemen, ungesunden Wohnungen, deren Unterhalt theuer genug ist, zu besitzen? Werden sie es nicht für viel vortheilhafter erachten, ein grosses Gebäude zu erstellen, das genügend gute, gesunde, mit allen Bequemlichkeiten versehene Wohnungen enthält und in einer so manigfaltigen Auswahl, dass sich eine jede Familie nach ihrem Geschmack und Behagen, wie nach ihren Mitteln, logiren kann? Würde nicht hier eine jede Wohnung, auch noch so schön ausgestattet, wohlfeiler zu stehen kommen, als die Bau-, Unterhalts- und Reparaturkosten an dem Einzelhause? Wäre nicht bei Unfällen geschwind Beistand zur Hand? Und könnte sich nicht diejenige Familie, die gern zurückgezogen lebt, hier in diesem grossen weitverzweigten Hause viel eher eine abgeschlossene Wohnung aussuchen, als vorher in dem Einzelhause, wo der Vorübergehende zu allen Fenstern hineinschauen kann?

Und würde man endlich bei einer derartigen Oekonomie im Bau (gegenüber den Einzelnhäusern) nicht Einrichtungen treffen können, auf welche sonst die Bewohner kleinerer Gemeinden ganz verzichten müssen: Theater- und Versammlungssäle, Museen, Bibliothek- und

Lesesäle, bedeckte, alle Theile des Gebäudes verbindende Gänge (Gallerien auf den Hofseiten), wo man, gegen die Unbilden der Witterung geschützt, verkehren und spazieren gehen könnte, sowie kleinere Gesellschaftszimmer etc. Ferner einheitliche (und doch für jeden Raum regulirbare) Heizung mit ganz bedeutender Ersparniss an Brennmaterial, Wasserversorgung, Badezimmer etc. etc.?

Einmal auf diesem Standpunkte angelangt, kann man weiter folgern: Wäre es unter solchen Umständen noch denkbar, dass jede dieser Familien eine besondere Person zur Besorgung und Beaufsichtigung der Kinder hätte, wie das bisher der Fall war, kann das nicht vielmehr viel ökonomischer und besser geschehen, wenn die Kinder einer gemeinsamen Pflege, Wartung und Erziehung übergeben werden, für welche es verhältnissmässig weniger Personen bedarf, die sich, was Befähigung und Lust dazu betrifft, ja überall finden und ihrer Aufgabe in der Regel viel besser nachkommen, als dies die Eltern können? Ja, entspräche eine solche Einrichtung nicht sogar dem lebhaftesten Wunsche der Kinder selbst, die vom frühesten Alter an gar keine grössere Glückseligkeit kennen, als mit anderen Kindern zusammen zu sein?

Wie Vieles liesse sich hier aus dem Gedankengange Fourier's noch anschliessen, wäre der Rahmen dieser Abhandlung nicht ein knapp gefasster, so dass eine möglichste Einschränkung im Stoff, der in einem Uebermass von Reichthum vorliegt, dringend geboten ist.

* * *

Die Umgestaltung des Handels durch die Einrichtung des Gemeinde-Komptoirs eröffnet aber nicht nur, wie bisher gezeigt wurde, eine Bahn zur Erweiterung der Gemeinwirthschaft in Beziehung auf Konsumtion, sondern sie weist auch auf die Gemeinwirthschaft in der Produktion hin. Schon weiter oben wurde erwähnt, dass durch die bedeutenden Arbeits-Ersparnisse eine Masse von Arbeitskräften frei werden, die ebensowohl in der günstigen Jahreszeit zur besseren Kultur und Erleichterung der Arbeit für die Anderen, zur Winterszeit aber in gewerblicher Thätigkeit, in der Manufaktur (die Industrie lag damals noch in den Windeln) bethätigt werden können. Fourier meinte damals, dass jedes Gemeinde-Komptoir wenigstens drei Manufakturen einrichten sollte. Das Gemeinde-Komptoir, das ja den ganzen Austausch und Verkehr in den Händen hat, würde dann auch einzig geeignet sein, die Einrichtungen zu beschaffen, und — da es ja auch den Absatz der Produkte vermittelt — ebenso auch verpflichtet sein, für den Unterhalt der in den Manufakturen Arbeitenden, resp. für deren Belöhnung zu sorgen. Es läge also hier ein Gemeinbetrieb vor, dessen Gewinn auch wieder dem Gemeinwesen zu Gute käme.

Aber dabei würde es ja natürlich nicht stehen bleiben, denn die Vortheile des Gemeinbetriebs müssten es bald Jedem klar machen, dass es unvortheilhaft sei, wenn jeder Besitzer sein Stück Land für

sich bearbeite, während durch Arbeitstheilung und Ineinandergreifen aller Kräfte das ganze Areal der Gemeinde viel besser, zweckmässiger und mit viel geringerem Aufwand an Mühe und Arbeitszeit sowohl bearbeitet als rationeller bepflanzt und dadurch auch ertragsfähiger gemacht werden könnte. Diese Einsicht müsste sich, wie gesagt, sobald einmal die Bahn des Gemeinbetriebes eröffnet wäre, Jedem aufdrängen, und es dürfte deshalb gar nicht lange dauern, bis aus der Gemeinde auch in Beziehung auf Produktion eine Assoziation würde. Die Sache würde sich aus freiwilliger Ueberzeugung, keinenfalls durch Zwang (der überhaupt bei Fourier strikte ausgeschlossen ist) vollziehen, und Niemand hätte dabei etwas von seinen Eigenthumsrechten abzugeben, sondern nur die eigenmächtige Bearbeitung seines Bodens. Die Eigenthumsansprüche würden in Antheilscheinen, die zu Zins und Gewinnantheil berechtigten, bescheinigt, und kein Jota dürfte daran fehlen.

Ja, Fourier weist sogar darauf hin, dass das Eigenthum durch diese Umgestaltung sowohl leichter beweglich gemacht, als auch durch eine solidarische Garantie der Gemeinde mit allen ihren Werthen viel sicherer gestellt werden kann, als dies heute möglich ist.

Bis hierher verlief der Gedankengang Fourier's ganz glatt, in der Kette der Gedanken schloss sich ein Glied folgerichtig an's andere — hier aber angelangt, musste er sich mit einem schweren Zweifel abfinden — hier trat ihm eine Frage entgegen, die von ausserordentlicher Wichtigkeit ist, und die auch heute noch von Gegnern des Sozialismus aufgeworfen wird, die keine Ahnung davon haben, in wie genialer Weise Fourier diese Frage beantwortet hat. Ehe jedoch auf diese Kardinalfrage der sozialen Fragen und ihre Beantwortung eingegangen wird, sei eine Zwischenbetrachtung gestattet.

* * *

Der Gedankengang Fourier's, soweit er vorstehend entwickelt wurde, wird den heutigen Sozialisten, hauptsächlich den deutschen Sozialdemokraten, befremdend erscheinen. Für sie setzt die ökonomische Umgestaltung auf dem Gebiete der Produktion ein und beginnt mit der Expropriation der Arbeitsmittel. Es sei hier nicht auf den Lassalle'schen Vorschlag der Gründung von Produktiv-Assoziationen mit Staatshülfe resp. Staatskredit verwiesen, welcher Vorschlag ja von Lassalle selbst in seinem Briefwechsel mit Rodbertus nur als leichtfassliches Propagandamittel betrachtet wurde, und der seit seiner trefflichen Kritik durch den verstorbenen Bracke kaum mehr als striktes Postulat einer nennenswerthen Arbeitergruppe Deutschlands betrachtet werden kann.

Dagegen scheint der Gedankengang Fourier's sich in einem Widerspruch zu befinden mit der anerkannt mustergiltigen Entwicklung Marx' über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, die darin besteht, dass das kapitalistische Eigenthum

auf der Expropriation der Arbeitsmittel vieler kleiner Produzenten beruht, dass diese Expropriation mit der technischen Entwicklung des Arbeitsprozesses stufenweise fortschreitet, mit der Konzentration der Kapitalien die Zahl der Kapitalmagnaten beständig abnimmt, bis schliesslich die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit einen so hohen Grad erreicht, dass sie unverträglich wird mit ihrer kapitalistischen Hülle, dem Kapitalmonopol und dasselbe sprengt, womit die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums geschlagen hat und die Expropriateurs ihrerseits vom Volke expropriirt werden.

Hier setzt also die revolutionäre Befreiung des Proletariats durch die Expropriation der wenigen aus dem kapitalistischen Produktionsprozess übrig gebliebenen Kapitalmonopolisten ein und schafft sich einfach einen anderen Modus der Vertheilung des durch die Produktion erzeugten Mehrwerthes, den bisher die kapitalistischen Aneigner der Arbeitsmittel für sich in Anspruch nahmen.

Die Marx'sche Entwicklung entspricht vollkommen dem von ihm mit grosser Klarheit enthüllten ökonomischen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft, das übrigens, wie noch gezeigt werden soll, von Fourier prinzipiell fast übereinstimmend dargestellt wurde, und doch beruht ihr Schlusssatz auf einer Voraussetzung, die nicht in dem ökonomischen Bewegungsgesetz selbst gegeben ist: der Voraussetzung, dass die Arbeiterklasse in einem gegebenen Zeitpunkt genügend geschult, vereint und organisirt ist, um die auf ihre Spitze getriebene kapitalistische Aneignung zu brechen. Natürlich wird diese Voraussetzung von jedem Sozialisten getheilt.

Nichtsdestoweniger ist die Erörterung über diese Frage damit durchaus noch nicht abgeschlossen — die Erörterung über die Ausführung dieses Umschlages der kapitalistischen Produktionsweise in ihre gesellschaftliche Form ruft vielmehr sofort die Frage nach einer, sei es auch nur irgendwie genaueren Bezeichnung dieses Zeitpunktes hervor. Da ja ökonomische Fragen von vornherein international behandelt werden, so entsteht zunächst die Frage: Wird dieser Zeitpunkt wahrscheinlich für die Hauptkulturländer gleichzeitig kommen? Obgleich es viele Sozialisten giebt, die das annehmen, wird diese Frage doch nicht unbedingt bejaht werden können — einestheils, weil der ökonomische Entwicklungsprozess nicht in allen Ländern auf der gleichen Höhenstufe steht — anderntheils, weil das theoretische Klassenbewusstsein der Arbeiter und ihr Drang nach einem Umschlag in den verschiedenen Ländern noch sehr verschieden entwickelt ist. Das schlagendste Beispiel dieser Art liefert gerade England, das in seiner ökonomischen Entwicklung nicht nur in Beziehung auf Industrie, Handel und Verkehr, sondern auch auf den Grossbetrieb der Landwirthschaft unter allen europäischen Kulturländern auf der höchsten Stufe steht, während sein riesiges Proletariat, das sogar eine gigantische gewerkschaftliche Organisation und eine sehr bedeutende Koalitions- und Bewegungsfreiheit hat, den theoretischen Erörterungen über den Umschlag geradezu unzugäng-

lich ist. Und in dem ökonomisch weniger entwickelten Deutschland finden diese Erörterungen trotz (oder vielleicht gerade wegen) polizeilicher Bevogtigung in seiner ganzen Tiefe in den breitesten Volksschichten einen guten Boden; in Frankreich, dem nach den statistischen Gegenüberstellungen Bebels ökonomisch noch weniger entwickelten Lande, wurden diese Fragen mit einem Feuer angegriffen, das deutlich zeigt, dass der Drang nach einem Umschlag in den Proletarierkreisen sehr stark vorhanden ist.

In jedem Falle erforderte also diese erste Frage zu ihrer Beantwortung sehr eingehende Studien, um schliesslich doch nur wieder unter gewissen Voraussetzungen beantwortet zu werden. Käme nun die zweite Frage: Wird dieser Zeitpunkt des Umschlages für alle Theile eines Landes wahrscheinlich gleichzeitig kommen? Selbst diese Frage kann keineswegs unbedingt bejaht werden, denn die ökonomischen Entwicklungsstufen in den verschiedenen Theilen eines Landes sind keineswegs gleich. Und wenn auch die Grossindustrie und der Grosshandel ihren revolutionirenden Einfluss schon allenthalben geltend machen und überall das Terrain erobert haben, so lebt doch thatsächlich ein ganz bedeutender Theil des Volkes unter kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Verhältnissen, — ja in Süddeutschland und der Schweiz bestehen sogar noch ganz beträchtliche Ueberreste des uralten Grund- und Boden-Kommunismus in Bürger- und Korporationsgütern, Allmenden etc.

Es liesse sich nun freilich annehmen, dass in einer gegebenen Zeit die Arbeiter der Industriezentren und Industriebezirke in den Fall kämen, den Umschlag zu vollziehen, die paar Expropriateurs zu expropriiren — ja es lässt sich sogar dieser Fall z. B. bei einem Etablissement Krupp oder bei grossen Unternehmungen von Aktiengesellschaften, Unternehmungen z. B., die sich um Eisen- und Kohlenbergwerke gruppiren, in ganz naher Zeit, bei der nächsten Erschütterung im öffentlichen Leben denken — wo bliebe dann aber der beträchtliche übrige Theil des Volkes, der in der ökonomischen Entwicklung zurück ist, der noch unter kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Betriebs- und Eigenthumsverhältnissen lebt, die sich ja in einer kurzen Spanne Zeit nicht so total umgestalten? Oder sollen diejenigen Proletariermassen, die an ihrem Ort und in ihren Verhältnissen einen Umschlag vornehmen könnten, warten, bis sich die ökonomischen Verhältnisse überall so weit entwickelt haben, was ja noch eine bedeutende Zeit dauern könnte, bis dieser Umschlag überall vor sich gehen kann?

So theoretisch richtig die Marx'sche Darlegung des Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft auch ist, so sicher auch vorauszusehen ist, dass die kapitalistische Produktionsweise von selbst nach dem Punkte der Entwicklung drängt, wo sie in die gesellschaftliche (sozialistische) umschlagen muss, so wenig kann diese theoretische Darstellung für die praktischen Emanzipationsbestrebungen als erschöpfend angesehen werden; und der Fourier'sche Gedankengang, der von einer Umgestaltung des Handels ausgeht, ist bei genauerer

Betrachtung der obwaltenden Mannigfaltigkeit der Verhältnisse nicht als ein Widerspruch gegen die Marx'sche Darstellung zu betrachten, lässt sich vielmehr auch vom modern-sozialistischen Standpunkte und seiner proletarischen Richtung aus in taktischer Beziehung der letztern koordiniren, also ebenbürtig beiordnen.

Wo man mit sozialistischen Ideen in's Volk hinaustrat, machte man die Bemerkung, dass nicht überall die gleiche Taktik anwendbar ist, und mancher Misserfolg musste erst darüber belehren, dass verschiedene ökonomische Entwicklungsstufen und Lebensverhältnisse auch verschiedene Auffassungen mit sich bringen und sowohl in der Propaganda, als in der Aktion eine verschiedene Taktik nöthig machen.

Und die Taktik, welche der Fourier'sche Gedankengang anweist, liegt doch eigentlich sehr nahe. Eine kuriose Erscheinung unserer Tage zeigt dies: die Judenhetze. Es ist nicht religiöser oder nationaler Fanatismus, der in weiten Volkskreisen den Hass gegen die Juden heraufbeschwor — es ist eine eminent ökonomische Triebfeder. Jahrhundertelang hat man die Juden von den Handwerkern streng fern gehalten — der Jude durfte keiner Zunft angehören, er durfte kein Handwerk treiben. Damit hat man den Juden die Berufsrichtung des Handels- und Geldverkehrs aufgezwungen — man hat dieselbe bei ihnen traditionell gemacht. Man hat aber dadurch, dass Generation auf Generation dem Handelsberuf und Geldgeschäften oblag, durch Anpassung und Vererbung jene Fähigkeiten entwickelt, die in der Hauptthätigkeit beim Handel, in der Spekulation, dem Jude nein Uebergewicht über Andere verleihen; und man hat endlich durch brutale Unterdrückung die Juden gezwungen, im Kampf um's Dasein jene Schlauheit und Spitzfindigkeit sich anzueignen, mit der sie sich in einer ihnen feindlichen Gesellschaft vertheidigen mussten.

War es da ein Wunder, dass, als die „freie Konkurrenz" auch ihnen einen Wirkungskreis eröffnete, die Juden im Handel zu „Königen der Epoche" — wie ein Schüler Fourier's*) sich ausdrückt — wurden? Gewiss nicht. Der gewöhnliche Mann sieht nun, dass die Juden den Markt beherrschen, dass sie im Handel, an der Börse, im Bankwesen und in allen Spekulations-Unternehmen Meister sind. Er sieht, dass hier ohne jede nützliche Arbeit grosse Gewinne erzielt, kolossale Vermögen à la Rothschild erworben werden — er sieht gar bald, dass diese Gewinne zum Theil durch Ausbeutung von Chancen im Handel, zum Theil durch Schwindel oder Betrug gemacht werden, und er verabscheut diese Erwerbsart um so mehr, als er bei rastloser Arbeit zu nichts kommt, ja immer mehr fühlt, dass er ausgebeutet wird und durch seine Arbeit mithelfen muss, dieses

*) „Les juifs, rois de l'époque. Histoire de la féodalité financière", das ist der Titel eines von A. Toussenel in 2 Bänden (1845 und 47) herausgegebenen Buches, das aber nicht im Verlag der „librairie sociétaire" erschien, weil die Schule von einer Anfeindung der Juden nichts wissen wollte.

Spiel um den Nationalreichthum zu ermöglichen. Dabei vergisst der gute Mann, dass an diesem Spiel auch sehr „christliche“ und urgermanische Leute betheiligt sind, die sich von den jüdischen Mitspielern nicht durch bessere Gesinnung, sondern höchstens durch grössere Ungeschicklichkeit oder mindere Schlauheit unterscheiden.

Kurz und gut — auf den Juden schlägt man, und den Handel in seiner heutigen Gestalt meint man. Eine andere vernünftige Erklärung der Judenhetze wird es kaum geben. Und hier hat die sozialistische Bewegung die schönste Gelegenheit, einzusetzen. Heute mehr als je ist die Kritik Fourier's über den Handel und seine Ausläufer zutreffend und dem Verständniss des Volkes naheliegend, und seine Vorschläge über die Umgestaltung des Handels liessen sich — in zeitgemässer Gestalt — in Kreisen und Gemeinwesen propagiren, wo das Verständniss für die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation noch nicht genügend Platz greifen kann. Und müsste nicht die Vergesellschaftung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Verhältnisse, wie sie theilweise in obigem Gedankengang Fourier's skizzirt ist, eines Tages mit dem Umschlag der kapitalistischen Produktionsweise zusammentreffen? Bedeuten beide im Grunde nicht dasselbe, nur dass sie von verschiedenen gegebenen Punkten ausgingen?

* * *

Bevor wir auf den zweiten Theil der Abhandlung übergehen, müssen wir der Vollständigkeit wegen noch darlegen, dass Fourier sich keineswegs in jener sektenartig-utopistischen Auffassung der Entwicklung bewegt, in welcher gewisse orthodoxe Schüler von ihm später seine Theorien propagirten. Wie schon erwähnt, betrachtete Fourier, gleich dem modernen Sozialismus die religiösen, staatlichen, juristischen und philosophischen Anschauungen und Formen nur als den Ueberbau der ökonomisch-sozialen Ordnung und fand es selbstverständlich, dass dieser Ueberbau mit der Umgestaltung des Fundaments sich ändern werde. So sagt er z. B. in der „Anarchie industrielle et scientifique“ (womit er den jetzigen Zustand bezeichnet) auf pag. 15: „Die Philosophie hat in dieser Beziehung die Wirkung für die Ursache genommen; sie weiss nicht, dass das Repräsentativ-System als eine Folge der Einführung sozialer Garantien kommen muss — also ein Resultat dieser Garantien sein würde und keinenfalls der Weg zur Erreichung derselben ist, welcher nur durch die Reform des lügnerischen Handels und der parzellirten Bauernwirthschaft betreten werden kann.“

Daher musste sich Fourier im Gegensatz zu dieser Philosophie bewegen und ein Feld betreten, welches von ihr noch gar nicht in Angriff genommen war. Er führt dies auf pag. 8 der „Théorie des quatre mouvem.“ wie folgt aus: „Deshalb unterliess ich alle und jede Untersuchung über Alles, was die Interessen von Thron und Altar berührte, mit welchen die Philosophen sich ununterbrochen seit Beginn ihrer Wissenschaft beschäftigt haben. Sie haben die soziale

Wohlfahrt immer gesucht in administrativen oder religiösen Neuerungen; ich befliss mich im Gegentheil, das Wohl nur zu suchen in Operationen, welche in durchaus keiner Beziehung mit der Staatsverwaltung oder der Geistlichkeit stehen, in Operationen, welche nur auf gewerblich- und haushaltswirthschaftlichen Massnahmen beruhen und welche mit allen Regierungen vereinbar sind, ohne dass sie ihrer Einmischung bedürften."

Um die prinzipielle Stellung Fourier's zu verstehen, muss man beide zuletzt ausgesprochenen Gedanken zusammenhalten. Thut man das nicht, so erscheint Fourier gewissermassen als ein Vorläufer des monarchistisch- und christlich-konservativen Sozialismus, der die Monarchie und das Christenthum als erste Vorbedingung aufstellt, während das für Fourier prinzipiell durchaus Nebensache war, die da sein mochte oder nicht, wenn nur die wirthschaftlich-gesellschaftliche Umgestaltung sich vollzog.

Natürlich ist diese Auffassung, die viele Berührungspunkte mit den politischen Anschauungen der „Anarchisten" hat, eine einseitige, aber sie erklärt sich aus der Zeit, in der Fourier diese Gedanken niederschrieb. Er hatte die grosse Revolution gesehen, er hatte die Hoffnungen aussprechen gehört, die man in Beziehung auf soziale Wohlfahrt auf das Gelingen der Revolution setzte — er hatte gesehen, wie unter den mächtigsten Erschütterungen und heissesten Kämpfen wohl tiefgehende Veränderungen in der Organisation und Verwaltung des Staates vor sich gegangen waren, ohne dass dadurch dem sozialen Elend abgeholfen worden wäre. Diese einseitige Richtung, die in der Veränderung politischer Formen alles Heil erblickte, und die ihr folgende Enttäuschung erzeugte ihr Gegentheil, das absolute Beiseitelassen, ja Wegwerfen aller politischen Formenfragen und das alleinige Hervorheben der sozialen Umgestaltung.

Diese soziale Umgestaltung aber, meinte Fourier, müsse sowohl durch die Belehrung, als auch durch das Experiment vor sich gehen. An dem Beispiel der Experimentalchemie, die damals durch die Entdeckung Lavoisier's in das Stadium ihres Aufschwunges getreten war, suchte Fourier zu entwickeln, wie auch soziale Umgestaltungsvorschläge im Kleinen auf ihren Werth probirt werden müssten. Er hoffte, die besitzende Klasse belehren und überzeugen zu können, dass sie da oder dort, in dieser oder jener Gemeinde das Experiment machte, und dann war es seine feste Ueberzeugung, dass ein solches Beispiel sehr bald überall Nachahmung finden würde. Ja er stellte ein solches Experiment geradezu als Prüfstein der sozialen Wissenschaft auf, wie es in der Chemie gehalten wird.

Wir wissen heute freilich, dass Fourier sich getäuscht hat — wir haben aus der Geschichte der modernen sozialen Bewegung gelernt, dass, was Fourier noch nicht wissen konnte, die vom Kapitalismus beherrschte Staatsgewalt den Weg der Belehrung und Propaganda versperrte, wo das irgend anging, und wir wissen, dass die Bourgeoisie, als Klasse, so sehr von den Anschauungen beherrscht wird, die ihr augenblickliches Sonderinteresse erzeugt, dass sie

in Beziehung auf die soziale Umgestaltung sich als unbelehrbar erwies und sogar selbst die Regierungen antrieb, die Erörterungen über diese Umgestaltung zu unterdrücken. Deshalb stellt der heutige Sozialismus, die Sozialdemokratie, als erstes Postulat auf, dass die politische Freiheit die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung, die soziale Frage mithin untrennbar von der politischen ist, und dass zunächst der demokratische Staat geschaffen, dem ganzen Volke die politische Macht erobert werden muss.

Dass übrigens der Scharfblick Fourier's in ökonomischer Beziehung zu ganz den gleichen Urtheilen gelangte, wie z. B. Marx, dass er ganz deutlich voraussah, wie sich „alle Reichthümer in den Händen des Grosshandels konzentriren und anhäufen", möge auch folgende Stelle aus seinen 1851 publizirten Manuskripten zeigen. Diese Stelle ist im Jahre 1803 geschrieben:

„. . . Die Erfahrung zeigte uns schon, dass die freie Konkurrenz zum Zweck und sichtbaren Resultat hat: den Einbruch der verbündeten Kapitalmatadoren in die mittleren Vermögen — ihr ganz gewöhnliches Manöver. Sieht man nicht heute, wo die Konkurrenz in Frankreich bis auf den höchsten Grad entwickelt ist (1803) — heute, wo die Strassen mit Händlern und Banquiers wie gepflastert sind, jeden Augenblick die Agioteurs mit sicherem Spiel in Aufkäufen spekuliren, die noch viel gewagter, als die des Getreides sind? So z. B. die wucherhaften Aufkäufe öffentlicher Papiere, der Kolonialwaaren, Rohstoffe und anderer Waaren, die keinen so sicheren Gewinn in Aussicht stellen, da sie nicht wie das Getreide zu den dringendsten Bedürfnissen gehören. Auf solche Artikel, für welche die Staatsbehörde den Kaufleuten freie Hand lässt, sieht man sie jeden Tag in den Seehäfen und Hauptstädten Komplotte anzetteln, um die Vertheuerung irgend eines Lebensmittels hervorzurufen und sich mit Gold vollzupfropfen auf Kosten der nationalen Arbeit, deren verschiedene Zweige sie abwechslungsweise in Unruhe und Unordnung stürzen — und das alles nur durch die freie Konkurrenz.

„So konnte man schon, ohne weiter der Zukunft vorzugreifen und die sich vorbereitende Handelsfeudalität vorauszusehen — nur aus dem, was unter unseren Augen passirt, den Schluss ziehen, dass die freie Konkurrenz, wenn ihr seitens der Staatsgewalt keinerlei Schranken gesetzt werden, folgende Resultate hat:

„1) Die Kapitalistenklasse (la classe des capitalistes) anzustacheln, Verbindungen und Komplotte zu bilden, um die verschiedenen Industriezweige zu desorganisiren, auszusaugen und zu erdrücken.

„2) Eine Masse Kapitalien in kleinen Unternehmungen so zu verzetteln, dass sie sich durch ihre Zahl gegenseitig untergraben und infolge der enormen durch die Konkurrenz verursachten Kosten sich selbst in den Bankerott stürzen, um schliesslich allesammt durch eine grosse Unternehmung über den Haufen geworfen zu werden . . . .

„. . . Weit entfernt also, dass die freie Konkurrenz Lebensmittel zu billigerem Preise beschafft, begünstigt sie im Gegentheil die

Handels-Koalitionen, welche den Preis erhöhen und tägliche Preisveränderungen hervorrufen. Es giebt Ausnahmen, aber blos in Bagatellsachen, welche der Profitgier zu gering sind. Könnten z. B. die Kornwucherer auf den unbegrenzten Schutz des Staates rechnen, als auf eine unbesiegbare Macht, welche sie vor dem ausgehungerten Volke schützen könnte, und trauten sie der Regierung, die ja ebenfalls einen Volksaufstand fürchten muss — so würde man bald — und sogar in Jahren, wo der grösste Ueberfluss herrscht — die Hungersnoth à jour nommé, d. h. an einem von den Wucherern bestimmbaren Tage hereinbrechen sehen. Und das nur durch die blosse Thatsache der freien Konkurrenz und derselben Wucherer-Koalitionen, welche Adam Smith in den Himmel erhob und dabei nur annahm, sie seien noch zu schwach.

„Schon in ihrer Schwachheit und Uneinigkeit bringen sie es manchmal dahin, Theuerungen hervorzurufen .... Man hat gesehen, wie die Kaufleute in Amsterdam ganze Magazine voll Zimmt anzünden liessen, um einen Aufschlag dieses Artikels zu erzielen. Kann man daran zweifeln, dass sie ebenso im Stande wären, ganze Kornmagazine in Brand zu stecken, um den Preis zu erhöhen, wenn sie nicht fürchten müssten, vom Volke gesteinigt zu werden? Wenn man wissen will, wessen eine Schaar ungehinderter und verschworner Kaufleute dem Volk gegenüber fähig ist, so betrachte man sich einmal die englisch-ostindische Handelsgesellschaft, welche in einem einzigen Jahre Millionen (ich sage nicht Tausende, sondern Millionen!) von Indiern verhungern liess, so dass ihre Leichen nach einer solchen in Szene gesetzten Hungersnoth ganz Bengalen bedeckten. Um den Erfolg dieser Hungersnoth zu sichern, hatte die englisch-ostindische Kompagnie befohlen, die zur Getreidekultur bestimmten Felder mit Mohn zu besäen (um aus dem Opiumhandel Profit zu ziehen) — sie liess sogar durch ihre Häscher die Landschaften begehen und kontroliren, um die Landarbeiter zu bestrafen, die man auf der Aussaat von Getreide ertappte. Uebertrifft diese Handelsgesellschaft nicht weit die Greuel der spanischen Inquisition und des venetianischen Senates?“

Mit grösster Schärfe geisselt Fourier die ökonomistischen Lobredner der freien Konkurrenz, die zu solchen haarsträubenden Resultaten ihrer Wirthschafts-Theorien schweigen, wie die immer von Freiheit schwärmenden Philosophen des Alterthums es als ganz selbstverständlich fanden, dass man die ackerbauenden Arbeiter, die nützlichsten Glieder der Gesellschaft, „wie die Schweine verkaufte“, dass ein Vedius Pollio einen Sklaven, weil er eine Vase zerbrochen, schlachtete und mit seinem Fleisch die Fische fütterte. Wie alle diese „grossen Denker“ des Alterthums an eine Abschaffung der Sklaverei nicht von ferne dachten, so denken die heutigen Oekonomisten bei ihrer „Volkswirthschaft“ auch bei weitem nicht an eine Befreiung des Proletariats. Das letztere gilt ihnen als so selbstverständlich und „ewige Institution“, wie den Philosophen des Alterthums die Sklaverei.

Interessant ist, wie Fourier später (das vorher Zitirte ist 1803 geschrieben) in der schon erwähnten „Anarchie“ konstatirte, dass der verunglückte Ausgang des russischen Feldzuges (1812), der den Untergang Napoleons herbeiführte, auf die Kornwucherer zurückzuführen ist. Diese hatten durch Zurückhalten mit den Vorräthen eine Hungersnoth herbeigeführt; dass es eine gemachte Hungersnoth und keine aus wirklichem Mangel an Nahrungsmitteln war, erkannte man das folgende Jahr aus den Ueberschüssen von Getreide. Durch diese Hungersnoth wurde Napoleon veranlasst, mit dem Feldzuge zuzuwarten, mittlerweile hatten die Türken, welche sich übertölpelt glaubten, mit den Russen in Bukarest Frieden geschlossen und die Jahreszeit war schon weit vorgerückt. Hätte Napoleon, meinte Fourier, den Kornwucherern das der Zirkulation entzogene und aufgehäufte Getreide mit Beschlag belegt und zum Kostenpreise verkauft, dann hätte er den Feldzug im Mai beginnen können, hätte in den Türken einen Alliirten behalten, dessen Miteingreifen entscheidend gewesen wäre, hätte Russland gezwungen, das alte Polen mehr oder weniger wieder herzustellen und hätte zu der Zeit, da er erst von Moskau aufbrach, schon wieder in Witebsk und in Sicherheit sein können. — „Aber dieser Mann, vor dem Könige zitterten, zitterte vor den Kornwucherern!“

Wohin das „laisser aller, laisser faire“ führt, hat Fourier in seiner satirischen Weise u. A. auch wie folgt gezeigt (ist ebenfalls der 1803 geschriebenen Abhandlung „politique et commerce“ entnommen): „Wenn Ihr Euch darauf verlasset, dass die Händler selbst für die gehörige Mässigung in ihrem Gewinn Sorge tragen, indem Ihr die Preisbestimmung der Produkte einer Konkurrenz, die nur ein Kampf mit Betrügereien, Intriguen und unnützen Kosten ist, überlasset — handelt Ihr da nicht gerade so wie der König, der, um die Wölfe auszurotten, das Amt eines Ober-Wolfsjägers (grand-louvetier) kreirte? Dieser fand doch seine Rechnung besser darin, die Wölfe zu erhalten, ja er musste sogar dahin wirken, die Zahl der Wölfe zu vermehren, um dadurch seine Funktionen auszudehnen, die Zahl seiner Untergebenen und seinen Gewinn zu erhöhen. So thäten es auch die Herren vom Gesetz und von der Kirche, wenn sie beliebig ihre Prozesse und ihren Aberglauben vermehren könnten, welche für sie die Wege zum Reichthum sind. Ebenso machen es die Kaufleute und andere unproduktive Klassen, wenn man sie schalten und walten lässt, um ihre Zahl und ihren Einfluss zu vermehren. Es ist also absolut nothwendig, und man hat das beim Richterstand und bei der Geistlichkeit erkannt, dass alle Funktionen, welche *nichts erzeugen*, der Gesellschaft kein reelles Produkt geben, zu beschränken seien . . . . Höret nur einmal die Chefs der militärischen und geistlichen Korps über die Organisation der Armee nud der Kirche — sie werden Euch die Hälfte der Bevölkerung in Soldaten und Mönche umwandeln . . . Ebenso geht's, wenn man sich an die Kaufleute bei der Organisation des Handels hält.“

Es ist, als ob Fourier die Wirksamkeit der heutigen Aktien-

gesellschaften auf's Klarste vorausgesehen hätte, wenn er 1803 schreibt: „Der Handel strebt, ohne dass dies von den Oekonomisten wahrgenommen wird, dahin, die Zivilisation (bürgerliche Gesellschaftsordnung) in eine industrielle Feudalität umzuwandeln . . . er führt zu einem System von verbündeten Gesellschaften, welche, wie die englisch-ostindische Kompagnie, das Volk in Knechtschaft bringen . . . Erst dann zeigt sich eine Institution in ihrer Schädlichkeit, wenn sie einen bestimmenden Einfluss auf die Gesellschaft erlangt . . . So verursachte der Aberglaube wenig Unordnung, so lange die Priesterschaft in untergeordneter Stellung erhalten wurde — aber der Aberglaube wurde die Ursache von tausend Greueln von dem Augenblick an, wo die Päpste das Uebergewicht über die Könige erhielten. Man sieht daraus, wie jedes Unordnungsprinzip die gleiche Eigenthümlichkeit hat wie ein Tartüffe (hätte Fourier die Meisterwerke Shakespeare's gekannt, so würde er sicherlich hier Richard III. angeführt haben, der hiefür wohl der ausgeprägteste Typus ist), diejenige nämlich, sich zu verstellen und an sich zu halten, solange es nur eine Halbfreiheit geniesst. So auch der Handel ... der im öffentlichen Leben sich noch den Einfluss von Ackerbau und Gewerbe, als deren Repräsentant, anmasst, während er doch nur der Blutsauger (sangsue) der beiden ist . . . das verderblichste aller Schmarotzergewerbe, als da sind: Mönche, Soldaten, Juristen, Politiker etc., welche am Gesellschaftskörper todte Arme und fressende Geschwüre sind, deren Verminderung der beständige Zweck der Sozialpolitik sein muss."

Hören wir nun noch einige Auszüge aus dem schon genannten Manuskripte von 1803, die in markanter Weise die Einwirkung des Handels auf die Politik und die politische Oekonomie zeichnen:

„. . . Solange die grossen Massen von Kapitalien sich vorzugsweise auf das Schwindelgebiet des Handels werfen, anstatt auf produktive Industrie, solange man sieht, dass die Schmarotzerarbeit profitabler ist als die erzeugende Arbeit, kann man sagen, dass der Handel nur eine Wiederholung des grossen zivilisirten Possenspiels ist: ich meine die Politik, wo die, welche man Diener oder Repräsentanten des Volkes nennt, ihrem Meister das Gesetz machen und dabei dick und fett (dodus) werden, während der Meister (das Volk) mager bleibt."

„. . . Von allen Illusionen, welche in Ermangelung sicherer Kenntnisse der Vernunft als Spielzeug gedient haben, präsentirte sich keine unter einem verlockenderen Aeusseren als die moderne Chimäre, welche man politische Oekonomie nennt, — das ist der Belial der Irrthümer. Alle seine Lehren triefen von geheuchelter Bekümmerniss um das Volk — fürwahr, besser könnte man die Kunst, die Völker auszubeuten, nicht mit Weisheit schminken . . ."

Und mit welchem Hohn überschüttet Fourier die „liberalen" Alltagspolitiker. Er sagt:

„. . . Die Politik soll beim Volke die gleichen Funktionen versehen, wie die (medizinische) Fakultät beim Kranken. Die Politik

ist die Wissenschaft, welche die Leiden des sozialen Körpers heilen sollte. Als guter Marktschreier unterzieht sie sich dieser Aufgabe, ohne sich um die Mittel zu bekümmern. Sie wiegt uns in Ruhe und schmeichelt sich, Reichthum und Ruhe an die Stelle der Armuth und der Revolutionen, deren Opfer wir sind, setzen zu können. Eine solche Anmassung liesse voraussetzen, dass ihre Urheber den Grund des Uebels zu finden wüssten und sichere Methoden in der Wahl und Anwendung der Heilmittel hätten. — Nichts von allem dem. Die Politik enfaltet zunächst eine tiefe Unwissenheit über die Ursache der sozialen Uebel. Der Eine schreibt sie dem Ehrgeiz und der Heftigkeit der Leidenschaften zu — ein Anderer klagt die Unwissenheit, den Aberglauben und die Unterdrückung des Volkes an etc.: woraus man ersieht, dass die Politik vor das Volk tritt, wie die Herren Doktoren Tant-pis (Herr Destoschlimmer) und Tant-mieux (Dr. Destobesser) mit ihren Widersprüchen, deren Opfer der Patient sein muss, da jede Sekte abwechslungsweise ihn mit ihrem Balsam versorgt. Und doch stimmen unsere Quacksalber alle in einem Punkte überein, indem sie uns versichern, dass die gesellschaftliche Ordnung in ihren Grundlagen schlecht ist, da sie jeden Tag neue Missbräuche erzeugt. — Also gerade wie in dem komischen Roman die Aerzte von Mans, die, nachdem sie sich lange und verschiedentlich über die Grieskrankheit des Pfarrers von Domfront berathen, nur in einem Punkte übereinkamen, nämlich in dem, Patient habe die Grieskrankheit (la gravelle), ohne dass sie jedoch weder Ursache noch Heilmittel angeben konnten. Sie erklärten ihm in klassischem Latein, er habe die Grieskrankheit. Der arme Pfarrer wusste das nur zu gut — aber man hatte es ihm bisher nur auf französisch oder gar nur im Patois gesagt. Diesmal aber vernahm er es in schönem und gutem Latein und — das war auch der ganze Erfolg, den er von seiner Reise nach Mans und wieder zurück hatte.

„Völker, Ihr rufet die politische Wissenschaft an, dass sie Euch von der Armuth und den sozialen Gewitterstürmen befreie — welche Erleichterung habt Ihr errungen von Eurem Ministerium, wenn nicht blos die, wie der Pfarrer von Domfront, zu vernehmen, was Ihr nur zu wohl wusstet, nämlich: dass auf Einen, der in der Kutsche daherrollt, es Tausende gibt, die sich kaum in ihren Holzschuhen zu laufen getrauen, vielmehr barfuss gehen und die Schuhe in der Hand tragen, um sie zu schonen."

Zeigt das Letztgesagte schon, dass Fourier im Sozialismus keineswegs nur eine kleinbürgerliche Schrulle sieht, sondern ihn ebenfalls in seinem proletarischen Charakter auffasst, so liesse sich das noch aus unzähligen anderen Stellen nachweisen. Um nicht zu weitläufig zu werden, sei nur angeführt, wie er sagt, „... dass die Lohnarbeiter ... die Erhalter der Gesellschaft sind", wie er hinweist auf „... den hässlichen Kontrast zwischen dem Elend der Arbeiter und dem Prunk der Müssiggänger", wie er deutlich ausspricht: „... die Erde erzeugt nicht für den Arm, der sie befruchtet, der Arbeiter säet und der Müssiggänger erntet" und endlich wie er auch die von Marx so

trefflich geschilderte Entstehung der Surpluspopulation, der industriellen Reservearmee, schon in ihrem Werden konstatirt: „... Die Konkurrenz bringt einen Ueberschuss von Arbeitern (surabondance de bras) hervor, daraus entwickelt sich eine Herabwürdigung der Arbeit (prostitution de l'industrie), Herunterdrückung des Lohnes, unfreiwillige Unterbietung der Arbeiter, so dass sie ihr eigenes Gewerbe selbst herunterbringen und sich für einen Hungerlohn einem gierigen Herrn hingeben, der sie schliesslich fortjagt, unbekümmert darum, ob sie Hungers sterben, wenn er nur aus ihrer schweren Arbeit seine Millionen „herausverdient hat."

Und nun mag zum Schluss dieses ersten Theiles noch eine Stelle ihren Platz finden, die wohl mehr als jede andere den so vielverkannten Mann zeichnet, und die es werth ist, den deutschen Lesern vorgeführt zu werden, nachdem sie bis jetzt schon wiederholt nur Zerrbilder zu sehen bekamen. Es befindet sich dieselbe in dem schon mehrfach angezogenen Manuskript von 1803, und sie führt die Ueberschrift: Betrachtung über die vorausgesetzte Wahrheit (Calcul sur la vérité supposée):

„Wird man mich nicht anklagen, das Verbrechen der Titanen auf's Neue zu begehen, wenn ich den Herrgott des 18. Jahrhunderts, die Korporation der Kaufleute, in ihrer höchsten Glorie angreife? Sie hätte also eine Schlange an ihrem Busen genährt? Zwar bin ich von der Wiege an auferzogen in dieser hehren Brüderschaft, doch wurden mir ihre hinterlistigen Grundsätze umsonst eingebläut: man hatte also das Licht an einen Blindgebornen verschwendet. Entschlossen von Jugend auf, für Recht und Vertrauen mich in die Schanze zu schlagen, wurde ich von allen Seiten als „unfähig" für den Handel erklärt. Ein Unstern leitete mich an, die Prophezeiungen meiner Unfähigkeit zu bewahrheiten. Ich erwarb, obwohl erst spät, eine schwache Anstelligkeit zum Handel, welche ich nun zu vergessen bestrebt bin. Die Verstossung, mit der ich überall beehrt wurde, rief in mir frühzeitig meine Verachtung hervor und riss mich — aus Rivalitätstrotz — zu Betrachtungen über ein Mittel, um zu Vermögen zu gelangen — ein Mittel, welches alle Handelsleute überraschen wird — die W a h r h e i t ! ! ! (Ich sehe die Achseln zucken.) Jawohl die Wahrheit, Ehrlichkeit! — Neue Algebra für die Herren Zivilisirten!*) Das Problem war, durch die Wahrheit, bei übrigens gleichen Hülfsmitteln, schneller und sicherer zu Reichthum zu gelangen, als durch die Lüge. Ehe ich das Problem lösen konnte, verbrauchte ich mehrere Jahre, ohne irgend ein Mittel zu entdecken, dass man sich durch die absolute Ehrlichkeit nicht immer ruinirte. Wenn die Ehrlichkeit und die Wahrheit im Sinne des Naturplanes für unser Gewerbsleben liegen,

*) So wie wir abschätzig von den Barbaren reden, so Fourier von den Vertheidigern und Männern der heuchlerischen bürgerlichen Gesellschaftsordnung, darum wird hier der Ausdruck „les civilisés" übersetzt wie oben.

so war ich derjenige, der diesen Plan entdecken konnte, denn ich bin seit dem Anfang der menschlichen Gesellschaften der Einzige, welcher die Berechnung auf die vorausgesetzte Wahrheit gemacht und welcher gesucht hat, sie festzustellen. Die Philosophen hatten nur daran gedacht, sie zu predigen, aber keineswegs gezeigt, wie man sie praktisch ausüben kann (ohne sich zu ruiniren). Ich habe in dieser Rechnung das algebraische Verfahren gebraucht. Ich supponirte das Vorhandensein unbekannter, problematischer Grössen: der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Vergesellschaftung . . .

„Nach mehreren Jahren vergeblicher Untersuchungen war das Problem gelöst, und seine Lösung führte mich weiter als ich selbst gehofft hatte. Bei dieser Arbeit hatte ich mir ein Ziel gesteckt, das sehr verschieden war von dem anderer Neuerer. Sie ermahnen immer, die Tugend zu üben, trotz der Gefahren, welchen sie die Tugend aussetzt. Ich studirte die Mittel, wie sie geübt werden könne, so dass man von der Tugend die Vortheile erntet, welche heute das Laster bietet. Ich blieb dabei nicht stehen; ich suchte einen Zustand, wo man schon aus Interesse zur Ausübung der Tugend gezwungen wird, wenn man nicht Gefahr laufen will, sich zu ruiniren. Das ist ein Ziel; welches noch kein Mensch sich gesteckt hatte. Und das ist ein sehr schwerer Vorwurf, den man den Herren Zivilisirten zu machen hat. Die Idee der sozialen Wohlfahrt erschreckt sie derart, dass die Wackersten unter ihnen sich darauf beschränken, die Tugend in unfruchtbarer Weise auszuüben; sie glauben viel gethan zu haben, wenn sie der allgemeinen Verderbtheit ausweichen, indem sie sich in ihren Mantel einhüllen. Ah! Was nützen aber vereinzelte Tugenden, wenn man keine Mittel findet, sie allgemein triumphiren zu lassen? Diejenigen, welche sich damit begnügen, das Gute vereinzelt zu thun, gleichen sie nicht dem, der sich von Mördern entfernt und sich darum für lobenswerth hält, dass er nicht ihr Helfershelfer ist? Man musste das Laster damit angreifen, dass man auf die Seite der Tugend auch das Interesse stellte. Das ist es eben, was die Moral der Herren Zivilisirten sich nie getraut hat zur Lösung zu bringen, und das ist denn auch die Ursache der Erbärmlichkeit, welche seit jeher ihre Philosophie charakterisirte.“

Fassen wir diese Stelle genau in's Auge und vergleichen wir sie mit ähnlichen Aeusserungen Owen's, so werden wir finden, dass Fourier, der die Religion nicht weiter beachtet und sogar häufig die Bezeichnung „Gott“ gebraucht, in der Auffassung der Moral viel radikaler und materialistisch-gründlicher ist, als Owen, der gegen die Religion scharf polemisirte.

II.

Das Gemeinde-Komptoir Fourier's hatte, wie schon erwähnt, auch in Beziehung auf Produktion bereits den Weg zur Assoziation geebnet. Es war kein Zweifel, dass die Maschinerie des Gemeinbetriebs in Beziehung auf Konsumtion ganz glatt laufen musste, das allgemeine Konsumtionsinteresse — trotz seiner individuell sehr mannigfaltigen Aeusserung — war für Alle ein gleiches, die Vortheile, welche der Gemeinbetrieb bot, so grosse, dass man sie gern annahm. Der Gemeinbetrieb bot Jedem und Allen so viel Gutes, dass man nur darauf achten musste, den verschiedenen Geschmacksrichtungen möglichst gerecht zu werden, und die Maschine lief. Giebt es doch genug Gastwirthe, die jahraus jahrein Hunderte und Tausende mit den verschiedenartigsten Ansprüchen und Liebhabereien bedienen müssen und dies in einer Weise thun, dass sie von Jedermann anerkannt und gelobt werden. Wie viel leichter macht sich die Sache in einer Gemeinde, wo die Lebensweise im Allgemeineh viel gleichmässiger ist, als bei Fremden, die aus allen Winden herkommen.

Nun aber handelt es sich nicht mehr blos um Konsumiren, sondern um Produziren — also um A r b e i t e n. Dem Konsumiren entzieht sich kein Mensch, er müsste denn geisteskrank sein — mit dem Arbeiten aber ist es etwas anders. Das ist für die meisten Menschen unter den obwaltenden Umständen eine Last, der sie sich nur unterziehen, weil die Noth sie zwingt, die Hungerpeitsche sie antreibt. Wo diese zwingende Noth, die antreibende Hungerpeitsche nicht vorhanden ist, da entzieht man sich gern dieser lästigen Arbeit, und der kleine Rentner, wenn er auch nur eine bescheidene Rente zu mässigem Auskommen hat, wird beneidet, weil er leben kann, ohne arbeiten zu müssen — seine Lebensstellung ist ein Ideal für die grosse Masse des Volkes.

Wie? — Wird die Maschinerie des Gemeinbetriebs auch glatt laufen, wenn die Leute a r b e i t e n sollen, ohne durch das Gefühl zwingender Noth, treibenden Hungers dazu angehalten zu werden? Wird die Maschinerie nicht Stockungen erleiden dadurch, dass man sich der Arbeit entzieht? Wird man gar Zwang anwenden müssen, äusserlichen Zwang, der die Arbeit nur noch um so widerwärtiger macht und darum auf die Länge unhaltbar würde, ja schliesslich die ganze Gemeinschaft auseinandertreiben müsste, da die Menschen viel eher den elementaren Zwang des Hungers und der Noth ertragen, als den persönlichen Zwang von Behörden, und seien es auch selbst gewählte? Passt am Ende der Mensch ebensowenig in einen solchen Gemeinbetrieb der Produktion, als er in die eingeschlechtliche Absperrung der Klöster passte?

Diese Fragen waren es, die das Nachdenken Fourier's in hohem Grade beschäftigten, die ihm keine Ruhe liessen, und die ihn, wie er selbst erzählte, als er ihrer Lösung nahe gekommen war, in einen Zustand der Schlaflosigkeit während sieben Tagen und Nächten ver-

setzten! Man sieht, Fourier beschwichtigte sich nicht mit der Ausflucht, der „Gemeinsinn wird's schon machen" — „das Bewusstsein, dass nur im allgemeinen Interesse das des Einzelnen liegt, wird die Leute zur Arbeit anhalten" etc. etc. Er sah vor sich, wie unbezähmbar die Macht der Leidenschaft ist, wie sie sich aufbäumt gegen jeden Zwang, wie sie die dunklen Gänge des Verbrechens beschreitet, wo man sie mit Gewalt niederhalten will — wie sie zum dämonischen Vernichtungstriebe führt.

Aber das Genie Fourier's fand die Antwort auf diese Fragen und das Mittel, welches diese dämonische Macht, ohne ihr Zwang anzuthun, in den Dienst der Produktion leiten würde. Fourier entdeckte (im Jahre 1799) das Gesetz der Attraktion, ein Evangelium der Arbeit, das unendlich viel einfacher und doch unendlich viel gehaltvoller ist, als alle Evangelien, die bis jetzt der Welt verkündet worden sind. — — —

Der geneigte Leser soll nicht überrascht werden — er soll Glied für Glied an der Gedankenkette durchnehmen, und die Entdeckung Fourier's wird ihm schliesslich so einfach vorkommen, wie dem, der weiss, dass die Erde rund ist, die Entdeckung des Kolumbus vorkommt.

Ist die Arbeit an und für sich dem Menschen etwas Widerwärtiges? Ist es die Anstrengung, die er scheut?

Wenn die Arbeit an und für sich dem Menschen widerwärtig wäre, so würden wir nicht so häufig beobachten können, dass Leute, welche leben können, ohne für ihren Unterhalt arbeiten zu müssen, nichtsdestoweniger ihre Liebhabereien haben, die ihnen auch oft genug Arbeit machen. Der Eine besorgt seinen Garten, der Andere zeichnet und malt, der Dritte treibt Musik, der Vierte sammelt, Andere studiren dieses oder jenes, machen Projekte aller Art, Manche treiben irgend ein Handwerk, das ihnen besonders gefällt, und sie Alle befinden sich bei den Beschäftigungen, die ihren Neigungen entsprechen und die sie eben auch nur so lange betreiben, als es ihnen beliebt, glücklich.

Auch die Anstrengung ist es keineswegs, die der Mensch scheut, denn seine grössten Vergnügungen bestehen in Anstrengungen: Tanzen, Turnen, Kegeln, Bergsteigen, Reisen, Jagen, Reiten, Rudern etc.

Freilich, wenn die oben erwähnten Besitzer gezwungen würden, ihre Lieblingsbeschäftigungen Tag für Tag vom Morgen bis zum Abend auszuüben, dann würden ihnen dieselben bald unangenehm und schliesslich sogar zuwider werden, und das Nichtsthun würde ihnen als süss vorkommen. Würde man eine Tanzgesellschaft zwingen, auch nur drei Tage vom Morgen bis zum Abend zu tanzen — das Vergnügen würde den Leuten sicherlich verleidet. Wie aber, wenn der leidenschaftliche Tänzer allein tanzen müsste, würde das ihn nicht gar bald so abstossen, dass er die schwerste Arbeit vorzöge? Würde man den leidenschaftlichsten Bergsteiger zwingen, Tag für Tag denselben Berg zu besteigen, so würde seine Leidenschaft sehr bald umschlagen.

Wie aber gar, wenn die Arbeit, die ein Mensch tagtäglich zu verrichten hat, seinen Neigungen gar nicht entspricht? Wenn sie durch ihre Einseitigkeit und ihre lange Zeitdauer ihm zur Qual wird? Und ist dies nicht thatsächlich beim überwiegendsten Theile, bei wohl 99 Prozent der arbeitenden Klasse und deren Arbeitszweigen der Fall, namentlich da, wo das System der Arbeitstheilung und die Maschinerie Platz gegriffen hat? Könnte es für einen denkenden und fühlenden Menschen in Dante's Hölle eine schrecklichere Qual geben, als die, wenn man ihn zwänge, jahraus jahrein, Tag für Tag den achtzehnten Theil der Arbeiten an Nähnadeln zu machen?

Das hier angezogene Beispiel liesse sich noch auf die verschiedensten Berufszweige ausdehnen. Und wie sollte die Arbeit nicht widerwärtig sein, wenn sie verrichtet werden muss in Werkstätten, die in ihrer trostlosen Einfachheit gar nichts enthalten, was die Sinne eines Menschen befriedigen könnte, die schmutzig und sehr oft auch ungesund, eng, stinkend sind — oder wenn sie verrichtet werden muss mit Personen, für die man keine Zuneigung empfinden kann, mit denen man sogar bei diesem gezwungenen Zusammensein gar häufig in Streit geräth? Kann da gar noch von einer gegenseitigen Anregung, einem Wetteifer die Rede sein, der etwa geeignet wäre, einen Antrieb zur Arbeit zu erzeugen? Oder wo soll eine Lust zur Arbeit herkommen, wenn die Arbeit nicht geehrt, die Arbeiter sogar verachtet und dazu so schlecht entlohnt werden, dass für sie die elendeste Stellung in der Stufenleiter der gesellschaftlichen Rangordnung noch gut genug ist? Und endlich, wie soll ein Arbeiter von einem höheren Antrieb zur Arbeit geleitet werden, wenn ihm auch nicht von ferne zum Bewusstsein kommen kann, wie weit seine Arbeit zu einer Gesammtarbeit gehört, wie weit sie einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit entspricht, und wenn er zeitweise durch Krisen, Arbeitslosigkeit und Elend daran erinnert wird, dass man ihn zu viel hat produziren lassen, dass seine Produkte wegen der Ueberfüllung des Marktes werthlos sind, und er eine überflüssige Hand geworden?

Unter allen diesen Umständen muss die Arbeit widerwärtig, abstossend, ja zu einer Qual werden, die nur mit Widerstreben und nur unter einem gewissen Zwange vollzogen wird, unter diesen Umständen musste sie zu jenem alttestamentarischen Fluch werden, und musste es scheinen, als sei die Trägheit ein Erbübel der Menschheit — ein Erbübel, das nur durch ein anderes, die zu grosse Vermehrungsfähigkeit und die daraus entspringende Noth bekämpft werde.

Aber eine nur einigermassen gründliche Betrachtung zeigt, dass die Trägheit nichts weniger als ein Erbübel der Menschheit ist, dass sie nur der Widerstand ist, der geleistet wird, um sich einer widerwärtigen abstossenden Arbeit zu entziehen.

Bei allen nur irgendwie gesunden Kindern lässt sich sogar ein sehr lebhafter Thätigkeitstrieb konstatiren. Schon im frühesten Alter, wenn es noch kaum seine Glieder gebrauchen und noch lange nicht

gehen kann, verlangt das Kind Beschäftigung. Man feiert heute in allen zivilisirten Ländern den Begründer der Kindergärten, Friedrich Fröbel, der die Kindesseele in den Anfängen ihrer Aeusserung belauschte und ein System der Erziehung durch Anschauung und Bethätigung auf seine Beobachtungen gründete — und doch sprach Fourier so viel früher die gleichen Gedanken, freilich im Rahmen eines grossartigen gesellschaftlichen Erziehungs- und Organisationsplanes aus, ja sein Blick drang noch viel tiefer in diese Kindesseele und fand dort Anlagen und Triebe, die Fröbel nicht beachtete und die doch von grosser Bedeutung für das ganze Gesellschaftsleben sind.

Ja, die Kinder haben einen wahrhaft unbesieglichen Thätigkeitstrieb, derselbe wird aber dadurch, dass man ihm zu wenig Beachtung schenkt, ihm nicht durch die Erziehung die Bahn einer harmonischen Entwicklung öffnet, verkümmert und auf die Abwege der Unarten und der Zerstörung geleitet. Doch davon soll später noch die Rede sein — hier soll nur konstatirt werden, wie der mächtige Thätigkeitstrieb im Kinde beweist, dass die Trägheit keineswegs ein „Erbübel“ des Menschen ist.

Noch mehr aber zeigt sich dies bei Gefangenen und zwar selbst bei solchen, die man vor ihrer Gefangennahme des entschiedensten als „träg“ bezeichnet hatte, und die bei Einzelhaft flehentlich um Beschäftigung baten, ja sogar in Wahnsinn verfielen, wenn sie solche nicht erhielten. Wäre die Arbeit an sich abstossend, so würden diese Leute sicherlich nicht darnach verlangen, so wenig, wie sie eine ihnen widerwärtige Mixtur, die man ihnen hineinstellte, trinken würden. Leidet ja oft ein Mensch den bittersten Hunger, ehe er eine ihn anwidernde Speise zu sich nimmt.

Es geht aus Allem diesem klar hervor, dass es keineswegs die Arbeit an sich ist, die dem Menschen widerstrebt, sondern dass es eine Reihe von Umständen, die heute mit der Arbeit zusammenhängen, sind, welche den Trieben und Neigungen des Menschen widerstreben und einen Widerwillen scheinbar gegen die Arbeit überhaupt erzeugen. Sache der sozialen Wissenschaft ist es daher, eine Organisation der Arbeit zu finden, in welcher die Arbeit anziehend wird, in welcher der Mensch von seinen Neigungen und Trieben gerade so unwiderstehlich zur Arbeit hingezogen wird, wie zur Konsumtion. Erst mit der Auffindung und Ausführung einer solchen Organisation der Arbeit beginnt man die wirkliche Lösung der sozialen Frage.

Solange der Arbeit noch etwas Unangenehmes, Lästiges, Abstossendes anhängt, mag man wohl die heutige kapitalistische Ausbeutung beseitigen, indem man alle Arbeitsmittel als Gemeineigenthum erklärt und die Produktion in Gemeinwirthschaft betreibt — aber man wird immer zu gewärtigen haben, dass die Gescheidteren und Schlaueren versuchen werden, Stellungen zu erringen, in denen sie sich dem Unangenehmen, Lästigen und Abstossenden der Arbeit so viel wie möglich entziehen können. Es würde sich demzufolge ein Heer von Beamten herausbilden, das eben so auf der Arbeit der

Uebrigen lastete, wie heute die besitzenden Klassen, und es würden beständig Wahlkämpfe und Wühlereien auch im kommunistischen Gemeinwesen herrschen, es würden alle jene Künste der Demagogie blühen, wie das heute in Repräsentativstaaten der Fall ist. Der ganze Vortheil einer solchen Umgestaltung läge dann vielleicht nur in einer bedeutenden Verkürzung der Arbeitszeit und einer besseren Ernährung des Volkes — aber das würde doch nicht ohne einen gewissen Zwang erreicht, und Grund zur Unzufriedenheit wäre noch in Hülle und Fülle vorhanden — die neue Gesellschaft böte wohl gar bald ein Bild der Zerrissenheit und des Unfriedens und würde bald so unhaltbar werden, wie es die alte bereits geworden ist.

Viele Sozialisten werden finden, das sei Schwarzmalerei — doch aber leisten gewiss Diejenigen nicht den schlechtesten Dienst, die auf die Klippen hinweisen, die vermieden werden müssen, soll die beste Idee nicht Schiffbruch leiden. Zudem ist es jedenfalls gerathener, über solche Hemmnisse zu diskutiren, wenn man Zeit dazu hat; es kommen vielleicht bald genug Zeiten, wo die ruhige Diskussion in den Hintergrund tritt und man genug zu thun hat, um die zur Klarheit und Uebereinstimmung gelangten Gedanken in die That zu übersetzen.

Ausserdem ist nicht zu verkennen, dass hier in den sozialistischen Ausführungen unserer Tage ein schwacher Punkt liegt, der da und dort von scharfsinnigeren Gegnern schon herausgegriffen wurde und nicht ohne Erfolg, gegen den Sozialismus in's Feld geführt wird.

Hier nun kann man in die Rüstkammer Fourier's greifen, und der schwache Punkt verschwindet, ja statt dessen erhebt sich das festeste Bollwerk für die Gestaltung einer künftigen Gesellschaft. Beruht die geistige Kraft der modernen kritischen Sozialökonomie darin, zu zeigen, wie die alte Gesellschaft des Vorrechts und der Ausbeutung, die auf dem kapitalistischen Privateigenthum beruht, in ihrem ureigenen Bewegungsgesetz dahin führt, dass die Beseitigung des kapitalistischen Vorrechts und der kapitalistischen Ausbeutung nur eine Machtfrage ist, die sich löst, sobald im Proletariat alle die Faktoren der nöthigen Macht (und dazu gehört natürlich auch die entsprechende Erkenntniss) vorhanden sind — — so beruht die geistige Bedeutung Fourier's darin, dass er zeigt, auf welcher Grundlage, nach der Lösung der Machtfrage, die Organisationsfrage als eine Wissensfrage, als Aufgabe der sozialen Wissenschaft, so zu lösen ist, dass sie zu einer wirklichen Vergesellschaftung führt.

Fourier geht hier nur von einer Voraussetzung aus: vom Menschen und seinen mannigfaltigen Trieben, Neigungen und Anlagen, von seinem Sehnen und Streben; er zeigt, wie eine Organisation nur auf diese gebaut werden könne, und wie jede Organisation der Arbeit, die nicht diesen Trieben und Neigungen entspricht, die die Arbeit nicht anziehend macht, keinen Bestand haben könne, da sie die Menschen nur unglücklich macht und ihre Triebe in eine gesellschaftsfeindliche Richtung hineinleitet. Ja noch mehr: Fourier zeigt, dass alle diese Triebe und Neigungen des Menschen nur auf die

Gemeinwirthschaft hinweisen, nur in die Gemeinwirthschaft passen nur in dieser sich ausleben und zu einer harmonischen Bethätigung gelangen können. Das spricht denn auch einer seiner zwei Hauptsätze aus: „Les attractions sont proportionnelles aux destinées“. — Die Triebe entsprechen ihrer Bestimmung, d. h. ihrer Bestimmung zur Gemeinwirthschaft, zur vergesellschaftenden anziehenden Arbeit (travail attrayant).

Der andere Hauptsatz lautet: „La série distribue les harmonies“, — aus der Serie entspringt die Harmonie, d. h. die Gemeinwirthschaft, und speziell die Arbeit muss in Serien oder Reihen und Gruppen, welche nach den Neigungen und Trieben gebildet sind, organisirt werden, um anziehend zu sein — in der Organisation der Arbeit soll das Naturgesetz der Reihen und Gruppen (loi sériaire) herrschen und walten.

In den darauf bezüglichen Aufstellungen und Nachweisen liegt die wirkliche Grösse Fourier's und seine bahnbrechende Bedeutung für die soziale Wissenschaft. Dabei ist es aber von durchaus untergeordneter Bedeutung, ob seine Analyse der menschlichen Triebe und seine Klassifizirung derselben ganz richtig sei oder nicht, ob sie erschöpfend sei oder nicht, ob die Organisation der Arbeit, die er darauf baut, bis in's Grösste und Kleinste gerade so anzuwenden sei, wie er sie vorschlägt, oder nicht. Das mag angenommen oder bestritten werden, schliesslich giebt es wohl nur einen kompetenten Richter darüber: die Erfahrung durch das Experiment. Unbestreitbar ist aber das Eine: Fourier war der Erste, der die Frage aufwarf, wie die Arbeit organisirt sein müsse, um anziehend zu sein, d. h. um allen Trieben und Neigungen des Menschen zu entsprechen, und er war der Erste, der eine Lösung dieser Frage vorlegte. Das ist aber in jeder Wissenschaft die Hauptsache, folglich auch in der sozialen Wissenschaft.

Wenn nun nachgehend eine Darstellung der Lösung Fourier's gegeben wird, so mag das in diesem Sinne aufgefasst werden. Nicht als ein Dogma, sondern als ein Versuch wird sie dargestellt, als ein Versuch, welcher der Kritik und der Probe durch das Experiment unterstellt sein soll, der aber doch viel zu bedeutungsvoll ist, als dass man ihn, wie bisher, ignoriren oder mit einigen Gemeinplätzen abthun dürfte.

* * *

Wie alle Farbentöne auf die sieben Farben des Prisma oder des Regenbogens zurückgeführt werden können und schliesslich alle im Weiss vorhanden sind, so lassen sich alle menschlichen Neigungen auf wenige Urtriebe und schliesslich auf ein einziges Sehnen zurückführen: auf das Sehnen nach Glück oder vielmehr Glückseligkeit. Wie die Blüthen vieler Pflanzen sich nach dem Sonnenlicht kehren, so herrscht in der Brust eines jeden Menschen, der noch nicht durch ein Uebermass von Elend stumpf- oder gar blödsinnig gemacht worden, die heisse Sehnsucht, glücklich zu sein mit denen, die er

liebt, ja mit Allen seines Gleichen, denn das wirkliche Glück wohnt nicht in einer Ausschliesslichkeit, und deshalb ist diese Sehnsucht nach Glück auch der Urtrieb nach der Einheit der menschlichen Gesellschaft.

Auch die nordamerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 stellt als eines der ersten Verlangen und Rechte des Menschen das „pursuit of happiness", das Streben nach Glückseligkeit auf. In ihm liegt auch das Hindringen nach einer Solidarität in der Gesellschaft, nach einer sozialen Gemeinschaft der Menschen, der einzig wahren Verbindung (religio), wie sie die grössten Geister aller Völker und Zeiten instinktiv fühlten und in schwärmerischen Religionssystemen zu verwirklichen trachteten, während Fourier den Weg der sozialen Wissenschaft als den einzig erfolgbietenden einschlug.

In körperlicher Beziehung äussert sich dieser Urtrieb in dem Verlangen, seine fünf Sinne: Geschmack, Geruch, Gesicht, Gehör und Gefühl durch harmonische Anwendung und harmonischen Genuss zu befriedigen. Fourier nennt dieses Verlangen das Streben nach Luxus, d. h. nicht nach Luxus im Sinne von etwas Ueberflüssigem, sondern im Sinne einer gesunden edlen Befriedigung für Gaumen, Nase, Auge, Ohr und den Körper im Allgemeinen. Fourier unterscheidet hier inneren Luxus, womit er die Gesundheit bezeichnet, und äusseren Luxus, worunter er Reichthum (richesse), d. h. das grösstmögliche Maass von Mitteln zur Befriedigung seiner gesunden Sinnesneigungen, versteht. Dieses Bestreben führt dahin, dass man das, was man selbst gern hat, in der Regel auch gern produzirt. Den fünf Sinnen entsprechen daher fünf Neigungen (passions), die sowohl konsumtiv als produktiv nach ihrer Befriedigung streben.

In seelischer Beziehung (um diesen durch unsere Dichter oft gebrauchten Ausdruck zu benützen), d. h. in Beziehung auf das Gemüth, machen sich beim Menschen Neigungen bemerkbar, die eine Vereinigung mit Anderen zu mehr oder weniger innigen Gruppen anregen. Es lassen sich in dieser Beziehung vier solcher vereinender Urtriebe unterscheiden; zwei derselben vorzugsweise geistiger und die zwei anderen mehr physischer Art. Der erste strebt die Vereinigung im Charakter Gleichgesinnter, in produktiven Neigungen und Bestrebungen Uebereinstimmender zu gemeinsamem Wirken und gemeinsamem Genuss an, er verlangt Gleichheit und Brüderlichkeit: es ist der Urtrieb der Freundschaft. Der zweite strebt nach einer Vereinigung mit Solchen, die durch Talent, Geschicklichkeit, Studium oder Fleiss eine geachtete Stellung errungen haben, er entspringt dem Verlangen nach Ruhm, dem Wunsch, Andere zu überflügeln, sich auszuzeichnen, Solchen, die sich ausgezeichnet haben, es gleich zu thun. Natürlich eifert dieser Urtrieb in einer natürlichen Gesellschaftsform ganz bedeutend zu nützlicher Thätigkeit an; Fourier nennt ihn den der „ambition", was bisher immer mit „Ehrgeiz" übersetzt wurde — wegen dem hässlichen Beigeschmack, den diese deutsche Wort hat, sagt man wohl richtiger: Auszeichnungstrieb. Der dritte Urtrieb ist der der Geschlechtsliebe,

das Sehnen von Personen verschiedenen Geschlechts, sich mit einander zu vereinigen. Dieses Sehnen wird heute vielfach durch die verschiedensten Umstände unterdrückt, und doch regt die Geschlechtsliebe zu den grössten Anstrengungen, zur grössten Aufopferung an, die sich in einer vernünftigen Gesellschaft äusserst nutzbringend, d. h. zur Arbeit anfeuernd, bethätigen kann. Als den vierten Urtrieb führt Fourier den Familiensinn an, das Streben, mit den Mitgliedern der Familie, der man angehört, zusammen zu wirken und zusammen zu geniessen. Diesen Urtrieb hat die heutige Gesellschaft schon derart zu produktiver Anspannung ausgebeutet, dass man in vielen Fällen sogar zu einer Auflösung der auf's Aeusserste ausgebeuteten Familie gelangt ist. Welche Anregung zu nützlicher Thätigkeit aber wird erst in einer besseren Gesellschaft erwachsen durch die Familie, wenn dieselbe auf gegenseitiger Liebe, Achtung, Uebereinstimmung und Aufopferung beruht und nicht mehr wie heute im Kampf um's Dasein die Trägerin eines Sonderinteresses ist?

Wir erblicken diese an sich so edlen Triebe heute in verkümmerter Gestalt, ja oft in einer Gestalt, die uns erschreckt. Was auch die Priester der Askese, der Entsagung, der Ertödtung der Begierden, der Kasteiung seit Jahrtausenden Alles gepredigt haben, — die menschlichen Triebe lassen sich nicht unterdrücken. Und wo die Bahn ihrer Entfaltung zum Edlen und Fruchtbringenden versperrt ist, da brechen sie auf der Seite sich Luft und anstatt dem guten Genius, der das Dasein des Einzelnen und seiner Umgebung erhellen und durchwärmen soll, kommt ein hässlicher, finsterer Dämon zum Vorschein, der seine Umgebung peinigt und schliesslich sich selbst vernichtet.

Gewiss entspricht es dem Urtriebe der Freundschaft, wenn gleichgestimmte, von gleichem Streben erfüllte Menschen bei einem Becher Wein sich besprechen und anregen, und gar manche gute Gedanken, gar manches entschiedene Wollen, gar manche grosse und gute That ist aus solcher Besprechung und Anregung hervorgegangen. Aber wie soll wahre Freundschaft allgemein gedeihen in einer Gesellschaft, die den Einzelkampf um's Dasein walten lässt, die das Interesse des Einen feindlich gegenüber stellt dem Interesse des Anderen, und die grosse Massen von Existenzen herabdrückt auf ein freud- und lichtloses Dasein? Da tritt dann eben an die Stelle eines erhebenden Beisammenseins in Freundschaft, das jeden Einzelnen veredelt und kräftigt, ein finsteres, hässliches Laster: die Trunksucht, die ganze Massen abstumpft und verthiert, weil sie im Sichselbstberauschen einen Trost in ihrem farblosen Dasein suchen, während in einer besseren Ordnung die Freundschaft hier Trost und Anregung geben wird.

Gewiss entspringen dem Auszeichnungstrieb in einer Interessen-Solidarität, die Jedem ein gleiches Maass von Rechten und Machtmitteln verleiht, herrliche Blüthen, das Streben, sich möglichst zu vervollkommnen, Gebiete aufzusuchen, in denen mit Anspannung aller Kräfte etwas Hervorragendes geleistet werden kann, sich an

Posten zu stellen, die von vielen Anderen wegen ihrer Gefahr oder Unannehmlichkeit gemieden werden, Entdeckungen zu machen oder Thaten zu vollbringen, die entweder durch grosse Kühnheit, grosses Geschick, zähe Ausdauer oder Anderes Ehre und Ruhm einbringen. Zu allen Zeiten hat dieser Trieb viel Nützliches erzeugt, aber unter den bisherigen Verhältnissen noch unendlich mehr Schlimmes. Er hat jenen Dämon Ehrgeiz erzeugt, der ganze Völker auf die Schlachtfelder und Tausende auf die Scheiterhaufen trieb, während der gleiche Trieb unter anderen Umständen dazu führen kann, dass eine Gruppe Hunderttausende begeistert und organisirt, um Wüsten zu kultiviren, Gebirge aufzuforsten, Kanäle zu graben und Sümpfe auszutrocknen. Er hat jenen Dämon Geiz erzeugt, der den Menschen zur raffinirtesten Beschränkung der Daseinsbedingungen für sich und seine Umgebung führt, um vermeintliche Schätze aufzuhäufen, während der gleiche Trieb unter Gesellschaftsverhältnissen, die ihm und den Seinen eine gesicherte Existenz bieten, zum ausgeprägtesten Sammelgeist, zur Beachtung und Rettung des Unscheinbarsten vom Untergange führt und der ganzen Gesellschaft die unschätzbarsten Dienste leistet.

Und nun gar der Urtrieb der Geschlechtsliebe — was ist aus diesem Blüthendrange des Menschen, der die grössten Kunstwerke hervorgebracht, geworden in einer Wirthschafts- und Gesellschafts-Ordnung, die den Menschen, und namentlich aber das von ihr am Tiefsten gestellte Weib zur Waare gemacht hat? Wahrlich, schrecklicher hat sich auf keinem anderen Gebiete gezeigt, dass natürliche Triebe nicht unterdrückt werden können, sondern dass durch jede Unterdrückung die edelsten Triebe in wilde verzehrende Furien umschlagen. Man erniedrigt das Weib, man macht durch Noth und Elend, Standes- und Geldrücksichten ein freies Erblühen der Geschlechtsliebe unmöglich und — erzeugt damit eine Reihe von Lastern, die fortwährend mit der Gewalt einer schrecklichen Epidemie am Menschheitskörper nagen. Man scheut sich, dieses Kapitel zu berühren, aber in den Beichtstühlen behandeln es lüsterne Priester vor Weibern und Kindern. Die heuchlerische Zivilisation möchte gern einen Schleier decken über die Geschwüre, welche an ihrem Leibe durch Onanie, Prostitution, Päderastie, lesbische Liebe und alle die Furien einer von natürlicher Entfaltung abgeschnittenen Leidenschaft erzeugt werden, wie ein Krebs an diesem Leibe herumfressen und das ganze gesellschaftliche Leben bis in die traulichsten Zirkel hinein vergiften. Zur Zerstörung und Vernichtung führt der Trieb, der, wenn er sich frei ausleben könnte, das Erhabenste und Schönste hervorbringen müsste, was das Menschenherz durchbebt.

Der Familiensinn, der sonst zu der grössten Hingebung und Aufopferung antreibt, führt er nicht unter den heutigen Verhältnissen zu einem wahren Sklavenhandel? Kommt es nicht in den weitesten Volksschichten vor, dass der Vater seine Kinder aus Noth selbst der Fabrik überliefert, in welcher dieselben verkümmern müssen, dass die Mutter im Elend das heiligste Gefühl vergessend, ihre Tochter

an einen Wüstling verschachert, dass der Sohn gegen den Vater, der Bruder gegen den Bruder aus Gewinnsucht die Mordwaffe richtet? Und doch kann der Familiensinn durch Vererbung und Weiterentwicklung gewisser Fähigkeiten, durch gegenseitige Liebe, Nachsicht und Nachhülfe gar Vieles hervorbringen, was der Gesellschaft zum grossen Nutzen dient, manches Herbe ausgleichen, was dem Einzelwesen im gesellschaftlichen Leben begegnet und seinen Muth, wie seine Thatkraft neu beleben.

Mannigfaltig und verschieden sind diese vereinenden Urtriebe auf die Individuen vertheilt — hier herrscht der eine, dort der andere Trieb vor, aber keinen Menschen kann es geben, bei dem keiner dieser vereinenden seelischen Urtriebe vorhanden wäre. Der Menschenfeind, der Sonderling, der Einsiedler hat sicher den einen oder anderen dieser Triebe in ganz besonderer Stärke besessen, ist durch die Verhältnisse an der Befriedigung desselben verhindert worden und schloss sich ab. Es sind gerade die stärkeren Naturen und Geister, die, wenn sie ihre Neigungen nicht harmonisch ausleben können, die Anklagebänke und Gefängnisse, die Irrenhäuser und die Leichenhallen für die Selbstmörder füllen. Das Herz muss heisser geschlagen haben, dass sich aufbäumt gegen gesellschaftlichen Druck und Zwang, die vielgepriesene Mittelstrasse verlässt und zum Helden irgend eines Glanz- oder Nacht-Schauspiels wird, oft beides zugleich.

Welch' unermessliche Kraft geht hier der Gesellschaft verloren und verzehrt sich in Selbstaufreibung? Gerade wie die ungezähmte Kraft der Wildwasser, die, wenn gehörig gezähmt und geleitet, dem Ackerbau und dem Gewerbe viel mehr Dienste leisten könnte, als alle Kraftmaschinen der Welt, die unsere Wälder und unsere Kohlenbecken verschlingen — während sie heute mit der zerstörenden Gewalt der Ueberschwemmungen von Zeit und Zeit daherbraust, die Kulturen und Wohnstätten der Menschen vernichtend und den Boden verwüstend.

* * *

Die Neigungen und Triebe im Menschen drängen aber auch nach einer weiteren Vereinigung, als der in Gruppen, — die Gruppen-Assoziation erschöpft das menschliche Gesellschaftsbedürfniss nicht, und es treten hier hauptsächlich **drei Triebkräfte** hervor, die das organisatorische und mehr geistige Element vertreten und von Fourier „passions distributives", **zertheilende Triebkräfte** genannt werden, und welche auf eine Verbindung der Gruppen zu Reihen hinweisen. Die Namen, welche Fourier diesen drei Triebkräften gab: „Cabaliste, Composite et Papillonne" haben viel Anlass zu Missverständnissen gegeben und sind denn auch von den Gegnern in ausgiebigster Weise gegen Fourier und seine Aufstellungen benützt worden. Es ist deshalb hier eine sorgfältige Erklärung geboten.

Die erstgenannte Triebkraft kann man am besten als die des **Wetteifers** betrachten, welche die eine Gruppe dahin führt, mit der anderen in Konkurrenz, in eine mitbewerbende Reihe zu treten.

Und zwar ist es hier gerade die Kontrastwirkung, die zu einem gegenseitigen Messen der Kräfte anspornt und für die Produktion äusserst günstig wirken muss. Durch die Wirkung dieser Triebkraft wird jede Kraftanstrengung erleichtert, wird jede Chance des Erfolges herausgediftelt, um das bestmögliche Resultat zu erzielen. Diese Triebkraft wird also sowohl in Beziehung auf das Quantitative, als auf das Qualitative der Arbeit mächtig anregen. Und da hierbei doch nicht nur die körperliche Anstrengung, sondern fast noch mehr das Herausspintisiren aller Vortheile, also eine gewisse Raffinirtheit, ein gewisses Ueberlisten in Betracht kommt, hat Fourier dieser Triebkraft den seltsamen Namen „Cabaliste“ gegeben.

Heute, wo die Cabale oder Intrigue der einen Gruppe nur auf den Untergang der anderen Gruppe gerichtet ist, muss sie natürlich als etwas Verwerfliches betrachtet werden, muss sie sich im Kampf um's Dasein als eine der hässlichsten Ausartungen menschlicher Denkkraft darstellen und auch in ihren Wirkungen immer nur Unheil im Gefolge haben. Anders aber ist die Wirkung der gleichen kabalistischen Triebkraft, wenn sie sich in einer Vergesellschaftung äussert, in der die sichere Existenz jedes Individuums und jeder Gruppe die erste Vorbedingung ist, und alle Machtmittel des Individuums und der Gruppe nur in einer grösstmöglichen Anstrengung der physischen und geistigen Kräfte liegen, welche Kraftanstrengung ja schliesslich nur zum allgemeinen Nutzen und Wohl führen kann.

Man darf also, will man hier den seltsamen Namen „Cabaliste“ nicht missverstehen, nie vergessen, dass Fourier auch bei den hässlichsten, abschreckendsten Aeusserungen von Leidenschaften nie die Triebkräfte dafür verantwortlich macht, sondern nur die gesellschaftlichen Umstände oder die Gesellschaftsform, welche diese an sich guten, nützlichen, ja nothwendigen Triebkräfte auf eine falsche Bahn, die der Schädigung und des Unheils hinweist, während die Gemeinwirthschaft diese Triebkräfte schätzen, pflegen und zum allgemeinen Besten entwickeln wird.

So ist die „freie Konkurrenz“ in der heutigen Gesellschaft ein Uebel, dessen Schädigungen bereits in weiten Kreisen gefühlt werden, und ist nur die ökonomische Form des Wetteifers im Privatbetrieb, welche die gleichen Resultate erzeugt wie der Wetteifer in der militärischen Form, wo Einer den Anderen todtschlägt. Was man von der „freien Konkurrenz“ stets erwartete, wohlfeile und gute Arbeit, das erzeugte sie nicht, sie brachte vielmehr die Parole „billig und schlecht“ zur Geltung und schädigt damit Produktion und Konsumtion. In der Gesellschaftsform aber, deren ökonomische Grundlage die Gemeinwirthschaft ist, wird die Triebkraft des Wetteifers das erfüllen, was die „freie Konkurrenz“ versprochen, aber nicht gehalten hat, sie wird die arbeitenden Gruppen und Reihen anregen, mit den sparsamsten Mitteln vollauf genügend und in bester Vollkommenheit zu produziren.

Die „Composite“ wird am besten als die Triebkraft der Eintracht und Begeisterung bezeichnet. Sie führt zur Ver-

einigung der Gruppen in Reihen, sie erweckt in ihnen das Bewusstsein der gesellschaftlichen Nothwendigkeit und Wichtigkeit jener Werke, die eine Massenbewegung und Massenordnung verlangen, und sie wirkt auf die einzelnen Glieder dieser Reihen zurück, indem sie zu einer Kraftanstrengung und Aufopferung anfeuert, wie sie eben nur das lebhafteste Gefühl einer Solidarität hervorbringen kann. Es lässt sich heute schon beobachten, dass beim Ausmarsch einer ganzen Truppe der Einzelne viel grössere Anstrengungen und Strapazen aushalten kann, als wenn er nur für sich oder in einer kleineren Gruppe den gleichen Weg unternähme. Man hat, leider sehr oft, schon Gelegenheit gehabt, die grossartige, heldenmüthige Aufopferungsfähigkeit von Bergleuten zu bewundern, die sie bei Rettungswerken zeigten, wenn irgend ein grösserer Unfall durch „schlagende Wetter“, Eindringen von Wasser, Zusammenstürze von Schachten etc. passirte. Und fast ein Jeder war wohl schon in der Lage, bei grösseren Nothfällen, z. B. Ueberschwemmungen, Feuersbrünsten die merkwürdige Erscheinung zu beobachten, dass selbst Leute, welche für gewöhnlich zuerst an ihren Vortheil denken, mit einer ganz rücksichtslosen, selbstvergessenden Hingabe sich in die grösste Gefahr begaben, um zu retten und zu helfen.

Wie aber wird sich diese mächtige Triebkraft erst offenbaren, wenn der Kampf um's Dasein im Innern der Gesellschaft durch die Solidarität aufgehoben und nach aussen hin verlegt wird; wenn es sich nur noch darum handelt, der Natur die grösstmöglichen Mittel zu einem möglichst glücklichen Dasein abzugewinnen? Wird sie da nicht zu Kulturwerken begeistern, gegenüber denen die „Weltwunder“ des Alterthums und der Neuzeit Kleinigkeiten sind? Wird sie nicht die Arbeiterarmeen enthusiasmiren, welche der Kultur Gebiete erobern, die derselben heute noch verschlossen sind, oder einer früheren Kultur durch Misswirthschaft (hauptsächlich mit den Wäldern und den Düngstoffen) verloren gingen? Ja, wird sie, diese Triebkraft der Eintracht und Begeisterung, nicht dazu aneifern, dass die menschliche Gesellschaft nicht eher ruht noch rastet, bis der ganze Erdball planmässig und nach allen Anforderungen der fortschreitenden Wissenschaft bebaut ist?

Als dritte der zur Reihenbildung hinführenden Passionen tritt die „Papillone“, die Triebkraft der Abwechselung oder Veränderung hervor. Selbst eine Arbeit, die mit grosser Vorliebe gemacht wird, muss durch die Länge ihrer ununterbrochenen Dauer abstossend oder doch wenigstens abstumpfend wirken, und zwar umsomehr, je einseitiger sie ist, je mehr sie nur gewisse Kräfte und Organe des Menschen in Anspruch nimmt. Das Gleiche zeigt sich in Bezug auf Personen. Es mag Jemand ein noch so glückliches Familienleben haben, doch wird, wenn er Tag für Tag nur in seiner Familie lebt, sich bei ihm das Bedürfniss nach einem Zusammenkommen mit anderen Personen einstellen und geltend machen. Ein Arbeiter mag mit seinen Arbeitsgenossen in der gleichen Werkstätte noch so gute Kameradschaft haben, nach der Arbeit wird er in der

Regel andere Gesellschaft suchen, und er wird sogar häufig die Erfahrung machen, dass man durch ein zu langes Zusammensein mit bestimmten Personen der besten Kameradschaft überdrüssig wird, dass man allerlei Unangenehmes an ihr „entdeckt“ und schliesslich ihr sogar feindlich wird mit der Motivirung, man habe sie „kennen gelernt“. Wie viele Feindseligkeiten entspringen unter ganz guten Leuten blos aus diesem gezwungenen längeren Zusammenleben, und im günstigsten Falle werden die vorher besten Freunde gegenseitig abgestumpft, — man „duldet“ sich gegenseitig noch und das ist Alles.

Der Glückseligkeitstrieb verlangt eben nach einer Veränderung der Reize, nach Konstrastwirkungen, nach einer wechselvollen Reihe von Erscheinungen. Selbst das ersehnteste Glück stumpft ab und wird „langweilig“.

Hier muss auch auf eine in der sozialistischen Bewegung aufgetretene Erscheinung aufmerksam gemacht werden, die noch nicht genügend erklärt wurde: Das Zugrundegehen der meisten Produktiv-Genossenschaften. Wer diese Erscheinung genau beobachtet hat, wird konstatiren müssen, dass diese Produktiv-Genossenschaften in der Regel nicht aus finanzieller Noth, sondern ursächlich durch Streit zwischen den Genossenschaftern zu Grunde gingen, oder doch wenigstens eine derartige Umgestaltung erfuhren, dass sie den Titel „Genossenschaften“ nur noch zum Schein trugen, in Wahrheit aber Privatunternehmungen waren.

Seltsam! Diese Produktiv-Genossenschaften gingen doch alle aus dem lebhaftesten Gefühle der Freundschaft und Brüderlichkeit hervor und nach verhältnissmässig kurzer Zeit brach Streit, oft recht hässlicher Streit aus, — man begann, Mitglieder hinauszuwerfen, und fuhr damit fort, bis aus der Genossenschaft ein Privatgeschäft geworden war. Grosse Genossenschaften zeigten diese Erscheinung weniger, kleinere dagegen in der Regel und zwar mit ganz wenigen Ausnahmen.

Das Letztere beweist vor allem, dass die Gruppirung in kleineren Genossenschaften eine ungenügende ist; sodann aber zeigt die ganze Erscheinung, dass das oben bezüglich der „Papillonne“ Erwähnte richtig ist. Die Genossenschafter arbeiteten den ganzen Tag und alle Tage mit einander, oft genug sassen sie noch am Abend bei einander und beriethen über's Geschäft — sie waren wohl vorher die besten Freunde, sie hatten sogar ein Kollektiv-Interesse und bemühten sich nach Kräften dafür; aber eben dieses längere ununterbrochene Zusammenleben führte meist dahin, dass sie sich gegenseitig „als schlechte Kerle kennen lernten“, — was sie doch in der Regel durchaus nicht waren.

Aber nicht blos in Bezug auf die Personen oder deren Zahl war die Gruppirung dieser Produktiv-Genossenschaften eine unvollkommene, sondern auch in Beziehung auf die Arbeit. Auch hier fehlte die so sehr wichtige „Papillonne“, die Triebkraft der Abwechslung und Veränderung. Der Mensch ist nun einmal viel zu mannigfaltig

beanlagt, als dass er nur Schneider, nur Schuhmacher sein, nur einen einseitigen Beruf Tag für Tag, Jahr für Jahr ausüben und dabei sich glücklich fühlen kann. Zwingt die Noth, muss man sich entweder als Lohnarbeiter, oder als Kleinmeister so durchschlagen, — nun dann schlägt man sich eben duldend durch und sucht sich nebenbei ein bischen Abwechselung und Glückseligkeit zu verschaffen; ist man aber Genossenschafter, dann bekommen die Nebengenossen den Unmuth zu spüren etc. etc.

So weist denn die mächtige Triebkraft der Abwechselung auf eine andere Organisation der Arbeit hin, und zwar auf eine Ordnung, welche nur in der Gemeinwirthschaft — nicht in einer Berufs-, sondern in einer integralen Assoziation — möglich ist. Sie weist darauf hin, dass zur steten Neubelebung der Thätigkeit eine kurze Arbeitszeit für eine Beschäftigung und der öftere Wechsel der Beschäftigung und der Gruppen geboten ist. Abwechselung in der Arbeit, Abwechselung in den mitarbeitenden Personen, das ist die Losung, welche die „Papillone" austheilt, und das ist der Zauberstab, mit dem sie immer neue Reize in die Arbeit legt und die nützliche schaffende Thätigkeit zu einem wechselvollen Genuss gestaltet, dem man in einer besseren Gesellschaftsform eben so nachgehen wird, wie heute den Vergnügungen, die ja meist anstrengender sind, als die Arbeit.

Es ist die Triebkraft der Abwechselung und Veränderung, die Fourier zu einer Organisation der Arbeit führt, in welcher der Gegensatz zwischen landwirthschaftlicher und gewerblicher, körperlicher und geistiger, erzeugender und austauschender, über- und untergeordneter Arbeit aufgehoben wird, weil es mehr oder weniger einem jeden Gliede der Gemeinschaft durch sie ermöglicht wird, nach seinen Neigungen und Fähigkeiten sich an jeder dieser verschiedenen Arten von Arbeit zu betheiligen.

Ehe jedoch etwas näher auf diese Organisation der Arbeit eingegangen wird, ist es wohl nöthig, die wissenschaftliche Kritik über die Fourier'schen Aufstellungen bezüglich der Neigungen, Urtriebe und Triebkräfte in Kürze zu hören.

Am bekanntesten sind neuerdings die Auslassungen Dühring's in seiner „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus", wo er etwa 37 Zeilen auf Seite 280 und 281 den Neigungen, Attraktionen und Reihen widmet, — was aber dort steht, ist auch nicht eine Spur von wissenschaftlicher Kritik, auch nicht eine Spur von Nachweis, was denn eigentlich von den Aufstellungen Fourier's falsch sei; es ist lediglich ein verworrenes Räsonnement, zusammengesetzt aus lauter arroganten Behauptungen, von denen Herr Dühring wohl schlechtweg voraussetzt, die Leser müssten sie ohne weiteres annehmen, da sie eben von Herrn Dühring kommen. Der einzige Satz, der als Anfang zu einer Kritik betrachtet werden könnte, mag hier zitirt werden: „Bei einem richtigen Begriff von den Trieben und Leidenschaften ist offenbar die Aufgabe, die Gesetze dieser Mächte, sowie ihrer gegenseitigen Einwirkungen und Verhältnisse sowohl innerhalb des einzelnen Menschen als auch im

Bereich des sozialen Verkehrs zu bestimmen, ein Gegenstand von so grosser Tragweite, dass die strengere Wissenschaft froh sein kann, wenn sie ein paar Elemente dieses Problems zu beherrschen vermag." Das ist aber auch Alles, — wo und wieso der Begriff Fourier's nicht der „richtige" sei, welches die „paar Elemente" seien, dass mag der geneigte Leser sich selbst denken, Herr Dühring sagt's ihm nicht.

Auf die Verzerrungen einzugehen, unter welchen Herr Bernhard Becker Fourier dargestellt hat, muss hier verzichtet werden, bedauerlich ist nur, dass diese schülerhafte Darstellung noch immer im sozialistischen Buchhandel verkauft wird, das Wenige, was daran etwas Werth hat, sind die zwei Holzschnitte, welche beigegeben sind. Auf das einzige beachtenswerthe Argument, dass Fourier die Intelligenz (Verstand und Vernunft) und das Selbstbewusstsein, welches bei geistig höher stehenden Menschen die Handlungen bestimme, vergessen habe, soll neben den Einwänden Anderer eingetreten werden.

Der Erste, welcher einem weiteren Publikum deutscher Sprache die Ideen Fourier's vorführte, war L. Stein in seinem 1842 erschienenen Buche: „Der Sozialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich." Dieser sagt (S. 219), Fourier habe „sich auf keinem Punkte seiner ganzen Lehre zur Idee des Wissens erhoben. Allerdings spielt die Intelligenz bei ihm keine geringe Rolle, aber sie hat keinen Zweck an und für sich; man soll nicht erkennen, um zu wissen, sondern um mit dem Resultat der Erkenntniss der gemeinsamen materiellen Arbeit des Menschengeschlechts zu Hülfe kommen zu können." Stein sagt weiter (S. 253 u. ff.): „Es ist eine alte allgemeine Bemerkung, dass keine Eintheilung des Menschen nach Trieben jemals hat genügen können. Der Grund davon liegt in dem Widerspruch, den jener Gedanke von vorne herein in sich trägt: Der Trieb ist seinem Wesen nach ein noch Unbestimmtes, das nur seiner Möglichkeit nach da ist." . . . Es hätte „die erste Aufgabe Fourier's" sein sollen, „in einer wissenschaftlichen Darstellung nicht bei den Arten der Triebe, sondern bei dem Trieb überhaupt, dem Begriff desselben zu beginnen, denn die Arten sind doch nur Bestimmungen dieses Begriffs. Aber dazu war er freilich nicht Logiker genug."

Karl Grün gab in seinem 1845 erschienenen Buche, „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien", ebenfalls eine Darstellung der Ideen Fourier's und sagt auf S. 204: „Fourier zerklüftet seinen Menschen in zwölf Theile, in zwölf Leidenschaften. Von der Vollständigkeit dieser Tafel, psychologisch gesprochen, will ich gar nicht reden; ich halte sie für ungenügend. Weiss man etwa durch diese Zwölfzahl, was der Mensch ist? Noch keinen Augenblick. Fourier hätte ebensogut blos die fünf Sensitiven (Sinnesneigungen) nennen können; in ihnen liegt der ganze Mensch, wenn man sie erklärt, wenn man den menschlichen Inhalt derselben zu deuten versteht. Ja der Mensch liegt ganz allein in einem Sinne, im Gefühle." . . . Auf der zweitfolgenden Seite sagt Grün: „Fourier basirt Alles auf den

Egoismus, auf die extravaganteste Ichsucht, und versucht dann dem Egoismus jedes Einzelnen durch den Egoismus Aller ein Gegengewicht zu geben." ... Wie wenig übrigens Meister Grün hier mit seiner Kritik auf festem Boden steht, beweist seine Darstellung des Streites zwischen Dezamy, der im Kommunismus das persönliche Interesse (intérêt personnel) hervorhob und Cabet, der nur von der Hingabe (dévouement) etwas wissen wollte. Er macht sich (auf S. 396 bis 400) mit Recht über diesen Streit lustig, nimmt aber mehr die Partei Dezamy's und sagt zum Schluss: „... Das Intérêt personnel ist nur dann zu vertheidigen, wenn es das Bewusstsein der Gattung in sich aufgenommen hat, wenn es erfüllt ist mit allgemein menschlichem Inhalte." — — Ist denn das aber nicht bei Fourier voll und ganz der Fall?

Nun soll noch ein Kritiker Fourier's das Wort haben, der unter dem Namen Karl Marlo (Pseudonym für Winkelblech) ein sehr interessantes Werk schrieb: „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie." In der 1853 zu Kassel erschienenen zweiten Abtheilung des ersten Bandes (historischer Theil) sagt er auf S. 583 über Fourier:

„Der Harmonismus leidet an einem inneren Widerspruch. Er lehrt einen Theils, dass alle menschlichen Triebe harmonisch seien, und anderen Theils, dass die Harmonie dennoch nicht bestehe, weil man jene aus Verblendung oder Selbstsucht in ihrer freien Entfaltung beschränke, was doch offenbar nur in Folge disharmonischer Triebe geschehen kann. ... Jeder Sozialreformer muss der Natur der Sache nach Disharmonist und Voluntist sein. Er muss annehmen, der Mensch habe schädliche und nützliche Triebe, muss sich durch gründliche Erforschung unserer eigenen, so wie der mit uns in Wechselwirkung stehenden äusseren Natur genaue Kenntniss der Beschaffenheit unserer Triebe zu erwerben und auf Grund dieser Kenntniss die ethischen Gebote zur Beschränkung der schädlichen und Förderung der unschädlichen aufzustellen suchen."

Und auf der nächsten Seite sagt Marlo: „Fourier's Lehre von den Trieben ist ein geistreicher und, insofern sie den Anbau einer gänzlich vernachlässigten Wissenschaft bezweckt, höchst schätzenswerther, aber keineswegs befriedigender psychologischer Versuch. Die von ihm aufgestellte Liste der Triebe, auf welche er irriger Weise die fünf Sinne setzt, ist höchst mangelhaft. Fehlt doch, ausser dem Erkenntnisstrieb, dessen Vernachlässigung die deutschen Philosophen dem Schöpfer der harmonischen Welt am meisten verargen, der für diese wichtigste aller Triebe: der Trieb zur Produktion."

Bei diesen Kritiken muss zunächst auffallen, dass mit theilweiser Ausnahme von Marlo keiner der Kritiker auch nur irgendwie darauf eingeht, zu zeigen, was an der Aufstellung und Klassifizirung der Triebe fehlt, was Fourier vergessen hat (wenn doch die Tabelle als ungenügend erklärt wird), oder was daran falsch ist. Die Lücke, welche Marlo gefunden zu haben glaubte, ist, wie gezeigt werden

soll, nicht vorhanden, bliebe nun einzig noch das von Stein vermisste Wissen „an sich“ zu erwähnen.

Vor diesem „Erkennen, blos um zu wissen“, das für die Menschheit nur eine taube Nuss ist, die auch gar nichts des Nothwendigen, Nützlichen oder Angenehmen bieten kann, hatte Fourier so wenig Respekt wie vor der von Stein vermissten Spekulation über den „Begriff“ des Triebes. Bei den Faktoren, welche er zu seiner gesellschaftlichen Organisation suchte, konnte und wollte er nicht in Rechnung ziehen das Haschen nach intellektuellen Kuriositäten oder das Breitmachen eines individuellen „Durstes nach Wissen an sich“, der irgend einen Menschen mit unnützem Stoff überladet, denselben nur körperlich, moralisch und geistig einseitig macht, quasi verkrüppelt und doch gesellschaftlich gar keinen Werth hat.*) Fourier suchte und wollte auch nur suchen, die körperlichen, seelischen und intellektuellen Triebe, Attraktionen und Fähigkeiten, die den Menschen auf die Vergesellschaftung hinweisen, und zwar auf eine Organisation derselben, die gemäss seinen Attraktionen als seine Bestimmung zu betrachten ist, und als deren Resultat die Befriedigung seines ihn beherrschenden Sehnen's hervorgeht.

Man darf doch gerechterweise von Fourier nicht verlangen, was er nicht geben wollte — er wollte keine Spekulation über den „Trieb überhaupt“ und seinen „Begriff“ geben, und er hatte das wohl auch nicht nöthig. Ein Beispiel dürfte das vielleicht klar machen. Die Physiologie hat in unserer Zeit ganz bedeutende Fortschritte gemacht durch die Entdeckung der Bewegungszentren im Gehirn. Es handelt sich hier natürlich nicht um die unwillkürlichen Bewegungen beim Athemholen, der Blutzirkulation oder der Verdauung, sondern um die willkürlichen Bewegungen der Gesichtsmuskeln, derjenigen der Extremitäten oder anderer Körpertheile, deren Bewegungszentren man im Gehirn resp. in der Gehirnrinde zum Theil gefunden hat. Von welcher Wichtigkeit diese Entdeckung für die Kenntniss des menschlichen Körpers und für die Beurtheilung und Heilung einer Reihe von Krankheitserscheinungen ist, wird Jedem klar sein. Was würden nun wohl die Männer der physiologischen Wissenschaft, welche diesen Zweig bearbeiten, sagen, wenn ihnen Jemand einwürfe: Eure Tabelle ist noch ungenügend, zudem seid ihr nicht Logiker genug, ihr hättet zuerst beim „Begriff“ der Bewegungszentren beginnen sollen etc. etc. (? Der Herausgeb.)

---

*) Wir sprechen gewiss im Namen Vieler, wenn wir gegen diese Anschauung des geehrten Herrn Verfassers Einspruch erheben. Auch wir halten es mit den „deutschen Philosophen“ für einen Mangel, dass Fourier den Erkenntnisstrieb unbeachtet gelassen hat, — einen Trieb, der ebenso seine Befriedigung verlangt wie jeder andere. Seine Berechtigung leitet sich einfach aus seiner Existenz her, auch wenn er der Menschheit gar nichts nützen würde, was wir indessen nicht im Entferntesten zugeben.

Anm. der Redakt.

Zudem ist aber die Tabelle Fourier's vollständiger, als der oberflächliche Beobachter annimmt, nur darf man bei Beurtheilung derselben nicht ganz ausser Acht lassen, welch' ein wichtiges ergänzendes Stück Arbeit die Schüler Fourier's geliefert haben, und zwar zum grossen Theil nach eigenen Informationen des Meisters der sozietären Schule; es ist hier eine ganze Literatur mit werthvollen Schätzen vorhanden.

Zunächst wäre noch vorzubemerken, dass Fourier das ganze Weltall in drei Prinzipien eintheilt, und zwar 1. Kraft, Seele, oder das bewegende Prinzip; 2. Stoff, Materie, oder das bewegte Prinzip und 3. Gesetz, das ordnende oder regulirende Prinzip. Dieser Dreitheilung entsprechen auch die drei Gruppen der Passionen und Attraktionen: Dem zweiten die fünf Sinnestriebe, dem ersten die vereinenden, effektiven vier Urtriebe und dem dritten die organisirenden, distributiven drei Triebkräfte.

Nun sind aber schon die Sinnestriebe die Grundlagen des Erkennens, der Wissenschaft. Der Geschmack treibt die Menschen an, der Natur das an Erzeugnissen abzugewinnen, was ihnen zusagt, er fördert also den Bau der Nahrungsmittel und der Gewürzpflanzen, und zwar sowohl praktisch wie wissenschaftlich; er fördert aber auch die geeignetste Art, diese Nahrungsmittel zu verarbeiten und zum Genuss zu bereiten, derart, dass sie sowohl der Gesundheit als dem verfeinerten Wohlgeschmack entsprechen. Der Geschmack regiert also auch die diätetische Wissenschaft, die Medizin der Zukunft.

Der Geruch treibt die Menschen nicht allein dazu an, Pflanzen und Blumen zu bauen, deren Duft ihnen angenehm ist, er führt auch zur Gesundheitspflege in Beziehung auf Reinhaltung der Luft, nicht nur in der Behausung, sondern in der ganzen Athmosphäre, damit führt er zur Austrocknung der Sümpfe, Ableitung stagnirender Wasser und sorgfältiger Pflege der Baum- und Waldkultur. Er leitet also hier sowohl zur Praxis als zur Wissenschaft.

Das Gesicht, der Sinn für Formen und Farben, ist der Trieb zu einer Reihe von schönen Künsten und Wissenschaften, der Malerei, der Bildhauerkunst, der Baukunst, der Kunst, landschaftlich schöne Anlagen zu machen, der Optik, der Geometrie etc.

Das Gehör führte zur Musik, die sowohl eine Kunst als eine Wissenschaft ist, zur Erforschung der Gesetze der Akustik, der Schwingungen und Schallwellen der Luft etc.

Das Gefühl treibt zu jenen Gewerben und Künsten, welche die Umgebung des Menschen angenehmer machen und verfeinern, den Bekleidungsgewerben in gesundheitlicher und angenehmer Beziehung, sowie allen den Gewerben, welche die Behausungen und Arbeitsstätten, die Möbel, die Werkzeuge etc. angenehm machen. Das Gefühl treibt zu sorgfältiger Reinlichkeit und Pflege des Körpers, zum Turnen, zur Beobachtung gesunder Körperhaltung beim Arbeiten und endlich auch zur Regulirung der Temperatur durch die Herstellung eines Gleichgewichts der Athmosphäre mittelst planmässiger Bebauung des Erdballs. Welch' eine Reihe von Wissenschaften, Künsten und

produktiven Thätigkeiten gründet sich also nur direkt auf die Sinnestriebe, welche in der Klassifikation Fourier's den Stoff, die Materie, den Körper repräsentiren.

Die vier vereinenden Urtriebe beziehen sich allerdings nur auf das Verhältniss der Menschen einander gegenüber. Hier vertritt nun die Freundschaft das Gleichheitsprinzip, das nicht an das Geschlecht, nicht an die Verwandtschaft, nicht an Geburt, Rang, Vermögen, Alter, Nationalität oder Rasse geknüpft und folglich auf die Einheit des Menschengeschlechts gerichtet ist. Aus der Freundschaft entspringt die Offenheit, die Aufrichtigkeit, die Güte, die Herzlichkeit, die Zugänglichkeit, die Freigebigheit, die Milde, die Gesellschaftlichkeit, die Gastfreundschaft, die Wohlthätigkeit, die Menschlichkeit, das Mitleid, die Nachsicht, Brüderlichkeit etc. etc.

Der Auszeichnungstrieb vertritt das Prinzip der Verschiedenheit, der Ungleichheit, des Strebens, es Anderen nach oder zuvor zu thun; er erzeugt die Nachgiebigkeit gegen diejenigen, von welchen man lernen, mit Hülfe derer man sich emporschwingen will, und in dem Emporgestiegenen erzeugt er die ernste Kritik der Anderen, die ihm nachstreben. Dieser Trieb ist der Reiz zum Ruhm, zur Grösse, zur Führerschaft; er sorgt dafür, dass die Gesellschaft auch ohne den Reiz zum Reichwerden in der Gemeinwirthschaft alle die leitenden Kräfte finden wird, deren sie als Organisation bedarf. Aus diesem Auszeichnungstriebe entspringt der Stolz, die Prachtliebe, die Selbstachtung, die Liebe zur Macht (hier im geistigen Sinne genommen), zur Anerkennung, zu hervorragender Stellung, das Gefühl der Unabhängigkeit, der Würde, der Ehre, der Selbsthülfe, der Gerechtigkeit (eines höheren Standpunktes im Urtheilen), der Hochherzigkeit, die Sehnsucht, sich verdient zu machen etc. etc.

Die Liebe vertritt das Prinzip der Unterordnung des körperlich Starken, des Mannes, unter das körperlich Schwache, das Weib, das Prinzip des Uebergewichtes des Reizes über die Kraft und, geistig genommen, des Idealen über das Materielle, des Geistes über die Gewalt. Folgt man diesem Gedankengange, so versteht man voll und ganz die Geschichtsauffassung Fourier's, mit welcher er alle Phasen der Entwicklung nur aus der Stellung des Weibes erklärt. Die Liebe bewirkt eine Verfeinerung der Sitten, die Höflichkeit, die Ritterlichkeit. In der gegenwärtigen Gesellschaft ist dieser Trieb in seiner Thätigkeit unterdrückt, allenthalben gehindert und verderbt, so dass sich die Elemente, aus denen er zusammengesetzt ist, nicht klar entwickeln können; erst dann wird er sich zu voller Blüthe entwickeln, wenn das Weib frei und in jeder sozialen Beziehung dem Manne gleichgestellt ist.

Der Familiensinn vertritt das Prinzip der Sympathie gegen Diejenigen, welche des Schutzes und der Hülfe bedürfen; er ist die Liebe der Eltern zu den Kindern, der Pfleger für ihre Schutzbefohlenen, der Alten für die Jungen, der Starken für die Schwachen. Er verbindet das jetzige mit dem heranwachsenden Geschlecht. Wie der Einklang vermittelt wird: für die Gleichen durch die Freund-

schaft, für die Zusammenringenden durch den Auszeichnungstrieb und für die zwei Geschlechter durch die Liebe — so der Einklang zwischen den verschiedenen Altersstufen durch den Familiensinn. Aus der Liebe zu den eigenen Nachkommen entspringt die allgemeine Sympathie für die Kinder, die Liebe zur Erziehung, Unterweisung und Belehrung der Jugend, die Zärtlichkeit der Starken für die Schwachen und Hülflosen, der Antrieb zur Beschützung und Vorsorge etc. etc.

Die drei organisirenden, distributiven Triebkräfte aber weisen schon wieder auf das Gebiet der Wissenschaft, ja sie sind sogar auch mit den Namen wissenschaftlicher Methoden belegt. Die Triebkraft des Wetteifers (die Cabaliste) führt auch die Bezeichnung Analysismus, sie vertritt das zerlegende, das individualistische Prinzip — die Verschiedenheit in der Einheit —, und erfüllt die gleiche Funktion in dem Konzert aller Triebe und Triebkräfte, wie die Dissonanz in der Musik, deren man zur Harmonie nicht entbehren kann. Diese Triebkraft pflegt daher die Verschiedenheiten in Gefühlen und Neigungen und führt sie in gegenseitigen Kampf, wodurch sie das gesellschaftliche Leben mächtig anregt. Sie erzeugt in den Reihen der Gemeinschaft Parteien, Fraktionen und Sekten, in denen ein lebhafter Parteigeist herrscht. In ihrer vollen Entfaltung führt sie zu den minutiösesten Analysen, zu den genauesten Unterscheidungen, zu den zartesten Wahrnehmungen, zur grössten Verfeinerung in der Anwendung der Passionen in Kunst, Wissenschaft und Arbeit.

Wer denkt hier nicht an die Rivalität zwischen zwei Kunstgesangvereinen an einem Sängerfest, — mit welcher ungeheuren Genauigkeit (man möchte es haarspaltende Spitzfindigkeit nennen) wird da auf Alles, was zum Erfolge im Wettkampf führen kann, Obacht gegeben; da sucht man die feinste Reinheit in der Aussprache, im Einsatz, in den Schattirungen etc. etc. Und nun stelle man sich vor, wie der gleiche Trieb wirken muss bei zwei Gruppen einer Reihe, die beispielsweise jede eine andere Spielart von Getreide bauen, wo die Rivalität dazu führen wird, das Unbedeutendste zu beobachten, um eine Sorte zu züchten, die sich durch Ertrag und Vortrefflichkeit in jeder Beziehung auszeichnet.

In der Wissenschaft wirkt die Triebkraft des Wetteifers durch das Analysiren, Zergliedern der Beobachtungen und Ideen, sie ist die Quelle der deduktiven Methode.

Die Triebkraft der Eintracht (Composite) führt auch die Bezeichnung Synthesismus, sie vertritt das verbindende, einende, kollektivistische Prinzip — die Einheit in der Verschiedenheit. Sie ist die Anregung der Sammlung aller der verschiedenen Parteien, Fraktionen und Sekten unter das gemeinsame Ganze, und indem sie diese mit einander rivalisirenden Gruppen und Reihen zu einem Einklang führt, erzeugt sie den Reiz und die Begeisterung, die uns ergreift, wenn die Dissonanzen in der Musik sich in Harmonie auflösen. Wieder unterbrochen durch die Wechselwirkung der zerlegenden Triebkraft des Wetteifers, eint sie immer wieder die Elemente

der Gemeinschaft zu neuen Zusammensetzungen; durch dieses Wechselspiel der Triebkräfte, welche die einzelnen Elemente trennen und wieder zusammenführen, wird die Bewegung erzeugt, deren das gesellschaftliche Leben bedarf. In der Wissenschaft wirkt die Triebkraft der Eintracht durch das Verbinden und Zusammenfassen der Beobachtungen und Ideen, sie ist die Quelle der induktiven Methode.

Zwischen diesen beiden extremen Triebkräften steht diejenige der Abwechselung (Papillonne), sie vertritt das Prinzip der Veränderung, der Modulation, der Herstellung des Gleichgewichts, der Vergleichung. Im Spiele der verschiedenen Triebe und Kräfte hält sie die Waage, sie ruft die Aufeinanderfolge der Aktionen hervor, erhält damit das Gleichgewicht unter Allen und regiert so die Uebergänge. Sie ist für das Gesellschaftsleben, was das Pulsiren des Blutes für den Körper, sie ist das Lebensprinzip, das sich in beständigem Stoffwechsel, in ausgesetzter Veränderung der Entwicklung und Erscheinung äussert. In der Wissenschaft wirkt sie durch die Vergleichung der Beobachtungen und Ideen, wie der Merkmale, Eigenschaften und Beschaffenheiten, sie ist die Quelle der vergleichenden Forschung.*)

Es liesse sich natürlich diese Darstellung noch weit ausdehnen, um zu zeigen, wie wenig Fourier von seinen Kritikern verstanden wurde, doch ist Einschränkung ein zwingendes Gebot, soll diese Abhandlung nicht in's Ungeheuerliche anschwellen. Abschliessend sei hier nur noch bemerkt, dass die drei Gruppen der Triebe im Menschen Folgendes repräsentiren: Die fünf ersten die Sinneswahrnehmungen, das Erkennen; die vier folgenden das seelische Fühlen und die drei letzten die berechnende Vernunft. Der Bemerkung Marlo's über disharmonische und harmonische Triebe mag folgende Annahme Fourier's gegenüber gestellt werden: Wie in der Musik erst auf sieben Akkorde eine Diskordanz kommt, welche aber zur Harmonie unentbehrlich ist, so überwiegen auch beim Menschen die harmonischen Triebe die disharmonischen derart, dass gerade die letzteren ganz bedeutend zur Erzielung einer immer anregenden Harmonie mitwirken müssen.

Man könnte freilich damit entgegnen, dass man eine Reihe von schlechten disharmonischen Eigenschaften und Lastern aufzählt, wie Trunksucht, Völlerei, geschlechtliche Ausschweifungen und Verirrungen, Lüge, Betrug, Diebstahl, Räuberei, Trägheit, Müssiggang, Unbeständigkeit, Zorn, Hass, Rachsucht, Neid, Habsucht, Geiz etc. Fourier, der scharfe Beobachter, kannte alle diese Schattenseiten, die uns ja täglich vor Augen treten, sehr gut. Er war auch weit davon entfernt, die soziale Harmonie als ein ungetrübtes, schattenloses Glück darzustellen; verschloss er sich doch keineswegs der

*) Diese Ableitung der wissenschaftlichen Methoden aus den Trieben ist doch wohl nur eine phantastische Wortspielerei ohne weitere Bedeutung. Anm. der Redakt.

Erkenntniss, dass ja schon mit dem Beginn und Abschluss des Lebens, mit Werden und Sterben der Schmerz unzertrennlich verbunden ist und nur durch bessere soziale Einrichtungen, welche den vorzeitigen Tod so viel wie möglich verbannen, auf ein milderes Maas gemindert werden kann.

Aber wie der kerngesunde Mensch, wenn man ihn in eine schlechte Athmosphäre bannt, krank werden muss, so müssen eben auch die besten Triebe in einem schlechten sozialen Lebenselement krank werden, abirren und anstatt Glück Unheil erzeugen. Die schlechte Athmosphäre ist die Privatwirthschaft (morcellement), und das einzige Lebenselement, in dem sich die menschlichen Triebe rein, nützlich, edel und glückbringend entfalten können, ist die Gemeinwirthschaft (association).

* * *

Die taktische Einheit einer solchen Gemeinwirthschaft nennt Fourier, um in dem Namen schon die innige Solidarität aller ihrer Glieder auszusprechen: Die Phalanx (phalange). Die Phalanx ist die sozialistische Wirthschaftskommune, wie man neuerdings gern sagt, — eine Gemeinde, die eine vollständige, genügende Gruppirung gestattet, um auf den verschiedenen Gebieten der landwirthschaftlichen und gewerblichen Arbeit, der Erziehung und Bildung, sowie des Unterhalts für die Arbeitsunfähigen ein ziemlich selbstständiges Leben und eine harmonische Bethätigung der mannigfaltigen Triebe zu ermöglichen.

Fourier nimmt an, dass eine solche Phalanx aus 3—400 Familien d. h. also 16—1800, höchstens 2000 Personen bestehen soll, also einer Bevölkerungszahl, wie sie etwa den kleinsten Stadtgemeinden entspricht, in denen noch Ackerbau und Gewerbe zusammen betrieben werden. Diese Phalanx soll eine Bodenfläche von etwa einer Quadratstunde (gleich zirka 16 Hektaren) zur Bebauung besitzen. Es versteht sich wohl von selbst, dass Fourier hier flaches, oder doch nur mässig hügeliges Land im Auge hatte.

Owen nahm für seine „home colony" (Heimstätte, Gemeinde) auf etwas kleinerem Flächenraum eine Bevölkerungszahl von 2000 bis 2500 an. Fourier dagegen fand nach seinen Berechnungen der in einer gewissen Bevölkerungszahl vorhandenen Charaktere, dass eine Zahl 2000 das äusserste Maximum sei, da durch eine höhere Bevölkerungszahl im Walten der Gruppen und Reihen Konfusionen entstehen würden. Uebrigens sei das hier nur nebenbei bemerkt und soll, ebensowenig wie die sehr scharfsinnige aber doch wohl utopistische Darstellung und Klassifikation der verschiedenen Charaktere, hier nicht weiter erörtert werden. Das Experiment und die Erfahrung kann darüber allein entscheiden.

Wie vertheilen sich nun die Serien, die Reihen, in die Gemeinwirthschaft einer solchen Phalanx? Da gibt es zuerst verschiedene Klassen, in welche die Wirthschaft sich theilt und welche die verschiedenen Oberabtheilungen grosser Serien vorstellen: A. Land-

wirthschaft, B. Haushalt, C. Gewerbe und Fabrikation, D. Austausch, E. Erziehung, F. Wissenschaft und G. Künste.

Diese Klassen zerfallen wieder in Ordnungen, die ihrerseits wieder Serienbildungen hervorrufen. Aus der Klasse A. Landwirthschaft lassen sich beispielsweise folgende Ordnungen ableiten: 1. Obst-, 2. Gemüse-, 3. Weinbau-, 4. Feld-, 5. Wiesen-, 6. Waldkultur-, 7. Blumenzucht etc.

Aus diesen Ordnungen gehen wieder Gattungen hervor, für welche sich ebenfalls wieder kleinere Serien bilden, z. B. aus der 1. Ordnung Obstbau die Serien der Birnenzucht, der Aepfel-, Pflaumen-, Kirschbaumzucht etc. etc.

Auch die Gattungen haben wieder ihre Unterabtheilungen in Arten oder Sorten, welche zur Gruppenbildung führen. Fourier führt hier speziell die Serie der Birnenzucht an, die er, um ein Beispiel der Organisation zu geben in, 32 Gruppen, die zu 7 Abtheilungen organisirt sind, vorführt. Das Beispiel möge hier seinen Platz finden:

Serie der Birnenzucht.

1. Vorposten	2 Gruppen	Quitten und harte Bastardarten.
2. Kleiner aufsteigender Flügel	4 „	Harte Kochbirnen.
3. Aufsteigender Flügel	6 „	Spröde Birnen.
4. Zentrum	8 „	Weiche Birnen.
5. Absteigender Flügel	6 „	Feste Birnen.
6. Kleiner absteigender Flügel	4 „	Mehlbirnen.
7. Nachposten	2 „	Mispeln und weiche Bastardarten.

Ein Pomologe wird keinen Augenblick in Verlegenheit sein, diesen 32 Gruppen die zu ihnen gehörenden Unterarten und Spielarten anzuweisen, so dass die minutiöseste Arbeitstheilung eingerichtet werden kann, und — einestheils durch die Leichtigkeit, mit welcher ein jedes Glied dieser freiwilligen Gruppen sich die nöthige Kenntniss und Geschicklichkeit erwerben kann, und anderntheils durch die Aufmerksamkeit und Sorgfalt, zu welcher eine Gruppe durch die Rivalität mit der anderen angeregt wird, — es dahin kommen müsste, dass die ausgezeichnetsten Früchte erzielt würden. Und von welcher Wichtigkeit ist der rationelle und aufmerksame Betrieb der Obstkultur für ein ganzes Land, wie bedeutsam die sorgfältige Pflege derselben, wie ihre fortwährende Ausbreitung und Verbesserung.

Nun aber stelle man sich erst vor, alle Ordnungen der Landwirthschaft seien derart nach ihren Gattungen, Arten und Spielarten in Reihen und Gruppen organisirt, und zwar die ganze Landesbevölkerung umfassend, dann wird man erst dem Boden die Erzeugnisse abgewinnen, die er nach den Aufstellungen der Wissenschaft zu bieten vermag. Aber er wird auch wieder zurück erhalten an Dungstoffen, was er zur Wiedererzeugung der Nahrungs- und Genussmittel braucht.

Nach dem Beispiel, welches hier von der Landwirthschaft gegeben wurde, lassen sich alle Klassen der Gemeindewirthschaft in ihre Ordnungen, Gattungen und Arten eintheilen und die Serienbildungen, sowie nach den Spielarten die Gruppenbildungen auf-

stellen. Da es sich hier nicht um Detailmalerei handeln kann, darf das Weitere wohl dem Nachdenken des Lesers und der nachfolgenden Generation überlassen werden, die in die Lage kommt, eine solche Organisation durchzuführen.

Man wird nun aber verstehen, dass bei einer solchen Arbeitstheilung die Zahl der Reihen in einer Phalanx eine sehr grosse sein wird. Fourier nimmt die Zahl von 400 Serien für eine gehörig organisirte Phalanx an, die Zahl der Gruppen aber wird natürlich die Zahl der Mitglieder einer solchen Wirthschaftsgemeinde weit übersteigen.

Es dürfte aber ferner klar sein, dass bei einer solchen Arbeitstheilung es jedem Mitgliede der Phalanx ein Leichtes sein müsste, in sehr verschiedenen Klassen, Ordnungen, Arten und Spielarten nach seinen Neigungen und Trieben sich die nöthige Kenntniss und Geschicklichkeit zu erwerben, in der einen mehr, in der anderen weniger; in der einen Gruppe oder Reihe wird er eine hervorragende Stelle, vielleicht die eines Führers einnehmen, in der anderen wird er gewöhnliches Mitglied sein.

Jetzt kommt aber noch hinzu, dass Fourier gemäss den Erfordernissen der Papillonne, der Triebkraft der Abwechslung, annimmt, dass die Beschäftigungen jeweilen nur kurze Zeit dauern, damit sie nicht ermüden; sie würden demnach mindestens alle zwei Stunden wechseln, dann gehen die Mitglieder wieder zu anderen Beschäftigungen und anderen Gruppen und Reihen über, werden durch die andere Beschäftigung und durch die anderen Personen, mit denen sie da zusammenkommen, wieder frisch angeregt. Diese Verkettung, dieses Ineinandergreifen aller der Funktionen, Gruppen und Reihen erzeugt aber eben die Solidarität und Harmonie in der Gemeinde, und sie ist der grosse Vortheil, den eine integrale, alle Wirthschaftszweige umfassende Assoziation vor einer Organisation in ständige Berufs-Assoziationen unter allen Umständen haben muss. Daraus dürfte aber auch verständlich werden, wieso Fourier zu dem Aufsuchen der grösstmöglichen Arbeitstheilung kam, und wie er den Schluss aufstellen konnte, dass eine kombinirte Phalanx mit 400 Serien mehr als das Doppelte mit ihren 1600 arbeitsfähigen Mitgliedern leisten müsste, als diese 1600 Mitglieder nur in 200 Reihen eingetheilt.

In der grösseren Mannigfaltigkeit der Verkettung und des Ineinandergreifens können die verschiedenen Neigungen, Urtriebe und Triebkräfte freier walten und eine grössere Kraft entfalten, die Auswahl der Thätigkeiten und der Personen in den Gruppen ist eine grössere und wechselvollere, und dadurch wird die Arbeit anziehend, ja in ihrem wechselvollen Reiz zum Vergnügen, zur Erholung.

Es wäre allerdings verlockend, hier eine jener farbenreichen Schilderungen Fourier's einzuflechten, z. B. über das Zusammenwirken von Serien und Gruppen verschiedenster Art in und um einen Baumgarten ziemlich an der Grenze einer Phalanx während eines Sommer-Abends, unter Mithülfe einer Abtheilung von der Nachbar-Phalanx,

— aber es ist noch sonst genug Stoff zu bewältigen, und die Verlockungen utopistischer Detailmalerei müssen überwunden werden.

Auf zwei Klassen von Wirthschaftsfunktionen muss jedoch noch kurz eingetreten werden: auf den Haushalt und die Erziehung.

Im Privathaushalt begegnet man seit den ältesten Epochen der Entwicklung einer zweifachen Sklaverei, der des Weibes und derjenigen der Dienstboten. Auch die Zivilisation weist diese zweifache Sklaverei auf. Noch heute ist das Weib des Proletariers eine Haussklavin, die vom frühen Morgen bis spät in die Nacht, und bei Kindern meist noch in der Nacht, nur ein Dasein voll Mühe und Arbeit kennt, deshalb lange vor der Zeit verblüht und altert. In den Häusern der Wohlhabenden treten an die Stelle der Hausfrau die Dienstboten, deren Existenz in Beziehung auf Nahrungssorgen wohl weniger qualvoll, nichtsdestoweniger aber doch eben so drückend ist, da hier das Familieninteresse in der Regel wegfällt.

Eine soziale Umgestaltung, welche diese zweifache Sklaverei nicht beseitigt, kann nicht als vollständig betrachtet werden, denn sie hat den schwärzesten Fleck der alten Wirthschaftsordnung unberührt gelassen. Gewiss ist es merkwürdig, dass so viele Sozialisten daran nicht denken, ja von einer sozialistischen Wirthschaftsordnung träumen, in der die Frau, wie heute, Haussklavin bleibt.

Fourier, der zeitlebens unverheirathet war, der zeitlebens, ja noch unmittelbar vor seinem Tode, so wenig als nur irgend möglich Dienstleistungen Anderer annahm oder gar beanspruchte — Fourier hat trotzdem mit seiner feinen Beobachtungsgabe einen tiefen Einblick in das Bedrückende dieser zweifachen Sklaverei gethan und den Weg gezeigt, wie dieselbe vollständig aufgehoben werden kann: Die Gemeinwirthschaft im Haushalt und ihre Besorgung durch Reihen und Gruppen.

Schon im ersten Theile dieser Abhandlung wurde darauf hingewiesen, dass die Küche zu einem Gegenstand der Gemeinwirthschaft werden müsse, hier mag darauf aufmerksam gemacht werden, dass damit durchaus nicht gemeint sein kann, dass eine gewisse Anzahl von Personen Tag für Tag nur in der Küche angespannt sein soll, auch hier würde Arbeitstheilung herrschen, auch hier würden Reihen und Gruppen mit einander abwechseln und mit einander rivalisiren, mit den sparsamsten Mitteln das Zuträglichste und Wohlschmeckendste herzustellen. Und es wird sicher nie an Personen und Gruppen fehlen, die schon darauf warten, in Funktion treten zu können, um auch einen Theil an der so wichtigen Thätigkeit der Nahrungszubereitung leisten zu können. Die einförmigen, mechanischen Arbeiten werden selbstverständlich durch Maschinen besorgt werden können.

Das Gleiche gilt von der Besorgung der Wäsche, vom Reinigen der Behausung, der Mobilien, der Kleider, Schuhe etc. Und wenn je einmal die erwachsenen Mitglieder hier sich zurückhalten sollten, dann lässt Fourier jene grosse Zahl von Kindern aufmarschiren, die vor keinem Schmutz zurückschrecken, und die sich eine grosse Ehre

daraus machen, einmal in die Funktionen Erwachsener einzutreten und dafür zu sorgen, dass das Ineinandergreifen der Funktionen, die harmonische Ordnung des Haushaltes nicht gestört werde.

Wer den Zweck will, muss aber auch das Mittel wollen, und wer einsieht, dass die zweifache Sklaverei im Einzelhaushalt nur durch den gemeinwirthschaftlichen Haushalt beseitigt werden kann, darf sich nicht durch das so oft an die Wand gemalte Gespenst einer „kommunistischen Kaserne“ von der Einsicht abschrecken lassen, dass eine Phalanx naturgemäss einen grossen Gemeindepalast haben muss. Fourier nannte denselben Phalanstère und von diesem Namen stammt die Bezeichnung Phalansterianer (Phalanstériens), welche die Anhänger der sozietären Schule sich beilegten.

Die Riesenhotels der grossen Städte sind auch „kommunistische Kasernen“, und doch wohnen in ihnen die reichsten Leute, die selbst prachtvolle Schlösser haben, einen sehr grossen Theil des Jahres und befinden sich sogar sehr behaglich dabei, denn sonst könnten sie sich's mit ihren Mitteln ja ganz gut anders einrichten.

Und sind etwa die aneinandergebauten Häuser unserer Strassen etwas anderes als „kommunistische Kasernen“ und zwar in der schlechtesten Anwendung, da sie sich gegenseitig Luft und Licht absperren und in Fällen von Gefahr dem Bedrohten Zwischenwände entgegenstellen, die ihn an der Flucht hindern?

Von dem Gemeindepalast ist übrigens auch im ersten Theil der Abhandlung die Rede gewesen, und es soll hier durchaus in keine Detailbeschreibung eingetreten werden. Wer sich näher dafür interessirt, kann Abbildungen und Pläne sich leicht verschaffen, und wenn er etwas Aehnliches wie ein Phalanstère durchaus sehen will, so braucht er nur nach Guise (auf dem Wege zwischen Paris und Brüssel) zu reisen, wo Herr Godin, Fabrikant gusseiserner Oefen, ein solches Gebäude erbaut hat, das er „Familistère“ nennt, und worin er auch in Bezug auf den Haushalt ein bedeutendes Stück Gemeinwirthschaft eingerichtet hat, was ihm, da er nicht auch in Beziehung auf Produktion und Vertheilung des Arbeitsertrages sozialistische Einrichtungen einführte, den Spott des Herrn Bernhard Becker eintrug.

Doch wieder zur Sache und zwar zum Erziehungswesen in der Phalanx. Auch hier nimmt Fourier die vollste Gemeinwirthschaft und zwar vom allerfrühesten Alter an. Man erschrecke nicht und meine ja nicht etwa, Fourier wolle den Säugling von der Brust seiner Mutter wegreissen. Durchaus nicht, denn der Mann war viel zu zartfühlend, um hier auch nur von ferne an einen Zwang zu denken, wo doch der Zwang in seiner ganzen Gesellschaftsorganisation nicht existirt. Hingegen beobachtete er einestheils, dass für das Kind die beste Gesellschaft das Kind selbst ist, und anderntheils, dass eine Mutter, die ihre Mutterpflichten erfüllt, auch der Ruhe bedarf und diese Ruhe nur findet, wenn sie nicht mit all' den Mühseligkeiten belastet ist, welche die Pflege eines Säuglings mit sich bringen, und sich zeitweise von ihrem Kinde entfernen kann, sicher,

dass dasselbe sorgsam bewacht und gepflegt wird. Von einer Trennung des Kindes von der Mutter ohne den Willen der Letzteren ist gar keine Rede, vielmehr setzt Fourier voraus, dass die Mehrzahl der Mütter, und zwar schon ehe sie es faktisch geworden sind, zu den Reihen und Gruppen der Kinderwärterinnen gehören werden, die selbstverständlich auch abwechseln.

Hier ist übrigens ein Punkt, wo die Erfahrung spricht. Während im Einzelhaushalt die Eltern sich immer beschweren, dass die kleinen Kinder, selbst wenn sie gesund sind, so viel schreien, zeigte sich sowohl in dem eben erwähnten Familistère, als auch in verschiedenen gut besorgten „Krippen" (Bewahrungsanstalten für Säuglinge), dass die kleinen Weltbürger — auch wenn ihrer 40—50 in einem Saale sind — sobald sie einander in ihren Bettchen sehen können, sich sehr ruhig und manierlich verhalten — sie haben eben eine ihnen zusagende Unterhaltung.

Die Erziehung der Kinder in der Phalanx geschieht also schon vom frühesten Säuglingsalter an und richtet sich zunächst auf die Entwicklung der Sinne und der Glieder. Dass dabei der Pflege des Körpers durch Reinlichkeit, zweckmässige Ernährung etc. die grösste Sorgfalt geschenkt wird, und dass von einer Kindersterblichkeit wie in unserer vielgepriesenen Zivilisation gar keine Rede sein kann, dafür sorgen schon die miteinander wetteifernden Gruppen der Kinderwärterinnen.

Die zweite Stufe der Erziehung ist, den Thätigkeitstrieb im Kinde auf das Schöne und Nützliche zu lenken, und zwar erfüllen hierin die Hauptaufgabe die etwas älteren Kinder gegenüber ihren jüngeren Kameraden. Fourier hatte sehr richtig beobachtet, dass die etwas älteren Kinder auf ihre jüngeren Genossen viel mehr Einfluss ausüben, als es Erwachsene im Stande sind. Schon im frühesten Alter äussern sich die Triebe zur Freundschaft und zur Nachahmung (letzterer ist die Quelle des Auszeichnungstriebes), dabei gelten den Kindern die vorangeschritteneren Freunde als viel grössere Autoritäten wie die Erwachsenen, weil sie erstere besser verstehen und besser von ihnen verstanden werden, als das bei letzteren der Fall ist.

Auf dieser Erfahrung beruht auch das mutualistische, Bell-Lancaster'sche Volksschulsystem, welches ja bekanntlich Owen, der ein Freund Lancaster's war, in seiner Fabrikkolonie New-Lanark einführte.

So geht die Erziehung, natürlich immer sorgsam überwacht durch die Erziehergruppen, in denen das weibliche Geschlecht überwiegend vertreten ist, immer weiter auf dem Wege der Anschauung und Bethätigung und leitet allmälig in das Gebiet der Produktion ein.

Was, wird man da schreien, wo bleibt denn die Schule? Der biedere Deutsche kann sich nämlich eine Erziehung unmöglich anders vorstellen, als dass das Kind mit sechs oder sieben Jahren die Schulbank bezieht und nun diverse Jahre darauf herumrutscht, während eine Partie Magister ihm die Elemente und Realien des Wissens und Kennens einpaukt und sorgsam Obacht gibt, dass das Kind recht

ruhig sitzt. Dass hinterdrein der grösste Theil des mühsam Eingepaukten wieder vergessen wird, ist man freilich gewohnt, spricht aber nicht gegen die „treffliche“ Schule.

Für Jeden, der die Entwicklung der pädagogischen Methoden aufmerksam verfolgt, ist es ersichtlich, dass die tüchtigsten Fachmänner im Erziehungswesen sich beständig im Stadium des Suchens nach der besten Methode bewegen. Gewiss ist, dass noch keine der bisherigen Methoden die Resultate ergeben hat, welche man von der Schule erwartete. Man ist deshalb schon vielfach zu der Einsicht gekommen, dass die Schule ihre Anforderungen an die Kinder ermässigen solle. Weniger Ueberladung mit Stoff, weniger Aufgaben für zu Hause — man sieht eben, dass die Kinder den Anforderungen der Schule nur mechanisch nachkommen und nach kurzer Zeit wieder vergessen, was ihnen mühsam beigebracht wurde.

Diese Erscheinung hat verschiedene Ursachen. Erstens ist es den meisten Kindern zuwider, täglich fünf, sechs und mehr Stunden ruhig auf einem Platze zu sitzen; zweitens sollen sie lernen, ohne ein Bedürfniss darnach zu haben; drittens ist es ihnen meistens gar nicht klar, warum sie dieses und jenes, ihnen überflüssig scheinende lernen sollen; viertens sind die Auffassungen und Temperamente der Kinder so verschieden, dass der nothwendigerweise schablonenmässige Unterricht nach Altersklassen in der Regel nur die wenigsten Kinder zur Aufmerksamkeit und zum Fleiss anregt; fünftens eignet sich der Lehrer nicht für alle ihm übergebenen Fächer gleichmässig; er versteht vielleicht für eines oder das andere das Interesse der Kinder zu gewinnen, aber nicht für alle.

So ist die Schule in ihrer heutigen Gestalt vielfach eine Qual sowohl für die Kinder, wie für die Lehrer — es ist eine Anstalt, die zumeist nur durch den Zwang aufrecht erhalten wird.

Anders in der Phalanx, wo man die Kinder nur lernen lässt, wenn das Bedürfniss darnach in ihnen vorhanden ist, und auch nur das, was sie lernen wollen. Man geht den Weg von der Praxis zur Theorie, den Weg, den die naturgemässe Entwicklung vorschreibt. Man lässt das Kind selbst den Unterricht suchen und verlangen, ehe man ihm denselben ertheilt; man lässt das Kind ruhig wieder zu anderen Beschäftigungen übergehen, wenn sein Interesse am Unterricht erlahmt.

Vielleicht wird man behaupten wollen, dadurch würde eine allgemeine Bildung bis auf eine gewisse Stufe des Wissens unmöglich. Abgesehen davon, dass bei der heutigen Schulbildung ja auch die Kinder diejenigen Fächer, für welche sie gar kein Interesse haben, nicht ordentlich erlernen, ist das doch gewiss dann am wenigsten zu befürchten, wenn an Stelle des Zwanges der Wetteifer und das Bestreben der Kinder, in eine höhere Rangordnung zu gelangen, in Wirksamkeit gesetzt wird.

Wieviele Kinderthränen fliessen heute z. B. beim Lesenlernen? Wie manchmal geräth der Lehrer schier in Verzweiflung, bis er einer Klasse die Geheimnisse des ABC beigebracht hat? Wie soll das

in der Phalanx gehen? Fourier führt ein Beispiel an. Der kleine sechsjährige Hermann gehört einer Gruppe an, welche den Hühnerhof besorgt. Eines Tages bringt der etwa 7jährige Karl aus der Bibliothek der Phalanx in seine Gruppe ein grosses Buch, welches in schönen Bildern die Hühner darstellt, die in der Phalanx gehalten werden, sowie noch andere Hühnerarten, welche die kleine Gruppe noch nicht kennt. Unter den schönen Bildern, über welche das kleine Gruppenvolk ganz entzückt ist, befinden sich kurze Erklärungen. Karl, der lesen kann, liest einige dieser Erklärungen; die kleinen Genossen wollen natürlich noch mehr wissen, denn ein jedes weitere Bild dünkt ihnen fast noch schöner, als die vorigen; aber Karl, der sich als Obmann dieser kleinen Gruppe fühlt, erklärt den kleineren Kameraden, er habe keine Zeit sich noch weiter mit diesen Erklärungen zu befassen, jeder ordentliche Junge müsse das selbst lesen können.

Aehnlich so geht es dem kleinen Hermann und Anderen wieder in anderen Gruppen, z. B. bei der Erdbeerenzucht etc. Man kann sich nun vorstellen, dass Hermann und seine kleinen Freunde sich das gesagt sein lassen, dass sie so geschwind wie möglich sich bemühen werden, sich von älteren Freunden lesen lehren zu lassen, damit sie auch in die Kinderbibliothek zugelassen werden, wo es so viele Bücher mit so schönen Bildern gibt, und damit sie auch als „ordentliche Jungen" angesehen werden. Glaubt man nicht, dass diese Kleinen, die derart doppelt angeeifert sind, dreimal so viel Fortschritte im Lesen machen werden, als die Kinder, die heute auf die Schulbank gesetzt werden und lesen lernen sollen, ohne dass sie eigentlich wissen, warum das sein muss?*)

So stets fortschreitend in den Beschäftigungen, zu denen sie angezogen werden, und zu denen sie auch die für Kinder passenden Arbeitsinstrumente vorfinden, werden sie — stets durch die Vorangeschritteneren angeregt — beständig das Bedürfniss haben, ihre Kenntnisse zu erweitern. Es versteht sich von selbst, dass diese Erziehung nicht dem Zufall überlassen bleibt, sondern dass die Leiter der Erziehung dafür sorgen, dass diese Anregungen der Kleineren durch die Grösseren — ohne dass erstere es merken — vor sich gehen, und so der Anschauungsunterricht in höchster Potenz, wenn auch mehr individuell, so doch planmässig und systematisch betrieben wird. Unter solchen Umständen wird das Lernen und das Lehren eine Freude sein, viel weniger Mühe und Zeit beanspruchen, und das Erlernte wird dem Gedächtniss viel fester eingeprägt, sowie viel besser verdaut und ausgebaut werden, als heute, wo sich daran nur die Erinnerung an Zwang und Unannehmlichkeit knüpft.

Der heutige Schulunterricht befindet sich durchaus im Widerspruch mit der Natur des Kindes, er unterdrückt einen Theil seines Thätigkeitstriebes, indem er es zwingt, Tag für Tag fünf, sechs oder mehr Stunden still zu sitzen und theoretische Erörterungen entgegen-

*) Das käme doch erst auf die Probe an!

(Anm. d. Redakt.)

zunehmen, nach denen es kein Verlangen hat. Dadurch fälscht der heutige Unterricht das ganze Wesen des Kindes, lähmt seine Arbeitslust und führt es zu jenen vielen Unarten, die eine beständige Plage für Eltern und Lehrer sind. Die guten Triebe, die sich nicht ausleben können, schlagen in Unarten um, ein Kind nimmt sie vom anderen an, und alles Moralpredigen der Eltern und Lehrer nützt fast gar nichts, körperliche Züchtigungen ebensowenig, — die Kinder werden nur zu Heuchlern, die bemüht sind, die Unarten heimlich zu üben und vor Eltern und Lehrer artig zu scheinen.

Fourier schüttete über dieses Moralpredigen das ganze Füllhorn seiner Satire aus und stellte ihm das Beobachten und Gewährenlassen der Natur des Kindes gegenüber, die es zu anderen Kindern treibt, um mit ihnen sich zu bethätigen und aus seinen Spielen und Beschäftigungen zu lernen. Die Privatwirthschaft kann dieser Natur des Kindes nicht gerecht werden, dies kann nur die Gemeinwirthschaft, die den Kindern die Mittel darbietet, ihren Vereinigungs- und Thätigkeitstrieb in nützlicher und belehrender Weise zu entfalten. Der heutige Zwang und der Mangel an Mitteln ersticken unzählige Fähigkeiten und Anlagen und haben körperliche und seelische Krankheit und Verkrüppelung der Kinder zur Folge. Die Gemeinwirthschaft, die Phalanx wird in den Kindern das allerwichtigste Gesellschaftskapital erblicken, und sie wird es durch zweckmässige Einrichtung alles dessen, was den Thätigkeitstrieb zu nützlicher Anwendung leiten kann, dazu bringen, dass die Kinder mit fünf Jahren der Gesellschaft schon das Aequivalent für ihren Unterhalt leisten.

Es wäre natürlich über dieses Kapitel der Erziehung, eine der stärksten Seiten Fourier's, noch unendlich viel zu sagen, aber es mag an dem Gesagten genug sein. Wüssten die Erzieher und Pädagogen, welch' grosse Fundgrube für sie Fourier und die sozietäre Schule ist, sie würden dieselben nicht, wie bis jetzt, vernachlässigen, sie würden darin studiren und bald zu begeisterten Anhängern der Gemeinwirthschaft werden.

* * *

So umfasst denn die Phalanx, die von Fourier dargestellte und hier nur in einigen Hauptzügen markirte Wirthschafts-Gemeinde, alle Zweige menschlicher erzeugender und vertheilender Thätigkeit in der manigfaltigsten Gruppirung und doch innigsten Solidarität, sie bietet die Darstellung einer Organisation der Arbeit ohne Zwang. Bei der Wichtigkeit, mit der man heute politische Formenfragen behandelt, lässt sich erwarten, dass hier die Frage, wie steht es mit der Verwaltung der Phalanx, gestellt wird und kurz beantwortet werden muss.

Fourier lässt in der Phalanx die reine Demokratie walten, d. h. also nicht blos das allgemeine Stimmrecht für die Wahl der verschiedenen Funktionäre, sondern die direkte Entscheidung über alle Fragen. Bei der kombinirten Organisation in Gruppen und Reihen fallen natürlich fast alle Entscheidungen in den Schooss der

Gruppen und Reihen, weil diese Entscheidungen eben fast nur Fachfragen betreffen werden. Das, was man heute Regierung, Verwaltung nennt, ist in der Phalanx vertheilt in eine ganze Reihe von Kollektivfunktionen, welche durch die schon erwähnten grossen Klassenserien repräsentirt werden, die gewissermassen die verschiedenen Departements der heutigen Regierungen und Gemeinde-Verwaltungen vorstellen. Da fast ein jedes erwachsene Mitglied der Phalanx bei der grossen Arbeitstheilung mehreren Klassenserien, ja gar manche allen Klassenserien angehören werden, so ist hier kein störendes Uebergewicht einzelner Reihen zu befürchten, vielmehr anzunehmen, dass immer die richtige Nebenordnung zwischen ihnen walte.

Unter den verschiedenen Phalangen lässt Fourier selbstverständlich die innigste Verbindung und dieselbe manigfaltige Gliederung herrschen, wie unter den Gruppen und Reihen einer Phalanx, er nimmt einen stetigen Verkehr der gleichartigen Reihen und Gruppen aus den verschiedenen Phalangen an, natürlich zu allermeist der Klassenreihe des Austausches, zu deren Funktionen auch die Statistik der Produkte gehört. Selbstverständlich nimmt Fourier an, dass zu gewissen Industrien, z. B. solchen, die Wasserwerke benützen, oder sich um Bergwerke gruppiren, die grosse Wälder, grosse Alpweideplätze ausbeuten etc., Gruppen und Reihen von Phalangen sich näher verbünden, ja sogar städteartige, aber immer mit Landwirthschaft verbundene Phalanxgruppen bilden können. Auch die Zentren des Handels und der Wissenschaft werden städteartige Phalangen bleiben, jedoch immerhin möglichst in Verbindung wenigstens mit Gartenkultur; die krankhafte Akkumulation der Bevölkerung in ungesunden Städten soll freilich wegfallen. In seiner Vorstellung über die Gliederung und der Gruppirung der Phalangen ist Fourier durchaus weltbürgerlich, kennt nur gewisse Abstufungen von Regionen und kümmert sich nicht im mindesten um bestehende Staaten und Nationen.

Man wird hier vielleicht die Bemerkung machen, dass die Anschauungen der „Anarchisten" manche Anknüpfungspunkte mit den Vorstellungen Fourier's haben. Dies ist jedoch nur soweit der Fall, als es sich auf die grösstmögliche Bewegungs- und Gruppirungsfreiheit bezieht, sowie auf einen möglichst weitgehenden Föderalismus. Wer aber dieser Darstellung aufmerksam gefolgt ist, wird finden, dass Fourier mit den Verirrungen, die in den Redensarten von der „absoluten Autonomie der Individuen und Gruppen" zu finden sind, nichts zu thun hat. Zudem haben die „Anarchisten" bei ihren Ausführungen immer nur professionelle Assoziationen, Gruppen der Schuhmacher, der Schneider etc., also von Berufsleuten im heutigen Sinne im Auge, während bei den Vorstellungen Fourier's diese beruflichen Gegensätze durchaus aufgehoben werden.

Dem Ausspruch, dass Fourier in der Phalanx die reine Demokratie walten lässt, kann man vielleicht entgegenhalten, dass Fourier ja eine Masse von Regentschaften mit allerlei monarchischen Titeln aufgestellt habe. Das ist nun freilich richtig, aber die Träger dieser Titel haben in der ganzen demokratischen Organisation auch nicht

die geringste Machtbefugniss und stellen nur ein Dekorum vor, das Fourier nicht entbehren zu können glaubte, das aber in der ganzen Organisation so unwesentlich ist, dass dieselbe durch sein Dasein so wenig geändert wird, wie durch sein Wegbleiben. An diesen kuriosen Zug Fourier's, jeder Gliederung und Funktion seltsame Titel anzuhängen, darf sich eine unbefangene Beurtheilung seiner Ideen nicht stossen, die utopistische Hülle ist Nebensache, der sozialistische Kern die Hauptsache.

Ein Punkt freilich ist jetzt zu besprechen, der von sozialistischer Seite ganz besonders kritisirt worden ist, nämlich die *Vertheilung des Arbeitsertrages* in der Phalanx. Diese will Fourier vornehmen nach dem *Kapital*, der *Arbeit* und dem *Talent*. Und zwar theilt Fourier ganz unmassgeblich, nur als Beispiel, vom Arbeitsertrag $^{4}/_{12}$ dem Kapital, $^{5}/_{12}$ der Arbeit und $^{3}/_{12}$ dem Talent zu.

Wenn nun die moderne Sozialökonomie auch die Leistungen des Talents als qualifizirte Arbeit oder potenzirte Arbeit gelten lässt, so kann sie nicht zugeben, dass das Kapital an sich Mehrwerth schaffe und deshalb zum Bezug eines besonderen Antheils prinzipiell berechtigt sei. Die *prinzipielle* Kritik und Verwerfung des Kapital-Antheils ist daher in der Sozialökonomie die logische Konsequenz des von ihr für die künftige Gesellschaft geforderten Gemeineigenthums an allen Arbeitsmittel. Will man aber gegen Fourier gerecht sein, so darf man bei dieser Kritik auch nicht die Motive vergessen, die ihn zu dieser Aufstellung führten, man darf ferner nicht unbeachtet lassen, welche Stellung nach Fourier das Kapital in der Phalanx einnimmt, und welche Wirkungen diese Vertheilung im Sinne Fourier's haben muss.

Bezüglich der Motive ist zunächst zu bemerken, dass Fourier — und hierin und darum war er wie Owen Utopist — glaubte, es lasse sich die Phalanx sofort einführen; es sei nur nöthig, eine Muster-Phalanx herzustellen, und dann werde ihr Walten sofort als zündendes Beispiel, als mächtiger Impuls wirken und in kurzer Zeit es dahin bringen, dass die Phalangen sich über den ganzen Frdball ausbreiten. Daher stammt auch der Name Phalanx, als einer festgeschlossenen neuen Macht, die alles bisherige besiegen und gleich der macedonischen Phalanx Alexanders des Grossen über den Haufen werfen würde. Später, als seine Theorie zum Theil unbeachtet blieb, zum Theil hart angegriffen wurde, kam noch ein anderer Grund hinzu, aus dem Fourier lebhaft die Errichtung einer Muster-Phalanx wünschen musste: sie sollte, wie das Experiment in der Chemie, als Probe für die Richtigkeit seiner Theorie dienen. Nur das Experiment konnte entscheiden, ob seine Theorie richtig sei oder nicht — das Experiment also war das dringendste.

Aber ein solches Experiment kostet Geld und zwar viel Geld. Das Geld konnten nur die Kapitalisten beschaffen. Fourier war nun freilich keineswegs gut auf die Kapitalisten zu sprechen und hielt es sogar für eine providentielle Einrichtung in der „Zivilisation“, dass

sieben Achtel der Reichen unwürdig und schlechten Charakters seien, damit die Armen und Bedrückten den Zustand der Zivilisation nicht erträglich finden möchten, — aber eben weil Fourier die Kapitalisten kannte, sagte er sich, dass man denselben, um von ihnen Kapital für eine Phalanx zu bekommen, einen grossen „Profit“ in Aussicht stellen muss. Der Gedanke an eine gewaltsame Expropriation lag eben Fourier durchaus fern, und hauptsächlich hatte er hier die Uebergangsperiode, die Periode des Experiments, gewissermassen die Periode der isolirten Phalanx im Auge.

Nun ist aber auch bei den heutigen Sozialisten der Gedanke keineswegs ausgeschlossen, dass bei einer möglichen friedlichen Umgestaltung die vorherigen Besitzer der Arbeitsmittel bei der Expropriation entschädigt werden, geschehe das nun in Form eines Pauschalbetrages oder einer Rente. Liebknecht lässt z. B. in seiner „Grund- und Bodenfrage“ diesen Uebergang zu, und es ist auch keine Veranlassung, die Möglichkeit einer Entschädigung durchaus zu verneinen, solange noch nicht nachgewiesen ist, dass eine friedliche Umgestaltung absolut unmöglich sei.

Wenn nun auch die heutigen Sozialisten keinen starken Glauben an die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Umgestaltung besitzen, so dürfen sie doch nicht unbillig urtheilen über die Hoffnungen Fourier's, die so ehrlich und so unverwüstlich waren, dass er über zehn Jahre lang in seinem bescheidenen Zimmer, rue Richelieu, 43, 5 Stiegen hoch, alle Mittage von 12 Uhr ab auf den Mann wartete, der seiner Einladung folgen und ihm eine Million für die erste Kinder-Phalanx bringen würde. — Die Täuschung der Hoffnungen, welche die beiden grossen und edlen Sozialreformer Fourier und Owen in die Einsicht und Gutwilligkeit der herrschenden Klassen setzten, wird vor dem Richterstuhl der Geschichte einst schwer in's Gewicht fallen, wenn der Uebergang zu einer anderen Gesellschaftsform sich unter blutigen Kämpfen vollziehen sollte; die Geschichte wird dann der Wahrheit die Ehre geben und konstatiren müssen: Sie wurden sehr lange vorher und sehr eindringlich belehrt und gewarnt!

Weitergehend muss nun beobachtet werden, welche Stellung das Kapital nach Fourier in der Phalanx einnimmt: Es ist kein Kapital im heutigen ökonomischen Sinne mehr, es kann nicht mehr benützt werden, um die Arbeit zu kaufen und dadurch Mehrwerth einzuheimsen. In sehr klarer Weise hat das ein tüchtiger Sozialökonom, François Vidal, der aus der sozietären Schule hervorgegangen, in seinem 1846 erschienenen Buche: „De la répartition des richesses ou de la justice distributive en économie sociale“ (Von der Vertheilung der Güter oder der vertheilenden Gerechtigkeit in sozialer Oekonomie) ausgeführt. Er weist darauf hin, dass Alles, was man Kapital nennt, die Arbeitsmittel (instruments de travail), der Grund und Boden, die Häuser, die industriellen und landwirthschaftlichen Maschinen und Werkzeuge, die Vorräthe zur Produktion und zum Unterhalt der Produzenten, in den Händen der Phalanx ist und von ihr verwaltet wird. Was die seitherigen Kapitalisten der Phalanx

übergeben haben, wird ihnen zum Schätzungswerthe gutgeschrieben, sie erhalten dafür ihre Antheilseheine und ihre Dividenden, — aber sie können diese Dividenden nicht kapitalisiren, nicht in Kapital umwandeln, sie können nicht mehr die Arbeit zu ihrem Dienst oder Vortheil kommandiren; denn jede Reihe und Gruppe arbeitet nur für die ganze Phalanx, nicht für die Individuen. Der Reiche könnte daher mit seinem Antheil nichts anderes machen, als ihn verbrauchen oder verschenken.

Da nun in der Phalanx ein jedes Mitglied in seiner menschenwürdigen Existenz gesichert ist und kein Vermögen mehr braucht, um sich vor dem Elend zu schützen, so werden, nimmt Fourier an, die Reichen, um sich in ihren Reihen und Gruppen Freunde und Ansehen zu erwerben, ihren Besitz zur Verbesserung und Verschönerung der Arbeitsgeräthe, Arbeitsplätze etc. verschenken; denn die einzige Akkumulation, die dann noch möglich sein kann, ist nicht die Anhäufung unnützer Vorräthe, man braucht ja nur genug für Alle zu erzeugen, sondern die Akkumulation der Arbeit, welche in der Verbesserung des Bodens, in der Verschönerung der gemeinsamen Behausung und Umgebung, in der Vervollkommnung der Werkzeuge und Maschinen und in Verrichtungen, welche Nützliches und Angenehmes zum Vortheil Aller schaffen, besteht.

Jetzt darf aber auch nicht ausser Acht gelassen werden, wie sich Fourier die Vertheilung des Kapitalantheils im Speziellen vorstellt. Hier macht er drei Klassen von Antheilscheinen oder sogenannten Aktien, nämlich Arbeiter-Antheilscheine (actions ouvrières), (von denen Niemand mehr als drei Stück zu 1000 Fr. bekommt), Grund-Antheilscheine (actions foncières) und Bank-Antheilscheine (actions banquières). Von diesen sollen beispielsweise die Antheilscheine der ersten Klasse $^1/_6$, die der zweiten $^2/_6$ und die der dritten $^3/_6$ des Gesammtkapitals bilden. Wenn nun, nimmt Fourier an, der Reingewinn der Phalanx 36% betrüge, so würde der Kapitalantheil beim Ansatz von $^4/_{12}$ oder einem Drittel 12% betragen. Wie will er nun diesen Antheil repartiren? Auf die Arbeiter-Antheilscheine 30, 24 und 18%, auf die Grund-Antheilscheine 14, 12 und 10% und auf die Bankier-Antheilscheine 9, 8 und 7% Dividende. — 30% werden für den ersten Arbeiter-Antheilschein bezahlt, 24% für den zweiten, 18% für den dritten; erwirbt der Arbeiter einen weiteren Antheilschein, so ist dieser einer der zweiten Klasse ersten Grades mit 14%, und so verringert sich der Zins, je nachdem das Individuum mehr Antheilscheine besitzt. Hieraus ersieht man nun wohl deutlich, dass Fourier ganz direkt darauf hinausging, die Dividenden derart anzusetzen, dass nach einer gewissen Zeit der Besitz Aller sich vollständig die Waage hält. Uebrigens ist da auch beizufügen, und Vidal nennt das nur „eine einfache Frage der Zeit“, dass bei der herrschenden Demokratie in der Phalanx der Kapitalantheil auch ganz beseitigt werden kann. Das zu thun, liegt ganz im Belieben der Phalanxgenossen.

Fourier selbst hält übrigens den Vertheilungsmodus für unwesent-

lich; in den „Quatre Mouvements" ist nur ganz beiläufig davon die Rede, und erst viel später lässt er sich einigermassen darauf ein. Zudem ist es doch gewiss nicht von ungefähr, dass Fourier, der sonst Alles, was er vornimmt, so genau bearbeitete, nirgends eine prinzipielle Abhandlung über das Eigenthum gegeben hat; er nahm es eben einfach als eine historisch gegebene soziale Thatsache an, mit der man zu rechnen hat, der aber jeder Stachel ausgezogen ist, sobald durch die Gemeinwirthschaft dem Eigenthum der kapitalistische Charakter geraubt ist. Und in der Phalanx kann es für den Einzelnen nur noch Verbrauchseigenthum geben, deshalb ist den Auseinandersetzungen der Sozialisten über diesen Punkt kein ausserordentlicher Werth beizumessen. „Nach uns," sagt Vidal, „hat die Formel, welche dieser grosse Mann der Vertheilung des Arbeitsertrages gab, nur einen transitorischen Werth, sie ist nur auf die ersten Phalangen, die sich im Schoosse unserer Zivilisation bilden, anwendbar. Für diese allein wird man im Prinzip mehr oder weniger dem Kapital, der Arbeit und dem Talent Rechnung tragen müssen. Die Modifikationen, welche später als gerecht bei der Vertheilung angenommen werden könnten, sind Sache der Zukunft. Unsere Nachkommen werden ihre Beziehungen auf ihre Art regeln, nach den Vorstellungen, welche sie sich über die Ordnung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit machen."

Abschliessend mag über diesen Punkt noch konstatirt werden, dass die kommunistische Formel der Arbeit und Vertheilung: Jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten — Jedem nach seinen Bedürfnissen, eigentlich in gar keiner anderen Organisation durchführbar ist, als in der von Fourier gesuchten und dargestellten, wo die Arbeit anziehend ist und infolge ihres Reizes geleistet wird, ohne Rücksicht auf die Entlohnung.

* * *

Ein wie grosses Gebiet bleibt noch zu berühren übrig, um auch nur dürftig die Vorstellungen Fourier's den Lesern deutscher Zunge, die jene ganze Literatur der sozietären Schule fast gar nicht kennen und nur bisher durch eine übelwollende und verständnissmangelnde Kritik gegen Fourier und seine Nachfolger voreingenommen wurden, darzustellen. Kaum angedeutet wurde in dieser Abhandlung die kosmopolitische Organisation der Phalangen, die Bildung von Arbeiter-Armeen zur Ausführung grosser Kultur- und Kolonisationswerke. Ebenso kann auch nur andeutungsweise hingewiesen werden auf die Ziele und Resultate einer planmässigen, gemeinwirthschaftlichen Bebauung des Globus, die zu den grossartigsten Resultaten in Beziehung auf die Ausgleichung der athmosphärischen und klimatischen Gegensätze, zu einer Genesung des durch die Raub- und Einzelwirthschaft krank gewordenen Erdballs führen und mit ihr ganz neue Hülfsquellen und Kräfte, ja quasi eine neue Schöpfung gebären und das Gleichgewicht der Bevölkerung herstellen soll. Alles dies ist den meisten Lesern nur durch gewisse, von der Kritik herausgezogene

paradox erscheinende Sätze bekannt, und doch gründet sich das Alles bei Fourier auf eine im Grunde genommen durchaus materialistische Gesellschafts- und Naturauffassung, die zum Theil der Entwicklungstheorie, der jetzt herrschenden in der Naturwissenschaft, entspricht, zum Theil allerdings auch in Gegensatz zu ihr tritt. Wie wenig beachtet ist z. B. selbst in dem sonst so tüchtigen Buch Kautsky's „Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft", die Polemik Fourier's und der sozietären Schule gegen Malthus und Malthusianer!

Es mag ferner nur nennungsweise hingewiesen werden auf die frappirenden Untersuchungen Fourier's über Kosmogenie, Magnetismus, Somnambulismus und Unsterblichkeit, die bei ihm einen durchaus sozialen Hintergrund und mit den spiritistischen Ausschweifungen und Schwindeleien nichts zu thun haben, und endlich auf die Untersuchungen über universelle Analogie.

Man wird es als merkwürdig betrachten müssen, dass gerade der Schüler Fourier's, der dieses letzte, quasi extravaganteste Gebiet seiner Ideen weiter kultivirte, von grossem Einfluss auf die deutsche Sozialdemokratie, resp. deren Rodbertus-Lassalle'sche Form gewesen ist. Es ist dies A. Toussenel, von seinem Widerpart Proudhon der geistvollste der Sozialisten genannt, dessen 1845 in erster Auflage in der sozietären Buchhandlung (Verlag der Schule) erschienenes Buch: „Les juifs, rois de l'époque. Histoire de la féodalité financière" (die Juden, Könige der Epoche. Geschichte der Finanz-Feudalität), vollständig die Ausführung jenes Staats-Sozialismus enthält, der später von Rodbertus, Lassalle und Anderen in die Agitation gebracht wurde. Franz Ziegler, der verstorbene demokratische preussische Abgeordnete, wies in einer Rede vor dem Handwerker-Verein zu Breslau am 19. April 1866 direkt darauf hin, nannte ausdrücklich Toussenel's Buch und konstatirte, dass Lassalle's „ganze Theorie darin bereits niedergelegt" sei. Freilich entnahm Lassalle diesem Buch, mehr Louis Blanc nachfolgend, als Agitationspunkt den verhältnissmässig ungeschicktesten Theil: die Produktivgenossenschaften mit Staatskredit.

Das Buch Toussenel's enthält in klarer und scharfer Schreibweise die Forderung der staatsmonopolistischen Uebergangsstufe, die Fourier „Garantismus" nannte, worin Staat und Gemeinde die Funktionen des Austausches und Verkehrs (Kredit inbegriffen), sowie der Grossproduktion der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse übernehmen, jener Uebergangsstufe, die Fourier nicht näher öffentlich beschreiben wollte, weil er glaubte, man könne sie überspringen, die aber Toussenel, der zu den Manuskripten Fourier's Zugang hatte, in markigen Zügen darstellte.

So ersieht man also, welche Seite der Vorstellungen Fourier's man auch betrachtet, dass dieselben trotz der quasi konservativen Hülle, in der sie auftreten, dem modernen Sozialismus und seinen Postulaten viel näher stehen, als die Träger desselben selbst glauben. Die Uebergangsperiode des Garantismus, wie sie Fourier skizzirte,

und wie sie seine Schüler nach seinen Ideen weiter ausführten, entführten, entspricht im grossen Ganzen den nächstliegenden Forderungen der Sozialisten: in ökonomischer Beziehung die Staats- und Gemeindewirthschaft an Stelle der kapitalistischen Privatwirthschaft; in politischer Beziehung das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk; in ethischer Beziehung die Befreiung des Weibes von der untersten Stufe der Lohn- und Haussklaverei.

Die Forderungen dieses Garantismus liegen so zu sagen in der Luft. Die industrielle, agrikole und kommerzielle Anarchie hat ihren Höhepunkt erreicht und sich in ihren Schädigungen der Gesellschaft so blos gelegt, dass fast ein jeder denkende Mensch, welcher Parteirichtung er auch angehört, ihre Unhaltbarkeit einsieht. Nur sind der Doktoren und der Heilmittel gar mancherlei seltsame: fiskalische Schutz-, richtiger Raubzölle, fiskalische Monopole (wohl zu unterscheiden von den Monopolen im wirthschaftlichen Interesse des Verkehrs, des Austausches oder der Produktion selbst, die im Interesse Aller liegen), neue Innungen, verbunden mit Einschränkungen der Gewerbefreiheit, Vorschuss- und Kreditvereine, Rohstoff-Assoziationen, Konsumvereine, Magazin- und Produktiv-Genossenschaften — — kurz, es ist ein allgemeines Suchen und Probiren nach einer besseren Gestaltung der Wirthschaftsordnung.

Um wie viel näher als diese ganze Utopisterei der heutigen Zeit, steht dem modernen Sozialismus Fourier. Man hat ihn einen Kleinbürger genannt, und doch stützt sich seine ganze Organisations-Vorstellung auf den entwickelsten Grossbetrieb, und zwar in jedem Theile der Wirthschaft, und beseitigt jede Zerstückelung, jede Zwergwirthschaft, indem sie das Prinzip der grössten Arbeitstheilung in jeden Zweig wirthschaftlicher Thätigkeit, selbst in den Haushalt einführt. Man hat Fourier einen Reaktionär genannt, weil er die fruchtlosen Revolutionen und die grossmäuligen „radikalen“ Politiker geisselte, und doch bietet er in seiner Gesellschaftseinrichtung ein Bild der Demokratie, das weit über alle Ideale der „Anarchisten“ hinausgeht. Man nennt ihn einen Gemüthsmucker und Religionsstifter, und er führt alle moralischen Verirrungen nur auf die schlechten privatwirthschaftlichen Einrichtungen zurück, ja er stellt eine wirthschaftliche Einrichtung diesen gegenüber, in welcher das Interesse die Tugend erfordert und das Laster ausschliesst. Man „verwahrt“ sich dagegen (Most, „die Lösung der sozialen Frage“), „in dummdreister Weise mit dem Gefasel jenes Phalansterial-Phantasten irgendwie in Verbindung gebracht“ zu werden, und doch wandelt man die Wege, welche 70 Jahre vorher derselbe Mann als ungenügend bezeichnet hat, und geräth schliesslich selbst in die ärgste Konfusion, aus der die „blutige Revolution“ helfen soll.

Fürwahr, einer Bewegung von der grossen Bedeutung, wie die heutige sozialistische, die in die allgemeine Rathlosigkeit Klarheit tragen soll, ziemt das blosse Absprechen nicht, und am allerwenigsten gegenüber ihren eigenen Vorläufern, von denen sie so Vieles lernen kann, was im Drange der Agitation übersehen wurde, und was man

eines Tages sehr nöthig brauchen kann, will man den vielen revolutionären Illusionen und Täuschungen nicht noch eine viel verhängnissvollere beifügen.

Es handelt sich für den Schreiber dieser Abhandlung beileibe nicht darum, ein Idol aus der Antiquitätenkammer herauszuholen und zur Verehrung aufzupflanzen; es handelt sich vielmehr darum, auf die herrlichen, genialen Gedanken aufmerksam zu machen, die da zum Theil unter dem Staub der Vergessenheit verborgen liegen, theils von einer leichtfertigen Kritik entstellt oder verzerrt wiedergegeben worden sind. Diesen traditionell gewordenen Verzerrungen ist neuerdings Fr. Engels in seiner trefflichen Streitschrift gegen Herrn Eugen Dühring scharf entgegengetreten, wie ja auch Engels und Marx schon im kommunistischen Manifest den grossen Utopisten nicht nur historische Gerechtigkeit widerfahren liessen, sondern einzelne ihrer Aufstellungen, wie die Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land, die Vereinigung der Erziehung mit der Produktion in ihr Programm aufnahmen und die Utopisten als „in vieler Beziehung revolutionär“ anerkannten. Dass diese „auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbstthätigkeit, keine ihm eigenthümliche politische Bewegung erblickten“, wie das kommunistische Manifest richtig bemerkt, darf man ihnen billigerweise nicht zum Vorwurf machen, gehört doch heute manchenorts und gegenüber vielen traurigen Erscheinungen in der Bewegung eine sehr feste theoretische Ueberzeugung dazu, die Annahme einer geschichtlichen Selbstthätigkeit des Proletariats festzuhalten. So z. B. wenn man sieht, dass die grosse Masse des Fabrikproletariats durch lange Bedrückung so widerstandsunfähig geworden ist, dass sie sich als Sturmbock gegen den gesetzlichen Normalarbeitstag missbrauchen lässt, wie in der Schweiz, oder als Schleppenträger der „Liberalen“, wie in England.

Uebrigens wies Fourier auf kommende soziale Proletarier-Revolutionen im Gefolge der anarchischen Wirthschaftsordnung hin und sagte dieselben voraus, ohne ihnen freilich einen befreienden Werth beizumessen, sie vielmehr blos als blutige Empörungen bezeichnend.

Nach dieser Zwischenbemerkung soll zum Schluss noch auf einen Punkt eingegangen werden, den man nicht übersehen darf, um zu einem richtigen Urtheil über Fourier zu gelangen: Die Geschichtsauffassung Fourier's. Engels sagt, dass Fourier hierin „am grossartigsten erscheint“, und ohne der Autoritätshascherei sich schuldig zu machen, darf man das wohl gelten lassen.

Wenn Marx ohne Zweifel der Sozialwissenschaft einen grossen Dienst geleistet hat, durch die Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung, welche alle Erscheinungen, Kämpfe und Einrichtungen aus den ökonomischen Verhältnissen der verschiedenen Zeitepochen erklärt, so darf auch hier — ohne das Verdienst von Marx im mindesten zu schmälern — Fourier als direkter Vorläufer dieser materialistischen Geschichtsauffasssung hingestellt werden, wie er auch wesentliche Berührungspunkte mit einem anderen bedeutenden Geschichtsphilosophen, H. Th. Buckle, hat, der insofern

auch der materialistischen Auffassung huldigt, als er den Einfluss der geographischen und klimatischen Verhältnisse auf die Geschichte der Zivilisation und des Volksgeistes des betreffenden Landes besonders betonte. Für Fourier ist, wie schon erwähnt, das Entscheidende bei der Eintheilung der Geschichtsepochen: Die Stellung des Weibes.

Fourier stellt die verschiedenen Epochen der Gesellschaft bis zum Sprung in die gesellschaftliche Harmonie in folgender Formel dar:

Edenismus
Wildheit
Patriarchat
Barbarei
Zivilisation
Garantismus
Soziantismus

Diese Stellung der verschiedenen Entwicklungsstufen soll nicht nur die in Beziehung auf die Glückseligkeit rück- und vorwärts laufende Entwicklung zeigen, sondern auch darstellen, dass der sprungweise Uebergang aus den oberen in die senkrecht unter ihnen stehenden Stufen möglich ist, nicht aber freiwillig in schräger Richtung. Zu bemerken ist ferner noch, dass es sich hier um die Gesellschafts-Geschichte handelt, daher die Frage der Entstehung des Menschen, in der Fourier freilich im Gegensatz zur heutigen Deszendenztheorie steht, durchaus bei Seite gelassen werden kann.

Die Benennung Edenismus ist der biblischen Tradition entnommen, sie soll einen primitiven glücklichen Gesellschaftszustand hezeichnen, wie er sich unter gewissen Umständen bilden konnte, und wie ihn theilweise Seefahrer in geschichtlicher Zeit da und dort noch angetroffen haben. Auf fruchtbaren Inseln oder Hochebenen unter günstigen klimatischen Verhältnissen, geschützt vor wilden Thieren, konnte sich ein friedliches Zusammenleben gestalten, in welchem ein verhältnissmässiges Wohlsein herrschte und eine gewisse Gleichheit unter Allen, jedenfalls aber in dem Verhältniss zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlecht, waltete. Ein Gesellschaftsleben ohne Eigenthum, ohne eigentliche Arbeit, da ja die Natur selbst genügend Nahrungsmittel bot, ohne Zwang und ohne trennende Vorurtheile.

So phantastisch diese Darstellung aussieht, und so wenig Werth sie hätte, wenn sie sich nur auf die chaldäische Mythe stützte, so sehr stimmt sie mit den Zeugnissen überein, welche verschiedene Entdecker ablegen. Die Spanier, welche mit Kolumbus zuerst die kleinen Inseln Westindiens betraten, Cook und Bougainville, welche verschiedene Inseln des grossen Ozeans besuchten, beschrieben die dort z. B. in Otaheiti (Gesellschaftsinseln) herrschenden primitiven Gesellschaftsverhältnisse in der gleichen Art. Ist ein solcher Urgesellschaftszustand für die Urahnen der heut zivilisirten Völker ausgeschlossen?

Die geschriebene Geschichte gibt darauf selbstverständlich keine Antwort, aber die Wissenschaft, die in den Höhlenfunden aus der

Steinzeit die Geschichte ihrer Bewohner zu erforschen sucht, hat einige ganz merkwürdige Charaktere einer Jahrzehntausende hinter uns liegenden Vergangenheit aufgefunden: Ziselirungen aus der Zeit, da im südwestlichen Mitteleuropa noch Mammuth und Rennthier weideten. Ein sehr geschätzter Mann der Wissenschaft, Herr Prof. Dr. A. Heim in Zürich, hielt vor mehreren Jahren einen Vortrag und knüpfte an diese primitiven Erzeugnisse der Kunst, die durch ihre naiv-natürliche Wiedergabe eines Mammuths, eines Rennthiers etc. sich so vortheilhaft auszeichnen vor den religiösen und heraldischen Thierbildern mit durchgängig unnatürlichen Stellungen, die aus viel späteren, zum Theil geschichtlichen Perioden stammen, den Schluss: Die Urbewohner, welche solche Bilder hinterliessen, haben jedenfalls keine „Religion" (? Die Redakt.) gehabt. Aus diesem Schluss aber lässt sich weiter ableiten, dass sie ein friedliches, zwangloses und verhältnissmässig glückliches Zusammenleben gehabt haben, denn die „Religion" findet sich in der Regel beim Gegentheil. Doch ziehe der Leser selbst seine weiteren Schlüsse.

Uebrigens hat die neuere Wissenschaft fast allenthalben Kommunismus als das Wesen der ursprünglichen Gesellschaft konstatirt.

Auf Inseln, mitten im grossen Ozean, konnte ein solcher Gesellschaftszustand wohl ziemlich lange Zeit andauern, und hat die vollständige Freiheit des Weibes in seinen Beziehungen zum Manne ohne Zweifel ein Gleichgewicht der Bevölkerung zur Folge gehabt, sonst hätte Cook wohl statt der friedlichen Gesellschaft eine solche von Kannibalen vorgefunden. Anders aber auf dem Festlande. Hier muss jedenfalls, sei es infolge elementarer Ereignisse oder des Anwachsens der Bevölkerung, eine Zeit des Mangels eingetreten sein, in der die Natur nicht mehr genügend Lebensmittel selbst hervorbrachte, — wo man also zu arbeiten beginnen musste. Und hier beginnt der Zwang: der stärkere Mann zwingt die schwächere Frau zur Arbeit. Das ist das Merkmal der Entwicklungsstufe der Wildheit, wie es heute noch bei den wilden Indianern Nordamerika's anzutreffen ist.

Auf dieser Entwicklungsstufe herrscht immer noch kein Privateigenthum, ausser an der Hütte, den Waffen, Jagd- und Fischgeräthen, der Mann hält zu seiner Horde, und innerhalb dieser herrscht Gleichberechtigung, gemeinsame Berathung und Abstimmung über alle Angelegenheiten — die primitive Form der direkten Gesetzgebung durch das Volk; die Jagd-, Feld- und Weidegründe gehören der ganzen Horde. In dieser Verbindung, die nur nach aussen, also anderen Horden gegenüber Diebstahl und Raub übt, geniesst der Wilde die Naturrechte des Sammelns der Früchte, der Weide, der Jagd, des Fischfangs, — Naturrechte, für welche ihm die späteren Gesellschaften, welche dieselben abschafften, keinen Ersatz gaben.

Daher kommt es denn auch, dass der Wilde — abgesehen von seinem Widerwillen gegen die Arbeit — sich freiwillig nicht in die Zivilisation begibt. Er sieht, dass er in letzterer doch nur die unterste sorgenvollste Stufe, die des Arbeiters, einnehmen könnte, und dass er sich in dieser viel unglücklicher fühlen würde, als in der

Wildheit. Er scheut nicht den Tod, aber eine Verkümmerung bei Arbeit und Sorgen, wie sie dem Arbeiter in der Zivilisation beschieden ist.

Aber das Weib, das in der Wildheit zu harter Arbeit für die Männer herabgedrückt ist und dazu noch für seine Kinder sorgen muss, findet in der Hordengemeinschaft der Männer keine Befriedigung. Es lässt sich vorstellen, dass es unter dem Einflusse einer gewissen Entwicklung das Weib war, das den Mann, mit dem es in Beziehung stand, bewog, aus der Gemeinschaft herauszutreten und sich zunächst der Familie zuzuwenden. Das ist die Version Fourier's vom „Sündenfall“ aus der ursprünglichen, rohen Gemeinschaft in die Privatwirthschaft, womit sich der Uebergang in's Patriarchat vollzog.

Obgleich Fourier diesen Entwicklungsgang in Beziehung auf ein gewisses ursprüngliches Glück als einen rückgängigen annimmt, sieht er doch in ihm einen naturnothwendigen Fortschritt, da sich eben nur in der Privatwirthschaft zuerst die Arbeit entwickeln konnte, die in ihrer Verbindung mit der Wissenschaft und durch eine ihr entsprechende soziale Organisation zu einem höheren Glück führen wird. Nebenbei sei bemerkt, dass Fourier die mongolischen Nomadenvölker in die Uebergangsstufe von der Wildheit zum Patriarchat einreiht.

Das Hauptmerkmal des Patriarchats ist, wie schon der Name sagt, die väterliche Autorität in der Familie, die Entstehung der Ehe mit einer Frau, die den Titel führt, neben der aber auch noch andere in untergeordnetem Verhältniss stehen, die Entwicklung des Familien-Grundeigenthums, der Beginn der Kultur durch Knechte, die sich entweder dem Ansehen oder der Gewalt des Familienoberhauptes fügen. Aus diesen Anfängen entwickelt sich die Sklaverei. Die väterliche Autorität pflanzt sich fort durch das Recht der Erstgeburt. Noch halb im Patriarchat befinden sich die Tscherkessen und die Beduinen.

Wenn hier von verschiedenen Entwicklungsstufen in der Gesellschaftsgeschichte die Rede ist, so darf wohl als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass dieselben nicht als streng abgegrenzte Begriffe zu nehmen sind, dass sie vielmehr ihre auf- und absteigenden Bewegungen und Uebergänge haben, dass Wechselwirkungen fortschreitender und rückwirkender Art zwischen Völkern verschiedener Entwicklungsstufen stattfinden und, wie ja auch geschichtlich bekannt, ganze Invasionen, Verschiebungen und Mischungen von Völkern ganz verschiedenen Charakters vorkamen, welche Zwitterbildungen hervorbrachten.

Das Patriarchat tendirt nun nach zwei Richtungen hin. In grossen, weiten, mehr oder weniger eintönigen Ländern führt es, da ja eine Familienherrschaft mit der anderen, wegen der Weide, des Wassers etc., kurz wegen Besitzansprüchen sehr leicht in Streit geräth, zu gegenseitigen Kämpfen und Unterjochungen, die zu kleineren und grösseren Staatenbildungen, schliesslich zur Aufrichtung einer Alleinherrschaft führen mit allen Attributen absoluter Gewalt. In dieser Richtung lenkt das Patriarchat zur Barbarei, einem Gesellschaftszustand, der auf starrer Unterdrückung und Gewaltherrschaft beruht.

Aus den Knechten des Patriarchen sind Soldaten und Sklaven geworden. Das Merkmal der herrschenden Klassen ist die ungezügelte Vielweiberei. Die Frau ist Sklavin, die Arbeiter sind Sklaven, die bereits im Ackerbau und in gewerblichen Arbeiten zur Massenverwendung kommen und also einen Fortschritt in der Arbeit repräsentiren.

Dieser Gesellschaftszustand ist der unglücklichste von Allen; es gibt in ihm keine andere Freiheit mehr als die blutige Empörung der Sklaven oder der Soldateska (Strelitzen, Janitscharen etc.); er führt in seiner starren Gewalt bei langer Dauer zu vollständiger Stumpfheit und Entartung ganzer Völker und zur Unfähigkeit, sich selbst auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Dem Zustand der Barbarei entsprechen die grossen asiatischen Reiche des Alterthums, als deren später Nachläufer das asiatisch-türkische Reich (natürlich keineswegs die zivilisatorische Phase der Araber und Mauren) zu betrachten ist. Dem langen Verharren in der Barbarei ist die Stabilität China's zuzuschreiben, und noch zu einem Viertel barbarisch betrachtete Fourier auch — Russland, natürlich geraume Zeit vor dem Dekabristen-Aufstand.

Anders ist die Richtung des Patriarchats in Ländern mit einer grösseren Gliederung, vom Meere mehr oder weniger umflossen und eingebuchtet, von Berg- und Waldzügen abgetheilt, wie die drei grossen Halbinseln, die den Süden Europa's bilden, und hauptsächlich die Balkanhalbinsel, resp. deren südlicher Theil mit seinem Inselmeer. Hier erzeugt das Land schon eine andere Denkungsart und führt zu einer höheren Form der Gesellschaft. Die strenge Zucht unter der Gewalt des Familienoberhauptes, das starre Recht der Erstgeburt und die Unterordnung des Weibes in die Stellung einer Halbsklavin gewinnen hier mildere Formen. Es widerstrebt allmälig den Patriarchen, ihre Töchter als Nebenweiber herzugeben und ihre spätergeborenen Söhne als Knechte des Erstgebornen zu hinterlassen; der Patriarch beginnt mit denen, welche seine Töchter heirathen, Eheverträge zu machen.

So entwickelt sich die Monogamie, die Einehe, der Anfang der Personenrechte des Weibes, und damit beginnt die erste Phase der Zivilisation — das Stadium der altgriechischen und altitalischen Kultur und das Stadium, in dem sich jedenfalls die Germanen schon vor unserer Zeitrechnung befanden. In der ersten Kindheitsphase der Zivilisation ist noch die Sklaverei vorhanden, die zwar einerseits in der Arbeit und Bildung des Kapitals einen Fortschritt bezeichnet, anderseits aber durch ihren inneren Widerspruch mit der Tendenz der Zivilisation weitere gesellschaftliche Fortschritte verhindert, sogar Rückschläge herbeiführt.

Fourier nimmt an, dass die griechische Zivilisation auf ihrem Höhepunkte, dem so oft genannten Perikleischen Zeitalter, entwickelt genug gewesen wäre, um in den Garantismus überzugehen — wenn die Griechen keine Sklaverei gehabt hätten. Der hellenische Staatsgedanke neigte freilich, wie auch Marlo bemerkt, zu garantistischer

Richtung, er zeitigte nicht nur Utopisten, wie Pythagoras, Plato etc., sondern sogar ein solch garantistisches Staatswesen in Sparta — aber das lag doch wohl überhaupt mehr oder weniger im ganzen vom traditionellen Kommunismus angehauchten Charakter der ersten Phase der Zivilisation.

Die Jugend- oder zweite Phase der Zivilisation nach dem Untergang der antiken Kultur und nach der Völkerwanderung hat ihren Keim in der freien Städtebildung (zum Unterschied von den Riesenstädten der Barbarei), in der Kultur der Künste und Wissenschaften. Auf dem Lande sind die Sklaven zu Leibeigenen geworden, weil sie sich in dieser Eigenschaft besser ausbeuten liessen denn als Sklaven, und in den Städten bildet sich aus früheren Leibeigenen das gewerbetreibende Bürgerthum, das sich für seine Gemeindeverbände Privilegien erringt und die Bourgeoisie gebärt.

Damit ist die Zivilisation als gesellschaftliche Entwicklungsstufe auf ihrem Höhepunkte angelangt und beginnt ihre absteigende Bewegung.

In der dritten Phase der Zivilisation ist der Arbeiter „frei“, Lohnarbeiter. Aus der anarchistischen freien Konkurrenz entwickelt sich der Grosshandel und die Grossindustrie. Das Kapital verbündet sich zu grossartigen Assoziationen in der Form von Aktiengesellschaften und zu quasi monopolistischer Stellung, die in innerem Widerspruch mit der vorgeschrittenen Produktion steht und deshalb in der Volkswirthschaft zu einem fehlerhaften Kreislaufe führen muss. Obgleich in dieser Phase die Bildung von unermesslichem Reichthum gegeben ist, bleibt das Volk arm, die ökonomischen Illusionen eines allgemeinen Wohlstandes erfüllen sich nicht, so wenig wie die Illusionen der politischen Freiheit und des Repräsentativ-Systems sich erfüllten.

Die Anarchie des Handels und der Produktion führt zur Raubwirthschaft und Verwüstung der Wälder, der Gebirgsforsten, damit zur Verwüstung der Länder durch die daraus folgenden Extreme: Dürre und Ueberschwemmungen. Jetzt tritt die Zivilisation in ihr letztes Stadium, das des Absterbens; das Kapital bemächtigt sich auch des Grund und Bodens. Bäuerliche Leihbanken bezeichnen die kümmerliche Existenz der landwirthschaftlichen Produktion, die schliesslich zu einem Zusammenlegen der Parzellengüter in grössere Gehöfte (Meiereien) zwingt. Die Industrie ist auf dem Höhepunkt des Faustrechts und des modernen Feudalismus angelangt, wo alle mitbewerbenden Existenzen erdrückt werden. Sie ist so in's Riesengrosse gewachsen, dass ihre Grösse über die menschliche Kraft der modernen kapitalistischen Feudalherren hinausgeht, dass daher Pacht- und Vertragsverhältnisse entstehen müssen, wie bei dem Grossgrundbesitz z. B. in England und Italien.

Die Illusionen, auf dem Wege der vereinzelten Assoziationen über diesen Kapital-Feudalismus Meister zu werden, stellen sich als trügerisch heraus, und es beginnt eine neue Entwicklungsstufe, die Zivilisation geht über in den Garantismus, die Ablösung der

privatkapitalistischen Funktionen durch Gemeinden und Staaten. Diese Entwicklungsstufe, die mit mehr oder weniger kommunistischer Umgestaltung der Eigenthumsverhältnisse durch die nächsten grösseren Zuckungen eingeleitet werden wird, ist schon skizzirt worden, sie führt zu der des Soziantismus, in welcher die Arbeit von ihren professionellen Einseitigkeiten abgelöst und in einfache passionelle Reihen und Gruppen übergeführt wird, die sich dann weiter entwickeln bis zur vollen Harmonie.

Die Zivilisation vermag nicht die wilden Völker zu gewinnen, alle ihre Versuche stürzen dieselben nur in grösseres Unglück oder rotten sie ganz aus. Dagegen lassen sich diese Wilden durch den Garantismus und den Soziantismus anziehen, was die gelungene Kolonisation der Jesuiten unter Francia mit den Indianern Paraguay's beweist. Erst die letzte aufsteigende Entwicklungsstufe der Gesellschaft, die Harmonie, mit ihrer anziehenden Arbeit und der absoluten Befreiung des Weibes wird alle Völker der Erde vereinigen können.

Eine lange, lange Zeit, nimmt Fourier an, wird die Menschheit sich des glücklichen Gesellschaftszustandes der Harmonie erfreuen, 70,000 Jahre wird sie in Frieden und Glückseligkeit leben; dann wird der Gesellschaft, wie jedem einzelnen Menschen, das Greisenalter nahen: die absteigende Bewegung, in welcher sie die anfänglichen Kindheits-Entwicklungsstufen in umgekehrter Ordnung wieder durchmache. Dann wird die Menschheit sterben, nach ihr alles animalische und vegetabilische Leben, schliesslich der Erdball und das ganze Sonnensystem, um wieder Stoff zu neuem Werden abzugeben.

* * *

Man wird einen seltsamen Widerspruch finden zwischen dieser, wenn auch idealen, so im Grunde doch ganz materialistischen Geschichtsauffassung und dem utopistischen Gedanken, es lasse sich der Sprung in die Harmonie machen, ohne dass die dazwischen liegenden Entwicklungsstufen durchlebt werden. Aber begegnen wir nicht ähnlichen Widersprüchen sehr oft? Fourier sagt, die industrielle Entwicklung ist bereits über die gesellschaftliche Entwicklung hinausgeschritten, eine Gesellschaft, welche Uhren, Dampfschiffe etc. erzeugt, sollte auch über die Privatwirthschaft hinaus sein. Marx und Engels sagen, die kapitalistische Produktionsweise ist eine gesellschaftliche und wird unverträglich mit ihrer kapitalistischen Hülle. Das wird von Hans und Kunz so aufgefasst, dass die Produktionsweise schon unverträglich geworden ist mit der kapitalistischen Hülle und es nur eines revolutionären Hammers bedarf, um diese Hülle, wie die Form einer Glocke zu zerschlagen. Ist das nicht auch utopistisch? Wo beginnt die Grenze, an der sich utopistische Illusion von richtiger Auffassung trennt? Wo ist das Universalgenie, das sich anmassen dürfte, hierauf eine massgebende Antwort zu geben?

Gewiss ist nur, dass es noch keine Umgestaltung in der Geschichte gegeben hat, an die sich nicht Illusionen geknüpft hätten,

ja die nicht durch Illusionen bewirkt worden wäre. Die Illusion ist der unzertrennliche Begleiter des Zukunftsdranges, sie soll durch Aufklärung und Anregung zum Denken vor phantastischen Ausschreitungen bewahrt werden, — sie ganz aufzuheben, ist unmöglich, so lange schlechte Verhältnisse schmerzlich empfunden, bessere angestrebt werden.

Nun, wo uns der Zukunftsdrang in so phänomenaler Gestalt und genialer Gewalt entgegentritt, wie in Karl Fourier, da müssen wir auch verstehen, warum sein Begleiter, die utopistische Illusion, sich über das Maass des Gewöhnlichen erhebt. Auf der breiten Strasse der Mittelmässigkeit rühmt der Philister sich „objektiver Ruhe" des Denkens, — wer aber unbekannte Bergpfade steigt, steile Felsen erklimmt, um das in der eigenen Brust verheissene Land der Zukunft zu schauen, dem soll man seine Irrwege nicht anrechnen. Er machte sie, damit Andere sie vermeiden können.

Tschernischewsky und Malthus.

Von **Karl Kautsky.**

Unter den vielen Gegnern, welche Malthus gefunden hat, dürfte ihm keiner so gefährlich geworden sein, wie der russische Sozialist Tschernischewsky, der durch seine blendende mathematische Methode die malthus'sche Bevölkerungstheorie anscheinend unwiderlegbar vernichtete. Es ist unleugbar, dass Tschernischewsky's Methode originell und genial zugleich ist, und dass wichtige Wahrheiten mit ihrer Hilfe gewonnen worden sind. Aber die mathematische Methode ist auch sehr gefährlich, da der geringste Fehler in den Prämissen im Laufe der Rechnung so anschwellen kann, dass er das ganze Zahlengebäude, das man auf dieselben baute, umwirft. Sobald man daher in den Voraussetzungen sich ein noch so unbedeutendes Versehen zu Schulden kommen lässt, gelangt man zu Resultaten, welche mit der Wirklichkeit in schreiendem Widerspruche stehen, ohne dass in der Rechnung ein Fehler nachweisbar wäre.

Ein Beispiel dafür bietet das bekannte Sophisma des Zeno: „Achilles", heisst es da, „verfolgt eine Schildkröte. Achilles läuft zehnmal so schnell als die Schildkröte und ist beim Beginn der Verfolgung hundert Schritte von ihr entfernt. Er befindet sich in A, die Schildkröte in B. Während der Zeit, als Achilles von A nach B lief, bewegt sich die Schildkröte von B nach C, und zwar legte sie zehn Schritte zurück, indess Achill hundert zurücklegte. Ist Achill in C angelangt, so befindet sich die Schildkröte in D, einen Schritt von C entfernt. Kommt Achill nach D, so ist die Schildkröte bereits in E, $^{1}/_{10}$ Schritt von D entfernt, angelangt, kurz, die Entfernung zwischen Achill und der Schildkröte wird immer kleiner, aber gleich Null wird sie nie, *Achill wird daher nie die Schildkröte einholen.*"

Der Fehler ist nicht leicht herauszufinden, und dennoch weiss Jeder, möge der mathematische Beweis noch so sicher sein, dass Achilles schliesslich die Schildkröte einholen muss. Man weiss das, selbst wenn man nichts von Mathematik versteht, weil *die Erfahrung* uns belehrt, dass ein schnellfüssiger Mann eine Schildkröte einholen muss. Ist es aber schon bei einem so einfachen Beispiel

schwer, ohne Hilfe der Erfahrung sich vor einem Irrthum zu schützen, so ist dies noch viel schwerer auf nationalökonomischem Gebiete. Die nationalökonomischen Prozesse sind viel komplizirter als alle anderen, es ist fast unmöglich, alle Faktoren, welche bei denselben wirken, in Betracht zu ziehen, ein Fehler daher fast unvermeidlich. Damit sei jedoch nicht gesagt, dass man Tschernischewsky's Methode verwerfen müsse, im Gegentheil, diese Methode wird der politischen Oekonomie noch ungeahnten Nutzen bringen, aber sie ist unbrauchbar und gefährlich, so lange ihre Ergebnisse nicht von der Erfahrung kontrolirt werden.

Dies hat nun Tschernischewsky bei seiner Widerlegung der Malthus'schen Bevölkerungstheorie nicht gethan und konnte es nicht thun, denn zur Zeit, als er seine Kritik Mill's schrieb, — sie erschien 1860, also vor zwanzig Jahren — war die Statistik so unvollkommen entwickelt, wie er selbst an mehreren Stellen beklagt, dass ihre Ergebnisse sich zu einer Prüfung seiner Behauptungen durchaus nicht eigneten. Seitdem hat jedoch dieser Zweig menschlichen Wissens einen enormen Aufschwung genommen, und wenn auch die Bevölkerungsstatistik noch nicht hinreichend entwickelt ist, um mit absoluter Gewissheit das Bevölkerungsgesetz aus ihr deduziren zu können, so bietet sie uns doch wenigstens die Möglichkeit, zu untersuchen, ob Tschernischewsky's Aufstellungen richtig waren, und wir können wenigstens mit grosser Wahrscheinlichkeit erkennen, in welcher Richtung die Bevölkerungsbewegung, wenn ungehemmt, vor sich gehen würde. Im Interesse der Wissenschaft ist es höchlich zu bedauern, dass Tschernischewsky nicht selbst Gelegenheit hat, dem Fortschritt der Wissenschaft zu folgen; denn wir sind überzeugt, er hätte seine Ansichten demselben entsprechend modifizirt; ist es doch eine der liebenswürdigsten Eigenschaften des Genies, begangene Fehler einzusehen und zu verbessern. Leider aber hat ein fluchwürdiger Despotismus den edlen Freiheitshelden für die menschliche Gesellschaft und für die Wissenschaft todt gemacht, wenn er ihm auch fortzuvegetiren erlaubte. Anderen, Glücklicheren, denen die Fortschritte der Wissenschaften zugänglicher sind als dem in Sibirien schmachtenden Märtyrer, fällt daher die Aufgabe zu, das zu thun, was Tschernischewsky selbst am Besten gethan hätte: Die Ergebnisse seiner Forschungen dem Fortschritte des Wissens anzupassen. Von diesem Standpunkte aus und nicht etwa als Feindschaft gegen den von mir hochverehrten Mann möge man es betrachten, wenn ich es unternehme, seine Widerlegung der Malthus'schen Theorie einer Kritik zu unterziehen. Ich halte eine solche für geboten, Angesichts der zahlreichen Irrthümer, die sich in diesen Kapiteln finden, und der Wichtigkeit, welche das Thema für die Sozialwissenschaft besitzt. Wenn ich mich nur mit diesen Irrthümern befasse, die Vorzüge der Tschernischewsky'schen Auffassung dagegen unerwähnt lasse, so möge man nicht daraus schliessen, dass ich ihr solche nicht zuerkenne. Ich weiss dieselben wohl zu würdigen, aber ich glaube, dass sie dem Publikum, an welches ich mich wende, bereits bekannt sind,

indess man sich mit seinen Irrthümern meines Wissens noch nicht befasst hat.

Von vornherein aber verwahre ich mich gegen den Verdacht, als beabsichtigte ich eine Ehrenrettung von Malthus. Wenn es sich nur um Malthus handeln würde, dann wäre eine Kritik Tschernischewsky's unnöthig, ja unmöglich, denn Malthus ist von ihm so schlagend widerlegt worden, dass eine Rettung des Malthus'schen Buches und der Malthus'schen Person nicht mehr möglich ist. Die Art und Weise, wie Malthus seine Lehre vorgetragen hat, und die Konsequenzen, die er aus derselben zog, sind heute unhaltbar, und es ist wesentlich das Verdienst Tschernischewsky's, dies nachgewiesen zu haben. Aber der Kern der Malthus'schen Bevölkerungstheorie hat sich gehäutet und präsentirt sich heute in einer anderen Form, als zur Zeit, wo Tschernischewsky schrieb, auch die Konsequenzen, die man aus ihr zieht, hat man wesentlich modifizirt: nur insoweit die Tschernischewsky'schen Auslassungen diesen durch die Wissenschaft purifizirten Neu-Malthusianismus berühren, den er gar nicht kannte, bieten sie schwache Seiten, und mit diesen allein will ich mich beschäftigen.

Wir werden daher Tschernischewsky sicher Recht geben, wenn er behauptet: „Die Voraussetzung, dass das Produkt des englischen Ackerbaues binnen 25 Jahren verdoppelt werden könne, erschien ihm als die äusserste Grenze des Möglichen. Das ist eine Naivetät, die Jeden lächeln machen muss, der Gelegenheit hatte, irgend eines der modernen Bücher der Agronomie zu lesen.“ *) Es ist sicher, dass das Produkt des grossbritannischen Ackerbaues sehr vermehrt werden kann, und wohl mehr als auf das Doppelte. Die Berechnung aber, die er hierauf folgend anstellt, kann „alle Jene, welche Gelegenheit hatten, eines der modernen Bücher über Agronomie zu lesen, nur lächeln machen.“

Diese Berechnung beruht nämlich auf Annahmen, wie sie die landwirthschaftliche Routine, die sich vor 30—40 Jahren Wissenschaft nannte und noch jetzt manche Lehranstalt unsicher macht, bieten konnte, nicht aber die moderne auf wissenschaftlicher Basis ruhende Agronomie. Tschernischewsky meint nämlich: „Grossbritannien und Irland umfassen ungefähr 61½ Millionen Acres (zirka 25 Millionen Hektaren) anbaufähigen Landes. (Statistik von Kolb, 2. Aufl., pag. 5.) Nach Gasparin (cours d'agriculture IV, pag. 231 u. ff.) genügt das Produkt von 100 Hektaren bei gut organisirter Koppelwirthschaft zur Erhaltung von 931 Menschen. Grossbritannien und Irland könnten also auf diese Weise eine Bevölkerung von 230 Millionen ernähren. 1800 zählte das vereinigte Königreich ungefähr 29 Millionen Menschen (Kolb, pag. 1) und davon nähren sich nicht mehr als 25 Millionen von den Produkten des einheimischen Ackerbaues (die durchschnittliche Einfuhr von Getreide nach England muss heutzutage auf 8—10 Millionen Quartres angeschlagen werden (Kolb,

*) Tschernischewsky, l'économie politique, jugée par la science. Bruxelles, 1874. I. pag. 371.

pag. 25), eine Menge, welche sicher für mehr als vier Millionen Menschen ausreicht). Man sieht also, dass die Einwohner der britischen Inseln durch Einführung einer rationellen Wirthschaftsmethode die Produktivität ihres Ackerbaues um das neunfache steigern könnten."

Ich glaube, es heisst denn doch, sich die Arbeit zu sehr erleichtern, wenn man sagt: 100 Hektaren können 931 Menschen ernähren, folglich ernähren 25 Millionen Hektaren 250,000 Mal so viel Menschen. Eine auch nur annähernd richtige Berechnung dessen, was ein Land hervorbringen kann, ist ungemein komplizirt, fast unmöglich. Schon die verschiedene Güte des Bodens lässt es nicht zu, dass man aus dem möglichen Produkt von 100 Hektaren das mögliche Produkt eines ganzes Landes berechnet. Wenn man dies aber auch wollte, hätte man noch folgendes in Betracht zu ziehen. Es ist ein Prinzip der modernen Raubwirthschaft, es kann aber nicht das einer auf wissenschaftlichen Grundsätzen beruhenden Agronomie sein, dass man dem Boden möglichst viel seines Ertrages abpresst ohne Rücksicht auf die Dauer und die Nachhaltigkeit der Erträge. Nur die moderne Raubwirthschaft, die sich allerdings auch Agronomie nennt, vermöchte vielleicht ein dem Obigen nahekommendes Produkt zu liefern.

Um sich aber die Nachhaltigkeit der Erträge zu sichern, bedarf es vor Allem der Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit, d. h. der Erhaltung der Wälder, der Seen, der Ueberschwemmungsgebiete der Flüsse etc. Wo die Entwaldung ein gewisses Maass erreicht hat, nimmt die konstante Bodenfeuchtigkeit ab und wird ersetzt durch die beiden Extreme der Hochfluthen und Dürren. In Mesopotamien, Kleinasien, Griechenland, Sizilien sehen wir die verderblichen Folgen der Entwaldung am deutlichsten; diese ehemals so blühenden Kulturländer sind heute nichts als entvölkerte Wüsten, welche durch die zeitweilig auftretenden Ueberschwemmungen nicht bewässert, sondern des letzten Restes anbaufähigen Bodens beraubt werden. In diesen Zustand würde Europa versetzt werden, wenn man nach Tschernischewsky dem gesammten anbaufähigen Land einen möglichst hohen Ertrag abgewinnen wollte. Die bisher in Europa mit Wald bestandene Fläche darf nicht nur nicht vermindert, sie muss vermehrt werden; überall, selbst in Russland, ja selbst in einigen Theilen Amerika's ist die Entwaldung schon zu weit vorgeschritten. In Russland nehmen die Dürren und Ueberschwemmungen zu, die Unterschiede zwischen Sommer- und Frühlingswasser in den mittleren und unteren Strecken der russischen Ströme betragen oft 6—7 Meter. Um den entvölkernden Folgen der Entwaldung zu entgehen, wie sie sich in unserem Jahrhunderte fühlbar machen, muss man mindestens den Waldbestand herstellen, den Europa im vorigen Jahrhundert gehabt hat, 40 % seiner Bodenfläche.

Es beträgt aber die Waldfläche in

Deutschland	25.4	% der Gesammtfläche
Preussen	23.3	" " "
Baiern	32.0	" " "

Sachsen	30.5	%	der	Gesammtfläche
Württemberg	30.6	„	„	„
Baden	33.4	„	„	„
Grossbritannien	2.4 (!)	„	„	„
England und Wales	3.9	„	„	„
Schottland	0.6 (!)	„	„	„
Irland	1.6	„	„	„
Niederlande	6.8	„	„	„
Belgien	15.1	„	„	„
Schweiz	19.1	„	„	„
Norwegen	31.1	„	„	„
Schweden	39.5	„	„	„
Italien	22.9	„	„	„
Ungarn	26.8	„	„	„
Oesterreich	31.6	„	„	„
Russland	39.2	„	„	„
Frankreich	17.0	„	„	„

In Grossbritannien ist die Entwaldung am weitesten vorgeschritten. Allerdings besitzt dieses Land eine sehr günstige insulare Lage, welche den Wald als Erhalter der Bodenfeuchtigkeit nicht so nothwendig erscheinen lässt, als auf dem Kontinente; nichtsdestoweniger zeigt die Entwaldung auch in Grossbritannien ihre vernichtenden Folgen, allerdings nicht in grossen Dürren, aber in verheerenden Ueberschwemmungen. Wenn auch nicht 40%, so müssen doch mindestens 20% der Bodenfläche Grossbritanniens bewaldet sein, wenn befriedigende klimatische Verhältnisse bestehen und Extreme in den Niveaus der Gewässer vermieden werden sollen. Besonders in gebirgigen Gegenden, also namentlich in Wales und Schottland ist eine erhebliche Vermehrung der Wälder unerlässlich, wenn nicht mit der Zeit der ganze fruchtbare Boden in die Flüsse geschwemmt werden soll. Man hat zwar in letzter Zeit viel urbares Land in Jagdrevier verwandelt. Aber bei diesem Vorgehen spielte blos die Jagdpassion der edlen Lords, nicht aber irgend ein volkswirthschaftliches Motiv eine Rolle. Es handelt sich nicht um Einführung einer geregelten Forstwirthschaft, sondern blos um Ersetzung des Menschen durch wilde Thiere. Die neugeschaffenen Jagdreviere sind also nicht so sehr Wälder, sondern vielmehr öde, spärlich mit Gestrüpp bewachsene Haiden.

Nehmen wir also 20% der Bodenfläche als Minimum dessen an, was dem Wald zusteht, so bleiben von den 25 Millionen Hektaren nur mehr 20 Millionen übrig. Aber auch diese 20 Millionen können nicht insgesammt in Ackerland verwandelt werden. Nur auf ebenen oder wenig geneigten Flächen ist der Ackerbau möglich, steilere Flächen muss man der Wiesenkultur überlassen, weil die Ackerkrume von ihnen abgespült würde. Heutzutage freilich sind in Grossbritannien zu viel Wiesen vorhanden, da man die Viehzucht auf Kosten des Körnerbaues bevorzugt und viel Ackerland in Wiesen verwandelt, welches sich ganz gut zum Anbau von Cerealien eignen würde. In

England beträgt die Wiesenfläche 29.8 % der Gesammtfläche, in ganz Grossbritannien 28.2 %, in Irland sogar 46.8 %! Das ist entschieden zu viel. Wir werden das arithmetische Mittel zwischen der Wiesenfläche Frankreichs — 21.8 % — und der Oesterreichs — 27.2 % — als das für die grossbritannische Bodengestaltung entsprechende Verhältniss annehmen können, also 24.5 % der Gesammtoberfläche; das ist über sechs Millionen Hektaren. Es bleiben somit blos 14 Millionen von den 25 übrig, welche aber ebenfalls nicht den von Tschernischewsky berechneten Ertrag liefern würden, da die Güte des Bodens, besonders in Schottland und Wales, eine sehr geringe ist. Dass der Bodenertrag Grossbritanniens durch eine rationelle Bewirthschaftung, wie sie dem Stande unseres Wissens entspricht, verneunfacht werden könnte, ist, wie man aus dieser Berechnung ersieht, übertrieben; aber es ist entschieden richtig, dass durch den Uebergang zu einer vernünftigen Produktionsweise der Bodenertrag Grossbritanniens innerhalb 25 Jahren viel mehr als verdoppelt werden, vielleicht sogar vervierfacht werden könnte.

In anderen Ländern wäre aber eine Erweiterung des Nahrungsspielraumes in noch grösserem Maasse möglich. Der jährliche Ertrag an Weizen von einem Acre Land betrug in Holland 28 ½ Bushels, in England 28—29 ½, in Belgien 20 ½, Württemberg 18, Baiern 16 ½, Frankreich 13 ½, Oesterreich 12 ½, Ungarn 8 ½, Russland 5 ½. Wenn auch der englische (nicht grossbritannische) landwirthschaftliche Betrieb so entwickelt ist, dass wir ein viel höheres Erträgniss, als er liefert, vorläufig kaum erwarten können, dürfen wir doch getrost annehmen, dass 30 Bushels per Acre durchschnittlich jedes Land liefern könnte, sobald ein rationeller Grossbetrieb auf sozialistischer Grundlage in demselben durchgeführt ist. Das Produkt Frankreichs würde sich allsogleich mindestens verdoppeln, — viel mehr dürfte man kaum erwarten, angesichts dessen, dass viel bebautes Land wieder aufgeforstet werden musste: Frankreichs Weidereien nehmen blos 17 % seiner Gesammtfläche ein. In Russland dagegen liesse sich das Agrikulturland leicht von 20 %, die es heute einnimmt, auf 30 % der Gesammtfläche ausdehnen, zugleich der Ertrag jedes Acres versechsfachen, der Bodenertrag also verneunfachen. Was Tschernischewsky für Grossbritannien berechnet hat, wäre also für Russland giltig.

Wir sehen, dass Tschernischewsky in seinem Optimismus, Malthus in seinem Pessimismus zu weit geht. Unter gewissen historischen Voraussetzungen ist es durch den Uebergang zu einer höheren Betriebsweise möglich, den Bodenertrag innerhalb einer kurzen Periode ungemein zu vermehren, in Russland z. B. heutzutage fast zu verzehnfachen. Man darf aber nicht glauben, dass eine derartige Vermehrung immer möglich sei. Eine solche kann nur dann durchgeführt werden, wenn die sozialen, politischen und technischen Verhältnisse den Uebergang zu einer höheren Gesellschaftsform erlauben.

Die nächstfolgenden Ausführungen Tschernischewsky's haben blos den Zweck, Malthus' Unwissenheit und Leichtfertigkeit darzuthun, was auch dem russischen Gelehrten unwiderleglich gelungen ist. Wir wollen auf dessen Ausführungen erst dort wieder näher eingehen,

wo er sich bemüht, zu zeigen, wie geringer Fortschritte in der Technik es bedürfe, um den Lebensmittelstand immer auf einer der Bevölkerung genügenden Höhe zu halten.

Mittelst einer äusserst scharfsinnigen Berechnungsmethode kommt er hier zu dem Schlusse, dass der Fortschritt der nothwendigen Verbesserungen in der Agrikultur, um dem Fortschreiten der Bevölkerung zu genügen, wenn dieselbe durch nichts in ihrem Anwachsen gehindert werde, betragen müssen:

1860	1885	1910	1935	1960
1.00	1.0214	1.0434	1.0657	1.0886,*)

das heisst mit anderen Worten, wenn die Agrikultur innerhalb 100 Jahren sich blos um 9 % verbessert, genügt sie, um die Bevölkerung zu befriedigen, selbst wenn diese sich wirklich innerhalb 25 Jahren verdoppeln würde, was hier Malthus vorläufig zugestanden ist. Dass eine solche geringfügige Verbesserung nichts wäre, als ein chinesischer Stillstand, dass wir gerechte Ursache haben, zu erwarten, die Fortschritte in der Agrikultur werden viel schneller vor sich gehen, ist unbestreitbar, dennoch können wir uns mit diesem Resultate Tschernischewsky's nicht beruhigen, denn so tröstlich und erfreulich es auch sein mag, es ist leider falsch.

Der Gang der Beweisführung ist hier, wie immer bei Tschernischewsky, unantastbar; ich habe es deswegen nicht für nöthig gehalten, denselben hier zu wiederholen. Der Fehler liegt nicht in der Beweisführung, sondern in der Prämisse.

Der Beweis Tschernischewsky's stützt sich nämlich auf die Ansicht von Malthus (die dieser übrigens nirgends scharf formulirt hat), dass die Produktivität der auf den Boden verwendeten Arbeit in demselben Verhältnisse abnehme, in dem die Zahl der Arbeiter zunehme. Wenn diese Ansicht von Malthus richtig wäre, dann hätte Tschernischewsky recht. Aber diese Ansicht ist, wie so viele andere Malthus'sche Ansichten, gänzlich unbegründet, und deswegen hat Tschernischewsky Unrecht. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist ein launenhaftes Ding, welche sich durchaus nicht in mathematische Formeln bringen lässt. Es gibt Umstände, unter denen eine Verdoppelung der auf den Boden verwendeten Arbeit dessen Ertrag vervierfacht, und wieder andere, unter denen jeder weitere Arbeitszusatz keine Vermehrung des Produktes mehr bewirkt. Die Fortschritte in der Agrikultur gehen nicht so sehr dahin, dass man mit gleicher Arbeit ein grösseres Produkt erzielt, sondern dahin, dass man auf demselben Boden dasselbe Produkt mit *weniger* Arbeit erzielt. Ein englischer Landarbeiter fördert allerdings ein achtmal so grosses Produkt zu Tage, als ein französischer; aber die Produktivität des englischen Bodens ist trotzdem nicht achtmal, sondern nur doppelt so gross als die des französischen. Von einem gewissen Zeitpunkte an waren eben die Verbesserungen der englischen Agrikultur nur mehr zum geringsten Theile im Stande, den Bodenertrag zu vermehren, sie musste fortan fast ausschliesslich dahin wirken, Arbeiter überflüssig zu machen;

*) l. c. p. 398.

in Folge dessen sehen wir, dass in England 12 %, in Frankreich dagegen 51 % der Bevölkerung im Landbau beschäftigt sind. Die Produktivität des Bodens steigt also in viel langsamerem Maasse, als die Produktivität der auf denselben verwendeten Arbeit. Von der Produktivität des Bodens aber, und nicht von der Produktivität der Arbeit hängt die Menge der vorhandenen Lebensmittel ab. Wenn sich innerhalb 100 Jahren die Bevölkerung versechzehnfacht, so können allerdings 16 Arbeiter ein Feld bebauen, welches heute einer bebaut, aber ich bezweifle, dass in Folge dieser vermehrten Arbeit und hinzugefügten 9 % Verbesserungen ein Halm sechzehnmal so viel Aehren tragen wird, als heute, die Bäume sechzehnmal schneller wachsen, das Vieh sich sechzehnmal so schnell vermehren wird, als heutzutage. Die menschliche Arbeit kann solche Naturprozesse nur bis zu einem gewissen Grade fördern, darüber hinaus ist sie ohnmächtig.

Aber selbst, wenn eine solche Vermehrung der Produktivität des Bodens, des Viehes etc. möglich wäre — obgleich jeder zugestehen muss, dass sie nicht möglich ist — selbst ein solcher Grad der Vermehrung der Produktivität der Landwirthschaft wäre unzureichend, um der Zunahme der Bevölkerung zu genügen, *da mit der Zunahme der Bevölkerung die anbaubare Bodenfläche immer mehr abnimmt.*

Es ist mir unbegreiflich, wie man darauf vergessen kann, dass die Menschen nicht in der Luft, sondern auf der Erde wohnen, dass sie Platz für ihre Wohnungen brauchen, dass immer mehr Raum für Menschenwohnungen erforderlich ist, je mehr Menschen auf der Erde sind, und immer weniger Raum für den Bodenanbau übrig bleibt. Manchem wird vielleicht eine solche Rücksichtnahme auf die Wohnplätze der Menschen lächerlich erscheinen, da der Raum, den sie einnehmen, doch zu unbedeutend sei. Eine kurze Berechnung möge diese eines Besseren belehren.

In den englischen Städten kommen 70,000 Menschen auf eine Quadratmeile. Da man aber in einem sozialistischen Staate (und nur um einen solchen handelt es sich hier) für eine gesunde und freundlichere Beherbergung der Menschen Sorge tragen wird, als dies heutzutage geschieht, kann man nicht wohl annehmen, dass eine Quadratmeile mehr denn 50,000 Menschen beherbergen werde.

Europa zählt heute 300 Millionen Einwohner, diese würden also nach diesem Maassstabe 6000 Quadratmeilen für ihre Wohnplätze in Anspruch nehmen. Da der Flächeninhalt Europas nach Daniel 150,000 Quadratmeilen beträgt, so bleiben für Ackerbau, Viehzucht, Wald, sowie unzugängliche Gegenden 144,000 Quadratmeilen. Berechnen wir auf diese Weise das Verhältniss der Wohnplätze zur Gesammtfläche für den Zuwachs der Bevölkerung (wie bisher eine Verdoppelung innerhalb 25 Jahren angenommen), so erhalten wir folgendes Resultat:

1880	300 Mill.	Menschen bewohnen eine Fläche von	6000 □ M.	Bleiben 144.000 □ M.
1905	600	„ „ „ „ „ „	12.000 □ M.	„ 138.000 □ M.
1930	1200	„ „ „ „ „ „	24.000 □ M.	„ 126.000 □ M.
1955	2400	„ „ „ „ „ „	48.000 □ M.	„ 102.000 □ M.
1980	4800	„ „ „ „ „ „	96.000 □ M.	„ 54.000 □ M.

Jetzt ernährt eine Quadratmeile in Europa durchschnittlich 2.082 Menschen. Sie müsste ernähren

1905	4.348	Menschen
1930	9.524	„
1955	23.529	„
1980	88.888	„

Das heisst mit anderen Worten: wenn die Bevölkerung sich versechzehnfacht, muss der Bodenertrag nicht um das Sechzehnfache, sondern um das Zweiundvierzigfache wachsen. Innerhalb hundert Jahren muss also jedes Feld 42 mal so viel hervorbringen, als es heutzutage hervorbringt. Wer das noch für möglich hält, ist kein Optimist mehr, sondern ein Narr.

Aber selbst diese ganz unmöglich schnelle Vermehrung des Ertrages würde auf die Dauer nicht genügen, denn setzen wir die oben begonnene Rechnung fort, so finden wir bereits für das Jahr 2005 9.600 Millionen Menschen auf einer Fläche von 192.000 Quadratmeilen, das heisst, die Einwohner Europa's würden dann im Beginne des dritten Jahrtausends zum Wohnen allein eine Fläche bedürfen, die den Flächeninhalt unseres Welttheiles um 40.000 Quadratmeilen übersteigt. Die weitestgehenden Verbesserungen der Agrikultur würden dann in Europa nicht mehr hinreichen, einen Menschen zu ernähren.

Ich glaube, der Optimismus Tschernischewsky's ist genügend als übertrieben erwiesen. Ich wiederhole nochmals, er hat Recht, wenn er Malthus seine Unwissenheit und Leichtfertigkeit vorwirft und es betont, innerhalb 25 Jahren könne der Bodenertrag unglaublich gesteigert werden; er hat Unrecht, wenn er glaubt, diese Steigerung lasse sich geraume Zeit hindurch fortsetzen, und es haben die nächsten Generationen nichts zu fürchten.

Diese Gefahr ist jedoch nur unter der Voraussetzung eine drohende, dass wirklich, wie angenommen, die Bevölkerung sich innerhalb 25 Jahren verdoppeln könne. Diese Ansicht zu widerlegen bemüht sich Tschernischewsky im dritten Kapitel seiner Erörterung der Malthus'schen Theorie, welches handelt „de la multiplication des hommes“ (pag. 406).

Wie bisher, ist auch Tschernischewsky Malthus gegenüber im Rechte, welcher aus dem Beispiele der Vereinigten Staaten von Amerika entnehmen wollte, dass die Bevölkerung sich innerhalb 25 Jahren verdopple. Diese Berechnung ist falsch, da sie den Einfluss der Einwanderung ausser Acht lässt. Aber leider ist die, welche Tschernischewsky selbst anstellt, auf keiner solideren Basis. Tschernischewsky kommt zu dem Ergebniss, dass die grösste Schnelligkeit, mit welcher sich die Bevölkerung zu vermehren im Stande sei, sie erst innerhalb 35 Jahren verdoppeln könnte, dass aber die mögliche Verdoppelungsperiode wahrscheinlich viel länger sei (pag. 438). Als er dies schrieb, konnte er nicht wissen, dass ein anderer Antimalthusianer seine Berechnung umstossen werde. Carey, dieser wüthende Gegner von Malthus, musste nämlich zugeben, dass sich die weisse Bevölkerung der Vereinigten Staaten von 1820—50, also innerhalb 30 Jahren, verdoppelt hat — abgesehen von der Einwanderung.

Im Jahre 1820 betrug nämlich die weisse Bevölkerung	8,107.000
„ „ 1850 „ „ „ „ „	20,169.000
Zunahme	12,062.000

Während dieser Periode betrug die Zahl der Einwanderer

von 1820—1830	203.979
„ 1830—1840	762.369
„ 1840—1850	1,521.850
Im Ganzen	2,488.198

Trotzdem unter den Einwanderern $^1/_3$ unter 15 oder über 40 Jahre alt waren, obgleich ferner mehr als die Hälfte derselben erst während des letzten Jahrzehnt's eingewandert war, nimmt Carey dennoch horrender Weise an, dass sämmtliche Eingewanderte sich innerhalb des Zeitraumes von 1820—50 verheirathet hätten, und das jedes Paar von ihnen während dieser Zeit ein Kind mehr gezeugt habe, als der Verlust durch den Tod betrug, so dass die Zuwachsrate auf 1,244.099 angenommen werden kann. Wir wollen dies zugeben, so unwahrscheinlich es auch ist, angesichts des Umstandes, dass die Hauptstärke der Einwanderung erst 1846 begann. Von 1846—1849 betrug dieselbe:

1846	154.416
1847	234.968
1848	226.527
1849	297.011
	912.922

Mehr als ein $^1/_3$ der Summe ist also in den letzten vier Jahren eingewandert, während die jährliche Einwanderung von 1820—25 nicht einmal die Ziffer von 10.000 erreichte und 1823 sogar nur 6.350 betrug. Es ist also eine grosse Konzession, welche wir Carey machen, wenn wir ihm zugeben, dass die gesammte Einwanderung von 1820—50 sich um 1,244.099 vermehrt habe, besonders wenn man bedenkt, dass die Einwanderer, namentlich die Irländer, von denen von 1841—50 allein nahezu eine Million einwanderte, den ärmsten Schichten der Bevölkerung angehörten, die sich mühselig durchschlagen mussten, unter welchen daher die Sterblichkeit eine ausserordentliche war. Wenn wir trotzdem mit Carey annehmen, die Einwanderung von 2,488.198 habe sich von 1820—50 um 1,244.099 Köpfe vermehrt, der Zuwachs der Bevölkerung in Folge derselben habe also innerhalb 30 Jahren 3,732.297 Menschen betragen, rechnen wir ferner dazu die äusserst schwache weisse Bevölkerung der in dieser Zeit annektirten Staaten und Territorien Kalifornien, Texas und Neu-Mexiko, so erhalten wir einen Zuwachs von 3,900.000 Köpfen, welcher nicht der natürlichen Vermehrung zugeschrieben werden kann. Da aber die weisse Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich von 1820—50 von 8,107.000 auf 20,169.000, also um 12,062.000 im Ganzen vermehrt hat, beträgt die der natürlichen Produktionskraft zuzuschreibende Zunahme 8,162.000 Menschen; das heisst: selbst wenn man noch so viel Konzessionen den Antimalthu-

sianern macht, kommt man zu einer Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb 30 Jahren. Und dies unter Zuständen, die sich von denen des alten Europa nicht sehr unterscheiden. In den Oststaaten sind es die gesellschaftlichen Einrichtungen, in denen des fernen Westens der Kampf mit der Natur, die eine grosse Sterblichkeit begünstigen. Hierzu kommt die grosse Ausdehnung der Prostitution, in dem „far West" verursacht durch den Mangel an Frauen, in den „zivilisirten" Staaten des Ostens die natürliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Endlich vergesse man nicht, dass die Verhinderung der Geburten auf künstlichem Wege in den Oststaaten etwas sehr Gewöhnliches ist.

Von einer Tyrannei des Mannes gegen die Frau, welche nach Tschernischewsky's Ansicht die Volkszunahme so sehr befördern solle, dürfte in Amerika kaum zu sprechen sein, und ich halte mich daher vollkommen zu der Ansicht berechtigt, dass, wenn Noth, Elend, Ueberarbeit einerseits, Prostitution und Verhinderung der Geburten andererseits, aufhören, die Verdoppelung der Bevölkerung sehr wohl innerhalb 25 Jahren vor sich gehen könne, wenn sie heute schon innerhalb 30 Jahren vor sich geht.

Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass Achilles die Schildkröte einholen muss, trotz des mathematischen Beweises; die Erfahrung lehrt uns, dass der Optimismus Tschernischewsky's unbegründet ist. Sein Irrthum ruht nicht in der Berechnung, sondern in den Prämissen. Untersuchen wir diese, damit wir, nachdem wir gesehen, dass Tschernischewsky sich geirrt hat, auch erfahren, warum er sich irrte.

Als er schrieb, war die Statistik noch unentwickelt, es standen ihm, wie er selbst sagt, keine positiven Daten zu Gebote, er musste sich „contenter de simples considérations." Wir sind glücklicher wie er, wenn wir demnach einsehen, dass er gefehlt hat, so ist dies weder unser Verdienst, noch seine Schuld. Aber eben deshalb darf man nicht aus Verehrung gegen Tschernischewsky dem Fortschritte der Wissenschaft sich entgegenstemmen. Könnte Tschernischewsky in unserer Mitte weilen, er würde selbst am meisten diejenigen verurtheilen, welche seine Ansichten zu Dogmen erheben wollen.

Der erste Fehler, den Tschernischewsky bei seiner Berechnung der Verdoppelungsperiode begeht, ist in der französischen Uebersetzung seines Werkes bereits von unserem Genossen De Paepe hervorgehoben worden: die Ansicht, dass während der Säugungsperiode eine Empfängniss nicht stattfinde, dass demnach, wenn jede Frau ihre Kinder genügend lange säuge, sie höchstens jedes zweite Jahr gebären könne. Schwangerschaft und Säugung sind durchaus nicht zwei nie zugleich vorkommende Erscheinungen; beide kommen öfters zugleich vor, nur beeinträchtigt ihr Zusammensein den Gesundheitszustand der Mutter.

Der zweite Irrthum Tschernischewsky's bezieht sich auf die Kindersterblichkeit. Derselbe ist jedoch ebenfalls nicht sein Irrthum, sondern der Irrthum der unvollkommenen Statistik, auf die er sich stützte. Tschernischewsky nimmt an, dass die Neugeborenen so

vielen Gefahren ausgesetzt seien, welche die Natur, nicht die Gesellschaft ihnen bereitet, dass ihre Sterblichkeit stets eine ausserordentlich grosse sein müsse, auch in einer wohlorganisirten Gesellschaft. Er stützt sich dabei auf die Ziffern des englischen Statistikers Chadwik, welcher fand, dass unter den Kindern der Besitzenden in England bis zum Alter von fünf Jahren 20 % sterben, und meint, dieser Prozentsatz sei der von der Natur bestimmte und könne durch den Fortschritt der Gesellschaft nicht verändert werden.

Die neuere Statistik spricht anders. Es ist wahr, unter den Kindern der Armen herrscht eine ungeheure Sterblichkeit. Von 1000 Geborenen sterben innerhalb des ersten Lebensjahres in England überhaupt 150, in Liverpool 188, in London 250, in anderen englischen Städten sogar 330; vom 1.—5. Lebensjahre sterben 113·69, also innerhalb der ersten fünf Jahre mindestens 26 %. Ganz anders aber ist es mit den Kindern der Reichen. Von diesen sterben nach Ansell's Beobachtungen an 48.044 Kindern wohlhabender Eltern per Mille im ersten Jahr 80·45, vom 1.—5. Jahre 46·84, also im Ganzen etwas über 12 %. Diese Ziffern (dem „Malthusian" entnommen) vernichten schon gänzlich Tschernischewsky's Annahme, noch viel mehr thut es eine Berechnung, die wir einer malthusfeindlichen Quelle entnommen haben, der Statistik von Kolb. Pag. 833 berichtet dieser über die Untersuchungen Casper's, welcher einerseits die in adeligen Familien eingetretenen Sterbefälle, andererseits die unter den Stadtarmen Berlins stattgefundenen zusammenstellte. Derselbe fand, dass von 1000 zu gleicher Zeit Geborenen innerhalb der ersten fünf Jahre bei den Armen 345, bei den Reichen nur 57 starben — das gibt also nicht 20, sondern $5^1/_2$ %.

Man sieht, wie sehr Tschernischewsky den Einfluss der Wohlhabenheit auf die Sterblichkeit unterschätzte. In Folge dieses Irrthums wird die ganze Berechnung falsch, welche er auf denselben aufbaut.

„Nehmen wir z. B. an," sagt er, „die Verdoppelungsperiode betrage 15 Jahre, so würde die Zahl der über 15 Jahre alten Individuen auf keinen Fall die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Die grössere Hälfte müsste nothwendigerweise aus Kindern bestehen, die das 15. Jahr noch nicht erreicht haben. Bei gänzlicher Abwesenheit von Noth und Elend dürfte die mittlere Lebensdauer wohl länger als 45 Jahre sein; aber selbst wenn wir diese nur zu 45 Jahren annehmen, so ergibt sich, dass nicht weniger als die Hälfte von den über 15 Jahre alten älter als 45 Jahre sein müsste. Was erhalten wir somit?

„Die Personen über 15 Jahre bilden einen Bruchtheil der Bevölkerung von weniger als . . . . 50 %.
„Unter ihnen bilden die Frauen die Hälfte*), weniger als 25 %.
„Unter diesen die Frauen zwischen 15 u. 45 Jahren weniger als $12^1/_2$ %.

*) In den meisten Staaten etwas mehr. Gerade im Alter von 20—40 Jahren zeigen die Frauen einen Ueberschuss von 4—5 % gegen die Männer. D. V.

„Wir sehen somit, dass, wenn wir eine Verdoppelungsperiode von 15 Jahren annehmen, die Frauen, deren Alter sie in Stand setzt, Kinder zu gebären, nothwendigerweise weniger 12½ %, das heisst, weniger als ⅛ der Bevölkerung ausmachen. Die Zahl der Geburten muss also weniger als $^1/_{16}$, das heisst, weniger als 6·25 % der Gesammtbevölkerung ausmachen. Aber nehmen wir 6·25 % als richtig an. Von dieser Zahl der Neugeborenen werden den physischen Bedingungen unseres Daseins zu Folge selbst bei dem grössten Wohlstande des Volkes, ein Fünftel, also 1·25 %, im zartesten Kindesalter sterben; es bleiben somit nur 5 % zur Vermehrung der Bevölkerung und zur Deckung des durch den Tod verursachten Verlustes an Menschen von mehr als fünf Jahren. Eine 15jährige Verdoppelungsperiode setzt aber einen Prozentsatz der Vermehrung von 4·73 voraus, so dass also zur Deckung des Defizits, welches der Tod unter den über fünf Jahre alten Menschen verursacht, nicht mehr als 0,27 % übrig bleiben . . . . . . Mit anderen Worten: die Annahme einer Verdoppelungsperiode von 15 Jahren ist eine ausgemachte Absurdität.“ (pag. 419.)

Diese Absurdität wäre zweifellos, wenn Tschernischewsky's Ziffern richtig wären. Schon die „nécessité organique“, dass blos 6·25 % der Bevölkerung Neugeborene sein könnten, existirt nicht, da die Annahme, das Säugen des Kindes schliesse die Schwangerschaft aus, eine Frau könne, wenn sie ihre Kinder selbst säuge, nur alle zwei Jahr gebären, falsch ist. Aber selbst angenommen, ein Ueberschreiten dieser Ziffer wäre unmöglich (es handelt sich hier um die physische Möglichkeit oder Unmöglichkeit, nicht um die Wahrscheinlichkeit einer Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb 15 Jahren), selbst dies angenommen, so glaube ich mit Bestimmtheit dargethan zu haben, dass es durchaus nicht in den „conditions organiques“ liegt, dass ⅕ der Neugeborenen innerhalb der ersten fünf Lebensjahre sterbe, dass diese conditions nur 5 % anstatt 20 % erfordern. Dies macht also nicht 1·25 %, sondern blos 0·31 % der Bevölkerung. Es bleiben demnach 5·94 und da ein Zuwachs von 4·73 % jährlich nothwendig ist, um eine Verdoppelung innerhalb 15 Jahren zu erreichen, bleiben zur Deckung des aus der Sterblichkeit entstehenden Defizits 1·21 %, nicht 0·27 %. Mit letzterem das Defizit decken zu wollen, wäre allerdings „eine ausgemachte Absurdität“. Nicht aber mit der ersteren Ziffer. Daten über die Sterblichkeit der über fünf Jahre alten Bevölkerung allein liegen mir leider nicht vor, aber schon heutzutage finden wir eine Ziffer der Gesammtsterblichkeit (die Kinder unter fünf Jahren mitinbegriffen), welche geringer ist, als 1·21 %. Als in Neu-Seeland eine Periode eintrat, in der billige Lebensmittelpreise mit hohen Löhnen zugleich bestanden, sank die Sterblichkeit auf 1·25 %. Edwin Chadwik aber fand sogar in seinen Untersuchungen „Ueber die Wohnungsverhältnisse der Lohnarbeiter“, 1877, dass in London in guten Häusern die Sterblichkeit blos 1·13 %, in schlechten dagegen 3·8 % sei. Wenn nun innerhalb der heutigen Gesellschaft schon dergleichen Erfolge sich erzielen lassen, blos durch den

Wohlstand, obgleich die wohlhabenden Klassen unter der ungesunden Luft der Städte, den Folgen von Ausschweifungen, Syphilis etc. fast eben so zu leiden haben, als die Proletarier, wer kann da bezweifeln, dass die Ziffer der Sterbefälle in einer vernünftig organisirten Gesellschaft weit unter 1·21 % sinken werde? Damit ist aber bewiesen, dass die Annahme einer Verdoppelung der Bevölkerung in 15 Jahren durchaus keine ausgemachte Absurdität ist. Die Erfahrung zeigt, dass eine Verdoppelung innerhalb 30 Jahren bereits in der modernen Gesellschaft möglich ist. Eine Verdoppelung in 25 Jahren ist daher nicht nur möglich, sondern fast gewiss, sobald Zustände herbeigeführt werden, welche Laster und Elend und die Furcht vor denselben beseitigen. Wohin wir aber bei einer Verdoppelungsperiode von 25 Jahren innerhalb eines Jahrhunderts kommen, habe ich oben gezeigt.

Angesichts dieser schlagenden Beweise halte ich es für unnöthig, auf die weiteren Ausführungen Tschernischewsky's näher einzugehen, da sie sich für den denkenden Leser von selbst durch das Gesagte widerlegen. Nur zwei Punkte möchte ich berühren: die Ansichten Tschernischewsky's über den Einfluss der Auswanderung und der Gleichberechtigung der Frau auf die Zunahme der Bevölkerung.

Mit Hilfe einer Auswanderung von nur 1 % der Bevölkerung hofft Tschernischewsky eine Bevölkerungszunahme, welche eine Verdoppelung innerhalb 35 Jahren mit sich führt, so zu verlangsamen, dass die Verdoppelung erst nach 73 Jahren eintritt; die Verdoppelungsperiode von 52 Jahren glaubt er auf diese Weise sogar auf 212 Jahre ausdehnen zu können.

Ich will hier absehen von den moralischen Bedenken gegen die Auswanderung, so schwer sie auch wiegen. Aber wenn man schon die Ueberzähligen, obgleich sie sich zu Hause wohl fühlen — und das will doch der Sozialismus erreichen — in die Fremde jagen will — freiwillig gehen sie nicht, die freiwillige Auswanderung ist ein Zeichen sozialer Missstände im Mutterlande — so hat man doch wenigstens die Pflicht, sie in Gegenden anzusiedeln, welche ihnen einen gesunden und angenehmen Aufenthalt bieten. Man darf sie nicht etwa nach Cayenne deportiren, blos deswegen, weil zu Hause auf dem Tische der Natur kein Kouvert mehr für sie aufgelegt ist und die Natur ihnen gebietet, sich zu entfernen. Das wäre fast ebenso inhuman, als der Malthusianismus. Will man sich aber auf die den Europäern zuträglichen Landstriche beschränken, dann wird man nicht viel finden.

In Amerika, wohin sich zuerst unsere Blicke wenden, ist nicht viel Raum für Europäer frei, wenn wir die Vereinigten Staaten ausnehmen. In diesen wird aber, wenn dort vernünftige Gesellschaftszustände herrschen und die Bevölkerung sich daher, wie wir nachgewiesen, innerhalb wenigstens 25 Jahren verdoppelt, die Volkszahl, welche heute 43 Millionen beträgt, innerhalb 100 Jahren auf das sechzehnfache, das heisst, auf 688 Millionen angewachsen sein. Diese werden Mühe haben, im Lande selbst ein Unterkommen zu finden,

für Auswanderer wird daher daselbst gar kein Platz sein. Wir haben ferner Kanada mit 163.000 Quadratmeilen. Da aber davon 135.000 unbewohnbar sind, so bleiben höchstens 30.000 zur Kolonisation übrig. Ferner können wir Mexiko zu zwei Drittheilen Europäern für zuträglich erachten, das macht 20.000 Quadratmeilen. Ausserdem können wir nur nach Südbrasilien mit 15.000 Quadratmeilen, Argentinien und Uruguay mit 40.000 Quadratmeilen, und Chile mit 6.000 Quadratmeilen zu den Ländern zählen, in welchen die Europäer klimatische Zustände finden, die denen des Mutterlandes gleichen, und in denen ein angenehmes Leben möglich ist. Das macht zusammen für Amerika 111.000 Quadratmeilen, oder wenn wir die Summe nach oben abrunden wollen, da auch einige Theile Bolivias und Perus zur Kolonisation geeignet sind, so erhalten wir für Amerika 120.000 Quadratmeilen.

Zu diesen	120.000	□ Meilen sind hinzuzurechnen
$^2/_3$ Sibiriens	80.000	„
die Südseeinseln	20.000	„
Australien	20.000	„
Südafrika	10.000	„
Zusammen	250.000	□ Meilen
Dazu Europa	150.000	„
Summe	400.000	□ Meilen.

Wie lange wird dies vorhalten? Wir haben berechnet, dass im Jahre 2.005 9.600 Millionen Europäer 192.000 Quadratmeilen, also fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden Areals blos zum Wohnen gebrauchen werden. Im Jahre 2030 aber werden 19.200 Millionen bereits die ganze verfügbare Fläche dazu in Anspruch nehmen. Angesichts dieser riesenhaften Ziffern schwindet jede Aussicht auf Rettung durch die Auswanderung.

Besser begründet scheint Tschernischewsky's Ansicht, dass die freiere Stellung des Weibes der schnellen Vermehrung Einhalt thun werde. Diese Ansicht hat viel Bestechendes für sich, und merkwürdigerweise ist es Mill, mit dem Tschernischewsky in diesem Punkte übereinstimmt. Aber Mill sowohl als Tschernischewsky lassen sich widerlegen und zwar durch niemand Geringeren, als — Tschernischewsky selbst. Derselbe ist eben nicht nur Nationalökonom und Mathematiker, er ist auch ein feiner Beobachter der Menschennatur, und als solcher macht er die Irrthümer des Mathematikers und Nationalökonomen wieder gut. Die Stelle, in welcher er über das Malthus'sche Verlangen einer Einschränkung der Liebe sich ausspricht, ist so ausgezeichnet, dass sie vollständig wiedergegeben zu werden verdient:

„Malthus glaubte oder suchte wenigstens Andere glauben zu machen, die Ursache des Uebels liege in der Geschlechtsliebe, diese müsse eingeschränkt und gebändigt werden. Aber das heisst nichts anderes, als der Natur die Schuld in die Schuhe zu schieben und die Lösung des Problems ausserhalb der menschlichen Kräfte zu

suchen. Die Geschlechtsliebe ist keine gesellschaftliche Einrichtung, die vom jeweiligen Zustande der Gesellschaft abhängt, sie ist vielmehr ein jedem Einzelnen innewohnendes unabweisbares Bedürfniss, eine Funktion des Organismus, wie die Ernährung, die Zirkulation des Blutes, die Absonderungen der Galle, der Speicheldrüsen etc. Die Enthaltsamkeit von der Geschlechtsliebe zu fordern, hat eben so viel Sinn, als Enthaltung von der Nahrung zu verlangen. Es ist natürlich, dass der Mensch, je einsichtsvoller er wird, je mehr er fähig ist, in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse zu handeln, desto mehr der Völlerei sich enthalten wird. Aber Alles, was man in dieser Beziehung erwarten kann, besteht doch wohl blos darin, dass man das Essen nicht über die von der Gesundheit geforderten Grenzen übertreibe. Erwarten, dass der Mensch aus Einsicht weniger Nahrung zu sich nehmen werde, als sein Organismus verlangt, heisst das Unmögliche erwarten. Dies zu fordern, heisst grausam sein ohne die geringste Wahrscheinlichkeit, durch diese Grausamkeit etwas zu erreichen. Aus freien Stücken wird der Mensch niemals hungern. Mit Gewalt ihn dazu zwingen, das ist allerdings möglich. Aber die politische Oekonomie thut dar, dass Gewaltmassregeln noch niemals etwas Erspriessliches zu Tage gefördert haben. Sie beruht ganz auf dem Grundsatze, dass der Mensch nur ungezwungen zu guten Resultaten gelange. Von einer solchen freiwilligen Thätigkeit eine Enthaltsamkeit zu erwarten, welche die Grenzen des von der Hygieine Geforderten übersteigt, ist eine Absurdität. Wenn aber der Mensch bei seiner Ernährung nicht über das Maass des zur Erhaltung der Gesundheit Nöthigen hinausgeht, so wird das Ergebniss kein anderes sein, als dass er seinen Magen und überhaupt sein Allgemeinbefinden in gutem Zustande erhält, viel länger lebt und isst und daher auch viel mehr Lebensmittel konsumirt, als wenn er dem Frass und der Völlerei sich ergeben hätte, das heisst, als wenn er seinen Magen geschwächt, sich unfähig zu genügender Ernährung gemacht und so sein Leben verkürzt hätte. Ebenso verhält es sich auch mit der Geschlechtsliebe. Was will man denn? Doch wohl nicht mehr, als dass der Mensch sich nicht schädlichen Exzessen hingebe, aber auch nicht die Enthaltsamkeit zu einem Punkte treibe, wo sie dem Organismus schädlich ist. So weit es sich um Vermeidung von geschlechtlichen Exzessen handelt, so ist diese Forderung vollkommen berechtigt, und es ist zu hoffen, dass die Menschen derselben immer mehr nachkommen werden, je einsichtiger sie werden. Aber das Ergebniss dieser Einschränkung wird keineswegs eine Verminderung jener Phänomene zur Folge haben, welche man Geschlechtsliebe nennt, sondern vielmehr ihre Vermehrung; sowie auch die Vermeidung der Völlerei die Thätigkeit des Magens nicht vermindert, sondern vermehrt. Wenn man z. B. sagt, ein Mensch, der noch nicht vollkommen entwickelt ist, solle sich des vorzeitigen Liebesgenusses enthalten, so hat man vollkommen Recht, und mit der Zeit werden die Menschen diese Regel befolgen; wenn die menschlichen Einrichtungen verbessert sein werden, wird die Erziehung nicht mehr die

Phantasie vorzeitig anregen und nicht im Gehirne Gedanken hervorrufen, welche dem Körper des Jünglings oder des Mädchens noch nicht entsprechen. Aber der Mensch, der seine Kräfte nicht durch vorzeitige Liebe geschwächt hat, wird in Folge dessen mehr Kraft haben, wenn er das Alter der Reife erreicht und wird diese Kraft länger bewahren. Man hat auch Recht, zu fordern, die Erwachsenen sollten sich nicht im Uebermaasse der Geschlechtsliebe hingeben, aber auch hier wird das Ergebniss kein anderes sein, als eine grössere und länger andauernde Fähigkeit der Liebe. Man verlange die Enthaltsamkeit innerhalb der von der Rücksicht auf die Gesundheit gezogenen Schranken, das entspricht der Vernunft und dem Wohlsein des Menschen, das ist eine durchführbare Forderung, aber ihr Ergebniss ist die Ausdehnung der Rolle, welche die Geschlechtsliebe im menschlichen Leben spielt.“ (pag. 451 u. ff.)

Tschernischewsky sagt es hier selbst, welches die Wirkung einer vernünftigen, naturgemässen Einschränkung der Liebe sein wird: Vermehrung der Liebe. Dies wird denn auch die Folge der Emanzipation der Frau sein. Ist die Frau einmal nicht mehr eine Waare, besitzt sie freie Verfügung über ihre Person, und ist sie zugleich moralisch und intellektuell gebildet genug, um ihre Selbstständigkeit behaupten zu können, so werden allerdings die Ausschweifungen von heutzutage verschwinden; es wird sich auch die Frau nicht dem ersten Besten hingeben, wenn die Ehe keine Versorgungsanstalt mehr ist, sie wird vorsichtig wählen und daher erst im reiferen Alter zur Ehe schreiten. Alles dies wird aber nicht die Zahl der Kinder vermindern, sondern blos dazu beitragen, die Kraft- und Zeugungsfähigkeit möglichst zu entwickeln und möglichst lange zu erhalten; denn der zu grosse und vorzeitige Liebesgenuss sind es, welche diese zu schnellem Verfalle bringen. Bedenke man überdies, dass die eheliche Umarmung durch nichts mehr geboten sein wird, als durch Liebe; das Misstrauen, die Zwietracht, ja die Abneigung, welche das Ehebett heutzutage so oft schänden, werden ihm fern bleiben: muss das nicht Alles dahin wirken, die Liebe und ihre Folgen viel mehr zu verallgemeinern, als es heutzutage der Fall sein wird?

Und dennoch hat Tschernischewsky Recht, die Emanzipation der Frau wird das Bevölkerungsproblem lösen. Nur in anderer Weise, als er es dachte. Wenn nicht nationalökonomische, so werden physiologische Erwägungen, die Schädlichkeit zu schnell sich wiederholender Geburten, die Gefahren der Schwangerschaft, die Schmerzen des Gebärens die freie und über ihren Körper unterrichtete Frau dahinführen, Mittel anzuwenden, um allzuhäufige Empfängnisse zu vermeiden. Nicht die Liebe, wohl aber die Zahl der Geburten wird sich durch die Befreiung der Frau vermindern. Dies, d. h. die Einführung des präventiven Verkehrs, ist die einzige Möglichheit der Lösung der Bevölkerungsfrage. Weisen wir diesen zurück, dann stehen wir vor der furchtbaren Alternative: entweder der Liebe zu entsagen oder Laster und Elend für unausrottbar zu erklären. Eines ist so entsetzlich wie das Andere. Auch Tschernischewsky

hat das klar erkannt. Seine Schüler mögen bedenken, dass er bisher der einzige unter den modernen wissenschaftlichen Sozialisten war, welcher die Möglichkeit einer Uebervölkerung anerkannte, dass er bisher der einzige derselben war, welcher es verschmähte, die harmonievollen Theorien, wonach Alles in der Natur sich von selbst regle, anzunehmen. Er hat blos geglaubt, die Gefahr sei nicht so nahe, als Malthus sie dargestellt.

Darin hat er geirrt, trotzdem er Malthus glänzend widerlegt hat. Er kann seinen Irrthum nicht mehr gut machen, an seinen Schülern liegt es, dies zu thun. Diejenigen seiner Schüler, welche an dem Geiste und nicht an den Ziffern ihres edlen Lehrers hängen, welche erkennen, dass Tschernischewsky das Bevölkerungsgesetz wohl erfasst und nur etwas zu optimistisch beurtheilt hat, welche aber auch erkennen, dass dieser Optimismus durch die Fortschritte der Statistik unhaltbar geworden ist, sie Alle haben die Pflicht, die Grundsätze ihres Lehrers dem Fortschritte der Wissenschaft gemäss anzupassen, an Stelle seines Optismismus die Erkenntniss der Nothwendigkeit des präventiven Verkehrs zu setzen.

Die Vertheilung des Arbeitsertrages im sozialistischen Staate.

Von **Karl Kautsky.**

Während die Utopisten ihre Aufmerksamkeit in hohem Maasse dem Modus der Vertheilung des Volkseinkommens zuwandten und Manche sogar glaubten, durch eine Veränderung des Vertheilungsmodus allein bereits Glück und Zufriedenheit der Menschheit verschaffen zu können, huldigt dagegen der neuere Sozialismus dem Grundsatze, dass nicht die Weise der Vertheilung der Arbeitsprodukte, sondern vielmehr der Modus ihrer Erzeugung das Massgebende im sozialen Leben sei, und dass jene durch diesen bedingt werde. Auch wir halten dies für richtig, glauben jedoch nicht, dass daraus der Schluss zu ziehen sei, den man gewöhnlich zieht, der Modus der Vertheilung des Arbeitsertrages habe uns zunächst nicht zu beschäftigen, der ergebe sich von selbst, sobald nur einmal die Produktion sozialistisch organisirt sei: dies sei unsere Hauptaufgabe. Aber mit demselben Recht könnte man auch behaupten, man brauche sich um die sozialistische Organisirung der Produktion ebensowenig zu kümmern, da dieselbe die naturnothwendige Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise sei. Wir können freilich nicht den Weg vorschreiben, den die ökonomische Entwicklung zu nehmen hat, aber wir sind im Stande, dadurch, dass wir denselben klar erkennen, die Hindernisse zu beseitigen, die auf demselben liegen und die Entwicklung hemmen und schmerzlich machen.

Daraus also, dass es nicht in unserer Macht liegt, den Modus der Vertheilung beliebig festzustellen, folgt durchaus nicht, dass wir über denselben nicht nachdenken sollen. Wenn wir eine Weise der Vertheilung einführen würden, welche mit dem Charakter der sozialistischen Produktionsweise nicht stimmte, so würde diese allerdings sich bald als nicht lebensfähig erweisen und durch die Macht der Umstände beseitigt werden, aber erst nach grossen Opfern an Menschenglück wäre dies möglich.

Aber wenn auch daraus, dass derjenige Vertheilungsmodus, welcher sich als lebensfähig erweist, früher oder später durch die Macht der Umstände uns aufgezwungen werden wird, nicht folgt, dass wir uns mit der Frage überhaupt nicht zu beschäftigen haben, so folgt dagegen

daraus, dass man sie nicht mehr vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus betrachten darf. Wir dürfen uns nicht mehr fragen: welche Art der Vertheilung ist die gerechteste? sondern: welche ist die naturgemässe Folge der Einführung der sozialistischen Produktionsweise?

Man missverstehe mich nicht. Ich leugne durchaus nicht, dass es ein Gerechtigkeitsgefühl gibt. Ein solches existirt ganz sicher und kann vielleicht ebenso als in unserer Natur begründet erwiesen werden, als die Sympathie und das Mitleid. Das Gerechtigkeitsgefühl verlangt ebenso wie der Hunger nach Befriedigung und ist daher ebenso wie dieser eine mächtige Triebfeder unserer Handlungen. Die Richtung dieses Gefühles aber ist nicht immer dieselbe, sondern je nach den sozialen Verhältnissen eine verschiedene. Einem Römer wäre die Forderung, er solle seine Sklaven freilassen, sehr ungerecht erschienen, einem Mohamedaner erschiene es höchst ungerecht, wollte man ihm seine „überschüssigen“ Frauen wegnehmen, und dem Bourgeois erscheint es als der Gipfel der Ungerechtigkeit, dass er nicht die Millionen seines Vaters erben soll. Das Gerechtigkeitsgefühl ist wesentlich negativer Natur, es zeigt uns an, dass Ungerechtigkeiten, d. h. soziale Verhältnisse bestehen, die den Bedürfnissen der Zeit nicht entsprechen, es zeigt uns an, dass der gesellschaftliche Körper krank ist, so wie Schmerzen anzeigen, dass dem menschlichen Körper etwas fehle. So wie diese kann auch das Gerechtigkeitsgefühl eine mächtige Triebfeder dazu sein, die betreffenden Krankheiten zu heilen, aber eben sowenig wie diese kann es positiv wirken, kann es sagen, durch welche Mittel die Krankheit geheilt werden wird. Soll der Körper gesund werden, so dürfen die Schmerzen nicht fortdauern — Einrichtungen, die uns ungerecht erscheinen, dürfen wir also nicht mit in die neue Gesellschaft hinübernehmen. Das Gerechtigkeitsgefühl kann uns sagen, was wir nicht thun, welchen Vertheilungsmodus wir nicht annehmen dürfen, aber es kann nicht die Entscheidung darüber herbeiführen, welchen wir annehmen sollen.

Statt also die verschiedenen Vertheilungsmodi nach ihrer Gerechtigkeit zu prüfen, wollen wir lieber annehmen, die sozialistische Produktionsweise sei bereits durchgeführt. Alles ist im schönsten Gange, und es erhebt sich nun die Frage: wie sollen wir die gewonnenen Produkte vertheilen.

An Stelle des Arbeitslohnes tritt der Arbeitsertrag, darüber sind Alle einig. Nur muss man diese Phrase cum grano salis verstehen. So geht's natürlich nicht, dass jeder alles das, was er schafft, erhält, um es selbst zu gebrauchen oder gegen fremde Produkte einzutauschen. Nicht einmal bei Wilden wäre dies möglich, da auch die gemeinschaftlich jagen etc. Wie denn erst bei uns, wo die Kooperation und das Maschinenwesen zu solcher Vollkommenheit entwickelt sind. Nehmen wir einen Maschinenschlosser, der in einer Lokomotivfabrik beschäftigt ist. Welchen Theil einer Lokomotive könnte derselbe als Ertrag seiner Arbeit in Anspruch nehmen, um ihn nach Belieben zu gebrauchen? Buchstäblich ist also die Phrase, dass der Arbeiter den Ertrag seiner Arbeit erhalten soll, nicht aufzufassen, sondern nur

insofern, als die Arbeiter**klasse** den Ertrag ihrer Arbeit erhalten soll, ohne Abzug zu Gunsten schmarotzender Existenzen, wie Kapitalisten, Grundbesitzer, Minister, Generäle etc. Aber nicht ohne jeden Abzug. Vom Volkseinkommen muss zunächst abgezogen werden ein Theil, der zur Erhaltung der Kranken, Invaliden, Greise und Kinder dienen soll. Weiters ein Theil, der nothwendig ist zur Akkumulation von neuem Kapital, ein Prozess, der in einem sozialistischen Gemeinwesen von diesem und nicht von den Individuen zu vollziehen ist. Der Rest bleibt übrig zur Vertheilung unter alle diejenigen, welche zu Gunsten des Gemeinwesens thätig gewesen sind, mag nun ihre Thätigkeit ein sichtbares Produkt zu Tage gefördert haben oder blos eine Dienstleistung gewesen sein. Also nur insoferne, als kein Abzug zu Gunsten des Privatkapitalisten mehr geschieht, ist der Satz richtig, dass der Arbeiter im sozialistischen Staate den Ertrag seiner Arbeit erhalten wird. Der Vertheilungsmodus der Arbeitsprodukte selbst ist dadurch noch nicht festgestellt.

Drei Maassstäbe sind da zu nennen unter den vorgeschlagenen, welches ein näheres Eingehen verdienen. Die Arbeitsprodukte sollen vertheilt werden entweder nach den Bedürfnissen oder zu gleichen Theilen oder endlich nach Maassgabe der Arbeitsleistung.

Der erste Vertheilungsmodus: Jedem nach seinen Bedürfnissen, dem für die Produktion der Satz gegenübersteht: Jeder nach seinen Fähigkeiten, soll nicht mehr als absolut undurchführbar hingestellt werden. In den ost- und südslavischen Ländern, wo der Sozialismus mehr einen föderalistischen Charakter tragen und die Gemeinde die wirthschaftliche Einheit bilden wird, wo ferner die einzelnen Gruppen und Gemeinden entweder durch Bande des Blutes oder der Freundschaft zusammengehalten werden, indem sie in letzterem Falle auf dem freiwilligen Zusammenschluss mit einander sympathisirender Elemente beruhen, dort dürfte das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen, durchführbar sein. Nun bedenke man aber die total verschiedenen Verhältnisse der westeuropäischen Industriestaaten mit den Arbeiterarmeen, welche in den einzelnen Etablissements beschäftigt sind. Weder Freundschaft noch Verwandtschaft hält dieselben zusammen, sondern nur die gleichartige Beschäftigung. Der Egoismus ist bei ihnen stark entwickelt, die altruistischen Gefühle schwach; die Arbeit ist für sie kein Dienst, den sie ihren Freunden und Geschlechtsgenossen erweisen, sondern eine Geschäftsangelegenheit. So schön daher auch das Prinzip ist: Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen, für das Menschenmaterial und die Produktionsverhältnisse, mit denen der westeuropäische Sozialismus zu rechnen hat, taugt dasselbe nicht. Vielleicht, dass es später einmal in Folge des slavischen Einflusses und des Anwachsens der altruistischen Instinkte, wie es das gemeinsame Zusammenarbeiten mit sich bringt, durchführbar wird, für den Anfang ist es nicht zu gebrauchen.

Wenden wir uns daher den nüchternen, mehr geschäftsmässigen aber dafür auch eher Erfolg versprechenden beiden Vertheilungsmaass-

stäben zu, dem streng kommunistischen und dem individualistischen. Der eine will Allen ohne Unterschied die gleiche Menge von Genüssen zuerkennen — sie müssen deshalb noch nicht gleichartig sein —, der andere verlangt, dass derjenige, welcher mehr arbeitet, auch eine grössere Menge Genussmittel von der Gesellschaft erhalten soll.

Wenn man auch hier wieder von der Gerechtigkeit absieht und blos darnach fragt, welchen Einfluss jeder dieser Vertheilungsmodi auf die Produktion haben dürfte, dann muss man sich gestehen, dass der Unterschied zwischen beiden nicht sehr gross ist. Weder der eine noch der andere steht im Widerspruche mit dem Geiste der sozialistischen Produktionsweise, es wird ganz im Belieben der betreffenden Gemeinwesen stehen, den einen oder den anderen einzuführen. Man hat gesagt, die Vertheilung des Arbeitsertrages nach geleisteten Arbeitsstunden sei der Produktion förderlicher, als die nach arbeitenden Individuen, weil der Egoismus, diese stärkste aller Triebfedern der menschlichen Handlungen, dadurch ein Interesse an der Herstellung eines möglichst grossen Produktes erhalte. Der Ehrgeiz und die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, meint man weiter, seien bei uns noch nicht mächtig genug, um dem Egoismus die Spitze zu bieten, vorläufig also sei der kommunistische Vertheilungsmodus verwerflich, er würde zu nichts anderem führen, als dass gerade die Besten alle Lasten zu Gunsten der Schlechtesten tragen müssten. Ich fürchte dergleichen nicht. Unter dem heutigen System ist es für den einzelnen Arbeiter im Gegensatze zu den Interessen seiner gesammten Klasse um so vortheilhafter, je mehr und länger er arbeitet, weil sein Lohn sich dadurch momentan vergrössert. Trotzdem und obgleich der Egoismus heute von einer Stärke ist, die nicht mehr übertroffen werden kann, ist es doch den englischen Gewerkvereinen gelungen, den Arbeitern eine Menge Beschränkungen aufzulegen, welche zu grosse Arbeitsleistungen verhindern; Beschränkungen, die nicht blos am Papier stehen, sondern wirklich durchgeführt werden, vermöge eines ausgebildeten Strafsystems und vermöge der Aufsicht, welche alle Arbeiter über jeden ihrer Mitarbeiter ausüben, und der keiner sich entziehen kann. Wenn es aber bereits heute möglich ist, den Spielraum des Egoismus zu Gunsten der Gesammtheit einzuschränken, so wird dies ebenso im sozialen Staate möglich sein, und es macht nichts aus, dass diese Einschränkungen des Egoismus sich dann in einer anderen Richtung, nicht in Verringerung, sondern in Vergrösserung der Arbeitsleistung äussern werden.

Uns persönlich erscheint das kommunistische System der Vertheilung nach Individuen sympathischer als das individualistische der Vertheilung nach Arbeitsstunden, denn letzteres, fürchten wir, dürfte den Egoismus auch in die sozialistischen Gemeinwesen verpflanzen, während ersteres kommunistische Gefühle erwecken muss. Die Produktivität der Arbeit scheint mir das eine ebenso zu gewährleisten, wie das andere.

Leider ist mit diesem Ergebniss die Schwierigkeit noch nicht

behoben. Stellen wir uns vor, die sozialistische Produktion gehe vor sich und eine der beiden letzten Arten der Vertheilung des Arbeitsertrages sei eingeführt. Welche, das ist gleichgiltig für unseren Zweck. Jeder, in welchem Berufe immer er thätig sei, erhalte als Individuum oder für die Arbeitsstunde einen gleichen Antheil am Arbeitsertrage. Was wird geschehen? Die unangenehmen Gewerbe werden plötzlich vereinsamt sein, die Räder werden stille stehen, die Hochöfen ausgeblasen sein und Niemand mehr für die Bekleidung und Ernährung der Menschen sorgen. Dagegen wird sich Alles den leichten und angenehmen Gewerben hingeben. Um dies zu verhüten, erlässt das Geweinwesen ein Gesetz, dass nur derjenige in einem Gewerbe arbeiten dürfe, der Proben seiner Leistungsfähigkeit abgelegt. Dazu ist es in vollem Maasse berechtigt; allein es erreicht dadurch blos, dass die jetzt lebende Generation ihre gewohnten Beschäftigungen fortsetzt. Dagegen kann es nicht hindern, dass alle Mitglieder der heranwachsenden Generation, denen die Berufswahl freisteht, denen alle Hilfsmittel des Studium's zu Gebote stehen, und welche frei sind von allen quälenden Nahrungssorgen, den schweren Gewerben fernbleiben und den leichten, namentlich geistigen Arbeiten sich zuwenden. Kann und darf ein sozialistisches Gemeinwesen sie daran hindern? Kann es einem derselben verbieten, sich einem Berufe zu widmen, zu dem es Neigung fühlt? Gewiss nicht; im freien Volksstaate wäre solch' ein Zwang nicht realisirbar.

Das Gemeinwesen wird darnach trachten, die Berufe überhaupt aus der Welt zu schaffen. Der Dualismus zwischen Stadt und Land, zwischen Hand- und Kopfarbeitern wird beseitigt werden. Die industriellen Unternehmungen werden auf's flache Land verlegt werden, die Städte in Folge dessen verschwinden. Die Arbeit wird so organisirt werden, dass ein anregender Wechsel zwischen der Fabriks- und der ländlichen Arbeit entsteht, und da Alle, auch Frauen und Kinder an derselben Theil nehmen, das Maschinenwesen soweit als nur möglich ausgebildet und jede unwirthschaftliche Verschwendung ausgeschlossen ist, so wird die physische Arbeit so wenig Zeit in Anspruch nehmen, dass jeder Musse genug haben wird, auch seinen Geist zu entwickeln und einen Schatz von allgemeinem Wissen zu sammeln, was ihn ermöglicht, auch in geistiger Beziehung selbstständig zu arbeiten.

Das Alles ist durchführbar. Man kann einen Minimalarbeitstag, nehmen wir an, von zwei Stunden, für Jeden obligatorisch machen, während dessen man abwechselnd die verschiedenen mechanischen Handgriffe bei den Maschinen zu besorgen hat, die so leicht erlernbar sind, und kurze Zeit geübt eine gesunde Muskelthätigkeit hervorrufen, indess sie, längere Zeit ununterbrochen gethan, Geist und Körper gleichermassen herabstimmen. Man könnte sich auch sehr wohl vorstellen, dass während dieses Minimalarbeitstages so viel produzirt wird, als jeder Mensch für sich nothwendigerweise braucht. Er müsste also nicht eine Entlohnung für denselben erhalten: die Benutzung einer Wohnung und der öffentlichen Bibliotheken, die Theilnahme an den Mahlzeiten, die Entnahme von Kleidungsstücken

aus den Magazinen nach Bedarf wären genügende Entlohnung der Minimalarbeit.

Leider ist nicht zu erwarten, dass dieser Minimalarbeitstag alles das leisten werde, was zur Erhaltung des Lebens nothwendig ist. Das Maschinenwesen ist nicht so entwickelt, dass es nicht auch im sozialistischen Staate Beschäftigungen geben würde, die man nicht dilettantisch betreiben, sondern zu seinem Berufe machen müsste, sollte etwas darin geleistet werden. Die geisttödtende ununterbrochene Maschinenarbeit kann im sozialistischen Gemeinwesen so vertheilt werden, dass jeder nur einen unbedeutenden Bruchtheil derselben zugetheilt erhält. Die Berufsthätigkeit ist aber damit nicht ausgeschlossen, sie wird ebenso nothwendig sein, wie heutzutage. Durch den für Alle obligatorischen Minimalarbeitstag ist die Schwierigkeit also nicht gelöst, dass Niemand sich den unangenehmen, aber nothwendigen Berufen widmen werde. Und nicht nur von den körperlichen, schmutzigen oder ermüdenden Thätigkeiten wird man sich abwenden, auch unter den geistigen Thätigkeiten werden manche bevorzugt sein, andere vernachlässigt. Von den Künsten gar nicht zu reden, werden auch in den Wissenschaften sich die meisten lieber dem weiteren Ausbau derselben, als ihrer praktischen Ausübung zuwenden. Als Historiker oder Physiologe selbstständig zu arbeiten, ist ein Genuss: Ausübender Arzt oder Lehrer der Geschichte zu sein, ist dagegen nichts weniger, als ein Vergnügen.

Der Ueberfüllung in den einzelnen Branchen, dem Mangel in anderen abzuhelfen, dafür zu sorgen, dass überall die richtige Anzahl von Arbeitskräften sei, wird sich daher bald als eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialstaates herausstellen. Durch Zwang kann er dies nicht bewirken, das ist klar. Er muss zur Erreichung dieses Zieles einen anderen Weg einschlagen.

An Stelle des Zwanges wird man versuchen, die A n z i e h u n g s k r a f t d e r A r b e i t zu setzen. Gleiche Anziehungskraft jeder Arbeit wird bewirken, dass jeder Beruf so viele Mitglieder zählt, als die Gesellschaft benöthigt, sie wird ferner bewirken, dass Allen die Arbeit das gleiche Glück gewährt.

Es wird dem Gemeinwesen nicht schwer fallen, durch statistische Erhebungen einerseits den Bedarf festzustellen und andererseits die Zahl der Arbeiter, die sich mit der Befriedigung desselben beschäftigen. Es wird sich da herausstellen, dass die einen Branchen zu viele, die andern zu wenige Arbeiter enthalten. Die Aufgabe wird also darin bestehen, aus den ersteren eine gewisse Zahl Arbeiter auf die letzteren hinzulenken, und zwar gerade diejenigen, denen die betreffende Arbeit keinen so hohen Genuss gewährt, dass sie sie nicht um eines kleinen Vortheiles willen verlassen würden: es werden das auch diejenigen sein, die in der betreffenden Branche am wenigsten leisten. Um das zu erreichen, wird man zunächst darnach streben, den Arbeitsprozess der unbeliebten Gewerbe so angenehm als möglich zu gestalten. Die schönsten und gesündesten Arbeitsräume werden ihnen zur Verfügung gestellt werden, man wird den

menschlichen Erfindungsgeist antreiben, neue Maschinen zu erfinden, welche die Arbeit weniger beschwerlich oder abstossend machen, man wird ihr so viel wie möglich Abwechselung zu verleihen trachten.

Aber die Technik hat ihre Grenzen, über welche hinaus sie unter gegebenen Bedingungen nichts mehr leisten kann. Zu der Anziehungskraft während des Arbeitsprozesses muss man daher auch die Anziehungskraft in Folge desselben gesellen. Vielleicht, dass man etwas erreichen wird, wenn man die öffentliche Meinung darauf hinlenkt, in den bei den unangenehmen Arbeiten Beschäftigten Menschen zu sehen, die sich um das Gemeinwesen besonders verdient machen. Der Ehrgeiz, der dadurch erweckt wird, dürfte manchen bewegen, sich einer unangenehmen Arbeit zu widmen. Aber ich glaube kaum, dass das genügen dürfte. Und so wird denn, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, nichts anderes übrig bleiben, als den bei den unangenehmen Arbeiten betheiligten eine grössere Summe von Genussmitteln zuzuerkennen, als den anderen. „Aber da haben wir ja wieder die Verschiedenheit des Arbeitslohnes, die wir beseitigen wollten!“ rufen entrüstet die Kommunisten. Allerdings, Verschiedenheiten der Arbeitsentschädigung werden dadurch hervorgerufen, aber nicht dieselben, die heute existiren, sondern die gerade entgegengesetzten. Heutzutage ist der Arbeiter um so schlechter bezahlt, je schwerer, um so besser, je leichter seine Arbeit ist. Im sozialistischen Staate wird es anders sein. Je leichter und angenehmer eine Arbeit, desto schlechter wird sie entschädigt werden; je grösser der Genuss, den der Arbeitsprozess gewährt, desto weniger Genussmittel stehen dem Vollzieher desselben zu Gebote. Es wird keinen Unterschied machen, ob der eine durch seine Arbeit dem Gemeinwesen einen grösseren Dienst leistet als der andere, denn nicht der Erfolg der Arbeit, sondern das Opfer an Musse und Arbeitskraft bestimmt deren Entschädigung. Freilich, wer sich von den modernen Anschauungen nicht losmachen kann, dem wird es auf den ersten Blick sonderbar, ja ungerecht erscheinen, dass die Watt's und Humboldt's des Zukunftsstaates nur eine geringe Entschädigung für ihre Arbeiten erhalten, ganz „gemeine“ Bergarbeiter dagegen eine viel höhere. Aber man bedenke, dass die ersteren zufrieden sein werden, wenn sie ohne Behinderung durch die kleinlichen materiellen Sorgen sich ganz ihren Forschungen hingeben können. Sie werden so viel haben, als ein Mensch zum Leben braucht, sie werden genügend Zeit und Musse haben, alle Schätze der Wissenschaft und Kunst werden ihnen, wie jedem anderen Bürger des Zukunftstaates, offen stehen: was brauchen sie mehr? Der wahre Künstler und der wahre Mann der Wissenschaft sind so von ihrem Berufe erfüllt, dass sie freudig sogar Hunger und Elend ertragen, wenn sie nur ihrem innern Drange gehorchen können. Sobald die Noth und die Entbehrungen, welche heute so viele entwicklungsfähige Keime zertreten, für jeden ohne Ausnahme, mag er durch seine Arbeiten die Anerkennung seiner Mitmenschen erringen oder zu den verkannten

Genies zählen, beseitigt sind, werden so viele und so begabte Schüler der Künste und Wissenschaften auftreten, welche auch ohne den Genuss von Luxusartikeln in der Ausübung ihres Berufes sich glücklich fühlen werden, dass der Zukunftsstaat mit leichtem Herzen auf diejenigen Künstler verzichten wird, welche bei Champagner und Ballerinnen sich ihre Begeisterung holen, und ebenso auf diejenigen Herren Universitätsprofessoren, deren Eifer für die Wissenschaft mit den Kollegiengeldern sinkt und steigt. Solche Vertreter von Kunst und Wissenschaft sind die nothwendigen Ergebnisse der modernen Gesellschaft, sie sind daher mit vollem Recht die erbittertsten Gegner des Sozialismus, sie sind es, welche das Zetergeschrei anstimmen: im sozialistischen Staate müssen Kunst und Wissenschaft zu Grunde gehen, weil sie nicht mehr Mittel zur Ausbeutung der Nebenmenschen sein werden. Wenn diese Herren sich im sozialistischen Staate von ihrem Berufe abwenden und den „gemeinen“ Beschäftigungen zuwenden werden, weil diese mehr „eintragen“, falls sie es nicht vorziehen, auszuwandern, so wird dies weder ein Schaden für Kunst und Wissenschaft, noch für die Menschheit sein.

Ich habe bisher immer gesagt, wie es sein wird, nicht wie es sein soll; denn nicht vom Standpunkte der Gerechtigkeit, sondern von dem der naturnothwendigen Entwicklung des Sozialismus aus erscheint mir der vorgeschlagene Vertheilungsmodus als der richtige. Er wird sich der kommenden Gesellschaft nothwendigerweise aufdrängen, wenn sie ihn nicht freiwillig einführt. Ist er aber einmal eingeführt, dann regelt sich die Vertheilung und auch die Produktion fast von selbst. Er erfordert weder eine komplizirte Buchführung noch eine zwangsweise Rekrutirung der einzelnen nach ihrer körperlichen und geistigen Befähigung zu den verschiedenen Berufszweigen, wie man sie vorgeschlagen hat. Er rechnet ferner mit den Gefühlen und Neigungen, welche heutzutage unter den Menschen herrschen, er verlangt kein ideales Menschengeschlecht. Er kommt weiters bereits mit dem vorhandenen Stande der Technik aus und braucht sich nicht auf Erfindungen und Entdeckungen zu stützen, die man gerne gemacht sehen möchte, die aber noch nicht gemacht sind: kurz und gut, er ist schon heute durchführbar in dem Momente, als wir die politische Gewalt in die Hände bekommen.

Nehmen wir an, die Revolution bräche morgen los, die Staatsgewalt läge auf der Strasse, und wir wären stark und energisch genug, sie aufzuheben. Was werden wir thun, abgesehen von momentanen Massregeln, die den Zweck haben, die politische Macht zu behaupten, was werden wir thun, um unsere sozialen Forderungen zu verwirklichen?

Für jeden Arbeiter wird der Beitritt zu einer Gewerkschaft obligatorisch gemacht — wo organisirte Arbeiter noch nicht existiren, halte ich überhaupt unsere sozialen Forderungen für undurchführbar: dort muss sich die Arbeiterklasse darauf beschränken, die wirkliche politische Gleichstellung mit den übrigen Klassen zu erlangen. Neben dem obligatorischen Beitritt zu einer Gewerkschaft muss das Be-

streben Platz greifen, die verschiedenen Gewerkschaften desselben Landes und derselben Branche zu amalgamiren. Dieser amalgamirten Gewerkschaft sämmtlicher Arbeiter desselben Industriezweiges werden die entsprechenden im Lande vorhandenen Etablissements zum Betrieb übergeben. Ob dieselben durch Ablösung oder Konfiskation in die Hände des Staates gelangen, ist gleichgiltig. Von der Einrichtung eines für jeden obligatorischen Minimalarbeitstages wird man vorläufig absehen müssen. Es wird genug Mühe kosten, bis jede Gewerkschaft sich entsprechend organisirt, um ihre Berufsarbeit fortzuführen.

Der Staat wird nun vermittelst statistischer Erhebungen den Bedarf der Bevölkerung feststellen und den Gewerkschaften mittheilen. Diese werden darnach berechnen, wie lange die Arbeitszeit anzusetzen sei, und wie viele Arbeiter sie benöthigten. Der Staat setzt nun, gestützt auf die voraussichtliche Grösse des zu erwartenden Arbeitsproduktes und die Zahl der Konsumenten das Maass der durchschnittlich auf jeden entfallenden Lebens- und Genussmittel, sagen wir kurz, einen Durchschnittslohn fest, der für alle Industriezweige gleich ist. Jeder Gewerkschaft wird eine Summe an Löhnen in dem Verhältniss zugetheilt, in dem sie Arbeiter benöthigt. Nehmen wir an, die Gewerkschaft der Schuhmacher benöthige 100.000 Arbeiter, so werden ihr 100.000 Durchschnittslöhne zur Verfügung gestellt. Aber die Schuhmacherei ist kein angenehmes Handwerk: statt 100.000 treten blos 50.000 Arbeiter der Schuhmachergewerkschaft bei. Da aber 100.000 Durchschnittslöhne der Gewerkschaft zur Verfügung stehen, wird jeder Schuhmacher den doppelten Lohn erhalten. Diese Lohnhöhe wird die anderen, welche das Schuhmacherhandwerk verstehen, sich aber anderen Gewerkschaften zugewendet haben, reizen, sich auch der Schuhmacherei zuzuwenden: es treten noch 20.000 der Schuhmachergewerkschaft bei, so dass diese nun im Ganzen 70.000 Mitglieder zählt. Es würden noch mehr beitreten, aber schon durch den Eintritt dieser 20.000 hat sich der Schuhmacherlohn von 2 auf $^{10}/_{7}$ gesenkt. Durch den Beitritt weiterer würde er sich noch mehr senken. $^{10}/_{7}$ ist daher derjenige Lohn, der der Schuhmacherei gebührt; wenn derselbe jedem Schuhmacher gewährleistet wird, so ist zu erwarten, dass die genügende Anzahl sich melden werde, sobald von Staatswegen zum Beitritte aufgefordert und derselbe als eine sehr verdienstvolle Handlung gepriesen wird. Der Schuhmachergewerkschaft muss demnach der Staat nicht 100.000, sondern vielmehr 142.857 Durchschnittslöhne zur Verfügung stellen. Ob dann die Gewerkschaft diese Löhne nach Individuen auf kommunistische Weise oder nach der Arbeitsleistung gemäss dem individualistischen Prinzipe vertheilt, ist von sekundärer Bedeutung und könnte der Bestimmung der einzelnen Gewerkschaften überlassen werden. Zwischen den einzelnen Gewerben wird aber und muss Ungleichheit herrschen, man wird zu ihr gezwungen werden, auch wenn man absolute Gleichheit eingeführt hat. Diese Ungleichheit ist keine Ungerechtigkeit, denn sie basirt auf der Gleichheit der Anziehungskraft der Arbeit, welche auf diese Weise von selbst,

ohne mühsame Berechnungen, ohne Zwangseinrichtungen sich einstellt.

Aber diese Ungleichheit ist nicht nur in ihrem letzten Grunde die höchste Gleichheit, ihre naturnothwendige Konsequenz ist vielmehr auch die äusserliche Gleichheit, die Gleichheit in der Vertheilung.

Die Ungleichheiten der verschiedenen Löhne werden darauf hinweisen, wie ungleichmässig die Annehmlichkeiten der Arbeit seien. Sie bieten einen für jeden Bürger des Sozialstaates leicht erkennbaren Maassstab dieser Annehmlichkeiten und Unannehmlichkeiten. Die allgemeine Aufmerksamkeit wird sich also gerade den unangenehmsten Arbeiten zuwenden und nachsinnen darüber, wie sie ihres abstossenden Charakters entkleidet werden könnte. Nicht nur die Humanität, auch der Egoismus werden die Aufmerksamkeit auf diese Arbeiten lenken. Denn je höher der Lohn derselben ist, desto kleiner die Menge der Genussmittel, die für die anderen übrig bleibt, da ja stets nur eine gewisse Summe derselben vorhanden sein wird. Es ist aber durchaus nicht bedeutungslos, auf welche Richtung der menschliche Erfindungsgeist gelenkt wird, denn die Erfindungen sind nicht Werke des Zufalls, sondern langen, mühevollen Nachdenkens und Arbeitens, sie werden stets auf dem Gebiete gemacht, welches gerade das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt. Unter der kapitalistischen Produktionsweise haben die Erfindungen nur den Zweck, menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen und zwar am meisten dort, wo sie am theuersten ist. Unter der sozialistischen Produktionsweise werden die Erfindungen in Folge des eben erwähnten Antriebes, in anderer Richtung sich zeigen.

Erstens wird man sich bemühen, die Summe der unangenehmen, gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Arbeiten dadurch zu vermindern, dass man die Produkte derselben entbehrlich macht und durch andere ersetzt. Die jetzt schon entbehrlichen dieser Produkte wird der Sozialstaat natürlich ohnehin nicht weiter erzeugen, auch wenn sie nicht ersetzbar sein sollten, was jedoch bei vielen derselben, namentlich bei den mit Quecksilber belegten Spiegeln, dem Schweinfurter Grün, den Phosphor-Zündhölzchen, den Zündhütchen etc. heutzutage bereits der Fall ist. Wo das nicht angeht, wird man darnach trachten, diese Arbeiten so wenig mühsam, unangenehm und gefährlich als möglich zu machen, durch Schutzvorrichtungen, gehörige Abwechslung, sanitäre Einrichtungen, wie Bäder, Aufstellung von Terpentin in den Arbeitsräumen etc. Endlich aber drittens, wo weder das erste noch das zweite möglich ist, wird man sich bemühen, durch Arbeitstheilung und Erfindung von Maschinen die betreffenden Gewerbe zu solchen zu gestalten, welche jeder binnen Kurzem erlernen kann, so dass sie auf diese Weise in das Gebiet des für jeden obligatorischen Minimalarbeitstages gelangen und dadurch, dass *jeder* sie und nur *kurze Zeit lang* verrichten muss, an Unannehmlichkeit bedeutend verlieren. So besteht das Endziel dieser Bewegung darin, dass alle unangenehmen Arbeiten von der Gesammtheit verrichtet

werden, alle Berufsarbeiten dagegen gleich angenehm sind, so dass es blos einer Erwähnung bedarf, um die entsprechende Arbeiterzahl der entsprechenden Thätigkeit zuzuführen. Auch die auf jeden entfallende Summe von Genussmitteln wird dann eine gleiche sein und so die Gleichheit als das Ergebniss der Ungleichheit sich einstellen. Die vollständige Gleichheit aber schon im Beginne der sozialistischen Produktionsweise einführen zu wollen, wäre ein Beginnen, das sich nur zu bald rächen würde. Diese anscheinende Gleichheit steht im Widerspruche mit dem Geiste der sozialistischen Produktionsweise, denn diese Gleichheit ist in Wirklichkeit die grösste Ungleichheit.

Die Auswanderung als Mittel zur Lösung der sozialen Aufgabe.

Von Adolf Douai.

Es gibt Sozialreformer, welche die Auswanderung und Kolonisation als Mittel zur Lösung der sozialen Aufgabe, oder wie es auch wohl heisst — der Arbeiterfrage — vorschlagen und betreiben. Unter den Verstorbenen nennen wir Cabet, Robert Owen und J. J. Sturz, unter den Lebenden Joh. Jakob Holyoake. Es handelt sich für diese Männer nicht um Anlegung von Kolonien, welche dem Mutterlande Nutzen gewähren, seinen Waaren Absatz verschaffen, ihm Rohstoffe massenhaft liefern und eine überflüssige Arbeiterbevölkerung versorgen sollen. Es handelt sich vielmehr um das Wohl eines im Mutterlande verkümmerten Proletariats in erster Linie — der Vortheil des Mutterlandes kommt ihnen, wenn überhaupt, erst hinterdrein. Es sind wirkliche Sozialreformer, von denen und deren Plänen wir hier sprechen wollen, Leute, deren uneigennützige Liebe zur Menschheit und zum Arbeiterstande insbesondere unzweifelhaft ist, welche auch wohl schon Proben ihres Organisations-Talentes abgelegt und sich als zur Anlegung von Kolonien befähigt erwiesen haben. Da nun neuerdings die Auswanderung aus Europa nie gesehene Verhältnisse annimmt, und da dem Unterzeichneten Briefe von gebildeten Auswanderungslustigen zukommen, welche Kolonien nach Amerika führen oder an etwaigen neuen Kolonien Antheil nehmen wollen und ausführliche Antworten verlangen, wozu uns die Zeit fehlt, so benutzen wir das „Jahrbuch", um die Auswanderungsfrage zuerst im Allgemeinen, sodann aber vom sozialistischen Gesichtspunkte aus im Besonderen zu besprechen.

Für die abenteuerlustigen Germanen, und zwar am meisten für die Deutschen, hat das Auswandern einen romantischen Reiz, welcher Viele, die es nicht nöthig hätten, dazu verlockt. Vor diesem Beweggrunde soll hier nachdrücklich gewarnt werden. Wer nicht das Heimathland verlassen muss, sollte es nie thun, um in fernen Ländern eine neue Heimath zu begründen. Die Romantik verschwindet in der Fremde und macht einer erschütternden Enttäuschung Platz, von welcher schwache Gemüther sich nie mehr erholen. In den neuen Ländern, wohin sich die Auswanderung zumeist richtet, ist eben fast Alles den Ankömmlingen neu, insbesondere aber ist der Grundzug der Bevölkerung eine ungezügelte Selbstsucht, welche allen Wohlwollens für die Ankömmlinge baar ist. Ganze Schaaren von

Schurken der abgefeimtesten Art leben vom Betruge an den Auswanderern. Es ist ungemein selten, dass ein ebenso wohlunterrichteter als wohlmeinender Rathgeber zu finden ist, der sich der Einwanderer annimmt, und der Rath Solcher erscheint ihnen so nüchtern und abgemessen, dass er gewöhnlich missachtet und dem Zureden eigennütziger Schwindler hintangesetzt wird. Nun bestehen zwar in den Haupteinwanderungsplätzen deutsche Gesellschaften, um die Einwanderer ihrer Nationalität zu berathen und zu bewahren; allein bei stärkerer Einwanderung sind ihre Agenten viel zu sehr überlaufen, um dem Einzelnen lange Gehör geben und für Jeden das Angemessene thun zu können. Es müssen also alle Diejenigen Lehrgeld geben, welche nicht von zuverlässigen Freunden und Verwandten hierher verschrieben und hier ohne Weiteres untergebracht werden. Und dieses Lehrgeld schliesst nicht selten gänzliche Entmuthigung ein. Die Zahl der Selbstmorde unter den Neueingewanderten ist im steten Zunehmen.

Aber es gilt hier viel wichtigere Gesichtspunkte geltend zu machen. Zuerst ist das Klima zu erwähnen, dessen Verschiedenheit von dem heimathlichen in allen Haupteinwanderungsländern bedeutend ist. Nord- und Südamerika, das Kapland und Australien haben ein Festlandsklima, während Europa, wenigstens dessen westliche Hälfte, ein Seeklima hat. Jenes zeichnet sich durch grosse Extreme und grosse und plötzliche Wechsel aus. Starke Hitze im Sommer, starke Kälte im Winter herrschen — ausgenommen in den tropischen, zur Einwanderung ungeeigneten Ländern — andauernd vor, oder, wo öftere Witterungswechsel vorkommen, sind sie äusserst schroff. Uebermässige Trockenheit und Feuchtigkeit wechseln an einem und demselben Orte, und mit ihnen elektrische Ueberspannung und gänzliche Abspannung, in einer für Furopäer um so erschöpfenderen Weise, je angestrengter die Arbeit sein muss — und sie ist in allen neuen Kulturländern angestrengter als in der Alten Welt. Die Wirkung dieses Klimas ist ein frühzeitiges Erwachsen der Jugend, welche weit weniger Kindlichkeit und weit mehr Ausgelassenheit als die europäische zeigt, und ein frühzeitiges Altern des Menschen — womit aber hohes Altes bei allen Leuten, welche sich schonen können, recht wohl verträglich ist. Bei den meisten Eingebornen der ersten Generation, rasch wachsend aber bei der zweiten und jeder folgenden, bildet sich eine Magerkeit und Nervosität, eine Rastlosigkeit und ein launisches und leidenschaftliches Wesen heraus, welche trotz aller äusserlich angewöhnten Ruhe zum völligen Mangel an Selbstbeherrschungskraft führen — was nicht ausschliesst, dass ausnahmweise eine bedeutende Willenskraft entfaltet werden mag, wenn es einem Gegenstande der Leidenschaft gilt.

Am besten bezeichnet man die Wirkung des Festlandklimas als eine kulturfeindliche. Ohne dies hier mit wissenschaftlichen Gründen ausführlich belegen zu wollen, können wir doch nicht umhin, auf die geschichtliche Thatsache hinzuweisen, dass auf den grossen Festländern Asien, Amerika, Afrika und unter dem Festlandklima Neu-

Hollands, die höhere Kultur, die wahrhaft fortschrittliche, weder entstanden ist, noch, wenn sie dahin übertragen wurde, hat fortbestehen und sich weiterentwickeln können. Es ist heute unter den tüchtigsten Geographen und Kulturhistorikern ziemlich allgemein zugestanden, dass die europäische, die Fortschritts-Kultur eben nur in Europa sich hat entwickeln können, weil da zugleich mit der mannigfachsten Bodenbildung das gemässigteste Klima vorwaltet. Man kann theils aus der Erfahrung, theils aus in der Sache liegenden Gründen streng beweisen, dass, je mächtiger die Landstrecken, die Gebirge und Hochebenen, die Flüsse, Seen und Tiefebenen, die Einförmigkeit der Landschaft und die Extreme und schroffen Wechsel des Klimas entwickelt sind, desto grösser die Kulturhindernisse sind. Wird in solche Länder von anderswoher höhere Kultur importirt, so ist sie der Gefahr der Entartung ausgesetzt. Es ändern sich mit den Lebensbedingungen die Körpergestalt, die Schädelbildung, die Gesichtszüge, kurz die leibliche Eigenthümlichkeit, und damit selbstverständlich auch die geistige, wahrnehmbar schon binnen wenigen Geschlechtsfolgen, und zwar stets nach einseitiger Richtung hin, so dass die harmonische, die wahrhaft menschliche, stets fortschrittliche Ausbildung des Geistes auf wachsende Erschwerungen stösst.

Nun kommt zu diesen Hindernissen in allen Kolonie-Ländern ein weiteres für den höheren Fortschritt — die Völkermischung. Die Auswanderungslust hat alle Völker der Erde, welche nicht gar zu abgeschlossen wohnen, angesteckt, oder muss sie noch anstecken. Kein einziges Kolonieland ist vom Zusammenströmen asiatischer, afrikanischer und europäischer Nationalitäten, der weissen, gelben und dunklen Rasse, mehr verschont. Diese Durcheinanderschüttelung der verschiedensten Menschenarten ist freilich nichts absolut Schlimmes; sie schleift bei allen die schroffsten Einseitigkeiten allmälig ab. Aber sie ist überwiegend nachtheilig, solange die weissen Völker, welche die Kultur auf die rückständigen dunkleren übertragen sollen, noch keine Gesetzgebung erfunden und ausgeführt haben, welche der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Vorschub leistet und alle Ausbeutung abschneidet. Es gilt ja, die neuen Ansiedlungen rasch zu stiften und zu zivilisiren, eine Arbeit von Jahrhunderten in Jahrzehnte durch anstrengendste Arbeit zusammenzudrängen. Das kostet zahllose Menschenopfer; es kostet das Opfer der Menschlichkeit selbst. Die schwächeren Klassen und Nationalitäten werden also versklavt oder verkümmert, um den neuen Kulturboden gleichsam zu düngen. Die Ausbeutung fremder Arbeitskraft wird geradezu unabweisbar, und mit ihr kehren scheinbar überwundene tiefere Kulturstufen zurück. Da entsteht auf's Neue die Kasteneintheilung neben der Klassenwirthschaft; es entstehen gleichzeitig alle Formen der Sklaverei und Dienstbarkeit; es bilden sich die Eigenschaften des Raubthiers, der duldenden Heerden und der Schmarotzerei heraus, und zwar im Namen der „Kultur". Der Egoismus wird fast allmächtig, der Leichtsinn mit Menschenleben und die rücksichtslose Verwüstung von Naturgütern behufs raschen Reingewinns werden zu Geboten der Selbst-

erhaltung. Es entstehen Zustände, für welche der menschliche Scharfsinn bisher noch keine Abhülfe entdeckt hat; denn die Kolonien verlangen möglichst ungezügelte Entfesselung aller Kräfte unter freien Verfassungen, so dass die Menschen nicht vorher zur Selbstregierung erzogen werden, welche sie auszuüben haben, aber nur zum Scheine ausüben können. Es herrscht also das Recht des Stärkeren, der Krieg Aller gegen Alle in heuchlerischer Verkleidung. Unter solchen Verhältnissen bringt die Völkermischung ein Herabsinken der überlegenen Rassen und Nationalitäten zum Standpunkte der niederen, anstatt eines Herauferziehens der letzteren auf den der ersteren zu Tage. Wäre nicht ein stätes Zuströmen neuer Ankömmlinge aus den edelsten Kulturvölkern vorhanden, so würde der Rückschritt überall so rasch und tief ausfallen, wie er es im Süden der Vereinigten Staaten, in Kalifornien, in Südamerika, im Kaplande und in Australien gewesen ist, bevor die Einwanderung daselbst stark zunahm. Aber die letztere kann den Rückschritt nur verlangsamen, nicht in Fortschritt verwandeln.

Wer das recht bedenkt, den sollte der Gedanke an seine Nachkommen von der Auswanderung in solche kulturfeindliche Länder zurückhalten. Die Rückwanderung nach Europa wird ja den Meisten unmöglich, und Kinder, oder vollends Kindeskinder, welche in den Kolonien geboren sind, werden äusserst schwer in Europa wieder einheimisch. Den Deutschen, welcher seine Muttersprache und deren reiche Literatur liebt und auf deutsche Sitten und Charakterzüge hält, schmerzt es, bei seinen Kindern und Kindeskindern in den Kolonien dieses Alles aussterben zu sehen. Gerade der Deutsche nämlich verliert, weil er nie ein starkes Nationalgefühl gehabt hat, es also auch in der Heimath schwerlich mehr wird erwerben können, im Auslande leichter als jede andere Nationalität seine Sprache und vaterländischen Tugenden, während er sich die fremde Landessprache schwer, — aber die fremden Fehler und Laster leicht aneignet. Vergebens haben die Deutschen in den Vereinigten Staaten, welche durch die „nachachtundvierziger" Einwanderung hierher kamen, ihre Sprache, Literatur und edleren nationalen Züge ihren Nachkommen zu bewahren gesucht. Nach mehr als dreissigjährigem Kampfe dafür müssen sie sich die Erfolglosigkeit dieser ihrer Anstrengungen in allen Hauptrücksichten eingestehen. Ihre Nachkommen werden nach einer weiteren Generation dem Deutschthum fast gänzlich verloren sein.

Nun braucht man kein Deutschthümler und Mordspatriot zu sein, um das innig zu bedauern. Die besonderen Eigenschaften des deutschen Nationalcharakters und der deutschen Literatur, Kunst und Wissenschaft, welche vorzugsweise durch den Gebrauch der deutschen Sprache bewahrt bleiben, sind etwas überaus Werthvolles, das beste Theil des nationalen Besitzes. Es hat keine Nation etwas im Ganzen Besseres aufzuweisen, was wir den Lesern des „Jahrbuches" nicht ausführlich zu zeigen, sondern nur geltend zu machen brauchen. In den Vereinigten Staaten sind die Deutschen als die besten Ackerbauer, Handwerker, Künstler, Lehrer und Fachwissenschaftler anerkannt. Sie liefern den verhältnissmässig ge-

ringsten Prozentsatz zu den Verbrechern, Armen, Aemterjägern, Tagedieben, Ehescheidungen, ehelichen Skandalen u. s. w. — wenn auch den grössten zu den Selbstmördern. Sie sind für jede Kolonie das wünschenswertheste Bevölkerungs-Element als verlässliche Erzeuger von wirklichem Volkswohlstand. Aber sie sind das Alles nicht über die erste oder zweite Generation hinaus. Es ist ausgemacht, dass deutsche Abkömmlinge, welche wenig oder gar kein Deutsch mehr sprechen, ein starkes Kontingent zur Klasse der Verbrecher und der gefährlichen und unordentlichen Subjekte stellen. Und der richtige Erklärungsgrund hierfür ist eben der Verlust der Sprache, welche zu ihrer Abstammung passt. Die Kinder der Einwanderer lernen die Landessprache — besonders die englische — spielend leicht im Umgange mit der Jugend anderer Nationalitäten, oder in der Volksschule, während ihre Eltern sie schwer lernen, woraus für diese eine Menge Nachtheile entspringen. Die Kinder können das nicht begreifen und halten deshalb ihre Eltern wohl gar für dumm oder tölpelhaft und für das Land nicht passend. Sie schwatzen unter einander die Landessprache, und die Eltern verstehen nicht recht, was sie schwatzen, und jene können also ungestraft vor diesen Geheimnisse hegen. Die englische Sprache insbesondere ist so leicht auszusprechen und zu handhaben, und die deutsche so schwer, dass die Kinder vor dieser eine leicht begreifliche Abneigung bekommen. So geht die häusliche Erziehung zu Grunde; das Band, welches die zweite Generation an die angestammte nationale Sitte, Literatur und Moralität knüpfen sollte, löst sich. Unter der hartarbeitenden Klasse — und dazu liefern die deutschen Einwanderer einen hervorragenden Antheil — hat auch die Jugend wenig Gelegenheit, die Landessprache und deren bessere Literatur gründlicher kennen zu lernen. Ihr ganzer Wortschatz pflegt sich auf ein halbes Tausend der unentbehrlichsten Ausdrücke der Landessprache zu beschränken, und der Mangel an häuslicher Erziehung macht sie lernfaul und bildungsscheu, vorwitzig und roh, so dass ihnen auch aus späterem Erwerb von Wohlstand keine Fähigkeit zur Selbstfortbildung entspringt. Der Engländer und Irländer pflegen in den Kolonien geistig und sittlich sich mit jeder Generation zu heben; die Deutschen pflegen in dieser Hinsicht zu sinken. Die Erkenntniss dieser Nachtheile hat hier in Amerika die Deutschen frühzeitig das Hülfsmittel abgesonderter kleiner deutscher Kolonien erfinden lassen. Allein da die zweite Generation doch weiter wandert, um die „offenbare Bestimmung" der Kolonisation von ganz Amerika zu erfüllen, und da der erste Schritt aus der deutschen Kolonie hinaus sie schon in die Mischbevölkerung hineinführt, so geht wenigstens die dritte oder vierte Generation dem Deutschthum verloren. Und die Zahl der so anglisirten Deutschen übertrifft die der Deutschgebliebenen und beträgt vielleicht sieben Millionen. So hören also die Deutschen auf, eine kulturgebende Nationalität zu sein; sie verschwinden fast spurlos unter der Mischlingsmasse, und ihre nationalen Vorzüge kommen nur sehr selten wieder zum Vorscheine.

Indem wir nun zur Betrachtung der Auswanderungsfrage vom

sozialen Gesichtspunkte aus kommen, müssen wir uns erinnern, dass der heutige Sozialismus wesentlich ein deutsches und französisches Geistesprodukt ist. Die Beiträge dazu, welche andere Nationen geliefert haben, sind nicht originell, sondern theilweise entlehnt von den Franzosen und Deutschen. Mehr noch: die letztgenannten beiden Nationen sind Kosmopoliten, wie keine andere — die Deutschen sind es durch ihre bessere Schulbildung, ihr logisches Denken und ihren Mangel an Nationalstolz; die Franzosen durch ihre Bonhommie und ihr Gleichheitsgefühl. Somit ist auch der Sozialismus der Deutschen und Franzosen kosmopolitisch, der aller übrigen Nationen und Völker national und einseitig. Bei den Slaven ist er stark anarchistisch gefärbt, bei den Angelsachsen und Skandinaviern kapitalistisch und auf ausschliessliche Gewerkschaftelei versessen, bei den südlichen Romanen blind revolutionär und unwissenschaftlich — natürlich mit vereinzelten Ausnahmen überall, und so, dass diese Verschiedenheiten sich allmälig ausgleichen.

In den Kolonien aber hört diese Ausgleichung eher auf, als dass sie zunähme. Die vorwaltende, kulturgebende Nationalität — und das ist die angelsächsische — betreibt also gewerkschaftlichen Sozialismus, studirt nicht den wissenschaftlichen deutschen, treibt sich fort und fort in den Irrthümern der Manchesterlehre herum, stellt an den Staat immer nur eine Reform-Forderung auf einmal, verabscheut sogar den Namen „Sozialisten“ und „Kommunisten“, will nichts hören von einer besonderen sozialistischen Partei und steckt damit jenen Theil der Deutschen und anderen Europäer an, welcher nicht selbstdenkend genug ist, um sich auf eigene Füsse zu stellen. Das Merkwürdige dabei ist nur, dass in Amerika auch das englische Gewerkschaftswesen nicht recht gedeihen will, wovon später.

Eine andere angelsächsische Eigenthümlichkeit ist die Scheu vor aller Revolution, vor aller durchgreifenden und folgerechten politisch-sozialen Neuerung. Nicht als wenn es den Angelsachsen an Fähigkeit dazu gebräche; denn sie haben ja zwei Revolutionen in England gemacht (1640 und 1688) und eine in Amerika (1776), wenn man nicht die Sklavenhalter-Rebellion (1861) eine zweite nennen will. Aber die bourgeoisistische Erziehung hat die Angelsachsen so sehr an den Gedanken gewöhnt, dass die Briten das freieste Volk der Erde seien und in der Politik nichts von anderen Nationen zu lernen haben und die Bestimmung zur Weltherrschaft und Weltausbeutung fühlen müssen, dass der revolutionäre Geist ihnen allmälig verhasst worden ist. Es ist hochkomisch, einen angelsächsischen Proletarier, der seines Arbeitgebers Lohnsklave ist, gegen den „Agrarianismus“ losziehen zu hören, oder einen Kleinfarmer, welcher nächstens sein Anwesen an den Pfandgläubiger, der ihm 12—24 Prozent jährlich auspresst, verlieren muss, gegen den „Kommunismus“, oder einen Ladendiener, der einen 15stündigen Arbeitstag hat, gegen die „Demagogie der Sozialisten“, oder einen Gewerkschaftler, der bei jeder Wahl seine Stimme und die seiner Freunde verkauft, gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten und Nihilisten“.

Die Heuchelei ist dieser Nationalität so sehr zur anderen Natur geworden, die Anbetung der Autoritäten und des Herkommens so in's Blut vererbt, die wechselseitige Selbstbewunderung so sehr ein Bedürfniss, dass die Bourgeois-Herrschaft sehr leicht auszuüben geht. Religiöser Unglaube ist dem Angelsachsen mit politischer Servilität, sozialistische Freigeisterei mit Pfaffenverehrung und Buchstabenglauben ganz verträglich. Und so könnten die sozialen Zustände noch ein Jahrhundert bleiben, wie sie sind, wäre die Nachäffung alles englischen Wesens nicht.

Wir schreiben nicht für Nichtsozialisten. Wir setzen voraus, dass unsere Leser die soziale Aufgabe am Herzen haben und mit helfen wollen, sie zu lösen. Sie sollen also wissen, dass dies in Kolonien weit schwerer gemacht ist, als in der Heimath. Die soziale Propaganda stösst hier zwar auf ein ganz gleiches Hinderniss — den Kapitalismus. Aber sie stösst zugleich auf ein neues und unerwartetes Hinderniss, welches gewaltig schwer zu überwinden ist — auf eine vorherrschende Nationalität, welche eine andere Sprache redet, die der Einwanderer erst genügend erlernt haben muss, ehe er propagandiren kann; auf eine demokratische Staatsverfassung, welche ihre langjährige Parteigeschichte hat, in die man eingeweiht sein muss, um den Denkstandpunkt der hiesigen Arbeiterbevölkerung zu begreifen und zu wissen, wie man an ihn anknüpfen und ihn fortbilden soll; auf den Aberglauben an die Vorzüglichkeit dieser Verfassung gegen alle anderen und auf die Unbekanntschaft des Volkes mit der europäischen politischen Geschichte und die Unfähigkeit desselben, sich in die politischen Erkenntnisse der Europäer hineinzudenken. Sie stösst auf nationalen, religiösen und gesellschaftlichen Widerwillen und die damit verbundenen Vorurtheile gegen die Eingewanderten vom Festlande Europas. Sie stösst auf die Nothwendigkeit, sich auf die politische Kampfesweise der Eingebornen bis zu einem gewissen Grade einzulassen und sie sehr langsam und schrittweise in unsere Volkswirthschaftslehre einzuweihen. Sie stösst auf ganz abgefeimte politische Parteigauner, welche das Volk am Gängelbande leiten, den herrschenden Vorurtheilen schmeicheln und den Leuten einbilden, sie regierten sich selbst, während sie nur regiert werden. Sie stösst auf eine wahre Schafsgeduld der Stimmgeber, welche sich immer auf's Neue mit nicht ernstlich gemeinten Versprechungen hinhalten und betrügen lassen, und auf die unselige Gewohnheit der unabhängigeren Stimmgeber, von der einen der beiden alten, aber gleich nichtswürdigen Parteien zur anderen überzuspringen, wenn es die herrschende zuweit getrieben hat, weil jede neue dritte Partei beargwöhnt wird, dass sie im Dienste einer der beiden alten stehe und ausverkaufen wolle, wenn es zur Wahl geht.

Die Unehrlichkeit und Heuchelei in der Politik ist so gross, dass auch die Eingewanderten, welche dies nicht gewohnt waren, gegen ihre Landsleute misstrauisch werden und sich nach einer Anzahl Enttäuschungen von aller politischen und gewerkschaftlichen Bethätigung zurückziehen, weil jeder Reformversuch bisher zu Wasser

wurde. Es kommt hinzu, dass die Lohnarbeiter oft ihren Aufenthalt und ihre Arbeitsgelegenheit wechseln, ja ganz ungewohnte Berufe ergreifen müssen, was ja auch einen grossen Theil der Mittelklasse trifft, so dass man sagen darf, ein Zehntel des Volkes sei stets auf Reisen oder auf der Suche nach Arbeit und Brot. Der Kampf um das Dasein wüthet so heftig, dass wenig Zeit und Kraft zum Kampfe um soziale Reform bleibt. Die Zahl der entmuthigten und zurückgezogenen Genossen unserer Partei ist weit grösser als die der treugebliebenen, obwohl zu hoffen steht, dass bei passender Gelegenheit alle wieder in Reih' und Glied treten werden.

Und zu alledem nun tritt hinzu, dass der eingeborne und eingewanderte angelsächsische Volksbestandtheil und die von ihm beeinflusste sonstige Einwandererschaft aus Ueberzeugung kapitalistisch denken, weil sie bis vor Kurzem — sage bis zum Jahre 1873 — eigentlich nicht grösseres Elend gekannt haben und das seitdem rasch zugenommene Elend für vorübergehend halten. Die Erfahrung hat sie gelehrt, dass hier Jedermann früher durch Fleiss und Sparsamkeit wirklich ein kleinerer oder grösserer Kapitalist werden konnte, weil das Land unglaublich reich an Naturschätzen und Hülfsmitteln ist, und dass also früher die meisten Proletarier es durch eigene Schuld waren.

Gegen diese Erfahrung, welche auch der Ausbreitung der Gewerkschaften arg im Wege steht, helfen vernünftige Gründe nur wenig. Die grosse Mehrzahl der Arbeiter sind Manchesterleute, glauben an den Kapitalismus, denken ernstlich, dass Jedermann ein Kapitalist sein oder werden könne, so lächerlich dies auch ist; und wenn sich die Geschäfte bessern, wie dies seit Mitte 1879, infolge guter Ernten zur Zeit schlechter europäischer, vorübergehend der Fall ist, so tritt sofort der Aberglaube wieder in seine Geltung ein, dass es hierzulande keine Klasse und Klassenherrschaft und Lohnknechtschaft gebe, dass hier der Kapitalismus berechtigt und der Sozialismus unmöglich sei. Der beste Beweis dafür, dass wir nicht übertreiben, liegt darin, dass die Kinder der eingewanderten Sozialisten mit seltenen Ausnahmen keine Sozialisten mehr sind.

Nun ist es zwar unläugbar, dass unsere Partei-Anschauungen und -Bestrebungen sich ausbreiten, wie die Folgen des kapitalistischen Grossbetriebes überhand nehmen, — und nirgends entwickelt sich derselbe so reissend schnell wie hier. Aber der Gedankenfortschritt der Massen ist ebenso unläugbar viel langsamer als die Verarmung der Massen. Es fehlt viel zu sehr an Mitteln der Propaganda, und es fehlt — an Verfolgung der Partei durch die feindlichen Mächte. Mit vereinzelten Ausnahmen ist die Press-, Rede- und Versammlungs-Freiheit und das allgemeine Stimmrecht noch nicht verwehrt oder bestraft worden, oder wo das geschehen ist, wie bei den Negern im Süden und in einzelnen Fabrikgegenden des Nordens, da hat das viel zu wenig Unwillen erregt. Die Kapitalistenpresse verschweigt die Thatsachen, und die Arbeiterpresse ist zu wenig verbreitet. In den Legislaturen sitzen noch ganz wenige Arbeiter, und die Vergewaltigungen der Menschenrechte kommen kaum zur Sprache, oder es

macht die eine der alten Parteien „politisches Kapital“ daraus gegen die andern, so dass sie einander nichts vorzuwerfen haben, sondern sich mit dem lieblichen Grundsatz trösten: „Schlägst Du meinen Juden, schlag' ich deinen.“ Es ist bezeichnend, dass wir — in diesem „freiesten Lande der Welt“ — noch kein Haftpflichtgesetz, keine Fabrikinspektoren und, mit Ausnahme weniger Grossstädte, keine Sanitäts-Inspektionen und keine durchgeführte allgemeine Schulpflicht haben, sowie auch das Achtstundengesetz für Arbeiter in Unionswerkstätten, das Zehnstundengesetz einiger Staaten und die Gesetze gegen industrielle Kinderarbeit und Verwahrlosung der Maschinen, Minen und Dampfkessel blos auf dem Papiere stehen, und eine Arbeits-Statistik nur in vieren von 38 Staaten besteht, welche obendrein im Staate Massachusetts absichtlich und empörend gefälscht wird.

Kurz, wir sind in sozialistischem Fortschritt weit hinter Europa zurück, und es wäre Sanguinismus, zu erwarten, dass dies eher anders werden könne, als bis Europa, besonders Grossbritannien, dessen Nachtreter und Affen unsere Bevölkerungen in jeder ideellen Hinsicht sind, uns einige neue grosse aufregende Beispiele geliefert haben wird. Und so entsteht denn für europäische Sozialisten, welche auswandern wollen, die bedenkliche Frage, ob sie es sollen, wenn sie in der Kolonie-Heimath so wenig Aussichten haben, einerseits ihre materielle Lage genügend zu verbessern und ihren Nachkommen ein wirkliches neues Vaterland zu schaffen, andererseits an der Verbesserung der sozialen Lage hier erfolgreich mitzuwirken. „Man sieht wohl die Spuren, welche zahlreich in die Höhle des Löwen hineinführen, aber keine, welche wieder herausführen.“ Es ist schlimm, dass der Proletarier kein Vaterland hat, noch haben kann; aber es ist schlimmer, sein Volksthum und seine Ideale in der Fremde verlieren zu müssen, anstatt sie in der Heimath bewahren zu können, solange man da aushalten kann.

Unter diesen Umständen wird ein Sozialreformer wie J. Jak. Holyoake, der in England eifrig für Kolonisation englischer Arbeiter in Amerika wirkt, zum schlimmsten Feinde des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Er hat sich mit englischen und amerikanischen Kapitalisten in Verbindung gesetzt; jene liefern Geld, diese Geld und Stellennachweis (es sind meistens Fabrikanten, welche billige Lohnsklaven brauchen); er hat auch einzelne der englischen Gewerkvereine beeinflusst, Geldbeiträge an auswanderungslustige Arbeiter zusammenzuschiessen. Er hat die Dampfschiff-Kompagnien gewonnen, Auswanderer zu den wohlfeilsten Raten zu befördern. Er hat in dieser Weise die Auswanderung so organisirt, dass Tausende der hülfsbedürftigsten Arbeiter, besonders Seidenweber aus Smithfield, Macclesfield und Coventry, nach Amerika auszuwandern befähigt worden sind. Die Stadt Paterson, N. J., allein hat Tausende der letzteren seit Kurzem einwandern sehen. Er hat ohne Frage in dem guten Glauben gehandelt, das Loos derselben sehr zu verbessern und zugleich die Löhne der Nichtauswandernden zu steigern, indem das

Angebot von Webern vermindert wurde. Die Erfahrung hat dagegen schon gelehrt, wie sehr er sich verrechnet hat. Diese Einwanderer haben sofort die Seidenweberlöhne so stark herabgedrückt, besonders weil sie taub gegen alle Ermahnungen waren, ihrer Gewerkschaft beizutreten, dass sie bei den hiesigen theuren Lebensmittelpreisen nicht besser daran blieben, als sie in England es gewesen waren, und jetzt schaarenweise mit den gemachten Ersparnissen nach England zurückkehren. Die Farmer und Farmarbeiter, denen er zur Auswanderung nach West-Kanada verholfen hat, fanden das Ausroden der Urwälder so beschwerlich, dass sie ihr Land im Stiche liessen und in die nordwestlichen Prairien zogen, wo eine andere Schwierigkeit sie erwartet, der Mangel eines vortheilhaften Marktes für Ackerbau-Erzeugnisse. Die importirten Kohlengräber fanden, als sie nach Pennsylvanien kamen, dass die dortigen 30,000 Kollegen seit lange blos halbe Zeit im Jahre oder im Monate arbeiteten, und dass sie importirt waren, um die höchst nothdürftigen Einnahmen derselben noch weiter herabzudrücken. Und so mit den meisten dieser importirten Lohnsklaven. Die Gewerkschaften und unsere Parteimitglieder hatten eben angefangen, ihre seit sechs Nothjahren unter die Hälfte der früheren Höhe herabgesunkenen Löhne durch wohlorganisirte Ausstände um 10, 15 bis 20 Prozent zu steigern, als die ungeheuere diesjährige Einwanderung begann und in den industriellen Mittelpunkten nahezu 100,000 Arbeitsucher ablagerte, (die übrigen 200,000 sind in den fernen Westen zum Ackerbau abgegangen, wo sie ein theures Lehrgeld werden bezahlen müssen, falls sie nicht bei wahren Freunden Unterkommen finden). Es leuchtet doch wohl ein, dass auf diese Weise die Arbeiterbewegung, welche endlich aufzuleben begann, in's Stocken gebracht werden muss, die Gewerkschaften und die Parteiorganisation, ohne welche die Kapitalisten allmächtig sind, zu Grunde gehen müssen!

Man stelle sich das Elend dieser Massen neuer Einwanderer vor, welche nach Zerstörung der Arbeiterorganisationen, die bisher die Lebenshaltung nothdürftig auf menschenwürdiger Höhe hielten, der Ausbeutung hülflos preisgegeben und bald genug so arbeitslos sein dürften, wie es sechs Jahre lang eine Viertelmillion der unsrigen waren, welche Landstreicher werden mussten! Sie sprechen meist nicht die Landessprache, sie kennen nicht die Verhältnisse, keine milden Herzen haben Einsicht mit ihrer Noth, harte Gesetze gegen die Landstreicher verdammen sie zur Arbeitshausstrafe. Da kommen sie in die verworfenste Gesellschaft, unter das Gesindel aller Nationen, — von dort aus ist kaum noch eine Rettung für sie.

Jawohl ist die Auswanderung ein soziales Hülfsmittel; aber um das zu sein, wird wohlwollende staatliche Fürsorge vorauszusetzen sein und ein — mindestens zu Anfang — kommunistisches Verfahren, unter welchem die ersten Schwierigkeiten neuer Kolonien leicht überwunden zu werden pflegen und hierzulande oft überwunden worden sind. Davon aber ist zur Zeit so gut wie nichts in den Vereinigten Staaten vorhanden.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung.

Bekanntermassen ist das schweizerische Fabrikgesetz das weitestgehende von allen europäischen, ein Umstand, welcher den Schweizer Fabrikanten höchst unangenehm ist. Sie jammern über die Konkurrenz des Auslandes, der sie erliegen müssten, weil das Fabrikgesetz die Ausbeutung der Arbeiter nicht in gleichem Maasse erlaube, als sie im Auslande geübt werde; sie zetern namentlich gegen den elfstündigen Normalarbeitstag und haben bereits eine rührige Agitation gegen diese verhasste Bestimmung begonnen. Die Schweizer organisirten Arbeiter antworteten auf diese mit einer energischen Erklärung zu Gunsten des Fabrikgesetzes und mit der Forderung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung. „Erscheint Euch die Konkurrenz des Auslandes übermächtig", rief man den Fabrikanten zu, „gut, dann trachtet darnach, Eure Stellung zu verbessern, aber nicht dadurch, dass Ihr uns mehr ausbeutet, sondern dadurch, dass Ihr Euch bemüht, dass die Ausbeutung der Arbeiter in den Nachbarstaaten eine geringere werde."

Dies erscheint auch uns das richtige Vorgehen gegenüber dem Gejammer einer Schädigung der Industrie durch zu grosse Beschränkungen zu Gunsten der Arbeiter, und es ist in der That die Idee einer internationalen Arbeitsgesetzgebung eine sehr glückliche zu nennen. Dies gilt nicht nur für die Schweiz, sondern auch für alle anderen Industriestaaten, ja für diese in um so höherem Grade, je schlechter ihre Arbeitsgesetzgebungen sind. Um so grösserer Verbesserungen sind ja dieselben bedürftig, um so grösser auch der Widerstand, den sie zu überwinden haben, und um so mehr ist es nothwendig, denselben durch die Internationalität der Gesetzgebung zu brechen. Die Schweizer erheben die Forderung einer internationalen Fabrikgesetzgebung hauptsächlich, um ihre bereits bestehenden Gesetze zu schützen. In den anderen Staaten muss man sie erheben, um zu besseren Gesetzen zu gelangen, da die bestehenden ganz ungenügend sind.

Dass der Schutz der Arbeiter in jeder Beziehung, der Schutz vor Ueberarbeit, vor der Konkurrenz der eigenen Frauen und Kinder, der Schutz vor gewerblichen Vergiftungen, die Haftpflicht des „Arbeitgebers" etc. Forderungen sind, deren Durchführung unumgänglich nothwendig ist, brauchen wir den Lesern des „Jahrbuches" nicht erst

nachzuweisen. Ohne solche Arbeiterschutzgesetze greift die moralische und physische Entartung in den Arbeiterkreisen immer mehr um sich; die Kinder, der Obhut der Mutter entzogen, die in der Fabrik arbeiten muss, verwahrlosen und verkommen um so leichter, da sie schon im Mutterleibe mit den Keimen des Siechthums behaftet wurden. Von geistiger Thätigkeit und einem regen Interesse an Dingen, welche ausserhalb des engsten Gesichtskreises liegen, ist bei Menschen, welche todtmüde von der Arbeit kommen und, sobald sie ein wenig geruht, wieder in das Joch müssen, keine Rede.

Aber nicht nur die Humanität und das Interesse am Fortschritte der Menschheit, zwei Dinge, die heutzutage gar spärlich gesät sind, (die früheren Zeiten waren übrigens nicht besser daran), sondern auch das selbstische ökonomische Interesse verlangen dringend eine internationale Arbeitsgesetzgebung, da eine solche auf nationaler Grundlage die ihr gestellte Aufgabe unmöglich lösen kann: die Beseitigung oder wenigstens Abschwächung der Ueberproduktion.

Die Ueberproduktion ist eine doppelte, eine akute und eine chronische. Neben der akuten, welche durch die Planlosigkeit der Produktionsweise erzeugt wird und die sich nach Marx in Perioden von ungefähr zehn Jahren regelmässig wiederholt, geht eine chronische einher, ein schleichendes Uebel, das unmerklich weiter greift und den Gesellschaftskörper zerfrisst, ohne dass man im Geringsten daran denkt, dem Siechthum Einhalt zu thun, dessen Gründe man ganz wo anders sucht. Dieses Uebel wird naturnothwendig durch die dem kapitalistischen Produktionsprozess immanenten Gesetze erzeugt, und es würde die vereinigten Anstrengungen sämmtlicher Industriestaaten erfordern, wollte man es nur einigermassen eindämmen: beseitigen kann man die chronische Ueberproduktion erst durch Abschaffung des Lohnsystems, dessen Konsequenz sie ist. Sobald der Arbeitslohn durch den Arbeitsertrag ersetzt wird, ist die chronische Ueberproduktion zur Unmöglichkeit geworden. Sie wird nämlich dadurch erzeugt, dass die Maschine auf der einen Seite die Produktivität der Arbeit in's Ungeheure vermehrt, auf der anderen Seite aber die Konsumtionsfähigkeit des Volkes auf's tiefste herabdrückt, indem sie Arbeiter überflüssig macht, Kleingewerbtreibende und Bauern in Lohnproletarier verwandelt und die Konkurrenz von Frauen und Kindern ermöglicht. Der Konkurrenzkampf zwingt die Fabrikanten dazu, die Ueberproduktion auf diese Weise stetig zu vermehren, ja, die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise schlagen schliesslich in eine so furchtbare Narrheit um, dass der Unternehmer die Ueberproduktion um so mehr vergrössern muss, je grösser sie ist. Mit der Ueberproduktion wächst die Tendenz zur Ueberproduktion in geometrischer Progression. Je mehr die Magazine mit Waaren gefüllt sind, desto mehr ist der Fabrikant gezwungen, billig zu produziren, weil er nur durch grösste Billigkeit seiner Waaren einen Absatz derselben erzielen kann. «Niedere Löhne, lange Arbeitszeit!“ Dies Geschrei der Fabrikanten ertönt um so lauter, je mehr die Ueberproduktion um sich greift.

„Hohe Löhne, kurze Arbeitszeit,“ dass sollte die Parole derjenigen sein, welche die Ueberproduktion bekämpfen, denn das bedeutet Vermehrung des Konsums und Einschränkung der Produktion. Nur Arbeitsgesetze können dies Resultat erreichen, Gesetze, welche die Arbeitszeit verringern, die Konkurrenz von Weib und Kind beseitigen und die Sorge für den verunglückten Arbeiter von dessen Familie ab auf den Unternehmer wälzen. Solche Arbeitsgesetze werden aber ihr Ziel nicht erreichen und das Gegentheil dessen bewirken, was sie bewirken wollen, wenn sie national bleiben. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Ländern würde blos dahin führen, die mit guten Arbeitsgesetzgebungen versehenen zu ruiniren, diese Konkurrenz muss also ebenfalls beseitigt werden, und dies ist nur möglich durch eine internationale Arbeitsgesetzgebung.

Alle, welche wollen, dass der Arbeiter ein gesunder, denkender Mensch sei, Alle, welche die rapide Zunahme von Noth und Elend wenigstens einigermassen eindämmen wollen, sie Alle haben die Verpflichtung, für eine internationale Arbeitsgesetzgebung einzutreten.

„Aber,“ wird mir ein radikaler Sozialdemokrat antworten, „zersplittern wir nicht durch eine derartige Agitation unsere Kräfte? Werden die Arbeiter nicht, wenn sie etwas erlangt haben, sich mit dem zufrieden geben und uns, wenn wir weitergehen wollen, im Stiche lassen? Wird die internationale Arbeitsgesetzgebung nicht ein Hemmniss der sozialen Entwicklung, indem sie in dem Arbeiter die, freilich fruchtlose, Hoffnung erweckt, er könne noch unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen?“

Denjenigen, der so fragt, kann man auf die Erfahrung verweisen, welche lehrt, dass die Besserstellung des Arbeiters nie ein Hinderniss, sondern vielmehr stets eine Vorbedingung seiner weiteren Emanzipation war. Man blicke nur auf die letzten Jahre. Der wirthschaftliche Aufschwung hat nicht verhindert, dass die Arbeiterbewegung mit einer Schnelligkeit anwuchs, welche ihre Gegner erschreckte. Die wirthschaftliche Krise hat dagegen nicht die Resultate gehabt, die viele von ihr erhofften. Es erfüllte sich nicht, dass die Noth die Massen dem Sozialismus in die Arme treiben, dass die Verzweiflung die Wucht unserer Emanzipationsbestrebungen unwiderstehlich machen werde. Wenn die Sozialdemokratie auch unter der Herrschaft der Krise Fortschritte machte, so geschah dies trotz derselben und nicht durch sie. Die Krisis hat uns eine Menge Elemente unzugänglich gemacht, die sonst zu unserer Fahne gestossen wären.

Es ist dies auch ganz natürlich. Wenn die Löhne knapp sind, da gibt's der Sorgen genug, um Brod für Weib und Kind zu beschaffen, da bleibt kein Pfennig zur Selbstbildung und Aufklärung übrig. Man hat auch weder Zeit noch Lust dazu, angesichts der überlangen, geisttödtenden Arbeit. Alles Selbstvertrauen geht verloren, wenn der Andrang der Reservearmee es dem Unternehmer

ermöglicht, jeden Unfügsamen auf's Pflaster zu werfen; Muth und Begeisterung schwinden dahin.

Eine internationale Arbeitsgesetzgebung hindert ebensowenig das weitere Fortschreiten der Arbeiterklasse, als es siegreiche Strikes thun. Im Gegentheil. In noch viel grösserem Maasse, als die einzelnen Lohnkämpfe, muss die Agitation für Gewährung eines internationalen Arbeitsrechtes in den Massen das Gefühl ihrer Solidarität erwecken. Sie muss die Indifferenten aufrütteln, da es sich um naheliegende wirthschaftliche Interessen handelt, und muss ihnen zeigen, dass die Theilnahme am politischen Leben keine blose Spielerei sei, die man den Leuten überlassen könne, die Zeit und Geld dazu haben, sondern dass sie Brod bedeute.

Dies die Vortheile der Agitation. Ebenso gross sind diejenigen, welche die Erreichung des Zieles für die Emanzipation der Arbeiterklasse mit sich bringt. Haben wir eine internationale Arbeitsgesetzgebung, welche den Arbeitstag erheblich einschränkt, der Kinderarbeit ein Ende macht, die Frauenarbeit auf ein Minimum reduzirt, so werden die Löhne steigen, die Zahl der überflüssigen Arbeiter wird sich verringern — der Arbeiter wird wieder Selbstvertrauen bekommen, das er schon verloren hat, er wird wieder Opfer im Interesse der sozialen Entwicklung bringen können, er wird Zeit und Musse haben, sich zu bilden und sich über seine Pflichten und Rechte klar zu werden. Heute sind in breiten Volksschichten alle Bestrebungen, ausser nach Branntwein und Geschlechtsgenuss, erstorben, dann erst wird es möglich sein, das Bewusstsein ihrer Menschenwürde in diesen zu erwecken. Ganz richtig handelte der „internationale Arbeiterkongress“, der im September 1866 in Genf tagte, als er auf den Vorschlag des Londoner Generalrathes hin beschloss: „Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müssen .... Wir schlagen acht Arbeitsstunden als legale Schranke des Arbeitstages vor.“

Aber auch abgesehen von diesen agitatorischen Vortheilen, bietet die internationale Arbeitsgesetzgebung solche, die uns nicht gleichgültig lassen dürfen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei der Menschenliebe, und sie muss sich dieses ihres Charakters stets bewusst bleiben, selbst mitten im wüthendsten politischen Kampfe. Sollte sie nun unthätig abseits stehen, wo es gilt, Hunderttausenden die Thränen zu trocknen, die ihnen das Elend erpresst, Hunderttausende von zarten Kindern dem Siechthum zu entreissen, Hunderttausende von Müttern ihren Familien wieder zu geben, Hunderttausende von Mädchen vor der Schande zu bewahren?

Freilich nützt eine internationale Arbeitsgesetzgebung nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Fabrikanten derjenigen Staaten, in denen bessere Arbeitsgesetze bereits bestehen. Dies wird jedoch keinen Vernünftigen abhalten, für eine solche Arbeitsgesetzgebung einzutreten. In England waren es auch die Unternehmer der ge-

schützten Industriezweige, welche am lautesten die Ausdehnung des Schutzes auf die anderen Branchen verlangten. Deswegen war diese Ausdehnung doch ein weiterer Schritt zu Gunsten der Emanzipation der Arbeiterklasse.

Wir haben auch gesehen, dass die Schweizer Arbeiter sich durch solche Rücksichten nicht im Mindesten abhalten liessen, für eine internationale Arbeitsgesetzgebung einzutreten, wie mehrfache Kundgebungen derselben beweisen. Eine im Juli d. J. abgehaltene Delegirtenversammlung des sozialdemokratischen Arbeiterbundes erklärte einstimmig, für eine solche einzutreten. Auch der halbsozialistische Grütliverein hat sich mehrfach zu Gunsten derselben ausgesprochen, die Agitationen für sie haben bereits begonnen und auch schon einen Erfolg zu verzeichnen: Der Kantonsrath von Graubündten hat sich für eine internationale Arbeitsgesetzgebung erklärt.

Desgleichen werden uns aus Belgien und Italien Kundgebungen gemeldet, welche eine internationale Arbeitsgesetzgebung verlangen, in Frankreich wurde bereits auf dem Lyoner Arbeiterkongress 1877 diese Forderung gestellt, und in Deutschland, wo die Arbeiter mundtodt sind, hat mindestens eine unabhängige sozialwissenschaftliche Zeitschrift, die in Leipzig (Verlag von Koschny) erscheinenden „Staatswirthschaftlichen Abhandlungen“ in einer Reihe von Artikeln die Nothwendigkeit eines derartigen Arbeitsrechtes dargethan.

Aber diese Kundgebungen dürfen nicht isolirt und ohne Zusammenhang dastehen. Es ist nothwendig, dass die Sozialreformer und Proletarier aller Länder gleichzeitig in imposanten Manifestationen darthun, dass sie eine internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse verlangen.*) Wie oft ertönte schon der Ruf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Er hatte nicht den gewünschten Erfolg, weil die Ziele der Proletarier nicht in allen Länder die gleichen und ihre politischen Institutionen zu verschiedenartige sind. Aber eine internationale Arbeitsgesetzgebung ist der Boden, auf dem alle Proletarier, ob russische Sozialisten oder englische Gewerkvereinler, ob Mitglieder der freien Schweiz oder des geknechteten Deutschland, sich finden können, sie ist das beste Mittel, die Solidarität des Proletariats zur Wahrheit zu machen. Die ökonomische Entwicklung erzwingt überall die Durchführung derselben Forderungen, eine internationale Arbeitsgesetzgebung ist daher für alle Proletarier gleich nothwendig, mögen sie noch so gemässigt oder noch so radikal sein — ausser wenn die beiden Extreme sich zur Verrücktheit steigern. Die Forderung einer internationale Arbeitsgesetzgebung ist aber auch

*) Alle Jene, welche sich für eine internationale Arbeitsgesetzgebung interessiren oder Schritte zu deren Gunsten zu unternehmen wünschen, werden ersucht, sich mit der Redaktion des „Jahrbuches für Sozialwissenschaft“ (per Adresse der „Volksbuchandlung“, Hottingen-Zürich) in Verbindung zu setzen. Die Angelegenheit ist so hoch wichtig, dass wir ihr unsere ganze Aufmerksamkeit widmen wollen.

eine solche, die in keinem Lande als „staatsgefährlich“ erklärt werden kann. Und darum ist es unsere heilige Pflicht, für ein Mittel einzustehen, welches die zu lang entbehrte Internationalität des Proletariats endlich zur Wahrheit machen kann. Eine internationale Arbeitsgesetzgebung ist das Banner unter welchem die Proletarier zur Erkenntniss ihrer internationalen Solidarität gelangen werden. In hoc signo vinces!

Rezensionen.

G. Stille. Der Neo-Malthusianismus, das Heilmittel des Pauperismus. Berlin, Luckhardt. 1880. VI und 82 S.

Herr Dr. Stille ist für die Leser des „Jahrbuches“ kein Fremdling mehr; bereits in der ersten Hälfte des ersten Jahrganges wurde ein Buch von ihm, „Die Bevölkerungsfrage in ihrer Beziehung zu den sozialen Verhältnissen“, besprochen. Eine willkommene Ergänzung desselben bietet vorliegende Broschüre. Es ist weniger eine Darlegung des Einflusses des Bevölkerungsgesetzes auf die sozialen Verhältnisse, wie seine erste Schrift. Unser Hauptinteresse nehmen vielmehr die historischen und physiologischen Exkurse in Anspruch: der Abriss von Malthus Leben, die Entwicklung der Bevölkerungstheorie und die Entstehung und Thätigkeit der „Malthusian league“, in London einerseits, andererseits der Bericht über den internationalen medizinischen Kongress in Amsterdam. Nur die Kapitels 5, 6 und 7 sind ausschliesslich sozialökonomischen Inhalts. Das zweite derselben führt den bezeichnenden Titel: Malthus' Lehre als Erretterin des Bauernstandes; in dem letzteren ist dieselbe als Erretterin des Arbeiterstandes angeführt. Der Standpunkt, den Herr Stille in diesen Kapiteln einnimmt, ist unserer Ansicht nach ein wenig zu einseitig prononzirt, wenn er behauptet, dass die zu grosse Volksvermehrung die eigentliche Ursache des Pauperismus sei, und dass die Verminderung des Angebotes von Arbeit die Grundbedingung der Lösung der sozialen Frage sei.

Es ist vollständig richtig, wenn Herr Stille anführt, dass die fortgesetzten Abfindungen von Miterben einen Hauptfaktor der zunehmenden Verschuldung des Bauern ausmachen. Aber doch nicht den einzigen; es gibt manche, ebenso stark, ja noch stärker wirkende. Da ist z. B. das amerikanische Getreide. Vor dessen Konkurrenz kann man sich nicht schützen, ausser wenn man die Industrie ruinirt. Bisher steigerte jedes Missjahr die Getreidepreise und entschädigte so den Bauer für den Ausfall in der Quantität seiner Ernte. Heutzutage dagegen bewirkt eine Missernte blos vermehrten Absatz ausländischen Getreides, also den Ruin des Bauern. Noch mehrere Missernten und der Bauernstand ist vernichtet, wenn er nicht früher aus Verzweiflung sich erhebt, um die gegenwärtige Gesellschaftsordnung umzuwerfen. Ausser dem amerikanischen Getreide gibt es noch

viele andere Ursachen der Verarmung des Bauern, welche zum Mindesten ebenso stark wirken, als seine zu rasche Vermehrung. Wir können auf dieselben hier allerdings nicht näher eingehen; wir wollten blos konstatiren, dass es ausser der raschen Volksvermehrung noch andere mächtige Ursachen der Armuth gebe.

Auch der Ansicht des Herrn Stille können wir nicht beipflichten, dass „kluge Gewohnheiten in der Ehe" den Arbeitslohn heben müssten. Der Arbeitslohn kann nur ein gewisses Maximum erreichen. Sobald er darüber hinausgeht, wird es profitabel, den Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen, oder, soweit das nicht geht, durch anspruchslosere Arbeitskräfte, Weiber, Kinder, Ausländer. Italien und die slavischen Länder bergen eine Fülle billiger Arbeitskräfte, die sich augenblicklich nach dem Westen respektive Norden wenden werden, sobald sie Aussicht auf bessere Entlohnung, als zu Hause erhalten. Auch die Irländer sind stete Konkurrenten der englischen Arbeiter, welche eine Erhöhung des standard of life derselben gar sehr hindern, dazu kommt noch die Reserve aussereuropäischer Arbeitskräfte, Kulis etc. Schliesslich möge man auch nicht vergessen, dass eine Erhöhung der Arbeitslöhne denn doch noch nicht die Lösung der sozialen Frage wäre. Die Ueberproduktion würde eher zu-, statt abnehmen, wenn die Zahl der Konsumenten sich sehr verringerte.

Herr Stille selbst ist sich dessen wohl bewusst. Klar und deutlich hat er es in seiner Schrift über „die Bevölkerungsfrage" ausgesprochen: „Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass mit der Verwirklichung meiner Vorschläge nicht die gesammte soziale Frage gelöst ist; ich weiss sehr wohl, dass es noch viele und grosse Aufgaben gibt, dass namentlich eine gerechtere Vertheilung der Arbeitsmittel und der erarbeiteten Produkte unter eine auch nicht mehr zu zahlreiche Bevölkerung ein Gegenstand heftigen Streites werden kann . . . . . Habe ich nun soeben bereitwillig zugegeben, dass zur völligen Lösung der sozialen Frage noch vieles Andere gehört, als allein die Beseitigung der Bevölkerungs- respektive Uebervölkerungsschwierigkeit, so steht es andererseits für mich aber auch völlig fest, dass alle anderen wirthschaftlichen Reformen, mögen sie so vortrefflich sein, wie sie wollen, nicht zum höchstmöglichen wirthschaftlichen Wohl führen können, wenn die Bevölkerungsfrage unberücksichtigt bleibt." Diesen Standpunkt theilen auch wir, wir finden aber, dass er in der hier besprochenen Schrift nicht ausgesprochen ist, so dass derjenige, welcher die früheren Schriften Herrn Stille's nicht kennt, versucht sein könnte, zu glauben, derselbe suche in der Beschränkung der Volksvermehrung allein schon die Lösung der sozialen Frage. Es wäre im Interesse der Sache sehr erwünscht, wenn der Verfasser bei einer etwaigen zweiten Anflage seinen Standpunkt weniger einseitig malthusianisch prononziren und die nothwendige Ergänzung desselben mehr hervortreten lassen würde. In sozialistischen Kreisen würde das Büchlein dann sicher die Anerkennung finden, die es verdient.

Am physiologischen und historischen Theile haben wir nichts auszusetzen. Besonders interessant erscheint in ersterem das auf dem internationalen medizinischen Kongresse zu Amsterdam gehaltene Referat des Dr. Petithan aus Lüttich über „die Stellung, welche die Gynäkologen zu jenen sozialen Fragen einnehmen sollten, welche sich auf die Fortpflanzung

beziehen.“ Die anwesenden Pariser Aerzte, welche die grösste Erfahrung in der Sache hatten, sprachen sich einstimmig dahin aus, dass es Mittel des präventiven Verkehrs gebe, welche unschädlich seien.

In dem historischen Theile kann die Entwicklung des Malthusianismus und seine Häutung in den Neo-Malthusianismus gut verfolgt werden. Letztere ist fast ausschliesslich den Physiologen zu verdanken, die endlich begonnen haben, sich mit der so ungemein wichtigen Bevölkerungsfrage näher zu befassen. Der Neo-Malthusianismus legt denn auch dem entsprechend das Hauptgewicht auf den physiologischen Theil des Bevölkerungsproblems. Während er in sozialwissenschaftlicher Beziehung mit wenigen Ausnahmen, zu denen auch Dr. Stille gerechnet werden muss, noch auf dem überwundenen Malthus'schen Standpunkte verharrt, hat er sich in physiologischer Beziehung gänzlich von ihm losgesagt. Er erkennt wohl die fortdauernde Tendenz zur Uebervölkerung an, sucht aber die Rettung von derselben nicht in der „moralischen“ Enthaltsamkeit, wie Malthus, welche er im Gegentheil entschieden verdammt, sondern in der Anwendung des präventiven geschlechtlichen Verkehrs zur Regelung der Bevölkerungszunahme. Die Diskussion der behufs desselben anzuwendenden Mittel und die Agitation zur Anwendung derselben sind die Zwecke der „Malthusian league“. Man braucht mit ihren Gründern, den Herrn Bradlaugh etc. gerade nicht zu sympathisiren, um sie als eine für die Entwicklung der Menschheit hochwichtige Institution anzuerkennen. Herr Stille, der Vizepräsident der league, thut sein Möglichstes, um ihren Bestrebungen auch in Deutschland Eingang zu verschaffen, und ist „der Neo-Malthusianismus“ ganz diesem Zwecke gewidmet. Möge es ihm gelingen, die Vorurtheile gegen das Bevölkerungsgesetz und den präventiven Verkehr zu beseitigen. K. Kautsky.

„Unsere Armuth.“ Berlin, 1879. B. Behr's Buchhandlung.

Der Verfasser der unter obigem Titel in Berlin erschienenen russischen Broschüre, augenscheinlich ein Gutsbesitzer, versteckt sich hinter den Buchstaben R. S. T. Seine Broschüre behandelt die jammervolle Lage des russischen Bauernstandes und schlägt Mittel zur Hebung derselben vor. Diese „Mittel“ sind kapitalistisch-individualistischer, sowie prügelpolizeilicher Natur.

Das Interessanteste und Originellste an diesem oberflächlichen, ohne System und Methode mit Zitaten gefüllten Opus ist, dass es ausserhalb Russlands und ohne den Namen des Verfassers erschien. Die Originalausführungen des Herrn R. S. T. sind so loyaler Art, wie die Reden eines die „Hebung des Nationalwohlstandes“ anstrebenden Schutzzöllners. Das „Untergrabende“ in der Broschüre, die Schilderung des Elends des Bauernstandes, ist nicht Eigenthum des Herausgebers, sondern besteht in, neun Zehntel des Buches füllenden Zitaten aus in Russland erschienenen volkswirthschaftlich-statistischen Werken von Professor Janson, Fürst Wassiltschikow, aus offiziellen Publikationen etc. Allein Herr R. S. T., der rein ist von „gemeingefährlichen Bestrebungen“, will mit diesen Zitaten

uns zeigen, wie untergrabend die Freiheit wirkt. Er plaidirt in Folge dessen für Beibehaltung, resp. Wiedereinführung der Prügelstrafe und beruft sich dabei sogar auf Schopenhauer. Er verlangt für die Polizei das Recht und die Pflicht, jeden Arbeiter, der seinen Arbeitsherrn eigenmächtig verlässt, auf Verlangen des letzteren zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Die Polizei selbst — speziell die Landespolizei — sollte im Sinne der „Ordnung“ reorganisirt werden. Das in den russischen Dörfern herrschende System der Wahl der Ortspolizei durch die Gemeinde wird als einer gesitteten „Ordnung“ widersprechend von ihm bekämpft. Ein solches auf dem Prinzip der lokalen Selbstverwaltung beruhendes Polizeisystem sei schädlich, da die Behörde nicht von der Regierung, sondern von den Gemeindsgenossen abhänge, selbst wenn die Regierung — was in Russland auch der Fall ist — das Recht habe, solche Behörden abzusetzen und „provisorisch“, auf unbestimmte Zeit freilich, von sich aus die Behörden zu bestimmen. Eine aus der Gemeindewahl hervorgehende Polizeibehörde könne nicht die Ordnung aufrecht erhalten. „Welcher Schulze oder Wachtmeister — ruft Herr R. S. T. pathetisch aus — würde z. B. darauf achten, dass sein Gemeindsgenosse nicht einem an der Rinderpest gefallenen Thier das Fell abziehe!“ Würde aber die Dorfpolizei von einer Regierungsbehörde ernannt, so wäre freilich, angesichts der bekannten, unter dem russischen Beamtenthum herrschenden Diensttreue und Unbestechlichkeit, die Ordnung besser gewahrt! Ich begreife wahrhaftig nicht, warum Herr R. S. T. sein Buch nicht in Russland selbst erscheinen liess. Er könnte dort Erfolg erringen, der aber so ausbleiben muss. Der Erfolg wäre ihm in Russland sicher, da er, als „ein Mann, der einen Begriff von politischer Oekonomie hat“ und als Freund des „nicht soweit sehenden ungebildeten Bauern“, auf nicht weniger als dreizehn Zeilen die ganze Unhaltbarkeit des sozialistischen Systems nachweist und überdiess das Gefährliche der Beibehaltung des Landgemeindesystems hervorhebt, da „die Mitglieder der Landkommunen den Lehren der ihnen Vergrösserung des Bodenbesitzes versprechenden Sozialisten zugänglich sind . . .“

Die Ursachen der Armuth des russischen Bauern werden in den die Broschüre füllenden Zitaten angeführt und sind zweierlei Art: wirthschaftlich-technischer und sozialer im weiterem Sinne des Wortes. Die ersteren bestehen in der Unwissenheit des russischen Bauern, der meistens auf noch primitive rohe Weise seine Wirthschaft führt, die darum sehr wenig einträglich ist. Hauptsächlich sind es aber die sozialen Ursachen, die seine Armuth bedingen und mithin seine technische Vervollkommnung verzögern. Diese sind:

1) Die Art und Weise, wie die in den Landkommunen in Bezug auf Steuern und Loskaufzahlungen herrschende Kollektivbürgschaft von dem Gesetz normirt resp. von den Exekutivbehörden ausgenutzt wird. Da im Falle der Pfändung zunächst das Vieh genommen wird, so entsteht daraus,

2) dass die Mitglieder der Landkommunen nur im äussersten Nothfall sich Vieh anschaffen, in Folge dessen es ihnen an Arbeits- und Dungkraft mangelt.

3) Die durch äusserste Mangelhaftigkeit der Sanitätsorganisation auf dem Lande bedingte verheerende Kraft und Häufigkeit der Rinderpest. Dieser Umstand hält ebenfalls die Bauern von dem Vieherwerb ab.

4) Der den Bauern bei ihrer Befreiung aus der Leibeigenschaft zugetheilte schlechte Boden. Da nun derselbe überdies noch sehr wenig resp. gar nicht gedüngt wird, so ist sein Ertrag oft schrecklich minim; in manchen Gegenden des Nishegoroder Gouvernements z. B. deckt die Ernte nicht einmal die Kosten der Bebauung. Im Allgemeinen reicht der Ernteertrag der Bauern an Getreide nicht einmal für ihre Familien selbst aus; der russische Bauer muss in der Regel noch Brod hinzukaufen.

5) Der durch die äusserst geringe Entwicklung der Industrie bedingte Mangel an Nebenverdienst für die Bauern, die bei der Länge des russischen Winters die grösste Hälfte des Jahres beschäftigungslos sind.

6) Die von der Geistlichkeit in eigennütziger Weise geförderte Sucht nach Feiertagen. 120—130 Tage im Jahre werden von den russischen Bauern als Festtage gefeiert, ja im Nishegoroder Gouvernement sogar 148 Tage; dabei fallen auf das Sommersemester — vom 1. April bis zum 1. Oktober — von den 183 Tagen nicht weniger als 60 Feiertage!

7) Die unverhältnissmässig hohen Steuern und die schwindelhaft enorme Ablösungspflicht, welche nach den neueren Untersuchungen ausser jedem Verhältniss zu dem wahren Werth des den befreiten Leibeigenen zugetheilten Bodens steht und den Bauern thatsächlich an die Scholle bindet.

8) Die häufigen Neutheilungen der Parzellen in den Landkommunen, in Folge deren der momentane Bebauer, der nicht weiss, ob er in zwei oder drei Jahren denselben Boden noch haben wird, nicht darnach strebt, die Ertragskraft desselben für die nächste Zukunft zu erhöhen, sondern nur darnach, augenblicklich möglichst viel herauszuziehen, was den Ruin des Bodens mit sich bringen muss.

9) Die allgemeine Trunksucht, welche durch die Sorgen, die Armuth, die massenhaften Feiertage etc. unterhalten und gefördert wird.

Die unter 1) und 8) angeführten Ursachen werden von Herrn R. S. T., sowie anderen Freunden des privatkapitalistischen Systems als Waffen gegen das Bestehen der Landkommunen benutzt. Wir wollen uns daher auf diese zwei Punkte beschränken. Zunächst möchte ich noch ein paar Bemerkungen vorausschicken.

Der Boden in den russischen Kommunen ist Kollektiveigenthum der Kommuneangehörigen. Da Niemand ein Individualeigenthumsrecht auf den Kommunalbesitz hat, so ist derselbe wegen Schulden Einzelner nicht antastbar. Die Gemeinde hat überhaupt keine Bürgschaftspflichten gegenüber den einzelnen Mitgliedern. Dagegen liegt die Verantwortlichkeit wegen der Steuern nicht direkt auf den Schuldnern, sondern auf der Gemeinde. Die Bebauung des Bodens geschieht nicht kollektivistisch. Behufs Bebauung wird der Acker für die Dauer von einigen Jahren unter die einzelnen Familien nach Massgabe der Zahl der Arbeitskräfte vertheilt. Der Ertrag der Parzellen gehört den Bauern, die der Gemeinde lediglich eine bestimmte Steuer zu entrichten haben. Da die Güte des Bodens selten gleichmässig ist, so erhält jede Familie nicht eine ganze Parzelle, sondern mehrere

kleinere Stücke auf verschiedenen Stellen. Dieses System entspringt wohl dem im Volke wurzelnden Gerechtigkeitstriebe, erweist sich aber als sehr unbequem, da es die Bebauung erschwert. Während also der Bodenbesitz in der Kommune kollektivistisch ist, ist die Bebauung rein individualistisch: die Gemeinde ist lediglich Pachtherrin, die Gemeindemitglieder sind nichts als kleine Pächter, die einzeln ihre Zwergwirthschaften selbstständig betreiben, und zwar zu ihrem direkten persönlichen Schaden, sowie zum Schaden der Gemeinde in deren Gesammtheit.

Aus diesen und ähnlichen unkollektivistischen Missständen, sowie aus dem gemeinschädlichen Exekutionssystem bei Steuerrückständen ziehen viele „Volksfreunde" den Schluss, das Landgemeindesystem als solches sei die Ursache der Armuth der russischen Bauern.

In Bezug auf den Ruin der Bauernwirthschaft durch die herrschende Art und Weise der Eintreibung der Steuerrückstände gibt Herr R. S. T. selbst zu, dass die Kollektivbürgschaft als solche dies keineswegs bedingt. Er schlägt selbst vor, ein anderes in einigen Distrikten jetzt schon herrschendes Eintreibungssystem auf ganz Russland auszudehnen. Nach diesem System wird im Fall der Steuerrückstände ein Theil des Kommuneackers, der jedoch ein Drittel des Gesammtbodens nicht übersteigen darf, exekutorisch auf drei Jahre verpachtet. Erweist sich dieses als nicht ausführbar, oder deckt die offerirte Pachtsumme den Steuernrückstand nicht, so muss die Gemeinde selbst die Bebauung des beschlagnahmten Theiles besorgen. Von der Pacht resp. dem Ertrag wird der Steuerrückstand gedeckt, der event. Rest kommt in die Gemeindekasse. Mit einem solchen System, besonders mit der letzteren Eventualität können sich Freunde des Landgemeinde- resp. Kollektivbürgschaftssystems vollständig einverstanden erklären. Die Folge eines solchen Systems und der Aufhebung des Exekutionsrechts auf den Vieh- resp. Ackergeräthschaftsbesitz wird sein, dass die Bauern der Verbesserung der Wirthschaft ihre volle Aufmerksamkeit widmen werden; die Kollektivbürgschaft wird sie davor nicht zurückschrecken. Die nachlässigen und faulen Bauern erhalten in der Kollektivbürgschaft nicht nur keine Förderung zur Faulheit, sondern eine Drohung; die Gemeinde wird sie zur Arbeit auf dem zur Deckung der Rückstände bestimmten Bodentheil zwingen.

Wie die ungerechte und unvernünftige Ausnützung der Kollektivbürgschaft seitens des Gesetzes resp. der Exekutivbeamten nicht gegen das Kollektivbürgschaftssystem überhaupt zeugt, ebenso beweist die in der russischen Landgemeinde herrschende schlechte administrative und ökonomische Ordnung nicht, dass das System der Landgemeinde überhaupt ungünstig ist.

Wie schon oben betont, ist die Ackerwirthschaft in der russischen Landgemeinde rein individualistisch. Die nominelle Gemeinde besitzt den Landkomplex, vertheilt ihn unter ihre Mitglieder, die für die Benutzung des Bodens eine bestimmte Pachtsteuer zahlen müssen. Die Gemeinde ist hier also eine abstrakte juridische Person, wie es gegenwärtig auch der Staat ist. Die Bauern sind nicht Eigenthümer des Gemeindebodens, sondern lediglich Pächter, die einerseits das Privilegium auf diese Pacht haben und andererseits an diese Pacht gebunden sind; nur sie dürfen,

aber sie müssen auch pachten, wenngleich sie kein Interesse daran haben. Ihre Ackerwirthschaft ist eine individualistische Zwergwirthschaft mit allen ihren ökonomischen Nachtheilen.

Ehe man also gegen das Kollektivsystem in der Bauernwirthschaft auftritt, muss man dasselbe durchgeführt sehen. Nicht die Aufhebung der Landgemeinde und die daraus resultirende Verschärfung des zwerghaften Systems der Bauernwirthschaft ist nöthig, sondern die konsequente Durchführung des Kollektivsystems nicht nur im Besitz, sondern auch in der Bebauung und die daraus resultirende Erhebung der einzelnen kleinen Bauernwirthschaften zu einem gemeinsamen Grossbetrieb mit allen seinen Vortheilen. Nicht der Boden sollte als selbstständiges Pachtobjekt den einzelnen Familien zugetheilt werden, sondern der Ertrag des gemeinsam bebauten Bodens sollte vertheilt werden;*) das ist das als sehr nützlich erwiesene, sehr verbreitete und vom Volke geliebte System der russischen Arbeitsartjels (Arbeitergenossenschaft). Die Landgemeinde würde auf diese Weise nicht nur in der Besitzesform, sondern auch in der lebendigen Arbeit das Kollektivsystem verkörpern. Der Bauer wäre hier nicht, wie gegenwärtig, lediglich Pächter, sondern in der That Miteigenthümer, wie es die aktiven Theilnehmer einer Firma sind.

Unter einem solchen System würden die Faktoren der Vervollkommnung der Ackerwirthschaft und der damit zusammenhängenden Viehzucht von Gemeindewegen gesichert werden. Von dem Kollektivertrag der gemeinsamen Bebauung könnte ein bestimmter Theil zur Anschaffung von Ackergeräthschaften und Vieh etc. (auch zur Deckung der Steuern) zurückbehalten werden. Und würde das Volksschulwesen und die Verbreitung von technischen Kenntnissen des Ackerbaues gefördert, so wäre damit einer der grössten Faktoren der Hebung des Wohlstandes und der Sittlichkeit des Bauernstandes gesichert.

Abr. Bl.

John Stuart Mill's gesammelte Werke. XII. Band. Vermischte Schriften. Ueber Frauenemanzipation. Plato. Arbeiterfrage. Sozialismus. Uebersetzt von Siegmund Freud. Leipzig, 1880. Fues Verlag (R. Reisland). 228 Seiten.

Dieser Band der „Vermischten Schriften“ von Mill enthält deren aus den verschiedensten Zeiträumen seines Lebens. Der Artikel über „Frauenemanzipation“ z. B. erschien bereits 1851 in der Westminster Review, der über den „Sozialismus“ dagegen erst 1879 in der Fortnightly Review. Dieser ist nur ein Fragment, dessen weitere Ausführung und Beendigung der Tod des Verfassers hinderte; der erstere Artikel dagegen ist nicht einmal von ihm, sondern, wie er selbst erklärt, zum grössten Theile das Werk seiner

---

*) Die Vortheile des Konsumtionskollektivismus und diesen überhaupt lassen wir hier unberührt, da sie nicht das Objekt des Streites sind. Ebenso übergehen wir hier die Frage der Art der Gewinnvertheilung.

Gattin. Dennoch hat der Herausgeber Recht daran gethan, beide in die Sammlung von Mill's Werken aufzunehmen. Mill war so daran gewöhnt, mit seiner Frau zusammenzuarbeiten, beide hatten sich so sehr denselben Ideengang, ja sogar denselben Styl angeeignet, dass der Aufsatz über „Frauenemanzipation" alle Eigenthümlichkeiten Mill's an sich trägt und sehr wohl als das Erzeugniss seines Geistes aufgefasst werden kann. Er bietet gewissermassen eine Ergänzung seines Buches über „Die Hörigkeit der Frau". Eine Ergänzung jedoch nur in dem Sinne, als neue Beobachtungen und Gedanken von demselben Standpunkte aus geboten werden, nicht in der Weise, dass etwa seine einseitige Auffassung der Emanzipation der Frau hier berichtigt würde. Hier wie dort finden wir dieselbe Vernachlässigung des industriellen Momentes. Er gibt zu, dass die Löhne dort, wo Frauen mitarbeiten, nothwendigerweise niedriger sein müssen, als in den Gewerbszweigen, wo dies nicht der Fall ist; aber das genirt ihn nicht. „Gegen die Herabsetzung der Löhne in Folge der Vermehrung der Konkurrenz werden sich seiner Zeit wohl (!) Mittel finden lassen" (pag. 14). Damit ist diese so wichtige Frage abgethan. Dass bei der Frauenarbeit noch andere Momente mitspielen, als das der Lohnhöhe, lässt Mill ganz ausser Acht. Er erwähnt es nicht einmal, dass die schwangere Frau heutzutage schwere Arbeiten verrichten muss, dass die Noth sie zwingt, nach der Niederkunft sogleich in die Fabrik zu gehen, um arbeiten zu können — viele Krankenkassen stellen das Wochenbett auf gleiche Stufe mit der Syphilis, als eine Krankheit, die man sich durch eigene Unvorsichtigkeit zugezogen, und für die daher kein Krankengeld gezahlt wird! — er weiss nichts davon, wie die in den Fabriken arbeitenden Mütter gewohnt oder vielmehr gezwungen sind, ihre Kinder nur in den Pausen vor und nach der Arbeit, also früh, Mittags und Abends zu säugen. Damit sie in der Zwischenzeit ruhig bleiben, werden sie durch ein Hypnotikum betäubt! Was für eine Generation in Folge dieser „Freiheit" der Frau erwächst, kann jeder selbst in Fabriksorten beobachten. Der Mann wie die Frau bedürfen des Schutzes und nicht der Freiheit gegenüber der Ausbeutung, die Frau aber in viel höherem Grade, als der Mann. Nicht nur ist sie in Folge ihrer langen Knechtschaft viel widerstandsloser als dieser, ihre Ausbeutung ruinirt überdies nicht nur sie selbst, sondern auch die künftige Generation. Die Frau heutzutage frei zu machen, heisst also nichts anderes, als sie in eine noch härtere Form der Knechtschaft zu bringen, als sie schon existirt, zugleich bedeutet es, dass der Ausbeuter auch den Mann härter knechten kann und zwar mit Hilfe der Frau. Dieser letztere Umstand ist es, der alle Befreiungsversuche der Frau unter der modernen Produktionsweise vergeblich macht. Gerade die herrschenden Klassen der Männer sind es, welche die Frauenkonkurrenz auf ihrem Gebiete nicht zulassen,*) obgleich gerade auf dem Gebiete geistiger Arbeit die Frauenarbeit viel wohlthätiger wirken würde, als auf dem der physischen; aber auch die Arbeiterklasse schränkt die Frauenarbeit immer mehr ein, je mehr sie an Einfluss gewinnt. Erst in einem sozialistischen Gemein-

---

*) Nur in schwachbevölkerten Ländern, wie Russland oder Amerika, wo überhaupt Mangel an geistigen Arbeitern ist, lässt man die Frau als solche gelten. Für die Männer ist die Konkurrenz da noch nicht gefährlich.

wesen wird die Frau aufhören, durch ihre Arbeit den Mann zu schädigen, sie wird dadnrch vielmehr die des Mannes verringern; in einem sozialistischen Gemeinwesen wird er sie daher mit Freuden als Mitarbeiterin aufnehmen. Zugleich wird in einem solchen die Niederkunft für die emanzipirte Frau nicht wie heutzutage, erhöhte Pflichten, sondern erhöhte Rechte im Gefolge haben. Nicht der Vater, sondern der Staat wird die Sorge für die Ernährung und Aufziehung der Nachkommenschaft anf sich nehmen. Damit aber wird die Frau von selbst befreit sein, selbst wenn es die Gesetze nicht thun. Hente dagegen können die Gesetze die Frau noch so oft frei erklären, sie wird, wenige Besitzende und besonders Energische ausgenommen, stets die Sklavin ihres Gatten oder eines Unternehmers sein. Die Emanzipation der Frau en masse ist die naturgemässe Konseqnenz des Sozialismus, unter der heutigen Produktionsweise kann sie stets nur auf einige wenige Auserwählte sich erstrecken.

Dass für Mill das verborgen geblieben ist und er blos eine Aenderung der politischen, nicht auch der sozialen Einrichtungen verlangte, um die Frau zn befreien, charakterisirt ihn eben trotz seines Radikalismus und seiner verhältnissmässigen Vornrtheilslosigkeit als Bourgeoispolitiker. Er hat fast dieselben Ideale, wie der Sozialismus, glaubt sie aber bereits auf dem Boden der modernen Gesellschaft erreichen zu können, sobald nur die „nngerechten“ Gesetze beseitigt werden.

Unsere volle Zustimmung erhält dagegen Mill dort, wo er nachweist, welche schädlichen Folgen die Knechtung der Frau auf die ganze Gesellschaft ausübt. Besonders bemerkenswerth erscheinen uns die Stellen, in denen er ausführt, wie der Mann durch das „Ideal echter deutscher Weiblichkeit“, wie unsere deutschen Spiessbürger sich zart ansdrücken, verdummt wird.

„Es gibt kaum eine Lage“, sagt er, „welche der Erhaltung des Charakteradels oder der Geisteskraft so abträglich wäre, als wenn man in der Gesellschaft von geistig tiefer Stehenden lebt und sich mit Vorliebe um ihren Beifall bewirbt. Warum sehen wir so oft im Leben auf vielversprechende Anfänge so ungenügende — geistige und sittliche — Leistungen folgen? Aus keinem anderen Grunde, als weil der Strebende sich nur mit Solchen verglichen hat, die unter ihm stehen, nnd nicht Vervollkommnung oder Anregung gesucht hat, indem er sich mit seines Gleichen oder mit Ueberlegenen mass. Im gegenwärtigen Zustand des sozialen Lebens wird dies immer mehr das allgemeine Schicksal der Männer. Immer weniger streben sie nach anderen Freundschaften, und immer weniger unterliegen sie anderen persönlichen Einflüssen, als denjenigen, welche sie unter dem häuslichen Dache finden. Um hier nicht missverstanden zu werden, ist es nothwendig, ausdrücklich der Annahme zu widersprechen, dass selbst jetzt die Frauen den Männern geistig untergeordnet sind. Es gibt Franen, welche sich an Geistesstärke allen Männern, die jemals gelebt haben, an die Seite stellen können (?Beispiele! Die Red.), und wenn man gewöhnliche Frauen mit gewöhnlichen Männern vergleicht, muss man sagen, dass die verschiedenartigen, obwohl geringfügigen, Angelegenheiten, welche die Beschäftigung der meisten Frauen bilden, vielleicht ebensoviel geistige Fähigkeiten

wachrufen, als die gleichförmige Routine der Berufsarten, welche die tägliche Beschäftigung der grossen Mehrheit der Männer ausmachen. Es liegt nicht an den Fähigkeiten selber, sondern an den kleinlichen Gegenständen und Interessen, denen allein sie zugewandt sind, dass der Verkehr mit Frauen, wie sie in Folge ihrer gegenwärtigen Stellung beschaffen sind, auf hohe geistige Fähigkeiten und Bestrebungen der Männer so oft zersetzend einwirkt. Wenn die Frau für die grossen Ziele und Gedanken, welche dem Leben seinen Werth verleihen, kein Verständniss besitzt, oder von dessen praktischen Zwecken nichts schätzt ausser den persönlichen Eitelkeiten und den persönlichen Interessen, dann wird, seltene Fälle ausgenommen, ihr absichtlich und noch mehr ihr unabsichtlich geübter Einfluss im Geiste des Mannes jene Interessen, die sie nicht theilt oder nicht theilen kann, zu minderer Bedeutung herabdrücken, wenn nicht gar völlig vernichten . . . .

. . . . Die geistige Genossenschaft, welche zur Vervollkommnung verhilft, ist der Verkehr zwischen thätigen Geistern, nicht die Berührung zwischen einem thätigen und einem leidenden Geiste. Ein solcher unschätzbarer Gewinn wird selbst jetzt mitunter erreicht, wenn durch einen seltenen Zufall ein starkgeistiger Mann und ein starkgeistiges Weib sich verbinden; und er würde viel öfter zu Stande kommen, wenn die Erziehung sich dieselbe Mühe gäbe, starkgeistige Frauen heranzubilden, als sie jetzt thut, um ihre Heranbildung zu verhindern. Die modernen, für aufgeklärt und fortschrittlich geltenden Methoden der Frauenerziehung verwerfen, soweit es sich um Worte handelt, eine blos auf den Prunk berechnete Erziehung und geben vor, eine ernste Ausbildung anzustreben, aber sie verstehen darunter einen oberflächlichen Unterricht in ernsten Gegenständen. Von Fertigkeiten abgesehen, in Betreff deren man jetzt allgemein annimmt, sie sollen gut, wenn überhaupt gelehrt werden, wird nichts den Frauen gründlich gelehrt. Kleine Bruchtheile von dem, was man den Knaben gründlich zu lehren versucht, sind alles, was man den Frauen beizubringen wünscht oder beabsichtigt. Was die Menschen zu intelligenten Wesen macht, ist das Vermögen, zu denken; die Anregungen, welche dieses Vermögen erwecken, sind der Reiz und die Würde des Denkens selbst und ein freies Feld für dessen praktische Anwendung. Diese beiden Beweggründe sind aber Jenen entzogen, welchen von Jugend auf gesagt wird, dass das Denken und alle seine wichtigen Anwendungen die Sache anderer Leute ist, während es ihre Sache ist, sich anderen Leuten angenehm zu machen. Hohe Geisteskräfte werden unter den Frauen so lange zufällige Ausnahmen bilden, bis ihnen jeder Lebensweg offen steht und bis sie, so gut wie die Männer, für die Welt erzogen werden, nicht das eine Geschlecht für das andere . . . . . Was die Gesinnung anbetrifft, so ist in katholischen Löndern der Einfluss der Frau nur ein anderer Name für den Einfluss des Priesters, der ihr in den Hoffnungen und Gefühlen, welche sich an ein Leben im Jenseits knüpfen, einen Trost für die Leiden und Enttäuschungen darreicht, die gewöhnlich in diesem Leben ihr Loos sind. Anderswo werfen sie ihr Gewicht in die Wagschale entweder der alltäglichsten oder der äusserlich erfolgreichsten Meinungen, bei denen man entweder am wenigsten Tadel zu fürchten hat, oder welche die meiste Aussicht auf weltliche Beförderung eröffnen. In England

steht der Einfluss des Weibes gewöhnlich auf der illiberalen und volksfeindlichen Seite, denn das ist in der Regel die für persönliches Interesse und persönliche Eitelkeit vortheilhafte Seite; und was kümmert das Weib die Demokratie und der Liberalismus, an dem sie keinen Antheil hat, der sie als denselben Paria zurücklässt, als den er sie vorfand? Der Mann selbst fällt gewöhnlich, nachdem er geheirathet hat —, dem Konservatismus anheim; er fängt an, für die Machthaber mehr Sympathie zu empfinden als für ihre Opfer und hält es für seine Aufgabe, sich auf die Seite der Autorität zu stellen. Was geistigen Fortschritt betrifft, so ist es damit, von jenen vulgären Fertigkeiten, welche der Eitelkeit oder dem Ehrgeiz dienen, abgesehen, in der Regel bei einem Manne zu Ende, der ein geistig unter ihm stehendes Weib heirathet, ausgenommen allerdings, wenn er in der Ehe unglücklich oder gegen sein Weib gleichgiltig wird. Ein erfahrener Beobachter erwartet von einem Manne von 25 oder 30 Jahren nach seiner Verheirathung kaum mehr irgend welche Vervollkommnung an Geist oder Charakter. Selten nur wird die schon erworbene Stufe behauptet. Ein Funke der mens divinior, der sonst zur Flamme herangewachsen wäre, glimmt nur selten noch längere Zeit fort, ohne zu verlöschen. Denn ein Geist, welcher sich mit dem bescheiden lernt, was er schon ist, welcher nicht unverwandt nach einer Staffel der Vollkommenheit ausschaut, die er noch nicht besitzt, wird schlaff und träge und verliert die Spannkraft, die ihn auch nur auf der schon erworbenen Stufe erhalten kann. Und es gibt keine Thatsache in der menschlichen Natur, für welche die Erfahrung ein ausnahmloseres Zeugniss ablegte, als diese, dass alle sozialen oder sympathischen Einflüsse, welche nicht erheben, eine erniedrigende Wirkung üben; wenn sie den Geist nicht befeuern und veredeln, ziehen sie ihn zur Alltäglichkeit herab."

Der zweite Artikel in dem Buche ist eine Rezension der Grote'schen Geschichte der griechischen Philosophie, der dritte eine Besprechung des Buches von Thornton: die Arbeit, ihre unberechtigten Ansprüche und berechtigten Forderungen, ihre wirkliche Gegenwart und ihre mögliche Zukunft. Ohne uns auf die theoretischen Ausführungen Mill's und Thornton's über das Gesetz von Nachfrage und Angebot und auf ihre Entdeckung, dass der Lohnfonds eigentlich gar nicht existire, was bekanntlich Marx schon lange vor ihnen erkannt hat, näher einzulassen, sei nur konstatirt, dass Mill sich dem Ergebnisse von Thornton's Untersuchung anschliesst, welches dahingeht, dass die Nachfrage nach Arbeitern nicht nothwendig sinkt, wenn ihr Lohn steigt, weil diese Nachfrage nicht von der Höhe des Arbeitslohnes, sondern von der Nachfrage nach Industrieprodukten abhängt, dass demnach die Bestrebungen der Gewerkvereine nicht aussichtslos seien. Als die Trades-Unions sich bildeten und man befürchtete, sie könnten die Profite der Unternehmer schmälern, da erhob sich ein Zetergeschrei gegen sie, weil sie die heiligen Gesetze von Nachfrage und Angebot zu stören trachteten. Selbst Mill tadelte damals ihren „gänzlichen Mangel an edlen und weitherzigen Bestrebungen, jene fast unverhüllte Verachtung aller anderen Ziele als hoher Lohn und wenig Arbeit" (Grundsätze der politischen Oekonomie, deutsch von Soetbeer, Leipzig, 1879, III. pag. 251), und meinte: „Wäre es den arbeitenden Klassen durch Kombination möglich, den allgemeinen Stand des Lohnes zu erhöhen oder hoch zu erhalten, so wäre dies, wie wir kaum zu

bemerken brauchen, nicht ein strafwürdiges Unternehmen, sondern eine Erscheinung, die wir mit lebhafter Freude begrüssen müssen. Leider ist es aber ganz unmöglich, dieses Ziel durch solche Mittel zu erreichen. Die Anzahl, aus der die arbeitenden Klassen bestehen, ist zu zahlreich und zu weit zerstreut, um überhaupt eine solche Veranstaltung treffen zu können. Wäre dies möglich, so könnte es ihnen ohne Zweifel gelingen, die Arbeitsstunden zu vermindern und denselben Lohn für weniger Arbeit zu empfangen. Wenn sie aber darauf ausgingen, höheren Lohn zu erringen, als das sich aus dem Verhältniss zwischen Nachfrage und Angebot ergebende Maass, nämlich das Maass, wonach das ganze zirkulirende Kapital des Landes sich unter die ganze arbeitende Klasse vertheilt, so könnte dies nur durch eine dauernde Nichtbeschäftigung eines Theiles ihrer Anzahl bewirkt werden" (l. c. pag. 249). Durch solche Einwände liessen sich die Trades-Unions jedoch nicht beirren und wandelten ihren Weg weiter: bereits sind sie dahin gelangt, Vertreter in's Parlament zu schicken, und wenn sie auch damit nicht sonderlich glücklich gewesen sind, so werden sie doch früher oder später durch die Logik der Thatsachen gezwungen werden, sich als politische Arbeiterpartei zu konstituiren. Welcher Schreck für die englische Bourgeoisie! Sobald diese Aussicht drohte, wurde plötzlich umgesattelt, und während man bis dahin das eherne Lohngesetz gepredigt hatte, erklärt man es nun für nicht existirend. Zum Glücke wird dies Manöver ebensowenig helfen, als das frühere. Ebensowenig, als sie sich durch die theoretische Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen hindern liessen, Lohnerhöhungen zu verlangen, werden sich die Trades-Unions durch die verlockenden Aussichten der Herren Thornton und Genossen auf die Dauer hindern lassen, eine Besserung ihrer Lage auf politischem Wege anzustreben. Nicht so sehr als Bereicherung unseres volkswirthschaftlichen Wissens sind das Buch von Thornton und dessen Besprechung von Mill beachtenswerth, als vielmehr, weil sie Symptome der Bedeutung sind, welche die Arbeiterfrage in England erlangt hat. Welches die naturgemässen Konsequenzen der Gewerkvereine sind, das ist ihnen freilich nicht klar geworden. Einmal hat Thornton die Wahrheit gestreift, aber ohne sie zu erkennen, wenn er sagt: „Man hat vielleicht nicht genug an das erziehende Moment gedacht, das in dem Unionismus still und unbewusst thätig ist, und an die grössere Ruhe und Haltung, die er unmerklich dem Charakter seiner Anhänger verleiht. An und für sich übt jeder Verein, abgesehen von seinem speziellen Zwecke, ein wohlthätige Disziplin. Der blosse Akt der Assoziation ist durch sich selbst eine heilsame Unterordnung des Einzelnen unter das Allgemeine. Sobald die Menschen zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zusammentreten, erfüllt sie dieser Zweck, welcher er auch sei, mit Stolz und Freude, und sie sind bereit, seiner Förderung Opfer zu bringen. Und ist dieser Zweck die gegenseitige Vertheidigung und Unterstützung, dann fliessen für die Genossen das Interesse an ihm und aneinander in eine Empfindung zusammen. Unter den Unionisten, die daran gewöhnt sind, in Krankheit, in Elend und im Alter auf einander zu zählen, erzeugt das Gefühl wechselseitiger Abhängigkeit gegenseitige Neigung. In ihrem offiziellen Verkehre nennen sie einander „Brüder", und das Wort ist nicht ein leerer Klang, sondern es bezeichnet die Beziehungen, die sie

wenigstens unter einander zu erhalten wünschen, und die, weil sie es wahrhaft verlangen, unter ihnen auch bestehen werden. So weit haben sich ihre Sympathien bereits entfaltet, und es ist aller sittlichen Expansivkraft eigen, dass sie immer weitere Kreise in ihr Bereich zieht. Die Männer, die früher für Niemand ein Herz hatten, als für sich selbst, und die jetzt so weit sind, dass sie um ihre Mitarbeiter sorgen, werden nicht stille stehen, bis sie gelernt haben, sich um alle ihre Mitmenschen zu kümmern. Die Liebe zu ihrem Stande wird dann nur eine Mittelstufe zwischen der Eigenliebe und der Menschenliebe gewesen sein."

Eine blinde Henne hat da ein Korn gefunden, das sie leider gleich wieder fallen lässt. Denn die Fortsetzung besteht aus den gewöhnlichen Phrasen von Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, denen Mill allerdings wohlgefällig zustimmt. Wir aber glauben nicht, dass die Trades-Unions die englischen Arbeiter „sittlich heben" und daher zur „Mässigung" erziehen werden, so dass sie den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit beseitigen. Thornton selbst hat es gesagt, dass die Gewerkvereine die Arbeiter zu kommunistischem Fühlen erziehen: kommunistisches Denken und Handeln ist die naturgemässe Konsequenz davon. Dass sie nicht ausbleiben, dafür ist gesorgt. —

Am wenigsten haben wir, was Manchen verwundern dürfte, über den letzten Artikel, der den Sozialismus behandelt, zu sagen, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Obgleich derselbe im Jahre 1869 begonnen wurde, behandelt er doch nicht den Sozialismus, wie er ist, sondern wie er war. Louis Blanc, Fourier, Owen sind die Sozialisten, die er zitirt und kritisirt. Da die dogmatische oder utopistische Schule des Sozialismus aber nicht mehr aktuelles, sondern nur mehr historisches Interesse für uns besitzt, können wir uns es wohl ersparen, näher auf Mill's Ausführungen einzugehen. Es sei nur erwähnt, dass Mill in diesem, gegen Ende seines Lebens verfassten Werke, eine sehr sozialistenfreundliche und vorurtheilslose Gesinnung an den Tag legt. Seine Kritik ist auch eine streng sachliche, er verschmäht es, die Extravaganzen eines Fourier und Anderer zu verspotten, wie es die kleinen Kläffer der Vulgärökonomie so gerne thun, er sieht vielmehr seine Aufgabe darin, die grossen Ideen dieser Männer zu untersuchen, um das seiner Ansicht nach Berechtigte von dem Unberechtigten in denselben zu scheiden. Leider ist das Ganze flüchtig und unvollständig gearbeitet — es ist, wie schon erwähnt, ein Fragment und bricht gerade da plötzlich ab, wo es für uns das meiste Interesse erhält. Nachdem er dargethan, dass der Begriff des Eigenthums ein wandelbarer sei, dass die Ausdehnung und Objekte des Privateigenthums zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden waren, will er untersuchen, welche Form des Eigenthums zu wählen sei, um die soziale Frage zu lösen. Mit diesem Fragezeigen endet leider das Buch.

Wie man aus dem Mitgetheilten wohl ersehen kann, ist es interessant genug. Es enthält alle die Fehler und Vorzüge, die auch die sonstigen Werke Mill's charakterisiren. Ihm ist, gleich allen anderen grossen Engländern des 19. Jahrhunderts, die Eigenthümlichkeit eigen, gleich einem Darwin und Buckle, dass für ihn trotz seiner Genialität die Vorurtheile des

englischen Spiessbürgers eine Schranke sind, in die er schliesslich immer wieder zurück muss. Daher trotz seiner Humanität und seines Verständnisses für die Bestrebungen der Arbeiter hin und wieder echte Fabrikantenlogik, daher seine Inkonsequenzen und Halbheiten. J—r.

Rasgowor s Socialistom Revolutionärom. (Gespräch mit einem Sozialrevolutionär.) Berlin, Behr's Buchhandlung, 1880.

Dieses russische Werkchen, dessen Verfasser sich nicht nennen will, ist in vielen Beziehungen von Interesse. Wie aus dem Titel hervorgeht, soll es einen Dialog schildern, und zwar zwischen einem russischen Privatmann (so nennt sich der Verfasser in seiner Vorrede) und einem russischen Sozialrevolutionär. Thatsächlich aber ist es mehr ein Monolog: Der Privatmann spricht, der Revolutionär hört, wahrscheinlich aufmerksam, zu und unterbricht den Redner nur, um: das stimmt! zu sagen, worauf dann das Erwünschte erfolgt: die Tugend siegt, das Laster unterliegt, der Privatmann hat den Sozialrevolutionär überzeugt, derselbe spricht zwar schliesslich auch ein Wenig, schliesst aber mit einem Hoch auf den Zaren und allerhöchst desselben Gnade — Ende gut, Alles gut. Zur Charakteristik muss noch vorausgeschickt werden, dass der Verfasser in dem, etwa 50 Seiten starken Büchlein die verschiedensten bedeutenden und unbedeutenden Fragen der Gesellschaftswissenschaft im Allgemeinen und die russischen Zeit- und Streitfragen im Speziellen nicht nur berührt, sondern sogar gründlich durchgenommen zu haben wähnt.

Als Hauptpunkte des Inhalts wären etwa folgende zu nennen: Revolution oder Reform, die schlimmen Folgen einer Diktatur, speziell die unvermeidliche Grausamkeit und Schädlichkeit einer sozialistischen Diktatur, die irrthümliche Lobpreisung des Pugatschow'schen Aufstandes seitens eines Mitarbeiters des russischen „Wperjod" (Vorwärts), die Person Pugatschows, das Fehlen von absoluten Grössen in dieser Welt, die Möglichkeit nur eines Mehr oder Weniger des Glückes in den verschiedenen Geschichtsperioden, die Schädlichkeit und Verwerflichkeit der Revolutionen, Mittel und Wege in Russland das Ziel der Sozialisten zu erreichen, Nachweis, dass die Handlungen der russischen Sozialrevolutionäre Kindereien sind, Bedeutung des Sozialismus, die Anschauung Marx's von der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformationen als eines natürlichen-geschichtlichen Prozesses, Zitate aus der Vorrede des „Kapital", Widerspruch zwischen der Theorie, dem Objektivismus, und der Praxis der Propaganda bei Marx, die Gründe dieses Widerspruches, Nebensächlichkeit der Magenfrage im wahren Sozialismus, augenblickliche Aufgabe der russischen Sozialisten; die Grund- und Bodenfrage, Segen und Wohlthätigkeit des alleinherrschenden Zarenthums, Zukunft Russlands — eine autokratische, resp. zaristische Republik, die Schädlichkeit des Konstitutionalismus im Allgemeinen und insbesondere für Russland, die Fäulniss des Westens und die hohe befreierische

Mission Russlands, England, seine Konstitution, seine äusseren Beziehungen zu Indien und Russland, die Liberalität des russischen Zaren, das Anwachsen der Bourgeosie in Russland, Wjera Sassulitsch und ihr verfehlter Beruf etc.

Alles das und noch mehr leistet unser Verfasser in einem Athem und vergisst dabei nicht, daran zu erinnern, dass er Theoretiker, Lehrer ist, dass er nur Wissenschaftliches, Originelles liebt. Der Leser dagegen wird aus dem Vorheraufgeführten schon ersehen haben, dass seine Broschüre keineswegs auf wissenschaftliche Bedeutung Anspruch erheben, vielmehr nur ein Pamphlet sein kann. Trotzdem wollen wir, da der Verfasser sich ganz besonders als ehrlicher, wohlmeinender Gegner geberdet, da er ferner mit einigen Argumenten sehr geschickt und zuweilen mit Erfolg operirt, und da endlich manche seiner Aeusserungen höchst kurioser Natur sind, ihm einige Aufmerksamkeit schenken, resp. dem nichtrussischen Leser die Originalität und das geistige Rüstzeug der russischen Freikonservativen zeigen.

Ueber die Frage: Reform oder Revolution sagt der Verfasser unter Anderem Folgendes:

„Die Sozialisten von heute sind schon in sofern ruhiger geworden, als sie im Prinzipe auf die Gewalt verzichten. Aber, leider, verzichten sie auf die Gewalt nur im Prinzipe. Sie versprechen, das Reich des Friedens, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Harmonie und des Glückes zu schaffen, dieses Reich muss doch aber, ihrer Meinung nach, mit der Revolution beginnen! Allerdings entschuldigen sie sich mit der Ausrede, die Gewalt sei nur im Nothfalle zulässig. O, diese Nothfälle! Wer kann sie vorschreiben, wer ist ihr kompetenter Richter, wen vermögen sie nicht zu rechtfertigen? Die Sozialisten glauben ja zur Revolution auch nur aus dem Grunde ihre Zuflucht zu nehmen, weil der gegenwärtige Besitzer des ihnen nöthigen Platzes denselben freiwillig nicht abtreten wird, folglich muss man ihm mehr oder weniger Zähne ausschlagen. Aber dafür versprechen sie, nachher, wenn das Reich der Seligkeit für Alle herangerückt, sogar diesen Geschlagenen zu pflegen und ihm einen gleichen Antheil an dem allgemeinen Glücke zu sichern! Ist das noch kein Spott, kein wilder Hohn? (sic!) . . . Die Revolutionen halten immer den Fortschritt zurück" . . . . . „Die Gewalt, das Blutvergiessen, der Terrorismus sind Feinde und nicht Gehülfen der Aufklärung," . . . „Die Herren (revolutionären Sozialisten nämlich) sollten doch wissen und nicht vergessen, dass durch eine Revolution unter den günstigsten Umständen nur etwa kleinliche, äusserliche Resultate rein politischen Charakters erreichbar sind. Wo es sich aber, wie im Sozialismus, um eine radikale Aenderung aller rechtlichen, sittlichen und religiösen Anschauungen handelt, wo es sich handelt um die Herstellung nicht nur neuer Beziehungen zwischen den Menschen in der Familie, in der Gesellschaft und im Staate, sondern auch eines neuen sittlichen (!) Verhaltens des Menschengeschlechtes zum Erdplaneten — seiner Mutter — selbst, ja vielleicht zum Weltall, da muss doch Jedem klar werden, dass eine derartige kolossalste Aufgabe nicht anders gelöst werden kann, als auf dem Wege der langsamen und tiefgreifenden Reform. Wer das nicht versteht, der darf nicht so dreist sein, sich Sozialist zu nennen etc." „Die Magenfrage tritt im wahren Sozialismus vollständig in den Hinter-

9

grund. Und es ist ein grosser Fehler (!), vom ökonomischen Boden auszugehen. Die Frage muss zuerst gelöst werden im Gehirne, im Herzen, in den Sitten“ . . . . .

Es ist gerade kein durchweg neues Lied, was unser Autor da anstimmt, das Neue aber, was er der alten Weise hinzugefügt hat, taugt noch weniger, als diese. Wohl hat der Sozialismus als solcher mit gewaltsamer Revolution nichts zu thun; an und für sich ist er eine Lehre, eine wissenschaftliche Konsequenz, kein praktisches Programm. Er geht aber von dem fundamentalen Lehrsatze aus, dass der moderne Eigenthumsbegriff, die moderne Praxis der Enteignung und Ausbeutung der grossen Mehrzahl zu Gunsten einer Minderzahl von Menschen — „der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde liegt, dem gesellschaftlichem Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit.“ Die Magenfrage ist also die Basis, auf der das ganze Gebäude ruht. Sie ist, wenn ich mich so recht ausdrücken darf, die Materie, der Stoff, wie die sittliche Idee: das Ideal der Gerechtigkeit und der Solidarität — der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, des Glückes — der Geist, die Kraft des Sozialismus ist. Die Magenfrage und die sittliche Idee sind eben so untrennbar, wie Stoff und Kraft. Wunder geschehen wohl keine, am mindesten über Nacht: lange, sehr lange wird es noch dauern, Elend, Kummer und Blut genug wird es noch kosten, bis eine Minorität des Menschengeschlechtes — geschweige denn die Majorität — wahrhafte Menschen geworden sind. Die sozialistische Lehre selbst ist, abgesehen von der festen, unverrückbaren Grundlage, noch keineswegs in allen Einzelheiten positiv formulirt und entwickelt sich nach und nach mit dem Fortschritt der Gesammtwissenschaften der Menschheit. Daraus folgt aber noch keineswegs der regressive Charakter, die Schädlichkeit und absolute Nichtberechtigung einer Revolution, der Revolutionen überhaupt, wie der Verfasser behauptet. Den Beweis dafür, von den vielen Worten und Ausrufungszeichen abgesehen, blieb er vielmehr voll und ganz schuldig.

Es wäre sicher keine schwere Aufgabe, den Gegenbeweis zu führen, wir müssen uns aber auf die Bemerkung beschränken, dass die gewaltsamen Revolutionen vorläufig eine geschichtliche Nothwendigkeit, ein nothwendiges Uebel sind. So lange die Mehrzahl der Menschen von der Minderzahl geknechtet wird, so lange der roheste Kampf ums Dasein in der menschlichen Gesellschaft an der Tagesordnung ist, so lange sind die gewaltsamen Revolutionen ein ebenso nothwendiges Zubehör in der kontinuirlichen progressiven Entwicklung der Menschheit, wie die Ueberschwemmungen, die Thätigkeit der Vulkane konstante Faktoren in der ebenfalls kontinuirlichen Bildung der Erde sind. Da helfen alle Moralsprüche, Entrüstungsaffektation und Ausrufungszeichen nichts. Moralprediger, Harmonieapostel und Friedensrufer à tout prix hat es zu allen Zeiten gegeben; die geschichtliche progressive Entwicklung hat sich aber um dieselben ebenso wenig gekümmert, wie um die ebenfalls geschichtlich nothwendige Reaktionsthätigkeit und „Vernichtung aller Wurzel und Fäden“, — nach dem trefflichen Ausdruck des russischen Satirikers Tschzedrin, — seitens der jeweilig herrschenden Klasse, des jeweilig herrschenden Systems.

Da der Verfasser immer auf Marx als Stütze seiner Friedfertigkeit

hinweist, so will ich einmal seinem Beispiele folgen. Marx sagt u. A. auch Folgendes:

„Diese Methoden beruhen zum Theil auf brutalster Gewalt, ... Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrirte und organisirte Gewalt der Gesellschaft, um . . . . . die Uebergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz." (Kapital, 2. Aufl., S. 782.)

Forschen wir nunmehr nach den Wünschen und positiven Rathschlägen unseres Verfassers, so stossen wir zunächst auf folgende Stelle:

„Wenn Jeder von uns, nach Massgabe seiner Kräfte in alle finsteren Winkel Russlands so viel Aufklärung, Gerechtigkeit und Freiheit hineintrüge, als es gesetzlich zulässig ist, wenn er gleichzeitig auf die allmählige Erweiterung der Gesetzgebung hinarbeitete, und letztere müsste sich erweitern unter dem Einflusse der Wärme, die vom vermehrten Lichte käme, dann wären mit der Zeit alle Winkel unseres lieblichen, aber finsteren Vaterlandes frei und aufgeklärt, d. h. Russland wäre nicht mehr zu erkennen und das Ziel der Sozialisten erreicht."

Der Verfasser, der an einer folgenden Stelle sich alle Mühe gibt, die sozialistische Aufgabe als die kolossalste und umfangreichste zu bezeichnen, begnügt sich hier mit den unklaren, unbestimmten und keineswegs ausreichenden Ausdrücken der Freiheit und Aufklärung. Das hätte er indess mehr mit sich selber abzumachen, dagegen gehört eine reichliche Quantität von Naivetät, wenn nicht noch etwas Anderes dazu, um in der von ihm angestimmten Tonart das Lied der legalen Thätigkeit im Rahmen der gegebenen Gesetze für Russland zu singen. Was für Gesetze hat Russland jemals gehabt, und wann haben diese etwas gegolten? Was für eine legale Thätigkeit wäre möglich? — Die Semstwos (vulgo Landesvertretungen) sind gegenwärtig absolut lebensunfähig. Die büreaukratische Einrichtung derselben, die grenzenlose Bevormundung von oben, die allseitige Korruption der höheren und niederen Beamten, das Volkselend und die Volksknechtschaft haben sie dahin gebracht, das sie nur Versammlungen von Blutsaugern des Volkes, von kleinen und grossen Wucherern, von schwachsinnigen und demoralisirten Büreaukraten sind. Selbst die reaktionärsten russischen Bältter erklären, dass die ehrlichen Elemente sich gegenwärtig fern halten und fern bleiben müssen.

Die Volksschule im eigentlichen Sinne, auf welche von dem etwa 650 Millionen Rubel (2000 Millionen Mark) betragenden jährlichen Staatsbudget kaum 15 Millionen kommen, stellt ein ebenso trauriges Bild dar. Die grösste Mehrzahl der Volksschulen sind seit Jahr und Tag vollständig geschlossen, trotz ihres Leuchtens auf dem Papiere. Die Eröffnung einer privaten Volksschule stösst auf ungeheure Schwierigkeiten, auf Misstrauen und Verdächtigungen der Gewalthaber. Kommt endlich, nach jahrelangen Bemühungen und Bittschriften, die Genehmigung der Regierung sammt den halb polizeilich, halb kirchlich gefassten Statuten, so ist damit noch sehr wenig gewonnen. Eine private Volksschule ist roth unterstrichen, und nach kurz oder lang erreicht sie das Schicksal alles Rothen. — Die noch etwa bestehenden staatlichen Volksschulen sind aller und jeder hygienischen und

sanitären Einrichtungen baar; die Lehrer sind unwissende, abergläubische demoralisirte Popen oder ebenso unwissende ausgediente Soldaten. Die skrophulösen und rhachitischen, mit hereditärer oder acquirirter Syphilis, mit Krätze, Pocken und sonstigen ansteckenden Krankheiten behafteten Schüler müssen baarfuss und dürftig oder fast gar nicht bekleidet, ohne oder mit mangelhaften Schulbüchern und -Materialien stundenlang bei ungünstigster Witterung laufen, um in der Schule — Nichts zu lernen, aber vielen Gefahren ausgesetzt zu sein.

Das Eindringen einer intelligenten, oder gar energischen und volksfreundlichen Person in die Stellung des Schullehrers ist gleichbedeutend mit Vorbereitung zum Hochverrath.

Die legale Presse, diese geknebelte und mit sehr wenigen glänzenden, meisterhaften Ausnahmen unfreiwillige Magd der Despotie, fristet gleichfalls ein sehr kümmerliches Dasein.

Während z. B. eine Zeitschrift:

In den Vereinigten Staaten	auf	6,009	Einwohner
„ der Schweiz	„	6,380	„
„ Preussen	„	25,960	„

kam, war das Verhältniss für Russland: 1 zu 210,000—300,000.

Aber kann es denn anders sein? Den tauben Ohren der Ausbeuter und Büreaukraten zu predigen, ist keine besonders dankbare Arbeit. Das Volk versteht und liest keine Zeitungen. Und macht irgend eine Zeitung ernsthaft Miene, des Volkes Wohl zu vertreten, so wird sie von der Regierung sofort gemassregelt oder ganz lahm gelegt.

„Was sollen wir jetzt Ihrer Meinung nach thun?" — (fragt der Revolutionär den Verfasser. Hm!) — „Mein aufrichtigster Rath wäre folgender: Vor Allem müsst Ihr öffentlich und feierlich, unbedingt feierlich, die ganze Jugend und angesichts von ganz (!) Russland die Erklärung abgeben, dass Ihr von nun an auf jede revolutionäre Thätigkeit verzichtet, auf jede, und zwar so, dass es Allen unzweifelhaft erscheint; und dann — anfangen, fleissig zu lernen. Habt Ihr eine solche feierliche Verzichtleistung auf Revolution gethan, dann, glaubt mir, werden sich die Pforten aller Lehranstalten vor Euch öffnen und die oberste Regierung selbst (o, welche Freude!) wird Euch pflegen, als die künftige Kraft Russlands."

Ihr Lawrow's, Dragomanow's, Weimar's, Ossinski's etc. Ihr bekannten und unbekannten Träger und Vorkämpfer des russischen progressiven Gedankens — auf die Schulbank mit Euch! Ihr seid noch Kinder, Ihr kennt die Schuldisziplin und Schulweisheit noch nicht. Wahrlich, diese Tiraden von den halbreifen Burschen, von den Jünglingen, von den blinden Werkzeugen und dergleichen sind sogar dem Sozialistentödter und Redakteur der „Moskauer Nachrichten", Herrn Katkoff, zu plump geworden. Und gleich darauf muss auch der Verfasser selbst seinen, sonst wirklich so burschenhaft paradirenden Helden folgende charakteristische Worte in den Mund legen:

„Sie wollen, dass ich jetzt meinen Kameraden Halt! rufe, das ist aber unmöglich: sie werden mich entweder nicht begreifen, oder einfach nicht anhören wollen. Ein Klagegeschrei, ein unaufhörliches, schreckliches Klagegeschrei, überall von den tiefsten Schichten unserer Lande aufsteigend,

nagt an ihren jungen Herzen, martert ihre Vorstellung, erbittert ihre Seele. Aufgeregt, erschreckt, nicht selten von Sinnen, versuchen sie sich auf allen Gebieten. Einigen von ihnen gelingt es, in der Schule eine Art von Heim zu finden. Aber auf was stossen sie sogar hier? Auf eine tödtende, verdummende und korrumpirende Dressur, auf ein unwissendes und herabsetzendes Benehmen seitens der Vorgesetzten und das Ende davon? — Die Unglücklichen werden hinausgejagt oder flüchten sich selbst aus der Schule."

. . . . „Nein, hier spielt sich kein Lustspiel, sondern ein furchtbares Trauerspiel ab, hinter dem das Schicksal selbst drohend sein Haupt erhebt und schaut. Wir, Knaben, flössen Euch Furcht ein! Doch wohl nicht dadurch, dass wir Knaben sind, sondern nur, weil in unseren knabenhaften Einfällen Eure Greisenfäulniss sich wiederspiegelt und Ihr vor Eurer eigenen Missgestalt zurückschreckt!" —

Kommen wir nunmehr zum Ideal des Verfassers für Russland.

„Das Prinzip des Gemeineigenthums an Grund und Boden ist ein rein bäuerliches; die siebzigmillionige Bauernwelt wird aber weder dem Adel, noch der Bourgeosie folgen . . . . Es unterliegt keinem Zweifel, dass Russland in seiner ganzen Masse einig und zuversichtlich nur dem selbstherrschenden, d. h. dem freien Zaren folgen kann, der sowohl von den Bojaren (Adel), wie von den Plutokraten unabhängig ist. Die Geschichte selbst zwingt uns, eine noch nie dagewesene eigenthümliche politische Ordnung zu schaffen, für die kein anderer Name passender ist, als autokratische Republik. Allerdings wird Europa uns nicht leicht begreifen, allein das thut ja nichts zur Sache . . . . . Dadurch, dass wir europäischen Vorbildern nachjagten, sind wir von unserem geschichtlichen Wege abgekommen. Alle unsere Fehler, all' unser Unglück rührt daher. Uns gelang es nicht, konnte nicht gelingen, Deutsche, Franzosen oder Engländer zu werden, wir sind aber Nichtrussen geworden in voller Bedeutung dieses Wortes. Jetzt ist die verhängnissvolle Stunde gekommen, wo wir wieder unser eigen werden müssen: während die europäische Zivilisation, getrieben durch das von ihr selbst geschaffene Proletariat, mit dem Kopf gegen die Wand rennt und selbst nicht weiss, wie sie sein und was sie thun soll, kann sie da noch lehrmeistern? „Da stehen die Ochsen am Berge" wollen wir ihr sagen und sehen, ob nicht wir sie noch einmal zu befreien haben werden und diesmal von einem viel gefährlicheren Unglück, als das Napoleonische Joch!"

Der Slavophilismus, ich möchte fast sagen, der Panslavismus des Verfassers äussert sich an dieser Stelle auf's allerdeutlichste, und zwar erstens in der Behauptung, dass Russland eine hohe, höchste welterlösende Mission bevorstehe: der gesunde Osten müsse wie immer dem faulen Westen unter die Arme greifen, dann aber in seiner Stellung zum Zarenthum. Nur ein verstockter Slavophile resp. Panslavist kann die Zukunft Russlands in einer „autokratischen Republik", in einer Republik mit dem Zaren an der Spitze sehen.

Das Zarenthum, — dieses Prototyp der Herrschaft des Menschen über den Menschen, diese Jahrhunderte lang andauernde Vergewaltigung der Volksrechte und des Volksglückes, das Zarenthum, welches seine Völker an den Abgrund und zur Degeneration gebracht hat und bringen musste, welche eine ununterbrochene Reihe von Palastrevolutionen, Meuchelmorden, Galgen,

Korruption und konvulsivischen Volksauflehnungen gegen dasselbe darstellt, das Scheusale der Menschheit zu seinen Vertretern hatte und alle und jede intellektuelle und sittliche Regung im Keime ersticken, und deren Vertreter erschiessen, erdolchen, aufhängen und verfaulen lässt.

Das Zarenthum, welches die nicht mehr verschiebbare und zu seiner Selbsterhaltung unerlässliche Aufhebung der Leibeigenschaft so klug durchzuführen wusste, dass die Bauern jetzt in einer ökonomisch viel schrecklicheren Lage sich befinden als früher, — welches durch den Minister Makow den Bauern feierlichst erklären lässt, sie mögen doch keine neue Vertheilung des Grund und Bodens, keine Besserung ihrer schrecklichen Lage erwarten — das die Hoffnung, die zukünftige Repräsentation, die Spitze der Republik Russlands!

Wohl wiegt sich die Bauernschaft noch in dem Wahne, der jetzige Zar werde noch die echte Freiheit, Land und Freiheit geben, wohl hat man durch allerhand Machinationen gesucht, den Glauben an den Zaren resp. an das Zarenthum aufrecht zu erhalten, aber obwohl es Mühe und Opfer genug kosten wird, auch diese Volksillusion muss und wird schwinden (das Makow'sche Zirkulair wird das Seinige beitragen), und indem wir gerne die Worte des Verfassers acceptiren, dass „wenn unsere Intelligenz voll und ganz zum Volke übergehen, in's Volk sich hineinbegeben und aufhören wird, von demselben durch ihre Sonderinteressen und Sonderstellung getrennt zu sein, wenn sie ihre Lebensweise als isolirte Korporation, als Art Leibwache im Lande aufgegeben, d. h. wenn sie ihre unsittliche und demoralisirende Verschiedenheit vom Volke abgeworfen haben, Russland zu dem werden wird, was es sein soll seiner demokratischen Grundlage sowohl als dem Geiste seiner früheren Geschichte nach" .... so hoffen wir doch, dass es dann nicht sein wird eine autokratische, zarische (wie Verfasser meint), sondern vielmehr eine soziale Republik, resp. ein freier Volksstaat auf der Grundlage des Gemeineigenthums an Grund und Boden und der Autonomie, dieser wirklich geschichtlichen Eigenthümlichkeit Russlands! —

Aus dem übrigen Inhalt des Büchleins möge noch Eines Erwähnung finden. Getreu seiner Wissenschaftlichkeit und seinem klaren Kopfe sucht der Verfasser die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des alleinherrschenden Zarenthums noch durch folgendes Argument zu beweisen:

„Blicken wir auf Westeuropa hin; dort ist schon längst eine konstitutionelle Ordnung der Dinge eingeführt (intelligente Leute sind dort auch viel mehr, als bei uns), und doch sind überall die Vulkane der Revolution, wenn nicht in Thätigkeit, so doch als beständige furchtbare Drohung sichtbar. Woher diese revolutionären Bewegungen und was bedeuten sie? *Sie sind nichts Anderes mehr, als der Drang, die Bestrebungen des gemeinen Volkes, sich mit den obersten Gewalten* (seinen Monarchen) *zu vereinigen, von denen es getrennt ist!*" —

Nach dieser überraschenden Leistung des Verfassers können wir ihn getrost verlassen. *Marius.*

Alexander Flegler. Geschichte der Demokratie. I. Band. Alterthum. Nürnberg, 1880. Selbstverlag, Versendung Ludwig Rösel. XVIII und 644 S.

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, dass die zu Ende des vorigen Jahrhunderts zur Herrschaft gelangte Denkweise, welche noch heute, je nach der mehr oder minder radikalen Färbung, unter dem Namen der „liberalen“ oder „demokratischen“ wissenschaftlichen Richtung fortlebt, so auffallend geringe Fortschritte auf dem Gebiete der Geschichtsdarstellung aufzuweisen hat. Voltaire hat allerdings die Entwicklung dieser Wissenschaft sehr gefördert, indem er darauf hinwies, dass die Thaten der Könige, Feldherrn und Diplomaten nicht das einzige seien, was der Nachwelt überliefert werden solle, dass vielmehr die Sitten, Gebräuche, Verfassungszustände und dergl. der Völker bei weitem wichtiger seien, als jene pomphaften aber fruchtlosen Thaten. Das war sicher ein gewaltiger Fortschritt, aber dabei ist man stehen geblieben und musste man wohl stehen bleiben. Der „freiheitlichen“ Richtung gelten alle ihre Ansichten und Lehrsätze nicht für relativ, sondern für absolut, unter allen Verhältnissen, richtig; die Gegenwart ist der Maassstab, mit dem die ganze Vergangenheit gemessen wird. Dass da von einem Verständniss der letzteren nicht die Rede sein kann, ist klar. Der Parteistandpunkt muss den historischen Blick trüben, wenn die ganze Geschichtsentwicklung nach den modernen Anschauungen beurtheilt wird. Dem Republikaner z. B. müssen auf diese Weise alle Republiken des Alterthums als sehr verehrungswürdig, alle Monarchien als abscheulich erscheinen; der deutsche Historiker sieht in den Päpsten lauter Ungeheuer, in den Kaisern lauter Männer voll Edelmuth und Hochsinnigkeit; Voltaire beurtheilte alle Priester aller Zeiten und Länder nach Analogie der Jesuiten. Da musste man natürlich dahin kommen, die Weltgeschichte als nichts anderes, denn als ein Weltgericht aufzufassen; daher die Ehrenrettungen eines Kleon, Catilina einerseits, eines Tiberius, Nero, einer Lucretia Borgia andererseits, welche ja als Ehrenrettungen eigener Parteigenossen galten; daher überall die Sucht, die Schurkereien der Gegner und Grossthaten der eigenen Partei in der Geschichte recht hervorheben.

Von einer unbefangenen Forschung ist natürlich bei einem Historiker keine Rede, der es als seine Pflicht ansieht, voll sittlicher Entrüstung die Tyrannen zu brandmarken und die Märtyrer der Freiheit mit einer Gloreole zu umgeben.

Selbst ein so genialer Denker wie Buckle scheiterte schliesslich an dieser eigenthümlichen Richtung seiner Partei. Obgleich er sehr wohl erkannte, dass die Wissenschaft der Geschichte die Aufgabe habe, die Ursachen der menschlichen Entwicklung zu bestimmen und die Gesetze, nach welchen diese sich vollzieht, darzulegen, so war doch der Parteistandpunkt in ihm zu mächtig, als dass er sich seinen historischen Blick hätte ungetrübt bewahren. können. Für das Alterthum und Mittelalter konnte er daher ebensowenig ein Verständniss haben, als seine Parteigenossen. Die Neuzeit von der englischen Revolution an hat er zwar ziemlich richtig erfasst, ganz und voll konnte er aber ihre Entwicklung doch nicht verstehen, da ihre Wurzeln, die ihr vorhergehenden Jahrhunderte und Jahrtausende, ihm fremd

blieben. Buckle's Werk ist daher im Grunde genommen nicht viel mehr als eine Sammlung geistreicher und anregender Aphorismen, die in ihrem Gesammtergebnisse auf eine Verdammung des „bevormundenden Geistes" und auf eine Lobpreisung des laisser faire, laisser aller hinauslaufen. Solche Basis ist doch zu schwankend, als dass man einen Neubau der Geschichte darauf bauen könnte.

Wir glauben, dass überhaupt von liberaler Seite ein Fortschritt in der Methode der Geschichtswissenschaft nicht mehr möglich ist. Derselbe muss aus dem sozialistischen Lager kommen, wo man längst zur Ueberzeugung gelangt ist, dass jegliche Anschauung nur relativ richtig und dass jede Regierungsform, Religion etc. das Produkt der Verhältnisse sei. Nur im sozialistischen Lager besitzt man Unbefangenheit genug, um die Lächerlichkeit und Anmassung, die in dem Ausspruche: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht," liegt, zu erkennen und die Aufgabe des Historikers nicht darin zu sehen, in einer Person Ankläger und Richter von Todten zu sein, sondern darin, uns das Verständniss der Vergangenheit zu erschliessen, damit wir die Gegenwart besser verstehen lernen. Wir müssen uns auch in historischer Beziehung auf eigene Füsse stellen und unabhängig von den Demokraten machen.

Deren völlige Sterilität auf historischem Gebiete ersehen wir wieder aus dem Buche des Herrn Flegler, der in ähnlicher moralisirender Manier, wie Schlosser oder Kolb, sein Werk für alle die geschrieben hat, „welche sich wenigstens in dem Urtheile über die Vergangenheit von knechtischem Sinne ferne zu halten vermögen, wenn sie auch den Rücken unter dem Druck der Gegenwart beugen müssen. Ich habe ohne wissentliches Vorurtheil," fährt Herr Flegler in der Vorrede fort, „ohne irgendwelche gehässige Leidenschaft und frei von einem ausschliesslichen Parteistandpunkte geschrieben, wenn man nicht auch die tiefe Achtung vor religiöser Ueberzeugung, die Vertheidigung der bürgerlichen Freiheit und die strenge Anwendung sittlicher Grundsätze auf die Stellung zwischen Fürsten und Völkern, wie von Volk zu Volk, unter diesen letzteren mitbegreifen will." Hier haben wir also wieder den Weltrichter, der die ganze Welt nach seinen Grundsätzen richtet. Er will „Begeisterung" mit seiner Geschichte erregen, steht also noch ganz auf dem Standpunkte, den schon Livius in der Vorrede zu seiner römischen Geschichte als den seinen präzisirt hat, und der die Geschichte nicht als Wissenschaft, sondern als pädagogisches Hilfsmittel hinstellt, sowie etwa Kindern die Fabeln vom „guten" Lamm und „bösen" Wolf erzählt werden, obwohl die Wissenschaft weder ein gutes Lamm noch einen bösen Wolf kennt.

Das Buch des Herrn Flegler bietet also keinen Fortschritt in Bezug auf die Behandlung des Stoffes, sondern bewegt sich in durchaus ausgefahrenen Geleisen.

Ist es aber auch nicht besser, als die meisten der herkömmlichen Kulturgeschichten, so ist es auch nicht schlechter. Im Gegentheile. Es ist eine fleissige und ehrliche Arbeit, die sich vor den journalistischen Machwerken eines Hellwald, Henne am Rhyn u. A. vortheilhaft auszeichnet. So krasse Unrichtigkeiten, wie etwa bei Hellwald, der — unglaublich, aber wahr! — die alten Griechen Abends in's Theater gehen lässt (Kultur-

geschichte, 2. Aufl. pag. 384), finden sich nirgends*), nur ein Mangel an Quellenkritik macht sich öfters bemerkbar, besonders in der älteren römischen Geschichte bis zum gallischen Brande. Vieles Veraltete ist da zu finden, was besser ausgemerzt worden wäre. Auch gar manche Fabel der spartanischen und athenischen Urgeschichte hat Herr Flegler aufgenommen.

Oefter findet man falsche Auffassungen und schiefe Urtheile in Folge der Uebertragung moderner Anschauungen in's Alterthum.

So ist es z. B. ganz ungerechtfertigt, die athenische Seisachtheia mit der französischen Revolution zu vergleichen (pag. 155). Eine Umwälzung, gleich dieser, hat das ganze Alterthum nicht kennen gelernt, keine der in diesem vorgekommenen staatlichen und gesellschaftlichen Aenderungen war so einschneidend, dass sie der französischen Revolution gleichgesetzt werden könnte; am wenigsten aber kann man dies mit der athenischen Seisachtheia thun, welche bekanntlich blos darin bestand, dass Solon, um den ärmeren Bürgern die Rückzahlung ihrer Schulden zu erleichtern, die Drachmen um 27 % leichter prägen liess und die Gläubiger zwang, diese leichteren Münzen an Stelle der vollwerthigen anzunehmen. Es war dies eine Massregel von blos vorübergehender Bedeutung, wie sie sich im Laufe des Alterthums und Mittelalters oft genug ereignet hat. Sie bildete eine blos unwesentliche Beigabe der solonischen Gesetzgebung.

Wie hier so ist es auch pag. 192 und 196 eine Uebertragung moderner Anschauungen in's Alterthum, wenn von der athenischen Demokratie an diesen Stellen verlangt wird, sie hätte als Vertreterin der Freiheit und Gleichheit auch den Bundesgenossen gegenüber diesen Ideen folgen sollen. Nirgends im ganzen Alterthum wurde die Demokratie in diesem Sinne aufgefasst. Niemals predigte die Demokratie in den antiken Staaten die Freiheit und Gleichheit für die ausserhalb der Gemeinde Stehenden. Der nicht zur Gemeinde Gehörige war rechtlos und es war nur eine Frage der Opportunität und nicht des Rechtes, wie man ihn behandelte. Es widersprach also durchaus nicht dem demokratischen Geiste des Alterthums, wenn die Athener die Bundesgenossen unterdrückten.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle schiefen, auf modernen Ideen begründeten Ansichten in dem Buche des Herrn Flegler zergliedern. Nur zwei wollen wir noch betrachten, welche auch einen weiteren Leserkreis interessiren dürften.

Die eine der Ansichten, die wir berühren wollen, bezieht sich auf die Gracchen. Von denen sagt Herr Flegler: „Schon von der Mitwelt zur Zielscheibe des unversöhnlichsten Parteihasses gemacht und bis auf unsere Tage missliebig beurtheilt und verkleinert, sind und bleiben sie dennoch die muthigen Blutzeugen eines grossen und unsterblichen Gedankens. Man hat sie die Verderber des römischen Freistaates gescholten, die heftige Maasslosigkeit, die unruhige Hast, die verfrühte Unreife ihres Unternehmens

---

*) Hie und da hat sich allerdings auch manch bedenklicher lapsus calami eingeschlichen. So pag. 557, wo es vom römischen Weltreiche heisst: „Das ganze Reich war von einem mächtigen Grenzwalle umgeben." So arg war es denn doch nicht. Stellenweise, z. B. gegen die Picten in Schottland, gegen die Germanen zwischen Rhein und Donau, waren Wälle gezogen, aber niemals umfassten diese auch nur einen grösseren Theil des Reiches.

getadelt; im Grunde aber kommen sie für das, was sie anstrebten, viel zu spät. Das republikanische Leben war bereits bis zu den Wurzeln hinab von Fäulniss angefressen, als sie ihre beredte Stimme für gesellschaftliches Recht und bürgerliche Gleichheit erhoben. Jene Art von augendienerischer und abzielender Geschichtsschreibung, welche in dem ganzen Verlaufe der römischen Republik nur den strafbaren Abfall von der unantastbaren Heiligkeit des Königthums erblickt, die den erblassten Schemen des letzteren bald an dem palatinischen Hügel, bald auf dem Kapitolium, hier in der Kurie, dort auf dem Forum oder dem Marsfelde, gleich dem unvertilgbaren Gesichte des Hintergrundes, auf und nieder schweben sieht, dieselbe Geschichtschreibung endlich, welche den Cäsarismus als ewige Gnadenwahl in alle Fugen der römischen Geschichte eingegraben glaubt, — sie hat den beiden Gracchen das frevle Unternehmen angedichtet, dass bereits die Eitelkeit des königlichen Diadems der geheime Sporn ihrer Handlungen gewesen sei. Dieser Inzicht ist im Angesichte der nüchternen Thatsachen, die vor uns stehen, nichts als eine fade Beschimpfung, die nur dadurch ärgerlich wird, dass sie nicht sowohl den Personen, als dem Glauben an die unveräusserlichen Rechte der Völker, an die Idealität menschlicher Bestrebungen gilt." (pag. 372.)

Herr Flegler stellt also ebenfalls, wie so viele Andere, die Gracchen als eine Art sozialdemokratischer Volksmänner hin, welche für „gesellschaftliches Recht und bürgerliche Gleichheit stritten." Wir haben angesichts der „nüchternen Thatsachen" zu dieser Ansicht nicht kommen können. Die Massnahmen der Gracchen und namentlich des Gajus Gracchus zielten wohl darauf hin, die Macht der Aristokratie zu brechen, aber nicht nach Ausdehnung der Volksherrschaft. Freilich, den Herren Demokraten erscheinen alle Massregeln der Volkstribunen als unantastbar. Bei Herrn Flegler finden sich einige Pröbchen davon. Vor Gajus Gracchus waren die Geschwornengerichte in den Händen des Senates. Um der Aristokratie dieses Werkzeug zu nehmen, liess G. Gracchus bestimmen, diese Gerichte sollten künftighin aus den Rittern, d. h. den Bankiers, zusammengesetzt werden. Diese Massregel war entschieden nur gegen den Senat, nicht aber zu Gunsten des Volkes verfügt worden, trotzdem sieht Herr Flegler hier die Absicht des Tribuns, „die Behandlung der innerlichen Rechtsfragen zu einer gerechteren und volksthümlicheren zu machen." Gerechtigkeit und Volksthümlichkeit in den Geschwornengerichten der Ritter! — Um den Senat zu schwächen, nahm ihm G. Gracchus ferner noch die Verwaltung der Provinz Asia und verpachtete deren Zölle und Einnahmen an die Ritter. Er wusste, dass er damit diese reiche Provinz dem Ruin überlieferte, indem er sie den Rittern als Aussaugungsobjekt überliess, die ganze Massregel war weder „volksthümlich" noch „gerecht", trotzdem hat Herr Flegler herausgefunden, dass G. Gracchus dadurch die „geheimen Fäden schamloser Bestechlichkeit, welche tief in die senatorischen Kreise hineinreichten, für immer zerreissen wollte." Dass Gracchus auf den Ritterstand allein sich nicht stützen konnte, dass er daher auch Gesetze zu Gunsten des Volkes erlassen musste, ist klar. Aber es ist jedenfalls bemerkenswerth, dass alle die Diktatoren und Imperatoren nach ihm, ein Marius, ein Cäsar und Andere, ganz dieselben Massregeln, wie er, nämlich Ackergesetze, Getreidespenden und die Ertheilung

des römischen Bürgerrechtes an die Italiker forderten. Auch ein Marius und Cäsar waren Demokraten, und die von Flegler, Kolb u. A. so hoch gepriesenen Brutusse und Catone waren die gefüchtetsten Blutsauger der Provinzen, die ärgsten Wucherer und die Vertheidiger derselben Aristokratie, welche Gracchus so erbittert bekämpft hat. Man darf eben nicht die römische Demokratie mit modernem Maassstabe messen. In Rom gab es nur eine Aristokratie, die von der Aussaugung der Provinzen lebte, und eine „Demokratie“, die aus der Ausbeutung der Aristokraten ihre Nahrung zog. Die politische Macht war für das Proletariat blos ein Mittel des Gelderwerbes, der politischen Prostitution. Die Aristokraten kauften sich die Befugniss zur Aussaugung der Provinzen von Fall zu Fall vom souveränen Volke, die Cäsaren kauften dagegen dem Proletariat den ganzen Staat auf einmal gegen feste Lieferungen von Getreide und Festlichkeiten ab. Die Monarchie war also blos eine Vereinfachung des eklen Handels, und nur diejenigen, welche von Worten statt von Begriffen sich beeinflussen lassen, und denen die Worte Republik und Demokratie zu allen Zeiten denselben Begriff repräsentiren, können den Untergang der römischen Republik bedauern. Mit dem Sturze der Aristokratie war aber der Sturz der Republik nothwendigerweise verbunden, da der zuchtlose Haufe Lazzaroni, der das römische „Volk“ ausmachte, ganz unfähig und gar nicht gewillt war, das Staatswesen zu leiten. G. Gracchus arbeitete also ganz sicher der Monarchie in die Hände, indem er die Aristokratie schwächte. Ob er nach dem Diadem gestrebt oder nicht, ist eine Formfrage höchst nebensächlicher Natur. Thatsache ist, dass die Bewegung der Gracchen nichts weniger als der „letzte Nothruf des gesunden Volksgefühles, ein Aufschrei der gekränkten Menschenwürde“, sondern das erste Symptom des Verfalles, der Beginn des Cäsarismus war. Zu diesem Resultate wäre auch Herr Flegler gekommen, wenn er weniger Zeit auf moralische Entrüstung gegen die Tyrannen und mehr Zeit auf Untersuchung der Bestandtheile der römischen Demokratie verwendet hätte, eine Untersuchung, mit er sich gar nicht befasst hat. Er würde dann auch nicht so schiefe Ansichten über das Cäsarenregime äussern, das er ebenfalls in ganz unhistorischer Weise nach modernen Anschauungen und Begriffen beurtheilt. Wie unwahr ist es z. B., wenn Herr Flegler sagt: „Während die Staatsweisen und Rechtsgelehrten, wenn schon an Krücken gehend, die Ergüsse und Kundgebungen des kaiserlichen Imperiums dem Volke mundgerecht zu machen suchten, erhoben die Provinzen ununterbrochen stillen oder lauten Protest gegen die ihnen zugemuthete Unterdrückung.

Waren sie sich über den eigentlichen Sitz des Uebels nicht klar, und vermochten sie noch weniger den richtigen Weg zu finden, der sie aus dem labyrinthischen Dunkel jener Zeiten zur wahren Freiheit zurückleiten könnte, so bewahrten sie doch treu in sich das Gefühl erlittenen Unrechts und machten ihrem Zorne und Unwillen durch trotzige Erhebungen Luft.“ (pag. 563.)

Nichts kann falscher sein, als das. Für die Provinzen des römischen Weltreichs war die Kaiserherrschaft ein wahrer Segen. Unter der Republik wurden Mitglieder der römischen Aristokratie als Beamte in die Provinzen geschickt, welche sich ungestraft jegliche Ausschreitung erlauben durften. Diejenigen, die sie daheim richteten, waren ja dieselben, welche es ebenso

gemacht hatten. Ganz anders, als kaiserliche Beamte in die Provinz gesandt wurden. Jede Ausschreitung derselben wurde unnachsichtig bestraft, weil sie eine Einnahmsquelle des Kaisers verminderte. Die Provinzen wurden allerdings als Domänen behandelt, aber dasselbe Schicksal hatten sie auch unter der Republik. Der Unterschied war blos der, dass hier rationelle Wirthschaft, dort Raubbau getrieben wurde. Unter der Republik waren die Provinzen vom römischen Volke unterjocht, unter den Kaisern galt gleiches Recht für Alle, ob Römer oder Provinzialen, und das war es, was die römische Aristokratie so empörte und ihren starren Historiker Tacitus zu seinen Invektiven gegen einen Tiberius, Caligula und deren Nachfolger veranlasste. Die Geschichte der Cäsaren von einem Aristokraten geschrieben hat ebensoviel Anspruch auf Glaubwürdigkeit, als eine Geschichte der Pariser Kommune von einem Bourgeois verfasst. Viele der Gräuelthaten der Kaiser sind übertrieben; soweit sie stattgefunden haben, lagen sie im Geiste der Zeit, welche die rücksichtslose Verfolgung der politischen Gegner lehrte. Tiberius und Nero haben nicht grausamer gewüthet, als Tacitus Parteigenosse, der aristokratische Sulla. Ihr Wüthen richtete sich naturgemäss bloss gegen die römische Aristokratie, nicht gegen das Volk; die Provinzen wurden besser und menschlicher unter Tiberius, als zur Zeit der Gracchen verwaltet. — Gajus Gracchus hat, wie wir sahen, eine blühende Provinz der Verödung und Ausbeutung durch die geldgierigen römischen Bankiers überlassen, nur um deren Stimmen zu kaufen. Dagegen begann, als die Opposition der Aristokratie gebrochen war, mit Nerva die glücklichste Zeit für das römische Weltreich.

Hier, wie in anderen Punkten, sind die Fehler des Herrn Flegler die der demokratischen Geschichtsschreibung überhaupt. Aber leider zeigt sein Buch auch Mängel, die wir in anderen Werken, z. B. denen von Kolb, nicht finden. Herr Flegler hat zwar mit grosser Emsigkeit ein umfangreiches Material zusammengetragen, aber von einer Sichtung und Behandlung desselben nach einheitlichen Gesichtspunkten ist nichts zu merken. Während die einen Partien ungenügend behandelt sind, vieles zu Erwähnende ganz fehlt, ist manches Ueberflüssige dagegen mit einer behaglichen Breite erzählt, die einen Freund methodischer Behandlung der Geschichte zur Verzweiflung bringen könnte. Obgleich das Buch sich eine Geschichte der Demokratie nennt, ist der Demokratie nicht einmal die Beachtung geschenkt, die sie in einem gewöhnlichen Geschichtsbuche verdiente. Die Formen der Gesetzesfabrikation, das heisst, die verschiedenen Verfassungen, sind zwar eingehend behandelt, aber darin ist doch nicht das Wesen der Demokratie erschöpft? Eine Untersuchung ihrer sozialen Grundlagen und der Zusammensetzung ihrer Bestandtheile wäre um so mehr am Platze gewesen, als der antike Begriff der Demokratie ein von dem modernen ganz verschiedener war. Man findet im Alterthume zwar demokratische Gemeinden und Kantone, aber kein demokratisches grösseres Staatswesen. Dieser Begriff war dem Alterthume völlig fremd, seine grösseren Staatswesen waren alle auf aristokratischer oder monarchischer Grundlage aufgebaut. Von alledem ist bei Herrn Flegler keine Rede, er behandelt die alten Demokratien ganz nach Analogie der modernen.

Aber auch die politische Entwicklung der Demokratie ist äusserst lückenhaft wiedergegeben. Eine der eigenthümlichsten und wichtigsten

Erscheinungen, welche die Entstehung der Demokratie in Griechenland begleiten, ist die Tyrannis. Sie ist mit der Demokratie auf demselben Boden gewachsen, dem Kampfe gegen die aristokratischen Geschlechter. Es ist unmöglich, das Aufkommen der griechischen Demokratie zu verstehen, wenn man sich nicht über die Bedeutung und das Wesen der Tyrannis klar ist. Wenigstens einige Seiten des umfangreichen Bandes hätten ihr gewidmet werden sollen. Was finden wir aber? Auf Seite 136 heisst es: „Mit Hilfe des jonischen Demos stürzten einzelne begabte und ehrgeizige Männer den dorischen Adel und setzten die Alleinherrschaft ihrer Familien oder die sogenannte Tyrannis an dessen Stelle.“ Und Seite 164: „Es hatte sich von Kleinasien herüber, wie ein verpestender Luftzug, unter den städtischen Geschlechtern die Sucht verbreitet, durch Handstreiche und Ueberrumpelungen eine sogenannte Tyrannis zu gründen. Die Staatskunst der persischen Könige, welche damals ihren mächtigen Einfluss auf alle Nachbarländer ausdehnte, hatte allen diesen Unternehmungen geflissentlich Vorschub geleistet. Auch Athenä wurde von dem Schwindel ergriffen.“ Damit ist die Untersuchung über die Grundlagen und Ursachen, sowie Wesen und Bedeutung der Tyrannis abgethan.

Für einen ächten Demokraten muss natürlich der Name genügen, um die ganze Bewegung als „verpestenden Lufthauch“ und „Schwindel“ zu brandmarken.

Lässt sich Herr Flegler hier von seinem demokratischen Gefühle leiten, anstatt von historischer Kenntniss, so ist es anderwärts das in ihm sehr mächtige religiöse Gefühl, das ihn Dinge mit ungebührlicher Breite behandeln lässt, die mit dem Thema gar nichts zu thun haben. Wir gehören nicht zu jenen bornirten Freidenkern, welche Jeden verketzern, der religiöses Gefühl an den Tag legt. Wir achten dies Gefühl, aber wir verlangen, dass es nicht unsere wissenschaftliche Erkenntniss beeinträchtige. Was soll man jedoch dazu sagen, wenn in einer Geschichte der Demokratie die Christuslegende mit allen ihren Wundern, die als wahr hingenommen werden, in gemächlicher Breite 36 Seiten lang erzählt wird (pag. 466—502), wenn der Entstehung des Christenthums und dem Aufbau der katholischen Kirche bis zum Beginn der Völkerwanderung 123 Seiten gewidmet sind, indess die athenische Demokratie auf 79 Seiten abgethan wird? Der rein kirchengeschichtliche Donatistenstreit, der mit der Demokratie absolut nichts zu thun hat und gar keine Erwähnung verdient hätte, nimmt sechs Seiten in Anspruch, und die wichtige Frage, ob Christus der Beiname Homusios oder Homoiusios beigelegt werden solle, füllt gar 16 Seiten. Nicht einmal ein gewöhnliches Geschichtswerk von gleichem Umfange dürfte den kirchengeschichtlichen Theil so weit ausdehnen, am allerwenigsten eine Geschichte der Demokratie. Herrn Fleglers Werk entspricht also nicht nur nicht seinem Titel, sondern entbehrt überhaupt jedes historischen Taktes. In gänzlicher Systemlosigkeit ist das Materia aufgehäuft, hier zu spärlich, dort erdrückend durch seine Fülle. Rechnen wir hinzu, dass der Verfasser überdies noch in Folge seiner geringen Kritik der Quellen hie und da längst beseitigtes Material noch einmal vorbringt, und dass er das Verständniss des Alterthums durchaus nicht fördert, wenn er es von modernen Gesichtspunkten aus betrachtet, dann müssen wir gestehen, dass seine Arbeit nur wenig befriedigend wirkt. Nur ungern

fällen wir dies Urtheil, angesichts der Ehrlichkeit und des Fleisses des Verfassers, Eigenschaften, die jede Zeile erkennen lässt: der Wille ist gut, aber das Fleisch ist schwach. K. Kautsky.

Dr. Wilhelm Neurath. Volkswirthschaftliche und sozialphilosophische Essays. Wien, Faesy und Frick. 1880. 527 S.

Es liegen uns unter diesem Buchtitel fünf Arbeiten des Verfassers vor: „Idealismus der Arbeit," „die soziale Frage," „Darwinismus und Nationalökonomie," „Schutzzoll und Freihandel", „die Funktion des Geldes." Philosophische Vertiefung, historisch-realistische Behandlung volkswirthschaftlicher Fragen, das ist der Hauptzweck des Verfassers, und von hohem Interesse ist es, seinen Versuchen näher zu treten. Die geistvolle Art der Darstellung, die reichen naturwissenschaftlichen Kenntnisse des Verfassers und der warme, oft den Leser unwillkürlich fortreissende idealistische Hauch, der einzelne Partien des Buches durchweht, machen es äusserst lesenswerth. Der Verfasser ist Idealist oder Ideal-Philosoph, und sein Buch, wenigstens in seinem Kerne, eine grossartige Apotheose des Idealismus, wie unsere nüchterne Zeit sie schon lange nicht mehr gesehen hat. Der Verfasser träumt von einem „Sozialreiche des Geistes und der Liebe" und wenn sich gegen die Begründung und Entwicklung desselben, über den Mangel scharfer konsequenter Durchführung der gefundenen Resultate bei ihrer Nutzanwendung auf die gesellschaftlichen Zustände begründete Klage führen lässt, so hat man trotz alledem dem Verfasser für seine Arbeiten, die auf dem Gebiete der Idealphilosophie immerhin zu den beachtenswertheren Leistungen zählen, doch Anerkennung zu zollen.

Wir wollen hauptsächlich diejenigen Arbeiten in's Auge fassen, die vorwiegend idealphilosophischer Bedeutung sind. Es sind dies allerdings mehr oder weniger alle, vornehmlich aber doch die drei ersten. Um den Standpunkt des Verfassers genauer kennen zu lernen, ist es nothwendig, uns in seine Erörterungen über „Darwinismus und Nationalökonomie" zu versetzen, wo er die Grundsteine seines Sozial- und Weltsystems zusammenträgt. Der Verfasser wendet sich hier gegen den Missbrauch der Darwinischen Lehre von der „Auslese durch den Daseinskampf und der Fortbildung dessen, was dem Wesen oder der gesammten Naturökonomie nützt." Darwins Lehre würde heute zu Hilfe gerufen, um jene rauhe, harte Sozialtheorie zu kräftigen, welche zuerst angewandt wurde, „um das Elend der Massen in der Gesellschaft als ein nie zu behebendes hinzustellen und den Reichen ihre Stellung als eine von der Natur gewollte und als gerechte zu erweisen." Die Besitzlosen hatten nun, so meint Herr Dr. Neurath, den Spiess umgekehrt. „Aus den gleichen, schrecklichen Prinzipien haben sie kulturmörderische Lehren als sozialdemokratische Wirthschaftstheorie abgeleitet. Die übermässige Vermehrung der Menschen, lehrte die Nationalökonomie, macht es nothwendig, dass die Mehrzahl elend ist, und die freie Konkurrenz sorgt dafür, dass immer die Fähigsten allein Plätze finden

und in günstige Lagen sich erheben. Sich der armen Massen annehmen, hiesse erst recht auf das allgemeine Elend und auf Gleichstellung der Untüchtigen mit den Tüchtigen hinarbeiten. Und unter Tüchtigkeit wird hier selbstverständlich die Tüchtigkeit im Konkurrenzkampfe verstanden. Die ideale Fähigkeit: Religiosität, Adel des Gemüthes, Hoheit des schauenden Geistes, Ueberströmen von Liebe, Hingebung an das Schönheitsideal u. s. w., solche Tüchtigkeit ist doch nicht gemeint. Denn diese Qualitäten machen wohl nicht besonders stark für den Kampf um Reichthum, der das Leben des Marktes erfüllt. Kampf, Kampf um Reichthum werde zum Losungsworte auch bei den besitzlosen Massen. „Das Leben begünstigt die Stärkeren. Seien wir also die Stärkeren! Die Mehrzahl sind wir, und es fehlt nur die Einigkeit und der Muth. Sind wir Arbeitermassen einmal geeint, dann ist die Kraft auf unserer Seite."

Wir wollen uns hier nur darauf beschränken, einen bedeutsamen Irrthum des Verfassers zu konstatiren. Die besitzlosen Massen, soweit sie in den sozialen Kampf getreten sind, führen ihn nicht um Reichthum, sondern lediglich um eine gesicherte Basis, von der aus sie erfolgreich ihre Kräfte bethätigen können. Diese Basis ist allerdings gleichbedeutend mit der Erstreitung günstigerer Lebensbedingungen, zwischen diesen und dem Erwerbe von Reichthümern aber besteht ein grosser Unterschied. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten beanspruchend, sehen die besitzlosen Klassen, soweit sie unter der vom Verfasser bezeichneten Fahne marschiren, ihr Ideal erwiesenermassen nur in einem auskömmlichen Dasein, und wo dies geschieht, kann doch von kulturmörderischen Bestrebungen keine Rede sein, und dies noch um so weniger, wenn das auskömmliche Dasein lediglich dazu dienen soll, zahllosen Individuen, die heute von der Bethätigung ihrer Fähigkeiten so gut wie ausgeschlossen sind, den Antheil an der Kulturarbeit zu ermöglichen.

Herr Dr. Neurath proklamirt, einen zu immer höheren Lebensformen aufsteigenden Entwicklungsprozess in der Menschheit annehmend, die geistige Gleichartigkeit aller menschlichen Wesen. „Schöpferische Geister," sagt er, „hoch empfängliche Seelen ohne bedeutende Schaffenskraft und Köpfe von gewöhnlichem Schlage sind durchaus nicht Wesen von grundverschiedener Art. Nur Gradunterschiede, wenn auch vielleicht von bedeutendem Maasse, waren in der Kraft dieser verschiedenen Seelen zu entdecken. In jedem Gehirn, in jeder Seele sind so vielerlei Triebe zur Thätigkeit — sei es zu blos nachschaffender oder neuschaffender vorhanden, als es eben Kräfte in dieser Seele gibt. Jede Seelenkraft sehnt sich mit mehr oder minderer Lebhaftigkeit nach aufnehmender und schaffender Bethätigung. Die eine bedarf wohl grösserer, die andere geringerer Anregung von aussen her. Jeder Gedanke, jedes Gefühl strebt einerseits darnach, frei auszuströmen und sich zu entfalten, und andererseits sich mit anderen Gedanken und Gefühlen zu gatten, sich durch sie zu ergänzen und zu höheren, reicheren, harmonischen Seelengestalten zu erheben."

Nach des Verfassers Ansicht sind alle Menschen mit den Keimen des Idealismus ausgerüstet und zum Weltreiche der Liebe berufen. Wäre dies richtig, dann wäre der Mensch mit einem Schlage der grausamen Darwinischen Auslese entrückt, dann wäre seine Knechtung nicht etwas natürliches, sondern ein gegen

seine Natur gerichtetes Verbrechen. Dann läge auch eine breite offene Strasse vor den Augen des menschenfreundlichen Reformers, und ihr Ziel wäre die Erlösung der Geknechteten aus ihrer Abhängigkeit, die Beendigung des heutigen rauhen und rohen Konkurrenzkampfes und damit auch des Privilegs des Einzelnen auf ausschliesslichen Kulturgenuss. Da die Erlösung der Geknechteten, die Möglichkeit, sie an der Kulturarbeit ihren Fähigkeiten entsprechend Antheil nehmen zu lassen, nur dadurch möglich ist, dass die Besitzlosen zu Besitzenden werden, könnte der Liebesstaat des Herrn Dr. Neurath nur ein kommunistischer sein, in dem ja allein die Liebe und Brüderlichkeit in höchster Potenz anzutreffen wäre.

Herr Dr. Neurath wird vor diesem Ziele vielleicht erschrecken, aber es ist das, was wir als Konsequenz aus seiner Theorie hervorgehen sehen. Er lenkt das Gesellschaftsschiff auch thatsächlich diesem Ziele zu, freilich bedächtig, mit äusserster Vorsicht. Die einfache soziale und wirthschaftliche, die realistische Vernunft empfiehlt ihm, auf eine organische Fortbildung der Gesellschaft überhaupt und auf eine durch organische Mittel zu bewirkende, sittliche und wirthschaftliche Hebung der Lohn empfangenden Volksmassen hinzuarbeiten."

Er erblickt die Besserung unserer Zustände in der „Befruchtung der Volkskräfte durch bessere, materielle, moralische und intellektuelle Pflege, in der Gewährung grösserer Freiheit und edlerer sozialer Stellungen. Er fordert die Ueberführung des arbeitenden Volkes in die Klasse des Mittelstandes.

„Breit hin ausgedehntes Elend," sagt er „und daneben eine Minderzahl, welche im Genusse schwelgen kann, ist die Quelle von beiderlei Uebel, von Ueberpopulationen in den elenden Massen der Stadt neben Entvölkerung auf dem Lande. Nur ein breiter, den grössten Theil der Nation umfassender Mittelstand gibt eine gesunde Art von Anpassung der Volksvermehrung an die Vermehrung der Wohlstandsquellen." Er tritt für die genossenschaftliche Entwicklung ein. Die Gefahren eines die Freiheit schädigenden Sozialismus von oben und der gewaltsamen Revolution sieht er vermieden, wenn durch eine stetige Entwicklung des Genossenschaftswesens in allen seinen Formen eine Organisirung und Kräftigung der Mittelklassen bewirkt und den Lohn empfangenden Arbeitern der Weg zu einem sittlich wie ökonomisch kleinbürgerlichen Leben geebnet wird. Nur eine durch ein genossenschaftliches Leben aller Art gegliederte und von fluthenden Massen befreite Gesellschaft dürfte auf die von oben her sich vollführende Zentralisation des wirthschaftlichen Lebens ruhigen Auges hinblicken können. Der Verstaatlichung des Verkehrswesens würden einst die Verstaatlichung noch anderer Gebiete wirthschaftlichen Lebens folgen müssen, wenn das Kapital in seinem Zentralisationsprozesse fortschreitet, die mittleren Klassen aber in ihrer Zersplitterung, die Arbeiter in ihrer fluthenden Massenform verbleiben."

Herr Dr. Neurath empfiehlt alle Arten von Genossenschaften, für die Fabriken und industriellen Unternehmungen das bekannte Antheilsystem und seine Einführung — jedoch auf dem in den meisten Fällen

verfehlten Gnadenwege. Langsam, stetig müsse die neue Gesellschaftsorganisation sich vollziehen. Wir bemerken, dass Herr Dr. Neurath als äussersten Zielpunkt bei dem Antheilssysteme die volle Durchführung des genossenschaftlichen Prinzips erblickt, in Anbetracht der nothwendigen organisirten Fortbildung jedoch mit den Gnadenwege anfangen will.

Wir glauben, dass nur in vereinzelten Fällen die Unternehmer gerecht genug denken werden, dem Arbeiter für seine Mitwirkung an der Kapitalbildung mehr als den Tagespreis seines Arbeitskraft zu zahlen. Im Allgemeinen wird der Egoismus, die alltägliche Selbstsucht, die auf der Höhe kräftiger als in der Tiefe gedeiht, die Oberhand behalten und die Schliessung der gähnenden Kluft zwischen Reich und Arm zu verhindern wissen. Und kann man in heutiger Zeit, wo wir von einer Krise in die andere stürzen, wo zahlreiche Fabriken feiern und mehr noch nur mit reduzirtem Arbeiterstande arbeiten, im Ernste erwarten, dass sich viele Fabrikanten zur Einführung des Antheilssystems bequemen werden? Es ist leicht gesagt, die Arbeiter zu Genossenschaften zu organisiren, wie aber sollen die Genossenschaften befähigt werden, dem gewaltigen Drucke des Kapitals Widerstand zu leisten? Und wenn es gelingt, die Elite der Arbeiter zu sammeln, was soll mit denjenigen werden, die in so elenden Verhältnissen leben, dass sie ohne äussere Hilfe ausser Stande sind, sich emporzuraffen? Soll man sie etwa als „niedere Formen“ verkümmern, im Elende untergehen lassen? Und wer erhält die Mittelklassen, welche unter der Herrschaft des Kapitals in einem von Jahr zu Jahr erschreckendere Dimensionen zeigenden Niedergange sich befinden, bis zur Hebung des Proletariats am Leben? Wir fürchten, Herr Dr. Neurath wälzt den Stein des Sisyphus, das gehobene Proletariat sieht, auf der Höhe angelangt, ein neues Proletariat mit der gleichen Existenz, der es soeben entstiegen ist, unter sich.

Auf solchem Wege gelangt man niemals zum Ziele und verhindert weder den von oben drohenden Sozialismus noch die aus der Tiefe drohende Revolution der besitzlosen, an ihrem Leben nachgerade verzweifelnden Massen.

Das Buch schliesst mit zwei interessanten und lesenswerthen Arbeiten über „Schutzzoll und Freihandel“ und die „Funktionen des Geldes“, auf die wir des knappen Raumes wegen nicht näher eintreten können, auf die wir jedoch ihrer Objektivität wegen noch ganz besonders aufmerksam machen müssen. Jedenfalls bietet das Buch eine Fülle anregender und belehrender Momente. S. T.

L. O. Poppe. Der Staatsmonopolist oder ein Beweis für die Unhaltbarkeit unserer Zustände und ein Vorschlag zur schnelleren und friedlicheren Lösung der sozialen Frage durch mindere Schädigung einer der bestehenden Gesellschaftsklassen. Berlin, Selbstverlag, Schönhauser Allee. 28 S.

Wäre das vorliegende Büchlein vor dem Ausnahmegesetze erschienen, hätte man es verlacht, aber in der geistigen Oede, welche die Furcht vor

dem Sozialistengesetze auf sozialwissenschaftlichem Gebiete erzeugt hat, erscheint einem auch dieser kleine Tropfen wirthschaftlicher Erkenntniss als ein wahres Labsal, trotz der vielen Naivetäten, die in demselben enthalten sind.

Wir geben Herrn Poppe vollkommen Recht, wenn er die Unhaltbarkeit unserer Zustände namentlich von der chronischen Ueberproduktion ableitet, wenn auch die Beispiele, an denen er dies deduzirt, nicht immer am glücklichsten gewählt sind. Robinsonaden haben in der politischen Oekonomie keine Beweiskraft. Wir stimmen auch Herrn Poppe zu, wenn er im Sozialismus oder, wie er sich ausdrückt, im Staatsmonopolismus die Lösung der sozialen Frage sieht, obgleich wir auch hier nicht umhin können, zu tadeln, dass er 22 detaillirte Forderungen als conditio sine qua non des Staatsmonopols aufstellt; denn manche derselben sind so naiv, dass sie dem Eindrucke des Büchleins nur schaden. Ganz hübsch ist es berechnet, wie die Lage des Arbeiters im monopolistischen Staate sich verbessern muss. „Schon durch ein einfaches leichtes Exempel lässt sich ausrechnen," sagt Herr Poppe, „dass jeder Arbeiter sich wenigstens so stehen muss, wie in den heutigen Verhältnissen Jemand, der 2400 Mk. jährlich zu verzehren hat, und zwar wie folgt: 2400 Mk., die für Produkte und Arbeit jährlich ausgegeben werden, enthalten den Gewinnaufschlag des Kaufmanns, der mit 30 Prozent in Abzug zu bringen ist, so dass noch 1680 Mk. als Fabrikationspreis übrig bleibt. Hievon ist der Gewinn des Fabrikanten zu kürzen, der mit 50 Prozent gering angeschlagen ist, so dass sich der wirkliche Betrag, den die mit 2400 Mk. gekauften Produkte werth sind, auf 840 Mk. stellt. Rechnet man das Jahr zu 300 Arbeitstagen, so kommt auf jeden Arbeitstag 3 Mk. 80 Pf., oder 2 Mk. 30 Pf. pro Tag, ein Betrag, den heute durchschnittlich ein schlichter Arbeiter auch verdient. Derjenige also, der heute jährlich 840 Mk. Lohn bekommt, hätte nach diesem Beispiel 2400 Mk. verdient, wenn er seine Arbeit so verkaufen könnte, was sie eigentlich dem Konsumenten werth ist, wenn der Fabrikant und der Kaufmann nicht wären." (pag. 17.)

Weniger befreunden können wir uns mit der politischen Stellung, die Herr Poppe einnimmt. Wenn er glaubt, dadurch, dass er den Schwerpunkt auf das wirthschaftliche Gebiet verlegt und politischen Indifferentismus predigt, die für Deutschland richtige Agitationsweise gefunden zu haben, welche die richtige Mitte zwischen der Sozialdemokratie und dem Staatssozialismus einhält, dann irrt er sich gewaltig. Seine politischen Bestrebungen sind ebenso aussichtslos, als die der Staatssozialisten. Wir wollen hier nicht erörtern, ob die demokratische Republik die nothwendige Vorbedingung einer gedeihlichen Staatswirthschaft sei, sondern nur Herrn Poppe auf die historische Thatsache aufmerksam machen, dass die soziale Befreiung jeder Klasse durch diese selbst erfolgte. So lange eine Klasse nicht stark genug ist, um ihre Gegner entweder zu besiegen oder ihnen mindestens die Wage zu halten, so lange wird und muss sie unterdrückt bleiben, und kein Monarch, kann ihr da helfen. Ist daher eine Lösung der sozialen Frage möglich, so hat diese eine ausschlaggebende politische Machtstellung des Proletariats zur Voraussetzung. Im Proletariat ist aber der Gedanke der Republik zu einer Tradition geworden, die ihm nicht mehr entrissen werden kann. Seit

mehr denn hundert Jahren arbeitet die Bourgeoisie daran, aus dem Königthume ihr Werkzeug zu machen, und eben deswegen hat sie alles Mögliche gethan, um Monarchie nnd Proletariat in eine feindliche Stellung zu einander zu bringen. Die Bourgeoisie ist monarchisch gesinnt nnd mnss es sein. Die französische Republik besteht nnr in Folge der Zwietracht zwischen den drei Prätendenten, ferner, weil sie sich ganz in den Geleisen der Monarchie bewegt, und endlich deswegen, weil die Bourgeoisie sich fürchtet, ein zweitesmal eine Erhebnng, gleich der Kommnne, zu provoziren. Die Pariser Kommnne von 1871 war nämlich in erster Linie keine sozialistische, sondern blos eine republikanische proletarische Bewegung. Dem Proletariat in seiner Masse steht die Repnblik höher als der Sozialismns, das hat die Erfahrung schon hundertmal bewiesen, — und darum wird Herrn Poppe's Vorschlag bei Denen, für die er bestimmt ist, ebenso wenig Anklang finden, als der Staatssozialismus.

J—r.

W. Lexis. Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich. Ein Beitrag zur Kenntniss der sozialen Bewegung. Leipzig, Duncker und Humblot. 1879. VIII und 280 S.

Es ist eine nüchterne, ehrliche und, soweit es der Standpnnkt des Verfassers erlanbt, objektive Arbeit, die da vor uns liegt; auch ist dieser Standpunkt kein solcher, der ein Verständniss der Arbeiterbewegung nnmöglich macht. Der Verfasser gehört nicht zu denen, die er auf pag. 252 seines Bnches selbst sehr treffend charakterisirt, welche sich zu überreden suchen, es gebe keine soziale Frage, und es seien blos einige verkommene Arbeiter, die sich unerreichbare Bedürfnisse geschaffen und, da deren Befriedigung unmöglich sei, die Empörung gegen die Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hätten.

Herr Lexis erkennt wenigstens den privatwirthschaftlichen Interessenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit als in den Verhältnissen begründet an, nnd wenn er auch am Schlusse seines Buches einige schwache Versuche macht, nns und sich über die Nothwendigkeit desselben hinwegzutänschen, so zeigt er doch im Uebrigen ein klares Verständniss für die Naturnothwendigkeit des Klassenkampfes, und das ist bei einem Universitätsprofessor, der nie in solche Kämpfe praktisch eingegriffen, schon ziemlich viel. Weniger erbaulich ist seine totale Unkenntniss des Sozialismus, den er mit einigen verächtlichen Beiworten, wie ntopistisch etc. abthut. Gerade die Erkenntniss des theoretischen Sozialismus bietet einem Manne der Wissenschaft ungleich weniger Schwierigkeit, als das Verständniss der Arbeiterbewegung. Gibt es doch manchen verständigen nnd tüchtigen Sozialisten, namentlich aus den „besseren“ Ständen, dem die Nothwendigkeit des Klassencharakters der Arbeiterbewegung nicht einleuchtet, und der hofft, den intelligenten Theil der Bourgeoisie von der Gerechtigkeit der Arbeiterforderungen überzeugen zu können. Bei Leuten, welche diesem Theile der Bourgeoisie angehören, und die sich für den Sozialismns begeistern liessen, ist eine solche Illusion sehr natürlich. Sie beurtheilen die Anderen nach

sich und vergessen, dass sie weisse Raben sind. Herrn Lexis ist eine solche Selbstenttäuschung fern, und er gewinnt dadurch den richtigen Blick für die Bestrebungen der Syndicalkammern.

Nach einer kurzen Einleitnng über die Bedeutung und das Wesen der Syndicalkammern behandelt Herr Lexis zunächst ihre gesetzliche Unterlage, die Vereins- und Versammlungsgesetzgebung von der grossen Revolution an. Wohl nirgends tritt deren Bourgeois-Charakter schärfer hervor, als anf diesen Gebiete. Die Konkurrenz sollte eine absolut individualistische sein, daher das Verbot nicht nur der Koalition der Arbeiter, der Arbeitgeber und der Waareninhaber, sondern anch jeder Assoziation von Genossen desselben Gewerbes.

Diese letztere, in dem Gesetz vom 14. Juni 1791 enthaltene Bestimmung entzieht aber den fachgewerblichen Verbänden der Unternehmer wie der Arbeiter, welche Zwecke sie auch verfolgen mögen, die Möglichkeit einer gesetzlichen Existenz. Der Form nach wurden hier Unternehmer und Arbeiter gleichmässig behandelt, was auch unter der Herrschaft des Prinzipes der Gleichheit nicht anders möglich war, aber in Wirklichkeit hatte man nur die Unterdrückung der Arbeiterverbindungen im Auge. Dies beweist neben der administrativen Praxis bis in die neueste Zeit der Bericht Chapeliers an die Nationalversammlung. Da heisst es unter Anderem: „Plusieurs personnes ont cherché à recréer les corporations anéanties en formant des assemblées d'art et métiers, dans lesquelles il a été nommé des présidents, des secrétaires, de syndics et autres officiers. Le but de ces assemblées qui se propagent dans le royaume et qui ont déjà établi entre elles des correspondances, est de forcer les entrepreneurs de travaux, les ci-devant maîtres, à augmenter le prix de la journée de travail, d'empêcher les ouvriers et les particuliers qui les occupent dans lenr ateliers, de faire entr'eux des conventions à l'amiable etc.“ Noch heute sind einige Artikel dieses Gesetzes gültig. Unter dem Direktorium, Konsulat und ersten Kaiserreich wurden die Koalitionsverbote noch bedeutend verschärft, nach dem Code pénal von 1810 werden sogar die „Führer und Anstifter“ von Arbeiterverbindungen mit zwei bis fünf Jahren Gefängniss und ausserdem nach Umständen zwei bis fünf Jahren Polizeiaufsicht bestraft!

Die Revolution von 1848 brachte keine weitere Aenderung dieser drakonischen Bestimmung hervor, als das die gesetzgebende Nationalversammlung durch das Gesetz vom 27. November 1849 auch die Unternehmer, wenn sie als „Führer oder Anstifter“ auftraten, mit derselben Strafe — auf dem Papiere — bedrohte. Fünfzehn Jahre lang blieb dieses republikanische Gesetz in Gültigkeit, bis unter dem Kaiserreich durch das Gesetz vom 25. Mai 1864 das Verbot der Koalition aufgehoben und mit Gefängnissstrafe von sechs Tagen bis zu drei Jahren und Geldstrafe von 16 bis 3000 Fr. blos die bedroht wurden, welche durch Gewaltsamkeiten, Drohungen oder betrügerische Vorstellungen eine Arbeitseinstellung herbeiführten oder aufrecht hielten.

Diese Konzession war nur eine scheinbare, da nach dem Gesetz vom 10. April 1834 jede dauernde Vereinigung zn einem bestimmten Zwecke der Genehmigung der Regierung bedurfte nnd die Polizeibehörden auf Grund

des Gesetzes vom 16. August 1790 das Recht in Anspruch nahmen, Versammlungen zu verbieten. Die Arbeiter konnten sich also nur mit Genehmigung der Regierung versammeln, die Strikes, wie Levasseur sagte, nur mit obrigkeitlicher Bewilligung zu Stande kommen.

Das Gesetz vom 8. Juni 1868 setzte endlich an die Stelle der Autorisation der Versammlungen durch die Polizeibehörde blos deren Beaufsichtigung, soweit es sich nicht um politische oder religiöse Fragen handelte. Dieses Gesetz ist auch in der Republik noch in Kraft geblieben, freilich mit dem Unterschiede, dass die republikanischen Polizeibehörden sich als viel unduldsamer erwiesen, als die kaiserlichen. Auch in der Vereins-Gesetzgebung hat sich die Republik reaktionärer gezeigt, als das Kaiserreich, indem sie durch das Gesetz vom 14. März 1872 jede internationale Vereinigung von Arbeitern schon dann als verboten erklärt, wenn sie den Zweck hat, Arbeitseinstellungen zu veranlassen.

Schon aus diesen Andeutungen geht hervor, wie miserabel die französische Vereins- und Koalitionsgesetzgebung ist, die Ausführungen des Herrn Lexis, welche mit lobenswerthem Eifer die Versuche der Arbeiterknebelung geisseln, thun dies noch eingehender und klarer dar.

Weniger interessant für die Leser des „Jahrbuches" dürfte der umfangreiche Abschnitt über die Verbände der Unternehmer sein, da denselben nur geringe Bedeutung für die soziale Entwicklung innewohnt. Sie vertreten blos praktische Geschäftsinteressen alltäglicher Art, dienen ihren Mitgliedern durch Agenturen etc. Im sozial-politischen Leben haben sie nur insoferne einige Bedeutung erlangt, als sie sich durch Arbeitseinstellungen hie und da gezwungen sahen, gegenüber den vereinigten Arbeitern als Koalitionen des Kapitals aufzutreten. Diese Rolle ist jedoch durchaus nicht ihr Zweck, sie haben sie höchst widerwillig übernommen und sich durch dieselbe in ihrem privatwirthschaftlichen Charakter nicht beeinflussen lassen.

Die Arbeiterverbände sind dagegen von vornherein nur zu sozial-politischen Zwecken gegründet worden; der Klassenkampf ist ihre vornehmste Aufgabe. Ganz richtig hat Herr Lexis den Unterschied zwischen den Vereinigungen der Arbeiter und der Unternehmer erfasst: „Man hat keinen Grund zu der Annahme, dass der Durchschnittsgrad des volkswirthschaftlichen Egoismus bei dem Unternehmer grösser sei als bei dem Arbeiter, aber die Wirkung dieses individuellen Egoismus kann in einer Gruppe von Unternehmern gerade entgegengesetzter Art sein," wie in einer Arbeiterverbindung; sie kann in der ersteren eine zersprengende, in der letztere eine einigende sein. Hier kommt eben der oben erwähnte Unterschied in der Ausbildung der wirthschaftlichen Individualität bei Unternehmer und Arbeiter in Betracht. In normalen Zuständen ist nichts schwerer aufrecht zu erhalten als eine Vereinbarung selbstständiger Unternehmer über ein gemeinschaftliches Verfahren in privatgeschäftlichen Angelegenheiten. Bei jedem wird sich eine zentrifugale Tendenz bilden, die proportional ist der Masse seines Kapitals. Bei den Arbeitern von ungewöhnlicher Begabung wird in der Regel ebenfalls die individualistische Tendenz die Oberhand gewinnen. Der Durchschnittsschlag dagegen, der die grosse Masse bildet, hat eine natürliche Neigung zur Verschmelzung der individuellen Interessen zur Herstellung einer Klassensolidarität, weil die Betheiligten instinktiv, oder mit

Bewusstsein, erkennen, dass auch die Einzelinteressen in dieser Verschmelzung besser gewahrt sind, als in der Isolirung. Dieses natürliche Solidaritätsgefühl in der Arbeiterklasse ist ebensowohl eine wirthschaftliche Potenz, wie der individualistische Egoismus. Die Geschichte weist ihre bisherigen Wirkungen nach, aber wahrscheinlich wird sie erst in der Zukunft die Machtentwicklung erlangen, die der kapitalistischen Produktionsweise und den herrschenden Kulturbedingungen entspricht. Gerade die gesteigerte Ausbildung der ausserwirthschaftlichen, namentlich der politischen Individualität der Arbeiter, führt sie in wirthschaftlicher Beziehung immer mehr zur Klassensolidarität. Beruhte die letztere blos auf dem moralischen Brüderlichkeitsgefühl, so würde man volkswirthschaftlich nicht wohl mit diesem Faktor rechnen können; aber diese Solidarität erzeugt sich, von jener moralischen Seite ganz abgesehen, fast mit der Sicherheit eines Naturprozesses aus wesentlich wirthschaftlichen Motiven, und desshalb darf sie bei sozialökonomischen Schlüssen nie ausser Acht gelassen werden."

Der Gegensatz zwischen Bourgeois und Arbeiter ist hier ganz richtig erfasst. Es ist der Gegensatz von Egoismus und Solidarität, von Individualismus und Kommunismus. Der Klassenkampf züchtet in der Arbeiterklasse die kommunistischen Instinkte; im Fortgange des Kampfes wächst mit der numerischen Stärke des Arbeiterstandes auch sein Gefühl der Solidarität, welche schliesslich, wenn er stark genug ist, um die Obmacht über das Kapital davonzutragen, auch in seiner Brust die Obergewalt über den Egoismus erlangt haben wird, so dass er reif ist zur Gesellschaftsordnung der Solidarität, des Kommunismus.

Es ist richtig, dass dieser ein anderes Geschlecht fordert als das jetzige: der Klassenkampf züchtet dies Geschlecht.

Die Konsequenz aus seinen Prämissen zu ziehen, hat Herr Lexis leider unterlassen.

Seine Geschichte der französischen Gewerkvereine beginnt er mit der Kompagnonage. Die Gesellenverbände der Zunftzeit waren wohl hauptsächlich Hilfsgesellschaften, namentlich zum Zwecke der Wanderunterstützung, aber doch spielte bereits der Kampf gegen das Kapital, namentlich in der Form von Arbeitseinstellungen und der „damnations", dem Verrufen einzelner Meister wie sogar ganzer Städte, eine grosse Rolle bei ihnen. Es ist bemerkenswerth, dass sie entstanden, nachdem im 14. Jahrhundert die Bildung des Lohnproletariats begonnen hatte, der Klasse von Arbeitern, welche keine Aussicht hat, selbständig zu werden. Diese Hoffnungslosigkeit ist es, welche den Klassenhass und Klassenkampf erzeugt.

Während der französischen Revolution wurde die Kompagnonage natürlich ebenso wie alle anderen Vereinigungen von Arbeitern verboten, gleichwohl bestand sie fort, erlangte schliesslich auch die Duldung der Behörden und scheint heute noch zu vegetiren. Wenigstens betheiligte sie sich noch an der Versöhnungsdemonstration eines Theiles der Freimaurer auf den Wällen von Paris während der Kommune, und 1876 war auf dem Pariser Arbeiterkongress der Compagnonageverband der Férandiniers in Lyon durch zwei Delegirte vertreten.

Neben der Kompagnonage entstanden allmählig Gesellschaften, die zwar zum Theile noch deren mystische Zunftgebräuche beibehielten oder nach-

ahmten, aber doch schon mehr den Forderungen der Neuzeit entsprachen. So bildeten die Façonmeister Lyons — die sich zu den Arbeitern, nicht Bourgeois zählen — 1828 eine Gesellschaft, die sich „le Mutuellisme“ nannte. Obgleich sie nach dem Beispiele der Kompagnonage eine blosse Hilfsgesellschaft sein sollte, wurde sie doch bald auf die Bahn der Strikes gedrängt, ja, Massregelungen durch die Behörden trieben sie sogar zweimal auf die Barrikaden, im November 1831 und April 1834. Die blutige Niederwerfung des letzteren Aufstandes gab der Gesellschaft den Todesstoss.

Neben ihr aber hatten sich seit 1830 verschiedene Verbände gebildet, ebenfalls der Kompagnonage ähnlich, aber den Zeitverhältnissen gemäss reformirt, welche sich schliesslich, namentlich in Folge der Anregung der Halbsozialistin Flora Tristan 1846 unter dem Namen der „Union“ vereinigten. Diese Verbindung besteht noch, beschränkt sich aber lediglich auf die Krankenunterstützung, Alters- und Invalidenversorgung ihrer Mitglieder. Die weiteren Hilfsgesellschaften sind zu unbedeutend, um erwähnt zu werden.

Neben ihnen bildeten sich auf Buchez', der schon 1831 mit seinen Plänen hervortrat, des französischen Schultze-Delitzsch, Anregung eine Anzahl Produktivgenossenschaften, namentlich nach dem Juniaufstande von 1848, von denen aber nur zwanzig die Republik überlebten. Gewerkschaften, in denen sich die Arbeiter lediglich zum Kampfe gegen das Kapital organisirt hatten, gab es damals noch nicht.

Erst seit der Gründung der Internationale (25. Mai 1864) kommt Leben, Plan und Methode in den Klassenkampf, der bis dahin ganz systemlos geführt worden war. Sie trat in Beziehung zu fast allen Arbeitervereinen, von ihr ging die Anregung zur Gründung der „caisse du sou“ aus, einem gelungenen Versuche zur Vereinigung der Arbeitervereine zu gegenseitiger Unterstützung bei Arbeitseinstellungen, sie nahm die methodische Leitung solcher Strikes, welche sie für berechtigt hielt, in die Hand und entschied oft durch die blosse Thatsache, dass sie den Strikenden Hilfe versprach, den Lohnkampf. Dies wurde dadurch möglich, dass Arbeiter sowohl als Unternehmer die Macht der Internationale überschätzten, die Zahl der Mitglieder auf Hunderttausende, die Grösse ihres Vermögen auf Millionen veranschlagten.

Dem Aufblühen der Arbeiterbewegung leistete es Vorschub, dass die kaiserliche Regierung mit den Arbeitern zu kokettiren begann, um sie für sich gewinnen, ihnen Konzessionen machte und eine Art Staatssozialismus in's Leben rufen wollte. Eine Versorgungsanstalt für Arbeiterinvaliden unter dem Schutze des Kaisers wurde projektirt, dieser schenkte auch der kooperativen Baugesellschaft 41 Häuser in der Avenue Dusmenil, gab 500,000 Fr. für die „caisse des associations cooperatives“, stellte für Bildung von Produktivgenossenschaften der Seidenweber 300,000 Fr. aus der Zivilliste zur Verfügung, gewährte einer Lyoner Webergenossenschaft ein Darlehn von 300,000 Fr. etc.; Rouher versuchte sogar die „Internationale“ für den Bonapartismus zu gewinnen. Obgleich das Kaiserreich ungleich mehr für die Arbeiter that, als z. B. das Regime Bismarcks, welches bis jetzt nur Versprechen leistete, zeigten diese doch bei jeder Gelegenheit, dass sie in politischer Beziehung auf Seiten der radikalen Republikaner stünden. Die im Jahre 1868 erlangten politischen Freiheiten benutzte man zur Gründung

von Syndicalkammern, welche es nicht mehr nöthig hatten, ihre Bestimmung, im Klassenkampfe zu dienen, hinter dem Aushängeschilde von Hilfskassen und dergleichen zu verstecken. Obgleich die offizielle Organisation der Internationale im März 1868 aufgelöst wurde, übten ihre ehemaligen Mitglieder doch noch immer den früheren Einfluss auf die Gewerkschaften, und es schien der Augenblick nahe, in dem man zur Gründung einer politischen Arbeiterpartei schreiten könne, als unglückseliger Weise der Krieg mit Deutschland und in dessen Folge der Kommuneaufstand die aufblühenden Hoffnungen total vernichteten.

Mit anerkennenswerther Objektivität weist Herr Lexis den Vorwurf zurück, als hätte die Internationale den Kommuneaufstand entfesselt. Das radikale Zentralkomite der Nationalgarde gab den Anstoss zur Bewegung, der sich die Internationale natürlich anschliessen musste, was sie aber nur ungern im Bewusstsein ihrer Schwäche that.

Nach Niederschlagung der Kommune schien die Arbeiterbewegung so gut wie todt, und sie wäre es auch gewesen, wenn sie wirklich nur das Werk einiger unzufriedenen Köpfe wäre. Die Führer waren gefallen oder geflüchtet, die Mitglieder der Gewerkvereine hatte entweder dasselbe Geschick ereilt, oder sie waren so kompromittirt, dass sie es nicht wagen durften, an die Oeffentlichkeit zu treten. Der Belagerungszustand herrschte über Paris: war da noch eine Arbeiterbewegung möglich? Sie war es, weil der Klassengegensatz durch die Niederschlagung der Kommune nicht erstickt, sondern verschärft worden war. Die Republik der Bourgeoisie nimmt nicht jene Rücksicht auf die Bedürfnisse des Arbeiters, wie es das Kaiserreich that, die Klassenkämpfe begannen sogleich nach der Dämpfung des Aufstandes von Neuem.

Bereits im Juli 1871 versuchten die Pariser Droschkenkutscher einen Strike und konstituirten sich als Syndicat. Wie eine Lawine anschwellend hat seitdem die Arbeiterbewegung, anfangs sehr schüchtern und friedlich auftretend, eine Macht in Frankreich erlangt, wie sie diese vor der Kommune nicht besessen hat. Und nicht nur die Wucht, auch der Radikalismus der Bewegung nimmt von Jahr zu Jahr zu. Der erste Pariser Kongress verlief freilich sehr zahm, und theilweise auch der zweite, zu Lyon 1877 abgehaltene, auf dem noch die Befürwortung der Amnestie abgelehnt wurde, aber seitdem hat die sozialistische Idee in erfreulicher Weise an Boden gewonnen. Herr Lexis dürfte sich in einem schweren Irrthum befinden, wenn er sich in der Hoffnung wiegt, dass die französischen Arbeiter sich nie dem Sozialismus und Kommunismus ergeben werden. Er muss selbst zugeben, dass alle französischen Syndicalkammern, auch die friedlichsten und am meisten dem kooperatistischen Programme ergebenen, auf einem ganz anderen Boden stehen, als die englischen Gewerkvereine. Diese erkennen das Lohnsystem als zu Recht bestehend an, der Kooperatismus dagegen sucht ebenso wie der Kollektivismus das „salariat", das Lohnsystem zu beseitigen, der erstere allerdings nur durch Reformen auf dem Boden der gegenwärtigen Wirthschaftsordnung. „Wenn aber die Erfahrung lehrt," sagt Herr Lexis selbst, „dass auf diesem Wege die Emanzipation der Klasse als solcher nicht erreicht werden kann, so werden viele Enttäuschte doch nicht den Glauben an jenen idealen Gegenstand fallen lassen, und so ist

denn die Bekehrung von ursprünglich gutgläubigen Kooperatisten zum Kollektivismus schon gegenwärtig nicht gerade selten."

Diese Bekehrungen nehmen aber von Tag zu Tag zu, und so ist der Augenblick nicht mehr fern, wo auch in Frankreich an Stelle der unzähligen Sekten und Fraktionen eine einige und mächtige Arbeiterpartei treten wird.

Aus diesem Beispiele wie aus vielen anderen können wir ersehen, dass Herr Lexis die Verhältnisse ziemlich richtig beurtheilt und sein Blick sich nur dann trübt, wenn er seine Wünsche an Stelle der Erfahrung sprechen lässt. Eine solche Geschichte der Arbeiterbewegung, wie wir sie wünschen, bietet er uns freilich nicht, und kann sie nicht bieten, da diese einen Mann erfordern würde, der mitten in der Bewegung gestanden hat. Er gibt blos die Thatsachen, nicht aber ihren pragmatischen Zusammenhang, nicht ihre Beziehungen zur Entwicklung der sozialen und ökonomischen Faktoren. Das, was uns Herr Lexis gibt, ist blos das Material zur Geschichte der französischen Syndicalkammern, ein fleissig zusammengesuchtes und mit Verständniss gesichtetes Material, aber nicht mehr. Zu einem Verständniss der französischen Arbeiterbewegung kommt man durch die Lektüre seines Buches noch nicht. Doch man darf nicht zu unbescheiden in seinen Forderungen sein. Seien wir zufrieden, dass das Buch des Herrn Lexis nicht eines jener fälschenden Machwerke ist, an denen unsere Literatur über die Arbeiterbewegung so reich ist, und dass er neue Bausteine zur Erkenntniss der sozialen Entwicklung beigebracht hat. Hoffentlich findet sich bald der Meister, der sie zu einem harmonischen Ganzen zusammenfügt.

K. K.

Die Anlage von Strafkolonien und die Prinzipien des gegenwärtigen Strafvollzugs mit besonderer Berücksichtigung der bezüglichen Verhandlungen des internationalen Gefängnisskongresses zu Stockholm im August 1878. Zwei Vorträge, gehalten in der 51. Generalversammlung der Rheinisch-Westphälischen Gefängniss-Gesellschaft von Strafanstaltsdirektor Strosser in Münster und Pastor Stursberg in Düsseldorf. Düsseldorf, Selbstverlag der Rheinisch-Westphälischen Gefängniss-Gesellschaft. 1880. 43 S.

Neben der Frage der Kolonialgründung im Allgemeinen hat auch die Frage der Errichtung von Strafkolonien die deutsche Presse in letzter Zeit lebhaft beschäftigt, und eine namhafte Zahl von Blättern hat sich für solche ausgesprochen. Die journalistische Seichtigkeit, mit der dieselben zumeist diese so wichtige Frage behandelten, wird treffend in der vorliegenden Brochüre gekennzeichnet, welche in klarer und überzeugender Weise, in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der Fachmänner gegen die Deportation in die Schranken tritt.

Die Deportation nützt dem Mutterlande gar nichts. Einestheils kostet sie mehr, als die Gefängnissstrafe — die gegentheilige Behauptung ist ein Vorurtheil derjenigen, welche die beiderseitigen Kosten nicht verglichen,

sondern a priori geurtheilt haben. Thatsache ist, dass z. B. Frankreich für seine beiden Strafkolonien Cayenne und Neu-Kaledonien die riesige Summe von 100 Millionen Franken verwendet hat, welche fast ganz in's Wasser geworfen sind, da der Staat 1875 an mobilen und immobilen Werthen in den Kolonien nur etwa 8—9 Millionen besass. Mit Recht meint Pastor Stursberg, „mit diesen 100 Millionen hätte man die ganze Reform des Strafwesens in Frankreich vollenden können" (pag. 32). England, welches die Deportation am grossartigsten eingerichtet hat, zahlte für 33,155 von 1786—1821 deportirte Verbrecher 100 Millionen Mark, also pro Kopf 3000 Mk. Und was erreicht man mit diesen Geldopfern? In den ersten 50 Jahren der Einführung der Deportation nach Australien sind 95,558 Verbrecher dorthin gesandt worden, ohne dass man in England eine Abnahme der Verbrechen wahrgenommen hätte. Natürlich: die sozialen Ursachen des Verbrechens bestanden fort, daher mussten auch deren Wirkungen fortdauern.

Ebensowenig Vortheile als für das Mutterland bietet die Deportation für die Kolonie. Der Abschaum der Menschheit bietet den Kolonisten nicht die Arbeitskräfte, die ihnen fehlen, sondern bedroht blos das Produkt ihrer Arbeit. Man bedenke, dass nur die schwersten Verbrecher deportirt werden können, denen jede Aussicht auf Rückkehr in die zivilisirte Welt verschlossen bleiben soll, dass diese aber auch in der Kolonie weniger geneigt sind, zu arbeiten, als zu stehlen und morden. Niemand protestirt denn auch mehr gegen die Einfuhr von Verbrechern, als die Kolonien selbst, denen man angeblich damit helfen will; die nordamerikanischen Kolonien zählten diesen Import sogar unter den Ursachen auf, die sie zum Abfall von der englischen Krone trieben.

Aber nicht einmal für den Deportirten selbst ist die Deportation vortheilhaft, trotz der ihm durch dieselbe gewährten Aussicht, noch einmal ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden. Der Aufenthalt in der fernen Kolonie unter lauter Verbrechern gleicht selbst einer Strafe, und nur wenige gebildete, humane Menschen finden sich, die unter solchen Umständen die Ueberwachung der Gefangenen auf sich nehmen. Brutale Soldaten, wider Willen zu dem Posten kommandirt, bilden meist deren Aufseher und auch Quäler.

Warum also tritt man in Deutschland für die Deportation ein? Selbst in Russland ist man — und nicht etwa blos in den Kreisen der Opposition — zur Einsicht gekommen, wie verderblich das System der Deportation sei. Auf dem zweiten internationalen Gefängniss-Kongresse zu Stockholm, der vom 15.—26. August 1878 tagte, sprach Kokovtzeff, Bureauchef in der Kriminalabtheilung des Justizministeriums in Russland, gegen die Deportation — soweit dieselbe auf Verbrechen gegen das allgemeine Recht anwendbar ist — und theilte mit, die Kommission des Staatsrathes für Reform des Gefängnisswesens habe sich über einen Gesetzentwurf zur gänzlichen Abschaffung der Deportation für Verbrechen gegen das gemeine Recht geeinigt.

In dieser Klausel liegt des Pudels Kern. Die Idee der Deportation von Verbrechern schliesst die Idee der Deportation politischer Verbrecher in sich. Diese aber ist das beste Anzeichen erbitterter politischer Kämpfe und revolutionärer Stimmung, denn sie beweist, dass die Zahl der

rücksichtslosen politischen Gegner so gross ist, dass die gewöhnlichen Gefängnisse nicht mehr für sie ausreichen.

In England begannen die Stuarts zuerst politische Gegner zu deportiren, Jakob II. liess sogar politische Gefangene an die Pflanzer der westindischen Inseln um 1150 Pfund Zucker pro Kopf als Sklaven verkaufen. Bekanntlich hat Das die Revolution von 1688 und die Vertreibung Jakobs II. nicht verhindert.

In Frankreich wurde die Deportation als politische Waffe 1793 eingeführt, im grösseren Umfange aber erst 1797 vom Direktorium angewendet. Neue Anwendung sollte sie in Folge der Revolution von 1848 finden, welche sie an Stelle der Todesstrafe für politische Verbrecher setzte. Das Gesetz vom 8. Juni 1850 führte die Deportation nach den australischen Inseln, das vom 8. Dezember 1851 die nach Kayenne ein. Die neuerliche Anwendung der Deportation in Folge des Kommune-Aufstandes und ebenso die Verwendung Sibiriens als Strafort für politische Verbrecher sind allgemein bekannt.

Man sieht, revolutionäre Strömungen sind es, welche die betheiligten Regierungen zur Deportation greifen lassen, und zwar ist es entweder die auf eine Revolution folgende Reaktion, oder es ist das letzte Schnappen nach Luft eines ertrinkenden Staatswesens vor der Revolution; wie in Russland, wie in England unter Jakob II., wie unter dem Direktorium, die sich der Deportation bedienten.

Man sieht jetzt auch, wohin diejenigen Journale streben, welche so laut nach der Einführung von Strafkolonien schreien. Wozu dieses plötzliche Geschrei? Haben wir nicht Gefängnisse genug für die gemeinen Verbrecher? Sind sie nicht den Verhältnissen entsprechend eingerichtet? Also wozu Strafkolonien? Einige Blätter nennen sie geradeheraus die nothwendige Ergänzung des Ausnahmegesetzes. Mögen Diejenigen, die dies rathen, sich vorsehen, welch' gefährliches Spiel sie treiben, und bedenken, was ihre Erklärung eigentlich besagt. Ein System, das sich seiner politischen Gegner nur durch die Deportation entledigen kann, erklärt damit seinen Bankerott.

Neben den Anhängern der Deportation aus politischen Gründen und solchen aus Vorurtheil gibt es auch solche, die einen begründeten Einwand gegen das jetzige Strafsystem haben. Sie sagen, der Verbrecher, der heute aus dem Gefängnisse kommt, gilt als ehrlos; er findet keine Arbeit und muss daher rückfällig werden, wenn er nicht verhungern will. Der Deportirte hat dagegen mit keinen Vorurtheilen zu kämpfen; wird er gebessert und hat er den guten Willen, zu arbeiten, dann ist ihm auch die Möglichkeit geboten, seine Arbeit zu verwerthen.

Vollkommen richtig, aber auch diesem Uebelstande lässt sich begegnen. Mit Recht plaidirt Pastor Stursberg in seinem Vortrage auf's Eifrigste für die Ermöglichung der Auswanderung für die gebesserten Verbrecher. In den Kolonien kennt man nicht ihr Vorleben, dort ist Nachfrage nach Arbeit, dort können sie daher mit Leichtigkeit ein neues Leben beginnen. Wie der Strafanstaltsdirektor Strosser berichtet (pag. 16) existirt schon eine ähnliche Bestimmung in England, wo man die Deportation seit 1860 ganz aufgehoben und an ihre Stelle der Regierung das Recht ge-

geben hat, Verurtheilte von guter Führung nach ihrer Freilassung und mit ihrer Zustimmung auf Staatskosten nach den Kolonien senden zu können.

Leider verlangt Pastor Stursberg nicht die Auswanderung auf Staatskosten, sondern nur deren Beförderung durch die Gefängnissvereine (pag. 40). Wir aber meinen, dass die ganze Gesellschaft, da sie in Folge ihrer fehlerhaften Organisation Mitschuldige an den Verbrechen ist, die Pflicht haben soll, den Gebesserten ein neues Leben unter besseren Bedingungen zu ermöglichen. Auch dies ist eine soziale Frage und gehört als solche nicht in den Bereich der freiwilligen Mildthätigkeit, sondern der Staatswirthschaft.

S—s.

Lazar B. Hellenbach. Die Vorurtheile der Menschheit. III. Band. Wien, L. Rosner. 1880. IX und 377 S.

Wir haben bereits im Jahrbuch I, 2. Gelegenheit gehabt, die sonderbaren Anschauungen, welche Herr Hellenbach im ersten Bande seines Werkes niedergelegt hat, kennen zu lernen. Der zweite und dritte Band beschäftigen sich fast ausschliesslich mit spiritistischen Träumereien, uns interessirt letzterer nur insoweit, als in demselben auch die Sprache auf die Lösung der sozialen Frage kommt. Herr Hellenbach will die soziale Frage dadurch lösen, dass er die besitzenden Kinderlosen bewegt, ihr Vermögen humanen Stiftungen zu hinterlassen. Er erzählt uns nun das Missgeschick, das er mit diesem Vorschlage hatte. Niemand, auch die Freimaurer nicht, konnte sich mit demselben befreunden, ja, eine hohe Regierung verbot sogar die Bildung eines Vereins, der eine Agitation zu diesem Zweck entfalten sollte, als staatsgefährlich. Was ist an diesem Misslingen Schuld? Die Beschränktheit der Regierung, das Klasseninteresse der Bourgeoisie? Nein — nur der phänomenale Egoismus der Massen! So lange dieser nicht durch den transzendentalen Egoismus und den Glauben an eine vierte Raumdimension und an eine intelligible Welt verdrängt ist, kann die soziale Frage nicht gelöst werden! Ohne den Sieg des Spiritismus ist eine Lösung der sozialen Frage unmöglich (pag. 324).

„Der phänomenale Egoismus ist in vielfacher Beziehung ein Gegensatz zum intelligiblen oder transzendentalen: weil Vieles, was Werth vom phänomenalen Standpunkte hat, ihn vom intelligiblen verliert, und umgekehrt; es ist daher einleuchtend, dass mit Aenderung der Anschauung und durch Ueberführung des herrschenden Motivs in den Gegensatz auch die ganze gesellschaftliche Ordnung einer Umkehrung entgegen geht" (pag. 333). In der Umkehrung der Zivilisation sieht Herr Hellenbach das Ziel unserer sozialen Entwicklung, im Gegensatze zu den Rothen, welche sie blos „verrungeniren" wollen. Diese Umkehrung ist aber nicht so leicht, als mancher glaubt. „Allerdings kann man einen Sack leichter umwenden als einen Handschuh mit fünf Fingern, was nur successive geht; noch schwieriger muss das mit der so viel verzweigten Zivilisation sein." (pag. 335.) In Folge dieser überraschenden Entdeckung ist es nothwendig, alle Kräfte anzustrengen, um die Schwierigkeit zu überwinden und die Zivilisation, welche noch mehr Finger hat als ein Handschuh, umdrehen zu können.

Dazu ist nichts nothwendig, als dass sich alle Anhänger des Herrn Hellenbach unter dem Namen der „Blauen“ zusammenthun. Sie sollen sich nicht fürchten, es wird ihnen nichts geschehen, denn „der leuchtende und erwärmende Lichtstrahl, welcher die „Blauen“ beseelt, kommt aus der vierten Raumdimension, wohin eine, schon über die dritte Dimension nur schwer verfügende, Polizei nicht hinreicht.“ (pag. 357.) An Anhängern mangelt es nicht. Herr Hellenbach berechnet, dass, wenn jeder seiner Anhänger jedes Jahr einen Proselyten macht und dies zehn Jahre lang fortsetzt, und jeder der Proselyten ebenso, so werde er in 30 Jahren mehr Menschen gewonnen haben, „als es intelligente Wesen anf der Erde gibt“ — nämlich 500 Millionen. Er vergisst hinzufügen, dass er in 32 Jahren mehr Anhänger gewonnen haben wird, als es Menschen gibt. So wird dann die Erlösnng der darbenden Menschheit „im Wege der Substitution des transzendentalen Egoismus langsam und gefahrlos geschehen. Den Schwarzen die Macht über die Massen, den Rothen das Kultur zersetzende Gift zu nehmen, vermögen nur durch männliche Rnhe nnd Objektivität — die Blanen“ — „die Freunde der Menschheit und Fanatiker der Ruhe.“ Die Schwarzen und Rothen werden wahrscheinlich dadurch unschädlich gemacht, dass sie der von Baron Hellenbach so sehr protegirte Herr Professor Hansen hypnotisirt. Auch wir fühlten bereits den Einflnss der vierten Dimension beim Lesen des Buches, denn in Folge unseres phänomenalen Egoismus überfielen uns phänomenale Lachkrämpfe.

K. Kautsky.

Oswald Stein. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der nationalen Wirthschaftspolitik. Ein Handburch für das deutsche Volk. Bern und Leipzig, Georg Frobeen & Cie. 1880. XVI und 383 S.

Ein mit List'schen und Carey'schen Phrasen verbrämtes, in Dühring'scher Manier geschriebenes systemloses Konglomerat Bismarck'scher Ansichten über Wirthschaftspolitik: das ist, mit kurzem Worten charakterisirt, das vorliegende Buch. Es ist ein Versuch, die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck den Halbgebildeten mundgerecht zu machen. Von System und Wissenschaftlichkeit kann da natürlich keine Rede sein; Herr Stein fühlt das selbst sehr gut und kommt einem Angriffe znvor, indem er selbst die Offensive gegen Alles ergreift, was sich Wissenschaft nennt, und die Routine hoch leben lässt. „Ueber die von den Doktrinären zum Einfangen des gesunden Menschenverstandes errichteten Verhaue nnd Wolfsgruben kommen wir indessen leicht hinweg, wenn wir uns im nüchternen praktischen Leben Rathes erholen.“ (pag. 304.) Natürlich wüthet er gegen alles, was gelehrt heisst, gegen die „dünkelhaften Kasten gelehrter Mandarinen und halbgebildeter Bonzen,“ „die Legion staatlich approbirter Aichmeister aller Wissenschaft und Bildung“ nnd „den Schwanz eines zahllosen geistigen Proletariats kümmerlicher Dozenten und Literaten,“ unter denen „die Sucht (sic!), zu den bisherigen Erfindungen und Entdeckungen stets neue hinzufügen, wüthet,“ „und sollte diese Entdecknng auch nur in der winzigen

Aenderung einer patentirten Definitionsschraube bestehen." (pag. 117, 125, 367 etc.)

Ganz in unwissenschaftlicher Manier fasst Herr Stein, der die Nationalökonomie „auf eine neue Grundlage stellen will" — die Bismarck'sche — Alles rein persönlich auf. Dort, wo er unfähig ist, seine Gegner zu widerlegen, greift er zu dem Mittel, ihre Ehrlichkeit zu verdächtigen und ihre Lehrsätze als das Ergebniss persönlicher Vortheile hinzustellen. Zwei Beispiele werden genügen, seine Beurtheilung von Ricardo und Marx.

Von Ricardo heisst es: „Auch er geht von jener Selbstsucht aus, welche die Essenz eines Bankiers ausmacht. Im Uebrigen stand er als „Mann der Aufklärung" — er „erwarb" sich sein Vermögen an der Börse — mit der politischen und kirchlichen Richtung seines Zeitgenossen (Malthus) nicht im Einklang. An erster Stelle gilt bei dem urchigen Vertreter der Krämer-Oekonomie der Erwerbstrieb, den er im Leben, wie in der Theorie verwerthete." (pag. 105.)

Nachdem er ihn noch einen „grossen Sophisten und logischen Taschenspieler" genannt hat, was übrigens Jedem passirt, den Herr Stein nicht versteht, heisst es an anderer Stelle: „Mit richtigem Takte hat ein italienischer Professor herausgefunden, dass der vielbewunderte und hochgepriesene Ricardo mit ausgesuchter Raffinerie den blanken Unsinn zu beweisen gesucht habe. Der talmudistische Sophist ist in der That nur dadurch berühmt geworden, dass die Pächter der ökonomischen Wissenschaft noch weniger von Nationalökonomie verstanden, als er selber" .... „Wer sich seine Sinne nicht durch das Geklingel von Redensarten noch durch die Vermengung von Wahrheit und Dichtung gefangen nehmen lässt, wird ohne Weiteres erkennen, dass wir hier einen jener pfiffigen Geschäftsleute vor uns haben, welche gewohnt sind, schlechte Waaren durch gleissende Formen aufzuputzen und für gute an den Mann zu bringen. Ricardo ist das Muster eines redegewandten Charlatans, der Prototyp jener Professoren, die mit möglichst vielen Worten und raschen Wendungen den Mangel an solidem Wissen zu maskiren verstehen" etc. etc. (pag. 244, 245.)

Auf diese Weise „widerlegt" Herr Stein seine Gegner. Marx erfährt natürlich von dem grossen Sozialistentödter kein besseres Schicksal.

„Eine besondere Beachtung verdienen noch die Juden unter den Sozialisten. Mit Vorliebe suchen diese theils absichtlich, theils instinktiv allen Hass auf die Industrie abzuladen, und um die Aufmerksamkeit vom Handel noch mehr abzuleiten, haben sie eine neue historische und ökonomische Kategorie, den Kapitalismus erfunden" .... „den der Jude Karl Marx als Trumpf ausspielt." (pag. 186, 201.) Den Kapitalismus erfand er, um den Handel zu retten — die „Internationale" gründete er, um ein berühmter Mann zu werden.

„Die Verbindung wurde nur ein Jahrzehnt mühsam über Wasser gehalten: Karl Marx wurde ein berühmter und gefürchteter Mann, und damit hatte er genug. Würde die europäische Presse kein Aufhebens von der ‚Internationale' gemacht, noch dem Herrn Marx den gewünschten Gefallen erwiesen haben, ihn mit der Pariser Kommune zu indentifiziren, würden ferner die Regierungen die Gefahr nicht kolossal unterschätzt haben, dann würde Karl Marx vielleicht heute noch nicht im Konversationslexikon

stehen. (!) Zwar versammelte sich von Zeit zu Zeit der Generalstab der ‚Internationale', aber dieser Rath dokumentirte sich als ein recht konfuser Generalstab. Der Stabschef legte demselben jedesmal seine Feldzugspläne vor, die Zeitungen schlugen einen Heidenlärm, und — das war der Zweck — der Ruhm des Herrn Marx war wieder für ein Jahr gesichert." (pag. 293.)

„Gewiss sind nicht alle deutschen Juden unpatriotisch — Lassalle war beispielsweise ein lebhafter Freund der deutschen Sache — aber Karl Marx hat den Juden nicht abgestreift, trotzdem er es als hegelianischer Scholastiker und gelehrter Sophist keck mit jedem deutschen Professor aufnehmen kann.

„Sein Buch, ‚das Kapital', trägt genau den Typ des landläufigen teutonischen Kathedermannes; es ist mit möglichst vielen Anmerkungen, verschrobenen Sätzen, sowie mit den unvermeidlichen ‚Gesetzen' und Definitionen gespickt. Kein Wunder, dass die deutschen Nationalökonomen nicht geringen Respekt vor Herrn Marx hegen, und dass auch viele Zeitungen (und zwar nicht einzig wegen Stammes- und Verwandschaftsbeziehungen zwischen dem Verfasser und den Redaktoren) die gleiche Hochachtung zur Schau trugen. In der That blieb das Buch des Herrn Marx unwiderlegt, denn die gegen dasselbe losgelassenen Salbadereien oder Schimpfereien haben dem Verfasser nicht das Geringste geschadet (auch die des Herrn Stein nicht), obwohl es der Mühe werth war, dem grossen Taschenspieler auf seine Schliche zu kommen und seine Beweisführung näher zu prüfen, da das ‚Kapital' eigentlich die Bibel der Sozialdemokratie genannt werden darf." (pag. 301.)

Und so fort mit Grazie in's Unendliche. Die Philosophie der Statistik ist von einigen Nationalökonomen nur „erfunden worden, damit die ‚melkende' Kuh von Staat die sonderbaren Philosophen reichlich mit Butter versorge" (pag. 361), die Lehre von Kraft und Stoff oder die „Kraftstoffelei", wie sich Herr Stein geistreich ausdrückt, ist auch nur erfunden worden, weil die „Vertreter derselben bei dem ‚Geschäft' ihre Rechnungen finden" (pag. 368) — kurz, es gibt in der ganzen Wissenschaft nur einen ehrlichen und vernünftigen Menschen, und der nennt sich Oswald Stein.

Untersuchen wir, inwiefern das Selbstgefühl dieses Herrn berechtigt ist.

Vor Allem fällt uns seine Universalität auf. In allen Gebieten ist er zu Hause, in der Philosophie wie in der Naturwissenschaft, in der Geschichte wie in der Nationalökonomie.

Ueber seine Leistungen auf den ersten beiden Gebieten wollen wir uns nur kurz auslassen.

Sein Abscheu vor Gesetzen und Definitionen, den er des Oefteren an den Tag legt, dokumentirt hinreichend seine Befähigung zum Philosophen. Nur der Kuriosität halber sei erwähnt, dass er die „Philosophie des Unbewussten" des „Berliner Börsenphilosophen", wie er E. v. Hartmann nennt, für die naturnothwendige Konsequenz der Pflege der Statistik und der Naturwissenschaften erklärt (!), oder wie er sich ausdrückt: „Allenthalben sind die Todtengräber des Idealismus, voran die Nationalökonomen, die ‚Philosophen' der Statistik und die Apostel des Fleisches (sic!) an der Arbeit. Die deutsche Wissenschaft ist glücklich im ‚Nirwana' des Unbe-

wussten angelangt, ihr höchstes Ziel ist die Mark und die Wurst. — Kant dreht sich im Grabe um . . . ." (pag. 372.)

Kühn sind auch die naturwissenschaftlichen Hypothesen des Herrn Stein. Mit einer Nonchalance ohne Gleichen „erfindet" er (hier passt sein ihm so geläufiger Ausdruck sehr gut) Hypothesen wie die, dass die Entwaldung der Gegenden vulkanische Eruptionen hervorrufen könne (pag. 234)! Zum Unglück für ihn finden sich sonderbarer Weise die meisten Vulkane in Mittel- und Südamerika und auf den Sundainseln, Gegenden, in welchen der Mensch der Wälder nicht Herr werden kann in Folge der Ueppigkeit der Vegetation. Gar keine Vulkane finden sich dagegen in den baumlosen Steppen Zentralasiens und in der Sahara.

Etwas näher wollen wir uns die historischen Exkurse betrachten, obgleich wir auch ihnen nicht den Raum schenken können, der nothwendig wäre, um die seichte Oberflächlichkeit des Herrn Stein auch auf diesem Gebiete gehörig zu kennzeichnen. Schon die Methode ist bezeichnend. Auch in der Geschichte fasst Herr Stein Alles persönlich auf, den Einfluss der ökonomischen Verhältnisse auf die historischen Gestaltungen lässt er ganz ausser Acht, was bei einem Nationalökonomen sicher sehr merkwürdig ist. Neben diesem Charakteristikum des Herrn Stein findet sich auch das andere, mit einer beneidenswerthen Leichtigkeit Hypothesen über Ereignisse zu fabriziren, die gar nicht geschehen sind. Die Geschichtsforscher wissen die Geschichte der Chinesen und Inder nur bis ungefähr zum Jahre 2000 v. Chr. zu verfolgen, Herr Stein dagegen kennt sie „mit einiger Zuverlässigkeit bis in das vierte Jahrtausend." (pag. 233.) Die Phöniker lässt er den Bernstein von der Ostseeküste holen, obgleich derselbe auf dem Landwege anfangs an die Pomündung, später nach Pisa gebracht und von da erst verschifft wurde. Die griechischen Hirten werden zu idyllischen Naturschwärmern gemacht, welche durch die Gedichte Homers die Liebe zur Natur und ihren Schönheiten einsaugten. Die Wissenschaft freilich sagt, dass erst mit der Renaissance der Natursinn erwachte und vor Petrarca kaum ein Dichter irgendwo den Naturgenuss geschildert hat, wie sich denn auch erst um diese Zeit die Landschaftsmalerei entwickelte.

Die grössten Schnitzer lässt sich Herr Stein zu Schulden kommen, wenn er mit Hilfe der Geschichte eine seiner Behauptungen erhärten will. Um die englische Kolonialpolitik zu verurtheilen, sagt er: „Die Geschichte lehrt uns, dass niemals Kolonien zum Mutterlande eine grössere Anhänglichkeit bewahrt haben, als die von den Phöniziern und Karthagern gegründeten; sie genossen fast dieselbe Freiheit und Selbstständigkeit, wie die Pflanzstadt, während die griechischen, vom Mutterlande in Unterthänigkeit gehaltenen Ansiedlungen sich bald in Opposition zu diesem stellten und eine passende Gelegenheit benutzten, um sich zu befreien." (pag. 381.) Bekanntlich ist das gerade Gegentheil davon wahr. Niemand hat wohl seine Pflanzstädte ärger unterdrückt, als Karthago, indess die griechischen in sehr losem Verhältnisse zur Mutterstadt standen. Ein noch grösseres Malheur passirt Herrn Stein, wo er aus der Geschichte beweisen will, dass der Kommunismus verdummend wirke. „Wie wenig der Agrarkommunismus geeignet ist, diese Ziele zu fördern und die Bevölkerung in Wohlstand, Gesittung und Bildung vorwärts zu bringen, dafür dürfte uns Russland ein

genügender Beweis sein. Vor tausend Jahren, da in den Ländern östlich der Elbe und Oder das Privateigenthum herrschend war, standen die slavischen Völker nicht niederer als die angrenzenden germanischen Stämme; im Gegentheil hatte sich in den grossen an der Ostsee und im russischen Tieflande gelegenen Handelsstädten eine sehr bedeutende Kultur entwickelt, welche natürlich nicht ohne Einfluss auf die umliegende Landschaft blieb.“ (pag. 297.) Dagegen „wo der gemeinschaftliche Besitz des Grund und Bodens und der kommunistische Betrieb in neuerer Zeit durchgeführt wurde, war das Resultat individuelle Verknechtung und geistiger Rückschritt.“ (p. 255.) Herr Stein weiss also nicht, dass das Gemeineigenthum an Grund und Boden die ursprüngliche Form und das Privateigenthum erst die später entwickelte ist — er erklärt sogar, dass letzteres sich in Indien finde, soweit die Geschichte zurückreicht (pag. 247), in Indien, wo das Gemeineigenthum an Grund und Boden in manchen Gegenden heute noch besteht und überall bestand, bevor die Engländer den Gemeindeverband lockerten.

Ganz blind gegen alle historische Wahrheit, ja völlig toll wird Herr Stein, wenn er auf das Judenthum zu sprechen kommt. Die lächerlichsten Fabeln werden uns da aufgetischt. Allen Ernstes wird uns erzählt, die Semiten seien ihres Schmutzes wegen aus Aegypten vertrieben worden. Ein Theil derselben wandte sich unter Danaos und Kadmos nach Griechenland. Ihre Nachfolger waren die Danaer. „Die Krämerschlauheit blieb ihnen als hervorstechende Eigenthümlichkeit des Charakters. Sie waren es auch, welche den Rath gaben, den Kampf gegen das heilige Ilion einzustellen und den Trojern jenen hölzernen Gaul zu schenken, welcher diesen zum Verderben gereichen sollte. Daher hat sich durch das ganze Alterthum das Wort von dem bodenlosen Danaidenfass (! in Folge des hölzernen Pferdes! Bekanntlich steht die Sage vom Fasse der Danaiden nicht in mindester Beziehung zum trojanischen Kriege), sowie der Spruch erhalten: Timeo Danaos et dona ferentes.“ (Diesen „Spruch“ hat Virgil zur Zeit von Christi Geburt geschrieben!) (pag. 176.) Damit wäre glücklich der Beweis erbracht, dass es jüdische Hinterlist war, welche Troja eroberte. Eine Entdeckung, welche wir allen Forschern des griechischen Alterthums bestens empfehlen.

Die Juden sind aber nicht nur an allem Unheil Schuld, sie wurden auch seit jeher von allen anderen Nationen gehasst, und zwar „weil sie uns immer nur als widrige Schacher entgegentreten. Dieser Umstand, sowie der Schmutz und die sonstigen Eigenthümlichkeiten, welche ihnen anhafteten, endlich auch die Sorgfalt, mit der sie die Reinheit ihres Blutes zu erhalten suchten und jede Gemeinschaft mit Nichtjuden als unrein zurückwiesen, erhöhten die tiefe Abneigung, welcher sie allenthalben im (römischen Welt) Reiche begegneten.“ (pag. 181.) So viel Sätze, so viel Unrichtigkeiten. Was den Schmutz anbelangt, so war der nicht nur bei den Juden, sondern bei allen Völkern des Alterthums, die ästhetischen Athener nicht ausgenommen, einheimisch. Erst unter den Römern entwickelte sich der Begriff der Reinlichkeit. Dass die Juden in der Fremde überall als Schacherer auftraten, kann Jemanden, der den Geist des Alterthums erfasst hat, auch nicht wundern. Widrig wurden sie den anderen Völkern dadurch nicht, weil diese es ebenso machten. Ebenso wie die semitischen Juden trieben auch die indogermanischen Griechen und Römer in der Heimath Landwirthschaft,

in die Fremde gingen sie nur, um zu handeln oder die Provinzen zu plündern. Auch die Sorgfalt, die Reinheit des Blutes aufrecht zu halten, ist im Alterthume nichts Merkwürdiges. Das Stammesbewusstsein war bei allen Völkern ursprünglich ungemein stark ausgebildet. Der Unterschied zwischen den Juden und den anderen Bewohnern des römischen Weltreiches bestand blos darin, dass bei den Juden das nationale Leben noch mächtig blieb, als es bei den übrigen Unterthanen Roms bereits erloschen war. Erst in der Kaiserzeit beginnt der Judenhass, weil erst da das zähe Stammesbewusstsein der Juden in grellen Gegensatz zu der Atomisirung der übrigen Nationalitäten trat.

Hier hat Herr Stein ungefähr das Richtige getroffen, wenn er daraus den Judenhass ableiten will. Aber ein zähes nationales Leben zu besitzen, ist doch nichts Schimpfliches, und darum beeilt sich Herr Stein inkonsequent zu sein, nur um noch einige Seiten länger auf die Juden schimpfen zu können. Während er selbst noch auf pag. 181 das zähe Stammesbewusstsein der Juden betont, sagt er drei Seiten später, auf pag. 184 von denselben Juden: „Von einem einheitlichen Nationalgefühl war bei dieser zusammengewürfelten Horde keine Rede .... Während jeder Nomadenstamm wenigstens seine unverbrüchliche Sitte hat, die ihm als Gesetz gilt, dem Kosaken so gut, wie dem Beduinen und Zigeuner — bestand bei dem Durcheinander von Vollblut, Bastarden und Negern, über welches Moses das Kommando führte, nicht einmal eine einheitliche Sitte." Das sind dieselben Leute, welche wegen „der Sorgfalt, die Reinheit ihres Blutes zu erhalten," den übrigen Nationen verhasst waren.

Nur noch zwei Aussprüche seien angeführt, um zu beweisen, welche Verwirrung in den Köpfen der furor antisemiticus anrichten kann. Auf pag. 188 wird „die Beschuldigung, dass die Juden Christenkinder tödteten" als durchaus nicht unglaublich hingestellt, und auf pag. 199 heisst es gar: „Durch den Handel mit Kleidern, Möbeln, Schnittwaaren und dergleichen, machen sie die Industrie von sich abhängig, bestimmen die Verböserung der Fabrikation, die Preise des Marktes und das eherne Lohngesetz." (!) Durch den Handel mit Kleidern bestimmen die Juden das eherne Lohngesetz — Herr Stein hat Recht, dass er vorsichtigerweise gleich von vornherein alle Nationalökonomen für inkompetent erklärt, ihn zu richten.

Damit wären wir auf dem eigentlichen Kampfplatze des Herrn Stein angelangt. Trotzdem können wir uns kürzer fassen, da seine ganze nationalökonomische Erkenntniss darin besteht, den Schutzzoll als soziales Universalheilmittel anzupreisen und jedes nationalökonomische Gesetz, jede Definition für Unsinn zu erklären.

Der kurze Abriss der Geschichte der Nationalökonomie, mit dem er sein Buch beginnt, hat nur den Zweck, dem Merkantilsystem ein Loblied zu singen und daraus die Nothwendigkeit der Schutzzölle zu erweisen. Herr Stein vergisst da zweierlei. Erstens sind die Schutzzölle gar nicht das Charakteristische des Merkantilsystems. Schon die Römer und Griechen kannten Zölle, auch durch's ganze Mittelalter lässt sich eine Zollgesetzgebung verfolgen, ja, eine seiner Hauptaufgaben sah der Merkantilismus sogar darin, die Zölle, welche die einzelnen Provinzen gegeneinander aufgerichtet hatten, zu beseitigen. In Bezug auf die Zölle gegen das Ausland beschränkte sich

der Merkantilismus grösstentheils darauf, bei ihrer Erlassung nicht blos die fiskalischen Interessen, sondern mehr als bisher auch die Interessen der Industrie zu wahren. Seine Hauptaufgabe aber sah das Merkantilsystem in der positiven Förderung der Industrie, einestheils durch Erleichterung des Verkehrs, Bau von Strassen und Kanälen, anderntheils durch Verschaffung billiger Rohstoffe und guter Absatzmärkte, was beides durch Erwerbung von Kolonien bewirkt wurde. Die Staatsgewalt sorgte aber noch weiter für die Industrie, sie verschaffte ihr Kapital durch Staatsvorschüsse, sie verschaffte ihr auch billige und geschickte Arbeiter. Es ist bekannt, dass die Regierungen keine Kosten scheuten, um sich gegenseitig die besten Arbeiter abwendig zu machen, und dass demgemäss auch, namentlich in England und Frankreich, die Auswanderung solcher Arbeiter strenge verboten war. Die Bourgeoisie erlangte also dasselbe positive Einschreiten der Staatsgewalt zu ihren Gunsten, welches jetzt das Proletariat für sich verlangt, die Schutzzölle waren blos bestimmt, eine Störung der industriellen Entwicklung von aussen her zu verhindern, nicht aber, diese Entwicklung hervorzurufen. Unsere Schutzzöllner würden Ach und Weh schreien, wenn ein moderner Handelsminister die Industrie so „bevormunden" würde, wie es Colbert gethan.

Zweitens aber sei bemerkt, dass daraus, dass Schutzzölle vor zweihundert Jahren wohlthätig wirkten, nicht folgt, dass dies auch heutzutage der Fall sein müsse. Von allen denen, welche heutzutage nach Schutzzoll schreien, dachte 1872 keiner daran, einen Schutz zu verlangen. Auch ist es merkwürdig, dass gerade diejenigen Staaten am meisten unter der Krisis leiden, bei denen die Industrie sich in letzter Zeit am schnellsten entwickelt hat. Was sollen da Schutzzölle helfen? Die Merkantilisten wandten diese an, um die Produktivität der Industrie vergrössern zu helfen, niemals aber, um der Ueberproduktion entgegenzuarbeiten. Schutzzölle müssen diese noch vermehren, statt sie zu vermindern, indem sie ein neues Stimulans zur Produktion abgeben, ohne zugleich den Konsum zu vermehren. Sie wirken wie der Branntwein, der für den Augenblick die Kräfte erhöht, zugleich aber den Ruin des Körpers beschleunigt. Nur dann, wenn der Staat sich daran macht, die soziale Entwicklung positiv zu fördern, können wir die Schutzzölle als Schutz gegen jede Störung von Aussen acceptiren.

Mit der Schutzzöllnerei geht natürlich Hand in Hand ein wüthender Hass gegen den Handel. Gleich Carey kennt auch Herr Stein den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter nicht — der ist ja bekanntlich von den jüdischen Sozialisten erfunden worden, um den Handel zu retten. Diesem werden alle Nachtheile der Industrie in die Schuhe geschoben. „Könnte man die Industrie aus der Knechtschaft des Handels befreien, dann möchte es wohl möglich werden, jene selbst und mit ihr den Arbeitslohn und die Stellung des Arbeiters zu heben." (pag. 221.) „Die Krisen," heisst es an einer anderen Stelle, „sind die Folge der schnellen Produktion, langen Arbeitszeit, der unersättlichen Habgier, der freien Konkurrenz und der verkümmerten Nationalökonomie. So wird diese zur Organisation des Elendes, die Vertreter der ökonomischen Wissenschaft werden zu Aposteln des Diebstahls und die Fabriken sind, um mit dem berühmten amerikanischen Schriftsteller Carey zu reden, Werk-

stätten des frühen Todes, Abzehrwerkstätten, in welchen zwei Sorten von Waaren, nämlich Stoffe und Menschen gebleicht werden, um auf dem fremden Markte das Schlachtfeld der Konkurrenz zu behaupten, während der einheimische Markt ganz und gar zur Domäne des Auslandes und der internationalen Krämersippe wird. Diese hat das Territorium der Nation in ein Schlachtfeld verwandelt, auf welchem jährlich Tausende zum Opfer fallen. Sie bringt die theuerste Kraft des Volkes schonungslos dem Mammon dar. Ihre Götter sind das goldene Kalb, die Venus und der Bauch. Ihr Janustempel, die Börse, steht jahraus, jahrein offen und wird nur an gewissen Feiertagen geschlossen, damit die Würgengel der Nation frischen Athem zur ungeschwächten Fortsetzung ihres Mordhandwerkes holen können." (pag. 223.)

Die armen „nationalen" Fabrikanten und Kapitalisten! Wie sie von der internationalen Krämersippe gezwungen werden, ihr „Mordhandwerk" zu verrichten! Diese allein ist daran Schuld, dass die Lohnarbeiter geschunden und ausgebeutet werden. „Das Volk betrachtet deshalb ganz folgerichtig nicht einen Popanz, wie den Kapitalismus als den Feind der Nation, sondern das selbstsüchtige Krämerthum und, weil fast alle Juden den Schacher als ihr Geschäft betreiben, das Judenthum."

Also auch hier wären wir glücklich dabei angelangt, im Judenthum das Grundübel der modernen Gesellschaft zu entdecken. Nach Carey sind die Engländer an allem Unheil Schuld, nach Stein die Juden.

Auch wo er sonst Carey's Ideen frei bearbeitet, ist Herr Stein nicht sonderlich glücklich. Gleich diesem ist er ein Gegner von Malthus und Ricardo, ohne jedoch Carey's noch einigermassen plausible Einwendungen gegen das Bevölkerungsgesetz und die Bodenrente gelten zu lassen. Er thut beide ganz einfach damit ab, dass er erklärt, die Erscheinungen der politischen Oekonomie und Bevölkerungslehre seien zu komplizirt, als dass sie überhaupt Gesetzen unterliegen könnten! „Denn bei der Bevölkerung" heist es, „kommen ausser physischen noch moralische und intellektuelle Faktoren in Betracht. Deswegen lassen sich die Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung noch viel weniger unter allgemeine „Gesetze" bringen, als die Erscheinungen der Natur." (pag. 325.) Die Folge davon ist, dass er zwar sehr viel Worte über die Bevölkerungsfrage macht, ohne jedoch zu einem entscheidenden Resultate zu kommen. Er kommt auf den, den Lesern des Jahrbuches bekannten Dr. Stille und dessen Empfehlung des präventiven Verkehrs zu sprechen und meint „wenn im gesetzlich geregelten Verkehr der Geschlechter Vorsicht geübt wird . . . so lässt sich gegen solche Vorsicht kein Einwand erheben. Die Geheimnisse des ehelichen Lebens gehören aber nicht an die grosse Glocke und dürfen von den Aerzten nicht als Norm der Gesundheitspflege, Sittenlehre und Bevölkerungspolitik verkündet werden." (pag. 340.) Warum? Das sagt uns Herr Stein nicht, hält aber damit den präventiven Verkehr für abgethan. Er sucht die Lösung der Bevölkerungsfrage in anderer Richtung.

„Er glaubt," sagt er von Charles Périn, dessen Ansichten er für richtig erklärt, „dass die Kirche die besten Mittel besitzt, um die Bevölkerungsfrage zu lösen, die unüberlegten, ins Elend führenden Verbindungen seltener zu machen, die Zahl der unehelichen Kinder zu vermindern, die

Verbreitung guter Sitte zu fördern, eine bessere Erziehung zu pflegen und schändliche Einflüsse von der Jugend fern zu halten." (pag. 339.)

Damit sagt er nichts anderes, als was der von ihm so gehasste Malthus auch sagte. Er sagt sogar, es erscheine ihm „als ein Gebot der nationalen Wohlfahrt, das Alter der Heirathsfähigkeit, wenigstens für die Männer, bis zur Mitte der zwanziger Jahre zu verlegen" (pag. 343), steht also in dieser Beziehung auf demselben Boden, wie Schäffle, welcher es entschieden betont: „Nicht die Abschaffung der Ehe, sondern allgemeine Ermöglichung derselben vom völlig reifen Lebensalter an, mit Einschränkung der ehelichen Fruchtbarkeit . . . . Das ist die Richtung, in welcher die Erlösung der Menschheit von den grössten und ältesten Massenleiden und die edlere Richtung natürlich züchtenden Daseinskampfes gesucht werden muss und allein gefunden werden kann" (Bau und Leben des sozialen Körpers, II, 264). Trotzdem erklärt Herr Stein: „Ganz besonders bemüht sich Professor Schäffle, die Hartherzigkeit des englischen Pastors zu übertrumpfen." (pag. 347.)

Man kann hier deutlich sehen, wie weit der Vorwurf der Hartherzigkeit gegen den Malthusianismus her ist. Wenn ich ein unerbittliches Naturgesetz konstatire, so muss ich noch nicht hartherzig sein. Aber die meisten Menschen denken wie Oswald Stein, dass die Naturgesetze nach Belieben erfunden werden, wie man sie braucht, und dass, wer ein hartherziges Naturgesetz konstatirt, an der Hartherzigkeit seine Freude haben müsse.

Uebrigens sieht selbst Herr Stein sich genöthigt, zuzugeben, dass die Kirche allein das Bevölkerungsproblem nicht lösen könne und empfiehlt daher die Auswanderung. Dazu aber brauche Deutschland Kolonien, und diesem Mangel sei am einfachsten abzuhelfen, — wenn man Holland annektire. „Die niederländischen Kolonien sind nächst den englischen die grössten und werthvollsten der Welt; sie umfassen 31,000 Quadratmeilen des fruchtbarsten Landes mit mehr als 25 Millionen Einwohnern. *Die Umstände sind nicht ungünstig.* Obendrein ist das holländische Königshaus dem Aussterben nahe, und das Haus Hohenzollern wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, mit seinen durch verwandtschaftliche Beziehungen zu den Oraniern fundirten Erbansprüchen aufzutreten." (pag. 166. Vgl. pag. 350.) Das nennt Herr Stein nationale Wirthschaftspolitik.

Aber nicht nur in Bezug auf Schutzzölle und die Bevölkerungsfrage laufen seine Deduktionen auf Verherrlichung der Bismarckschen Systemlosigkeit hinaus, dasselbe ist der Fall mit der Grundrente. Zuerst wird Ricardo als ein Schwindler hingestellt, um eine Voreingenommenheit gegen ihn zu erwecken. Darauf versucht Herr Stein eine Autorität gegen Ricardo in's Feld zu führen und behauptet daher, es sei seine Rententheorie schon „durch von Thünen's (den er konsequent mit zwei n schreibt, von dessen Werk er also nicht einmal das Titelblatt gesehen hat) Werk ‚der isolirte Staat' gründlich widerlegt worden." (pag. 245.) Zum Unglück für Herrn Stein ist es eine bekannte merkwürdige Thatsache, dass von Thünen, *ohne Ricardo zu kennen, fast zu derselben Theorie, wie dieser gelangte*, nur dass er mehr den Einfluss der Entfernung vom Markte und dergleichen als die natürliche Bodenfruchtbarkeit in Betracht zog, während bei Ricardo das Umgekehrte der Fall ist. Herr Stein hat aber sehr Unrecht, wenn er meint, Ricardo habe gesagt, dass die Rente blos von der natür-

lichen Fruchtbarkeit des Bodens bestimmt werde. Er sagt vielmehr ausdrücklich: „Es wird demnach blos aus dem Grunde eine Rente entrichtet, weil der Boden nicht in unendlicher Menge und allgemein gleicher Beschaffenheit vorhanden ist und bei zunehmender Bevölkerung Boden von geringerer Beschaffenheit oder weniger vortheilhafter Lage zum Anbaue genommen wird." (Ricardo, Grundsätze der Volkswirthschaft, deutsch von Baumstark, pag. 44.) Auch ist Herr Stein ganz auf dem Holzwege, wenn er meint, die Bodenrente hänge nicht blos von den natürlichen Eigenschaften des Bodens (wozu seine Lage natürlich auch gehört) und der Höhe der Kultur, also Bedingungen ab, welche der einzelne Mensch nicht schaffen kann, sondern die Thätigkeit des Menschen bestimme die Höhe der Grundrente. „Es gibt Gemeinden, welche auf mittelmässigem Boden grössere Erträgnisse erzielen als andere Gemeinden auf gutem Boden. Der beste Humus kann durch Trägheit, falsche Behandlung und Raubbau schlecht werden, so schlecht, dass schliesslich nur mehr das Unkraut auf demselben gedeiht, während schlechter Boden durch Fleiss, Umsicht, Düngung und Bewässerung verbessert zu werden und mit der Zeit den reichsten Nutzen zu gewähren vermag. Die Höhe der Bodenrente hängt nicht allein von der natürlichen Beschaffenheit des Bodens, sondern auch von der Beschaffenheit seiner Bebauer ab." (pag. 253.) Herr Stein verwechselt hier Bodenerträgniss mit Bodenrente. Der Bodenertrag hängt allerdings von der Arbeit ab, die auf ihn verwendet wird, nicht aber die Rente. Denn diese ist der Rest des Bodenertrages, der übrig bleibt, wenn man die der geleisteten Arbeit gebührende Entschädigung und den Kapitalzins abzieht. Wenn ich mehr Arbeit auf einem Gute verwende, wächst allerdings das Erträgniss, aber auch die Kosten der Arbeit wachsen. Die Logik des Herrn Stein gleicht ganz der des Schlaukopfes, welcher behauptete, dass ein Handweber unter Umständen schneller weben kann, als ein Dampfwebstuhl; wenn nämlich der Dampfwebstuhl ruinirt werde und die Weber bei demselben schliefen. Herr Stein scheint die Berücksichtigung solcher exceptioneller Verhältnisse für die Aufgabe der Nationalökonomie zu halten, wenn er ausruft: „Die konstituirenden Elemente der Bodenrente sind, eben weil der Mensch mit seinen unberechenbaren Anlagen, Fertigkeiten und Antrieben in erster Linie mit berücksichtigt werden muss, so vielfach, so verschieden, und je nach den Menschen, nach Ort und Zeit, so veränderlich, dass es unmöglich erscheint, eine fixe Bestimmung zu geben. Hier hat die bei unseren Kathedermannen so beliebte Gesetzesmacherei ein Ende. Die von diesen erfundenen ‚Gesetze' über Bodenrente qualifiziren sich als eine eitle Rabulisterei, als eine Verkennung des Wesens des Menschen, des Volkes und der Nationalökonomie." (pag. 254.)

Ja, die „Gesetze" und Definitionen, die hasst Herr Stein wie das gebrannte Kind das Feuer. Wozu auch Begriffe und Gesetze definiren? Worte genügen!

Mit Worten lässt sich bekanntlich trefflich streiten, mit Worten ein System bestreiten. Trotzdem wird Herr Stein mit den vorgebrachten Gründen ausser dem Fürsten Bismarck und den Agrariern nicht viele Anhänger seiner Theorie finden, dass nicht die natürliche Beschaffenheit des Bodens und der Kulturzustand der Gesellschaft, sondern die Fähigkeiten und der

Fleiss der Bebauers die Bodenrente bestimmen. Da müsste es denn eigentlich auch eine Hobel- und Nadel- etc. Rente geben. Oder nicht?

Mit der Bodenrente sind wir auf das sozialistische Gebiet gekommen. Denn der Grund, warum Herr Stein sich so scharf in's Zeug legt, um die Bodenrente zu vernichten, ist kein anderer als der, die Nothwendigkeit und Rechtmässigkeit des Privateigenthums an Grund und Boden zu erweisen. Ein Pröbchen seines Versuches, dies auf historischem Wege zu erörtern, haben wir kennen gelernt. Auch seine Ansichten über Marx und den Kapitalismus sind uns nicht fremd geblieben. Wir können uns daher umso kürzer fassen, als Herr Stein eine geradezu horrende Unkenntniss des Sozialismus an den Tag legt. Ihn in dieser Beziehung zu kritisiren ist demnach sehr unnöthig. Einige Zitate genügen.

Er hat etwas davon gehört, dass dem Arbeiter der Ertrag seiner Arbeit gehören solle — wie das aufzufassen ist, darüber vergleiche den Artikel über die „Vertheilung des Arbeitsertrages" in diesem Jahrbuche —, und das erscheint ihm ganz ungeheuerlich. „Selbstverständlich erweist sich jeder Versuch, die richtige Quote des Ertrages für jeden der berechtigten Ansprecher zu ermitteln, als vergebliche Mühe .... Diejenigen, welche die „Gesetze" des Arbeitslohnes suchen, gleichen jenem Knaben, der mit dem Becher das Meer in eine Grube schöpfen wollte. (Diese Gesetzesfurcht wird nachgerade komisch.)

„Angenommen jedoch, der Ertrag für den Arbeiter sei genau berechenbar, so würden wir sofort dem Einwurf begegnen: Wer denn den Arbeiter schadlos halte, wenn in Folge der Konkurrenz oder ungünstiger Konjunkturen der Ertrag der Arbeit unter den Produktionskosten bliebe." (! Herr Stein weiss nichts von einer Organisation der Arbeit, die der Sozialismus nothwendigerweise zugleich mit der Abschaffung des Arbeitslohnes durchführen muss.) .... „Was ferner noch den Ertrag der Arbeit betrifft, so wollen wir auch des Umstandes gedenken, dass der Profit, welcher beim Verkauf der Waaren erzielt wird, nicht selten auf Prellerei des Käufers beruht. Werden sich die Arbeiter auch diesen unmoralischen Gewinn vindiziren wollen?" (sic!) pag. 285, 286.

Endlich sieht er eine unüberwindliche Schwierigkeit darin, dass „die Bewohner eintöniger Haiden lieber in Gebirgsthälern, die Bauern des Nordens vielleicht lieber im Süden und die Arbeiter jener Fabrik lieber in diesem schönen Etablissement wirken wollen." (pag. 300.) Sancta simplicitas!

„Ueberhaupt kann man nicht sagen, was der Staat ist und welches seine Aufgabe unter allen Verhältnissen sein soll." (pag. 291.)

„Was ist der Staat? Nach der Anschauung mancher Sozialdemokraten soll der Staat eine Anstalt für die Erzeugung (!) und Erziehung von Kindern, eine Brut-, Kinderbewahr-, Fütterungs-, Schul- und Arbeitsanstalt sein. Das letzte Ziel der Kommunisten ist der allgemeine Gänsemarsch zur grossen Gleichheitskaserne. Die modernen Kommunisten gleichen denen früherer Jahrhunderte, wie ein Ei dem anderen." (pag. 289.) etc. etc.

Karl Marx wird der geistreiche Satz in den Mund gelegt: „Die soziale Frage ist weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Frage." Wahrscheinlich hat der Verfasser einmal davon läuten gehört, dass in den Statuten der „Internationale" folgender Satz stehe: „Die Emanzipation der

Arbeit ist weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem, welches alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft existirt," und dieser Satz hat dann in seinem Kopf die obige merkwürdige Form angenommen.

Bei seiner Angst vor allem, was Gesetz und Definition heisst, befällt Herrn Stein jedesmal ein Schauder, so oft die Werththeorie erwähnt wird. „Es wäre viel besser gewesen, wenn Smith von vornherein darauf verzichtet hätte, den natürlichen Tauschwerth zu bestimmen . . . . Hätte Smith die Anschauungen der mit scholastischen Erinnerungen verquickten Philosophenschule über Bord geworfen, dann würde er sich vor der Täuschung bewahrt haben, dass man etwas definiren könne, was nicht definirbar ist, weil wir eben den Antheil, welchen die einzelnen Bestandtheile der nationalen Produktivkraft an den Erzeugnissen und dem Ertrage der Wirthschaft haben, nicht zu berechnen vermögen." (pag. 100.)

Auf diese Weise wird die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus abgethan. Doch Herr Stein ist nicht nur negativ, er macht uns auch positive Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage. Nachdem er alle anderen Systeme kritisch vernichtet hat, darf man wohl Neues und Ueberraschendes von ihm erwarten. Aber was bietet er uns? Empfehlung von Staatsbanken, Versicherungszwang und Abkürzuug der Schulpflicht für die Landwirthschaft. Für die Industrie dagegen fordert er ein Haftpflichtgesetz, einen Normalarbeitstag, Konsumvereine und Innungen — das ist Alles, wenn man nicht seine Aufforderung, Königthum, Adel und Geistlichkeit sollten an der Lösung der sozialen Frage mithelfen, auch noch für etwas rechnen will.

Man wirft den Sozialdemokraten vor, dass sie grösser seien im Kritisiren als im positiven Aufbau, und dies ist auch richtig. Aber trotzdem überragen ihre positiven Forderungen himmelhoch die der anderen Parteien und Schulen, welche nie kläglicher dastehen als dann, wenn sie Mittel zur Lösung der sozialen Frage angeben sollen. Das Buch des Herrn Oswald Stein ist ein neuer Beleg dafür. Der Faden der Lächerlichkeit und Oberflächlichkeit durchzieht zwar sein ganzes Werk, nirgends aber tritt derselbe so sehr hervor, als wo es positiv sein will. Hier wird die Enttäuschung über das so pomphaft sich einführende Buch am grössten.

Es ist durchaus nicht Gehässigkeit, welche uns dies Urtheil fällen lässt. Wir sind gewohnt, unseren Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, umsomehr, da wir von den Gegnern am meisten gelernt haben. Leider ist Herr Stein kein Gegner, von dem man etwas lernen kann.

Man wird fragen, warum dann sein Buch einer so eingehenden Besprechung unterzogen wurde? Wenn die von Herrn Stein vertretenen Ideen ihm allein eigenthümlich wären, dann brauchte man sich allerdings nicht tiefer mit ihnen zu befassen. Aber seine Ideen sind solche, welche jetzt sehr viel Lärm machen, sie sind die Ideen der Antisemiten, der Agrarier, der Schutzzöllner, der Christlich-Sozialen etc., Ideen, die von den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs gehegt und gepflegt werden, die einen Theil des Kleingewerbes und des Bauernstandes ergriffen haben, die für unser öffentliches Leben typisch geworden sind und deren Irrthümlichkeit und Lächerlichkeit darzulegen durchaus nicht überflüssig ist. Es ist

entschieden nothwendig, Bücher wie das des Herrn Stein energisch zu bekämpfen, in denen dort, wo das das Wissen aufhört und die Beweisgründe fehlen, an die brutalen Instinkte und Vorurtheile des grossen Haufens appellirt wird, und diese mit Absicht den Ergebnissen der Wissenschaft entgegengestellt werden. Das Vorgehen des Herrn Stein bezweckt, die Dummheit und Rohheit dem gegenwärtigen Systeme dienstbar zu machen, weil alle anderen Stützen desselben wanken, und ihnen zum Siege über das Wissen zu verhelfen, weil dies das Todesurtheil über unsere Zustände spricht: Eine Kampfesweise, die nicht entschieden genug verdammt werden kann.

K. Kautsky.

Bericht über den Fortgang der sozialistischen Bewegung.

Vereinigte Staaten von Amerika.

New-York, Ende September 1880.

Seit unserem letzten Berichte haben wir leider gar keinen Fortschritt der Partei zu verzeichnen. Die Schuld daran liegt zum Theile in Verhältnissen, über welche wir keinen Einfluss ausüben konnten. Dass General Grant nicht von der herrschenden Partei zum Präsidenten nominirt wurde, war ein Rückschlag für alle Oppositions-Elemente. Seine Kandidatur bedeutete an sich eine Revolution, ein Aufgeben des nie verletzten Gebrauchs, dass ein und derselbe Mann nicht mehr als zweimal Präsident der Vereinigten Staaten werden dürfe. Seine Vergangenheit war auch in dem Sinne revolutionär, dass er Geschenke annahm und dafür Aemter und Kontrakte hingab, sich mit Gaunern umringte, und an der Beute, welche sie im Amte machten, sich mitbereicherte, die Staatskassen bestehlen lies und die Verbrecher in Schutz nahm. Seine Wiederwahl also stellte einen endgültigen Sieg der Korruption in der Verwaltung in Aussicht; und dass er nach einer Krone strebt, daran ist Niemandem, am wenigsten seinen Freunden, ein Zweifel. Die beispiellose Frechheit, womit seine Anhänger seine Kandidatur betrieben, ihre zur Schau getragene Siegeszuversicht und die Anmassung, mit welcher sie die Parteimaschine für ihn und ihre Zwecke in Gang setzten, fingen schon an, im Volke, ja selbst unter der Mehrzahl der republikanischen Partei, eine grosse Bewegung zu erzeugen. Wäre er nominirt worden, so hätte sich diese Bewegung bis zu einem entschlossenen Bruche mit beiden alten Parteimaschinen steigern müssen. In dieser lebhaften Aufregung durch das ganze Land hin musste unsere Partei kostbare Gelegenheit zur Propaganda finden; die Arbeiterklasse würde zur Forderung grosser Zugeständnisse hingerissen worden sein, und es regte sich in Voraussicht dieser Ereignisse in allen Arbeiterkreisen ein Verlangen nach grösserer Einigung.

Der Umstand, dass neben Grant noch zwei mächtige Bewerber um das oberste Bundesamt in seiner Partei vorhanden waren, von denen keiner eine Stimmenmehrheit im Chicagoer Konvent erlangen konnte, nöthigte zur Beseitigung aller drei Hauptbewerber und zur Nomination eines anderen,

eines geschmeidigen und käuflichen Politikers, welchen jede Fraktion der Partei hoffen konnte sich dienstbar zu machen, des Herrn James A. Garfield. Das brachte mit einem Schlage die begonnene Volksbewegung wieder in's Stocken und die Maschinisten aller Parteien wieder in ihren Einfluss zurück. Die drohende Gefahr eines Verfassungsumsturzes war beseitigt, und der Wahlkampf fiel in's gewohnte Getriebe zurück. Die Arbeiter, welche seit lange schon ihren politischen Leithämmeln blind folgen, um sich wechselseitig zu Gunsten ihrer Ausbeuter zu bekämpfen, verfielen wieder der Schlafsucht und dem Schlendrian, und die eben schmelzende Eisdecke der alten Partei-, Sekten- und Rassen-Vorurtheile wurde wieder hart und glatt genug für die politischen Schlittschuhläufer.

Es war das eine bittere Enttäuschung für uns. Unsere Parteidelegaten waren eben auch in Chicago versammelt, um zu versuchen, ein Zusammengehen mit der Partei der Greenbackler in der Nationalwahl, wozu wir eingeladen waren, zu Stande zu bringen, als die Nomination Garfields in die gemeinsame Vorversammlung hereingerufen wurde und jedem Anwesenden die arge Veränderung der Sachlage einleuchten liess. Die Maschinenpolitiker der Greenbackler, an denen es in dieser Partei leider auch schon nicht fehlt, bekamen sofort wieder die Zügel in die Hand, welche ihnen zu entschlüpfen gedroht hatten.

Anstatt dass das regelmässige Parteigetriebe beseitigt worden wäre, um einem begeisterten Aufflammen neuer Ideen und selbstloser, revolutionärer Bestrebungen Raum zu geben, wozu eine grosse Mehrzahl der Greenbackdelegaten, wirkliche Lohnarbeiter, bankerotte Kleinfarmer und ländliche Taglöhner, bereit waren, steckten die Führer die Konvention in ihr Netz von vorher zurecht gemachten Regeln und erstickten die Begeisterung in langen nutzlosen Debatten über Formfragen. Und wir, die blos als eingeladene Gäste zugegen waren, erhielten Zulass erst, als zwei Drittel der Konventionszeit verstrichen, und die zu fassenden Beschlüsse fertig gemacht waren, um in Bausch und Bogen angenommen zu werden. Immerhin hatten wir, in die Komites auf unbedingtes Verlangen zugelassen, diese Beschlüsse in möglichste Uebereinstimmung mit unserer eigenen Platform gebracht — und so wurden sie angenommen, wenn auch bei der Eile, mit welcher berathen werden musste, und wegen der grossen Minderzahl unserer Stimmen, in wenig angemessener Eorm. Die grosse Mehrzahl unserer Delegaten beschloss trotzdem, der Partei ein Handinhandgehen mit den Greenbacklern in der Nationalwahl und in den Staatswahlen zu empfehlen.

Dies war aus zwei Hauptgründen räthlich, um Propaganda in englischen Arbeiterkreisen, welche uns schwer zugänglich sind, zu machen, und um dazu beizutragen, dass womöglich in der Nationalwahl keine der beiden alten Parteien eine Stimmenmehrheit durch das Volk bekäme. Was den ersten Beweggrund betrifft, so stimmen alle Sektionen unserer Partei darin überein, dass, solange die sozialistische Bewegung auf Deutsche, Franzosen und Skandinavier, nebst etlichen Czechen, beschränkt bleibt und das englisch redende Element abschreckt, welches vor dem Sozialismus und Kommunismus eine „heilige Scheu“ empfindet, dass solange Gefahr bleibt, diese Bewegung werde in sich selbst vor Langerweile und inneren Zänkereien absterben. Dagegen haben wir noch überall gefunden, dass unsere Sozialisten sehr

willkommene Mitglieder in den englischen Gewerkvereinen, in den Reihen der Greenbackler und in den geheimen Arbeiter-Organisationen sind und da viel leichter Bekehrungen machen, als wenn sie unter der rothen Fahne Mitglieder werben wollen. Ein Präsidentschafts- und Kongress-Wahlkampf aber gibt unsern Rednern vielfache Gelegenheit, mit englisch redenden Arbeitern zusammen die Rednerbühne zu betreten, unsere Grundsätze zu entwickeln, Vorurtheile, welche über uns verbreitet sind, zu zerstreuen und ihre englische Sprechfertigkeit und das Sprachverständniss zu üben, woran es in bedauerlichem Grade fehlt. Was dann den zweiten Beweggrund betrifft, so ist es äusserst wünschenswerth, eine neue Parteibildung herbeizuführen, welche kaum ausbleiben kann, wenn durch Vereinigung möglichst aller Schattirungen der Opposition gegen die Demokraten und Republikaner beiden die Majorität der Volksstimmen entzogen wird. Sie haben in der That längst keine verlässliche Majorität mehr. Seit acht Jahren schwanken die einigermassen unabhängigen Stimmgeber von einer zur anderen Partei und zurück, nur um keiner von beiden ein zu grosses Uebergewicht zu belassen. Es ist wahrscheinlich, dass diesmal die Wahl in einem halben Dutzend Staaten und folglich auch in der Nationalwahl unentschieden bleibt, wozu der Wahlbetrug und der beiderseits beliebte Stimmenkauf mächtig beitragen müssen.

Die Empfehlung unserer Delegaten wäre nun auch wohl einstimmig durch Urabstimmung der Sektionen angenommen worden, wenn nicht der Redakteur der Chicagoer Arbeiterzeitung, Paul Grottkau, und der Delegat der New-Yorker Sektion das zu verhüten gesucht hätten. Um das zu können, mussten sie Misstrauen gegen die lauteren Absichten unserer Delegaten erregen und das bei dem Greenback-Konvent erlangte Zugeständniss verkleinern, auch die Greenback-Partei möglichst beschimpfen und verdächtigen. Sie thaten das mit einer Liebe und Hingebung, welche, wenn sie auf die Ausbreitung der Partei verwendet worden wären, wahre Wunder gethan haben würden. Geholfen hat ihnen das zwar nichts, insofern als die Urabstimmung eine weit überwiegende Mehrheit für die Unterstützung der Greenbacklerischen Kandidaten und Platform ergab; aber es hat die New-Yorker und Chicagoer Sektion, die beiden stärksten, einem Zerfall nahe gebracht und scheint unser Chicagoer Organ zu Grunde richten zu wollen. Auch hat das Verfahren dieser Herren die Greenbakler in Chicago und vielleicht anderweit gegen unsere Partei erbittert, so dass sie da das Zusammenwirken mit uns verweigern, und hat uns Zeit und Kräfte entzogen, welche dem Wahlkampfe, anstatt unserem inneren Zwiste, hätten zu Gute kommen sollen. Unsere Seite in diesem Zwiste hat sich — vielleicht mit Unrecht — der äussersten Mässigung beflissen, um die Partei nicht zu spalten; es wäre anders gekommen, wenn man für die Greenbackler unsererseits sich mehr hätte erwärmen können, während die andere Seite den Vortheil hatte, angeblich für die Reinhaltung der Partei kämpfen zu wollen. Als ob eine prinzipielle Partei ein Untergehen in einer verschwommenen grösseren zu fürchten hätte! Als ob sie nicht immer den Sauerteig bei der Masse unklarer Köpfe zu bilden Aussicht hätte! Aber genug von diesem unerquicklichen Zerwürfnisse, bei welchem alle alten, erfahrenen Mitglieder und besten Agitatoren der Partei für, und nur Leute, welche von der

englischen Sprache und landesüblichen Politik wenig verstehen, gegen den Plan, der in Chicago empfohlen war, eintraten. Es haben wieder einmal etliche Störenfriede sich abgewirthschaftet.

Mittlerweile haben die Staatswahlen in Alabama, Arkansas, in Vermont und in Maine stattgefunden, und die Ergebnisse derselben haben bestätigt, was die erfahrensten Mitglieder unserer Partei voraussahen. In Maine ist die solange herrschende republikanische Partei von den Greenbaklern (welche dort über zwei Drittel der Opposition, während die Demokraten weniger als ein Drittel bilden) geschlagen worden. Das lässt vermuthen, dass in folgenden nördlichen republikanischen Staaten: in New-York, Ohio, Indiana, und vielleicht noch in anderen, keine von beiden alten Parteien siegen werde, weil die Greenbackler und Sozialisten genug Stimmen finden werden, um es zu verhindern. Im Süden dagegen, wo die Demokraten übermächtig und fast alleinherrschend sind, versprechen die Staaten Louisiana, Texas, Nord-Karolina und vielleicht noch andere ihnen verloren zu gehen, weil genug Greenback- und andere Stimmen sie an Erlangung einer Majorität verhindern dürften. Die Folge würde sein, dass eine Volkswahl des Präsidenten nicht zu Stande kommt.

Für diesen Fall schreibt die Verfassung der Vereinigten Staaten vor, dass das Haus des Kongresses unter den drei Kandidaten (für jedes der beiden Aemter), welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, einen auswählen solle, dass aber jeder Einzelstaat nur eine Stimme haben solle. Von den 38 Einzelstaaten aber, welche die Union bilden, sind jetzt im Hause 19 durch Republikaner-Mehrheiten und 18 durch demokratische vertreten, während der eine noch übrige Staat, Indiana, unter seinen 13 Repräsentanten sechs Demokraten, sechs Republikaner und einen Greenbakler zählt, so dass dieser den Ausschlag geben kann. Macht er durch seine Stimme Indiana republikanisch, so wählen 20 Staaten gegen 18 den Republikaner Garfield. Das würde der Greenbackler — er heisst Dela Matyr — nur auf die Bedingung hin thun, dass gewisse Gesetze vom Präsidenten mit dem Veto belegt, andere von ihm begünstigt werden sollen, kurz, dass im Sinne der Greenbackler und Sozialisten gehandelt würde. Gibt er aber seine Stimme den Demokraten — was weniger wahrscheinlich — so wären 19 Staaten gegen 19, und es käme keine Wahl im Hause zu Stande. Es ist noch ein dritter Fall möglich, aber kaum denkbar, der nämlich, dass die Republikaner, um die Wahl nicht in den Senat fallen zu lassen, welcher den Demokraten Hancok erwählen würde, dem Herrn Dela Matyr helfen, den Greenback-Kandidaten Weaver zu erwählen, der dann seinerseits gewisse Zugeständnisse machen müsste. Wenn nämlich im Hause keine Wahl zu Stande kommt, so hat der Senat die Wahl; er muss aber unter den beiden Vize-präsident-Kandidaten, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, einen erwählen, welcher dann Präsident würde.

So hängt denn — es ist lächerlich — die wichtigste Wahl und die ganze Politik der Union (vielleicht) diesmal von eines Mannes Stimme ab. Denn es bleibt sich das auch in dem Falle gleich, wenn im Staate Maine, wie es höchst wahrscheinlich ist, vier Greenback- und drei demokratische Wahlmänner gewählt werden, und wenn auch in anderen Staaten Stimmengleichheit der Elektoren beider alten Parteien einträte, weil ein Greenbackler vom

Volke zum Wahlmann erhoben würde — die Volkswahl kommt auch dann schwerlich zu Stande.

Die vielgerühmte Weisheit der Bundesverfassung hat auch hier eine Klippe geschaffen, welche das Staatsschiff scheitern machen und einen Bürgerkrieg, einen Staatsstreich, oder die Nothwendigkeit einer Verfassungs-Revision heraufbeschwören dürfte. Das Letztere wäre, wie das Wünschenswertheste, so auch das Wahrscheinlichste. Ausserdem ist zu erwarten, dass in Folge aller dieser aufregenden Vorgänge eine neue Parteibildung sich vollzieht, bei welcher eine kapitalistische einer kapitalfeindlichen Partei gegenüber tritt, d. h. die letztere geradezu in's Dasein heraufbeschwört, weil sonst jede künftige Nationalwahl unentschiedener ausfallen würde.

Und bei solchen voraussichtlichen und hochwichtigen Ereignissen sollte unsere Partei, wenn sie auch an Zahl noch so gering erscheint, nicht ihre Hand im Spiele haben dürfen? Hier, wo sie einen weit über ihre Mitgliederzahl hinaus reichenden rathgebenden Einfluss ausüben würde, ein grosses Aufsehen erregen und weithin Propaganda machen könnte, sollte sie diese unwiederbringliche Gelegenheit, auf die Greenbackler, und durch sie auf die Gesetzgebung der Nation einzuwirken, entschlüpfen lassen?

Wie kurzsichtig also haben diejenigen Mitglieder unserer Partei gehandelt, welche das Verfahren der Mehrheit so gehässig bekämpften! Aber die Ereignisse werden sie vielleicht eines Besseres belehren. Auf alle Fälle wird ihr Geschrei, wir hätten unsere Partei an die Greenbackler verrathen, welche hinwieder von den Republikanern zum Verrath an ihrer eigenen Sache gedungen, oder von den Demokraten bestochen seien, (denn beide einander widersprechenden Verdächtigungen werden abwechselnd vorgebracht) bald ganz verstummen, und die Partei wird wieder einiger werden als je zuvor, und sie wird dann auch im Stande sein, bessere Disziplin herzustellen.

A. Douai.

Dänemark, Schweden und Norwegen.

Die Thätigkeit der dänischen Sozialisten hat sich im Laufe des letzten halben Jahres hauptsächlich auf das gewerkschaftliche Gebiet konzentrirt. Die Tischler, die Bauschreiner, die Drechsler, die Maurer und die Zigarrenarbeiter stellten zeitweilig die Arbeit ein, von welchen Arbeitseinstellungen die der Zigarrenarbeiter als die bedeutendste bezeichnet werden muss. Dieselbe dauerte 13 Wochen, aber trotz aller an den Tag gelegten Energie und trotz festen Zusammenhaltens wurden die Arbeiter gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem der „Strike" wenigstens 8,000 Kronen gekostet hatte. Die Zigarrenarbeiter arbeiten für einen Lohn von durchschnittlich neun Kronen (zehn Reichsmark) per Woche. Davon kann selbstverständlich ein Mann mit Frau und Kindern nicht leben, und daher verlangten die Zigarrenarbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes um zwei Kronen wöchentlich. Aber selbst diese mässige Forderung schien den Kapitalisten zu gross, sie leisteten Widerstand, und die muthigen Arbeiter mussten nach

vierteljährigem Kampfe die Waffen strecken. Doch lässt die Energie, welche sie bewiesen haben, hoffen, dass sie unter günstigeren Verhältnissen ihre Forderungen durchführen werden.

Auf politischem Gebiet dagegen war die Bewegung sehr unbedeutend. Die öffentlichen Versammlungen sind wenig besucht, selbst wenn die Tagesordnung eine interessante und von aktueller Bedeutung ist. So fand zum Beispiel letzten Winter eine Versammlung statt, welche als Tagesordnung „Unsere Lohnverhältnisse“ hatte, und selbst in dieser zählte man nicht mehr als höchstens tausend Personen.

Diese politische Gleichgiltigkeit zeigt sich übrigens nicht nur unter den Arbeitern. Im ganzen Lande klagt man, dass die politischen Versammlungen sehr wenig besucht werden, und dass die Bevölkerung viel mehr Interesse für religiöse Versammlungen an den Tag legt. —

So träge aber das politische Leben in Dänemark ist, so lebhaft ist es dagegen in Norwegen. Wie ich bereits in meinem jüngsten Berichte ausführte, hat der König in Norwegen nur ein beschränktes Veto, so dass er die Bestätigung eines vom „Storthing“ beschlossenen Gesetzes zweimal verweigern kann; wenn aber der „Storthing“ (die Volksvertretung) zum dritten Mal denselben Beschluss fasst, so wird dieser Gesetz im Lande, und Alle, auch der König, müssen sich darnach richten. Im „Storthing“ von 1878 legte nun die Regierung einen Gesetzesentwurf vor, welcher für Norwegen ein stehendes Heer schaffen sollte. Dieser Vorschlag, der darauf hinauslief, die Macht des Königs zu befestigen, wurde von dem „Storthing“ abgelehnt und ihm gegenüber ein Antrag eingebracht, welcher die Volksmacht stärken sollte, nämlich dass die Mitglieder der Regierung (die Staatsräthe), welche gemäss einem Verfassungsparagraphen bisher nicht berechtigt waren, den Verhandlungen des „Storthing“ beizuwohnen, durch ein neues Gesetz nicht nur dazu berechtigt, sondern auch dazu verpflichtet werden sollten. Durch ein solches Gesetz werden die Minister von der Volksvertretung abhängig, statt wie bisher vom Könige.

Dieser Antrag wurde vom „Storthing“ zum Gesetz erhoben, während König Oskar seine Bestätigung verweigerte. Derselbe Vorgang hatte sich im „Storthing“ 1879 wiederholt. Im letzten „Storthing“ nun wurde das Gesetz zum dritten und letzten Mal dem Könige zur Bestätigung übergeben, und zum dritten Male wurde dieselbe verweigert. Diese Weigerung, welche dem König nicht viel nützen wird, hat die Gemüther stark erregt. Der Ausgang des Konflikts lässt sich natürlich nicht voraussehen, wenn aber, wie einige Leute glauben, König Oskar versuchen sollte, seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen und vielleicht mit schwedischen Soldaten in Norwegen einzurücken, so würde das zweifelsohne die Einführung der Republik in Norwegen zur Folge haben. Man darf daher auf die Eröffnung des „Storthing“, im Januar 1881, sehr gespannt sein.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet haben die norwegischen Arbeiter eine erfreuliche Thätigkeit entwickelt; im Monat Mai kam es sogar zu einem wirklichen Zusammenstoss zwischen Arbeitern und Militärs. Den Anlass dazu gab eine von dem Ziegelarbeitern geforderte Lohnerhöhung von einer Krone per Tausend. Einige Arbeitgeber waren geneigt, diese mässige Forderung der Arbeiter zuzugestehen, aber einer der reichsten und hoch-

müthigsten Fabrikherren, Namens Schibbye, weigerte sich und veranlasste auch die Weigerung anderer Arbeitgeber. Die aufgebrachten Arbeiter zogen nunmehr mit Frauen und Kindern vor das Haus des genannten Fabrikherrn und sandten eine Deputation von vier Männern ab, um mit ihm zu unterhandeln; Herr Schibbye aber wollte nichts von Verhandlungen wissen und wies die Deputation mit hochmüthigen Worten zurück. Hierauf schickte er einen als Arbeiter verkleideten Hausknecht durch die Reihen der Belagerer nach dem Vogt und Lehnsmann; indess mussten diese sich, kaum angelangt, wieder zurückziehen, nachdem der Lehnsmann von einem Steine am Arm getroffen war, und der Vogt einen Steinwurf im Rücken erhalten hatte. — Herr Schibbye und die beiden Beamten flüchteten nunmehr unter das Dach des Hauses, um den Steinwürfen zu entgehen, mit denen die Arbeiter dasselbe bombardirten, und wiederum musste sich der verkleidete Hausknecht durch die Arbeiterreihen schleichen, um die Polizei zu holen. Diese aber wagte es nicht, ohne militärische Bedeckung zu erscheinen und wartete erst ab, bis sie solche erhalten hatte. Als sie dann endlich auf dem Platze erschien, wurde sie von den Arbeitern mit einer so starken Salve empfangen, dass sie sich sofort zurückziehen musste, und erst nach Ankunft der Reiterei gelang es, die Arbeiter in die Flucht zu treiben. — Aber schon am nächsten Abend erschienen sie wieder, obwohl der Platz von Soldaten besetzt war, und jeder derselben zehn scharfe Patronen hatte. Ausserdem schickte man sofort nach Ankunft der Arbeiter nach Reiterei und Jägern.

Nachdem der Vogt die Massen vergeblich aufgefordert hatte, auseinander zu gehen, wurde das Aufruhrgesetz das erste Mal verlesen*) — Als das nicht half, sandte der Vogt nach der Artillerie und rückte mit 40 Jägern gegen die Arbeiter in's Feld, diese aber empfingen ihn mit einer derartigen Steinsalve, dass er sich auf eine Anhöhe zurückziehen musste, wo man das Aufruhrgesetz das zweite und dritte Mal verlas. Inzwischen traf die Artillerie ein, aber auch diese wurde von einer so heftigen Steinsalve empfangen, dass der Anführer mit seinem Pferde stürzte und in das Haus des Herrn Schibbye getragen werden musste.

Ausser dem Anführer wurden 14 weitere Soldaten verwundet. Erst dem Bajonettangriff der Jäger gelang es, die Arbeitermassen auseinander zu treiben, ohne dass indess eine Verhaftung erfolgen konnte. Diese erfolgte erst später, und zwar gegen 40 Personen, darunter zwei Frauen, welche während der Belagerung den Männern dadurch behülflich waren, dass sie ihnen die als Projektile benützten Steine und Holzstücke zutrugen. Es interessirt uns lebhaft, was für ein Urtheil die Gerichte über diese 40 Personen fällen werden, denn ein Vorgang, wie der geschilderte, ist etwas ziemlich Neues in unseren skandinavischen Ländern.

Am Schlusse des Monats Juli trat in Christiania der erste norwegische Arbeiter-Kongress zusammen. Derselbe ist als ein Zeichen des Erwachens der norwegischen Arbeiter freudig zu begrüssen, wenn auch die Verhandlungen in einem sehr frommen Tone gehalten waren. So wurde zum Beispiel ein Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule

---

*) Das Aufruhrgesetz muss drei Mal vorgelesen werden, ehe das Militär das Recht hat, auf die aufrührerischen Massen zu schiessen.

sehr unwillig aufgenommen und bei der Abstimmung abgelehnt, von eigentlich sozialistischen Reformen dagegen war gar nicht die Rede. Selbst in einer so klaren Frage, wie die Erweiterung des Stimmrechtes, gingen die Meinungen auseinander, und wurde die Behauptung ausgesprochen, dass die Arbeiter für die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes noch nicht reif genug seien. Ein Schuhmacher, Namens Skaarer, schlug folgende Resolution vor:

„Die Versammlung anerkennt das Prinzip der politischen Gleichheit der Individuen und stimmt der Forderung des allgemeinen Stimmrechtes zu.“

Diese Resolution wurde aber mit einer Majorität von zwei Stimmen verworfen, und begnügte man sich mit einer Resolution, laut welcher man einen im „Storthing“ eingebrachten Antrag auf eine theilweise Erweiterung des Stimmrechtes zu unterstützen beschloss.

In Bezug auf die kooperativen Vereine wurde die folgende Resolution angenommen:

„Da die bisher gemachten Erfahrungen die Nützlichkeit der kooperativen Vereine im Allgemeinen nicht dargelegt haben, findet die Versammlung es nicht für zweckmässig, zur Errichtung solcher Vereine in grösserem Umfange aufzumuntern. Dagegen hält die Versammlung es für richtig, dass man dieselben durch die Verbreitung genauerer Kenntnisse der Frage vorbereite, sowie dass Versuche in kleinerem Massstabe in denjenigen Produktionszweigen angestellt werden, von denen man annehmen darf, dass sie die grösste Aussicht auf ein glückliches Resultat bieten.“

Der Schlusssatz dieser Resolution ist das Einzige, was in gewissem Sinne auf das sozialistische Gebiet hinüberstreift. — Aber, wie gesagt, wenn der Kongress auch nicht so radikale Prinzipien an den Tag gelegt, wie wir es für wünschenswerth hielten, so müssen wir ihn doch mit Freuden begrüssen, denn durch ihn ist voraussichtlich der Keim zu einer künftigen Arbeiter-Organisation in Norwegen gelegt. —

In Stockholm ist im Laufe des letzten Jahres unter Leitung des Hauptmann Jul. Manckell, des Doktor A. Nyström, des Grosshändler W. Rubensohn und anderer Männer von radikaler Denkweise ein Verein unter dem Namen „der Reformverein“ in's Leben getreten, in welchem die weitgehendsten Anschauungen zur Debatte kommen. So verlangte jüngst ein Redner, dass die Erde unter Alle in gleiche Theile vertheilt werden sollte, so dass es keine Reiche und keine Armen mehr gäbe. Auch verlangte derselbe Redner Stimmrecht für die Frauen. Die Aeusserung eines anderen Redners, dass die Regierung nur dazu da sei, um den Willen des Volkes zur Ausführung zu bringen, wurde mit grossem Beifall aufgenommen. Den Kernpunkt der betreffenden Diskussion bildete die Forderung des allgemeinen Stimmrechts. In Schweden muss man nämlich, um stimmberechtigt zu sein, ein jährliches Einkommen von 800 Kronen haben, und gegen diese Beschränkung der politischen Rechte des Volkes traten sämmtliche Redner energisch auf.

Hoffentlich wird dieser Verein, der auf so gute Weise angefangen hat, sich mehr und mehr ausbreiten und ein Sammelpunkt der radikalen Elemente des Landes werden.

P. S. Im Begriffe meinen Bericht zu schliessen, habe ich Ihnen eine

traurige Nachricht mitzutheilen. Unser treuer Genosse Harald Brix ist in sehr leidendem Zustand vom Gefängniss zum Hospital transportirt worden, welches er wahrscheinlich nicht lebend verlassen wird. Ein neuer Justizmord wird dadurch der langen Reihe der bisher verübten hinzugefügt.

Jacquette Liljenkranz.

Deutschland.

Die Epoche, welche im diesmaligen Bericht über den Fortgang der sozialistischen Bewegung in Deutschland darzustellen ist, bietet im Grossen und Ganzen kein wesentlich anderes Bild als die vorhergehende. Die Klärung der politischen und sozialen Verhältnisse nimmt ihren Fortgang, im gleichen Schritt die Konsolidirung der sozialistischen Partei. Unklare und unzuverlässige Elemente scheiden aus dem Gesammtkörper aus oder werden von ihm ausgeschieden, so dass im Augenblicke, wo wir diesen Bericht niederschreiben, die Partei wiederum als ein einheitlich bewusstes Ganzes dasteht, geschlossener, als sie es je gewesen. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat, dies dürfen wir vorausschicken, sich den veränderten Verhältnissen angepasst, ohne ihren eigenthümlichen Charakter aufzugeben.

Wir werden auf die Bedeutung dieser Thatsache noch zurückkommen und gehen zunächst zur Berichterstattung über, wobei wir den beim vorigen Bericht zur Anwendung gebrachten Modus auch diesmal beibehalten werden.

Die Unzufriedenheit unter den arbeitenden Klassen äussert sich da, wo es an der entsprechenden Organisation zur wirksameren Bekämpfung vorhandener Uebelstände mangelt, meist in Revolten, die unter Umständen sehr blutig sein können, aber sehr selten das von den Revoltirenden erstrebte Resultat zur Folge haben. Die herrschenden Klassen fühlen sich in derartigen Momenten stets solidarisch, und dieses Gefühl der Solidarität gibt ihnen dann auch die Organisation, die den Arbeitern abgeht. So wird es ihnen leicht, die Letzteren zu besiegen, und sie, wenn nicht durch den Aufstand ein besonders schreiender Uebelstand an das Licht gezogen wurde, wieder in das alte Joch zu spannen. Das wissen gerade die organisirten klassenbewussten Arbeiter am besten, daher denn auch die wenigsten Revolten von ihnen ausgehen. Uebrigens sind auch die meisten Arbeiterrevolten nur eine primitivere Form für den organisirten Strike.

So brachen am 13. März in der Nähe von Swinemünde (Provinz Pommern) unter den Strassenbau-Arbeitern gelegentlich der Lohnauszahlung Unruhen aus. Aus den in dieser Beziehung stets sehr dürftigen und unzuverlässigen Berichten der Tagespresse ging so viel mit Sicherheit hervor, dass die Arbeiter durch eine Art indirekten Trucksystems empört und durch das hochfahrende Benehmen der Aufsichtsbeamten zum Aussersten gebracht worden waren. Ausser drohenden Zusammenrottungen scheinen die Arbeiter sich keinerlei „Ausschreitungen“ schuldig gemacht zu haben, nichtsdestoweniger fanden die üblichen Verhaftungeu statt, und wurden im Monat Juli nach mehr als dreimonatlicher Untersuchungshaft der Hauptangeklagte zu einem Jahr

und vier Monaten, zwei weitere Anklagte zu je einem Jahr und zwei Monaten, die übrigen zu drei Monaten verurtheilt. Von einer Untersuchung gegen die Beamten verlautet selbstverständlich nichts, obwohl eine solche nicht nur dem einfachsten Grundsatz der Gerechtigkeit entsprochen hätte, sondern auch mit Rücksicht auf die Grundursache der Revolte durchaus geboten gewesen wäre.

Es ist nämlich eine sehr häufig gemachte Erfahrung, dass bei grösseren Arbeiten, die nicht in Städten oder grösseren Ortschaften vor sich gehen, die Unterbeamten (Aufseher etc.) grosse Neigung haben, sich durch Abmachungen mit Verkäufern von Lebensmitteln eine Nebeneinnahme auf Kosten der Arbeiter zu verschaffen. Ein derartiger Unfug muss natürlich den Zorn der Geschädigten hervorrufen und schliesslich zu Tumulten führen. Da ist demnach ein strenges Vorgehen gegen die Manipulanten ein wirksameres Mittel zur Verhütung von Exzessen, als es drakonische Strafmittel gegen die Exzedenten sind. Die dem letzteren Verfahren zu Grunde liegende Abschreckungstheorie ist indess in Deutschland wieder zu Ehren gelangt, und ganz besonders den Arbeitern gegenüber. Man will ihnen von Zeit zu Zeit die starke Faust zeigen und glaubt so am besten den Bestand des heutigen Systems gesichert.

Wir haben uns diese Abschweifung gestattet, da derartige Vorgänge für die sozialistische Bewegung von hohem Interesse sind. Unbeeinflusst vom Geiste des modernen Sozialismus, liefern sie ihm den Beweis, dass die bürgerliche Gesellschaft jene vielgerühmte Harmonie der Interessen nicht im Gefolge hat, dass vielmehr der Klassenkampf für sie ein immanenter Faktor ist, an dessen Wirkungen sie schliesslich so gut wie die früheren Gesellschaften zu Grunde gehen muss.

Wir betonen hier übrigens, dass, so grossen Werth wir auch auf das Bestehen einer zielbewussten einheitlichen Arbeiterpartei legen, — die durch energisches Auftreten der herrschenden Klasse ein Menetekel zuruft, ihnen die in der heutigen Gesellschaft möglichen Konzessionen abzwingt und einer Depravirung der Arbeiterschaft entgegenwirkt —, wir unsere Aufgabe nicht nur in der Berichterstattung über die Vorgänge, die direkt mit dieser Bewegung in Verbindung stehen, erblicken können, sondern es für nicht minder geboten halten, alle die Momente zu prüfen, die dieser Bewegung zu Grunde liegen, die ihr Lebensfähigkeit, sowie die Aussicht auf endliche Erfolg garantiren. Darum würden wir am liebsten gleichzeitig Bericht erstatten über die Entwicklung der Industrie, über die Bewegung der Bevölkerung und über die Gestaltung der Eigenthumsverhältnisse in Stadt und Land. Bisher war es uns leider noch nicht möglich, das nöthige Material zusammenzutragen, bezw. durchzuarbeiten, wir hoffen indess, in unsern nächsten Berichten dieser sehr wichtigen Seite unserer Aufgabe wenigstens theilweise entsprechen zu können. Bis dahin müssen wir uns neben der Schilderung des Parteilebens auf die Mittheilung einzelner Phänomene des sozialen Lebens beschränken, und, soweit dies zulässig, aus ihnen Schlüsse auf die Gestaltung des letzteren selbst ziehen.

Im Frühjahr, wo durch Wiederaufnahme der Bau- und des grössten Theils der Landarbeiten und verwandten Arbeitszweige eine gewisse Ent-

lastung des Arbeitsmarktes stattfindet, pflegten in Deutschland gewöhnlich umfangreiche Lohnbewegungen einzutreten. Die Arbeiter fühlen dann etwas mehr Muth nnd widersetzen sich entweder zugemutheten Verschlechterungen ihrer Lage oder gehen gar zur Offensive, zur Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen über. Von einer solchen konnte freilich seit dem Auftreten der Krisis kaum die Rede sein, und von Jahr zu Jahr vertrösteten sich die Arbeiter daher anch auf den „kommenden Frühling". Und da es anfangs 1880 auch wirklich den Anschein hatte, als sei ein allgemeiner Anfschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse in Sicht, so sehen wir es auch allerorts unter den Arbeitern sich regen, und es ist nicht zum mindesten dem Mangel an wirksamen Arbeiterorganisationen zuzuschreiben, dass es nur an wenigen Orten zu Lohnkämpfen gekommen ist.

Der erste, den wir zu verzeichnen haben, fand zu Mühlhausen im Elsass unter den Arbeitern der Eisengiesserei statt und endete mit dem Siege der Arbeiter. Der Versnch der Fabrikanten, die Arbeitszeit ohne entsprechende Lohnanfbessernng zn erhöhen, wurde siegreich abgeschlagen. Von der sehr charakteristischen Lohnbewegung in Berlin werden wir weiter unten sprechen.

Anfangs April hatte die sozialistische Partei wieder einen Erfolg zu verzeichnen. In Osnabrück erhielt gelegentlich einer Nachwahl der sozialistische Kandidat ohne jegliche Agitation 998 Stimmen, d. h. die nahezn höchste Anzahl der überhanpt in jener Stadt unsererseits erreichten Stimmenzahl. Anscheinend weniger günstig fiel dagegen am 15. April die Nachwahl im zweiten Berliner Wahlkreise für die Sozialdemokratie aus. Zwar war die Betheiligung im Allgemeinen eine schwache, und sämmtliche in Frage kommenden Parteien hatten namhafte Rückschläge zu verzeichnen, dennoch erregte der Rückgang der sozialistischen Stimmen von über siebentausend auf nicht ganz dreitausend einigen Missmuth. Bedenkt man aber, was wir bereits in unserm vorigen Berichte hervorhoben (s. I. Jahrg., 2. Hälfte, S. 260), welche enormen Hindernisse der über Berlin lastende Belagerungszustand dem Wirken für den sozialistischen Kandidaten bereitete, dass sogar die Vertheilnng von Stimmzetteln nur theilweise möglich war — ein äusserst mässig (unserer Meinnng nach sogar übertrieben mässig) gehaltenes Wahlflugblatt wurde, obwohl es nur allgemeine Arbeiterforderungen enthielt, verboten —, so erscheint die abgegebene Stimmenzahl in einem ganz anderen Lichte, ja sie darf als ein stattliches Lebenszeichen der Sozialdemokratie angesehen werden, und so urtheilte auch grösstentheils das Pnblikum und die politische Presse. Uebrigens wirkten noch zwei interne Momente auf die sozialistische Stimmenabgabe abschwächend ein, deren eines, die Ersetzung des früheren Kandidaten durch einen wenig popnlären neuen, wir hier nur andenten wollen, auf deren zweites dagegen, die Differenzen der Berliner Genossen unter sich, wir gelegentlich der Besprechung der Affaire Hasselmann zurückkommen werden.

Am 13. April fand die Gerichtsverhandlung gegen eine Anzahl im Laufe des Monats Januar verhafteter Berliner Sozialisten statt. Dreizehn der Angeschuldigten waren in einem Zimmer von der Polizei „überrascht" und daraufhin der Theilnahme an einer geheimen Verbindung beschnldigt worden.

Trotzdem jegliche Beweise*) für eine solche fehlten, beantragte der Staatsanwalt dennoch Strafen bis zur Höhe von einem Jahr und drei Monaten. Der Gerichtshof erkannte dagegen auf Freisprechung in der Hauptanklage und verurtheilte nur drei der Angeschuldigten zu geringfügigen Vergehen wegen Veranstaltung einer „unerlaubten Lotterie." (Man hatte nämlich gegen Weihnachten zu Gunsten der Familien der Ausgewiesenen eine Art Lotterie veranstaltet.) Die Polizei wusste wenigstens insofern ihrer Auffassung Genugthuung zu verschaffen, dass sie einige der Freigesprochenen zwar nicht direkt nach ihrer Freilassung, aber nicht allzulange Zeit nachher aus dem Bereiche des kleinen Belagerungszustandes auswies.

Die Enttäuschung, welche der Ausfall der Berliner Wahl einem Theil unserer Genossen bereitet hatte, wurde sehr bald ausgeglichen durch einen Erfolg, wie ihn glänzender Niemand vorausgesehen hatte. Wir meinen den Ausfall der am 27. April stattgehabten Nachwahl im zweiten Hamburger Wahlkreise. Wohl war und ist die Stimmung in Hamburg infolge der Bismarck'schen Zollpolitik, der auf die Aufhebung der Freihafenstellung hinarbeitenden Agitationen und Manipulationen eine äusserst gereizte, doch darf bei Beurtheilung des Hamburger Wahlsieges nicht vergessen werden, dass beide in Frage kommenden Gegenkandidaten, der fortschrittliche wie der nationalliberale, sich als Gegner der Bismarck'schen Politik bekannten, und dass namentlich der erstere zu den radikalsten Mitgliedern seiner Partei gehört und in Hamburg allgemeiner Achtung sich erfreut. Nein, die dreizehntausend Stimmen, welche die Sozialdemokraten den zehntausend der gesammten Gegner gegenüberstellten, sind nicht nur ein Protest gegen die heutige Zollpolitik des deutschen Reiches, sondern gegen die herrschenden wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse überhaupt, sie gehören der Sozialdemokratie voll und ganz an.

Wenn übrigens von äusseren Vorkommnissen, die die Hamburger Wahl zu unsern Gunsten beeinflussten, gesprochen werden soll, so sind diese, wie damals ein Korrespondent des „Sozialdemokrat" hervorhob, in den Massnahmen der dortigen Polizei zu suchen. Diese hatte sofort nach Eintreten des Sozialistengesetzes aufgelöst und verboten, was es aufzulösen und zu verbieten gab, sich aber dann wieder streng in dem Rahmen der Gesetze, natürlich inklusive des Sozialistengesetzes, gehalten und so unter vielen Genossen in Hamburg die Meinung erweckt, man dürfe unter den augenblicklich in Deutschland herrschenden Verhältnissen einer so anständigen Polizei keine Schwierigkeiten bereiten. Der solchermassen eingerissenen Lauheit trat nun die Polizei durch Unterdrückung eines harmlosen Flugblattes, welches die Wähler zur Einsicht der Wahllisten aufforderte, durch Konfiskation angeblich gesammelter Gelder, Verhaftung des Wahlkomites etc., wirksamst entgegen, ob aus eigenem Antriebe oder aus Rücksicht auf Berlin, vermögen wir nicht anzugeben.

Der 27. April 1880 ist — leider! — noch in anderer Beziehung für die deutsche Sozialdemokratie ein bedeutungsvoller Tag gewesen. Einer

---

*) Die ganze Anklage stützte sich auf die Aussagen des Kriminalkommissärs Krüger, der aber die Quelle seines Wissens nicht angeben wollte, um „seine Leute den Angeschuldigten gegenüber nicht blosszustellen."

unserer bewährtesten Vorkämpfer, Wilhelm Bracke, erlag an diesem Tage seinem langjährigen Leiden; ein Blutsturz bereitete dem Leben des begeisterten und unablässig für unsere Sache wirkenden Mannes ein jähes Ende. Gleich seinem Lötzener Festungsgenossen Geib erreichte Bracke noch nicht das vierzigste Lebensjahr. Wir können hier nicht näher auf die Verdienste Bracke's um unsere Bewegung eingehen, noch seine agitatorische Thätigkeit würdigen, so wollen wir denn wenigstens die kräftigen Worte hier folgen lassen, mit denen Bracke noch wenige Tage vor seinem Hinscheiden sein Festhalten an den Grundsätzen unserer Partei bekundete. Auf die Insinuation, als bedeute seine Mandatsniederlegung einen Bruch mit der Partei, veröffentlichte Bracke am 27. März d. J. eine Erklärung, in der es unter Anderem hiess:

„2) Geschäftliche ‚Rücksichten', wie überhaupt materielle Interessen haben mich nie in meinem Leben davon abgehalten, für meine Ueberzeugung meine Pflicht zu thun. Die Behauptung des Gegentheils bei Gelegenheit der mir jetzt auferlegten Zurückhaltung ist eine höchst leichtfertige und grobe Beleidigung. Auf eine ‚Anzahl adeliger Grossgrundbesitzer' habe ich bisher nie ‚Rücksicht' genommen und glücklicherweise auch keine zu nehmen; diejenigen Herren, welche bisher mit mir verkehrt, fanden offenbar Geschmack an meinen geschäftlichen Grundsätzen und fragten nicht nach meinem politischen Standpunkte, und diejenigen, welche sich erdreisten möchten, hiernach zu fragen, thun am besten, mir fern zu bleiben. 3) Ich bedaure allerdings jedes gewaltthätige Vorgehen, aber die Geschichte zeigt, dass noch jedesmal die Gewaltthat von oben die Gewaltthat von unten erzeugte. Ich befinde mich deshalb auch mit meinen Freunden Bebel und Liebknecht, wie mit dem ‚Sozialdemokrat' in Zürich in vollem Einverständniss. Von einem Verluste in Ihrem (der betreffenden Zeitung) Sinne kann deshalb keine Rede sein, wenn ich allerdings vorläufig zu den Ganzinvaliden gehöre."

Die Beerdigung Bracke's gestaltete sich wiederum zu einer glänzenden Demonstration unserer Partei. Ein unabsehbarer Zug, der grösste den Braunschweig je gehabt, folgte dem Sarge unseres Genossens, Deputationen von nah und fern hatten sich eingestellt und legten Zeugniss davon ab, dass die Sozialdemokratie Deutschlands lebt und treu und fest hinter ihren Vorkämpfern steht, trotz aller Hetzereien von offenen Gegnern und falschen Freunden.

Es ist uns eine besondere Genugthuung, darauf hinweisen zu können, wie wenig die Gegner bisher vermocht haben, die deutsche Sozialdemokratie zu desorganisiren. Wir weisen darauf hin, dass sich seiner Zeit Niemand einbildete, durch das Sozialistengesetz die deutschen Sozialisten von ihrer Ueberzeugung abbringen zu können; worauf es bei Schaffung desselben hauptsächlich ankam, war, die Partei ökonomisch zu drangsaliren, und dadurch das Band, die Organisation zu zerstören. Das haben aber die Genossen in ihrer übergrossen Mehrheit ebenfalls begriffen und allen, aus Ehrgeiz oder noch schändlicheren Motiven hervorgehenden Separationsbestrebungen einen energischen Widerstand entgegengesetzt. Es ist geradezu bewundernswerth, wie trotz mancher Missstände, die allerdings mehr den Verhältnissen, als einzelnen Personen zur Last gelegt werden müssen,

die weitaus grosse Masse der Genossen derart zusammenhält, dass wir in der Lage sind, über die zu Tage getretenen Separationsbestrebungen mit vollkommener Objektivität zu urtheilen.

Wir hatten bereits im vorigen Bericht erwähnt, dass Joh. Most nebst einigen Anhängern der Gesammtpartei gegenüber eine entschieden feindliche Haltung eingenommen hatte; die Kluft ist nun in der Periode, über die wir diesmal zu berichten haben, fortschreitend erweitert worden. Jede Nummer der „Freiheit“ überbot die vorhergehenden in Angriffen gegen die früheren Genossen, die nicht nur als Feiglinge und Schwachköpfe, sondern auch als Verräther, Schurken, ja als Betrüger und Spitzbuben hingestellt wurden. Einmal mit seinen früheren Grundsätzen in Widerspruch gerathen, verlor Most auch in dieser Beziehung jeden Halt, auch hier suchte er sich von Nummer zu Nummer zu überbieten, er acceptirte voll und ganz die Blanquistische Theorie der Revolutionsromantik, verherrlichte die Attentatsmacherei, um schliesslich — im Augenblicke, da wir dieses schreiben, — in's anarchistische Lager überzugehen. Der Anhang Most's ist denn auch ganz offenbar immer mehr zusammengeschmolzen, aber — was anerkannt werden muss — entsprechend fanatischer geworden. Wir haben Gelegenheit gehabt, eine Aufopferung unter jenen Leuten zu beobachten, von der wir nur bedauern können, dass sie in so abgeschmackter und zweckloser Weise an den Tag gelegt wurde.

Einen Augenblick — und zwar im Monat Mai d. J. — hatte es übrigens den Anschein, als sei eine Verständigung der sogenannten Most'schen Gruppe mit dem Gros der deutschen Partei nicht ausgeschlossen. Die Nothwendigkeit, einen Kongress der deutschen Sozialisten zu veranstalten, auf welchem die verschiedenen Angelegenheiten, insbesondere die Organisation und Haltung der Partei berathen werden könnten, war längst erkannt, und dementsprechend von den leitenden Persönlichkeiten eine solche Zusammenkunft, die natürlich geheim sein musste, auf Pfingsten einberufen worden. Leider erfuhr die Polizei davon, und der Kongress musste vertagt werden. Bei dieser Gelegenheit nun kam J. Most, der von Genossen in Crimmitschau und Berlin zum Delegirten gewählt worden war, nach der Schweiz und hielt daselbst an verschiedenen Orten Versammlungen ab. In St. Gallen und Zürich fand er lebhafte Opposition; am letzteren Orte kam es zu eingehenden Auseinandersetzungen, und wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, Most möge die Hetzereien und Angriffe gegen die deutsche Partei einstellen und die etwaigen Differenzen rein sachlich besprechen. Dieser Aufforderung schloss sich die Versammlung durch eine Resolution einstimmig an, und die Antwort Most's war im Prinzip nicht ablehnend, wenngleich er einen definitiven Entscheid von der Zustimmung seiner übrigen Genossen abhängig machte. Indess liess er es zu einer Debatte darüber gar nicht erst kommen. Kurz nachdem er Zürich verlassen, stellte er entschieden in Abrede, eine derartige Erklärung abgegeben zu haben, erklärte vielmehr, er wolle von einem friedlichen Nebeneinandergehen nichts wissen und setzte seine Angriffe mit verstärkter Heftigkeit fort.

Um dieselbe Zeit trat ein anderes Ereigniss ein, das auf die Fernstehenden befremdend und vielleicht bedenklich wirken musste, die mit den Verhältnissen der deutschen Partei Vertrauten aber nicht überraschen konnte:

wir meinen den Austritt bezw. Ausschluss Hasselmann's aus der Partei. Wilhelm Hasselmann, der langjährige geistige Leiter des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, war zwar zur Zeit der Vereinigung mit der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Eisenacher Programms fast übereifrig für dieselbe eingetreten, hatte aber bald nach dem Vereinigungskongress eine separatistische Haltung angenommen, wohl hauptsächlich weil ihm nicht die erwartete Stellung in der vereinigten Partei zu Theil wurde. Von Natur äusserst misstrauisch und überall Intriguen gegen seine Person witternd, begann er sofort selbst Intriguen zu spinnen und dadurch gerade Misstrauen gegen seine Person heraufzubeschwören. Immer isolirter wurde seine Stellung in der vereinigten Partei, als er 1876 die Mitredaktion an dem Zentralorgan ausschlug, weil dasselbe anstatt nach Berlin nach Leipzig verlegt wurde, und der Versuch, vermittelst eines Flugblattes „Die rothe Fahne" eine grössere Anhängerschaft um sich zu gruppiren, misslang. Im kritischsten Momente, gleich nach Erlass des Sozialistengesetzes, versuchte Hasselmann in Berlin auf eigene Faust ein Blatt herauszugeben, welches er in einer fremden Druckerei herstellen liess, während die von ihm selbst gegründete „Allgemeine deutsche Assoziationsbuchdruckerei" durch das Verbot der „Berliner Freien Presse", sowie einiger später herausgegebenen Blätter vor dem Ruine stand. Das betreffende Blatt wurde indessen auch unterdrückt, und nach Verhängung des Belagerungszustandes siedelte Hasselmann nach Hamburg über, von wo aus er dann alle Unternehmen der Partei zu durchkreuzen versuchte. Im Reichstag ging er dem Verkehr mit den anderen sozialistischen Abgeordneten geflissentlich aus dem Wege.

Trotz der unzweideutigsten Beweise, dass Hasselmann mit aller Macht auf eine Spaltung hinarbeitete und nur den Moment abwartete, wo er diese Spaltung mit möglichst viel Erfolg öffentlich proklamiren könnte, boten die Vertreter der Partei angesichts der schwierigen Lage derselben Alles auf, um einen Bruch zu vermeiden. Man kam Hasselmann in jeder Weise entgegen, trotzdem machte sich dieser zum Mittelpunkt jeder gegen die Parteivertreter ausgespielten Verdächtigung. Kurz, die Ueberzeugung, dass ein Miteinandergehen mit Hasselmann nicht möglich sei, drängte sich Allen auf, die für ein festes Zusammenfassen aller sozialistischen Kräfte wirken.

Der Bruch war somit thatsächlich bereits vollzogen, als er gelegentlich der dritten Berathung der Vorlage betreffend Verlängerung des Sozialistengesetzes auch der Oeffentlichkeit gegenüber perfekt wurde. In einer im Grossen und Ganzen nicht ungeschickten Rede desavouirte Hasselmann alle im Reichstag über das Verhältniss der deutschen Sozialisten zu den russischen sogenannten Nihilisten — die er übrigens, was nur sehr zum Theil zutrifft, Anarchisten nannte — gefallenen Aeusserungen und konstatirte ausdrücklich seine Separatstellung gegenüber den übrigen sozialistischen Abgeordneten. Jetzt war auch auf der anderen Seite kein Grund mehr vorhanden, der Oeffentlichkeit gegenüber hinter dem Berge zu halten. Man acceptirte die in der Rede Hasselmanns enthaltene Lossagung von der Gesammtpartei und legte sowohl im Parteiorgan, als auch in einem besonderen Flugblatt die Gründe für eine derartige Auffassung eingehend auseinander.

Der Austritt bezw. die Ausschliessung Hasselmanns erregte unter den nicht unterrichteten Genossen, besonders aber unter den auswärtigen

Sozialisten, nicht geringes Aufsehen. Von Hasselmann befreundeter Seite aus wurde die Anschauung verbreitet, als sei der Ausschluss wegen seiner Sympathieerklärung für die russischen Revolutionäre überhaupt und wegen des revolutionären Tones, den er angeschlagen, erfolgt. Beides ist, wie wir oben zeigten, durchaus unrichtig. Die deutsche Sozialdemokratie hat zwar an der Taktik der russichen Revolutionäre häufig Kritik geübt, ihnen aber niemals ihre Sympathien vorenthalten, sie vielmehr, wo sie es vermochte, mit Rath und That unterstützt; die Proklamirung von „Thaten" seitens Hasselmanns wurde angesichts seines wirklichen Verhaltens einfach verlacht.

Ebensowenig hat der Vorwurf auf sich, man habe gleich der katholischen Kirche Exkommunikation geübt. Wenn die katholische Kirche diejenigen, welche ihren Grundsätzen zuwider handeln, aus ihrer kirchlichen Gemeinschaft ausschliesst, so vermögen wir darin kein Unrecht zu erblicken. Viel weniger aber vermögen wir es zu begreifen, wie man einer unter so schwierigen Verhältnissen kämpfenden Partei das Recht streitig machen will, ein Mitglied aus ihrer Mitte zu entfernen, das die nothwendige Solidarität gröblich verletzt, die Interessen der Gesammtheit zum eigenen Vortheil geschädigt hat. Und das ist Hasselmanns Vergehen. Er und seine Freunde haben sich nie darum gekümmert, woher die Mittel zu beschaffen, um die gemassregelten Genossen vor dem Elend zu schützen; ja Hasselmann hat vielmehr Alles gethan, um die Personen, welche sich jener schwierigen Aufgabe unterzogen, zu verdächtigen, und so die Sache selbst geschädigt. Eine Reihe von Anschuldigungen ehrenrührigster Art wurde in Umlauf gesetzt und zwar in jener unbestimmten Form, die den Angreifenden schützt, den Angegriffenen aber es schwer macht, sich zu vertheidigen. Unter diesen Umständen war ein Nebeneinander- oder gar Miteinanderarbeiten eben nicht möglich.

Den Beweis, wie sehr gerechtfertigt sein Ausschluss war, lieferte Hasselmann übrigens selbst. Er veröffentlichte Enthüllungen gegen seine Widersacher, welche zwar von der gegnerischen Presse mit grossem Behagen aufgegriffen, von den Angegriffenen aber nunmehr, da sie in bestimmterer Form vorlagen, mit Leichtigkeit widerlegt wurden — der offene Gegner war eben minder gefährlich, als der falsche Freund — ja, eine Anzahl unzufriedener Elemente in der Partei, die sich auf Hasselmanns Seite geschlagen hatte, zog sich von ihm zurück, nachdem er sich durch die Gehässigkeit und Verlogenheit seiner Angriffe selbst in das rechte Licht gestellt hatte. So schlug der Versuch, mit den Unzufriedenen der Partei eine eigene Fraktion zu bilden, fehl, die Blätter, welche er zu seinem Lebensunterhalte in's Leben gerufen hatte, waren lebensunfähig, es blieb ihm daher schliesslich kein anderer Ausweg, als unter Hinterlassung nicht unbeträchtlicher Schulden in's Ausland zu gehen. Angeblich, weil ihm ein Hochverrathsprozess drohte, thatsächlich aber aus dem angegebenen Grunde ging er mit seinem Hauptmitarbeiter nach Brüssel und von da nach London.

Welche Schritte er in Zukunft unternehmen, ob er nach Deutschland zurückkehren, oder, wie es heisst, nach Amerika auswandern wird, ist bis jetzt nicht bekannt, jedenfalls ist seine Rolle in der deutschen Partei ausgespielt.

Für den hier und da ausgesprochenen Verdacht, als habe Hasselmann die Rolle eines bezahlten agent provocateur gespielt, bieten sich unseres Erachtens keine genügenden Anhaltspunkte. Wohl schlug er hie und da einen Ton an, der gewissen der Regierung nahestehenden Organen nicht unsympathisch ist, auch wurde er zeitweise in etwas auffälliger Weise von höchst verdächtigen Persönlichkeiten — u. A. dem bekannten H. J. Gehlsen — kajolirt, doch lässt das noch keinen sicheren Schluss auf bestimmte Beziehungen zu. —

Von einem grösseren Anhange Hasselmanns innerhalb der Partei war, wie gesagt, schon längst keine Rede mehr, nur in einigen Orten des Rheinlandes besass er einigen Einfluss, sonst hatte er überall nur sehr vereinzelte Anhänger. Das war auch in Berlin der Fall, obwohl er gerade dort am Meisten intriguirte, wobei ihm der Belagerungszustand trefflich zu Statten kam. Es gelang ihm zwar, durch Aussprengen von allerhand Verdächtigungen die Berliner gegen die Parteileitung aufzuhetzen, aber zu einer Partei Hasselmann brachte er es trotzdem nicht. Infolge verschiedener innerer Zerwürfnisse befand sich ein Theil der Berliner Sozialisten in einer sehr gereizten Stimmung und war für jede Opposition in der Partei empfänglich, derselbe hat sich aber konsequent jeden separatistischen Bestrebungen ferngehalten. —

Seitdem durch das Erscheinen des Zentralorganes das Band der Partei wiederum ein festes geworden ist, steigert sich auf der anderen Seite selbstverständlich auch der Eifer der Polizei. Es vergeht fast kein Tag, an welchem nicht die Zeitungen von Haussuchungen etc. zu melden wissen. Wie stets, wird auch hier die Praxis zur besten Lehrmeisterin, mit den wachsenden Chikanen nimmt auch die List und Gewandtheit der Verfolgten zu. Ein Guerillakrieg entwickelt sich, dessen wesentlichste Folge eine weitere Abnahme des Ansehens der Behörden ist. Gezwungen, sie zu hintergehen, sucht man schliesslich zum Schaden noch den Spott zu fügen, und mancher gelungene Streich legt Zeugniss davon ab, dass den Sozialisten Deutschlands weder der Muth noch der Humor ausgegangen ist.

Als ganz besonders gelungen glauben wir einen derselben hier anführen zu dürfen: Ein industrieller Buchhändler in Magdeburg hatte den Beruf gefühlt, den Staatsretter spielen zu sollen, und — nachdem er sich des Beistandes der Behörden versichert — unter dem Titel: „Die Idee Deutschland als Republik", eine mit rothem Umschlag versehene Broschüre herausgegeben, die radikal beginnend an den „gesunden Sinn der Arbeiter appellirt und sie zur Geduld und Mässigkeit" ermahnt. Obwohl diese von dem Polizeipräsidenten von Magdeburg gebilligte Schrift denkbarst ungeschickt abgefasst war, beschlossen nun einige Genossen, dem guten Manne ein Kukuksei in's Nest zu legen und liessen nach dem Muster seiner Broschüre eine zweite anfertigen, welche in Titel, Umschlag und Einleitung der ersteren vollkommen glich, im Uebrigen aber durchaus sozialistischen Inhalts war. Mehr als zwei Monate konnte so diese sozialistische „Brandschrift" verbreitet werden, ehe die gute Polizei dahinter kam. Nun war aber guter Rath erst recht theuer, da ein Verbot neben der bösen auch die gute Broschüre getroffen hätte. Endlich fand sich doch ein Ausweg: die Schattirung des Umschlages stimmte nicht ganz überein, und man erliess daher jene

kostbare Verfügung, die den **hellrothen** Umschlag verbot, den **blassrothen** aber gestattete.

So erheiternd derartige Episoden allerdings wirken, so vermögen sie selbstverständlich Niemanden über den Ernst der Situation zu täuschen. Die Behörden haben denn doch die Gewalt in der Hand und wissen sich für ihre moralischen Misserfolge leicht zu entschädigen. Durch das bekannte Reskript der Oberpostdirektion ist das Briefgeheimniss für einen grossen Bruchtheil der Bevölkerung thatsächlich aufgehoben. Unerhörtes in dieser Beziehung leisteten und leisten namentlich Chemnitz, Frankfurt a. M. und Breslau. Ebenso fehlt es nicht an Prozessen aller Art, doch ist von grösseren Verurtheilungen diesmal glücklicherweise Nichts zu berichten.

Erwähnen wir noch zweier Reichstagswahlen, die für die Beurtheilung der Lage der Partei kennzeichnend sind. Zu Anfang Juni fand im fünften Berliner Reichstagswahlkreis an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Zimmermann Neuwahl statt. Angesichts der im zweiten Wahlkreise gemachten Erfahrungen und in Erwägung der absoluten Aussichtslosigkeit einer sozialistischen Kandidatur im obengenannten Kreise, und da ausserdem noch Uneinigkeit unter den Vertrauensmännern selbst herrschte, empfahl die Parteileitung den Genossen, sich demonstrativ der Wahl zu enthalten. Einige Heisssporne nun, die durchaus nicht auf die Wahl verzichten wollten, wandten sich nunmehr an den Redakteur der „Freiheit", und dieser nahm denn auch, entgegen der kurz vorher noch von ihm gepredigten Taktik die Kandidatur an. Das Resultat war ein klägliches; von 3615 Stimmen, welche der sozialistische Kandidat 1878 auf sich vereinigt hatte, fielen nur 203 auf den in Berlin einst so populären Namen Most. — Im Gegensatz hierzu erhielt am 1. Juli in Lübeck der Sozialist Schwarz 1312 Stimmen, d. h. nur um ein Geringes weniger, als die Sozialisten Lübecks in der Zeit lebhaftester Agitation erzielt hatten. —

Ein empörendes Beispiel von Klassenjustiz lieferte die Ende Juni stattgehabte Gerichtsverhandlung gegen die bei den Unruhen auf der Radzionkau-Grube verhafteten Arbeiter. Obwohl die Verhandlung bis zur Evidenz erwies, dass zwei Oberaufseher durch allerhand Missbräuche (ein die Arbeiter beträchtlich schädigendes Trucksystem) die Wuth der Arbeiter auf's Aeusserste gesteigert hatten, wurden gegen 50 der Letzteren Verurtheilungen — und zwar bis zu $1^3/_4$ Jahren Zuchthaus — ausgesprochen. Anfangs hiess es zwar, es werde auch gegen die betreffenden Beamten Untersuchung eingeleitet werden, dass eine solche indess thatsächlich stattgefunden habe, ist uns nicht bekannt. In dieser Beziehung macht sich der Mangel einer energischen Arbeiterpresse, wie es s. Z. die sozialistische war, erheblich fühlbar. Derartiges hätte, wir sprechen es mit voller Ueberzeugung aus, im Jahre 1877 nicht geschehen dürfen. —

Es ist übrigens recht charakteristisch, dass diejenigen Organe und Organisationen, von denen man hätte glauben dürfen, dass sie vom Sozialistengesetz den meisten Vortheil ziehen würden, — wir denken hier an die Christlich-soziale Partei und an die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine — eher das Gegentheil aufweisen. Obwohl die einen in der ihnen zur Verfügung stehenden konservativen, die anderen in der fortschrittlich-liberalen Presse es an Reklame nicht fehlen lassen, ist ihr Einfluss auf die Arbeiter

noch immer ein unerhört geringer. Nun kehren die Christlich-Sozialen, seitdem ihnen das sozialistische Feuer nicht mehr auf den Nägeln brennt, allerdings mit erstaunlichem Ungeschick die lediglich christliche, d. h. ordothox-konfessionelle Seite heraus, während die Gewerkvereinler von der ihnen anerzogenen Koketterie mit der Bourgeosie nicht lassen können, dennoch darf die Zurückhaltung der Arbeiter von diesen Zwitterbildungen als ein Zeichen entwickelten Klassenbewusstseins und klarer politischer Auffassung — beides Folgen der sozialistischen Agitation — gelten. Nichts ist geeigneter, etwaigen pessimistischen Anwandlungen entgegenzuwirken, als der Widerstand der deutschen Arbeiter gegen die vielerlei Köder, vermittelst deren man sie fangen möchte. Dem Fiasko der Herren Stöcker und Hirsch reiht sich würdig das Fiasko Körner-Finn an. Beide Persönlichkeiten hatten in der Arbeiterbewegung einen gewissen Namen, Körner war noch im März als Reichstags-Kandidat in Berlin aufgetreten, und Finn hatte lange Jahre hindurch unter den Zimmerleuten Deutschlands als Agitator und Organisator gewirkt. Kaum aber traten sie mit einem staatssozialistischen Programm auf, als sie sich von allen Seiten verlassen sahen und der Regierung nichts als — um ein bekanntes Bild zu gebrauchen — einige Offiziere ohne Armee präsentiren konnten.

Einen glänzenden Beweis für die Schulung der deutschen Arbeiter durch die sozialistische Agitation liefern auch die seit diesem Frühjahr währenden Lohnkämpfe der Berliner Tischler. Wir haben diese Bewegung mit besonderem Interesse verfolgt und müssen gestehen, dass uns die Umsicht, welche die Arbeiter und ihre Delegirten bei dieser Gelegenheit nach allen Richtungen hin an den Tag legten, im höchsten Grade befriedigt hat. Nebenbei sei noch bemerkt, dass auch hier wiederum die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinler den Versuch machten, die Bewegung auf höchst unlautere Manier in ihre Hände zu spielen. Unter dem Deckmantel der zu erstrebenden Harmonie zwischen Kapital und Arbeit versuchte man von vornherein ein aus Prinzipalen und Gewerkvereinsmitgliedern bestehendes Lohnkomite zu bilden und sich die Mitwirkung ersterer durch Zugeständnisse auf Kosten der Arbeiter zu sichern. Aber die Herren hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht: die weitaus grössere Masse der Arbeiter zog es vor, selbstständig zu handeln, und sich nicht mit dem abfinden zu lassen, was die Prinzipale von vornherein zu geben bereit waren.

Auch an anderen Orten Deutschlands regt es sich unter den Arbeitern, und wenn ihnen die Verhältnisse auch keine direkten Lohnkämpfe gestatten, so legen doch namhafte Unterstützungen, welche die Berliner Tischler von allen Orten Deutschlands empfangen, von dem kräftigen Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter Zeugniss ab. Dieser echt sozialistische Geist ersetzt ihnen in Etwas die gefüllten Kassen der englischen Trades Unions.

Was nun die allgemeinen sozial-politischen Verhältnisse Deutschlands anbetrifft, so greift die Missstimmung immer weiter um sich: Das Streben der Reichsregierung, von keiner Partei abhängig zu sein, hat zur Folge, dass auch keine Partei mit ihr zufrieden ist. Nur durch die Konkurrenz unter sich gezwungen, leisten Konservative, Liberale und Klerikale abwechselnd der Regierung Heerbann, keine der genannten Parteien aus voller Ueberzeugung. Die Erwerbsverhältnisse sind nichts weniger als bessere geworden, das

überaus nasse Frühjahr hat an vielen Orten entsetzliche Verheerungen angerichtet, so dass die Erndte weit unter dem Durchschnittsertrage geblieben ist, und die Frage der Aufhebung des Roggenzolles ernsthaft diskutirt wird. Die kleinen Gewerbtreibenden fangen an einzusehen, dass der Segen der Schutzpolitik für sie mehr wie zweifelhaft ist, und auch der Enthusiasmus für die neuen Innungen lässt gewaltig nach. Und während die Regierungen, insbesondere die preussische, den Noth- und Missständen ziemlich rath- und hilflos gegenüber stehen und sich auf den Mangel an Geldmittel berufen, steigen die Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes unausgesetzt und zwar ausschliesslich zu Gunsten des Militärbudgets. So ist es denn kein Wunder, dass die von der Sozialdemokratie in Tausenden von Exemplaren importirten Flugblätter auf guten Boden fallen und ihrer energischen Sprache wegen selbst von Leuten, die durchaus keine Sozialisten sind, nicht ungern gelesen werden.*)

Gerade gegen diese Flugblätteragitation vermögen die Behörden wenig auszurichten, da ein Verbot immer erst post festum kommt, d. h. wenn das Flugblatt bereits vertheilt ist. Einen klassischen Ausdruck dieser Rathlosigkeit lieferte ein Reskript der Verwaltungs- und Polizeibehörden von Chemnitz, welches „an den gesunden Sinn der Bevölkerung“ appellirte und an alle Wohlgesinnte das Ersuchen richtete „zur Entdeckung derartiger Frevler (Verbreiter von Flugblättern) thunlichst mitzuwirken und die etwa vorgefundenen verbotenen oder verdächtigen Druckschriften an die unterzeichneten Behörden oder deren Organe abzuliefern.“ Ebenso wird in einer Anklageschrift gegen einige Magdeburger Sozialisten geklagt, dass „die geheime Organisation der Sozialdemokratie eine so eigenthümliche sei, dass stets nur einige Maschen des über ganz Deutschland verbreiteten sozialistischen Netzes entdeckt werden können; dass die massenhaften Flugblätter grossentheils vom Ausland nach Deutschland importirt werden, theilweis in ganzen Ballen, theilweis unter einzelnen Adressen brieflich.“ „Meistentheils“, heisst es dann weiter, „sind falsche Namen für Verfasser, Verleger und Drucker gewählt, so dass es fast nie gelingt, bestimmte Anhaltspunkte zu gewinnen.“ — Die Flugblattagitation erweist sich als so praktisch, dass der Abgeordnete Bebel, als ihm die Dresdener Polizei eine mündliche Berichterstattung an seine Wähler unmöglich machte, sich in einem vortrefflichen Flugblatt direkt an dieselben wendete. Dieses Flugblatt wurde in 30,000 Exemplaren am 1. August Morgens zwischen 7 und 9 Uhr von vierhundert Mann so geschickt verbreitet, dass, als die Polizei dahinter kam, sie nur noch Einzelexemplare aufgreifen konnte. —

Aus Alledem lernen die Macher des Sozialistengesetzes natürlich Nichts. Sie sehen ein, dass es nicht hält, was sie sich von ihm versprochen, sind aber eher geneigt, nach Verschärfungen zu rufen, als ihren Irrthum einzu-

*) Der konservative „Schwäbische Merkur“ drückte sich über die Vertheilung des bekannten Flugblattes „Keine Schmarotzer mehr“ folgendermassen aus: „Solch schamloses Vorgehen der Sozialdemokraten ist ein trauriger Beweis davon, dass das Feuer, wenn auch unterdrückt, doch gewaltig unter der Asche fortglimmt, sowie dass von ihnen Alles aufgeboten wird, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und sie an sich zu ziehen. Steuerentlastung, das ist ja ein Wort, welches gegenwärtig auch von vermöglicheren Bauern gerne gehört wird und eine solche Macht ausübt, dass alle Gegenbelehrung wenig Eingang finden will.“

sehen. Sie begreifen nicht, dass eine Partei, die so tiefe Wurzeln geschlagen hat, sich in alle Verhältnisse hineinfindet, dass mit den Schwierigkeiten, die man ihr in den Weg legt, auch ihre Geschicklichkeit, sie zu überwinden, wächst. —

Ende August fand endlich auf schweizerischem Boden der längst herbeigesehnte Kongress der deutschen Sozialdemokraten statt; dass seine Sitzungen geheim sein mussten, ist selbstverständlich. Im Uebrigen aber war er im Parteiorgan mehrmals und zwar an hervorragender Stelle angekündigt, ebendaselbst zu Delegirtenwahlen aufgefordert, sowie eine Anmeldestelle angegeben worden, so dass an der Legimität des Kongresses nur Diejenigen zu zweifeln berechtigt wären, deren Anmeldungen aus unzureichenden Gründen zurückgewiesen wurden. Das ist nicht geschehen, vielmehr darf das Arrangement und der Verlauf des Kongresses als wohlgelungen bezeichnet werden.

Von gegen fünfzig Delegirten aus Deutschland und mehreren Delegirten Deutscher im Auslande beschickt, zeigte der Kongress, ungeachtet in Spezialfragen die Meinungen oft differirten, und bei aller scharfen Kritik des bisher Geschehenen in den wesentlichen Fragen das Bestreben, dem gemeinsamen Feind gegenüber auch die Solidarität unentwegt hochzuhalten. Alle Ausführungen, alle Beschlüsse waren von diesem Geiste diktirt.

Auf die Einzelnheiten des Kongresses hier einzugehen, halten wir nicht für geboten und verweisen in dieser Beziehung auf das im Verlage des „Sozialdemokrat“ erschienene Protokoll, das Alles enthält, was zur Veröffentlichung geeignet ist. Anderes, wie z. B. die so wichtigen Organisationsdebatten, in denen die Delegirten ihre Erfahrungen gegenseitig austauschten, musste natürlich auch aus diesem Protokoll fortbleiben. Im Nachstehenden wollen wir dagegen die Beschlüsse des Kongresses anführen, und zwar, wo es uns nöthig erscheint, mit kurzem Kommentar.

In Bezug auf das Programm wurde einstimmig beschlossen, im Absatz II das Wort „gesetzlich“ zu streichen.

Einstimmig votirte der Kongress ferner folgende Resolution:

„Der Kongress erklärt, dass er die seit Erlass des Sozialistengesetzes von den Abgeordneten und der Partei überhaupt eingehaltene Taktik für prinzipiell richtig hält und spricht den in schwieriger Lage handelnden Vorkämpfern der Partei sein Vertrauen aus.“ —

Diese Resolution hat wegen ihrer bedingten Fassung einigen anarchistischen Blättern Veranlassung zu hämischen Interpretationen gegeben. Wer aber den Kongressdebatten beiwohnte, ja wer auch nur das Kongressprotokoll aufmerksam liest, muss sich darüber klar werden, dass sie kaum anders lauten konnte. Der Kongress hat die Thätigkeit der Parteileitung scharf kritisirt, die Debatte ergab aber, dass die Leiter nicht viel anders hatten handeln können, als es thatsächlich der Fall war. Die Anforderungen waren gerade in der ersten Zeit nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes zu zahlreiche, als dass die Parteileitung allen hätte gerecht werden können. Bedenkt man fernerhin, dass die betreffenden Personen eine ganz andere Verantwortung trugen, als jede andere Einzelpersönlichkeit, so wird man auch einsehen, warum sie Manches vorläufig unterliessen, was der Einzelne ruhig riskiren

konnte. Grund zu Beschwerden mochte Mancher haben, Grund zu Misstrauen oder gar zu Anklagen hatte Niemand auf dem Kongresse.

Der Ausschliessung Hasselmanns schloss sich der Kongress in folgender Resolution mit Allen gegen drei — sich enthaltenden — Stimmen an:

„Nachdem der Kongress über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Hasselmanns aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamirte Ausschliessung Hasselmanns voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen dieser als notorischer Verläumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken."

Die Begründung dieser Resolution glauben wir oben geliefert zu haben, ebenso selbstverständlich ist die folgende, mit allen gegen zwei Stimmen angenommene Resolution:

„In Erwägung, dass Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt hat und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

„In fernerer Erwägung, dass Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiagenten trotz ertheilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften;

„In schliesslicher Erwägung, dass Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

„Erklärt der Kongress, dass er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet."

Zur Beruhigung derjenigen zartbesaiteten Gemüther, welche in dieser letzten Resolution ein Unrecht gegen J. Most erblicken, machen wir zum Ueberfluss darauf aufmerksam, dass Most fast in jeder Nummer seines Blattes erklärt hatte, er erkenne die alte Partei nicht mehr an, die bisherigen Führer hätten abgewirthschaftet, gehörten in's alte Eisen etc. „Uns Einigkeit mit ihnen zumuthen, heisst von uns Verrath an der Sache fordern," schrieb er am 5. Juni in seinem Blatte; auf die Aufforderung, zur Vertretung seiner Angriffe selbst auf dem Kongresse zu erscheinen, antwortete er mit Verdächtigungen der Einberufer etc. Unter solchen Umständen hat Most absolut kein Recht sich zu beklagen, dass ihm Unrecht geschehen sei.

Der mit Vorliebe verbreiteten Auffassung, als nehme die deutsche Sozialdemokratie den russischen Sozialrevolutionären gegenüber eine grundsätzlich feindliche Haltung ein, begegnet folgende Resolution:

„Wie die deutsche Sozialdemokratie allen Bewegungen, die auf Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgehen, ihre volle Sympathie entgegenträgt, so thut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber, obwohl sie deren durch die besonderen Verhältnisse Russlands bedingte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält."

Hierzu gehört auch folgender Antrag, der einstimmig angenommen wurde:

„Der Kongress deutscher Sozialisten, in Erwägung, dass die Befreiung

der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muss und dass die deutsche Sozialdemokratie von jeher ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertretung, den Kongress mit zwei Vertretern zu beschicken."

Beiden Resolutionen dürfen wir noch hinzufügen, dass für den Ernst der Sympathiebezeugungen auch — wo es die Verhältnisse ermöglichten — thatkräftige Unterstützung Beweis ablegte und auch in Zukunft ablegen wird. — Weiter wurde eine ganze Anzahl auf die Organisation der Partei bezügllicher Anträge angenommen, die indess zur Veröffentlichung nicht geeignet sind. Als offizielles Organ der Partei wurde einstimmig der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat" bezeichnet, sowie den Parteigenossen in Deutschland anempfohlen, „sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu betheiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten."

Die im Auslande wohnenden Deutschen, sowie überhaupt die ausländischen Genossen dürfte noch folgender Beschluss interessiren:

„Zur Herstellung einer regelmässigen Verbindung der Sozialisten und Sozialistenvereine des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland, sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzterer und den Bruderparteien des Auslandes, wird eine Verkehrsstelle ausserhalb Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschwerden, Anträge etc. entgegenzunehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat." —

Wir glauben, mit der Berichterstattung über den Kongress unseren diesmaligen Bericht abschliessen zu sollen. Unzweifelhaft hat der Kongress Klarheit in die seit Proklamirung des Sozialistengesetzes eingetretene Situation der Partei gebracht. Er hat nichts im Grunde Neues geschaffen, das war nach unserer Meinung auch gar nicht seine Aufgabe, aber er hat die im Verlauf der Dinge sich als nothwendig herausgestellten Schritte und Unternehmungen anerkannt, er hat den Genossen gezeigt, dass ihre bisherigen Vorkämpfer noch unentwegt auf ihrem schwierigen Posten stehen, und hat diesen die Gewissheit gegeben, dass die deutsche Sozialdemokratie in ihrer übergrossen Mehrheit nicht gesonnen ist, den Launen und Einfällen einzelner Abenteurer als Spielball zu dienen, sondern fest hält an dem für richtig und zweckmässig Erkannten und nach wie vor mit allen Mitteln wirken will für die endliche Verwirklichung ihrer auf Beseitigung aller Ausbeutung gerichteten Bestrebungen.

Der Kongress hat auf uns im höchsten Grade ermuthigend gewirkt, wir hoffen, in unserem nächsten Bericht sagen zu dürfen, dass wir uns in dieser Beziehung nicht getäuscht haben. Denn im Augenblick, da wir unsern Bericht abschliessen, gehen uns Mittheilungen zu, nach welchen neue Verfolgungen gegen uns im Werk sind.

Im September 1880. E. B—n.

Frankreich.

Die sozialistische Partei Frankreichs befindet sich, wir dürfen es offen gestehen, in voller Krisis. Die dem wissenschaftlichen Sozialismus durchaus entsprechenden Beschlüsse des Marseiller Kongresses hatten Freund und Feind überrascht, die kooperatistischen Sozialisten sogar arg erschreckt. Bald aber, nachdem die erste Bestürzung sich gelegt hatte, eröffneten die Letzteren gegen den Kollektivismus, worunter man in Frankreich fast das Gleiche versteht, was man in Deutschland den wissenschaftlichen Kommunismus nennt, einen erbitterten Feldzug. Sie werden in diesem Kampf noch von unserer gesammten republikanischen und radikalen Presse — von dem „Temps" und der „Lanterne" bis zum „Mot d'ordre" — sowie von den radikalen Parteien selbst unterstützt. Gleich nach der Amnestie eröffnete die radikale Presse, mit alleiniger Ausnahme des „Citoyen", einen wahrhaften Sturm gegen die Arbeiterpartei.

Auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, wären die gemässigten Sozialisten der Masse der Kollektivisten gegenüber machtlos, vor Allem darum, weil sie weder Redner, noch namhafte Schriftsteller in ihren Reihen zählen. Sie haben es auch weder in öffentlichen Versammlungen, noch in den sozialistischen Zeitungen gewagt, ihren Gegnern entgegenzutreten, mit Ausnahme eines einzigen Males, und zwar um — geschlagen zu werden. Allein von den radikalen Bourgeois unterstützt, sind sie nicht zu unterschätzen. Diese Letzteren greifen in ihrer Presse den revolutionären Kollektivismus heftig an und preisen das kooperatistische Pflaster als soziales Universalheilmittel.

Auf den drei Regionalkongressen zu Paris, Lyon und Marseille wagten die gemässigten Sozialisten nicht, aufzutreten. Auf dem Kongress zu Lille wurden sie zum Theil geschlagen. Nunmehr setzten sie alle ihre Hoffnungen auf den Kongress von Havre, und zwar nicht ohne Grund.

Die französischen Sozialisten sind gegenwärtig in drei Fraktionen gruppirt: die Kooperatisten haben ihren Generalstab in Paris und die Mehrzahl ihrer Anhänger im Norden Frankreichs; die Kollektivisten haben ihr Zentrum in Paris und zählen überdies Anhänger in Mittelfrankreich, speziell in Reims und Lyon; die Anarchisten endlich haben ihr Hauptquartier in Cette und zählen ihre Anhänger besonders in Béziers, Marseille, Narbonne etc. Diese regionale Theilung ist freilich keine absolute, sie ist aber charakteristisch und muss daher verzeichnet werden.

Da nun die Arbeiterkongresse gegenwärtig ohne jede Einschränkung von den verschiedenen Gruppen beschickt werden können, so folgt daraus, dass diejenige Region, wo der Kongress tagt, stets die Mehrzahl der Delegirten entsendet und derart die Majorität bildet. Somit hätten die Gemässigten, da die Normandie die konservativste französische Provinz ist, grosse Chancen, die Beschlüsse des Marseiller Kongresses wieder aufzuheben. Aber diese Wahrscheinlichkeit allein genügte ihnen noch nicht. Sie suchten bei den republikanischen Kommunalbehörden um Hilfe nach, und so haben die von Paris und Rouen bereits Summen zur Absendung von 20 antikollektivistischen Delegirten votirt, andere werden diesem Beispiel wohl nachfolgen.

Natürlicherweise protestiren die Kollektivisten durch ihre Organe —

die „Egalité“, den „Prolétaire“ und die „Revue socialiste“ — gegen diese Machinationen und schlagen vor, die Stipendiaten nicht als Delegirte anzuerkennen. Andererseits werden die Gruppen des Südens, des Westens und Zentrums, die nur eine geringe Anzahl von Delegirten absenden können, denselben das imperative Mandat ausstellen, nur bei Aufrechterhaltung der Beschlüsse des Marseiller Kongresses an den Debatten theilzunehmen.

Es lässt sich somit voraussehen, dass der Kongress zu Havre lediglich dazu dienen wird, zwischen den revolutionären Sozialisten und den Kooperatisten eine Spaltung hervorzurufen, welche die letzteren durch die Gewalt der Thatsachen zur Verschmelzung mit den radikalen Bourgeois veranlassen wird. Die revolutionären Sozialisten blieben dann die einzigen Repräsentanten des eigentlichen Sozialismus. Allein auch diese bestehen, wie bereits betont, aus zwei Fraktionen, die überdies sehr ungleich sind: die Kollektivisten zählen nämlich wenigstens zwanzig Mal mehr Anhänger als die Anarchisten. Der vollständige Bruch zwischen diesen beiden Fraktionen trat noch besonders gelegentlich der Aufstellung des sozialistischen Programms hervor, das von den Redaktionen der „Egalité“, der „Revue socialiste“ und des „Proletaire“ ausgearbeitet und von fast allen Arbeiter-Federationen, sowie den sozialistischen Gruppen von Lyon, Marseille, St. Etienne, Vienne, le Creuzot, Montluçon, Commentry, St. Quentin etc. ganz, und von dem Kongress der Zentralregion, der Ende Juli 1880 in Paris stattgefunden hatte, mit einigen Abänderungen angenommen worden ist.

Ehe wir weiter gehen, wollen wir dieses Dokument, das in den Annalen des französischen Sozialismus einen hervorragenden Platz einnehmen wird, hier wiedergeben, und zwar mit den Abänderungen des Pariser Regionalkongresses des Zentrums:*)

„In Erwägung,

„Dass die Emanzipation der Arbeiterklasse die aller menschlichen Wesen ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung ist;

„Dass die arbeitende Klasse erst dann frei sein wird, wenn sie sich im Besitze der Produktionsmittel befindet;

„Dass es zwei Formen gibt, unter denen ihr die Produktionsmittel gehören können:

„1) Die individuelle Form, die als allgemeine Thatsache nie existirt hat und durch den industriellen Fortschritt immer mehr beseitigt wird,

„2) Die kollektive Form, deren materielle und intellektuelle Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden;

„In Erwägung,

„Dass die kollektive Besitznahme nur durch einen revolutionären Akt der als selbstständige politische Partei organisirten Arbeiterklasse — des Proletariats — ausgeführt werden kann;

„Dass eine solche Organisation mit allen dem Proletariat zu Gebote stehenden Mitteln geschaffen werden muss, darunter auch mittelst des allgemeinen Stimmrechts, das aus einem Werkzeug des Betrugs, das es bis jetzt gewesen, zu einem Befreiungsmittel umgestaltet werden muss, —

*) Die wir in gesperrter Schrift andeuten.

„Haben die französischen sozialistischen Arbeiter, — indem sie in ökonomischer Beziehung die Ueberführung aller Arbeitsinstrumente in den Gemeinbesitz als Zweck ihrer Bestrebungen aufstellen, — beschlossen, mit folgendem Minimalprogramm als Organisations- und Kampfmittel an den Wahlen theilzunehmen:

„A. Politisches Programm.

„1) Aufhebung aller Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze und besonders des Gesetzes gegen die internationale Arbeiter-Assoziation. — Abschaffung der Arbeitsbücher, dieser Herabwürdigung der Arbeiterklasse, sowie Aufhebung aller Gesetzesparagraphen, welche den Arbeiter gegenüber seinem Prinzipal als minderberechtigt hinstellen;

„2) Abschaffung des Kultusbudgets und Rückgabe der beweglichen und unbeweglichen, den religiösen Körperschaften gehörenden Güter der sogenannten todten Hand, einschliesslich aller industriellen und kommerziellen Etablissements dieser Körperschaften, in das Nationaleigenthum (Beschluss der Kommune vom 2. April 1871);

„3) Allgemeine Volksbewaffnung;

„4) Die Selbstständigkeit der Gemeinden in ihren Verwaltungs- und Polizeiangelegenheiten.

„B. Oekonomisches Programm.

„1) Ein Ruhetag in der Woche oder gesetzliche Bestimmung, dass die Arbeitgeber nicht mehr als sechs Tage von sieben arbeiten lassen dürfen. — Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden für Erwachsene. — Verbot der Kinderarbeit in Privatwerkstätten bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahr, und Beschränkung der Arbeitszeit auf sechs Stunden für das Alter von 14 bis 18 Jahren;

„2) Gesetzlich bestimmter Minimallohn, der jedes Jahr entsprechend dem Preise der Lebensmittel neu festzusetzen ist;

„3) Lohngleichheit für die Männer- und Frauenarbeit;

„4) Wissenschaftliche und gewerbliche Erziehung aller Kinder, sowie Unterhalt derselben auf Kosten der durch den Staat und die Gemeinden repräsentirten Gesellschaft;

„5) Unterhalt der Greise und Arbeitsunfähigen durch die Gesellschaft;

„6) Verbot jeder Einmischung der Arbeitgeber in die Verwaltung der Hilfs- und Unterstützungskassen etc. der Arbeiter, denen allein die Verwaltung ihrer Kassen zu überlassen ist;

„7) Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unfällen, garantirt durch eine von denselben zu leistende Kaution, die der Anzahl der beschäftigten Arbeiter und der Gefährlichkeit des betreffenden Betriebes entsprechen muss;

„8) Theilnahme der Arbeiter bei der Aufstellung der Fabrikordnungen; Aufhebung des angemassten Rechtes der Arbeitgeber ihre Arbeiter unter der Form von Geldbusse oder der Vorenthaltung des Lohnes mit Strafe zu belegen (Dekret der Kommune vom 27. April 1871);

„9) Revision aller Verträge, durch die öffentliches Eigenthum veräussert wurde, (Banken, Eisenbahnen, Bergwerke etc.), und Ueberlassung

der Ausbeutung aller staatlichen Werkstätten an die in denselben beschäftigten Arbeiter;

„10) Abschaffung aller indirekten Steuern und Umwandlung aller direkten in eine progressive Besteuerung der Einkommen über 3000 Frs. — Aufhebung des Erbrechts der Seitenlinien und der direkten Vererbung von Vermögen über 20,000 Frs."

Dieses Programm, an dessen Verbreitung wir zu grossen Antheil haben, um über dasselbe unbefangen sprechen zu können, wurde ausser von den Bourgeoisblättern aller Schattirungen und den Gemässigten, die an ihm den Fehler auszusetzen hatten, dass es die Prinzipien des revolutionär-kollektivistischen, d. h. wissenschaftlichen Sozialismus vertrete, auch von den Anarchisten lebhaft angegriffen, deren Meinung nach es zu gemässigt ist. Daher kam es, dass es auf dem Marseiller Regionalkongress, wo die Anarchisten die Majorität besassen, nicht berücksichtigt wurde, und dass auf dem Lyoner Regionalkongress die Stimmen sich zwischen dem Arbeiterprogramm und einem als Maximalprogramm bezeichneten theilten, indem der revolutionäre Kollektivismus von Neuem bestätigt wurde, aber unter Ablehnung der Wahlthätigkeit.

Die Rückkehr der amnestirten Kommunarden hat auf diese Situation noch keinen Einfluss ausüben können, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine grosse Anzahl derselben in Abhängigkeit von den Radikalen gerathen ist, die ja über alle Mittel verfügen. Die Minderheit hat sich jedoch der Arbeiterpartei angeschlossen, für welche die Erfahrung der Männer von 1871 nicht unnütz sein wird. Die Radikalen haben inzwischen eingesehen, welcher Fehler es war, die Arbeiterpartei anzugreifen, und sie sind es daher, die jetzt wieder von Versöhnung reden, indem sie an die Wahlen denken.

Während diese Spaltung sich in den Regionalversammlungen des Proletariats zwischen den sozialistischen Radikalen und den Männern der Partei geltend machte, wurde der Streit zwischen den Kollektivisten und den Anarchisten — von der Pariser „Egalité" seitens der Ersteren und dem Genfer „Révolté" von Seiten der Letzteren unterhalten — immer heftiger. In der letzten Nummer der „Egalité" machte sich jedoch eine mildere Stimmung bemerkbar, und es hat den Anschein, dass wenn auch zwischen diesen beiden Fraktionen theoretische Debatten noch ferner stattfinden werden, die Zeit heftigen Zwistes vorüber ist.

In der französischen kollektivistischen Presse findet eine bedeutende Umwälzung statt. Die „Egalité" wird mit der „Revue socialiste" verschmolzen. Ein neues täglich erscheinendes Blatt, die „Emancipation", wird gegründet, welches nicht nur die Mehrzahl der Redakteure der „Revue socialiste", der „Egalité" und des „Prolétaire", sondern auch noch bekannte der Partei der Gemässigten und der anarchistischen angehörende Sozialisten zu seinen Mitarbeitern zählen wird. Von Seiten der Gemässigten, wie von Seiten der Anarchisten sind Beziehungen mit der Redaktion der „Emancipation" angeknüpft. Diese letztere wird vollständig auf dem Boden des oben angeführten Programms stehen, doch ist sie fest entschlossen, für eine Versöhnung der verschiedenen sozialistischen Gruppen zu wirken. Zu diesem Zweck trat sie in Verbindung mit der Redaktion des „Prolétaire", damit

zwischen den verschiedenen Organen der französischen Arbeiterpartei ein geistiges Solidaritätsbündniss geschlossen werde, nämlich zwischen der täglich erscheinenden „Emancipation", dem Wochenblatt „Prolétaire" und der alle 14 Tage erscheinenden „Egalité, Revue socialiste".

Eine lebhafte Thätigkeit vollzieht sich gegenwärtig seitens der sozialistischen Organisationen. Alle sehen die Nothwendigkeit einer engeren Vereinigung ein, und die Solidarität hat sich auch bereits thatsächlich geltend gemacht. Es ist nämlich hervorzuheben, dass bei den — unter einem für uns sehr ungünstigen Modus vor sich gehenden — Wahlen zu den Generalräthen die Kandidaten der kollektivistischen Arbeiterpartei theilweise unerwartete Erfolge erzielt haben, und dass man sich zu den im Monat November stattfindenden Munizipalwahlen, besonders aber zu den allgemeinen Wahlen von 1881, bereits eifrig vorbereitet.

Obwohl über den Nutzen der Wahlthätigkeit für die Sozialisten die Ansichten differiren, sind doch Alle, darunter auch die Anarchisten, der Meinung, dass eine Zählung unserer Kräfte nothwendig ist.

Mit einem Wort, der französische Sozialismus, der sich mittelst so vieler Anstrengungen endlich von den Schlägen der Kommune wieder aufzurichten beginnt, tritt in eine Periode der Organisation ein, die, wie wir glauben, grosse Früchte tragen wird, und über deren Wirksamkeit man in einigen Monaten wird urtheilen können. B. Malon.

Grossbritannien.

Bei der Wiederaufnahme unseres Berichts über die Lage der arbeitenden Klassen Grossbritanniens, ihrer Stellung gegenüber den anderen Klassen und der Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage wird es gut sein, vom wirthschaftlichen Standpunkte aus eine kurze Betrachtung über den augenblicklichen Zustand der englischen Gesellschaft und ihrer Aussichten für die Zukunft vorauszuschicken; wir werden dann besser zu beurtheilen im Stande sein, ob die jetzige grosse Bewegung der englischen Arbeiterklassen geeignet ist, ihre soziale Hebung zu ermöglichen.

Es muss jedem aufmerksamen Beobachter klar sein, dass die Handelssuprematie Englands bald der Vergangenheit angehören wird. Was aber wird ohne diese die Zukunft Englands, was die Lage der in den grossen Industrie-Bezirken in so ausserordentlich grossen Massen zusammengedrängten Arbeiterbevölkerung sein? Das sind Fragen, die jeden Freund der Arbeiter zum Nachdenken auffordern und die Aufmerksamkeit ganz besonders der Arbeiterklasse selbst auf sich lenken sollten. Wenn ein Volk, das so lange auf allen Weltmärkten fast alleinherrschend gewesen ist, dieser Alleinherrschaft beraubt wird, so wird es auf seine eigenen Hülfsquellen angewiesen, und fliessen diese dann für die Bedürfnisse und die Ansprüche der Bevölkerung nicht reichlich genug, oder verhindern künstliche Einschränkungen die Entfaltung derselben, dann muss die Nation in Bezug auf Bevölkerung, Wohlstand und Macht verkommen, besonders aber wird die Lage der Arbeiterklassen von Jahr zu Jahr unbefriedigender, die Leiden

der in den Hauptindustrieplätzen zusammengedrängten Arbeiter steigern sich in entsetzlicher Weise, so dass die Zukunft des Landes wesentlich von der Intelligenz, der Geduld und Ausdauer der Arbeiterbevölkerung abhängt.

Diese aber, von Alters her „die Holzhauer und Wasserträger" der unproduktiven Gesellschaftsklassen, haben von jeher nur wenig Würde (abgesehen von ihrer Arbeit) zu verlieren gehabt, und wissen von Unabhängigkeit, da ihre tägliche Arbeit stets von dem Willen und der Laune einzelner Individuen, von der Erfindung oder Verbesserung einer Maschine, der Insolvenz einer Firma oder Bank, oder dem Verluste eines auswärtigen Marktes abhing, so gut wie nichts. —

Man könnte nun wohl die Frage aufwerfen, ob denn der Untergang der englischen Handelssuprematie so gewiss ist, und ob es für England wirklich unmöglich ist, dieselbe zu behaupten oder wieder zu gewinnen. Die Antwort hierauf ist nach den uns vorliegenden Thatsachen eine für England ganz entschieden ungünstige. Zwar mag Englands ungeheurer Reichthum es in den Stand setzen, einen langen Kampf um den Wiederbesitz entfernter Märkte aufzunehmen oder sich neue Märkte in halbkultivirten oder noch ganz unkultivirten Ländern zu eröffnen, aber das wird es niemals für den Verlust europäischer und amerikanischer Märkte entschädigen, ja es wird kaum den Verlust an der Kaufkraft seiner eigenen Bevölkerung aufwiegen können. Behufs näherer Prüfung dieser Behauptung wollen wir zunächst den Haupt-Industriezweig Lancashire's in's Auge fassen. Bis vor ungefähr 30 Jahren war England, was die Baumwollenindustrie anbetrifft, der einzige Produzent; aber seit 1850 haben sich auch andere Länder dieses Industriezweiges bemächtigt und grosse Fortschritte darin zu verzeichnen. Die Gesammtzahl aller Spindeln der Erde am Schlusse des Jahres 1879 wird auf 71,250,000 angegeben, die wie folgt vertheilt sind:

Grossbritannien und Irland	39,500,000	39,500,000
Europäischer Kontinent	20,425,000	
Amerika	10,050,000	31,750,000
Indien	1,275,000	
		71,250,000

Die übrigen Länder besitzen also jetzt in Bezug auf die Baumwollen-Industrie 80 % der englischen Produktionsfähigkeit, ein Fortschritt derselben, der für die Zukunft der englischen Baumwollenmanufaktur gewiss sehr ernste Bedenken erregt.

Noch ungünstiger fällt für England der Vergleich in der Eisenindustrie aus. Wir lassen der Kürze wegen die bedeutende Eisenindustrie Belgiens, Frankreichs und Deutschlands bei Seite, und wollen uns auf einen Vergleich mit den Vereinigten Staaten Amerika's beschränken. Es befanden sich im Jahre 1879 in:

		in Thätigkeit	in Ruhe	zusammen
England	Hochöfen	498	454	952
Nord-Amerika	„	384	293	677
	Unterschied	114	161	275

England könnte an Roheisen produziren 11,250,000 Tons jährlich
Amerika „ „ „ „ 8,140,000 „ „

Der Unterschied 3,110,000 in der Eisen-Produktionskraft ist also durchaus unwesentlich, dabei hat Amerika selbst bisher nie über 4,000,000 Tons jährlich konsumirt.

Die Entwicklung der Kohlenindustrie anderer Länder ist für England ebenfalls verhängnissvoll. Das mit 1879 abgelaufene Dezennium ergibt die folgende Steigerung der Kohlenindustrie (siehe: The Times, Weeckly Edition January 1880) in:

Grossbritannien und Irland	31,57 %
Frankreich	38,04 „
Spanien	63,38 „
Deutschland	71,48 „
Vereinigten Staaten	120,85 „
Oestreich	175,08 „
Russland	520,49 „

Selbst wenn die eben angeführten Aufstellungen nur annähernd richtig sind, drängt sich uns die unzweifelhafte Ueberzeugung auf, dass die Handelsübermacht Englands schnell ihrem Ende zueilt. Man wird hierin bestärkt, wenn man bedenkt, dass der Import von Manufakturwaaren d. h. fabrizirter Artikel jeder Art von Jahr zu Jahr steigt. Der Werth der importirten Manufakturwaaren des mit 1877 endigenden Lustrums war folgender: 1873 Pfd. St. 35,000,000; 1874 Pfd. St. 39,000,000; 1875 Pfd. St. 41,000,000; 1876 Pfd. St. 43,000,000; 1877 Pfd. St. 46,000,000.

Was thun nun, fragen wir, die Arbeiter im Angesichte des sicheren Rückganges der englischen Industrie und des englischen Handels? Bereiten sie sich ernstlich auf die unvermeidliche, sich schnell nähernde Krisis vor, und haben sie thatsächlich erkannt, dass für England das Herabgleiten von der Höhe seiner kommerziellen Stellung bereits begonnen hat und progressiv zunimmt? Wir fürchten, nein! Wir finden sie — wenigstens den bei weitem grösseren Theil — immer noch jenen Systemen und Organisationen ergeben, die sie bis jetzt noch nicht von der Tyrannei des Kapitals befreit haben und es auch niemals thun werden. Von diesen geleitet, werden die Arbeiter ewig nur „die Holzhacker und Wasserträger“ bleiben. Und doch wären sie in diesen Organisationen stark genug, um grosse Dinge zu vollbringen, mächtig genug, um die Tyrannei des Kapitals zu brechen und der Arbeit massgebenden Einfluss in allen Zweigen der Gesellschaft zu sichern.

Blicken wir hinein in ihre Organisationen, um zu sehen, was sie thun und treiben. Da sehen wir denn, dass auf ihrem im September 1879 abgehaltenen Kongresse, auf welchem 92 Vereine mit 520,000 Mitgliedern vertreten waren, man sich ausschliesslich mit Verbesserungsvorschlägen und Amendirungen der bestehenden Gesetzgebung (Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes, Vermehrung der Fabrikinspektoren, Regelung der Gefängnissarbeit, der Matrosenkontrakte, Abänderung der Patent- und Geschwornen-Gesetze, des Strafgesetzbuches, Besoldung der Beamten etc. etc.), sowie mit der Diskussion des Themas: „Ist Afrika im Stande, der Geschäftsstockung in England abzuhelfen?“ beschäftigte, dass aber keiner einzigen grösseren Mass-

regel gedacht wurde, die darauf hinausliefe, den Krieg zwischen Kapital und Arbeit siegreich zu beendigen, keiner Massregel, die die Arbeiter aus ihrer entwürdigenden Abhängigkeit von den Kapitalisten — deren Interessen denen der Arbeiterklasse immer diametral entgegengesetzt gewesen sind und es stets sein werden — erheben könnte.

Und doch weisen viele der vertretenen Vereine — von denen 29 mit zusammen 425,642 Mitgliedern über 5000, 19 mit zusammen 361,284 Mitgliedern über 10,000, sechs über 20,000 und zwei gar über 40,000 Mitglieder zählen — höchst bedenkliche Bilanzen auf. Der Zahl nach ist z. B. die Amalgamated Society of Engineers die mächtigste (45,000 Mitglieder), ihr Rechnungsabschluss des letzten Jahres ist aber durchaus nicht zufriedenstellend:

Ihr Einkommen pro 1879 beläuft sich auf . .	Pf. St.	135,267.	—.	—.
Ausgabe	„	245,826.	—.	—.
Mehrausgabe	Pf. St.	110,559.	—.	—.
Die Ursache dies Verlustes ist der grosse Posten in der Ausgabe für arbeitslose Mitglieder .	„	149,931.	19.	2.
Einkommen der United Society of Boiler Makers (19,760 Mitglieder) pro 1879	Pf. St.	46,974.	19.	7.
Ausgabe	„	66,299.	—.	8.
Mehrausgabe	Pf. St.	19,324.	1.	1.
Wie im vorliegenden Falle ist die Ursache des Verlustes der Ausgabeposten für arbeitslose Mitglieder	„	31,976.	19.	8.
Einkommen der National Amalgam. Society of Brass Workers (5000 Mitglieder) pro 1879 .	Pf. St.	5,971.	7.	7.
Ausgabe	„	10,838.	8.	$6^1/_2$.
Mehrausgabe	Pf. St.	4,867.	—.	$11^1/_2$.
Auch hier ist die Ursache des Verlustes die Ausgabe für arbeitslose Mitglieder	„	6,490.	7.	9.
Die Iron Founders Association (12,500 Mitglieder) zahlte ebenfalls an arbeitslose Mitglieder . .	Pf. St.	62,897.	10.	$7^1/_2$.
und die Amalgam. Society of Carpenters and Joiners (17,000 Mitglieder) für denselben Zweck	„	38,757.	16.	—.

Nirgends aber finden wir irgend eine Anstrengung, arbeitslose Mitglieder selbst zu beschäftigen. Dass die Gewerkschaften Grosses und Edles in der Unterstützung ihrer kranken, alten und arbeitsunfähigen Mitglieder geleistet haben, kann Niemand leugnen, wir finden für diese Behauptung noch reichliche Beweismittel in den letzten Abschlüssen der obigen Vereine, die in dieser Beziehung alles Lob verdienen. So zahlten während des letzten Jahres:

Die Amalgamated Society of Engineers								
an kranke Mitglieder	Pf. St.	26,514.	17.	2.				
„ Altersschwache	„	17,730.	6.	8.				
für Unfälle	„	1,800.	—.	—.				
„ Begräbnisse	„	7,389.	—.	—.	Pf. St.	53,434.	3.	10.
Die Iron Founders Association								
an kranke Mitglieder	Pf. St.	6,260.	17.	5.				
„ Altersschwache	„	3,727.	4.	—.				
für Unfälle	„	943.	—.	—.				
„ Begräbnisse	„	2,160.	—.	—.	„	13,091.	1.	5.
Die Boiler Makers Society								
an kranke Mitglieder	Pf. St.	14,730.	8.	10.				
„ Alterschwache	„	1,580.	—.	—.				
für Unfälle	„	201.	—.	—.				
„ Begräbnisse	„	2,379.	—.	—.	„	18,890.	8.	10.
The Amalgamated Society of Carpenters and Joiners								
an kranke Mitglieder	Pf. St.	11,279.	5.	6.				
„ Altersschwache	„	444.	—.	—.				
für Unfälle	„	1,500.	—.	—.				
„ Begräbnisse	„	2,003.	—.	—.	„	15,226.	5.	6.
Vier Vereine zusammen im Jahre 1879					Pf. St.	100,641.	19.	7.

Es zahlten für wohlthätige Zwecke:

The Amalg. Tailors von 1869—79	Pf. St.	76,612.	8.	6.				
„ „ Carp. & Join. 1860—79	„	297,921.	—.	—.				
„ „ Boil. Mak. etc. 1860—79	„	278,002.	3.	4.				
Drei Vereine zusammen					Pf. St.	652,535.	11.	10

Während derselben Periode verausgabten für Strikes und Lockouts:

The Amalgamated Tailors	Pf. St.	15,564.	—.	—.
„ „ Carpenters and Joiners	„	59,000.	—.	—.
„ „ Boiler Makers Society	„	40,073.	—.	—.
Dieselben drei Vereine zusammen	Pf. St.	114.637.	—.	—.

Diese grossen, zu verschiedenen Zwecken verausgabten Summen zeigen uns, dass die 92 Vereine mit 520,000 Mitgliedern, die auf dem vorjährigem Kongresse vertreten waren, beinahe Alles erreichen könnten, wenn sie Klugheit und Entschlossenheit genug besässen; wie die Dinge aber liegen, fehlt ihnen das bessere Wissen und damit auch der Wille, etwas Höherem und Edlerem nachzustreben, als einem harten Kampfe um's Dasein im beständigen Ringen mit dem wuchernden Kapital. Einer anderen, seiner Ansicht nach weit erfolgreicheren Verwendung ihrer Mittel redet z. B. ein bekannter englischer Ingenieur, der zugleich ein grosser Arbeitgeber ist, eifrig das Wort. Dieser Ingenieur schlägt vor, dass ein Verein, etwa die „Amalgamated Society of Engineers“ mit 45,000 Mitgliedern, einen Theil ihres Reservefonds, sage Pf. St. 20,000, zur Etablirung einer Maschinenfabrik aussetze; das, meint er, würde ausreichen, um die Fabrik komplett

auszustatten und konkurrenzfähig zu machen. Er verlangt nun, dass zur Vergrösserung des Etablissements der jährliche Netto-Gewinn von 10 % — der gewiss nicht zu hoch gegriffen sei — also Pf. St. 2000 im ersten Jahre — dem Betriebskapital hinzugefügt werde, und fordert von jedem der 45,000 Mitglieder einen wöchentlichen Beitrag von einem Schilling, also insgesammt Pf. St. 117,000 pro Jahr. Von dieser Summe soll ferner das Betriebskapital jährlich um weitere Pf. St. 100,000 vermehrt werden, während die übrigen Pf. St. 17.000 als Fond für nicht vorauszusehende Eventualitäten reservirt werden, eine Summe, die ohne Zinsen nach Verlauf der in seiner Aufstellung verzeichneten 16 Jahre zu einem Reservefond von Pf. St. 272,000 anwachsen würde. Am Schlusse des ersten Jahres würden nun, wenn wir auf zirka Pf. St. 75 des Betriebskapitals von Pf. St. 122,000 je einen Arbeiter rechnen, zirka 1599 Mann der 45,000 Mitglieder Arbeit finden, d. h. von ihren früheren Brodherren unabhängig werden. Nach Verlauf des zweiten Jahres könnten bei einem Betriebskapital von Pf. St. 234,200 weitere 1525 Arbeiter eingestellt werden, und so in progressiver Steigerung, bis nach 16 Jahren das Betriebskapital auf Pf. St. 3,686,880 und die Anzahl der eingestellten Arbeiter auf 49,159, d. h. noch mehr, als der ganze Verband heute Mitglieder zählt, angewachsen wäre. Es würden dann alle Mitglieder desselben von ihren bisherigen Arbeitgebern vollständig unabhängig sein, dabei mit reichlichem Kapital und Arbeitsmitteln ausgestattet, um jeden Lieferungs-Kontrakt, — so gross er auch sein würde — abschliessen zu können. Sie würden in diesem Falle den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten, und damit würden sie auch die Produktion gemäss der Nachfrage reguliren können. Und was der einen Assoziation möglich ist, ist ebenso gut für alle anderen erreichbar. *)

Wir gehen nun zur Besprechung eines sehr wichtigen Punktes über, nämlich des Einkommens der Arbeiterklassen. Dasselbe ist seit langen Jahren ein Lieblingsthema unserer National-Oekonomen gewesen und wird es auch wahrscheinlich noch längere Zeit bleiben.

Im Jahre 1866 veröffentlichte Leone Levi eine Statistik, die dieses Einkommen auf Pf. St. 418,000,000 berechnete, während Dudley Baxter es auf nur Pf. St. 325,000,000 angab, und Gladstone zur selben Zeit erklärte, dass das Einkommen der gesammten Arbeiter Pf. St. 250,000,000 nicht überschreite. In der folgenden Aufstellung geben wir nun die von Leone Levi am 15. Januar 1879 publizirte Statistik des Einkommens der Arbeiterklasse im Jahr 1878, auf die sich die höheren Stände als ein Beweis dafür berufen, dass keine Armuth unter den Arbeitern herrsche.

---

*) Obwohl wir uns selbstverständlich nicht für berechtigt halten, unsern werthen Berichterstattern gegenüber eine die unerlässliche Redaktionsthätigkeit überschreitende Zensur auszuüben, glauben wir doch angesichts der obigen Ausführungen ein grosses Fragezeichen nicht unterdrücken zu dürfen. Wir sind durchaus keine Gegner der von Gewerkschaften gegründeten Produktivgenossenschaften, die Erwartungen aber, welche der grossindustrielle Ingenieur und mit ihm unser geehrter Herr Mitarbeiter daran knüpfen, stehen abgesehen von allen in dieser Beziehung bereits gemachten Erfahrungen mit den Gesetzen der modernen grossindustriellen Gesellschaft in so schroffem Widerspruch, dass die auf ganz imaginären Zahlen basirte Berechnung ihnen gegenüber jeden Werthes baar erscheint.

Die Redaktion.

Einkommens-Tabelle der Arbeiterklassen von Leone Levi (Januar 1879).

Anzahl der Arbeiter:

	Männlichen Geschlechts	Weiblichen Geschlechts	Total
Unter 20 Jahre alt	1,511,000	1,219,000	2,730.000
20 Jahre alt und darüber	6,310,000	2,489,000	8,779,000
	7,821,000	3,708,000	11,509,000
Schiffswerft-Polizei (Dockyard police) Armee, Flotte und reguläre Polizei etc.	282,000		282,000
Dienstboten etc.	203,000	1,849,000	2,052,000
Fuhrleute etc.	689,000	61,000	750,000
Landarbeiter	1,720,000	179,000	1,899,000
Fabrikarbeiter	4,926,000	1,600,000	6,526,000
	7,820,000	3,689,000	11,509,000

Einkommen der Arbeiter:

	Männlichen Geschlechts	Weiblichen Geschlechts	Total
Unter 20 Jahre alt	Pf. St. 32,000,000	Pf. St. 29,000,000	Pf. St. 61,000,000
20 Jahre alt und darüber	„ 358,000,000	„ 84,000,000	„ 442,000,000
	Pf. St. 390,000,000	Pf. St. 113,000,000	Pf. St. 503,000,000
Schiffswerft-Polizei (Dockyard police) Armee, Flotte und reguläre Polizei etc.	Pf. St. 14,000,000		Pf. St. 14,000,000
Dienstboten etc.	„ 9,000,000	Pf. St. 61,000,000	„ 70,000,000
Fuhrleute etc.	„ 31,000,000	*)	„ 31,000,000
Landarbeiter	„ 57,000,000	„ 4,000,000	„ 61,000,000
Fabrikarbeiter	„ 279,000,000	„ 48,000,000	„ 327,000,000
	Pf. St. 390,000,000	Pf. St. 113,000,000	Pf. St. 503,000,000

Abzüge bez. des Einkommens (siehe weiter unten).

Arbeitsverlust durch Krankheit und Feiertage	Pf. St. 80,000,000	
Kleine Arbeitgeber, die selbst arbeiten $2^1/_2\,^0/_0$	„ 50,800,000	
Polizei, Armee und Flotte	„ 14,000,000	
Dienstboten	„ 70,000,000	
		Pf. St. 164,800,000
Netto-Einkommen		Pf. St. 338,700,000

*) ? Die Redaktion.

Abzüge bez. der Anzahl (siehe weiter unten).

	Oben angeführte Gesammtzahl	11,509,000
Polizei, Armee und Flotte	282,000	
Kleine Arbeitgeber, die selbst arbeiten $2^1/_2\%$	229,400	
Dienstboten	2,052,000	
		2,563,400
	Ungefähre Anzahl	8,945,600

Lohn-Arbeiter.

	Anzahl		Löhne	Wöchentlicher Durchschnittslohn pro Mann
Textilgewerbe	2,300,000	Pf. St.	90,000,000	Pf. St. —. 16, —.
Bergleute	625,000	„	26,000,000	„ —. 16. 7.
Metall-Arbeiter	628,000	„	41,000,000	„ 1. 6. —.
Andere Arbeiter	682,000	„	25,000,000	„ —. 12. $10^1/_2$.
	4,235,000	Pf. St.	182,000,000	

Wir finden beim Durchsehen dieser Tabelle, dass bei dem Gesammt-Einkommen der „Arbeiter", um es möglichst hoch erscheinen zu lassen, die Gehälter der Werft-Polizei (Dockyard police) der regulären Polizei, der Unteroffiziere und Gemeinen der Armee und Flotte, sowie die Löhne der Dienstboten, von denen die letzteren allein sich auf Pf. St. 70,000,000 belaufen, auch inbegriffen sind. Ferner sind unter den Landarbeitern auch die Pächter, Viehzüchter etc. mit aufgeführt. Bringt man alle diese in Abzug, so wird die Anzahl der Arbeiter und ihr Einkommen beträchtlich verändert. Lassen wir uns z. B. die am Schlusse der obigen Aufstellung aufgeführten vier Rubriken mit den dabei gesetzten Ziffern für das Einkommen der Arbeiter als Richtschnur dienen, so können wir dreist die Behauptnng wagen, dass das Total-Einkommen der Lohnarbeiter im Jahre 1878 die Summe von Pf. St. 250,000,000 oder, um ja nicht zu niedrig zu greifen, von Pf. St. 300,000,000 schwerlich überstieg.

Vergleichen wir nun hiermit die von Lord Derby für dasselbe Jahr auf Pf. St. 1.200,000,000 abgeschätzte Vermehrung des National-Reichthums, so finden wir, dass die Arbeiterklasse mit Pf. St. 300,000,000 in der That nur 25% des in demselben Jahre produzirten National-Reichthums empfing, aber selbst wenn wir die obige Statistik Leone Levi's unverändert gelten lassen, d. h. das Einkommen der Arbeiter mit Pf. St. 338,000,000 oder 28% annehmen, so hätten die nicht produzirenden Klassen immerhin noch Pf. St. 862,000,000 oder 72% erhalten, d. h. Pf. St. 524,000,000 mehr als die produzirende Klasse. Die Lage der Arbeiter ist demnach verhältnissmässig schlimmer, als sie vor einem halben Jahrhundert war, denn damals wurde ihr Einkommen von den ersten Autoritäten auf 38% des produzirten Reichthums geschätzt.

Die rapide Steigerung der Produktion veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

	1823	1840	1868	1871	1878
Es betrug der	Pf. St.	Pf. St.	Pf. St.	Pf. St.	Pf. St.
produz. Reichthum	261,000,000	514,000,000	820,000,000	934,000,000	1,200,000,000
Geschätzt von	Lowe	Alison	verschiedene Autoritäten	Hoyle	Derby

Giffin, der Vorsteher des statistischen Bureaus des Handelsministeriums, veranschlagt den jährlichen Ertrag des Grundbesitzes für

	1843	auf Pf. St.	85,000,000
	1876	„ „	131,000,000
das Einkommen der Kapitalisten	1878	„ „	485,000,000
jährlichen Reichthumszuwachs von .	1869—1878	„ „	200,000,000
das National-Eigenthum im Jahre . . .	1823	„ „	2,000,000,000
„ „ „ „ . . .	1878	„ „	8,500,000,000

Von den im Jahre 1868 produzirten Gütern im Werthe von Pf. St. 820,000,000

erhielten die Kapitalisten	Männer, Frauen und Kinder in Summa 1,225,000	„ 407,000,000
„ „ Arbeiter	(„ „ 12,500,000)	„ 250,000,000

Kann es etwas widernatürlicheres geben als ein solches Verhältniss? Und doch sinnen die Führer der Gewerkvereine auf weiter nichts als einige erbärmliche Unternehmungen, die gerade hinreichen, den hartherzigen Bestrebungen des überwuchernden Kapitals einen scheinbaren Widerstand zu leisten. Greifen wir ein weiteres Beispiel heraus. Im Jahre 1878 belief sich der Werth der Bergwerks-Produktion auf . . . Pf. St. 64,712,332
hiervon erhielten die Bergarbeiter selbst nur . . . „ 26,000,000
Differenz Pf. St. 38,712.332

Es wird nun sehr häufig behauptet, dass die Arbeiterklassen gegenwärtig wenigstens einen viel höheren Antheil an dem produzirten Reichthum erhalten, und dass ihre Löhne jetzt und überhaupt im Laufe unseres Jahrhunderts viel höher seien, als in früheren Zeiten. Dass die Löhne höher scheinen, können wir nicht leugnen; sie scheinen es aber auch nur, die Steigerung ist lediglich nominell. Der Raum gestattet uns nicht, einen genauen Vergleich der Löhne anzustellen, aber wir wollen wenigstens die folgende sehr wichtige Aufstellung, die denselben Gegenstand behandelt, und die wir Wade's „History of the Middle and Working classes" entnehmen, hier wiedergeben.

Löhne in Pints Weizen gemessen.

Jahr	Preis des Weizen per Quarter		Wochenlöhne der Landarbeiter		Werth der Wochenlöhne in Pints Weizen	Wie hoch die Wöchenlöhne sein müssten im Vergleich mit den Preisen von 1495		Jahr	Werth des Weizen per Quater		Wochenlöhne der Zimmerleute, Maurer etc.		Wöchenlöhne in Pints Weizen	Wie hoch die Wochenlöhne sein müssen im Verhältniss zu dem Preise von 1495	
	Sh.	Pence	Sh.	Pence		Sh.	Pence		Sh.	Pence	Sh.	Pence		Sh.	Pence
1495	4	10	1	$10\frac{1}{2}$	199	—	—	1495	4	10	2	9	292	—	—
1595	15	9	2	6	82	6	—	1595	15	9	3	9	128	8	8
1651	69	1	6	10	48	28	6	1651	69	1	5	9	55	29	10
1751	32	—	6	—	96	13	—	1751	32	—	15	6	247	18	6
1770	47	8	7	4	79	13	8	1770	47	8	15	9	169	26	7
1790	50	—	8	1	82	19	6	1790	50	—	16	6	150	32	—
1811	96	8	14	6	76	38	—	1810	91	8	28	—	167	52	6
1824	57	2	10	—	89	21	3	1824	57	2	30	—	295	32	—
1832	63	9	12	—	90	28	4	1829	62	1	30	—	276	35	—
1840	66	4	11	—	85	25	6	1840	66	4	30	—	255	37	7
1850	40	3	10	6	129	15	6								

Wir ersehen also aus der obigen Tabelle die absolute Nothwendigkeit eines anderen Maassstabes als den Geldlohn. Die Arbeiter mögen immerhin doppelt oder dreifach so hohe Löhne in Pfund Sterling, Schillingen und Pences ausgedrückt erhalten, und doch befinden sie sich in einer schlechteren Lage als ihre Vorfahren bei geringerem Lohne. Es ist zwar wahr, dass die Lage der Arbeiter heutzutage viel besser ist, als sie vor 50 Jahren war, aber in der Zeit von 1816 bis 1848—1849 waren die Verhältnisse derselben auch geradezu unerträglich, und das Land stand während der ganzen Periode vor dem Ausbruche einer Revolution.

Die Gesetzgebung hat seitdem Manches gethan, um die Lage, besonders der in den Fabriken beschäftigten Frauen und Kinder zu verbessern, auch verdient die errungene Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 10½ und dann auf 9 Stunden für erwachsene Arbeiter besondere Erwähnung, aber die Lage der Arbeiter hat sich nicht annähernd um so viel gebessert, als die der anderen Klassen, und die beständige Abnahme des englischen Uebergewichts auf dem Weltmarkte wird ihre Lage zweifellos von Jahr zu Jahr aussichtsloser gestalten.

Ein gleichfalls nichts weniger als erfreuliches Bild bieten uns die „Friendly Societies" (Vereine zur Erstattung der Krankheits- und Begräbnisskosten), die sehr viele Arbeiter zu Mitgliedern zählen. Eine grosse Anzahl derselben sind in einer durchaus traurigen Lage, und Diejenigen unter ihnen, die ihre Geschäftsverbindungen über das ganze Land haben und Agenten zur Einsammlung von Beitrittserklärungen anstellen, sind nichts weiter als Spekulations-Unternehmungen. Alle aber haben ganz enorme Unkosten, von denen wir im Folgenden einige Beispiele geben.

27 dieser Vereine haben zusammen 1,725,584 Mitglieder und nur Pf. St. 799,731 Kapital, davon hat der Verein „The Royal Liver" 682,371 Mitglieder und Pf. St. 442,485 Kapital, so dass für die übrigen 26 Vereine mit 1,043,213 Mitgliedern nur Pf. St. 357,246 Kapital verbleiben. Bei einer Jahreseinnahme von Pf. St. 620,091 betrugen die Verwaltungsunkosten Pf. St. 245,533, während an unterstützungsberechtigte Mitglieder Pf. St. 238,694 gezahlt wurde. The „Liverpool Victoria Legal" verausgabte Pf. St. 47,457 für Verwaltungskosten und Pf. St. 40,950 für nachgekommene Verpflichtungen an Mitglieder, „The Royal London" Pf. St. 21,858 bezw. Pf. St. 15,764. Wir sehen also, dass die Unkosten meist viel grösser sind als die Ausgaben für den Zweck der Vereine; es zeigt sich auch hier wie in allen Zweigen moderner Unternehmungen der echte geschäftsmässige Geist unserer Zeit, d. h. plündere so lange und wo immer Du kannst und mit allen Mitteln, die Dir zu Gebote stehen, après nous le déluge. Derselbe elende, gegen alle Folgen gleichgültige Geist beseelt unsere Fabrikanten und Handeltreibenden, was unverkennbar aus der offiziellen Statistik der Bankerotte hervorgeht.

Seit 1870 in steter Steigerung ist die Zahl der Konkurse von 5002 im genannten Jahre auf 15,732 im Jahre 1879 angewachsen, so dass wir im letzten Dezennium ein Total von 87,378 aufzuweisen haben. Unter 15,732 Falliten des vergangenen Jahres befanden sich: 2696 Materialwaaren-, 2087 Tuch- und Leinenwaaren-, 1309 Korn- und Vieh-, 1604 Wein- und 1100 Lederhändler. Dabei wurden im Zeitraum von 1870 bis 1877 in noch nicht 8000 Fällen durchschnittlich 50%, in zirka 44,000 Fällen aber durch-

schnittlich nur $6^2/_3$% Dividende gezahlt; im Jahre 1870 hätte in 2000 Fällen im Jahre 1877 in 7000 Fällen eine strenge gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden müssen. Die Statistik der Bankerotte zeigt:

	Das Debet der Bankerotteure,	Credit der B.	Verlust.
im Jahre 1877 Pf. St.	19,479,857	5,989,154	13,490,703
„ 1878 „	29,973,740	5,500,000	24,473,740

Der Totalverlust durch Bankerotte von 1870 bis 1878 belief sich auf Pf. St. 109,417,920 und Schlimmeres steht vielleicht noch in Aussicht. Dieser geradezu schreckliche Zustand der Dinge lastet schwer auf den Gemüthern, und Jedermann fragt heute: wohin soll das führen?

Wir kommen jetzt zu einem freundlicheren Theil unserer Aufgabe, zur Betrachtung über die „Cooperative Societies“ (Konsum etc., Genossenschaften). Inmitten des Chaos der gegenwärtigen Gesellschaft, inmitten der von ihren mit einander konkurirenden Elementen geführten Kämpfe, und während die grosse Masse der arbeitenden Klasse, deren Gleichgültigkeit gegen ihre soziale Wohlfahrt beinahe verbrecherisch genannt werden kann, politisch todt ist und ihr intelligenterer Theil grösstentheils nur darnach hinstrebt, einen — hoffnungslosen! — Kampf gegen das Kapital fortsetzen und einem Herabdrücken der Löhne auf das niedrigste Maass entgegenwirken zu können, — während endlich unsere industrielle Gesellschaft moralisch bis in's Innerste angefault ist, — ist es befriedigend, das gesunde Gedeihen der Cooperative Societies — die sich zwar langsam aber sicher über das ganze Land ausbreiten — als unzweifelhafte Thatsache feststellen zu können. Es sind diese Vereine, wie wir in unserem früheren Berichte bereits bemerkten, die Frucht der grossen sozialistischen Bewegung, die vor ungefähr 60 Jahren von dem menschenfreundlichen Robert Owen in's Leben gerufen wurde; heute kennen und verstehen allerdings nur ganz wenige Mitglieder die Grundsätze und Ideen dieses grossen Apostels des englischen Sozialismus. Immerhin sehen Viele wenigstens in diesen Vereinen die Bahnbrecher zu richtigen Prinzipien und hoffen, dass die Verhältnisse selbst hier auf den rechten Weg führen werden. Dadurch, dass sie die Uebel des „Konkurrenzkampfes“ (soll wohl heissen „Zwischenhandel“! Anmerk. des Uebersetzers R. B.) bloslegen, ziehen sie zugleich die Aufmerksamkeit der Massen auf die unnatürliche Eintheilung der Gesellschaft, und wirken somit erziehend und belehrend.

Wir geben im Folgenden eine Tabelle, die indess nicht vollständig ist, weil viele dieser Vereine nicht jedes Jahr ihre Bücher abschliessen und unsere Tabelle sich nur auf diejenigen Vereine bezieht, die jährliche Bilanzen ziehen.

	Vereine, die jährlichen Rechnungsabschluss machen	Anzahl der Mitglieder dieser Vereine	Aktien-Kapital Pf. St.	Anleihe-Kapital Pf. St.	Verkäufe Pf. St.	Nutzen Pf. St.
1874	1,026	412,252	3,903,608	586,972	14,504,500	1,226,015
1875	1,174	479,284	4,800,990	844,620	18,454,382	1,423,262
1876	1,165	507,767	5,304,019	919,762	19,820,364	1,841,238
1877	1,116	528,546	5,487,959	1,073,265	21,374,013	1,900,161
1878	1,181	560,703	5,728,827	872,786	21,128,318	1,817,943
1879	978	525,960	5,693,542	1,040,535	19,353,196	1,975,431
Gesammt-Verkäufe und Nutzen in 6 Jahren					114,634,773	10,184,050

Die Anzahl aller Vereine war im Jahre:

1874	1875	1876	1877	1878	1879
1,309	1,489	1,165	1,449	1,345	1,385

Die 20 grössten dieser Genossenschaften, die zusammen über 130,000 Mitglieder zählten und über ein Kapital von Pf. St. 1,769,466 verfügen, erzielten im Jahre 1879 — einem sehr schlechten Geschäftsjahre — einen Umsatz von . . . . Pf. St. 4,823,568. —. —·
und dabei einen Nntzen von . . . . . . „ 457,874. —. —.

Neben diesen 20 Genossenschaften von je über 4000 Mitgliedern bestehen aber oft in denselben Orten noch mehrere kleinere von ganz erheblicher Bedeutnng. So bestehen z. B. in Leicester neben einem Vereine von über 6000 Mitgliedern nnd einem Kapital von Pf. St. 26,674, der einen Umsatz von Pf. St. 114,931 und einen Nutzen von Pf. St. 11,273, gleich einer Dividende von 1 Schilling $8^3/_4$ Pence per Pfund Sterling erzielte, noch drei andere Genossenschaften für Produktionszwecke, und zwar eine für die Fabrikation von Strumpfwaaren, eine zweite für Gummigewebe (für Schnhwerke) und die dritte für Schnhwaaren. Die Letztere fabrizirt jährlich 300,000 Paar Schuhe nnd Stiefel und ist so im Stande, mit ihren gegenwärtigen Produktionsmitteln die ganze Bevölkerung Leicester's (100,000) mit Schnhwerk, d. h. jeden Einwohner jährlich mit drei Paar Schnhen oder Stiefeln zn versehen. In Crewe, in Lancashire, bestehen sechs, in Manchester fünf, in Rochdale fünf nnd in vielen anderen Städten drei oder vier derartige Genossenschaften.

Eine grosse Anzahl derselben, die in ihrer Gesammtheit fast alle Artikel des Hansbedarfs führen, steht mit dem Zentral-Waarenlager in Manchester in Verbindnng, nnd wie bedeutend ihre Wirksamkeit ist, geht darans hervor, dass sie schon die Besorgniss der Detaillisten nnd sonstiger Händler besonders Londons erregt haben, nnd dass der Kampf zwischen beiden auf Tod und Leben geführt wird. In London sind diese Vereine viel kräftiger entwickelt und mächtiger als in den oben vermerkten Städten. Wir finden hier kooperative Kohlen-Kompagnien, landwirthschaftliche und Gartenban-Vereine, eine genossenschaftliche Waschanstalt, Bergwerks-Vereine, Vergolder, Engros-, Thee- und Kaffeehandlungen nnd eine Menge anderer ähnlicher Vereine.

Uebrigens haben namentlich die Konsum-Genossenschaften anch nach einer anderen Richtnng hin sehr interessante Einblicke ermöglicht.

Die Ueberzahl der Arbeiter ist seit mehr als 80 Jahren ein bevorzugtes Dogma aller National-Oekonomen gewesen; nnd besonders seit im Jahre 1820 ein parlamentarischer Ausschnss hierüber Bericht erstattete, hat sich das Publikum an dieses Dogma gewöhnt.

Den Arbeitslenten wurde fortan gelehrt, dass es nicht blos ihr Interesse erheische, sondern dass es sogar ihre Pflicht sei, auszuwandern nnd sich in unkultivirten Ländern anzusiedeln, wodurch sie den Zurückbleibenden mehr Raum, mehr Arbeit und anch bessere Löhne sichern würden. Aber Niemand dachte an die Ueberzahl der Zwischenhändler. Die sozialistische Bewegung der zwanziger nnd dreissiger Jahren lenkte zwar die Aufmerksamkeit hierauf, aber der Sozialismus war damals so unpopnlär, dass die seit jeher von der Presse und Kanzel in antisozialistischem Sinne beeinflusste öffentliche Meinung

keine Notiz davon nahm. Der Fortschritt der Kooperativ-Genossenschaften aber lenkte die Aufmerksamkeit nicht nur auf den ausserordentlichen Gewinn der Zwischenhändler, sondern auch auf die grosse Anzahl der Profitmacher. Ed. V. Neale gibt nun in seiner Broschüre „Economies of Cooperation" auf Seite 5 und 6 höchst interessante Daten bezüglich der Ueberzahl der Händler. Er theilt London in seine 648 Sub-Post-Distrikte ein und stellt dann folgenden Vergleich an:

	Anzahl der je einen Händler erheischenden Sub-Post-Distrikte	Etablirte Händler	Ueberzählige Händler		Prozentsatz der Ueberzahl
Bier-Verkäufer . . .	648	1,610	962		148
Restaurateure und Gasthausbesitzer . . .	648	5,814	5,166		797
Tabakhändler . . .	648	1,824	1,176		166
Weinhändler	648	2,052	1,404		216
	2,592	11,300	8,708	Durchschnitt	335
Bäcker	648	2,394	1,746		269
Fleischer	648	1,596	948		146
Lichtzieher (Seifensieder)	648	2,479	1,831		281
Materialisten	648	3,573	2,925		350
Kaffeehäuser	648	1,721	1,073		165
Konditoreien	648	1,018	370		57
Milchhändler	648	1,824	1,176		181
Gemüsehändler . . .	648	1,881	1,233		190
Farben- und Spezereihändler etc. . . .	648	1,379	731		112
	5,832	17,865	12,033	Durchschnitt	195
Schuhmacher	648	3,477	2,829		436
Schneider	648	2,679	2,031		313
Tuch- u. Leinenwaarenhändler	648	1,368	720		111
Uhrmacher	648	1,309	661		101
Friseure	648	1,018	370		67
	3,240	9,851	6,611	Durchschnitt	205
Buchhändler	648	912	264		40
Buchbinder und Papierhändler	648	855	207		32
Apotheker	648	893	245		37
	1,944	2,660	716	Durchschnitt	36
Total	13,608	41,676	28,068	Durchschnitt	205

Die Durchschnittsmiethe dieser überzähligen 28,068 Zwischenhändler kann nicht unter je Pf. St. 100 angenommen werden, zusammen Pf. St. 2,806,800
die Löhne resp. Salaire an die Gehülfen je Pf. St. 150 zusam. „ 4,210,200
was einer Steuer auf die Konsumenten von nicht weniger als Pf. St. 7,017,000

gleichkommt. Nun lässt sich aber zur Evidenz nachweisen, dass ein einziger, gutgeleiteter kooperativer Verein der oben genannten Geschäftszweige in jedem von diesen 648 Sub-Post-Distrikten den Bedürfnissen der Bevölkerung genügen würde. Die Waaren würden in diesem Falle entweder zu einem so billigen Preise an die Konsumenten verkauft, dass nur ein ganz kleiner Nutzen zur Deckung der Handlungs-Unkosten übrig bleiben, oder, wie es meist der Fall ist, zu den allgemeinen Preisen, in welchem Falle dann den Käufern eine entsprechende Dividende gezahlt würde. Der jährliche Umsatz der 41,676 Händler wird auf wenigstens Pf. St. 100,000,000, die jährlichen Ersparnisse der Londoner Konsumenten auf nicht weniger als 2 Schillinge 6 Pence per Pfund Sterling, in Summa also auf Pf. St. 12,500,000 abzuschätzen sein. Denjenigen, die etwa meinen sollten, dass die Dividende von 2 Schillinge 6 Pence zu hoch gegriffen sei, können wir entgegnen, dass es kooperative Vereine gibt, die höhere Dividenden zahlen.

Von den Londonern Assoziationen dieser Art steht die „Civil Service Association" obenan. Dieser Verein besteht durchweg aus Zivil-Beamten der Regierung, die die Geschäftsführung der Art eingerichtet haben, dass sie von den Mitgliedern selbst geführt wird, so dass die Geschäftsleitungs-Unkosten ganz wegfallen. Die Preise sind so billig gestellt, dass nur ein Nutzen von 2 % darauf geschlagen wird, der zur Gründung eines Wohlthätigkeitsfonds für die Frauen und Kinder der 4374 Mitglieder bestimmt ist. Infolge dessen kann diese Assoziation 30, ja 40 % billiger verkaufen, als die übrigen Händler Londons. Es wird dies von den Letzteren auch gar nicht geleugnet, im Gegentheil haben sie von der Regierung auf Grund dieser Thatsache hin gefordert, die kooperativen Assoziationen — besonders die der Zivil-Beamten — zu unterdrücken.

Am 3. Dezember vorigen Jahres erschien vor dem Oberbürgermeister (Lord Mayor) Londons eine Deputation von Detaillisten, die von einer besonderen Versammlung der Londoner Händler hierzu beauftragt war, um seine Unterstützung bei der Regierung dieserhalb zu erbitten, und diese Deputation bestätigte ausdrücklich, dass die „Civil Service Association" so einkaufen könne, dass sie 10, 20, ja selbst 50 % billiger zu verkaufen im Stande sei. (Billiger einkaufen können die Konsum-Vereine schwerlich, es sei denn, dass die in englischen Zeitungen wiederholt auftauchende Behauptung wahr sei, dass die höheren Zivil-Beamten, die ja früher als das Privatpublikum von der Einbringung eines neuen Gesetzes auf Erhöhung gewisser Zölle [Tabak, Spirituosen etc.] oder von gewissen politischen Transactionen erfahren, von dieser Kenntniss durch schnelle und grosse Einkäufe Gebrauch machen. Es ist diese Behauptung aber im Parlamente von massgebender Seite verneint worden, ob mit Recht oder Unrecht, entzieht sich unserer Beurtheilung. Der Uebersetzer R. B.) Uns scheint diese Klage der Londoner Händler gerade die beste Rechtfertigung der kooperativen Assoziationen.

Ebenso ist es in den Provinzialstädten. So fordert z. B. die kooperative Assoziation „The Flower Mill Society of Leeds" nur 1 Schilling 11 Pence per Zentner für das Mahlen von Korn, während die gewöhnlichen Mühlenbesitzer 3 Schillinge 6 Pence verlangen.

Für das Jahr 1879 zahlten die meisten dieser Vereine 2 Schillinge per Pfund = 10 % Dividende und darüber (in Barnal Castle sogar 4 Schillinge per Pfund!), und ist ihr Fortgedeihen, dem weder die Händler noch die Regierung erfolgreich entgegentreten können, keinem Zweifel unterworfen. Warum sollten auch die Arbeiter einen höheren Preis, der einer Steuer von 10 oder 20 % gleichkommt, an Zwischenhändler zahlen, wenn sie selbst die Waaren billiger beschaffen können!

Lange Jahre hindurch beschränkten sich diese Vereine darauf, für billigere Beschaffung der Lebensmittel etc. zu sorgen, aber neuerdings geht man auch energisch an die Selbstfabrikation von allerhand Industrie-Artikeln und in vielen Fällen mit grossem Erfolg. Thatsächlich ist ja auch die zweckmässig organisirte genossenschaftliche Produktion der richtige Weg für die Arbeiter. Wir haben schon im Verlauf unserer Betrachtung gesehen, wie leicht es der „Society of Amalgamated Engineers" wäre, ihre 45,000 Mitglieder allmälig selbst zu beschäftigen.*) Ebenso leicht würde es der ganzen Arbeiterbevölkerung sein, sich auf dem Wege der Kooperation von dem Druck des Kapitals zu befreien und ihre eigenen Herren zu werden. Sie halten ihr Schicksal in ihrer eigenen Hand, da sie mittelst der bis jetzt noch schwach entwickelten Kooperation ihre Befreiung in dem kurzen Zeitraum von 20 Jahren selbst ermöglichen könnten. Nehmen wir zur Erläuterung dieser Behauptung die Anzahl der Arbeiterfamilien Englands mit 5,000,000 an, den wöchentlichen Durchschnitts-Einkauf an Viktualien, Kleidung etc. mit 16 Schillige per Familie oder in runder Summe Pf. St. 40 per Jahr, so ergibt dies für die ganze Arbeiter-Bevölkerung jährlich 200,000,000. Wird diese Summe bei einem Kooperations-Waarenlager verausgabt, so erzielte man bei einer Dividende von nur $7^1/_2$ % jährlich die Summe von Pf. St. 15,000,000.

Würden nun diese Summen zur kooperativen Produktion verwendet und die dabei zu gewinnenden 10 % Nutzen zum Grundkapital geschlagen, so würde dasselbe im Verlaufe von 20 Jahren auf Pf. St. 950,000,000 anwachsen, eine Summe, die mehr als ausreichend wäre, die Selbstbeschäftigung der ganzen arbeitenden Bevölkerung, die Organisation der ganzen Produktion des Landes auf kooperativer Grundlage zu bewirken, und somit den allen Reichthumer zeugenden Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern. (?? Der Uebersetzer).

Und auf diese Weise — so können wir mit Recht behaupten — kann die soziale Umwälzung friedlich und erfolgreich bewirkt werden (? Der Uebers.). Alles was zu diesem Ende verlangt wird, ist die Ausdehnung und Verbreitung der kooperativen Vereine in allen Theilen des Landes. Die Arbeiter sollten eben ihre Einkäufe, die sie nun doch einmal machen müssen, nur bei ihren eigenen Vereinen machen und dann die Arbeit von Jahr zu Jahr umfassender organisiren. Wir wissen wohl, dass es andere und schnellere Wege zur Erreichung der sozialen Revolution gibt, der oben entwickelte ist aber der einzige, den wir gegenwärtig in Betracht ziehen.

Wir wollen nicht leugnen, dass der schnellste Weg, zum Ziele zu ge-

---

*) Dieser Behauptung und den nachfolgenden Ausführungen gegenüber, erlauben wir uns, den geehrten Leser auf unsere Anmerkung S. 202 aufmerksam zu machen.
Die Red.

langen, gerechtfertigt ist, denn wir kennen nur die wenigsten der Uebel, die an der Wurzel unseres nationalen Lebens nagen, und die niemals durch politisches Flickwerk beseitigt werden können. Dass die Krebsschäden der Gesellschaft wirklich existiren, wird von hervorragenden Politikern aller Parteien zugegeben und tief beklagt.*)

Die thätigeren und intelligenteren Repräsentanten der gewerbtreibenden Klassen versuchen zwar durch kleine Verbesserungen und durch Beseitigung geringerer Uebelstände das jetzige System zu erhalten. Aber wenn ihre Anstrengungen behufs Abschaffung verhältnissmässig unbedeutender Uebelstände auch erfolgreich wären, so würden sie im grossen Ganzen die Lage der Dinge nur verschlimmern. Sie beabsichtigen nämlich, das „House of Lords" (Oberhaus) durch einen Senat zu ersetzen und hierdurch und durch eine projektirte Abänderung des Wahlgesetzes und der Gesetze der Erstgeburt und Erbfolge den Einfluss und die Macht der Aristokratie zu brechen, ferner den Grund und Boden, der bis jetzt fast ausschliessliches und unveräusserliches Besitzthum der Aristokratie war, käuflich und verkäuflich machen, oder, wie sie sagen, „free trade in land" einzuführen. Sie gehen ferner darauf aus, das Bank-Monopol durch Aufhebung der jetzigen Einschränkungen zu beseitigen und damit „free trade in currency" (Freihandel in Umlaufsmitteln) zu schaffen, und wirken für Beseitigung der jetzigen Zölle, damit der Handel sich freier entwickeln könne. Und während sie so die Produktionskräfte steigern wollen,

*) Die „Birmingham Daily Gazette", ein streng konservatives Blatt, erklärt am 31. März 1876, „dass jeder Börsenmakler bestätigen wird, dass die Spekulation eine allgemeine ist, dass Geistliche fast jeder Konfession, Aerzte und selbst hohe Gerichtsbeamte unter dem Einflusse der „auri sacra fames" ihre Pflicht versäumen." „The World", ein unabhängiges Organ in London, schrieb im Oktober 1875: London ist das finanzielle Alsatia (Paradies) für den Abschaum und Unrath Europas, die Paläste bewohnen, anstatt in Zuchthäusern zu sitzen, und die Börse ist das Allerheiligste geworden, wo die Räuberei der Kapitalisten zu einem System ausgebildet worden ist." Der Vicar von Brighton äusserte sich 1875 in einer Ansprache an die Mitglieder des Social Science-Kongresses sehr streng über die „zunehmende Verschlimmerung der englischen Handelsprinzipien." Das Parlamentsmitglied Brassey sagte auf dem im September 1877 in Leicester abgehaltenen Trades Unions-Kongresse, „dass derselbe Geist betrügerischer Konkurrenz, der die Kohlen- und Eisen-Industrie charakterisirt, die ausländischen Märkte mit britischen Waaren überfüllt. Um die Verkäufe zu erzwingen, wären die Preise auf Kosten der Qualität der nur äusserlich solid aussehenden Waaren reduzirt. Unser Handel in Baumwollenwaaren mit China und dem Orient wäre durch den Gebrauch von Size (eine Art Stärkekleister), das geringen Waaren ein gutes Aussehen gäbe, beinahe ruinirt worden!! Auch der gesetzte und wahrheitsliebende John Ruskin äusserte sich in seiner Monatschrift „Fars Clavagera" im Oktober 1875 wie folgt: „England ist ein Volk von Spitzbuben geworden. Jeder versucht den Anderen zu berauben, aber nicht durch Stärke und Tapferkeit, sondern auf die gemeinste und feigste Weise, durch Lügen im Handel." Die Londoner „Liberal Review" vom December 1875 sprach von „dem faulen Zustande unserer Gesellschaft, von der in allen Klassen der Gesellschaft herrschenden Heuchelei" und schloss mit den Worten: „Das Ende davon ist sicherlich nicht zu fern. Alles das muss zu einer sozialen Empörung führen." Wir könnten noch mehr Autoren zitiren, doch glauben wir im Vorstehenden schon genügend gezeigt zu haben, dass in allen Schichten des Volkes die Ueberzeugung Platz greift, dass die in der englischen Gesellschaft herrschende Korruption eine so allgemeine ist, dass nichts die Gesellschaft retten oder ihren Untergang aufhalten kann. Und diese Ueberzeugung steigert sich mit dem Wachsthum des Uebels von Jahr zu Jahr.

beabsichtigen sie die Macht und die Thätigkeit der Arbeiter-Organisationen möglichst einzuschränken, und so die Arbeiter von den Arbeitgebern vollkommen abhängig zu machen. Das bedeutet also: Sie erstreben durch den Sturz der Aristokratie die Suprematie der Handelsklassen im Staatsrathe, und durch die absolute Unterwerfung der Arbeiterklassen die Alleinherrschaft des Kapitals. Es ist nun gewiss nicht zu erwarten, dass auf Wunsch der Handels-Aristokratie die Edelleute, die Geistlichkeit und die Repräsentanten der Banken ohne Kampf ihre Macht aufgeben und ihre Interessen opfern werden. Auch werden die Arbeiter weder ihre Vereine auflösen, noch ihre geringen politischen Rechte aufgeben wollen. Andererseits aber ist die oben gekennzeichnete Bewegung nicht zu unterschätzen, das Oberhaus fürchtet bereits das Schlimmste, und im Unterhause (house of Commons) haben sich am 3. September dieses Jahres zwei Minister offen für eine Reform in der Verfassung des Oberhauses erklärt. Auch haben die Leiter dieser Bewegung jüngst eine Konferenz abgehalten, in der eine Versammlungs-Agitation im ganzen Lande besprochen und namhafte Geldbeiträge zu diesem Zweck gezeichnet wurden.

Was haben nun die Arbeiter angesichts dieser Thatsachen zu thun? In ihrer augenblicklichen Lage können sie unmöglich verharren, und unthätig dürfen sie nicht bleiben, wollen sie nicht die Herren Kapitalisten zur Vergewaltigung an sich ermuthigen. Es wird ihnen nichts übrig bleiben, als die unleugbare Nothwendigkeit anzuerkennen, dass das jetzige politische und soziale System beseitigt werden muss, und dass es ihre Pflicht ist, gegen alle politischen, ökonomischen und sozialen Missstände kräftig anzukämpfen, keinen Kompromiss mit dem siegreichen Unrecht einzugehen, keine Gelegenheitspolitik zu treiben, sondern an den Grundsätzen der universellen und unabänderlichen Gerechtigkeit festzuhalten. Diese Pflicht schulden sie sich, ihren Frauen und Kindern und allen ihren Arbeitsgenossen, gleichviel welcher Nationalität oder Konfession. Gleichzeitig werden sie aber auch begreifen müssen, dass ihre Stellung allen nicht produzirenden Klassen gegenüber eine unbedingt revolutionäre ist, und hoffen wir, dass sie auch Selbstbewusstsein und Muth genug haben, wenn die Zeit reif ist, Hand in Hand mit all' ihren Leidensgenossen in den Kampf für das Wahre, Reine und Gerechte einzutreten.

Birmingham, 9. September 1880.

J. Sketchley.

Italien.

Unser Bericht umfasst diesmal die Zeit vom Anfang dieses Jahres bis Ende August.

Vor allen anderen Vorgängen verdient die Bewegung unter den Bauern zunächst verzeichnet zu werden, sowohl wegen des eigenthümlichen Charakters der in Frage kommenden Personen, als auch weil Italien ein hervorragend Ackerbau treibendes Land ist.

Sechszehn Orte waren es, in welchen sich während dieser sechs Monate das Landvolk erhob, um Arbeit und Brod zu fordern: Roncade, Finale-Emilia, Castelfranco, die Umgebung von Verona, von Treviso und Ravenna, Montello, S. Maria Piave, Roccadospide, Ponzano, Tarent, Bernaldo, Copertino, Adria, Noci und San Severo. In Finale-Emilia zogen die Bauern mit Hacken und Spaten bewaffnet vor das Gemeindeamt, so dass ihnen der Gemeindevertreter, nur um sie zu beruhigen, Mehl geben musste; in Montello, sowie in der Umgebung von Verona und Treviso drangen sie in die Waldungen ein, um unter der Erklärung, dass sie das Recht dazu hätten, Holz zu fällen. Bei Ravenna versammelten sich die Landarbeiter der Umgebung, um in die Stadt einzudringen, was sie auch gethan hätten, wenn man nicht die Thore verrammelt hätte, und die Stadtbehörden nicht mit ihnen unterhandelt und ihnen Lohnerhöhung verschafft hätten. In Ponzano drangen sie mit dem Rufe „Brod und Arbeit" in das Amtsbureau ein, in Bernalda verwüsteten sie ein Grundstück, während sie sich in Copertino der Grundstücke bemächtigten, um sie zu bearbeiten und ihren Unterhalt daraus zu ziehen, und sich in Noci und San Severo die königlichen Domänialgüter anzueignen und unter sich zu vertheilen versuchten. Alle diese Erhebungen, von denen einige den Charakter ernsthafter bewaffneter Aufstände annahmen, die aber alle schliesslich unterdrückt wurden, gaben Veranlassung zu zahlreichen Verhaftungen.

Das italienische Landvolk kennt nur zwei Fragen, die Grund- und Bodenfrage und die Frage der Behörden, das heisst, es fordert seinen Antheil an Grundbesitz und fordert ihn stets von den Behörden. Es fehlt ihm ferner der Begriff des Gemeineigenthums an Boden, und versteht es deshalb sein Anrecht an demselben nur im Sinne individueller Aneignung. Ebenso fehlt ihm die Organisation und das Solidaritätsgefühl; was es antreibt, sind nicht Prinzipien, sondern Instinkte. Es gibt unter den Landarbeitern keine Vereine, daher sie auch nur sehr selten striken; sie ziehen es vor, sich auf den Plätzen zusammen zu schaaren und gegen die Behörden zu tumultiren, bisweilen mit Hacken und Schaufeln bewaffnet, oder sie wandern, wie es in Roccadevandro der Fall, unter dem Rufe aus: „Tod den Herren!" Ihre elende Lage ist die Mutter zahlloser Felddiebstähle, über welche die Grundbesitzer und die Landgemeinden beständig Klage führen. Ihre Nahrung ist gering und schlecht und die stete Ursache jener schrecklichen Krankheit, der sogenannten Pellagra, die über ganz Nord- und Mittelitalien verbreitet ist, wo das Landvolk infolge seiner grossen Armuth sich fast ausschliesslich von schlechtem Maismehl, aus welchem es seine „Polenta" bereitet, ernährt. Auch in Süditalien ist die Nahrung des Landarbeiters schlecht, aber da sie nicht lediglich aus verdorbener Polenta besteht, so hat er wenigstens nicht unter der „Pellagra" zu leiden. Im Uebrigen aber ist das Elend unter den Landarbeitern der ganzen Halbinsel entsetzlich, und dem Elend entspricht die Unwissenheit; die Lage des Landproletariats ist von einem Ende Italiens bis zum andern höchst bemitleidenswerth. Die besitzenden Klassen, der Klerus und die Regierung haben ihm gegenüber nur Ermahnungen zur Geduld und bringen es, wenn es einmal aufschreit und unruhig wird, mit Almosen oder Waffengewalt zur Ruhe.

Im Grunde nicht viel anders, wenn auch dem Anschein und ihrem Auftreten nach verschieden, ist die Lage des industriellen Proletariats und der Kleingewerbtreibenden, wir sehen daher in Cortona eine Arbeiter-Demonstration behufs Erlangung von Arbeit, in Savona die Lastträger, in Alessandria die Tischler, in Turin die Tabakarbeiter und in Mailand die Schriftsetzer wegen zu niedriger Löhne striken.

In Spezia geben die Arbeiter der königlichen Waffenfabrik ihrer Unzufriedenheit Ausdruck und werden deshalb überwacht und von Gensdarmen behaussucht, bei Asti, in Vaglio und in Roccaderandro sterben Arbeiter an Hunger und Kälte, in Rom stürzt sich das ausgehungerte Volk auf einen vorbeifahrenden Wagen mit Brod, in Ravenna widersetzen sich Arbeiter der Einführung von Maschinen, die sie ihrer Existenz berauben, in Florenz tödtet sich ein Ehepaar, in Turin, in Bergamo und an anderen Orten Familienväter aus Nahrungssorgen; in einigen Dörfern der Provinz Neapel sehen sich Arbeiter genöthigt, ihren Hunger durch Gras und Kräuter zu stillen; in Pesaro striken die Fischverkäufer, weil ihre Einnahmen nicht einmal hinreichen, die Gebühren zu zahlen; in Padua versuchen die Schuhmacher, einen Bazar zu demoliren, dessen Konkurrenz sie nicht ertragen können; in Alessandria und Genua werden Fabriken geschlossen; in Giglio nehmen die Steuereintreiber den Armen das Vieh fort und schlagen es in der Versteigerung um ein Paar Centimes los — u. A. Esel zu 75 Centimes das Stück; auf Sardinien wird den kleinen Grundbesitzern, die ihre Steuern nicht zahlen können, ihr Besitzthum von der Regierung gepfändet u. s. w. Alle diese betrübenden Vorgänge zeigen uns, dass auch in Italien die Strikes, der Hungertod und der Selbstmord aus Noth eine nothwendige Folge der herrschenden ökonomischen Unordnung sind; dass der wirthschaftliche Krieg die Basis unserer heutigen Gesellschaft bildet, dass die Maschinen heute ihre gesellschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen, dass die Steuern den Kleinbürger in die Reihen des Proletariats hinabstossen, dass endlich die wirthschaftliche Konkurrenz nur ein bemäntelter Bürgerkrieg ist.

Bei einer derartigen Lage der Land- und Industriearbeiter, sowie der Kleingewerbtreibenden ist nichts natürlicher als das Bestehen einer sozialistischen Partei, und unsere Aufgabe soll es nunmehr sein, die mannigfachen Lebenszeichen derselben in den letzten acht Monaten hier aufzuführen.

Die Sozialisten Orbetellos veröffentlichten ein Manifest, das die Wohlthätigkeitsanstalten der Bourgeoisie als unzureichend zur Linderung des Nothstandes verwarf, in Tarent, in Alessandria, in der Romagna, in Roccadaspiede, Pisa, Livorno, Ancona, Turin, Neapel, Sarzana, Forlimpopoli, Lecco und Mantua bildeten sich sozialistische Propaganda-Vereine mit kollektivistischen Grundsätzen und anarchistischen Tendenzen; gelegentlich des achtzehnten März feierte man an vielen Orten die Erinnerung an die Pariser Kommune, wie man auch den von Neukaledonien zurückkehrenden Kommunards seine Sympathie kundgab; man erliess geheime Manifeste, protestirte gegen die Verfolgungen der Regierung, sammelte Beiträge zur Unterstützung der Gemassregelten und nahm an den Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts, als Mittel der Propaganda, Theil. Der Mailänder

Verein „die Söhne der Arbeit" (i figli del lavoro) regte die Wiederherherstellnng der seiner Zeit von der Regierung aufgelösten norditalienischen Föderation wieder an, und in der Romagna hielt man, um die Existenz der Partei auf's Neue zn bekräftigen, einen Provinzialkongress ab.

Alle diese Manifestationen trugen einen durchaus revolutionären Charakter, indem sie entweder radikal-sozialistischen Grundsätzen Ansdruck gaben oder eine Lossagung von allen bürgerlichen politischen Parteien beknndeten.

Der italienische Sozialismns steht angenblicklich vor seiner zweiten Phase; dieselbe wird, während die erste, die der Internationale, für Italien gewissermassen die Kindheit des modernen Sozialismns darstellte, einen bestimmteren prinzipiellen Charakter tragen und sich dnrch eine praktischere Haltung und eine grössere Theilnahme am öffentlichen Leben auszeichnen. Zn diesem Behufe hatte man im März dieses Jahres die Einbernfung eines italienischen sozialistischen Kongresses nach Mailand geplant. Um ihn vorzubereiten, hielten am 14. desselben Monats die Sozialisten der Romagna und Emilia einen Vorkongress ab, während der Kongress laut der in der „Plebe" veröffentlichten Einladung am 10. Mai stattfinden sollte. Von 40 Orten waren bereits Anmeldungen erfolgt, als am Vorabend des Kongresses ein Verbot der königlichen Behörde eintraf. Drei Monate später ergriffen die Sozialisten der Romagna auf's Nene die Initiative zu einem Kongresse und beschlossen, die vorbereitenden Arbeiten für denselben zn veranlassen.

Die feindliche Haltung der Regierung gegenüber den Sozialisten ist immer die gleiche, ob nnn die Liberalen gemässigter oder fortschrittlicher Schattirnng am Ruder sind. Beide haben für die Sozialisten nnr Verwarnungen, Zwangsdomizile, Verhaftnngen, Haussuchungen, Prozesse, Gefängniss, Strafen, Lügen und Verleumdnngen; ein ausgedehntester Missbranch wird mit der Untersuchnngshaft getrieben. In Fano wurde nicht einmal auf Franen im vorgerückten Alter Rücksicht genommen, in Florenz erkrankte die Sozialistin Louise Pezzi infolge 15monatlicher Haft an einem Herzleiden, in Bologna der Sozialist Faggioli gleichfalls infolge längerer Haft an der Schwindsucht, in Ravenna setzte man der Betheiligung an der Beerdigung eines im Krankenhanse gestorbenen sozialistischen Arbeiters Hindernisse entgegen, in Livorno verhaftete man sogar einen blinden Sozialisten; in Faenza misshandelte man Franen mit Kindern anf den Armen, weil sie auf offener Strasse lant nach Brod nnd Arbeit geschrieen hatten; der Kassationsgerichtshof von Tnrin erklärte neuerdings die internationalen Vereine für verbrecherische; man konfiszirte eine Schrift von Peter Alisoff auf Veranlassung der Petersburger Polizei; man wies fremde Sozialisten aus, die Polizei benntzte wegen nichtpolitischer Vergehen Inhaftirte als Spione gegen die Sozialisten, man beschlagnahmte Journale, sowie einen sozialistischen Kalender, in Umbertide wurde ein Kaffeehans geschlossen, weil sich Sozialisten daselbst versammelten, bei dieser Gelegenheit entwickelte sich ein Konflikt zwischen Polizei nnd Arbeitern, die einen gefangenen Genossen befreien wollten; das Appellationsgericht zu Genua verurtheilte einen Advokaten als Verbrecher, nur weil er ein sozialistischer Agitator ist; in der Romagna wurden Manifeste ans dem einfachen Grnnde konfiszirt, weil

sie die Worte „sozialistische Föderation“ und „sozialistische Genossen“ enthielten; in Perugia liess man 24 Sozialisten, die 18 Monate in Untersuchungshaft gesessen hatten, als unschuldig frei, zwei von ihnen waren im Kerker wahnsinnig geworden; im Gefängnisse zu Bologna erkrankte Anna Kulischoff, welche in rücksichtslosester Weise behandelt worden war, später transportirte man sie über die Grenze, und zwar in so unanständiger und unhöflicher Manier, dass selbst die Bourgeoiszeitungen dagegen Protest einlegten; endlich verurtheilte man zwei Redakteure der sozialistischen Zeitung „l'Ateo“ (der Atheist) zu Gefängniss- und Geldstrafen.

Aus allen diesen Vorgängen ist leicht zu ersehen, dass die Regierung des Königs und die Bourgeoisie, deren Kreatur die Erstere ist, keinen Anstand nehmen würden, gelegentlich die Metzeleien der Versailler, die Schandthaten der Polizei des russischen Zaren, sowie die Bismarckischen Gewaltmassregeln bei uns aufzuführen. Wenn eine Regierung erst dahin gelangt ist, Frauen zu misshandeln, so zeigt sie damit, dass sie vor den rohesten Massregeln nicht zurückschreckt.

Trotz aller dieser bald albernen, bald feigen und grausamen Verfolgungen gewinnt der Sozialismus stetig an Boden. In Bologna und Rimini schliessen sich eine grosse Anzahl Republikaner den sozialistischen Ideen an; in Pavia hielt bei einer Gedächtnissfeier Mazzini's ein Student eine sozialistisch-kollektivistische Rede, in Mailand gewinnen die Sozialisten unter den Arbeitern, in Turin unter den Studenten neue Anhänger; in letzterer Stadt findet ein Drama „Vera Sassulitsch“ bei einem fast ausschliesslich aus Arbeitern bestehendem Publikum begeisterte Aufnahme; eine ganze Reihe von Arbeitervereinen beginnt einzusehen, dass ein Programm, das blos die Unterstützung von Kranken und Invaliden bezweckt, nicht ausreichend sei; in der Provinz Bari stellt man eine sozialistische Kandidatur für die politischen Wahlen auf; ferner treten in den Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts Arbeiter auf, welche die sozialistischen Ideen entwickeln; ein von Arbeitern redigirtes neues Journal „Italia Operaja“ (das arbeitende Italien), vertritt fast den gleichen Standpunkt wie das sozialistische Organ, die „Plebe“. Gleich vielen republikanischen Vereinen machen auch republikanische Zeitungen einen Schritt vorwärts in der Richtung des Sozialismus. Ueberhaupt drängt sich die soziale Frage allmälig allen Männern von Herz und unabhängigem Charakter auf. Thatsächlich werden heute die von den Sozialisten aufgestellten Thesen allmälig von Leuten erörtert, welche sie früher nicht einmal als diskussionsfähig anerkannten.

Die gewaltige Wucht der sozialen Frage hat sich schliesslich auch konservativen Männern aufgedrängt. Einige bürgerliche Journale, welche früher soweit gingen, die Existenz einer sozialen Frage überhaupt in Abrede zu stellen, beschäftigen sich jetzt eifrig mit ihr und suchen sie innerhalb des Bereiches ihrer politischen Oekonomie und mittelst bürgerlicher Reformen zu lösen, ihrem Beispiele sind einige Führer der gemässigt liberalen Partei, Parlamentsmitglieder und Senatoren gefolgt. Von demselben Bestreben beseelt, hat ein Komite von einigen hochgestellten Persönlichkeiten, Adeligen, Volksvertretern, Advokaten und Professoren einen nationalen Arbeiterkongress einberufen, der binnen Kurzem in Bologna stattfinden soll. Mit ihm dürfte man versuchen, der drohenden Fluth sozialistischer Ideen einen

Damm entgegenzustellen, und bei einem Theil, wenn nicht bei allen Theilnehmern dürfte dies auch für eine Zeit lang gelingen, da sich fast die ganze Arbeiterklasse Italiens noch im Stadium der Kindheit befindet. Nur eine intelligente und feurige Minderzahl hat ein Bewustsein von ihrer historischen Bedeutung und ihrer speziellen Mission als Vertreter der Arbeit gegenüber dem bevorrechteten Kapital. Die Bourgeoisie wird noch für einige Zeit an vielen Arbeitervereinen einen Schemel haben, um zur Macht zu gelangen, oder auch eine Stütze, um sich halten und denjenigen Arbeitern, die sich vom kapitalistischen Joch zu befreien streben, ihre Arbeiter entgegenstellen zu können.

Betreffs der sozialistischen Literatur ist in den acht Monaten, über welche wir zu berichten haben, wenig zu vermelden gewesen. Italien ist ja auch noch nicht das Land, in welchem man die sozialen Fragen gründlich und unter neuen Gesichtspunkten studirt. Noch wiegen der enge Gesichtskreis, die Irrthümer und die Oberflächlichkeit der Bourgeois-Oekonomie vor. Von Zeit zu Zeit erörtern einige Bücher und Zeitungen der Bourgeoisie die Grundsätze des Sozialismus, aber sie thun es nur ungern und mit den ungünstigsten Vorurtheilen, und lassen sich nur sehr schwer zu einer Polemik mit der sozialistischen Presse herbei.

Die Letztere hat durch die „Rivista internazionale del socialismo", welche von auswärtigen Sozialisten durch Mitarbeiterschaft unterstützt wird, eine Verstärkung erhalten. Es ist eine ernsthafte und werthvolle Monatsschrift, wie sie bisher in Italien mangelte, und vermöge deren dem Publikum das Studium der wissenschaftlichen, philosophischen und historischen Lehren des Sozialismus erleichtert wird. Der Advokat Pio Barsanti veröffentlichte eine Schrift: „La socialità nel sistema della proprietà privata" (die Gesellschaftlichkeit und das System des Privateigenthums). Es ist das Buch eines Oekonomisten, der aber nicht, wie es so viele Andere thun, den Sozialismus beschimpft, sondern ihn vernünftig diskutirt.

Besser ist das Werk, welches der Advokat Giuseppe Sarno soeben unter dem Titel „Pensieri sulla questione sociale" (Gedanken über die soziale Frage) vollendet hat. Es ist kritisch gehalten, aber nicht in jener abstrakten Manier, die nur wenig Fruchtbares zu Tage fördern kann; auch beschränkt sich der Verfasser nicht darauf, dieses oder jenes Problem einzeln abzuhandeln, vielmehr bemüht er sich, nachzuweisen, dass der Sozialismus ein organisches und systematisches Ganzes ist.

Auch die Poesie hat in den „Eroi della soffitta" (die Helden der Dachstube) von Aurelio Constanzo ihren kleinen Beitrag geliefert. Es ist ein Ruf aus jener Fraktion der aus ihrer Sphäre Gedrängten, welche das intelligenteste und streitbarste Ferment der Revolution bilden.

Eine Gruppe von Arbeitern gründete, wie wir bereits oben erwähnten, eine Zeitung „l'Italia Operaja".

In Italien sind die öffentlichen sozialistischen Vorträge noch nicht eingeführt, weshalb die Propaganda fast ausschliesslich mittelst der Presse bewirkt wird: die einzige mündliche Propaganda, von der wir reden könnten, wird von Zeit zu Zeit gelegentlich der Prozesse von den angeklagten Sozialisten und deren Vertheidigern ausgeübt. In Beziehung auf diese Letzteren können wir mittheilen, dass die Vertheidigung der Sozialisten um einen

neuen Kämpfer reicher geworden ist, nämlich den Advokaten Duranti, der sich gelegentlich des letzten Prozesses des in Livorno erscheinenden „Ateo“, welches Blatt vor Kurzem den Verfolgungen von Polizei und Behörden erlegen ist, offen als Sozialist bekannte. Wir wüssten sonst für eine öffentliche sozialistische Propaganda durch Vorträge zwar einige sozialistische Redner anzugeben und könnten auch auf ein gewisses Publikum rechnen, aber sowohl Erstere wie Letzteres sind noch nicht in genügender Anzahl vorhanden, um dieser Art der Propaganda diejenige moralische Kraft zu verleihen, welche nöthig ist, um sowohl bei den Gegnern Achtung zu erzwingen, als auch die Uebermacht des polizeilichen Einflusses im Zaum zu halten. Nach und nach aber werden uns die nöthigen Redner und Zuhörer durch die Diskussionen in den verschiedenen Vereinen und durch die Proganda vermittelst der Zeitungen, der Flugschriften und Bücher herangezogen.

Obwohl die Internationale als eigentliche Organisation nicht mehr besteht, so dauern die internationalen Verbindungen der Sozialisten doch fort. So erklärten sich die italienischen Sozialisten in Alexandrien in Egypten gelegentlich der letzten Prozesse von Florenz und Bologna öffentlich mit den Angeklagten solidarisch, ähnliche öffentliche Solidaritätserklärungen wurden zwischen den italienischen Sozialisten Konstantinopels und den Sozialisten der Romagna und der Emilia ausgetauscht. Die Sozialisten Mailands sandten den sozialistischen Arbeitern Brüssels, als diese durch Aufstellung eigener Kandidaten in den Wahlkampf eintraten, eine Sympathieadresse. Der Verein „I figli del lavoro“ (die Söhne der Arbeit) und einige Sozialisten Monzas übermittelten der Pariser „Egalité“ eine Sympathieadresse an die aus Neukaledonien zurückgekehrten Kommunards; derselbe Verein erklärte den belgischen Einberufern des sozialistischen Weltkongresses seine Zustimmung und sandte dem jüngsten deutschen sozialistischen Kongresse eine Sympathieerklärung. Der sozialistische Zirkel zu Ancona endlich sagte seine Theilnahme an dem Brüsseler Kongress der Freidenker zu.

Dies ist unser Bericht über die sozialistische Bewegung in Italien vom Anfang Januar bis Ende August 1880; er zeigt, dass dieselbe, obwohl langsam, Fortschritte macht. Uebrigens leistet sie, wenn man die heutigen politischen und ökonomischen Verhältnisse und die Mittel, auf welche sie angewiesen ist, in Betracht zieht, Alles, was man von ihr verlangen kann. Vergesse man nicht, dass der moderne volksthümliche Sozialismus in Italien erst seit neun Jahren vertreten ist, und dass es ihm in dieser Zeit gelungen ist, sich als Gegenstand des Studiums und der Debatten aufzudrängen. Seine erste Phase beruhte auf Wünschen und Hoffnungen, heute beginnt er in eine positivere und mehr wissenschaftliche Bahn einzulenken, er hat bestimmtere und gründlichere Ideen und Vorschläge ausgearbeitet und betritt mit ihnen ein breiteres Feld des öffentlichen Lebens.

O. Gnocchi-Viani.

Niederlande.

Brüssel, im Juli 1880.

Während der ersten Hälfte des laufenden Jahres war es immer noch die Frage des allgemeinen Stimmrechts, die bei uns den Hauptgegenstand der Arbeiteragitation abgab. Ausser den gewöhnlichen Agitationsmitteln — den Vorträgen, Versammlungen, Petitionen und der Presse — bedienten wir uns diesmal in Holland sowohl, als auch in Belgien, eines neuen Mittels, um die Frage vor das ganze Land zu bringen und die öffentliche Meinung zu veranlassen, sich mit der Wahlreform und konsequenterweise auch mit der Arbeiterfrage und dem Sozialismus zu beschäftigen — konsequenterweise, da es die Arbeiterpartei war, welche die Frage auf einem neuen Terrain aufstellte, und da diese Frage besonders unter dem Einflusse der sozialistischen Ideen bei den Massen Eingang fand. Dieses für uns neue Agitationsmittel und dieses neue Terrain, auf die wir soeben hingedeutet haben, ist die Theilnahme der Arbeiterpartei an der Wahlbewegung durch Aufstellung sozialistischer Kandidaturen. Obwohl alle von der Partei aufgestellten Kandidaten, in Holland wie in Belgien, erprobte und gut bekannte Sozialisten waren, so hatten doch diese Kandidaturen, unter dem gegenwärtigen beschränkten Klassenwahlsystem, einzig und allein die Bedeutung der Forderung des Stimmrechts für Alle. Es war wirklich ein gewagtes, kühnes Unternehmen. Auf den Sieg der sozialistischen Kandidaten war ja nicht zu hoffen; es war aber ein Mittel, die öffentliche Meinung mit unseren Forderungen zu beschäftigen; es war auch, bis zu einem gewissen Grad, ein Mittel, zu sehen, ob die Bourgeoisie, die einzige Inhaberin des Wahlrechts, wirklich noch genügend fortschrittliche, genügend gerechte und edle Elemente enthält, um anzuerkennen, dass es Zeit wäre, die Aera der Reformen zu eröffnen und dem Proletariat zu ermöglichen, friedlich fortschreitend seine ökonomische und soziale Befreiung zu erlangen.

Holland machte in dieser Bewegung den Anfang. Bereits im Januar einigten sich, angesichts der kommenden Amsterdamer Wahlen, der „Algemeen nederlandsch Werklieden-Verbond, die „Sociaaldemokratische Vereeniging“ und die „Algemeen Kies-en Stimmrecht Liga“, zwei Kandidaturen aufzustellen — eine für die zweite Kammer der Generalstaaten und eine für den Stadtrath von Amsterdam. In einer grossen Volksversammlung, in der M. Heldt, Redakteur des „Werkmansbode“ (des offiziellen Organs des „Algemeen nederlandsch Werklieden Verbond“), das Präsidium führte, wurden verschiedene Kandidaturen vorgeschlagen und besprochen. Die Versammlung nahm endlich per Akklamation folgende zwei Kandidaten an:

F. Domela Nieuwenhuis, Schriftsteller (Mitarbeiter an den Zeitschriften: „Werkmansbode“, „Recht voor Allen“ und „Oost en West“), als Kandidat für das Parlament, und

H. Gerhard, Schneider (altes Mitglied der internationalen Arbeiter-Assoziation und Verfasser der kommunistischen Broschüre „De Internationale en hare beoordeelaars“), als Kandidat für den Amsterdamer Stadtrath.

Das war eine glückliche Wahl sowohl wegen der fleckenlosen Ehren-

haftigkeit beider Kandidaten, als wegen ihres Wissens, ihrer Charakterfestigkeit, ihrer Treue für die sozialistischen Prinzipien und ihrer vollen Hingebung an die Arbeitersache. Ein Sieg konnte freilich dadurch nicht erreicht werden: irgend ein gemässigter Arbeiter wäre vielleicht von den Wählern aus der Bourgeoisie besser aufgenommen worden als der kommunistische Schneider Gerhard, und irgend ein braver Bourgeoisfortschrittler zweifelohne besser als der wackere sozialistische Schriftsteller und Redner Domela-Nieuwenhuis. So aber erhielt bei den Wahlen Gerhard nur zwölf, Domela-Nieuwenhuis gar nur fünf Stimmen. Es ist im Uebrigen dabei zu bemerken, dass von den 4602 Wählern, die der Wahlbezirk Amsterdam mit seinen 310,000 Einwohnern zählt, nur 1518 sich an der Wahl betheiligten. Vergessen wir auch nicht, dass indem unsere Freunde sozialistische Kandidaten aufstellten, sie dabei den Zweck allein vor Augen hatten, die öffentliche Meinung an den Gedanken zu erinnern, dass neben den Wählern eine grosse Partei von Wahlrechtslosen existirt, „het Volk achter de Kiezers“, wie sich ein holländischer Minister ausdrückte, und dass dieses „Volk“ aus der arbeitenden Klasse besteht, die ihre Rechte fordert. Von diesem Standpunkt aus bedeutet die minime Stimmenzahl, die unsere Freunde erhalten haben, keineswegs eine Niederlage: sie beweist nur, dass die Kapitalistenklasse in Holland wie anderswo nicht gewillt ist, auf ihre politischen und ökonomischen Privilegien zu verzichten und dem Proletariat die Hand zu reichen, damit in allgemeiner Eintracht Reformen geschaffen werden, die fähig wären, eine friedliche und schrittweise Auflösung der alten Gesellschaft herbeizuführen. Offen gesagt, man zweifelte auch früher ein wenig daran; es ist jedoch gut, dass man einen neuen Beweis dafür bekommen, dass man eine neue Erfahrung darin gemacht hat: — experientia docet.

Ein anderes, günstigeres Resultat dieses Versuches auf dem Wahlgebiet ist, dass von dem Moment an die gesammte holländische Presse sich mit dem allgemeinen Stimmrecht beschäftigt. Nicht nur die grossen Tageszeitungen, wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“, „Het Handelsblad“, „Het Vaderland“ etc., sondern auch die hauptsächlichsten Wochenschriften, wie der „Tijdspiegel“, die „Vragen des Tijds“ etc., widmen der Frage eingehende Besprechungen. Es versteht sich von selbst, dass diese Bourgeoiszeitschriften nur von einer weiteren Ausdehnung des Wahlrechts wissen wollen, sei es in Form eines Wahlrechts der Bildung, sei es durch Herabsetzung des Zensus u. dergl. Das Prinzip des unbeschränkten allgemeinen Stimmrechts wird nur von dem Gewerkschaftsorgan „de Werkmansbode“, der sozialistischen Zeitung „Recht voor Allen“ und dem Organ der Rationalisten und Progressisten „Oost en West“ offen verfochten. Die Männer von den „Vragen des Tijds“, dem Organ dem Radikalen und der holländischen Kathedersozialisten, scheinen in Bezug aut diese Frage etwas getheilter Meinung zu sein: die Einen, wie z. B. Professor Pekelharing, sind eher dem allgemeinen Stimmrecht zugeneigt; Andere, wie z. B. der Deputirte Simon Van Houten, wünschen Analphabeten, sowie die unter der Fahne stehenden Militärs und die in Armenlisten figurirenden Personen etc. von dem Stimmrecht ausgeschlossen zu sehen.

Zahlreiche provinzielle Gruppen und Arbeiterverbindungen schlossen

sich offen der Bewegung an oder verbanden sich gar mit dem Verein „Het Algemeen Kies-en Stemrecht“, oder bildeten lokale Zweige dieses Vereins. Nacheinander traten dieser politischen Bewegung bei: der Amsterdamer Typographenverein „Voorzorg en Genoegen“, dann der gesammte Typographenverband „Nederlandsche Typographenbond“, die Surhuisterveener Sektion des Arbeitervereins der Provinz Friesland, der Arbeiterverein von Oosterbeek, der Amsterdamer Bildhauerverein „Eendracht maakt Macht“, der Bäckergesellenverein „Loon naar Werk“ in Amsterdam, der Tabakarbeiterverein „Door Eendragt saamgebracht“ ebendaselbst, die Arbeiterverbindung von Franeker (Friesland), der „Socialistische Vriendenkring“ zu Harlem, die beiden Arbeitervereine zu Vlissingen in Seeland: „de Eersteling“ und „Voor Ons en voor U“, ferner der Arbeiterverein zu Dortrecht u. a. m. Zahlreiche Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts wurden fast im ganzen Lande abgehalten. Unter den eifrigsten Rednern müssen besonders hervorgehoben werden: unser Freund Domela-Nieuvenhuis aus dem Haag, die Genossen Gerhard und Heldt von Amsterdam, Visscher von Zwolle, De Rot von Rotterdam, Urban von Gröningen, Dr. Perel u. a. m.

Die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts war während des verflossenen Halbjahres in Belgien nicht weniger stark als in Holland. Bereits am 4. Januar erliess das Komite der belgischen sozialistischen Partei einen diesbezüglichen Aufruf, in dem es sich an alle Sozialisten verschiedener Schulen, an alle alten demokratischen Landesgruppen und selbst an alle aufrichtigen Fortschrittler wandte, für die der Fortschritt nicht darin besteht, dass man auf einem Platz mit den Füssen trippelt, während die Anderen vorwärts gehen. Diesem Rufe wurde zum Theil Folge gegeben, die besseren Elemente der rein fortschrittlichen oder demokratischen Presse schlossen sich den sozialistischen Zeitschriften an, und ein regelrechter Feldzug behufs Erkämpfung des ersten der politischen Rechte wurde eröffnet. Eine Reihe von Journalen unterstützte die von den Arbeitern hervorgerufene Bewegung in würdiger Weise. Die sozialistische Presse — namentlich „la Voix de l'Ouvrier“ in Brüssel, der „Werker“ in Antwerpen, der „Volkswil“ in Gent, der „Réveil“ in Seraing, der „Mirabeau“ in Verviers — that natürlich auch ihre Pflicht. Von den ersten drei Zeitungen wurden einzelne Nummern, die ganz der Stimmrechtsfrage gewidmet waren, in mehr als 50,000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet; ebenso sorgte man für unentgeltliche Verbreitung von Flugblättern, Manifesten, Aufrufen und flämischen und französischen Petitionslisten.

Zu dem gleichen Zweck wurden zwei Spezialkongresse in Brüssel abgehalten; der erste fand am 1. Februar, der andere am 4. Juli statt.

Auf dem Kongress vom 1. Februar fassten die belgischen Anhänger des allgemeinen Stimmrechts, gleich ihren holländischen Genossen, den Beschluss, für die kommenden Parlaments-, Kommunal- etc. Wahlen sozialistische Kandidaturen aufzustellen. In Folge dieses Beschlusses wurden bei Eröffnung der Wahlperiode in Brüssel vier bekannte sozialistische Arbeiter als Kandidaten für die Repräsentantenkammer aufgestellt, und zwar: Coulon, Schneider, Brismée, Buchdrucker, Brasseur, Mechaniker und Goetschalk, Tischler; in Seraing zum Provinzialrath von Lüttich: Bürger Marquet, Redakteur des sozialistischen Journals „le Réveil“. Wie zuvor in

Amsterdam, so hatte die Aufstellung von Kandidaten auch in Brüssel und Seraing den Zweck, die Aufmerksamkeit Aller auf die Frage des allgemeinen Stimmrechts zu lenken, sowie zu sehen, ob und in wie fern die Zensusbourgeoisie ihre durch die Presse geäusserte Sympathie mit den ihre Rechte reklamirenden Arbeitern thatsächlich bestätigen werde. Und in dieser Beziehung haben unsere Wahlerfolge in der That unsere Hoffnungen übertroffen.

Am Dienstag den 8. Juni fanden die allgemeinen Wahlen für die Repräsentantenkammer statt. Unsere vier Arbeiterkandidaten und ein fünfter Kandidat, Herr Viktor Hallaux, Redakteur der das allgemeine Stimmrecht verlangenden „Chronique", welcher sich aber als unabhängiger liberal-progressistischer Kandidat erklärte (d. h. ausserhalb jedes Wahlvereins stehend), — hatten, wie vorauszusehen war, wohl nicht die Majorität, aber eine sehr respektable Anzahl von Stimmen erhalten: Herr Hallaux erhielt zirka 2000, unsere Arbeiterkandidaten je zirka 700 Stimmen. Die Zahl der Stimmenden war im Ganzen 7262. Theilen wir diese Zahl durch 14 — die Anzahl der Gewählten — so erhalten wir 518 Stimmen für einen Abgeordneten. Wenn nun in unserem Klassenwahlsystem die Minorität berücksichtig würde, so hätten die Brüsseler sozialistischen Arbeiter das Recht, trotz dem Zensus einen Abgeordneten in das Parlament zu schicken, während die (dem allgemeinen Stimmrecht zugeneigten) Liberal-Progressisten von der Farbe des Herrn Hallaux das Recht auf drei Abgeordnete hätten.

Bei der Wahl zum Provinzialrath in Seraing erfochten wir einen entschiedenen Sieg: unser Freund Marquet wurde mit grosser Majorität gewählt. Er ist, glauben wir, der erste Sozialist, der als solcher in unsere Provinzialräthe eintritt.

Der eigentliche Erfolg dieses unseres ersten Eintretens in die Wahlagitation besteht jedoch darin, dass die gesammte Bevölkerung und die gesammte Presse sich seit einigen Monaten mit diesem unerhörten Ereigniss beschäftigen; die Frage des allgemeinen Stimmrechts und mit ihr die Arbeiterfrage, ja die ganze soziale Frage, hat seitdem in Belgien eine bestimmte Gestalt gewonnen und wird dieselbe beibehalten, bis sie — auf die eine oder die andere Weise — gelöst sein wird.

Am Wahltage selbst, am 8. Juni, haben von den Arbeitervereinen und den lokalen Zweigen der sozialistischen Partei organisirte öffentliche Aufzüge in fast allen Städten und industriellen Ortschaften unseres Landes stattgefunden; überall erschienen Maueranschläge, die zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts lauteten, und Vorträge und Versammlungen zu demselben Zweck mehren sich seitdem überall. In den Letzteren wird auch zu einer auf den 15. August festgesetzten grossen allgemeinen Demonstration vor dem Regierungspalalast zu Brüssel aufgefordert.

Und wenn nun auch alle unsere Petitionen ohne Erfolg bleiben, alle unsere Arbeiterkandidaturen misslingen, alle unsere friedlichen Demonstrationen die Machthaber taub finden sollten, — so haben wir doch wenigstens der Bourgeoisie eine grosse und schöne Lehre ertheilt und für das Volk eine nützliche Erfahrung gewonnen, die es in der Zukunft nicht unbeachtet lassen wird. Und wie ein Manifest der belgischen sozialistischen Partei, das vor den Wahlen erlassen wurde, sagte, wenn unsere friedliche

Bewegung auch gar nicht gelingen sollte, so hat doch das Volk wenigstens wieder einmal seine Schnldigkeit gethan, indem es an die Versöhnnng und an den ewigen Geist der Gerechtigkeit appellirte, den man gewöhnlich nur zu spät zu erkennen pflegt. Fanden sich auch nur wenige Stimmen in der gegenwärtigen Klassenwählerschaft für die Arbeiterkandidaten, so stehen hinter dieser geringen Anzahl die 900,000 Stimmen aller der enterbten, verkannten und verrathenen Brüder, die, früher oder später, die Waagschale, in der gegenwärtig noch die Gewalt das Uebergewicht hat, zu Gnnsten des Rechts senken werden. —

Am 4. Jnli wurde in Brüssel der zweite Spezialkongress der Anhänger des allgemeinen Stimmrechts abgehalten. Fast alle mit der Bewegung sympathisirenden Vereine waren dort vertreten. Hanptsächlich beschäftigte sich dieser Kongress mit der Organisation der grossen öffentlichen Demonstration, die am 15. August stattzufinden hat, sowie damit, nene Propagandamittel ausfindig zu machen. Es wurde ferner ein Beschluss gefasst zu Gunsten der Fortsetzung des begonnenen Versuches auf dem Wahlgebiete, indem jede Wahl dazu benutzt werden sollte, Arbeiterkandidaturen im Namen des allgemeinen Stimmrechts aufzustellen. Darauf schritt der Kongress zur Erneuerung des Zentralkomites, dessen Aufgabe es ist, für diese unsere Bestrebung alle Kräfte zu sammeln. In das Komite, das aus elf Mitgliedern besteht, wurden gewählt: André, Vergolder, Barette, Schuhmacher, Bartholomens, Juwelier, Brasseur, Mechaniker, Brismée, Buchdrucker, Bertrand, Marmorarbeiter, De Paepe, Arzt, Dewit, Schneider, Poffée, Schuhmacher, Waesemans, Kunsttischler, und Standaert, Handschuhmacher.

In Anbetracht der Demonstration vom 15. August versandte dieses Komite sofort ein Manifest an alle Arbeitervereine des Landes nnd lnd dieselben ein, zahlreich nach Brüssel zu kommen.

Es steht zu hoffen, dass die Demonstration grossartig ausfallen und einen Druck auf die Regierenden ausüben wird.

Diejenigen unserer Leser, welche unsere früheren Besprechungen der sozialistischen und Arbeiter-Bewegung der Niederlande in den beiden Heften des ersten Jahrganges des „Jahrbnch“ gelesen haben, dürften sich erinnern, dass wir unsere semestrielle Chronik in drei Abschnitte zu theilen pflegten, indem wir behandelten: 1) Die Bewegung der sozialistischen Propaganda, 2) die politische Agitation nnd 3) die ökonomischen Kämpfe. Dieses Mal aber befolgen wir nicht dieselbe Ordnung. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres hatte sich die politische Arbeiterbewegung ausschliesslich auf die Agitation für das allgemeine Stimmrecht nnd auf die Wahlkämpfe beschränkt, von denen wir soeben gesprochen haben. Die allgemeine intellektuelle Bewegung und die theoretische Propaganda der rationalistischen nnd sozialistischen Ideen haben in diesem Halbjahr weder Neues, noch Ausserordentliches zu Tage gefördert. Einige Veränderungen sind indess doch vorgekommen. Der „Mirabeau“ in Verviers hat, nach zwölfjähriger Existenz, aufgehört, zu

erscheinen. Ebenso musste unser satirisches Journal „la Trique“ eingehen. Als Ersatz dafür geben einige revolutionären Gruppen in Brüssel, unter der Redaktion von Bürger Chanvière, eine Wochenschrift „Droits du Peuple“ heraus. Diese Zeitschrift, Eigenthum der autoritären Revolutionäre — der Anhänger der Diktatur im Namen des Volkes, — nimmt auch Auslassungen von Seiten der Anarchisten auf, um der belgischen sozialistischen Partei gelegentlich etwas an's Zeug zu flicken; überhaupt verhält sich das Journal, je nach seiner momentanen Laune, den Unternehmungen der Partei gegenüber bald lobend, bald feindlich.*) — Endlich, abgesehen von dem grossen Strike in der Borinage, der am Anfang dieses Jahres endigte, sowie von einigen unbedeutenden Arbeitseinstellungen, wie z. B. unter den Fabrikarbeitern in Leyden und einigen anderen, — hat der offene ökonomische Kampf zwischen der Arbeit und dem Kapital während des grössten Theiles des verflossenen Halbjahres bei uns einer Art zeitweiligen Waffenstillstandes Platz gemacht. In mancher Ortschaft, in manchem Industriezweig ist die Lage des Arbeiters schon so elend geworden, dass derselbe weder die Kraft zu einer Reklamation, noch die zu einer Arbeitseinstellung nothwendige Energie besitzt; in anderen Ortschaften, resp. in anderen Industriezweigen geduldeten sich die Arbeiter in der Hoffnung, die industrielle Stockung werde bald endigen, in welcher Hoffnung sie durch die dem Sommer eigene geringe Hebung der Geschäfte noch mehr bestärkt wurden. Diese faktische Hebung der Geschäfte ist erstens durch die Sommersaison selbst bedingt, dann durch die Arbeiten für die nationale Ausstellung, die kürzlich eröffnet wurde, sowie durch die verschiedenartigen Vorbereitungen für die sogenannten „patriotischen“ grossen Festlichkeiten. Es kommt jedoch bald der Winter, es kommt die Zeit der grossen Arbeitslosigkeit und des Sinkens der Löhne, letzteres ist sogar trotz aller Erwartung auf die Hebung der Geschäfte leider bereits eingetreten . . .

Wir haben indess noch einige Worte zu sagen über die Thätigkeit der Arbeiterpartei Hollands und Belgiens neben der Wahlrechtsagitation. Einiges besonders über die auf den zwei Jahreskongressen, welche zu Pfingsten in Arnheim und Brüssel gleichzeitig stattgefunden haben, gefassten Beschlüsse, und damit wollen wir unsere Rückschau schliessen.

Am 16. und 17. Mai hielt der „Algemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond“ zu Arnheim seinen neunten Jahreskongress ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen:

Entwurf eines Arbeitsgesetzes, — Pensionirung alter und invalider Arbeiter. — Die Gefängnissarbeit. — Revision der Verfassung im Sinne des allgemeinen Stimmrechts, der Aufhebung des Patentgesetzes, der Auflösung des stehenden Heeres und Ersetzung desselben durch allgemeine Volksbewaffnung. — Organisation einer grossen Manifestation zu Gunsten

*) Am 8. Juni gesellten sich die „Vereinigten Zirkel“ (Cercles réunis), welche die „Droits du Peuple“ herausgegeben, zu der Partei und nahmen an der öffentlichen Demonstration Theil; für den 15. August aber fordern sie, im Gegentheil, zur Enthaltung auf. Das ist mindestens ein Widerspruch, um nicht mehr zu sagen.

des allgemeinen Stimmrechts. — Der Einfluss der Dampfmaschine auf die Lage der Arbeiter. — Einführung eines Normalarbeitstages etc.

Der Kongress verhandelte alle diese Fragen, deren Bedeutung für die Arbeiter keiner Erklärung bedarf, und fasste schliesslich eine Reihe praktischer Beschlüsse, von denen wir folgende anführen wollen: — Regulirung der Arbeit durch einen zehnstündigen Normalarbeitstag*); Organisation der Gefängnissarbeit derart, dass sie nicht die freien Arbeiter schädige; Fortsetzung der Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts und Organisation einer grossen öffentlichen Demonstration im Haag; Gründung neuer Kooperativgenossenschaften etc. Bestimmung, dass der nächste Jahreskongress zu Harlem stattfinden solle.

In dem verflossenen Jahr (1879) betrugen die Einnahmen 1800 Gulden, die Ausgaben 1658 Gulden.

Aus dem Bericht des Sekretärs ist ferner zu ersehen, dass die allgemeine niederländische Federation gegenwärtig aus 43 Lokalsektionen besteht.

Das zentrale Exekutivkomite wurde für dieses Jahr bestellt aus den Genossen B. H. Heldt, J. Omselen, T. T. Lusthuisen, J. van Veen, H. Coenen, J. G. Dohe, F. M. Heldt, J. Weelinck, P. Repko, P. Werthwijn, H. J. Hol und H. T. Kruis.

Der Generalrath besteht aus den Genossen: J. Houingh in Appingadam, Th. De Rot in Rotterdam, W. Van Son in Dortrecht, Bommerts in Leeuwarden, Rijnders in Utrecht und Spliethof in Rotterdam.

Neben diesem „Algemeen nederlandsch Werklieden-Verbond“ gibt es in Holland bekanntlich noch „socialdemokratische Vereenigingen“, die ihm zwar nicht feindlich gegenüberstehen, sich aber doch von ihm unterscheiden.

Auf dem Kongress der belgischen sozialistischen Partei, der, wie erwähnt, gleichzeitig mit dem holländischen Arbeiterkongress von Arnheim, d. h. am 16. und 17. Mai in Brüssel stattfand, sind folgende Beschlüsse gefasst worden:

a) Annahme des Rechenschaftsberichts, Situation der Partei. — Das Zentralkomite behält auch für das laufende Jahr seinen Sitz in Gent und wurde Parteigenosse Eduard Anseele zum Generalsekretär der Partei gewählt. Dieses Zentralkomite der sozialistischen Partei Belgiens darf nicht mit dem der „Liga für das allgemeine Stimmrecht“, welche in Brüssel ihren Sitz hat, verwechselt werden. Die beiden genannten Organisationen sind zwar befreundet und gehen gemeinschaftlich vor, der Liga gehören aber einige demokratisch-fortschrittliche Gruppen an, die der sozialistischen Partei nicht beigetreten sind, während letztere in ihrer Gesammtheit zur Liga steht. In drei Monaten tritt in Antwerpen ein Kongress zusammen behufs Besprechung der Aenderungen, die an der Organisation des Federalrathes vorzunehmen wären.

---

*) Ein zehnstündiger Arbeitstag ist übrigens zu lang, denn er ist gar nicht normal. Den Anforderungen der Hygiene und der Zivilisation ist die anglo-amerikanische Formel bei Weitem entsprechender: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe und acht Stunden für die Bedürfnisse, welche zur Unterhaltung des Körpers, zur Bildung des Geistes und des Herzens etc. dienen.

b) Die Sparkassen und der Kongress der Kohlenbergarbeiter. — Es soll dahin gewirkt werden, dass die gesetzlichen Bestimmungen über Spar- und Hilfskassen einer Revision unterzogen werden. Es sei ferner ein Aufruf nebst Fragebogen an alle belgischen Bergwerksarbeiter zu erlassen. — Ein allgemeiner Kongress der Kohlenbergarbeiter aller Länder wurde für das Jahr 1881 in Aussicht genommen, und soll ein diesbezügliches Manifest allen Bergwerksarbeitervereinen und allen ausländischen sozialistischen Zeitungen zugeschickt werden.

c) Werkstatthygiene. — Der Kongress ertheilte den Genossen Duverger und De Paepe den Auftrag, diese wichtige Frage zu studiren und das Resultat ihrer Studien schriftlich darzulegen; die Arbeit wird auf Kosten der Partei veröffentlicht.

d) Kooperativgenossenschaften. — In Betreff dieser Frage nahm der Kongress folgende, von dem Seraínger Delegirten vorgeschlagene Resolution an:

„Der Kongress erklärt:

„Einerseits, dass die Kooperativgenossenschaften allein die soziale Frage nicht lösen können, und dass sie, sobald sie von einzelnen Gruppen, ohne jeden andern Zweck errichtet werden, dem Proletariat sogar schädlich werden können.

„Andererseits, dass wenn sie von einer sozialistischen Partei organisirt und mit Widerstandskassen verschmolzen werden, sie in der That dem Arbeiter von Vortheil sind, indem sie ihm den Profit verschaffen, der gegenwärtig dem Arbeitgeber oder dem Zwischenhändler zufällt, ihm Produkte von guter Qualität zustellen, sowie ein mächtiges Anregungsmittel zur Organisation und ein ausgezeichnetes Propagandamittel bilden."

e) Unterstützung im Falle von Arbeitseinstellungen. — Dieser Punkt wurde auf den nächsten Kongress vertagt. Einstweilen wurden zwei Kongressmitglieder beauftragt, die Frage zu studiren und auf Kosten der Partei eine diesbezügliche Arbeit zu veröffentlichen.

f) Sozialistischer Weltkongress. — Die Versammlung äusserte den Wunsch, dass ein solcher bald zu Stande kommen möge. In diesem Sinne soll ein Aufruf an alle sozialistischen Zeitungen und Parteien der verschiedenen Länder erlassen werden.

g) Die Frage der deutschen Sozialisten in Belgien. — Nach langer Debatte fasste der Kongress folgenden Beschluss in Sachen der Aufnahme der beiden deutschen Vereine, die in Brüssel bestehen und sich gegenseitig bekämpfen:

„Der Kongress erklärt die Aufnahme jeder Verbindung fremder Sozialisten, wie deren Ansichten über die in ihrem Mutterlande zu beobachtende Agitationsart auch sein mögen, in die belgische sozialistische Partei für zulässig, sofern diese Verbindung das Programm der Partei in Bezug auf das Verfahren in Belgien anerkennt.

„Er nimmt also die beiden deutschen Gruppen in Brüssel trotz ihrer verschiedenen Tendenzen auf, bedauert jedoch zu gleicher Zeit die Spaltung zwischen den deutschen Sozialisten und tadelt die von der „Freiheit" praktizirte Art und Weise der Polemik."

Das waren die Arbeiten des jüngsten Kongresses der „belgischen sozialistischen Partei“. —

Aus dem Grossherzogthum Luxemburg ist wenig Neues zu melden. Die Arbeiterbewegung befindet sich noch in derselben Lage wie im vorigen Jahre. Das Organ des luxemburgischen Arbeiter-Verbandes „Der Arbeiter“ brachte einen Auszug aus dem belgischen Manifest zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts und setzte hinzu, es sei Zeit, dass die luxemburgischen Arbeiter denselben Weg einschlügen, aber bis jetzt haben wir nichts von einer Verwirklichung dieses Wunsches oder auch nur von einem Anlaufe dazu gehört.

Ich habe hier einer wunderbaren Verurtheilung des „Arbeiter“ wegen Pressvergehen zu erwähnen. Am 6. März 1880 erschienen vor dem luxemburger Obergericht die Herren Eduard Karl Steffen, Redakteur, und Ludwig Schamburger, Drucker und Herausgeber des „Arbeiter“. Ihr Verbrechen bestand in dem Abdruck des berühmten Herwegh'schen Arbeiter-Bundesliedes: „Bet' und Arbeit! ruft die Welt“, dessen drei letzte Strophen ganz besonders inkriminirt worden waren. Der Obergerichtshof verurtheilte Steffen zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen und hundert Franken Geldbusse, Schamburger zu dreissig Franken Geldbusse und Beide zur Tragung der Kosten beider Instanzen. Und das für Veröffentlichung eines dichterischen Meisterwerkes, welches die Nachwelt noch lesen und singen wird, wenn das luxemburgische Obergericht nicht mehr bestehen wird und die Herren Richter der verdienten Vergessenheit längst anheimgefallen sein werden. Den tiefsinnigen „Erwägungen“ aber, welchen diesem Urtheil vorangehen, wollen wir nicht unterlassen, auch die unsrige anzureihen: In Erwägung also, dass die luxemburgischen Richter, Zwerge, die über einen Riesen aburtheilen, dadurch, dass sie den grossen Herwegh auf die Armensünderbank setzten, — wie sie dies wegen dieser oder jener Strophe auch mit einem Schiller oder einem Göthe machen könnten, — und dieses schöne demokratische Gedicht inkriminirten, den Beweis ihrer Geschmacklosigkeit, Unwissenheit und Beschränktheit geliefert haben, verurtheilen wir sie zur ewigen Lächerlichkeit und zur Strafe, Tag und Nacht eine Stimme zu hören, die in ihre langen Ohren hineinsummt:

„Brecht die Sklaverei der Noth!
Brod ist Freiheit! Freiheit, Brod!“

Wir sind gegenwärtig in Brüssel gleichzeitig in eine Periode verschiedener internationaler Kongresse und nationaler Feste eingetreten. Diese letzteren sind, wie bekannt, durch den 50. Jahrestag der bedauernswürdigen Revolution von 1830 bedingt, die, von dem katholischen Klerus hervorgerufen, unter dem Rufe: Einigkeit macht stark, das niederländische Volk in zwei Stücke zerrissen hatte. Die offenkundigsten „Wohlthaten“ dieser Revolution, die von der offiziellen Klique gegenwärtig gefeiert wird, sind, dass wir nicht einen, sondern zwei Könige, anstatt eines halben Dutzend Minister nun ein ganzes haben, und dass die Kolonien und die Schifffahrt Hollands seitdem die belgische Industrie schädigen, ebensowie diese jene untergräbt. Man wird viel vom Gedeihen und von der Unabhängigkeit

des belgischen Volkes reden, jedoch darüber kein Wort sagen, dass unsere flämischen Spinner und unsere wallonischen Kohlengrubenarbeiter langsam verhungern, dass nur etwa 100,000 Belgier das erste der politischen Rechte — das Stimmrecht — besitzen, während die übergrosse Mehrheit dieser „freien und unabhängigen“ Nation politisch niedriger gestellt ist, als der letzte Neger in Amerika oder in den französischen Kolonien; man wird auch nicht reden von den Füsilladen, von den Arbeiter-Massacres in Seraing, in Frameries, in Dour, Montigny-sur-Sambre etc.; es wird auch nicht ein Wort fallen über die Zigarrenarbeiter von Gerhardsbergen, die gezwungen waren, in der Fremde Arbeit zu suchen, — kein Wort über unsere brabantischen Bauern, die nach Wiskonsin auswandern mussten. Alle diese Dinge und mehreres Andere, was man in den offiziellen Reden nicht finden wird, hat aber unser Freund Louis Bertrand offen und frei in einer Broschüre auseinandergesetzt, die er soeben unter dem ironischen Titel „50 Jahre des Glückes und Gedeihens“ veröffentlicht hat.

Das Einzige, was in diesen Festlichkeiten einiger Beachtung in der That würdig wäre, das ist die prachtvolle nationale Ausstellung von Erzeugnissen der Industrie, Agrikultur und der Wissenschaft. In der für den höheren Unterricht reservirten Abtheilung stellt unser Freund Hector Denis, Professor der politischen Oekonomie an der Brüsseler Universität, eine hoch interessante und gelehrte Arbeit aus. Es ist ein grosser ökonomischer Atlas, in dem die hauptsächlichsten ökonomischen Ergebnisse der Produktion und Reichsthumsvertheilung in Belgien graphisch dargestellt werden, der gleichzeitig Augen und Geist fesselt. Er enthält Bilder, die prachtvoll und düster zugleich sind, die in frappanter und treuer Weise z. B. die Verdrängung der Menschenkraft durch die Maschine widergeben, die Vertheuerung der Lebensmittel, die Konzentrirung des Eigenthums an Grund und Boden, der im Verhältniss zum Fortschritt des Ackerbaues und zum Wachsen der Zivilisation immer mehr den Bauern entrissen wird, die stetig sinkende Volksernährung, die sich steigernde Verwendung von Frauen und Kindern der in Industrie etc. etc. Ich werde demnächst dieses prachtvolle Werk eingehender besprechen, da es eine spezielle Erwähnung unter den bibliographischen Notizen des „Jahrbuches“ verdient. Einstweilen wollte ich nur seine Einreihung in die nationale Ausstellung anzeigen, da es, die wirklich ökonomische Lage des Landes darstellend, das beste Gegenmittel gegen das Gift der offiziellen Reden und der hochtrabenden Phrasen vom Gedeihen des belgischen Volkes liefert.

Was nun die Kongresse betrifft, so hat der der Studenten bereits stattgefunden, und zwar am 20. Juni. Es waren an demselben auch einige Sozialisten anwesend, die besonders an der Debatte über die Nothwendigkeit der Bildung einer soziologischen Fakultät an den Universitäten theilnahmen: diese Fakultät solle verschiedene wissenschaftliche Zweige einschliessen, die gegenwärtig vollständig vernachlässigt werden, wie namentlich die soziale Hygiene, Geschichte der Religionen und vergleichende Mythologie, Geschichte der ökonomischen Erscheinungen und der sozialistischen Doktrinen etc.

Einige andere Kongresse werden binnen Kurzem stattfinden, und in einigen derselben werden unsere Freunde die Theorien des Sozialismus behandeln

und die Lösungen, die derselbe in Betreff der auf der Tagesordnung dieser Kongresse stehenden Fragen bietet, auseinandersetzen. Die hauptsächlichsten dieser Kongresse sind: der Agrikulturkongress, wo die Fragen der Gross- und Kleinwirthschaft und der Einfuhr aus Amerika zu Verhandlung kommen; der Kongress über Alkoholismus, auf dem wahrscheinlich auch der Vegetarianismus zur Besprechung gelangen wird; der über Hygieine und öffentliche Medizin, wo einer meiner intimsten Freunde die Frage der internationalen Arbeitsgesetzgebung zur Sprache bringen wird; der Unterrichtskongress, der die soziale Frage wird berühren müssen; der Handels- und Industriekongress, auf dem derselbe oben erwähnte Freund die Frage der internationalen Arbeitsgesetzgebung auf's Tapet bringen wird, und wo übrigens eine ganze Anzahl interessanter Fragen zur Verhandlung kommen, wie die des gewerblichen Unterrichts, der Steuern, des Kredits, des Freihandels und Schutzzolles etc.; der literarische Kongress; der medizinische und pharmazeutische; dann — ich habe Ihnen dies, wie man zu sagen pflegt, „pour la bonne bouche“ aufbewahrt — der Freidenkerkongress, der am 9. August eröffnet wird, und für den uns Freidenker aus den verschiedenen Ländern, darunter einige bekannte Sozialisten, ihre Theilnahme versprochen haben; der Kongress der sozialrevolutionären Gruppen, der gegen Ende August oder im September stattfinden soll, und zu dem die Redakteure der „Droits du Peuple“ die Initative ergriffen haben; ferner der internationale Typographenkongress, der am 25. Juli stattfinden soll und folgende Fragen auf der Tagesordnung hat: Ueber den Minimallohn, die Lehrlingsfrage, die Frauenarbeit, die Hilfskassen, die Schaffung von Produktivgenossenschaften seitens der Widerstandsvereine und Gewerkschaften, Gründung eines internationalen Typographen-Verbandes, — wie man sieht, Alle sehr interessanter Art; endlich der allgemeine Kongress der Bergarbeiter aus allen unseren Kohlendistrikten, der sich besonders mit der Sparkassenfrage und mit der Bildung einer allgemeinen Union der belgischen Bergarbeiter beschäftigen wird, sowie mit den Vorbereitungen zu einem im Jahre 1881 stattfindenden internationalen Kongress der Kohlenbergarbeiter, zu dem, nebenbei erwähnt, die Bergarbeiter-Verbindungen Grossbritanniens ihre prinzipielle Zustimmung bereits gegeben haben.

Sie sehen also, es gibt noch Arbeit in Fülle, es gibt noch schwere Arbeit für die belgischen Sozialisten. Hoffen wir, dass wir Gutes verrichten werden, und dass unsere Mühe dazu beitragen werde, die Befreiung der arbeitenden Klasse, die Erlösung des Proletariats, die Beseitigung aller Privilegien und sozialen Ungleichheiten in Etwas zu beschleunigen. An's Werk denn, Ihr Freunde, — laboremus!

Dr. De Paepe.

Oesterreich.

Während die Symptome der Auflösung des österreichischen Staates sich mehren, die Verwirrung in den ohnehin beschränkten Köpfen der österreichischen „Staatsmänner“ sich steigert und die Unzufriedenheit immer

weitere Kreise zieht, macht die Reorganisation der sozialistischen Partei langsame aber stetige Fortschritte, und der Augenblick ist nicht mehr ferne, in dem sie neu gekräftigt und auf der Basis einer neuen Taktik geeinigt, ihre seit Jahren fast völlig sistirte Aktion von Neuem beginnen wird.

Das Ministerium Taaffe, das sich angeblich die „Versöhnung" der Nationalitäten, in Wirklichkeit aber die Reaktion auf kirchlichem und wirthschaftlichem Gebiete zur Aufgabe gemacht hat, nachdem die politische durch das „liberale" Ministerium Lasser, genannt Auersperg, so prompt besorgt worden war, hat für die Verjüngung der sozialistischen Arbeiterpartei Ausserordentliches geleistet. Indem es mit brutaler Gewalt die legale Arbeiterbewegung unterdrückt — indem es durch hochmüthiges Ignoriren aller, selbst der gemässigsten Forderungen die Unzufriedenheit provozirt — indem es durch beständig erneuerte Ungesetzlichkeiten die noch vorhandenen Ueberreste von Rechtsbegriffen zerstört, setzt es mit Erfolg die Thätigkeit seiner „liberalen" Vorgänger fort; dadurch aber, dass es sich auch zum Schützer der kirchlichen Verdummung in der schamlosesten Form aufwirft — dass es sich nicht entblödet, sich mit der Bundesgenossenschaft des „hohen" Klerus und Adels zu brüsten und ihnen zu Liebe neue Lasten dem armen Volke aufzulegen, die ohnehin geringe Volksbildung zu beschneiden und die Machtmittel der Polizei- und Militärgewalt zu vermehren, hat es neue vortreffliche Agitationsmittel zur Aufwieglung der Massen geschaffen, die der sozialistischen Partei bisher ungeahnte Verstärkungen zuzuführen vermögen, wenn dieselben rechtzeitig und klug benützt werden. Es unterliegt auch kaum mehr einem Zweifel, dass die vor sich gehende Reorganisation der Partei auch in dieser Hinsicht von Bedeutung werden wird.

So seltsam es für Fernstehende klingen mag, so ist es nichtsdestoweniger wahr, dass bei Beginn der sogenannten „Versöhnungsära" Viele von dem Ministerium Taaffe die Verwirklichung gewisser freiheitlicher und wirthschaftlicher Forderungen der Arbeiter erwarteten, die die „liberale" Regierung unberücksichtigt gelassen hatte. Diese Illusionen dürften heute bereits geschwunden sein. Von einer Regierung, die an Konfiskationswuth selbst das für unerreichbar gehaltene Ministerium Lasser zu überbieten vermag, Pressfreiheit oder auch nur Erleichterungen für die politische Presse zu erwarten — von einer Regierung, die den Briefdiebstahl öffentlich sanktionirt und durch einen Erlass anbefiehlt, Berücksichtigung der Arbeiterinteressen im Sinne der Gerechtigkeit zu verlangen, ist doch mehr als naiv, und wir können nicht glauben, dass selbst die viel gerühmte Gemüthlichkeit der Oesterreicher zu einem solchen Wunderglauben heute noch bereit ist. Aber auch die Partei, auf welche sich das Ministerium Taaffe bei seinem Feldzuge gegen den kirchlichen und wirthschaftlichen Liberalismus stützt, ist nicht im mindesten politisch freisinniger oder arbeiterfreundlicher als die nun abgethane sogenannte Verfassungspartei. Am Besten beweisen dies die Vorgänge im Parlamente anlässlich der Anträge auf Abschaffung des Zeitungsstempels und des objektiven Verfahrens in Presssachen; in beiden Fällen wetteiferten die liberale und die Regierungspartei, solche Bestimmungen ausfindig zu machen, durch welche zwar gewisse, für die Besitzenden liberaler und konservativer Färbung unbequeme Härten beseitigt würden, aber doch die bezweckte Knebelung der Presse jeder anderen Partei erhalten bliebe. Weil es bisher nicht möglich war,

diesen „goldenen“ Mittelweg ausfindig zu machen, blieb es auch beim Alten. Und wie kläglich benahm sich die Majorität bei den von den Abgeordneten R. v. Schönerer und Dr. Kronawetter vorgebrachten vernichtenden Anschuldigungen gegen die Regierung, die die niederträchtigsten Schandthaten der Polizei nicht blos guthiess, sondern sogar befahl. Die Majorität „fand keine Veranlassung“, darüber einen Beschluss zu fassen, sondern ging zur Tagesordnung über.

Bis heute waren es nur die Jungtschechen, welche wenigstens politische Freiheit verlangten; sie waren es auch allein, welche das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht auf ihr Parteiprogramm stellten. Allein man weiss, wie gering der Einfluss ist, den diese Fraktion innerhalb der Majorität des Parlamentes besitzt, und dass sie beständig unter der Herrschaft des tschechischen Vertrauensmännerklubs steht, der wiederum nur den Winken des klerikal gesinnten Adels gehorcht.

Da es keine parlamentarische Partei gibt, die den Willen und die Macht besässe, auch nur die bescheidensten Konzessionen an das gesammte Volk in politischer oder wirthschaftlicher Hinsicht zu machen, so versteht es sich wohl von selbst, dass die sozialistische Partei ausserhalb der durch die „Gesetze“ gezogenen Schranken ihre Ziele verfolgen muss; diese Ueberzeugung drängt sich nachgerade Jedem auf, und die oben erwähnte Thätigkeit der Regierung trägt zur Verbreitung derselben das Meiste bei. Es ist in Oesterreich beim besten Willen nicht mehr möglich, seinen Glauben an die Autorität der Gesetze beizubehalten, und es ist ausser Frage, dass es in kurzer Zeit unter den Arbeitern nur mehr Leute, die überhaupt nichts denken, und solche, die möglichst schlecht von den bestehenden Gesetzen denken, geben wird.

Vereinsauflösungen, Versammlungsverbote und Zeitungskonfiskationen stehen selbstverständlich immer auf der Tagesordnung; dass aber ein Verein deswegen aufgelöst wird, weil er ein ausländisches Blatt abonnirt hat, welchem der Postdebit entzogen war, dürfte immerhin noch den Reiz der Neuheit haben; es geschah dies dem Arbeiterbildungsverein in Klagenfurt wegen des Abonnements auf den Züricher „Sozialdemokrat“. Auch dass Versammlungen, auf deren Tagesordnung die achtjährige Schulpflicht steht, staatsgefährlich sind, dürfte nur in Oesterreich begreiflich sein; wenigstens wurden sie von der österreichischen Polizei aus dem angegebenen Grunde an vielen Orten untersagt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass es in der Absicht der Regierung liegt, den Klerikalen zu Liebe die achtjährige Schulpflicht in eine sechsjährige zu verwandeln und der Kirche wieder die leitende Rolle in der Schule zu übertragen; da sie das nicht auf gesetzlichem Wege thun kann — dazu fehlt ihr die erforderliche Zweidrittelmajorität im Parlamente — sucht sie ihr Ziel auf dem in Oesterreich nicht mehr ungewöhnlichem Verordnungswege zu erreichen. Wie es schon bei der heute bestehenden achtjährigen Schulpflicht mit dem Schulbesuche und Unterrichte aussieht, geht u. A. aus einer Mittheilung der „Allgem. österr. Lehrerzeitung“ hervor, die in Bezug auf die Schulzustände im Isargebirge in Böhmen Folgendes veröffentlichte: „Bei uns besteht als Hauptindustriezweig die Glasindustrie; aber die Löhne sind so niedrig, dass die Schleifer die Hilfe ihrer Kinder, die kaum mit 1 fl. per Woche bezahlt wird, nicht entbehren können, wenn

sie nicht grossen Mangel leiden sollen. Auf der einen Seite droht das Gespenst der Tuberkulose, die sich infolge des feinen Glasstaubes frühzeitig in den jugendlichen Lungen einnistet, auf der anderen Seite der Hunger. Ist es da zu verwundern, wenn ein Lehrer bei zirka 70 Schülern täglich 10—20 unentschuldigte Absenzen verzeichnen muss? ‚Ich musste sprengen' (die rohen Glasstangen), ‚ich in die Schleifmühle gehen', ‚ich anreihen' (die Glasperlen), ‚stipfen' (ausschleifen). ‚Es war sehr kalt, und ich hatte keine Schuhe', das sind die Antworten, die der Lehrer jeden Tag hören muss und doch muss er die Armen anzeigen, weil das keine gesetzlichen Entschuldigungsgründe sind; doch weiss er, dass die Schulbehörden diesem Elende gegenüber nicht strafen wollen und können. Hier gibt es nur ein Mittel: Verbesserung der Lage des Arbeiters. Die reichen Fabrikbesitzer mögen Hand und Herz aufthun, d. h. bessere Löhne zahlen, wenn sie das arme verzweifelte Volk nicht der Sozialdemokratie in die Arme treiben wollen."

Diese Aeusserungen eines, wie der Schlusssatz zeigt, der Sozialdemokratie keineswegs günstig gestimmten Kenners der österreichischen Schulzustände bedürfen wohl keines Kommentars, um zu beweisen, dass die Schulfrage von der sozialen Frage überhaupt nicht zu trennen ist, und dass es die bestehende Ausbeutung und Degenerirung der Kinder fördern heisst, wenn man die achtjährige Schulpflicht reduziren will. Einer Regierung, die auf solche Weise mithilft, den geistigen und körperlichen Ruin der arbeitenden Volksklassen herbeizuführen, erscheint natürlich das Bestreben der Arbeiter, sich gegenseitig in Versammlungen über die Folgen eines derartigen Vorgehens und über die zweckmässigste Art des Widerstandes zu belehren, „staatsgefährlich", d. h. gefährlich für den Staat, der auf Ausbeutung und Verdummung der Massen beruht.

Dass eine solche Regierung die rein sozialistischen Bestrebungen mit noch grösserem Hasse verfolgen muss, ist klar; die Verfolgungen, die sich, während wir diese Zeilen schreiben, immer noch steigern, sind der zuverlässige Gradmesser des bornirten Hasses, von dem die Regierenden in Oesterreich gegen die sozialistischen Ideen und deren Vertreter erfüllt sind. Beinahe kein Tag vergeht, ohne Verhaftungen und Hausdurchsuchungen; Prozesse und Ausweisungen folgen einander auf dem Fusse.

So verurtheilte man in Wien, um einige besonders merkwürdige Fälle anzuführen, den Genossen Prager nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft, wie das in Oesterreich auch bei den geringsten Fällen üblich ist, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, indem man ihn aller „Verbrechen" und „Vergehen" für schuldig erklärte, die angeblich durch den Inhalt der verbreiteten Druckschrift begangen worden waren. Man wird zugeben müssen, dass diese Methode, „Verbrecher" zu fabriziren, wenn auch nicht neu, so doch für alle Reaktionäre nachahmenswerth ist. In Wien waren es „Geschworene", die sich zu Schergen einer solchen Justiz hergaben und den verlangten Schuldspruch thaten; überrascht war dadurch allerdings Niemand, der den Geisteszustand der sogenannten Gebildeten in Wien kennt. Volksklassen, die ihre geistige Nahrung aus den Redaktionszimmern des „Kikeriki", „Hans Jörgel", „Extrablatt" u. s. w. beziehen, sind zu jedem Memmendienste bereit. Ebenso feige benahm sich die Jury in dem Prozess gegen Franz Schneider, der wegen Korrespondenzen für die Londoner

„Freiheit", in deren einer er besonders den Chef der Wiener Staatsanwaltschaft angegriffen hatte, angeklagt worden war. Derselbe Graf Lamezan, gegen den in der erwähnten Korrespondenz die schwersten Beschuldigungen erhoben wurden, wagte es, den angeblichen Verfasser jener Korrespondenz anzuklagen, und obwohl selbst Angeklagter vor dem Richterstuhle der öffentlichen Moral, die Verurtheilung seines Anklägers zu beantragen. In einem anderen Staate, der sich „Rechtsstaat" nennt, würde man eine solche von Hass und Leidenschaft eingegebene Anklage mit Entrüstung zurückgewiesen und wenigstens verlangt haben, dass ein unparteiischer Staatsanwalt dabei fungire; allein in der Stadt, die an Servilismus und Speichelleckerei alle anderen Grossstädte des Kontinents weit hinter sich lässt, machen sich die Richter nicht die geringsten Skrupel, die Rolle von Henkersknechten im Dienste eines moralisch verkommenen Menschen zu spielen, und die Geschwornen sprachen ohne Zaudern ihr Ja zu einem Antrag, der Gesetz und Recht Hohn sprechend, nur von der blinden Wuth des beleidigten Staatsanwaltes diktirt war.

Einen erfreulichen Gegensatz hierzu bildete der Wahrspruch der Jury in Krakau, welche eine Anzahl Sozialisten, die wegen sozialistischer Propaganda angeklagt waren, trotz des masslos geübten Terrorismus seitens der Regierungsorgane und der schamlosesten Verleumdungen, zu deren Echo sich die Regierungspresse hergab, freisprachen. Dieser Prozess lieferte wahrhaft erschreckende Beweise von der bodenlosen Niedertracht der österreichischen Justiz. Die Behandlung, die den Inhaftirten während der Untersuchungshaft zu Theil wurde, war eine so raffinirt grausame, wie man sie bisher nur in den barbarischsten Staaten für möglich hielt. Nicht genug an dem, verstieg sich die österreichische Staatsanwaltschaft soweit, Verzeichnisse von Sozialisten in Russisch-Polen, die sie bei einer Hausdurchsuchung vorfand, an die russischen Behörden einzuschicken, und durch diesen ganz grundlosen brutalen Gewaltakt mehrere Personen, die ausserhalb des österreichischen „Rechtstaates" lebten und sich in gar nichts gegen die österreichischen Gesetze vergangen hatten, den russischen Justizhenkern in die Hände zu liefern.

Dass die österreichischen Behörden sich wohl bewusst waren, welche traurige Rolle sie bei diesem Prozesse spielten, geht daraus hervor, dass sie sogar eine Broschüre verboten, welche nichts als den stenographischen Wortlaut der dabei gehaltenen Vertheidigungsrede des Dr. Rosenblatt enthielt.

Im Parlamente fanden anlässlich der Budgetdebatte im Frühling 1880 die politischen Zustände Oesterreichs eine treffende Illustration durch zwei Reden, welche die Abgeordneten R. v. Schönerer und Dr. Kronawetter im Abgeordnetenhause hielten. Die genannten Abgeordneten enthielten sich fast jeder Kritik und suchten nur durch objektive Mittheilung authentischer Thatsachen den Beweis zu erbringen, dass für die weitaus überwiegende Mehrheit der österreichischen Staatsbürger die durch die Verfassung „verbürgten" Rechte und Freiheiten thatsächlich ausser Kraft gesetzt sind. Die Mittheilungen der beiden Abgeordneten übten zwar auf viele sogenannte Volksvertreter, die bisher durch die Jagd nach Orden, Titeln und Verwaltungsrathstellen verhindert waren, sich um das durch sie angeblich ver-

tretene Volk zu kümmern, eine verblüffende Wirkung aus, aber der Erfolg war dennoch nur ein moralischer, denn das Haus der Abgeordneten ging über die von den beiden Rednern gestellten Anträge zur Tagesordnung über. Versammlungs- und Vereinsrecht, Pressfreiheit, Briefgeheimniss etc. bleiben demnach wie bisher „verbürgte" Rechte, zu deren Verletzung sich jede Behörde berufen glaubt, sobald es Sozialisten betrifft. Erst vor Kurzem gelangte ein Erlass des Ministers des Innern, Grafen Taaffe, in die Oeffentlichkeit, welcher die betreffenden Behörden auffordert, ein scharfes Augenmerk auf jene Briefe und Postsendungen zu richten, von denen man „vermuthet", dass sie stempelpflichtige ausländische Zeitungen enthalten. Selbst die „N. Fr. Presse" sah sich durch diesen Erlass gezwungen, das öffentliche Zugeständniss zu machen, dass die konstitutionellen Rechte in Oesterreich durch die Willkür der Verwaltungsbehörden ohne Scheu kassirt werden.

Oesterreich, insbesondere Wien, war seit einem Jahre der Schauplatz abwechselnder Festlichkeiten und Vorbereitungen zu neuen Festen; fast alle diese Feste hatten den scheinbaren Zweck, der Dynastie Huldigungen darzubringen und ihr den Beweis zu liefern, dass die Völker noch immer in „treuer Liebe" zu ihr stehen. Wer im Auslande von dem unaufhörlichen Festjubel in Oesterreich las, konnte zu dem Glauben kommen, dass hier wirklich noch Ueberfluss an Loyalität vorhanden sei. Hinter den Koulissen sieht die Sache jedoch ganz anders aus. Die Entrepreneure der Festlichkeiten waren meist Leute, die nichts als den Ruf grenzenloser Eitelkeit und einer krankhaften Sucht nach Orden haben; diese Leute fanden, was durchaus nicht zu verwundern ist, mit ihren schmeichelnden Lockrufen an „oberster" Stelle geneigtes Gehör und nun war es nicht schwer, mit Hilfe der zu jeder Schweifwedelei bereiten Wiener Presse und mit Inanspruchnahme von öffentlichen Geldern, die zu solchen Zwecken immer anstandslos verausgabt werden dürfen, eine Reihe von Festlichkeiten zu Stande zu bringen, zu denen Eitelkeit und Vergnügungssucht Theilnehmer und Publikum in Massen herbeibrachten.

Es wäre nichts unrichtiger, als aus der zahlreichen Theilnahme an diesen Festlichkeiten Schlüsse in Bezug auf die monarchische Gesinnung der Bevölkerung zu ziehen; man muss die Wiener Bevölkerung kennen, um diese Erscheinungen in ihrer wahren Bedeutung zu würdigen. Sie waren nichts anderes als Schaustücke für den vergnügungssüchtigen Wiener, den nur die Noth zum Denken zu bringen vermag; die Regierung, welche den sichtbaren Zweck verfolgt, durch solche Festlichkeiten den politischen Sinn der Bevölkerung und ihren Blick für die traurigen sozialen Verhältnisse zu trüben, wird bald die Erfahrung machen, wie wenig andauernd die Wirkung ist, und sie wird zur Ueberzeugung kommen, dass der nach dem Festestaumel eintretende Katzenjammer gefährlicher ist, als der Zustand politischen Erwachens vorher war, vor dem sie sich so sehr entsetzte.

Schon das am 22. August d. J. in stattgefundene Volksfest zur Feier des fünfzigjährigen Geburtstages des Kaisers verlief nicht ohne Gegendemonstration seitens der sozialistischen Partei; freilich gelang es der Polizei, durch ihr Machtaufgebot jede Massenansammlung zu verhindern, da die Sozialisten aus wohlerwogenen Gründen jeden gewaltsamen Zusammenstoss zu vermeiden beschlossen hatten. Aber es konnte nicht verhindert werden,

dass Tausende von Flugschriften vertheilt und eine hochgradige Aufregung in den Arbeitervierteln Wiens hervorgerufen wurde. Seitdem folgten Verhaftungen auf Verhaftungen, und obwohl Viele wieder freigelassen werden mussten, die erwiesenermassen unbetheiligt waren, so befinden sich doch in dem Augenblicke, da wir dies schreiben, allein in Wien wegen Verbreitung verbotener Druckschriften 32 Personen in Haft.

Die Flugschrift, welche bei dem Volksfeste in Wien zur massenhaften Verbreitung gelangte, wies in populärer Sprache auf das Widersinnige von Festlichkeiten hin, die inmitten einer Zeit allgemeiner Noth zu Ehren eines Monarchen abgehalten werden, dessen Regierung im günstigsten Falle ein leeres Blatt in der Geschichte der österreichischen Völker darstellt. In grellem Kontraste zu diesen Festlichkeiten mussten die Elementarschäden erscheinen, die durch Hochwasser herbeigeführt wurden, deren verheerende Wirkungen nur durch die grenzenlose Nachlässigkeit der Regierung in Bezug auf Flussregulirung und öffentlichen Verkehr ermöglicht wurden.

Wir können heute mit Recht behaupten, dass gerade die fortschreitende Reaktion in Oesterreich die soziale Bewegung wachsen gemacht hat; die Agitationsmittel der Partei entziehen sich heute freilich einer öffentlichen Besprechung, da sie fast nur mehr auf geheime Propaganda angewiesen ist. Aber gerade in dieser Letzteren macht sie immer grössere Fortschritte, trotz der rastlosen Hetze, die von den Organen der Polizei gegen sie ausgeführt wird. Noch im Monate September wurde in Graz der Versuch gemacht, durch Gründung eines neuen Blattes — die „Freiheit“ — für die sozialistischen Ideen in den südlichen Provinzen öffentliche Propaganda zu machen; allein die Statthalterei übte auf die Druckereien in Graz eine derartige Pression aus, dass sich sämmtliche weigerten, den Druck des Blattes zu übernehmen. Das Erscheinen desselben in Graz wurde dadurch unmöglich gemacht und selbst Diejenigen, die noch immer für irgend welche legale Agitation schwärmten, auf den Weg der geheimen Propaganda und der Revolutionirung der Massen gedrängt. —r.

Schweiz.

Nach altgermanischer Sitte halten alljährlich, zum Theil am letzten Sonntag im April, zum Theil am ersten Sonntag im Mai die Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus und Appenzell (Ausser- und Inner-Rhoden) ihre Landsgemeinden ab, wo das Volk unter freiem Himmel die Landesbehörden wählt und über Gesetze etc. abstimmt. So fest auch das Volk dieser Kantone an dieser altehrwürdigen demokratischen Einrichtung hält, und so leicht es ihm durch dieselbe gemacht ist, seinen Interessen staatliche Geltung zu verschaffen, so selten benützt es diese Gelegenheit. An der Urner Landsgemeinde ist der Jüngling schon mit 17 Jahren stimmberechtigt, aber — wo die ökonomischen Verhältnisse noch zurückgeblieben sind, vermag auch die Betheiligung der frischen Jugend dem öffentlichen Leben keine lebhaftere Bewegung zu geben.

Trotzdem würde man sehr fehl gehen, würde man diesen gewöhnlich sehr konservativ auftretenden Bevölkerungen ein offenes Auge für soziale Schäden absprechen. Waren es doch gerade die bäuerlichen Urkantone, die bei der Abstimmung über das eidgenössische Fabrikgesetz mit sehr grossen Mehrheiten für dasselbe einstanden und ihm zur Mehrheit verhalfen.

So hatte auch die diesjährige Landsgemeinde von *Uri* am ersten Sonntage im Mai eine Arbeiterfrage zu behandeln. Die Bauunternehmer an der Gotthardbahn hatten nämlich einen sehr eigenthümlichen Zahlungsmodus aufgestellt. Sie zahlten ihren Arbeiter nur alle Monate einmal aus und gaben ihnen in der Zwischenzeit Vorschuss in Marken und Gutscheinen, die nur mit einigen Prozenten Abzug wieder eingelöst wurden. Dieser Zahlungsmodus sollte die Arbeiter zwingen, ihren Bedarf aus den Magazinen der Unternehmer zu beziehen, schädigte folglich sowohl die Arbeiter, als die einheimischen Krämer. Gegen dieses Unwesen erhoben sich einige Stimmen in der Presse.

In fortgeschritteneren Gegenden ist man gewohnt, dass die Zeitungen manches Jahr gegen solche Missstände ankämpfen können, ohne etwas zu erzielen, im „zurückgebliebenen“ Kanton Uri ging die Sache etwas urwüchsiger. Dort besteht die Initiative (das Gesetzesvorschlagsrecht) in der uralten Form des „Siebengeschlechtsbegehrens“, d. h. wenn sieben Bürger aus verschiedenen Geschlechtern (Familien) einen Gesetzesvorschlag einbringen, so muss er der Landsgemeinde zum Entscheid vorgelegt werden. Es wurde nun ein solches Siebengeschlechtsbegehren eingebracht, dahin gehend, dass die Ausbezahlung von Arbeitslöhnen in Marken und Gutscheinen verboten sei und den Arbeitern bei vierwöchentlicher Lohnzahlung Kreditbüchlein verabfolgt werden müssen. Die Landsgemeinde nahm das Begehren an und der Unfug war beseitigt. Probatum est.

Läuft erst einmal die Gotthardbahn durch den Kanton Uri, und hält die kapitalistische Produktion dortselbst ihren Einzug, dann werden die „fryen Landlüt“ an der Landsgemeinde auch weitere sozialökonomische Fragen zu behandeln haben, und sie werden dieselben gewiss frischer anpacken, als die schweizerischen Fabrikarbeiter, die durch generationenlange Fabrikbeschäftigung abgestumpft worden sind.

Lebhaftere Kämpfe in dieser Beziehung hat schon die Landsgemeinde des Kantons *Glarus* gesehen. In diesem Kanton spielt die Industrie eine bedeutende Rolle und existirt eine zahlreiche Arbeiterklasse, die, wenn einig, an der Landsgemeinde ein massgebendes Wort reden kann. Eine solche Einigung der Arbeiter, herbeigeführt durch verschiedene Umstände, führte an der Landsgemeinde vom 29. September 1872 dahin, dass ein Fabrikpolizeigesetz mit dem elfstündigen Normalarbeitstag für Erwachsene, trotz des heftigsten Widerstands der Fabrikanten, angenommen wurde. Seitdem haben die vereinigten Arbeiter des Kantons Glarus fast an jede Landsgemeinde Anträge gestellt, nur waren sie damit — weil nicht immer gleich einig — auch nicht immer gleich glücklich.

Auch auf der Frühlings-Landsgemeinde dieses Jahre hatten die Arbeiter- und Grütlivereine einige Anträge gestellt. Der eine derselben war zwar nur demokratischer Natur und betraf die Wahl der Forstpolizei-Kommission durch die Landsgemeinde, statt wie bisher durch den Landrath; er rief

aber eine sehr aufgeregte Debatte in der Landsgemeinde hervor. Trotzdem sich Landammann, Landesstatthalter und andere Männer in hervorragender Stellung auf das entschiedenste dagegen aussprachen und nur einige Sozialdemokraten für den Antrag eintraten, erhielt derselbe beim „Scheiden" (Abstimmen) ein grosses Mehr. Ueber das Schicksal des anderen Antrages: Unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel, ist uns kein Bericht zugekommen.

Bei der föderativen Vielgestaltung der Schweiz finden jedes Frühjahr Wahlen der verschiedensten Art statt, und ist unseres Wissens der Kanton Genf der einzige, der seine Wahlen im November hält. Die meisten Wahlen finden im April oder Mai statt. Eine eigenthümliche Erscheinung zeigte sich in diesem Jahre bei den Grossrathswahlen im Kanton Neuenburg und zwar in Chauxdefonds. Schon seit Jahren bekämpfen sich im Kanton zwei Parteien, die „radikale", welche die Mehrheit hat, und die „liberalkonservative", welche in der Opposition steht. Obgleich diese Parteien wesentlich nicht um Prinzipien, sondern nur um die Herrschaft kämpfen, bringt es der Charakter der Oppositionspartei als solcher mit sich, dass sich in ihr neben Aristokraten und ehemaligen Royalisten (Neuenburg war bekanntlich preussisch) auch demokratische, ja sogar sozialistische Elemente befinden, und dass die Partei schon wiederholt mit demokratischen Forderungen Propaganda gemacht hat.

Kurz vor dem Wahltage tauchte nun in Chauxdefonds eine Bewegung auf, die einen Arbeiter-Charakter hatte. Es wurde eine „Versammlung der Unzufriedenen" einberufen, die von 12—1500 Personen besucht war, und an welcher von mehreren Arbeiter-Rednern verschiedene demokratische und soziale Reformen gefordert wurden. Diese Forderungen wurden auch durch einen Redner der „liberal-konservativen" Partei warm unterstützt, nämlich den Dr. P. Coullery, der seiner Zeit Mitglied der Internationalen war, und sich auch heute noch als Sozialist bekennt. Es wurde eine Wahlliste aufgestellt, die sich derjenigen der „liberal-konservativen" Partei näherte, da letztere auch die Hauptredner der „Unzufriedenen" auf ihre Liste nahm. Bei der Wahl siegten aber die Radikalen.

Hier zeigte sich wieder einmal, wie sehr ein weiteres Umsichgreifen einer sozialdemokratischen Bewegung in der französischen Schweiz dadurch gehemmt ist, dass ihr gar keine der französichen Sprache mächtigen agitatorischen Kräfte zur Verfügung stehen, da Diejenigen, welche zu einer Agitation befähigt wären, „Anarchisten" sind. Bei einiger Nachhülfe durch Agitation hätte aus dieser Bewegung der „Unzufriedenen" sehr leicht eine sozialdemokratische Bewegung gestaltet werden können, eine Bewegung, wie sie diesem Industrie-Zentrum angemessen gewesen wäre. Diese Agitation konnte aber nicht geleistet werden, und so verlief die Bewegung der „Unzufriedenen" resultatlos.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir noch eines Vorkommnisses erwähnen. Im Bezirk Courtelary (St. Immerthal) fand im Juli eine Ersatzwahl in den Grossen Rath des Kantons Bern statt. Die „Anarchisten", welche in diesem Bezirk ihre tüchtigsten Leute haben, beschlossen, sich an der Wahl zu betheiligen, und zwar auf die Weise, dass sie dafür agitirten, man solle auf die Stimmzettel anstatt zweier Namen, die Forderung „La Commune"

schreiben. Da nun die Idee „La Commune" in den Grossen Rath des Kantons Bern nicht wählbar ist, war vorauszusehen, dass die damit beschriebenen Zettel nur als „ungültig" aufgezählt werden konnten und zwar neben solchen, die bei jeder Wahl aus verschiedenen Gründen als „ungültig" erklärt werden. Es hatte daher dieses Eintreten in die Wahlbewegung nicht einmal den Werth eines Stimmenzählens; auch mag es wohl ernsten Leuten nicht eingeleuchtet haben, ihr Bürgerrecht in einer „ungültigen" und unzählbaren Weise auszuüben — item, das Resultat war ein Fiasko. Von 2380 Stimmberechtigten gingen nur 785, also nicht einmal ein Drittel, zur Urne, und von letzteren gab es 139 „Ungültige". Mit einer sozialistischen Kandidatenliste wäre in diesem Bezirk ein ganz anderes Resultat erzielt worden.

Da rief die Betheiligung der Sozialdemokraten an Gemeindewahlen im Kanton Zürich ein anderes Leben hervor, und wenn auch kein sozialistischer Wahlsieg zu verzeichnen ist, so war doch die Wahlagitation sehr lebhaft und wird für fernerhin ihre Früchte tragen. In der Gemeinde Aussersihl (Vorstadt von Zürich und grösste Arbeitergemeinde des Kantons) war zwischen Demokraten und Sozialdemokraten eine Wahlliste vereinbart worden. Für die wichtigen Stellen des Gemeindammanns und des Friedensrichters, sowie noch für einige andere Posten waren Sozialdemokraten aufgestellt. Die Wahlbetheiligung war eine ganz unerhörte, allerdings siegten die „Liberalen", aber mit kleinem Mehr und durch unerlaubte Mittel. Die auf der Wahlliste befindlichen Sozialdemokraten erhielten über ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Aehnlich erging's in Oberstrass bei Zürich. In Töss führte die Beseitigung eines Fabrikantendieners aus dem Gemeinderath zu Massregelungen gegen Mitglieder des Arbeitervereins, die aber zurückgenommen werden mussten, weil das kantonale Arbeiterkomite sofort in einem energischen Aufruf für die Gemassregelten eintrat.

Ist nun also auch von Wahlerfolgen nichts zu melden, so darf doch konstatirt werden, dass die Wahlen zur Propaganda benützt wurden, und dass sie den Gegnern das Vorhandensein der Sozialdemokratie gezeigt haben.

* * *

Von grossem Interesse ist ein Versuch, der in Genf unternommen wurde. Wenn er auch nicht sozialökonomischer Natur ist, so betrifft er doch ein Gebiet, auf welches das Programm der Sozialdemokratie ebenfalls verweist. Wir meinen die Trennung der Kirche vom Staat.

Die konfessionellen Verhältnisse des Kantons Genf sind äusserst interessant. Genf führt von den Zeiten Calvins her den Namen des protestantischen Roms, weil der fanatische Reformator der Genfer Nationalkirche den gleichen Geist der Unduldsamkeit einhauchte, den auch die römische Kirche athmet. Dass dies möglich war, begreift man nur aus der politischen Stellung dieser kleinen Republik, die Jahrhundertelang eingekeilt zwischen gierige Nachbarn nur auf die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit denken musste. Die konfessionelle innere Einheit und Absonderung nach Aussen war nur das Spiegelbild ihrer politischen Stellung. Diese Stellung aber änderte sich, als Genf im Jahre 1814 definitiv als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft erklärt wurde und noch einen Theil

savoyischen Gebietes zugetheilt erhielt. Damit erhielt es einen nicht unbeträchtlichen Prozentsatz katholischer Bevölkerung, der sich seither noch durch Einwanderung und Einbürgerung vermehrte.

Zu politischer Bedeutung gelangte diese katholische Bevölkerung durch die Politik James Fazy's, jenes merkwürdigen Genfer Staatsmannes, der als „Radikaler“ im Kampf gegen die altgenfer „Independenten“ dieses bewegliche katholische Element benützte und es hätschelte.

Dabei erstarkte dasselbe und versuchte, eine selbstständige Rolle zu spielen. Damit änderte sich die Szene. James Fazy's Politik hatte schon vorher ausgespielt, — nun begann auch im Kanton Genf der „Kulturkampf“.

Schreiber dieses theilt vollkommen die Ansichten, welche die Sozialdemokratie Deutschlands über den „Kulturkampf“ äusserte, aber um gerecht zu sein, muss er sagen, dass die Genfer „Radikalliberalen“, als deren Typus der greise Carteret zu betrachten ist, in einer Beziehung den Kampf so konsequent und energisch geführt haben, dass man Achtung haben muss: im Schulwesen. Hier wurde in der That so Grosses geleistet, dass das jetzige Genfer Schulwesen wahrscheinlich einzig in der Welt dasteht. Die Versuche dagegen, eine altkatholische „Nationalkirche“ zu bilden, verliefen in Genf genau so kläglich wie überall, und hierin liegt wohl der Hauptgrund, dass die „radikalliberale“ Partei bei den Grossrathswahlen vor zwei Jahren unterlag und auch bei den Staatsraths- (Regierungsraths-) wahlen im letzten Jahre nur noch die Hälfte der Sitze behielt.

Die Mehrheit des neuen Grossen Rathes (der übrigens im November d. J. durch Neuwahl ersetzt wird) war ein höchst kurioses Parteikonglomerat aus Aristokraten, Konservativen, Ultramontanen, Liberalen und sogar einigen Demokraten bestehend. Seine zwei Hauptthaten sind: Die Einführung eines (allerdings sehr verkümmerten) Referendums (Volksabstimmungsrechtes über Gesetze) und ein Gesetzesentwurf über die Abschaffung des Kultusbudgets. Dieser Gesetzesentwurf wurde jedoch nur mit knapper Mehrheit vom Grossen Rathe angenommen; von prinzipiellem Werth sind nur die ersten beiden Artikel, die hier zitirt werden sollen:

> „Art. 1. Die Kultusfreiheit ist gewährleistet. Der Staat und die Gemeinden besolden keinen Kultus, und Niemand kann gezwungen werden, an die Ausgaben für einen Kultus einen Beitrag zu entrichten.
>
> „Art. 2. Personen, die sich zur Ausübung eines Kultus versammeln, sind gehalten, sich den allgemeinen Gesetzen des Bundes und des Kantons, sowie den Polizeivorschriften über die äussere Ausübung von Kultushandlungen zu unterziehen.
>
> „Mit Zustimmung des Grossen Rathes können Religionsgenossenschaften sich als Stiftungen konstituiren und in dieser Eigenschaft Geschenke und Vergabungen empfangen, aber ohne eine spezielle Ermächtigung des Grossen Rathes dürfen sie kein Eigenthum an Immobilien besitzen, ausgenommen an Kirchengebäuden, Pfarrhäusern und deren Dependenzen.“

Gegen diesen Gesetzesentwurf erhob sich von „radikalliberaler“ Seite eine stürmische Agitation unter dem Rufe: „Festhalten an der Nationalkirche, sonst geht unsere Genfer Nationalität unter.“ Ein solcher Ruf

mochte vor hundert Jahren allenfalls noch am Platze sein, heute kann er, bei aller Anerkennung der schönen Seiten der Genfer „Nationalität“, als nichts anderes bezeichnet werden, denn als — Krähwinkelei. Aber trotz alledem siegte die Genfer „Nationalität“ und der vernünftige Gesetzesentwurf wurde am 4. Juli mit 9306 gegen 4064 Stimmen verworfen. Der Sieg wurde u. A. auch damit gefeiert, dass man den sozialistischen Grossrath Lichtenberg als „Allemand“ gröblich insultirte. Hoffentlich vergeht nicht „manches Jahr“, bis die Idee wieder aufmarschirt und das Volk anders denkt und stimmt.

Unter dem Tumult dieser Agitation konnte der Grosse Rath eine reaktionäre Einschränkung des Stimmrechts für Niedergelassene und Aufenthalter durchführen, ohne dass dagegen ein energischer Protest erhoben worden wäre. Früher stand der Kanton Genf bezüglich des Stimmrechts in der ersten Reihe, nun steht er weit hinter dem Kanton Zürich. In letzterem erlangt jeder Schweizerbürger nach dreimonatlichem Aufenthalt ohne Weiteres die Niederlassung und das Stimmrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten — in Genf nunmehr erst nach einem Jahre, wodurch ein grosser Theil der Arbeiter aus anderen Kantonen vom Stimmrecht ausgeschlossen ist. Merkwürdig, dass die sonst so sehr eifrigen Genfer Sozialdemokraten dies so ruhig hingehen liessen.

Wenn wir in unserem letzten Berichte sagten, die Agitation gegen das Fabrikgesetz habe bis zur Abfassung desselben zu keinen bedrohlichen Dimensionen geführt, so sollte dies bald anders werden. Im Juni wurde bekannt, dass von Seiten einiger Fabrikanten-Vereine, nämlich des „Aktionskomité“ von St. Gallen, des schweizerischen Spinner- und Webervereins und des aargauischen Industrie- und Handelsvereins eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet worden sei, um Revision des Fabrikgesetzes. Die Redaktion der „Tagwacht“ ergriff nun sofort die Initiative und forderte zu einer Delegirten-Versammlung nach Zürich auf. Diese Einladung fand sofort die nöthige Unterstützung, und so fand denn diese Delegirten-Versammlung Sonntag, den 27. Juni im Lokale des Grütlivereins Zürich statt.

Die Versammlung war von den Zentralbehörden des Grütlivereins und des Arbeiterbundes beschickt und liess sich eine grössere Zahl von Vereinen noch speziell vertreten, ausserdem gingen eine Anzahl Zuschriften ein. Nach Referaten der Genossen Greulich und Kautsky gelangte folgende Resolution zur Diskussion:

Resolution.

„Die heute den 27. Juni 1880 im Lokal des Grütlivereins Zürich tagende Delegirten-Versammlung, vertretend die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz, erklärt:

„1. Die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz steht einmüthig für die Aufrechterhaltung des Fabrikgesetzes ein, sie wird alle Kräfte aufbieten, um diese durch schwere Kämpfe errungenen Schutzbestimmungen, die ja nur als „Abschlagszahlung“ an die Arbeiterschaft betrachtet wurden, und die zudem auf dem Versprechen des Art. 34 der Bundesverfassung beruhen, sich nicht wieder entreissen zu lassen.

„2. Die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz richtet an die eidgenössischen Behörden das entschiedene Begehren nach Erlass einer genauen und strengen Vollziehungsverordnung zur Ausführung des Fabrikgesetzes. Sie hält dafür, dass das Gesetz, welches die Arbeiter schützt, gerade so streng durchgeführt werden soll, wie die Gesetze, welche den Arbeitern Pflichten als Bürger auferlegen.

„3. Die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz richtet ferner an die eidgenössischen Behörden das entschiedene Begehren nach Erlass eines Haftpflichtgesetzes für alle gewerblichen Arbeiter, damit der leichtsinnigen Gefährdung von Gesundheit und Leben der Arbeiter bei der Arbeit ebenso vorgebeugt werde, wie es im Haftpflichtgesetz für Eisenbahnen geschehen ist.

„4. Die organisirte Arbeiterschaft der Schweiz richtet ferner an den Bundesrath das Gesuch, in Verhandlungen mit den Regierungen anderer industrieller Länder zu treten, um eine internationale Fabrikgesetzgebung anzubahnen, sei es auf dem Wege einer Konvention, wie der Genfer Konvention zur Pflege der Verwundeten im Kriege, oder sei es auf dem Wege eines Vertrages, wie des Weltpostvertrages.

„5. Die heutige Versammlung ersucht das Bundeskomite des Arbeiterbundes und das Zentralkomite des Grütlivereins, gemeinsam eine Eingabe an die eidgenössischen Behörden zu richten und eine gemeinsame Agitation in allen Theilen der Schweiz zu organisiren. Zu den Versammlungen sollen jeweilen die eigenössischen Repräsentanten der betreffenden Wahlkreise eingeladen werden, um sich über ihre Stellung zu den erwähnten Fragen und den Begehren der organisirten Arbeiter auszusprechen."

Nach lebhafter, zum Theil sehr begeisterter Diskussion wurde diese Resolution einstimmig angenommen und die weitere Aktion in die Hände der Zentralbehörden von Grütliverein und Arbeiterbund gelegt. Die Vereine aber haben sich nicht nur auf das Zentrum verlassen, sondern selbst Hand an's Werk gelegt. Eine grössere Zahl von Versammlungen hat bereits stattgefunden, einzelne, wie die zu Chur und Herisau, haben besondere Eingaben an ihre resp. Kantonsregierungen abgehen lassen, alle Versammlungen aber haben sich im Sinne der Zürcher Resolution ausgesprochen.

Ist nun auch momentan die Fabrikgesetz-Agitation durch die grosse Frage der Bundesrevision (siehe weiter unter) etwas in den Hintergrund gedrängt, so wird sie doch bald wieder um so lebhafter hervortreten. Einstweilen hat sie immerhin schon einige Wirkung gethan. Die vom Bundesrath angefragten Kantonsregierungen haben sich meistentheils gegen eine Revision des Fabrikgesetzes ausgesprochen, es kann also wohl sein, dass eine solche unterbleibt. Der Schwerpunkt der ferneren Agitation wird darin liegen, dass das Fabrikgesetz nicht nur bestehen bleibe, sondern auch streng ausgeführt werde, und dass weitere Kreise für die Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung gewonnen werden.

Ein Haftpflichtgesetz ist im Entwurf, aber noch nichts davon in die Oeffentlichkeit gelangt; es verlautet, dass im Entwurf der im Fabrikgesetz vom Arbeitgeber geforderte Nachweis des Verschuldens durch den Arbeiter selbst

oder durch höhere Gewalt bei einem Unfall nun im umgekehrten Sinne dem Arbeiter zugeschoben werde. Bei der Zusammensetzung der vom Bundesrath ernannten vorberathenden Kommission (die in der Mehrzahl aus Fabrikanten und zum Theil aus heftigen Gegnern des Fabrikgesetzes besteht) ist dies nicht unwahrscheinlich. Man wird übrigens bald genug die Wahrheit erfahren und entspricht dieselbe diesem Verlauten, dann dürfte die Agitation der Arbeitervereine um so lebhafter werden.

Wir kommen nun auf die Frage zu sprechen, welche seit dem 3. August die grösste Aufmerksamkeit aller schweizerischen Kreise für sich in Anspruch nimmt. Die im letzten Bericht in ihren Anfängen und ihrem theilweisen Verlauf geschilderte Bewegnng für das Banknoten-Monopol ist am 3. August dadurch in ihr zweites Stadium getreten, dass Herr Nationalrath Dr. Joos die Unterschriften, welche die Zahl von 56,000 überschritten hatten, der Bundeskanzlei ablieferte und diese bei der Revision derselben konstatirte, dass über 52,000 gültige Unterschriften eingeliefert worden seien. Die Freude aller Theilnehmer der Bewegung über dieses Resultat war um so grösser, als die Sammlung der Unterschriften bei den so gering zu Gebote stehenden Mitteln sehr mühsam war und zum ersten Mal seit dem Bestehen einer Bundesverfassung (also seit 1848) ein solches Revisionsbegehren zu Stande gekommen ist.

Der Bundesrath berief nun die eidgenössischen Räthe zu einer ausserordentlichen Sitzung auf den 13. September ein und stellte ihnen den Antrag, dem Volke die Frage der Totalrevision vorzulegen. Dies rief unter allen Theilnehmern an der Monopolbewegung eine grosse Entrüstung hervor. Herr Theodor Curti wies in der „Züricher Post“ des gründlichsten nach, dass der Wortlant der Verfassung es durchaus nicht verlange, dass gegenüber einem Begehren anf Partialrevision die Frage der Totalrevision an's Volk gestellt werden müsse, ja er zeigte durch das Protokoll der Tagsatzung, welche die Verfassung von 1848 ansgearbeitet, dass diese Versammlung damals ausdrücklich der Meinung gewesen sei, die Verfassung könne unter den gleichen Bedingungen ganz oder theilweise revidirt werden. Aber nichts half.

Die eidgenössischen Räthe erklärten, trotz den nachhaltigsten Einreden einer Reihe von Rednern, sich zur Ansicht des Bundesrathes nnd stellten mit grossen Mehrheiten dem Volke die Frage der Totalrevision.

Nun änderte sich die Situation. Es handelte sich nicht mehr blos um das Banknoten-Monopol, sondern um ein von den Räthen aus der Verfassnng herausinterpretirtes Volksrecht und nm die Thatsache, dass die Räthe die ganze Verfassung in Frage stellten, um die Privatwirthschaft im Banknotenwesen zu retten. Es traten nun der Revisionsbewegung Kreise bei, die sich ihr gegenüber vorher kühl verhalten hatten. Im Kanton Zürich trat die ganze Demokratie in die Reihe der Revisionisten ein, und im Kanton Bern schloss sich ihnen ebenfalls der tüchtigste, demokratische Theil der „liberalen“ Partei an.

Eine Delegirtenversammlung aller revisionistischen Kreise fand am 3. Oktober in Olten statt und war sehr gut besucht. Dieselbe beschloss einmüthig, für Bejahung der Revisionsfrage am Tage der Volksabstimmnng, dem 31. Oktober, einzutreten, immerhin in der Meinung, dass die Revision begrenzt werde auf die Artikel 39 (Banknotenfrage) nnd 120 (Revisionsmodus).

Interessant war in dieser Frage die Spaltung in der katholisch-konservativen Partei. Diese marschirte hier durchaus nicht geschlossen, ihr „Herrenflügel" trat gegen die Revision auf, während das demokratische und sozial angehauchte Element in der Ostschweiz und den Urkantonen entschieden für die Revision eintrat und sich voll und ganz der „Partei des volkswirthschaftlichen Fortschritts und der demokratischen Rechte" anschloss.

Das Fabrikgesetz zeigte bei der Volksabstimmung zum ersten Male eine Koalition, in welcher die konfessionelle Scheidung der Parteien ganz verschwand, Aehnliches zeigte sich bei der Abstimmung über die Gotthardsubvention und ganz besonders markant trat diese Erscheinung bei der Revisionsfrage auf. Sie ist ein sehr erfreuliches Zeichen und beweist, dass die katholische Bevölkerung in wirthschaftlichen Fragen einen offenen Blick hat, und dass bei der stets wachsenden Bedeutung dieser Fragen für das Staatswesen die konfessionellen Parteizänkereien mehr und mehr zurücktreten vor der grösseren Aufgabe der wirthschaftlichen Emanzipation des Volkes.

Das Volk hat nun am 31. Oktober mit Zweidrittels-Mehrheit (259,996 Nein gegen 120,937 Ja) die Verfassungsrevision abgelehnt. Es waren nur die Kantone Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden und Appenzell-Innerrhoden, welche sich mit Mehrheit für die Revision aussprachen. Dieses negative Resultat lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Die Revisionspartei arbeitete nur mit geringen Geldmitteln, während die Bankherren im letzten entscheidenden Moment ganz bedeutende Mittel in die Agitation warfen. Sodann stimmten die Föderalisten geschlossen gegen die Revision, da sie in einem eidgenössischen Monopol der Bundesgewalt nicht weitere Machtmittel zuführen wollten. Und dann ist es wohl unnöthig, zu erklären, dass die Gegner der Revision in ihrer Kampfweise auch diesmal mit Entstellungen und Lügen nicht sparten und namentlich die „Sozialistengefahr" sehr grell darstellten. Dass sich ein Drittheil der Stimmenden vom „rothen Gespenst" nicht mehr einschüchtern liess, ist immerhin ein gutes Zeichen. In künftigen Fällen wird, so ist sicher daraus zu schliessen, dieses vielzitirte „Gespenst" noch weniger Wirkung ausüben.

* * *

Seit uralten Zeiten ist es schweizerische Tradition, den politisch Verfolgten anderer Länder Asyl zu gewähren. In der Heldenzeit der alten Eidgenossenschaft, als sie sich in ihren Anfängen gegen die Hauptmächte der damaligen Zeit um ihre Unabhängigkeit wehrte, war man in der Gastfreundschaft gegen einwandernde Fremde sehr liberal; man fragte nicht viel nach der Legitimation, jede tüchtige Wehrkraft war willkommen, und die Zahl der Aufnahmen in's Bürgerrecht lässt sich noch urkundlich als eine sehr bedeutende nachweisen.

Aber auch später, als das Bürgerrecht verknöcherte, wurde die Asyltradition aufrecht erhalten; wohl gab es dann und wann Zeiten, wo sich die Regierungen von auswärtigen Gewalthabern einschüchtern oder sonstwie bewegen liessen, das Asyl zu versagen, doch blieb die Tradition aufrecht

bis in unsere Zeit, und es ist ja bekannt genug, dass die Eidgenossenschaft seiner Zeit sogar in einen Konflikt mit der Regierung Louis Philipps kam, weil sie Louis Napoleon Asyl gewährte.

Immerhin ist der Begriff des Asylrechts nirgends und nie in der Schweiz festgestellt worden, seine Auslegung war eine willkürliche und untersteht bis auf den heutigen Tag dem Ermessen und der diskretionären Gewalt der kantonalen und eidgenössischen Behörden, vorab der Polizei, und so kam es denn, dass wenn irgend ein Druck von Aussen geübt wurde und die Behörden nicht lebhaften Widerspruch im Volke fürchteten, sie eben Flüchtlinge auswiesen, ja sogar auslieferten. Herrschte eine freiere Richtung in den Behörden, dann war man liberal mit dem Asyl für Flüchtlinge, kam eine reaktionäre Richtung obenauf, dann begannen Chikanen aller Art. Früher gewährte man nicht nur den Deserteuren, sondern auch den Refraktären (die sich dem Militärdienst entzogen) Asyl, da man — und zwar grossentheils mit Recht — politische Motive bei der Refraktion voraussetzte. Nunmehr sind vom Bundesrath die Kantonsbehörden angewiesen, Refraktäre ohne weiteres auszuweisen.

So sehr nun auch ein Jeder, der die Verhältnisse näher kennt, die oft so sehr schwache und engherzige Haltung der Schweizer Behörden begreifen kann, so sehr muss auch ein Jeder wünschen, dass die Frage des Asylrechts durch bestimmte geltende Aufstellungen geregelt würde, soll nicht die Schweiz zu einer Mausefalle für Flüchtlinge werden, in der man sie zeitweise bis auf's Blut chikanirt und aus der sie nicht herauskönnen, ohne Gefahr zu laufen, ihren politischen Feinden in die Hände zu fallen.

Die Frage, die bei jeder reaktionären Verletzung des Asylrechts auftaucht, ist so wichtig und zwar gerade für die Sozialisten, die heutigen Tages fast allein das Kontingent der politisch Verfolgten und Flüchtigen stellen, dass man es freudig begrüssen muss, dass der schweizerische Juristenverein wenigstens eine das Gebiet des Asylrechts streifende Frage zur Diskussion stellte. In seiner zu Bern abgehaltenen Jahresversammlung am 27. September verhandelte er über den „Begriff des politischen Verbrechens und die Auslieferung politischer Verbrecher".

Als erster Referent trat Herr Privatdozent Pfenninger von Zürich auf und vertheidigte eine lange Reihe von Thesen, aus denen wir hier einiges besonders Bemerkenswerthe zitiren:

„Da die Schweiz das Strafrecht nicht als politisches Mittel betrachtet, und in vollkommenster Freiheit, ohne Beamtenthum, Jeder Gesetze vorschlagen, durchbringen und die Verfassung gesetzlich stürzen kann, so gibt es auch in der Schweiz keine politisch gemeinen Verbrechen und nur gemeine Grundsätze des Strafrechts . . . .

„Für die Schweiz existirt ein besonderes Verbrechen des ‚Königsmordes' nicht; die Beurtheilung in Bezug auf Auslieferung erfolgt nach allgemeinen Grundsätzen über das politisch gemeine Verbrechen . . . .

„Der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher ist ohne Beschränkung aufrecht zu erhalten . . . ."

Ehe wir auf die Thesen, welche Asyl und Ausweisung, sowie völkerrechtliche Pflichten und Verbrechen betreffen, eingehen, wollen wir vorher noch eine These zitiren, welche Herr Bundesrichter Morel als seine siebente aufstellte, und welche lautet:

„Auch für sogenannte konnexe gemeine Verbrechen und Vergehen ist die Auslieferung zu verweigern. Als konnexe Verbrechen und Vergehen dürfen aber nur solche, welche mit dem politischen Delikte im inneren Zusammenhange stehen, die Verweigerung der Auslieferungspflicht begründen.“

So anerkennenswerth diese Thesen über „politisches Verbrechen“ und Auslieferung auch sind, so sehr ist zu bedauern, dass die Herren Juristen eine Forderung vergassen, und das wäre die, dass überhaupt gar keine Auslieferung ohne gerichtliche Untersuchung und Verhandlung, wobei der Flüchtling, dessen Auslieferung verlangt wird, alle Rechtsmittel der Vertheidigung anwenden kann, stattfinden dürfe. Bei Administrativjustiz hat der Flüchtling gar kein Mittel der Vertheidigung, er ist auf Gnade oder Ungnade dem Entscheid der betreffenden Regierung anheimgegeben. Wem ist hier nicht noch die Auslieferung Netschajeff's in schmerzlicher Erinnerung. Dieselbe wäre sicher nicht erfolgt, wenn die Auslieferungs- und Schuldfrage einem Zürcher Geschwornengericht zum Entscheid vorgelegen hätte.

Die nun folgenden Thesen Pfenningers geben wir vollständig wieder:

„Asyl- und Ausweisung.

„1. Die Schweiz als Asyl politischer Verbrecher in Mitte Europas parteilos, ohne Interessen für alle Parteien, hat einen weltgeschichtlichen Beruf und sie verwirklicht in liberaler Gewährung jenes ihre Grundsätze.

„2. Jeder Staat hat das unzweifelhafte Recht, Asyl zu gewähren oder zu versagen. Die Schweiz soll darin weitherzige Grundsätze bethätigen, aber Spione, agents provocateurs und Gesindel der Art mit Grund wegweisen. Doch soll nie eine Ausweisung polizeimässig von heut auf morgen vollzogen werden, sondern in jedem Fall ist ein Recht so weit zu wahren, dass den betreffenden Subjekten angemessene Zeit gegeben wird, ihre Privatangelegenheiten zu ordnen.

„3. Ausweisung kann niemals einem anderen Lande zu Gefallen verhängt werden; sie ist ein geeignetes Mittel unter Umständen politische Verbrecher von entschiedener Gemeinheit, die wir nicht ausliefern können, als des Asyls unwürdig vom Volke auszuscheiden.

„4. Bei solchen Grundsätzen und der Kontrole der Regierenden durch das Volk ist es besser und fachmässiger, trotz der Bedenken, die Regierung könnte äusserm Druck folgen, die Ausweisung als Regierungssache, nicht als Gerichtssache zu betrachten.“

(Diese vierte These, namentlich in Verbindung mit dem Nachsatz der Dritten ist als äusserst bedenklich zu bezeichnen; die ausweisende Regierung, welche über die „entschiedene Gemeinheit“ oder „Asylsunwürdigkeit“ zu entscheiden hat, kann nicht blos unter dem Einflusse äusseren Drucks, sondern auch unter denjenigen inneren Parteihasses stehen und der Auszuweisende ist dem schutzlos preisgegeben. Ist aber einmal die Ausweisung erfolgt, dann nützt die „Kontrole durch das Volk“ nichts mehr. Das grundsätzlich Richtige ist also bei der Ausweisung wie bei der Auslieferung die Anrufung eines öffentlichen Gerichtsverfahrens. Anm. d. Verf.)

„Völkerrechtliche Pflichten und Verbrechen.

„1. Kein Staat hat das Recht, von anderen eine besondere Kontrole

politischer Flüchtlinge, Führung von Listen, Präventivmassregeln zu fordern, noch darf dergleichen entsprochen werden.

„2. Nur thätliche Angriffe mit Waffen, offizielle und halboffizielle dolose Unterstützung des Feindes und dergleichen können hier als Verletzungen des Völkerrechtes bezeichnet werden; der blosse Gebrauch von Rede, Schrift und Verbindung ist ungeeignet.

„Die Schweiz kann weder einen fremden Staat zu strafrechtlichem Schutz wegen Beleidigungen oder Angriffen auf die Existenz der Eidgenossenschaft durch die Presse auffordern, noch auf Gegenrecht ähnliches gewähren."

Die beiden letzten Thesen sind aus dem Munde eines Schweizer Juristen und Dozenten um so beachtenswerther, als sie eine vollständige Verurtheilung des wiederholten Vorgehens des jetzigen eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements sind. Wie nöthig wäre es, dass unser Bundesstrafgesetz von 1853 in diesem Sinne abgeändert und ergänzt würde. Dann dürften wir nicht mehr solch' traurigen Vorkommnissen begegnen, wie es z. B. der Avant-Garde-Handel und der Prozess gegen Brousse war.

* * *

Die alljährliche Untersuchung der Rekruten sorgt dafür, dass die *Ernährungsfrage* nicht von der öffentlichen Diskussion verschwindet. Auch in diesem Jahre ist wieder eine Abnahme der Diensttauglichen zu konstatiren und der eidgenössische Oberfeldarzt, Dr. *Ziegler*, erklärte kürzlich in der „Berner Post" rund heraus, dass an den grossen Ziffern der Dienstuntauglichen die mangelhafte Volksernährung schuld sei. Wo die Milch in die Käsereien und Kondensirungsfabriken wandert, da schleicht sich der elende Fuselschnaps in die Hütten des armen Volkes. Diese furchtbare Landeskalamität wird ohne Zweifel zu der Einsicht führen, dass in der Ernährungsfrage nur dadurch geholfen werden kann, dass Staat und Gemeinden die Versorgung mit Lebensmitteln an die Hand nehmen und die Exportindustrie von Milchfabrikaten einschränken. Zu diesem Zweck wird er freilich den Bauern gehörig unter die Arme greifen müssen, damit sie zu einer anderen Wirthschaftsweise übergehen können. Gegenwärtig ist es vielfach die Noth um das Bischen baares Geld, welche eine grosse Zahl kleiner Bauern zwingt, ihren ganzen Milchertrag an die Käsereien und Kondensirungsfabriken abzuliefern, so dass selbst den eigenen Kindern die Milchnahrung fast ganz entzogen wird. Schreiber dieses war erst kürzlich in der Lage, Derartiges selbst mit anzusehen.

Hier hat die Schweizer Sozialdemokratie ein reiches Feld der Wirksamkeit und sie muss es bearbeiten, mag auch diese Arbeit viel mühsamer sein, als das Kokettiren mit revolutionär sein sollenden Redensarten.

Eine grössere Aufmerksamkeit nahm auch in der letzten Zeit die *Nothstandsfrage* in Anspruch, in *Genf* führte sie zu einigen stürmischen Demonstrationen. Zuerst handelte dort eine Gruppe von Arbeitslosen auf eigene Faust, und es schien, als ob hinter ihr die kleine aber sehr rührige Schaar der „Anarchisten" stände. Bald aber sah sie ein, dass sie besser thäte, sich der sozialdemokratischen „Partei des arbeitenden Volkes" anzuschliessen. Diese und namentlich der an ihrer Spitze stehende Genosse *Chatelan*, ein Kaufmann, hatte sich schon vorher erfolgreich um die Sache der Arbeits-

losen bemüht. Sie trat auch diesmal ein und brachte es dahin, dass der Gemeindrath von Genf in der schon lange schwebenden Friedhofsfrage zu einem Beschluss kam, das von Spekulationsinteressen getragene Projekt Lalubin endlich unterlag und die Behörde sich für das Projekt St. Georg entschied, welches sowohl den Interessen der Stadt Genf dienlicher war als auch ausreichende Arbeit für die Beschäftigungslosen bietet, da mit ihm auch eine schon längst projektirte grössere Strassenbaute in Ausführung kommt. Freilich haben die nothleidenden Arbeitslosen bis jetzt immer noch auf den Beginn der Arbeiten warten müssen, und es ist sehr wahrscheinlich, dass es noch einige stürmische Auftritt gibt, wenn die Behörden nicht von ihrem grausamen System der Verzögerung lassen.

In Zürich und Bern trat schon mitten im Sommer unter den Bauarbeitern eine erschreckende Arbeitslosigkeit zu Tage, welche den Zentral-Ausschuss der Zürcher Arbeiter- und Grütlivereine veranlasste, am 13. August eine erste Versammlung zu veranstalten zur Besprechung der Nothstandsfrage. Die Frucht dieser sehr gut besuchten Versammlung war die Wahl eines Nothstandskomites und der Erlass einer ersten mahnenden Eingabe an den Regierungsrath um Vorbereitung von Arbeit für die Arbeitslosen. Sodann ging man daran, die Arbeitslosen sektionsweise nach Kreisen zu organisiren, berief eine zweite Versammlung am 18. September ein, welche wieder sehr gut besucht war und die Schritte des Nothstandskomites billigte. Unmittelbar darauf wurde eine zweite ergänzende Eingabe an den Regierungsrath abgesandt, die ihn ersuchte, die Arbeiten an den Flusskorrektionen in Regie zu unternehmen und dabei das System des Gruppen-Akkords zur Anwendung zu bringen. Der Regierungsrath nahm bei dieser Eingabe Anlass zu erklären, dass er sich vorbehalte, Kantonsfremde, die arbeits- und mittellos seien, wegzuweisen, worauf das Nothstandskomite sofort mit einem Protest antwortete, in dem auf das verfassungswidrige dieser Erklärung verwiesen und energisch dagegen Verwahrung eingelegt wurde.

Gleichzeitig erliess das Nothstandskomite eine wohlmotivirte Eingabe an den Stadtrath von Zürich, sowie an die Gemeindräthe von Enge und Riesbach um beförderliche Anhandnahme der schon längst projektirten Quaibaute, d. h. des Baues einer Seeuferstrasse von grosser Ausdehnung, verbunden mit einer grossen Seebrücke. Dass das Nothstandskomite mit dieser Eingabe einen glücklichen Griff gethan, zeigte sich bald. Der Gemeindrath Enge unterstützte sofort das Gesuch des Nothstandskomites und wandte sich mahnend an den Stadtrath von Zürich. Der Erfolg bleibt abzuwarten, doch ist schon jetzt vorauszusehen, dass bei den Flusskorrektionsarbeiten neben den Arbeitern sich auch viele Bauern betheiligen werden, um den grossen Ausfall in ihren Einnahmen, infolge des Misslingens der Weinernte, dadurch wieder ein wenig auszugleichen.

In Bern fand die erste Nothstands-Versammlung am 26. September statt und wurden auch sofort Eingaben an die Kantons- und Gemeindebehörden erlassen, über deren Erfolg wir noch nichts berichten können.

Wir kommen nun auf die Arbeiter-Organisationen zu sprechen. Der Grütliverein, welcher am 4. Juli in Basel ein Zentralfest feierte, mit dem eine Deligirten-Versammlung verbunden war, zählte am 30. September 1879 laut offiziellem Bericht in 179 Sektionen 6727 Mitglieder. Die Sektionen

vertheilten sich auf die Kantone wie folgt: Bern 39 Sektionen, Zürich 23, St. Gallen 19, Waadt 15, Aargau und Solothurn je 13, Neuenburg 10, Luzern und Thurgau je 8, Glarus 5, Appenzell, Basel (Stadt und Landschaft) und Freiburg je 4, Graubünden, Schaffhausen und Zug je 3, Genf 2 und Wallis 1. Diese Ausdehnung macht den Grütliverein zu einem sehr geeigneten Agitationsfeld für das ganze Land, und die wackere Haltung seines Organs, des „Grütlianer", unter der Redaktion des mit grosser Mehrheit wiedergewählten Genossen Vogelsanger, trägt wirksam dazu bei, die sozialdemokratischen Grundsätze immer mehr zu verbreiten. Zu berichten ist hier noch, dass der „Grütlianer" zu Neujahr nach Chur in die Buchdruckerei des Genossen Conzett übersiedelt.

Die Delegirten-Versammlung des Grütlivereins bekräftigte einmüthig die Zürcher Resolutionen betreffend das eidgenössische Fabrikgesetz, richtete an den Bundesrath eine Eingabe betreffend die Regelung des Auswanderungswesens, erklärte die Förderung der Bewegung für eidgenössisches Banknoten-Monopol und Initiative als eine Ehrensache für den Grütliverein und beschloss die Gründung einer Hilfskasse für Mitglieder, die unverschuldet in Unglück kommen. Das Zentralkomite wurde für weitere zwei Jahre nach Kriens bei Luzern verlegt.

Die Kranken- und Sterbekasse des Grütlivereins, welche laut letztem Jahresbericht 3490 Mitglieder zählte, befindet sich in einer Krise.

Der Arbeiterbund ist ganz bedeutend zusammengeschmolzen und zählt keine 2000 Mitglieder mehr. Die Ursachen dieses Zurückgehens sind sehr verschiedene. Bei seiner Gründung war der Arbeiterbund als ein Verband zu wesentlich gewerkschaftlicher Thätigkeit aufgefasst worden, er kam aber schon mit seinen Anfängen in den Beginn der grossen Geschäftskrise, die nachgerade permanent zu werden droht. Die erste Folge davon war, dass unter solchen Umständen der Gewerkschaftsbewegung das erste Moment fehlte, dessen sie zu einem Aufschwunge bedarf: der Erfolg. Obgleich bei den vorgekommenen Arbeitseinstellungen noch immer sich die Solidarität der Genossen glänzend bewährt hat, sind seit der Gründung des Arbeiterbundes nur ganz kleine Erfolge zu verzeichnen, dagegen mehr ökonomische Rückgänge in Beziehung auf verlängerte Arbeitszeit und verkürzten Lohn, welchen die Gewerkschaften nicht widerstehen konnten. Das Unterstützungswesen, das zur Festigung der Organisation organisirt worden war, machte bei den immer mehr sinkenden Löhnen gründlich Fiasko. Die Sterbefall-Unterstützungskasse, die mit so grossen Hoffnungen gegründet wurde, ging nach kurzem Bestehen zu Grunde — die meisten Mitglieder konnten ihre Beiträge nicht mehr zahlen. Die zentralisirte Krankenkasse konnte es ebenfalls auf kein langes Leben bringen, je schlechter die Zeit wurde, desto mehr wuchsen die Anforderungen an die Kasse — bei dem schlechtbezahlten und schlechtgenährten Arbeiter bedarf es nur einer geringen Schwankung im Lohnsatz, und er verfällt dem Krankenbett — desto mehr aber stockten auch die Einnahmen. Auch diese Kasse ging zu Grunde.

Mit jedem solchen Zusammenbruch aber ging auch eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern verloren. Dazu kamen auch noch da und dort lokale Rückgänge und schliesslich noch der Umstand, dass der Arbeiterbund seine Kraft überschätzt hatte, Auslagen dekretirte, die über seine Kräfte

gingen und die Mitglieder zu schwer belasteten, so dass auch deshalb Austritte erfolgten. Natürlich wurde durch solchen Rückgang auch unter den noch Treugebliebenen neue Missstimmung und Unzufriedenheit erzeugt und die jetzt mehr als je nöthige Einigkeit erschüttert. Dabei wirkte noch ein anderer Umstand mit.

Unter den Handwerksarbeitern der Städte, welche hauptsächlich in der Organisation vertreten sind, bilden die Angehörigen deutscher, d. h. deutschländischer Nationalität, einen bedeutenden Prozentsatz und haben auch schon seit 40—50 Jahren ihre eigenen Organisationen in den deutschen Arbeitervereinen der Schweiz. Dieses deutschländische Element hat daher auch begreiflicherweise in der gewerkschaftlichen Agitation und Organisation von Anfang an eine bedeutsame Rolle gespielt und sein Zusammenwirken mit den bedächtigeren Schweizern war ein sehr glückliches, die Bewegung förderndes.

Nun kam aber in dieses Element ein arger Riss. Das sonderbündlerische Treiben der Londoner „Freiheit“ fand da und dort seinen Anhang, die Firma „Sozialrevolutionär“ zog, und ihr revolutionär sein sollendes Auftreten hatte einen grösseren Reiz als die etwas schwerfällige und sogar rückgehende schweizerische Bewegung. Obgleich nun die letztere sich in den Zwist der „Sozialrevolutionäre“ mit der Sozialdemokratie Deutschlands nicht mischte, musste sie doch darunter am schwersten leiden und wurde dadurch noch mehr geschwächt, als sie es vorher schon war, sie verlor in dem Maasse für die Deutschen in der Schweiz an Interesse, als die Erörterungen über die Bewegung in Deutschland an solchem gewannen, und so gewann denn auch das Projekt Boden, wieder eine eigene deutsche sozialdemokratische Organisation in's Leben zu rufen.

Wir müssen aus verschiedenen Gründen darauf verzichten, unsere Anschauungen über die jetzige Gestaltung der Dinge weiter zu erörtern; am besten wird die Erfahrung zeigen, ob die deutschen Genossen in der Schweiz den richtigen Weg eingeschlagen haben oder nicht. Ob es gelingt, die rein gewerkschaftliche Bewegung durch das Zusammenwirken von Deutschen und Schweizern in dieser schwierigen Zeit aufrecht zu erhalten und als Arbeiterbund fortbestehen zu lassen, wird sich zeigen. Der Kongress des Arbeiterbundes, der am 6. November zu Olten beginnt, wird darüber zu verhandeln haben. Für die schweizerischen Mitglieder der Organisation ist es nun geboten, für die politische Bewegung eine eigene schweizerische Partei mit einer geeigneten Organisation zu schaffen und rüstig in die Agitation einzutreten.

Es liegt aber kein Grund vor, am guten Erfolg dieses Unternehmens zu zweifeln, denn trotz der schwachen Organisation ist die Bewegung jetzt regsam und wird bald noch regsamer werden. Die eidgenössische Revisionsbewegung hat in zwei Kantonen Erscheinungen gezeitigt, die zu grossen Hoffnungen berechtigen. Im Kanton Zürich brachte sie ein Wiederaufraffen der demokratischen Partei mit sich. Der linke Flügel dieser Partei, die „Jungen“, vermochte durch sein frisches Auftreten die ganze Partei mit sich zu ziehen, und dieses Wiederaufraffen verspricht sowohl für die Wahlen im nächsten Frühjahr, als für das politische Leben überhaupt eine grössere Regsamkeit. Anderseits regt sich aber auch im Kanton Bern der demo-

kratische Geist lebhafter. Die längstangestrebte kantonale Verfassungsrevision wird nun endlich einmal zu Stande kommen, und, angeregt durch die schon im letzten Bericht erwähnten Programme der Grütlivereine und des Arbeiterbundes, ist nun der Volksverein mit einem wackeren Revisionsprogramme hervorgetreten.

Wird derart die lahme Periode der „Opportunitäts"-Herrschaft in den beiden bedeutendsten Kantonen der deutschen Schweiz abgebrochen, dann werden auch die Sozialdemokraten nicht säumen, mit erneutem Eifer „in's Geschirr zu gehen" und jede Agitationsgelegenheit zu benützen, wie sie es auch bisher gethan haben.

Einer gemeinsamen Unternehmung von Arbeiterbund und Grütliverein muss noch gedacht werden, nämlich einer Statistischen Aufnahme der Lebens-, Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Schweiz. Dieselbe wird vorgenommen auf Grund eines sorgfältig ausgearbeiteten Fragenschema's, das zur persönlichen Beantwortung über die eigenen Verhältnisse der Einzelnen aufgestellt ist. Die Fragen zerfallen in drei Gruppen: 1. Personal- und Wohnungsverhältnisse; 2. Einnahmen und Ausgaben und 3. Arbeits-Verhältnisse.

Die Fragen der ersten Gruppe betreffen: Namen, Wohnort, Beruf, Heimath, Geburtsjahr, Aufenthaltsdauer, Familienstand; ferner die Wohnung nach Hausnummer, Strasse, Etage, Lage, Zimmerzahl, Luftmaass, Trockenheit, Lüftungsvorrichtungen, Zahl der Mitbewohner; endlich Betheiligung am Vereins- und Versicherungswesen.

Die zweite Gruppe von Fragen stellt eine leichtausführbare Buchführung für Arbeiter dar: In Wochenrubriken (13 an der Zahl, also für ein Vierteljahr berechnet) ist Raum gegeben zur Eintragung der Einnahmen an Arbeitslohn etc. und der Ausgaben für die Lebensmittel, nach namentlichen und gruppenweisen Aufführungen, etc.

Die dritte Gruppe enthält Fragen über Arbeitslohn, Arbeitsraum, Lage, Grösse, Beschaffung, Lüftung, Heizung und Reinlichkeit desselben; ferner Arbeitszeit, Arbeiterzahl, Stand des Arbeitsmarktes, Krankheiten etc. und endlich noch eine halbe Grossquartseite Raum für sonstige Mittheilungen.

Man ersieht, dass hier eigentlich der Gedanke einer permanenten Statistik vorliegt. Die ausgefüllten Bogen werden Herrn Professor Dr. A. Vogt in Bern abgegeben, der sich freundlichst bereit erklärt hat, das Material wissenschaftlich zu ordnen und zu bearbeiten. Mögen nur die Fragen recht gewissenhaft beantwortet werden, dann gibt es eine interessante Arbeit.

Zum Schluss wollen wir noch berichten über ein Vorhaben der Arbeiter- und Grütlivereine des Kantons Zürich; es betrifft dies eine Volks-Initiative für unentgeltliche Krankenpflege. Das kantonale Arbeiterkomite und die kantonale Delegirtenversammlung, welche am 24. Oktober in Uster stattfand, denkt die Initiative derart vorzunehmen, dass dem Volke nur die Frage „Wollt Ihr die unentgeltliche Krankenpflege?" zur Abstimmung vorgelegt wird, die Ausarbeitung eines bezüglichen Gesetzes dagegen dem Kantonsrath überlassen würde. Man könnte freilich auch einen vollständigen Gesetzesentwurf als Volks-Initiative einbringen, zieht es aber vor, nur das Prinzip dem Volksentscheid zu unterbreiten. Als Erläuterung der Art und Weise, wie sich die Urheber der Initiative die Einführung der unentgeltlichen

Krankenpflege vorstellen, hat das kantonale Arbeiterkomite in neun Punkten die bezüglichen Grundsätze aufgestellt, welche der Begründung der Initiative einverleibt werden. Die kantonale Deligirtenversammlung hat diesen beipflichtet, indess beschlossen, bevor an die Sammlung der nöthigen 5000 Unterschriften gegangen wird, soll die Sache noch bis zum März 1881 der Diskussion unterstellt werden, um allfällige Verbesserungen oder Ergänzungen anbringen zu können.

Wenn wir nun nachstehend die Grundsätze der Ausführung der unentgeltlichen Krankenpflege widergeben, so geschieht dies mit der Einladung an alle diejenigen Leser des „Jahrbuches", welche ein Interesse an dieser Frage nehmen, allfällige freundliche Verbesserungs- und Ergänzungsvorschläge, welche sie zu machen in der Lage sind, an den Verfasser dieses Berichtes gelangen zu lassen. Die erwähnten Grundsätze lauten:

1. Die Verpflegung der Kranken in den öffentlichen Heilanstalten des Kantons ist für Alle, welche auf dem Boden des Kantons erkranken, unentgeltlich; die Verpflegung wird für Alle nach den gleichen Grundsätzen besorgt und gilt keine Klasseneintheilung mehr.

2. Um allen Landestheilen gerecht zu werden, errichtet der Kanton noch an vier geeigneten Mittelpunkten Krankenasyle.

3. Zum unentgeltlichen Heildienst für solche Kranke, die wegen Mangel an Platz oder Familienverhältnisse halber sich nicht in den öffentlichen Heilanstalten verpflegen lassen können, stellt der Kanton Aerzte mit fixer Besoldung an.

4. Der Kanton wird zu diesem Zwecke unter Berücksichtung der Gemeindeverhältnisse in Sanitätskreise eingetheilt, die je etwa 3000 Seelen zählen. Auf jeden Sanitätskreis kommt ein Staatsarzt, der von der stimmberechtigten Einwohnerschaft des Kreises auf je sechs Jahre gewählt wird.

5. Die Staatsärzte besorgen in ihren Sanitätskreisen sämmtliche medizinischen, chirurgischen, geburtshilflichen etc., sowie sämmtliche sanitätspolizeilichen und gerichtsmedizinischen Funktionen unentgeltlich.

6. Die Staatsärzte haben den Kranken die nöthigen Arzneien unentgeltlich zu verabfolgen. Sie beziehen das dazu nöthige Material aus der Kantonsapotheke.

7. Die Staatsärzte haben über ihre Thätigkeit nach einem von der Sanitätskanzlei aufzustellenden Schema Buch zu führen und allmonatlich ihre Berichte einzusenden. Dabei haben sie ihre Vorschläge zur Hebung der öffentlichen Gesundheitspflege beizufügen.

8. Die Bezirksärzte, welche von den Staatsärzten der politischen Bezirke gewählt werden, haben die Monatsberichte zusammenzustellen und der Sanitätsdirektion zu übermitteln, sie haben die Staatsärzte ihres Bezirkes zu periodischen, obligatorischen Bezirksversammlungen einzuberufen, in denen über die sanitarischen Interessen des Bezirkes berathen werden soll.

9. Der Staat verabfolgt alljährlich Prämien an dienjenigen Staatsärzte, deren Sanitätskreis die günstigsten Gesundheitsverhältnisse aufweist.

Hoffen wir, dass die humanen Gedanken, die diesem sozialistischen Vorschlage zu Grunde liegen, recht viele Anhänger gewinnen. Ist es doch

der grösste und schönste Vorzug der direkten Gesetzgebung durch das Volk, dass sie dem Volke ermöglicht, sich von Parteischablonen zu befreien und von Fall zu Fall nach seiner Einsicht und seinem Willen frei zu entscheiden.

H. Greulich.

Slavische Länder und Orient.

I. Polen.

Der Krakauer Sozialistenprozess, von welchem bereits in den vorigen Berichten die Rede war, endete mit einem freisprechenden Verdikt Seitens der Geschworenen. Die Verhandlung dauerte vom 16. Februar bis 16. April mit einer zweiwöchentlichen Unterbrechung wegen der Osternfeiertage und darf in der Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Tendenzen in Galizien als wichtiges Ereigniss bezeichnet werden.

Es waren 35 Personen angeklagt, von welchen 24 österreichische und 11 russische Unterthanen waren, dem Berufe nach gehörte die Mehrzahl der studirenden Jugend an. Die Staatsanwaltschaft wendete ihre ganze Kraft auf, einerseits der sozialistischen Propaganda und Agitation überhaupt den Umfang und die Tragweite einer äusserst gefährlichen sozialrevolutionären Verschwörung anzudichten und anderseits die ganze sozialistische Bewegung in Galizien als das Resultat und in gewisser Beziehung als ein Werkzeug der sozialistischen Bewegung Russlands mit antipatriotischer Tendenz hinzustellen und dadurch bei den Geschworenen und dem Publikum eine feindselige Stimmung gegen die Angeklagten hervorzubringen.

Hauptsächlich auf einige mittelst der Brutalität der Polizeiorgane erzwungene Aussagen eines Krakauer Lehramtskandidaten und auf willkürliche Auslegung mehrerer Stellen einer hinterlistig beschlagnahmten Korrespondenz gestützt, behauptete die Anklageschrift entschieden die Existenz einer geheimen polnischen sozial-revolutionären Verschwörung in Galizien, von der drei Filialen derselben, nämlich die in Lemberg, Krakau und Wien, entdeckt worden seien. Da aber der betreffende Kandidat bei der Hauptverhandlung erklärte, dass seine Aussagen lediglich die Widergabe dessen seien, was ihm der Polizeikommissär angegeben habe, und dieser vor Gericht seine ungesetzliche und brutale Handlungsweise nicht in Abrede stellen konnte, so wurde die wichtigste Grundlage der Anklageschrift fast auf Null reduzirt.

Die Tendenz, durch falsche Unterschiebungen auf das patriotische Gefühl der Geschworenen und des Publikums einzuwirken, trat bei der Hauptverhandlung in unzweideutigster Weise zu Tage. Der Generalprokurator Brazon, wunderbar dazu geeignet, seine Farbe chamäleonartig zu wechseln, stellte sich zur Aufgabe, den polnischen Patriotismus gegen die sozialistischen Tendenzen zu vertheidigen, wobei er vergass, dass er ein Jahr vorher von demselben Platze aus Barwinski und Genossen wegen einer patriotischen Verschwörung angeklagt hatte. Um die russische Abstammung des Sozialismus in Galizien nachzuweisen, beschäftigte sich die Anklageschrift eine

ziemlich grosse Anzahl von Bogen hindurch mit seiner Anfangsgeschichte, eine wunderbaren Mischung von wirklichen Namen, Anonymen und Polizeimärchen. Von einem ernsthaften Bestreben, das Wahre von dem Unwahren zu unterscheiden, war absolut keine Rede, die Krakauer Sozialisten wurden als die extremsten Anarchisten dargestellt, die aber, wie in einem Jesuitenorden, blindlings die Befehle ihrer Generäle ausführen. Als General en chef dieser sozial-revolutionären nihilistischen Verschwörung auf polnischem Boden figurirte — M. Dragomanow, ein Beweis nicht nur mangelnder Geistesschärfe, sondern auch oberflächlichsten Studiums der schon gedruckten Schriftstücke. Aber — gegen Dummheit kämpfen die Götter selbst vergebens, das ist eine nur zu bekannte Thatsache. Ungeachtet einer scharfen und eingehenden Kritik des historischen Theiles der Anklageschrift von Seiten der Angeklagten und der Vertheidiger, verblieb Brazon hartnäckig bei seiner Ansicht, die eben angeklagten Sozialisten seien nur ein Werkzeug des russischen Nihilismus, der Alles in Europa vernichten will, um auf dessen Ruinen seine Herrschaft zu gründen. Liesse die russische Regierung die Nihilisten (wir bedienen uns dieses Ausdruckes, um die Terminologie der Staatsanwaltschaft beizubehalten) nicht aufhängen und hätten diese Nihilisten nicht den Versuch gemacht, den Zar mit sammt seinem Palast mittelst Dynamit in die Luft zu sprengen, so würde Brazon heute noch behaupten, dass der russische Nihilismus und das Zarenthum unter derselben Decke spielen. Zu seinem grossen Schmerze aber vermochte Brazon seine Folgerungen nicht so weit auszudehnen. Dagegen hat man in den Untersuchungsakten ein ihn selbst sehr kompromittirendes Schriftstück entdeckt, das folgendermassen lautet:

„Z. 3527. Antrag.

„Ich trete es dem löblichen k. k. Untersuchungsgericht laut meinem Antrag vom 31. März 1879 Jahr. Zahl 3424 mit dem Vorschlag ab, dass man sich, um die Hausdurchsuchung bei den mit Pseudonymen bezeichneten und im Auslande wohnenden Personen, deren eigentliche Namen und Aufenthaltsorte S . . . *) angegeben hat, vorzunehmen, auf dem kompetenten Wege verständige.

Krakau, den 2. April 1878. Staatsanwalt Brazon.“

Es erfolgte wirklich eine Verständigung — wie es Brazon verlangt hatte — aber die berüchtigte III. Abtheilung in Petersburg benutzte diese Gelegenheit, um der österreichischen Regierung einen Fusstritt zu versetzen, und trumpfte sie mit dem Bescheid ab: „Es werden die beantragten Hausdurchsuchungen nicht vorgenommen, weil dieselben unbegründet sind.“ Es wundert uns, dass Brazon diese Thatsache nicht als Beweis dafür vorführte, dass die Zarenwirthschaft und die nihilistische Verschwörung einen und denselben Zweck verfolgen. Er beschränkte sich aber darauf, seine ganze Wuth gegen die an dem Prozess theilnehmenden Krakauer Richter auszulassen, dass sie dieses Dokument in den Akten, welche den Angeklagten zur Ein-

*) In dem Zirkular wurde der ganze Name angeführt, Brazon machte sich auch hierbei wieder einer nichtswürdigen Fälschung schuldig. S. gab weder Namen noch Adressen an, dieselben wurden vielmehr dem bei ihm beschlagnahmten Buche von der Staatsanwaltschaft entnommen.

sicht gestellt wurden, unvorsichtig zurückliessen, und seine Verlesung bei der Hauptverhandlung nicht verhindert hatten.

Die Anklageschrift leitete ferner die angebliche Verschwörung aus dem Programm der polnischen Sozialisten her, welches in der Nummer ersten der „Równosc“ als Leitartikel gedruckt wurde, und zwar aus drei seiner Hauptforderungen, dass nämlich:

1. Die Produktionsmittel aus den Händen der einzelnen Personen in das kollektive Eigenthum der Arbeiter übergehen sollen.

2. Jedes Individuum das Recht haben soll, aus den Resultaten der kollektiven Produktion Nutzen zu ziehen, welches Recht die Arbeiter in Zukunft auf Grund der Wissenschaft bestimmen werden.

3. Vollständige soziale Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Race und Nationalität.

Aus den ersten zwei Punkten folgerte die Anklageschrift, dass „diese geheime Verbindung durch Aufhebung des Privateigenthums, das besonders durch unsere Gesetzgebung und zwar durch den Artikel V der Grundverfassung vom 21. Dezember 1876 garantirt wurde, die Einführung des Kommunismus und der Anarchie“ erstrebe, und aus Punkt drei fand sie die Absicht heraus, „die Institution der Ehe aufzuheben, die doch nicht nur nach den Kirchengesetzen, sondern auch nach der Zivilgesetzgebung in der Unterordnung der Frau unter die Herrschaft des Mannes besteht.“

„Die Staatseinrichtung in Oesterreich“, fährt die Anklage fort, „basirt vor Allem auf dem monarchischen Prinzip, während die soziale Ordnung dagegen auf zwei Basen, d. h. auf der Institution der Ehe und dem daraus folgenden Familienverhältniss und auf dem Privateigenthumsrecht beruht. Die Tendenz der oben erwähnten Verbindung nun war hauptsächlich gegen die jetzigen Staats- und sozialen Einrichtungen gerichtet, um den gewaltsamen Sturz derselben herbeizuführen.“

Angesichts dieser Anklage wurde der Gerichtssaal, wie sich einer von den Schlachzizen ausdrückte, zur sozialistischen Akademie. Die Angeklagten setzten öffentlich ihre Ueberzeugung auseinander und unterstützten dieselbe mit wissenschaftlichen Beweisen. Ausserdem wurden zahlreiche, in den letzten Jahren gedruckte und bei den Angeklagten konfiszirte Schriftstücke auf Vorschlag der Staatsanwaltschaft zum Verlesen gebracht. Manche von diesen konfiszirten Broschüren, von denen die Staatsanwaltschaft jedem Geschworenen ein Exemplar zur leichteren Orientirung übergeben liess, erregten bei diesen so grosses Interesse, dass sie die empfangenen Exemplare behielten. In den Zeitungen erschienen zahlreiche Abhandlungen über den Sozialismus, was gleichfalls eine grössere Nachfrage nach sozialistischen Büchern nach sich zog. Ein besonderes Interesse für den Sozialismus legten die intelligenteren Kleingewerbe treibenden Arbeiter der grösseren galizischen Städte an den Tag.

Die Vertheidigung der Angeklagten führten Dr. Machalski, Dr. Pieniazek und Dr. Rosenblatt, von denen der erstere mit grossem Geschick die Haltlosigkeit des ganzen künstlichen Gerüstes, welches die Existenz der sozialistischen Verschwörung aufrecht erhalten sollte, bloslegte und nachwies, dass die sozialistische Propaganda durch keine Verfassung in Oesterreich verboten sei, und dass das kollektive Eigenthum, welches die Grundlage

der sozialistischen Einrichtung bilden soll, durch die österreichische Gesetzgebung verschiedenen Körperschaften, Gemeinden, Pfarrhöfen, geistlichen Kongregationen und durch den Staat selbst in's Leben gerufenen Gesellschaften zuerkannt und respektirt werde, sowie dass die Enteignung der Privatpersonen auf dem Zwangswege im Interesse der Gemeinschaft vom Staate selbst durchgeführt werde. Von der Aufhebung der Ehe aber sei weder in dem Programm, noch in den konfiszirten sozialistischen Büchern die Rede.

Nach ihm vertheidigte Dr. Rosenblatt, Dozent an der Krakauer Universität, die sozialistischen Tendenzen überhaupt, und zwar in einer Rede, die nicht nur etwas kräftiger war, sondern auch ein wissenschaftliches Ganzes bildete. Er erörterte das inkriminirte Programm Punkt für Punkt und zeigte, dass sich in demselben nichts Verbrecherisches oder den wirklichen sozialen Interessen Zuwiderhandelndes findet.

Das Verdikt der Geschworenen wurde am 15. April Nachts 2 Uhr verlesen. Die Sympathie und das Interesse für die Sache der Angeklagten war so gross, dass sich eine ganz erhebliche Menge vor dem Gerichtssaal angesammelt hatte, und dass, als man die Thür zu demselben öffnete, nicht nur alle Plätze besetzt wurden, sondern sich noch ausserdem eine grosse Anzahl von Menschen vor dem Gebäude und in den angrenzenden Gassen ansammelte, um von dem Schicksal der Angeklagten so früh als möglich Kenntniss zu erhalten.

Als auf die erste Frage in Bezug auf den Hauptangeklagten, Ludwig Warynski, ob er schuldig sei, „als Mitglied einer ausserhalb der Grenzen des österreichichen Staates existirenden sozial-revolutionären Verbindung, in den Jahren 1878 und 1879 in Krakau, Lemberg und Wien, die Bildung und Organisirung innig mit derselben zusammenhängender Zirkel, deren Aufgabe es war, mit Hilfe der schriftlichen und mündlichen Propaganda in der Bevölkerung Hass und Verachtung gegen die Person des Kaisers, gegen die Verfassung, die Regierung und die Behörden wachzurufen und zum Ungehorsam und Widerstand gegen die Staatseinrichtungen anzueifern, angestrebt zu haben," als auf diese Frage eine einstimmig verneinende Antwort erfolgte, wurde dieselbe sowohl im Gerichtssaal, als auch in den angrenzenden Gassen mit Beifallsrufen und Händeklatschen begrüsst. Und so wurden denn von den 56 Fragen, die dem Gerichtshof vorlagen, abgesehen von denjenigen, die sich auf ungesetzliche Rückkehr nach Galizien und auf falsche Meldung bezogen, sämmtliche verneint, auf Grund welchen Verdiktes am Tage darauf, d. h. am 16. April, alle wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung Angeklagten vom Gerichtshofe freigesprochen wurden.

Es erfolgten nur einige geringfügige Verurtheilungen der fünf nicht östereichischen Angeklagten, Michael Koturnicki, Stanislaus Mendelssohn, Ludwig Warynski, Witold Piekarski und Hieronim Truszkowski theils wegen unerlaubter Rückkehr nach Galizien zu einem Monat, theils wegen falscher Anmeldung zu mehreren Tagen Arrest; sämmtliche fünf wurden ausserdem als Ausländer über die österreichische Grenze abgeschoben.

Ein solcher Abschluss des Prozesses war den Behörden und den Stützen des galizischen Obskurantismus natürlich nicht gerade angenehm. Den obigen

fünf Ausgewiesenen wurden noch sechs Freigesprochene, die in Russisch-Polen gebürtig waren, zugetheilt und Sämmtliche an die schweizerische Grenze transportirt. Gegen zwei freigesprochene Galizier, den Apotheker Adolf Inländer und den Hörer der Wiener technischen Hochschule, Karl Schmiedhausen, wurde ein Prozess wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit eingeleitet, in welchem als Ankläger der von dem blutigen Zusammenstoss in Lemberg her bekannte Polizeikommissär Kossa fungirte. Dem ebenfalls freigesprochenen Stefan Mikolajski, Gymnasialschüler der VI. Klasse in Krakau, wurde vom galizischen Schulrath die Aufnahme in die öffentlichen Lehranstalten verweigert. Eine noch empfindlichere Rache nahm man an dem Techniker Konrad Korytynski, der kurz nach dem Schluss des Krakauer Prozesses wegen Versendung sozialistischer Bücher nach Krakau in Wien verhaftet und nach Krakau zurücktransportirt worden war. Er wurde beschuldigt, sich in dieser Sache, die aber die Staatsanwaltschaft an und für sich hatte fallen lassen, mit einem Zeugen verständigt zu haben und vom Dreirichterkollegium zu zweimonatlichem Arrest wegen Betruges (!?) verurtheilt, was nach der österreichischen Gesetzgebung auch den Verlust der bürgerlichen Rechte nach sich zieht.

Der „Czas“, das Krakauer Organ der Klerikalen und Reaktionäre Galiziens, bezeichnete das freisprechende Verdikt der Geschworenen als eine Schande für die Menschheit, die zahlreich auf den Galerien versammelten und applaudirenden Polinnen als Anhängerinnen der freien Liebe und die allgemeine Sympathie für die Bedrückten als trauriges Symptom der sozialen Zustände. Die so von ihm der Achtung und Ehre für unwürdig erklärten Geschworenen haben daher einen Prozess wegen Ehrenbeleidigung gegen ihn angestrengt.

* * *

In Warschau hatte man — wie es scheint — das Resultat des Krakauer Prozesses abgewartet, um demgemäss sein Verfahren einzurichten. Die Freisprechung der Krakauer Geschworenen zeigte nun der russischen Regierung, dass bei einer gerichtlichen Verhandlung auf Beihülfe seitens der öffentlichen Meinung nicht gerechnet werden dürfe, und dass ein sehr strenges Urtheil sehr grell von dem Krakauer Verdikt abstechen würde.

Man blieb also dort der alten Routine treu:

„Von einem unbekannten Spion aufgefordert, besteht er den Kampf vor dem meineidigen Gericht,

„Sei Kampfplatz eine versteckte Grube — wo das Urtheil ein mächtiger Gegner spricht.“ (Mickiewicz.)

Eine besondere, von Gensdarmen dirigirte und in Allem auf die III. Abtheilung in Petersburg — (die geheime Kanzlei) sich berufende Kommission wurde mit der Untersuchung betraut, und bald nach dem Abschluss des Krakauer Prozesses auf administrativem Weg, ohne Gerichtsverhandlung, folgende Urtheile von Petersburg aus erlassen:

a) Es wurden administrativ nach Ost-Sibirien geschickt:

Alexander Wieckowski, Ingenieur; Waclaw Swiecicki, Eisenbahn-

Beamter; Albin Kowalski, Kandidat*) der Kiewer Universität; Ludwig Czerniewski, Hauptmann a. D.; die Hörer der medico-chirurgischen Akademie in Petersburg: Paul Abramovicz, Michael Danilowicz, Alexander und Mieczyslaus Grabowski; die Hörer der Warschauer Universität: Kazimir Augustowicz, Ludwig Dziankowski, Maximilian Halpern, Boleslaus Mondschajn, Stanislaus Rogalski; die Hörer des technologischen Institutes in Petersburg: Zygmunt Mezer, Zygmunt Hering und Alexander Drobyszewski, ein Ruthene; Nikolaus Akimow, ein Privatlehrer, Philippine Plaskowicka, eine Volkslehrerin, Aldone Gruzéwska, Studentin in Petersburg und Marie Hild, die Frau des vor einem Jahre verstorbenen Kasimir Hild.

b) Zum Aufenthalt auf unbestimmte Dauer in West-Sibirien:

Die Arbeiter: Leon Bielecki, Kasimir Dabrowski, Eduard Grafinski, Kasimir Kobylanski**) und Rottengruber; die Hörer der Warschauer Universität: Rozanski, Dominik Rymkiewicz; der Russe Nikolaus Pospielow und Alexander Zawadzki, Hörer der medico-chirurgischen Akademie in Petersburg.

c) Nach dem Kaukasus: Johann Hlasko, Arzt.

d) Nach dem nord-östlichen Russland: Johann Witord.

e) Zu einem Jahr Gefängniss:

Kornel Danilowicz, Schneider; Heinrich Dulsba, Schlosser; die Hörer der Universität: Kasimir Puckewicz und Stephan Szpotanski, Cezaryne Wojnarowska, Studentin in Petersburg (welche ausserdem nach Verbüssung der Strafe Zwangsdomizil in Kiszenew hat). Zu acht Monaten Gefängniss: die Hörer der Universität: Wladymir Bulkiewicz und Kasimir Planinski, sowie Helene Kohn, Tochter der Besitzerin eines Kleidermagazines. Zu sechs Monaten: die Schlosser: Johann Paszkė und Josef Szczepanski; Anton Wisniewski, Volkslehrer und Mieczyslaus Brzezinski, Hörer der Universität; ausserdem noch mehrere Personen zu einigen Monaten Gefängniss.

Diese Liste ist nicht ganz komplet, denn die russische Regierung beobachtet in Bezug auf die Sozialisten möglichste Geheimnissthuerei.

Unter den nach Ost-Sibirien zu Transportirenden befand sich auch ein Kandidat der Warschauer Universität, Joseph Plawinski, der zunächst mit Rücksicht auf seine durch lange Haft zerrüttete Gesundheit nach Slawuta, Gouvernement Wolhynien, geschickt wurde, aber bereits unterwegs starb. Er war ein sehr intelligenter, tüchtiger und einflussreicher junger Mann, der bei der akademischen Jugend im unvergänglichen Andenken steht.

Die Verurtheilten werden partienweise fortgeschickt. Der erste Transport wurde auf den 17. Mai festgesetzt.

Die relativ leidliche Behandlung der Arrestanten ändert sich, sobald dieselben in reinrussische Provinzen kommen. Dort werden sie mit den

---

*) Auf den russischen Universitäten gibt es vier verschiedene Grade: der wirkliche Student, der Kandidat, der Magister und der Doktor. Die beiden letzteren Grade erhält man erst einige Jahre nach Absolvirung des Kursus.

**) Bruder des Ludwig K., eines Hauptangeklagten in dem neuen, zur Zeit noch unbeendigten Prozess in Kiew und des Erasmus K., den die Polizei so sorgfältig sucht und nicht finden kann.

gewöhnlichen Verbrechern zusammengesteckt, in Adelige und Nichtadelige eingetheilt, Alle bekommen die Arrestantenkleidung, die Nichtadeligen ausserdem Ketten.

Es verbleiben noch im Gefängniss gegen 30 Personen, die im Februar und März d. J. verhaftet worden waren.

* * *

Die „Praca“, eine zweiwöchentliche Arbeiterzeitung in Lemberg, von der fast jede Nummer konfiszirt wird, ergriff die Initiative zur Einberufung einer freien Arbeiterversammlung, um eine Stellungnahme zur Gewerbeordnung und zur Abänderung des Wahlsystemes herbeizuführen. Diese Versammlung fand am 28. Dezember v. J. statt und war von mehr als 500 Arbeitern besucht. Josef Daniluk, verantwortlicher Redakteur der „Praca“ und Buchdrucker von Beruf motivirte in seinem gründlich ausgearbeiteten Referat eine zum Beschluss vorgelegte Resolution: „Unsere Vorschläge“, sagt er u. A., „beziehen sich in ihrem ersten Theile auf die Reform der Gewerbeordnung und umfassen die Verbesserungen, die unumgänglich nothwendig sind, um die Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen, soweit dies bei der jetzigen sozialen Ordnung, welche dem Kapital das Uebergewicht über die Arbeit gibt, möglich ist. Die erste Bedingung dazu ist eine gute Organisation. Wir haben also unter unseren Wünschen ausser der Gewerbefreiheit noch eine ganze Reihe von Vorschlägen aufgeführt, die die Organisation oder die inneren Verhältnisse der Industrie bezwecken. Die erste Stelle nehmen die freien Arbeitervereinigungen und Versammlungen ein; von ihnen versprechen wir uns das Meiste. Sobald wir Arbeiter uns gleich den Kapitalisten und Fabrikanten zur Wahrung unserer eigenen Interessen vereinigen, sobald uns Arbeitern erlaubt wird, Verbindungen einzugehen, so dass das ganze Land mit einem Netz von unseren Vereinen bedeckt und die Gesammtheit der Arbeiter einen Körper bilden wird, dann kann von einer Ausbeutung, wie die jetzige, keine Rede sein, denn was die geschlossenen Reihen vermögen, was die kompakte Masse vermag, das vermögen einzelne wie Schafe zerstreute Individuen niemals.“

An dieser Debatte nahmen noch Theil der Buchdrucker Schuster, der energisch zur Organisation aufforderte, der Schneider Cichocki und der Schuster Drabik, der auf die dringende Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts hinwies; ferner ergriffen noch das Wort der Buchdrucker Kolczak und der Schriftsteller Czerwinski. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen und auf Grund derselben eine Kommission beauftragt, eine Petition an den Reichsrath zu senden. Diese von der Kommission entworfene Petition wurde mit mehr als 2000 Unterschriften versehen dem Reichsrathsabgeordneten Hausner übergeben.

Als die Warschauer Arbeiter von dieser ersten selbstständigen Bewegung der Lemberger Arbeiter erfuhren, schickten sie ihnen eine Dankadresse, in welcher sie erklärten: „Wir sind hier sehr bedrückt, man versteht uns hier, wie es scheint, besser auszubeuten, und die Regierung unterdrückt jede freie Stimme; wir arbeiten im Schweisse unseres Angesichtes, und entbehren dazu jeder Bildung. Mit desto grösserer Freude haben wir Eure Stimme der Freiheit aufgenommen, sie flösste uns eine desto grössere Hoff-

nung ein, dass der ungerechte in unserem Lande ausgeübte Druck einst dieselben Leute vernichten wird, welche ihn jetzt ausüben, und dass er uns zu einer Macht vereinigt, die Allem trotzen und Gerechtigung und Wahrheit über die Erde verbreiten wird."

Leider haben die galizischen Arbeiter von der Macht der Organisation keinen klaren Begriff. Die Regierung hat dadurch, dass sie in den letzten Jahren den organisirten Vereinen ihre Bestätigung versagte und so die Arbeiter zwang, immer wieder von Neuem anzufangen, sehr zur Entmuthigung beigetragen. Das sollte eben die eifrigen Arbeiter nicht abschrecken: wir vernehmen mit desto grösserer Freude, dass am 30. Mai d. J. in Lemberg eine Versammlung der Steinhauer, Maurer und Zimmerleute stattgefunden hat, in welcher beschlossen wurde, an Stelle der alten von den Unternehmern dirigirten Zunftvereinigung einen neuen Verein zu gründen, welcher alle drei Korporationen umfassen und auf der Gleichheit aller Mitglieder beruhen soll.

Im Allgemeinen findet man bei den galizischen und besonders bei den Lemberger Arbeitern ein immer grösseres Verständniss ihrer Lage. Das ist der Regierung natürlich nicht sehr angenehm, und fährt sie deshalb fort, die energischen Arbeiter zu verfolgen. So lesen wir in der „Praca", dass Anfangs August der Schuhmacher Drabik sammt seinem zweiten Arbeitsgenossen wegen Verdachts „sozialistischer Propaganda" verhaftet wurden.

Aus derselben „Praca" erfahren wir auch, dass Anna Pawlik in Kolomea zu zweimonatlichem Arrest verurtheilt wurde, und dass der tüchtige ruthenische Schriftsteller Johann Franko, da man bei ihm keinen Grund zur Verurtheilung gefunden hatte, als Vagabund nach seinem Zuständigkeitsort abgeschoben wurde. Die Behörden suchten sich so auf die empfindlichste Weise an ihm zu rächen.

* * *

Das polnische, lithauische und ruthenische Landvolk wurde im vorigen und Anfangs dieses Jahres von einer schrecklichen Hungersnoth heimgesucht. Das Elend in Ober-Schlesien machte in ganz Europa von sich reden. In Galizien, Sandomierz und in der Umgebung von Oszmiana und Swienciany war der Nothstand der armen Bevölkerung nicht geringer. Es muss zugestanden werden, dass sich in der Gesellschaft das Gewissen regte, und dass man versuchte, durch zahlreiche Spenden dem Uebel zu steuern. Die schnellste und erfolgreichste Hülfe wurde in Lithauen organisirt, die meisten Unterstützungen sowohl in Geld als auch in Getreide flossen nach Schlesien. Die polnische Bevölkerung Russlands beeilte sich, ihren niedergedrückten Landsleuten Hülfe zu leisten, das Interesse für die Bevölkerung Schlesiens wurde in hohem Grade von der Warschauer Literatur rege erhalten. Ein talentvoller liberaler polnischer Schriftsteller Wl. Okonski (Alexander Swietochowski) schilderte in der Erzählung „Klemens Boruta" in lebendiger und tief ergreifender Darstellung das Elend in Schlesien und die abhängige Lage des schlesischen Bauern. Dieser originelle Schriftsteller versteht leider nichts vom Sozialismus, wie seine polemischen Artikel, die vor zwei Jahren erschienen, beweisen, es ist daher kein Wunder, dass die Haupttendenz seiner Erzählung eine falsche ist.

Nach Okonski hat das Elend des schlesischen Bauern seine Grundlage in dem nationalen Druck, unter welchem die polnische Bevölkerung in Preussisch-Schlesien seufzt. Die Unterdrückung der Nationalität macht, indem sie die Ausbildung in der Muttersprache und die Abwehr des zugefügten Unrechtes erschwert, die Bevölkerung wehrlos und lähmt die Widerstandskraft im Kampfe gegen Ausbeutung und Elend, aber sie ist nicht die einzige oder auch nur die Hauptursache des Uebels.

Ein Priester, Dr. Stablewski, Abgeordneter im deutschen Reichstag, hat auf die wahre Ursache hingewiesen: „Die gegenwärtige Nothstandsfrage in Ober-Schlesien", sagt er, „ist die Frage des Pauperismus überhaupt, die Hauptursache ist der unzureichende Grundbesitz der Landbevölkerung", und mit mehr Recht ,als er vielleicht glaubte, fügte er hinzu, „dass Palliativmittel dem Elend in Schlesien nicht abhelfen."

Dass die Zurücksetzung der Nationalität die ökonomische Ausbeutung verschärft, dafür kann die Angelegenheit der Bergarbeiter in Radzionskow in Ober-Schlesien als Beispiel dienen. Bis auf's Aeusserste gereizt, hatten die Arbeiter ihre Zuflucht zur Gewalt genommen und selbst Gerechtigkeit geübt. Sie vertheidigten sich, in Bytom (Beuthen) vor Gericht gestellt, infolge ihrer Unkenntniss der deutschen Sprache ungemein schwach und wurden fast sämmtlich zu schweren Strafen verurtheilt*)

Aehnliche Thatsachen, die überall dort stattfinden, wo eine Nationalität eine bevorzugte Stellung gegenüber einer Anderen einnimmt, geben einigen Anhängern des Sozialismus — ich meine hier mehrere ruthenische Schriftsteller — Anlass zu einer nationalen Richtung, wobei mehr Gewicht auf die Nationalitätenabgrenzung, als auf die strenge Vereinigung der Kräfte in dem Kampfe mit unserem gefährlichsten Gegner gelegt wird. Sie säen die Uneinigkeiten dort, wo die strenge Solidarität herrschen soll, und erleichtern auf diese Art, wider ihren Willen, den Gegnern die Arbeit. Sie vergessen vollständig, dass der Despotismus sich immer auf den Grundsatz „divide et impera" gestützt hat, und indem sie die Nationalitätsstreitigkeiten hervorrufen, fördern sie den Zwiespalt und verlängern die Herrschaft der Gegner.

B. Limanowski.

II. Russland.

Die geringe Zeit, die mir für den Bericht über die sozialrevolutionäre Bewegung in Russland zur Verfügung steht, und der Raum, auf welchen ich diesen Bericht nothwendigerweise zu beschränken habe, veranlassen mich, nur einige wenige charakteristische Züge derselben anzuführen, nur auf diejenigen Seiten im modernen ökonomischen und politischen Leben Russlands Bezug zu nehmen, die von der Umgebung, welche den Charakter der Thätigkeit der sozialistischen Partei in Russland bedingt, ein Bild zu geben im Stande sind. — Aber selbst bei dieser Einschränkung fürchte ich, dass der Bericht unverhältnissmässig lang werden dürfte gegenüber den Berichten über die soziale Bewegung in Ländern, die bei weitem zivilisirter sind als Russland, und in denen der Sozialismus bei weitem festeren Boden gefasst hat. Indessen

*) Vergleiche Bericht über Deutschland pag. 187. Die Red.

dürften es einige besondere Umstände rechtfertigen, dass der sozialistischen Bewegung in Russland besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vor Allem ist in Betracht zu ziehen, dass ein militärisch-despotischer Staat, wie das Reich der Romanows, die fortschrittliche Bewegung der westeuropäischen Nationen gewaltig hemmen muss, dass somit die Vernichtung des Absolutismus in diesem Reiche und das Hineinziehen der von demselben unterdrückten Völkerschaften in die sozial-revolutionäre Bewegung der fortgeschritteneren Länder für die weitere Kulturentwicklung der Letzteren von äusserster Wichtigkeit ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die Sozialisten anderer Länder gewiss von Bedeutung, die Ansichten und die Taktik der russischen Revolutionäre und die Bedingungen, die diese Ansichten und diese Taktik bestimmen, genauer kennen zu lernen.

Die russische sozial-revolutionäre Bewegung ist erst sehr kurze Zeit bekannt, so dass infolge der mannigfachen Lebensäusserungen derselben ihre eigentlichen Grundzüge bisher nur leicht angedeutet werden konnten. Da aber die eigenthümlichen Verhältnisse, unter welchen die russischen Sozialisten zu wirken hatten, ihr einen besonderen Charakter beilegen mussten, der den Sozialisten Deutschlands, Frankreichs etc. fremd und unbegreiflich ist, so konnten solche beiläufige Andeutungen über einige originelle Erscheinungen in der sozial-revolutionären Bewegung Russlands bei unseren westeuropäischen Genossen eher Missverständnisse bezüglich des wahrhaften Charakters unserer Bewegung erregen, als Aufklärung schaffen. Aus diesem Grunde halte ich es daher für unbedingt nothwendig, wenigstens in allgemeinen Umrissen, das Wesen und die Ursachen der besonders charakteristischen Züge unserer Bewegung zu erläutern, sowie die Anschauungen der bestehenden, oder richtiger, der gegenwärtig agirenden sozialistischen Fraktionen und deren Entstehung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es sind das Fragen, die von den Berichterstattern über die sozial-revolutionäre Bewegung anderer Länder eher umgangen werden dürfen, die aber eine Darstellung der russischen Bewegung innerhalb eines grösseren Zeitraumes nicht unbeachtet lassen darf. Eine Aenderung in den prinzipiellen und taktischen Ansichten vollzieht sich nämlich in den sozialistischen Fraktionen der fortgeschritteneren Länder aus naheliegenden Gründen nur sehr allmählig.

Anders dagegen in Russland. Wenn man unter dem Worte „Partei“ eine Kollektivität versteht, die auf Grund eines in prinzipieller und praktischer Beziehung vereinbarten einheitlichen Programms zusammengeht, so wäre die Bezeichnung für die sozialistischen Gruppen in Russland vorläufig kaum anwendbar, unsere Partei befindet sich im P r o z e s s e d e r B i l d u n g. Die Elemente, aus denen sie sich zusammensetzt, sind sehr beweglich und noch immer beschäftigt, aus Extremen und Widersprüchen heraus zu einem Programm zu gelangen, das vermöge seiner inneren Einheitlichkeit und seiner Uebereinstimmung sowohl mit den Ergebnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, als auch mit den sozialen Verhältnissen Russlands der Propaganda und Agitation als fester Stützpunkt dienen könnte. Seit der Veröffentlichung des Artikels des Herrn P. L. im ersten Bande dieses Jahrbuches sind in den damals dominirenden Fraktionen so wesentliche Veränderungen sowohl in Betreff ihrer Zusammensetzung, als auch in den Programmfragen vor sich gegangen, dass wenn man diese Erscheinungen um-

gehen und die Hauptaufmerksamkeit auf die einfache Aufzählung hervorragender Ereignisse konzentriren wollte, dies nichts anderes hiesse, als die Leser in Bezug auf eine der wesenlichsten Seiten der sozial-revolutionären Bewegung Russlands in Unkenntniss zu lassen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, will ich schon jetzt einer Gruppe Erwähnung thun, auf deren Betrachtung mein Bericht nicht eingehen wird. Diese Gruppe ist die der ukrajner Sozialisten, deren Organ die von M. Dragomanow redigirte „Hromada" ist. Die Motive, weshalb ich die Ansichten und die Thätigkeit dieser Gruppe nicht zu berühren gedenke, sind folgende: erstens unterrichten Dragomanow und seine Genossen das europäische Publikum selbst über ihre Anschauungen und ihre Thätigkeit, (siehe „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" und „Révue Socialiste"); zweitens müsste ich angesichts des Antagonismus eines Theiles der russischen und polnischen Sozialisten gegenüber dieser Gruppe auf die Untersuchung der differirenden Ansichten eingehen, was meinen Artikel bedeutend ausdehnen würde; drittens, und das ist der Haupt-grund, muss ich gestehen, dass ich mich nicht für kompetent halte, die streitigen Punkte zu entscheiden, da ich infolge sehr geringer Kenntniss der ethnographischen und ökonomischen Eigentümlichkeiten der Ukrajner den eigenartigen Standpunkt der ukrajnischen sozialistischen Gruppe weder kontroliren noch sorgfältig durchdenken kann. Indessen darf ich jetzt schon die Thatsache konstatiren, dass die meisten Gegner der Gründung einer speziell ukrajnischen sozialistischen Partei einzugestehen beginnen, dass wenigstens für die Bauernschaft die Schaffung einer kleinrussischen Presse nothwendig ist. Ebenso beginnt die Mehrzahl der russischen Sozialisten, die entschiedensten Gegner der Gruppe der „Hromada" nicht ausgenommen, anzuerkennen, dass für diejenigen Gebiete, die nach der ökonomischen Lage, den ethnographischen Eigenheiten und den Traditionen der Mehrzahl ihrer Bevölkerung sich unterscheiden, die Gründung besonderer Organisationen nothwendig ist. Was die ihr zugeschriebenen eng nationalistischen Tendenzen anbetrifft, die für sie von höherem Interesse sein sollen als die ökonomischen Fragen des Sozialismus, so wird der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Vorwurfs sich, wie mir scheint, erst nach dem Sturz des Absolutismus erweisen, sobald das Verbot einer Presse in kleinrussischer Sprache aufhören und ein regelmässigerer und offener Parteikampf ermöglicht sein wird. Ich persönlich glaube auf Grund dessen, was ich in den Veröffentlichungen der „Hromada" zu lesen und mündlich von den Repräsentanten dieser Gruppe zu hören bekam, dass diese Vorwürfe theilweise auf Missverständnissen, theilweise aber auch auf einigen Stellen der betreffenden Schriften beruhen, die wirklich die Bedeutung der nationalen Fragen zu hoch anschlagen.*) Dieses Letztere ist aber einerseits durch die Polemik gegen Sozialisten anderer Richtung bedingt, andererseits wohl dem Eintritt solcher Elemente in die Reihen der ukrajnischen Sozialisten, die wirklich zu nationalistischen Tendenzen hinneigen. In dieser

*) Unzweifelhaft hat die Art der Polemik des Herrn Dragomanow nicht wenig dazu beigetragen, die Beziehungen der russischen und polnischen sozialistischen Gruppen ihm gegenüber zu verschärfen.

Beziehung theilen die ukrajnischen Sozialisten das Loos anderer Gruppen in Russland, die nolens volens mit dem Absolutismus rechnen und in ihren Reihen oder wenigstens um sich herum Leute dulden müssen, die eher zum politischen Radikalismus, als zum Sozialismus neigen.

Das ist Alles, was ich über die Gruppe der ukrajnischen Sozialisten sagen kann.

Wenn ich also im Berichte von der sozial-revolutionären Bewegung in Russland spreche, werde ich damit diejenigen Elemente meinen, welche zwar den verschiedensten Nationalitäten des Reiches entstammen, nichtsdestoweniger aber aus verschiedenen Gründen ihre Mitwirkung bei der Organisation der Presse nur der in grossrussischer Sprache gehaltenen gewidmet und sich unter dem Namen der „russischen sozial-revolutionären Partei" in ein Ganzes vereinigt haben.

I.

Eine der Haupteigenthümlichkeiten des modernen Russland besteht darin, dass es eine Uebergangsform aus der leibeigenschaftlich-absolutistischen Ordnung in eine neue Organisation des ökonomischen und politischen Lebens des Landes darstellt, ein buntes Gemisch von abgelebten, anwachsenden und solchen Elementen, von denen noch nicht genau gesagt werden kann, ob sie fähig sind, die weitere Entwicklung des Volkswohls zu fördern oder ob sie den baldigen Uebergang zu einer höheren Zivilisationsform nur hemmen. Jede Partei, die unter solchen Umständen wirkt, wird bewusst oder unbewusst, die mannigfachen sich einander durchkreuzenden Einflüsse einer solchen Umgebung in sich wiederspiegeln. Hier ist auch die Erklärung der unvermittelten Gegensätze bei Aufstellung von Programmen zu suchen, die wir in den Elementen der russischen sozialistischen Partei bemerken, sowie der auf den ersten Blick sonderbaren Erscheinungen, welche die Herren P. L. (erster Band des Jahrbuchs) und Pawlik (Bericht über die soziale Bewegung in der Ukrajne) erwähnen.*) Da wir ausser Stande sind, diese Bedingungen hier ausführlich zu betrachten, so wollen wir uns nur mit der Aufzählung derselben begnügen.

Vor Allem darf der Umstand nicht vergessen werden, dass die thätigen und organisirten sozialistischen Gruppen sich bisher hauptsächlich aus Mitgliedern der privilegirten Klasse zusammensetzten und zwar grösstentheils aus der Studentenschaft. Im Anfange der siebziger Jahre aber bestand die sozialistische Avantgarde, wenn man sich so ausdrücken darf, im Ganzen aus einigen Dutzenden von Mitgliedern, die entweder den privilegirten Klassen schon angehörten oder sich verbreiteten, mittelst Universitäts- und anderer Diplome in diese Klasse einzutreten, und daher ihrer eigenen demokratischen Atmosphäre schon fremd waren. Diese Eigenthümlichkeit in der

---

*) Der erste Autor erwähnt das Bestehen von Gruppen, die sich sowohl zur Wissenschaft, als einer nothwendigen Grundlage der sozial-revolutionären Thätigkeit, als auch zur Propagirung des Sozialismus überhaupt negativ verhielten; der Zweite kritisirt die geheime Gesellschaft, die von Stephanowitsch unter den Tschigiriner Bauern im Namen der kaiserlichen Gewalt gegründet wurde, mit scharfen Worten.

Zusammensetzung des sozialistischen Kontingents in Verbindung mit den sozial-politischen Bedingungen des Landes drückten der ganzen Bewegung einen eigenartigen Stempel auf.

Um sich herum einerseits nur die schrankenlose Willkür der Regierung, das zügellose Spiel der räuberischen Instinkte der Repräsentanten des alten Adels, sowie der aus Advokaten-, Industrie- und bäuerlichen Wuchererkreisen hervorwachsenden Bourgeoisie, andererseits aber in vollständiger Demoralisation begriffen, die Universitäten, die Semstwos (Landesvertretungen), die Gerichte, Städteverwaltungen, die Presse — kurzum eine ganze vom Streberthum, von knechtischster Unterwürfigkeit vor den Regierenden durchdrungene Gesellschaft; umgeben, sagen wir, von einer so dumpfen und verpestenden Atmosphäre, musste diese nicht zahlreiche und dazu zerstreute Jugend einen unüberwindlichen Hang empfinden, jedes Band mit dieser demoralisirenden Umgebung, mit allen ihren Verführungen und Privilegien zu zerreissen. Der Charakter ihrer Weltanschauung, sowie die an sie gelangten fragmentarischen Kenntnisse von der Internationale wiesen direkt auf die Bauern- und Arbeiterwelt, als auf die für ihre Ideen günstigste Sphäre hin. Angesichts der Bedingungen, unter welchen in Russland eine Propaganda im Volke stattfinden kann, bei dem Misstrauen, welches das Volk gegenüber den „Herren" hegt, musste alsdann die Idee einer innigeren Vereinigung mit dem Volke nicht nur dahin führen, den Universitätssaal überhaupt zu verlassen, sondern auch der Befriedigung der einem entwickelten Menschen fast unentbehrlichen Bedürfnisse, der geistigen Vervollkommnung, die in den Augen des russischen Bauern ebenfalls ein Attribut „des Herrenstandes" ist, zu entsagen. Von vornherein wurde aber diese Verzichtleistung auf die Wissenschaft nicht als ein für alle neubekehrten Genossen obligatorisches Prinzip betrachtet. Als aber die seitens der Pissarev'schen Propaganda der individuellen geistigen Selbstvervollkommnung, als des rationellsten Mittels zur Vervollkommnung Aller, auferzogenen Elemente begannen, dieses Schlagwort zum Deckmantel zu gebrauchen für ihren Indifferentismus gegenüber den unnatürlichen Missbildungen der umgebenden Wirklichkeit, sowie für ihre Bestrebungen, mittelst Diplomen eine glänzende Karrière zu machen, als sich ferner gegenüber dem Ruf, die Universität zu verlassen und in die Volksreihen zu treten, selbst sozialistische Stimmen zu Gunsten einer vorhergehenden streng-wissenschaftlichen Vorbereitung erhoben, da nahm das erwähnte negative Verhalten zur theoretischen Selbstvervollkommnung die extreme Form an, welche Herr P. L. erwähnt. Wie dürftig unser Wissen auch sein mag, sagten die Repräsentanten dieser Richtung, dem Volke wird Niemand auch nur soviel mittheilen. Es ist Zeit, in den Massen wenigstens diejenige Summe von Ideen und Begriffen zu verbreiten, die wir auf Kosten des Volkes erworben haben. Unter den modernen sozialen Verhältnissen dient die Wissenschaft hauptsächlich als Werkzeug zur Ausbeutung der Massen, und bei ihrer Unzugänglichkeit für die Letzteren wird die Erwerbung vieler Kenntnisse die geschichtlich entstandene unabsehbare Kluft zwischen uns und dem Volke nur noch vergrössern. Unsere Schuld gegenüber den Millionen der ausgebeuteten Masse ist so ungeheuer, und ihre Abzahlung so dringend, dass wir unmöglich länger säumen dürfen. Dieses Gefühl der Verantwortlichkeit für die Ungerechtigkeiten, welche die

unterdrückten Massen im Verlaufe von Jahrhunderten erlitten, und das Bedürfniss, die Sünden der Väter am Volke zu sühnen, waren Ende der sechsziger und Anfang der siebenziger Jahre den besten Leuten Russlands so eigen, dass sie sich sogar in der damaligen leitenden legalen Presse wiederspiegelten. In den bekannten „Historischen Briefen“ Mirtow's, die, so viel ich mich erinnere, im Jahre 1868 erschienen und die Jugend seiner Zeit im besten Sinne des Wortes aufregten, sind eine grosse Anzahl von Seiten der Schilderung dieser unzählbaren Sünden der privilegirten Minorität am unterdrückten Volke gewidmet.

Einerseits also die Abneigung gegen die privilegirte Gesellschaft und das Verlangen, in dem Kreise, der den Idealen mehr entsprach, einen Halt zu finden, andererseits das leidenschaftliche Streben, dem Volke, dessen Unterdrückung die Grundlage der ganzen modernen Zivilisation bildet, zu helfen — das sind die Ursachen, welche im Verein mit dem Misstrauen des Volkes gegen die „Herren“ und den speziellen politischen Bedingungen der Propaganda in Russland zu Anfang der Bewegung grade im besten Theile der Studentenschaft das negative Verhalten zur ernsten wissenschaftlichen Selbstentwicklung hervorrufen musste.

Die gleichen sozial-ökonomischen Ursachen und die Ausnahmestellung dieser Handvoll, in dem umfangreichen Sumpf, der russische Gesellschaft heisst, zerstreuten Menschen erzeugten noch ein weiteres Extrem in der sozialrevolutionären Bewegung Russlands. Die unnatürlichen Lebensbedingungen in diesem Staate und das vollständige Fehlen energischer und organisirter Proteste seitens der Gesellschaft und des Volkes, die allgemeine knechtische Gesinnung der Ersteren und die schreckliche Stumpfsinnigkeit des Letzteren — das Alles musste das Bedürfniss in's Leben rufen, einen neuen Typus von Leuten zu bilden und zu sammeln, eine Anzahl von Kämpfern, die vor keinerlei Hindernissen, vor keinerlei Opfern stehen bleiben, — von unerschrockenen Leuten, die nicht nur den Quälereien in den Händen des Feindes Stand zu halten (wozu Rachmetow im Roman Tschernischewsky's sich vorbereitete), sondern auch zum offensiven Kampfe fähig sind. Dieses Bedürfniss war nun auch e i n e der Ursachen, welche die Extreme der sogenannten aufrührerischen Richtung erzeugten. Wenn sich die Leser nur einen Augenblick in die Lage der Handvoll russischer Sozialisten im ungeheueren Reiche Alexander II. hineindenken, so werden sie es begreifen, dass sich unter den Sozialisten das Bedürfniss fühlbar machte, eine solche Avantgarde von Kämpfern zu schaffen, die sich nicht fürchten würde gegen schreckliche Uebel — schreckliche Mittel anzuwenden, die fähig wäre, durch völliges Aufgehen ihres eigenen Daseins im Kampfe für die Volksinteressen und durch ihre unerschrockene Kühnheit eine Bresche in den gesellschaftlichen Indifferentismus zu legen und die Massen nach sich zu ziehen.

Die bekannte Begeisterung eines kleinen Theiles der russischen Sozialisten für den Krieg im Orient erklärt sich allerdings vor Allem dadurch, dass man durch persönliches Eintreten für die Freiheit der Slaven das Band zwischen den russischen Sozialisten und den besten Repräsentanten der betreffenden Nationen zu bekräftigen und auf diese Weise den Liebäugeleien Alexander II. und der Slavophilen mit den verwandten Völkern ein Gegengewicht zu verleihen suchte. Ebenso richtig ist aber auch, dass

ein weiteres Motiv dieser Begeisterung das erwähnte Bestreben war, für Russland ein Kontingent unternehmender Organisatoren unmittelbar revolutionärer Handlungen zu schaffen. Die sozialistische Jugend, die nach der Herzegowina und Montenegro (wohlbemerkt, nur bis zur Theilnahme der Regierung am Kriege mit der Türkei) zog, glaubte, dass der Unabhängigkeitskampf auf dem Balkan dieses Kontingent ausarbeiten werde. Die Ursachen des eigenartigen Charakters der modernen sozial-revolutionären Bewegung in Russland werden noch deutlicher ausgesprochen werden, wenn wir von der Darstellung der Zusammensetzung der sozialistischen Gruppen zu der der sozial-politischen Bedingungen übergehen werden, unter welchen sie zu arbeiten hatten.

Nach der Zusammensetzung der Bevölkerung und nach der Beschäftigungsart derselben ist Russland vorwiegend ein Ackerbaustaat. Gegen neunzig Prozent der Einwohner gehören der ländlichen Bevölkerung an. Bei diesem Ueberwiegen der Bauernschaft und der Landarbeit ist es natürlich, dass der Schwerpunkt sozialer Reformen in Russland nur in den Agrarverhältnissen liegen kann. Die Majorität der russischen Bevölkerung (inklusive der Weiss- und Kleinrussen) besitzt das Land in Form von Gemeindeeigenthum oder hat sich wenigstens die Traditionen dieser Besitzform lebhaft bewahrt, ihr gilt nur die Arbeit für die rechtmässige Quelle des Eigenthums, und sie sieht daher einer baldigen Neuvertheilung des gesammten Grund und Bodens mit Ungeduld entgegen, indem sie die Privatgutsbesitzer als Usurpatoren des öffentlichen Eigenthums betrachtet. Wieder ein neues, sehr schwer wiegendes Motiv für die Verlegung des wesentlichsten Theiles der revolutionären Thätigkeit auf das Land. Hier stösst man aber auf neue Faktoren, die den revolutionären Gedanken nach einer ganz entgegengesetzten Seite hin lenken. Alle Völker haben nämlich die Phase des Gemeineigenthums an Grund und Boden durchgemacht; sie alle haben seinerzeit den Verzweiflungskampf für die Beibehaltung desselben gekämpft; trotzdem ist es überall schliesslich doch zu Grunde gegangen. Ja Karl Marx beweist ausserdem auf Grund der Theorie der organischen Entwicklung der menschlichen Gemeinwesen die innere Nothwendigkeit des schrecklichen Prozesses der Expropriation des Grund und Bodens der Massen, um der Bourgoiszivilisation den Weg zu ebnen. Das russische Leben selbst bietet Erscheinungen genug, die auf die Unvermeidlichkeit der Vernichtung der Agrargemeinde und der Expropriation der Bauernschaft hinweisen. Angesichts aller dieser Thatsachen entsteht die für den aufrichtigen Menschen qualvolle Frage: Wenn dem so ist, wozu lebendige Kräfte für etwas einsetzen, das dem sicherem Untergang geweiht ist? Ist es nicht rationeller, sich auf andere, günstigere Elemente zu stützen? Der revolutionäre Gedanke wendet sich den Industriearbeitern zu. Zwar ist diese Klasse noch zu klein an Zahl für einen erfolgreichen Kampf, ihre Existenzbedingungen sind ihr selbst nicht klar, und es ist schwerlich darauf zu rechnen, dass sie unter solchen Bedingungen schon jetzt zum Mittelpunkt der sozial-revolutionären Bewegung werden könnte. Aber die westeuropäische Arbeiterbewegung mit ihren in steter Enwicklung begriffenen Theorien und Ideen, Alles kommt der lebhaften Einbildungskraft zu Hülfe, um ihr schon für die nächste Zukunft eine auf sozialistische Prinzipien sich stützende Arbeiter-Massenbewegung in

Russland auszumalen. Und selbst wenn keine Hoffnung vorhanden sein sollte, von der Verlegung des Schwerpunktes der revolutionären Thätigkeit in die Kreise der Industriearbeiter schon in nächster Zukunft ernsthafte Resultate zu erringen, so ist sie doch immer noch besser, als die Sisyphusarbeit einer Agitation unter der Bauernschaft, deren ökonomische Existenzbedingungen der Vernichtung geweiht sind, und die infolge ihres Festhaltens an den alten Gewohnheiten und der Beschränktheit ihrer Begriffe unfähig ist, die sozialistische Weltanschauung sich zu eigen zu machen.

Man wird sich unschwer vorstellen können, dass eine solche Fragestellung in einem Lande, wo auf 95 Millionen Einwohner kaum eine Million eigentlicher Industriearbeiter angenommen werden darf, dass die Befürwortung eines solchen Indifferentismus in Bezug auf die vielen Millionen Bauern eine Opposition hervorrufen muss, und zwar eine um so leidenschaftlichere, je schärfer der ebenbezeichnete Standpunkt formulirt wird. —

Endlich wollen wir noch einen Umstand andeuten, der die sozialistische Bewegung in Russland beeinflussen und die verschiedenen Elemente derselben von einem Extrem zum anderen verleiten musste. Es ist dies das unnatürliche politische System Alexander II., ein Absolutismus, der ein Gemisch von einer nach Zivilisation aussehenden Politur und rein barbarischer Eigenmacht in Bezug auf Alles, was mit Menschenwürde und Liebe zur Freiheit verwandt ist, darstellt. Wenn sich die Sozialisten im Anfange — einerseits unter dem Einflusse der Ideen der westeuropäischen sozialistischen Bewegung, andererseits in der Hoffnung auf eine bevorstehende grossartige, auf eine radikale, ökonomische und politische Umwälzung abzielende Volksbewegung — zu den Fragen der politischen Freiheit im liberalen Sinne indifferent erklärten, so haben doch die späteren blutigen Verfolgungen der sozialistischen Jugend und ihrer Beschützer nothwendigerweise eine Reaktion nach der entgegengesetzten Richtung hin hervorrufen müssen. — Diese Reaktion zeigt sich mit besonderer Schärfe erst seit dem Erscheinen der „Narodnaja Wolja"; thatsächlich war sie aber viel früher eingetreten.

Mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum wollen wir es bei diesen wenigen Andeutungen auf die aussergewöhnlichen Verhältnisse, die eine Reihe von Gegensätzen und Schwankungen in den sozial-revolutionären Gruppen unvermeidlich erzeugen mussten, bewenden lassen, und nunmehr zur Charakterisirung der beiden gegenwärtig wirkenden Fraktionen übergehen.

II.

Es mag wohl sonderbar erscheinen, dass diese beiden Fraktionen, deren Ansichten über die gegenwärtigen Aufgaben der sozialistischen Partei Russlands so schroff auseinandergehen, in gerader Linie von ein und derselben Gruppe — zu der sich nur einige wenige andere Elemente gesellten, die aber ihrer bisherigen Richtung entsagten — abstammen. Wir meinen die Gruppe der unter dem Namen Narodniky (Narodnik-Volksthümler) bekannten Revolutionäre. Wir konzentriren aber unsere Hauptaufmerksamkeit nicht nur deshalb auf sie, weil die gegenwärtig noch aktiven Elemente hauptsächlich aus ihr hervorgegangen sind, sondern auch weil sie seit ungefähr 1876 als der Sammelpunkt der lebendigen Kräfte der sozialistischen Partei erscheint.

Soweit es sich nach einigen Bemerkungen P. L.'s beurtheilen lässt, identifizirt derselbe die Ansichten der Gruppe der Narodniky mit den Ansichten Bakunins (dargelegt in der Beilage zu Bakunin's „Staat und Anarchie") und nimmt augenscheinlich an, dass gerade die Propaganda Bakunin's den Grund zur Richtung der Narodniky legte. Zweifelsohne haben einige sehr wesentliche Grundzüge seiner Propaganda auf die revolutionäre „Volksthümlerei" Einfluss ausgeübt, aber der Einfluss Bakunin's äusserte sich auch bei anderen Gruppen, die sich zur Volksthümlerei durchaus ablehnend verhielten, wie z. B. der Redaktion des „Radbotnik" (Arbeiter)*), die P. L. aus Missverständniss zur genannten Fraktion zählt. Dasselbe kann von der „Obschtschina" gesagt werden, deren Redaktion sich aus einigen Resten der in den Jahren 1873—1874 bestandenen Federation von in den Städten Kiew, Odessa, Moskau und Petersburg wirkenden Zirkeln und der Gruppe „Rabotnik" zusammensetzte. Die erwähnte Federation stellte in den Jahren 1873—1874 eine Uebergangsfraktion dar und verhielt sich zu den praktischen Ansichten Bakunin's noch ablehnender, als Einige aus der Gruppe des „Rabotnik". Trotz dieser Zusammensetzung ihrer Redaktion fand sich aber auch in der „Obschtschina" in prinzipieller Beziehung der Einfluss der Ideen Bakunin's wieder. In eben solcher Weise nahm auch die Volksthümlerei einige Ideen Bakunin's auf, und zwar Diejenigen, welche sich auf die revolutionär-pädagogische Bedeutung der kleinen Aufstände beziehen, im Uebrigen aber entwickelte sie sich hauptsächlich unter dem Einflusse besonderer, rein lokaler Verhältnisse und unterschied sich in sehr wesentlichen Punkten von der Bakunistischen Richtung.

Die Volksthümlerei (Narodnitschestwo) ist vor Allem eine Reaktion gegen das zu abstrakte Verhalten zur umgebenden konkreten Wirklichkeit, gegen die einseitige Beurtheilung der Erscheinungen des russischen Lebens, lediglich auf Grund von Theorien und Ansichten, die sich organisch aus den Verhältnissen des westeuropäischen Lebens entwickelten, welche letztere in Russland sich vorläufig erst im embryonalen Zustande befinden. Die Jugend, welche in den Jahren 1873—1874 den Hörsaal verliess, um die sozialistischen Ideen im Volke zu verbreiten, hatte sich die neueren Ideen der Philosophie, der Naturkunde und der Soziologie mehr oder weniger gut angeeignet, es war eine Seltenheit, dass Jemand die Werke von St. Mill — besonders seine politische Oekonomie mit den Bemerkungen Tschernyschewsky's — von Lassalle, Marx, Darwin, Spencer, Häckel, Vogt, Büchner und Buckle nicht gelesen hätte. Aeusserst gering aber war die Zahl derjenigen, die mit den Lebensbedingungen, mit der Geschichte, den Ansichten und Sitten des Volkes oder richtiger der Völker, unter welchen Propaganda oder Agitation zu entfalten beabsichtigt wurde, genau bekannt gewesen wären. Da aber neben der theoretischen Kenntniss des Landes auch die praktische

*) Der „Rabotnik" war das Organ derjenigen Gruppe, die sich vor Gericht (Prozess der 50) mit der Internationale solidarisch erklärte. Bald nach der Vernichtung dieser, der Moskauer, Gruppe ging auch der „Rabotnik" ein. Beide, sowohl der Moskauer Kreis, als auch die Redaktion des „Rabotnik" hatten die Nothwendigkeit der Propaganda und Agitation anerkannt. Zur ausschliesslichen, insbesondere prinziplosen, Putschmacherei verhielt sich die Redaktion des „Rabotnik" ablehnend, dagegen theilte sie die Ansichten Bakunin's in Bezug auf die Anarchie.

Verbindung mit der Volksmasse fehlte, so konnten die unmittelbaren Resultate des „In's Volk Gehen“ in vielen Beziehungen keineswegs erfreuliche sein; die allmälige Anpassung an den neuen Boden wurde noch dazu durch die politischen Verhältnisse der despotischen Monarchie äusserst erschwert, so dass eine sofortige Verbesserung der gemachten Fehler in vielen Fällen unmöglich war. Dank dieser Unkenntniss des eigenen Landes, begab sich die ungeheuere Mehrzahl der sozialistischen Jugend in's Dorf, ohne klare Vorstellung sowohl über die Bedingungen und Mittel einer revolutionären Thätigkeit im Volke, als auch darüber, von welcher Art die von dieser Thätigkeit zunächst zu erwartenden Resultate überhaupt sein konnten.

Thatsächlich glaubten, mit wenigen Ausnahmen, sowohl die Anhänger der reinen Propaganda, als auch die ausschliesslichen Anhänger der Aufstände — an das Bevorstehen einer Revolution. Die Einen wie die Anderen zweifelten nicht daran, dass das noch bestehende Gemeineigenthum an Grund und Boden die Einführung der sozialistischen Ordnung unter Vermeidung des bitteren Kelches der kapitalistischen Produktion ermöglichen werde. Wenigstens hatten die Letzteren das unklare Gefühl, dass wenn einmal im Lande eine solche ökonomische Organisation bestehen blieb, welche nach Befreiung vom staatlichen Drucke sich allmälig in eine sozialistische Ordnung umzuwandeln fähig wäre, dass wenn einmal im Volksbewusstsein ein ökonomisches Ideal existirt, das zum Ausgangspunkt für die Einbürgerung der sozialistischen Ideen im Volke dienen kann, die Thätigkeit der Revolutionäre hauptsächlich auf die Organisation der Massen im Namen dieses volksthümlichen, in ein klares, konkretes Programm formulirten Ideals gerichtet sein müsse. Ihre Gegner indessen, die das Gemeineigenthum an Grund und Boden und die Ansichten des Bauernstandes über das Gemeineigenthum ebenfalls als den Eckstein der modernen revolutionären Bewegung Russlands betrachteten, hielten nichtsdestoweniger die Konzentration aller Kräfte der sozialistischen Jugend auf die Verbreitung sozialistischer Ideen unter den Bauern für die allein zweckmässige Handlungsweise. Das war ein Extrem und zwar ein solches, das sich zu den damals herrschenden Ansichten über die sozial-revolutionäre Bedeutung des in Russland beibehaltenen Gemeineigenthums an Grund und Boden im schroffen Gegensatze befand. — Die damaligen „Buntary“ (Anhänger der kleinen Aufstände) waren konsequenter; aber auch sie hatten bei Weitem keine klare Vorstellung von all den logischen und praktischen Konsequenzen ihrer Ansichten über das Gemeineigenthum, wie ihre Anschauungen von den dem Volke innewohnenden sozialistischen Instinkten und dergleichen Tugenden beweisen. — Als Lassalle die Forderungen des allgemeinen und direkten Wahlrechtes und der Staatshilfe für Produktivassoziationen als Basis für soziale Reformen aufstellte, hielt er sich ausschliesslich an die ökonomische Seite der Frage, ohne dieselbe durch Kombinationen mit anderen Ideen, z. B. von den Volkstugenden, Volksinstinkten etc. ihrer bestimmten Form zu entkleiden. Und obwohl der Boden durchaus nicht durch eine vorhergegangene allseitige theoretische Propaganda vorbereitet war, obwohl die vorgeschlagenen Reformen dem Volksbewusstsein durchaus neu waren, hat Lassalle doch, seiner Ansicht von der sozial-politischen Bedeutung dieser Reformen getreu, den Weg der agitatorisch-organisatorischen Thätigkeit eingeschlagen.

Wie dem auch sei, beide Fraktionen hatten, obwohl in verschiedenem Grade, nur eine unklare Vorstellung von all den Folgen, die sich aus ihrer Ansicht von der sozial-revolutionären Bedeutung des in Russland noch bestehenden Gemeineigenthums an Grund und Boden und der Ansicht des Volkes vom Letzteren, als seinem rechtmässigen Eigenthum, das die „Pany“ (Herrn) ihm weggenommen, ergeben. Ungeachtet des vollständig verschiedenen Verhaltens beider Gruppen zur Propaganda und zu den Aufständen, glaubte dagegen die Mehrzahl ihrer Mitglieder an das Bevorstehen einer Revolution, die eine vollständige Umwälzung der ökonomischen und politischen Einrichtungen Russlands, die endgültige Abschaffung des Staates und den Uebergang nicht nur des ganzen Grund und Bodens, sondern auch aller Fabriken in die Hände der sich in weitverzweigte Vereine federirenden Bauerngemeinden und Arbeiter-Produktivassoziationen zur Folge wohl haben würde. Nicht minder charakteristisch ist auch der Umstand, dass sogar die erbittertsten Gegner der Propaganda doch nichts als letztere getrieben haben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das nöthige Kontingent organisatorischer und agitatorischer Leute noch nicht herangebildet worden war. Sie predigten eine ganz neue Art von Thätigkeit, für welche die geeigneten Leute noch nicht vorhanden waren, und auch noch nicht vorhanden sein konnten.

Die Periode der Enttäuschung, die Herr P. L. erwähnt, liess nicht auf sich warten. Die Propagandisten wurden in den Erwartungen über die Erfolge ihrer Propaganda, die Buntary in ihren Plänen, beide Richtungen in ihrer idealistischen Auffassung des Volkscharakters enttäuscht. Die Propagandisten stiessen im Volke auf Unwissenheit und eine Menge von Vorurtheilen, welche sein Verständniss für die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus auf's Aeusserste erschwerten. An eine baldige Verbreitung dieser Ideen in der Masse der Bauernschaft konnte nicht mehr gedacht werden, und die Hoffnungen auf eine allgemeine Revolution auf Grund der Ideen der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ erwiesen sich als Hirngespinste. Andererseits sahen die „Buntary“ eine so eingeschüchterte, abgestumpfte und immer nur von aussen — vom Czaren oder überhaupt irgend einem Wunder — Hilfe erwartende, ihren eigenen Kräften so wenig vertrauende Masse vor sich, dass die Aufgabe, sie mit einem Schlage zur bewaffneten Erhebung behufs Konfiskation des in Staats- und Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens und zur Bildung freier Gemeindeverbände hinzureissen, sich als ein bei Weitem schwierigeres Ding herausstellte, als es von vornherein schien, namentlich da Viele auf Erscheinungen, wie der Zerfall des Gemeindeeigenthums, Zwistigkeiten in den Gemeinden selbst und Antagonismus zwischen Dörfern und Bezirken stiessen. Unter dem Einfluss aller dieser Thatsachen machte sich die Nothwendigkeit geltend, die Thätigkeit der sozialistischen Gruppen den realen Bedingungen des Volkslebens genauer anzupassen, ein auf konkrete Thatsachen beruhendes Programm auszuarbeiten. Die Beantwortung dieser von den sozialistischen Gruppen selbst aufgestellten Fragen hing davon ab, welchen Gründen jede der Gruppen ihre Misserfolge und Enttäuschungen zuschrieb.

Nach einer langen Reihe innerer Kämpfe in jedem einzeln Kreise und zwischen den Kreisen unter einander bilden sich endlich zwei, von allen

möglichen Schattirungen umgebene Fraktionen: die Narodnitschesskaja (dem Volke ergebene, volksthümliche) und eine zweite, die keinen bestimmten Namen führt, deren Anhänger aber nach dem Redakteur des „Wperjod" (Vorwärts), Herrn Lawrow, Lawristy genannt werden, was übrigens, wie wir unten sehen werden, auf einem Missverständniss beruht. Die Erstere erklärte den geringen Einfluss der Partei auf das Volk aus dem Umstand, dass sie sich ihm mit Theorien nahte, welche Verhältnisse zur Voraussetzung haben, die von den Lebensbedingungen der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung des russischen Reichs wesentlich verschieden sind. Wir seien gewöhnt, unser Volk ausschliesslich durch das Prisma der westeuropäischen Zivilisation zu betrachten, denn unsere Erziehung beruhe hauptsächlich auf Anschauungen, welche die europäischen Gelehrten aus dem Studium der Geschichte und der Gegenwart der fortgeschrittenen Nationen gewonnen haben. Wir müssen uns vom Einflusse dieser Theorien des Westens befreien und unsere Handlungsweise ausschliesslich den Ansichten und Gewohnheiten unseres Volkes anpassen, die in Folge eines langen geschichtlichen Prozesses tief bei ihm eingewurzelt sind, und denen gegenüber jede Propaganda so lange machtlos ist, so lange die ihnen zu Grunde liegenden ökonomischen und politischen Bedingungen nicht beseitigt sind. Vor Allem sei nothwendig, den Muth des Volkes, sein Vertrauen zu seinen eigenen Kräften zu heben, es zu aktivem, solidarischem Kampfe zu erziehen; zu diesem Zwecke aber müsse man sich vorläufig mit den Vorurtheilen des Volkes aussöhnen und, ohne sich von Theorien, der Anarchie z. B., binden zu lassen, die Fahne der Bewegung äussersten Falles sogar im Namen eines mythischen Wohlthäter-Zaren aufpflanzen. Im Jahre 1876 brachte auch wirklich ein Delegirter südrussischer Gruppen eine Broschüre zum Abdruck nach Genf, in welcher der Gedanke entwickelt wurde, dass man die Pseudonymität (Ssamoswanstwo, fälschliche Annahme des Namens des Zaren), als ersten Impuls einer Volksbewegung in Anwendung bringen müsse. Da die Geschichte unserer Volksbewegungen an Beispielen erregenden Einflusses falschnamiger Agitatoren auf die Volksmasse reich ist, da andererseits eine sich einmal entladende Volksbewegung ein weites Feld für eine offenere und radikalere Propaganda eröffne, so sei darauf zu rechnen, dass die Bewegung schliesslich bis zur vollständigen Negation des Zarenthums gebracht werden würde. Die Redaktion des „Rabotnik" weigerte sich, in ihrer Druckerei die Broschüre herzustellen, und letztere ist daher auch nicht erschienen.

Während die einen Gruppen also zu solchen Ergebnissen gelangten, kam man in den Reihen der anderen Gruppen zu Schlussfolgerungen ganz anderer Art, die zwar in wissenschaftlicher Hinsicht sich sehr schön ausnahmen, sich aber vom ursprünglichen Standpunkt der Partei noch weiter entfernten, als die der neuen Fraktion der „Narodniky". Das Gemeineigenthum an Grund und Boden müsse unvermeidlich in Russland vernichtet werden und der Bourgeois-Wirthschaftsordnung Platz machen. Die Unvermeidlichkeit dieses Vorganges werde durch Thatsachen aus der Geschichte anderer Völker und aus dem Leben unseres eigenen Volkes bewiesen. Die Wissenschaft selbst beweise endlich die innere Nothwendigkeit der Vernichtung der patriarchalischen Gemeinden, welche Nothwendigkeit daraus hervorgeht, dass Letztere (einerseits infolge der gegenseitigen Zwietracht,

andererseits infolge der eingewurzelten Gewohnheiten und der patriarchalischen Lebensweise jeder Gemeinde für sich) unfähig seien, ein umfangreich organisirtes Gemeinwesen einzurichten. Die bäuerliche Gemeinde kann also nicht zum Ausgangspunkt der sozialen Bewegung in Russland dienen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist sie eine schon im Zerfall begriffene Einrichtung, die unvermeidlich unter dem Andrang einer Masse ihrem Fortbestehen ungünstiger Umstände, untergehen wird, und zweitens ist sie eine reaktionäre Einrichtung, deren Grundlagen auf Gewohnheiten und Anschauungen beruhen, die mit den modernen wissenschaftlichen Ausführungen über Fortschritt und Zivilisation in direktem Widerspruche stehen. Für die Revolutionäre ist also in der Bauernwelt keine Arbeit vorhanden.

Ausser den Fragen des urwüchsigen, primitivsten Grundbesitzes, sei Nichts im Stande, die Bauern zur Thätigkeit zu begeistern. Da der Bauerschaft ökonomische, politische und geistige Gewohnheiten innewohnen, die von der patriarchalischen Ordnung des Gemeineigenthums unzertrennlich sind, so ist sie ausser Stande, die neue, sozialistische, auf dem Boden der kapitalistischen Produktion entwickelte Weltanschauung sich anzueignen. Es bleibt folglich nichts Anderes übrig, als das Zentrum der sozial-revolutionären Thätigkeit gleich den westeuropäischen Sozialisten in die Kreise der Industriearbeiter zu verlegen und die Interessen der Bauernschaft dem natürlichen Gange der Geschichte zu überlassen.*) Der „Wperjod" indessen wies unermüdlich auf die der Gemeinde von Seiten des Staates und der jungen Bourgeoisie drohenden Gefahren hin, als auf einen Beweis, dass es nothwendig und die Pflicht und Schuldigkeit der Sozialisten sei, so energisch und so schnell wie möglich die Bauernschaft zu organisiren, um diesen Gefahren vorbeugen. Die oben charakterisirte Fraktion erhielt somit den Namen „Lawristi" augenscheinlich nur deshalb, weil einige ihrer angesehenen Vertreter früher dem Zirkel angehört hatten, der die Zeitschrift „Wperjod" herausgab und verbreitete.

Der praktische Einfluss dieser Gruppe wurde ungefähr vom Jahr 1877 an immer schwächer und schwächer, und die Zahl ihrer Mitglieder ging — soweit es sich übersehen lässt — bedeutend zurück. Ein bedeutender Bruchtheil der Industriearbeiter steht in zu enger Beziehung mit dem Dorfe, als dass er für eine solche Propaganda Sympathie fassen könnte. Aber auch die besten Vertreter der rein industriellen Arbeiterkategorie würden es nicht vermögen, einen solchen Standpunkt gegenüber dem Schicksal so vieler Millionen Menschen einzunehmen.

Es muss auch noch hinzugefügt werden, dass sich die Gruppe der „Lawristen" niemals durch Energie und Kühnheit ausgezeichnet hatte, sie war und bleibt in dieser Beziehung ein schwacher Konkurrent derjenigen Elemente, aus welchen die Fraktion der „Narodniki-Buntary" hervorging. In der sozialistischen studentischen Jugend gelang es ihr nur sehr selten, Erfolge zu erzielen, weil das unmittelbare Gefühl derselben sich gegen die

*) Es ist bemerkenswerth, dass sich unter dem Einflusse der Ansicht vom unvermeidlichen Siege der kapitalistischen Prinzipien in Russland schon in den Jahren 1871—1872 eine Gruppe bildete, die nach Amerika zu übersiedeln und dort eine sozialistische Ackerbaukolonie zu gründen beschloss.

Propaganda des völligen Indifferentismus gegenüber der ungeheuren Mehrzahl einer Bevölkerung sträubte, die trotz dem mehrere Jahrhunderte währenden Drucke der Regierung und der Leibeigenschaft, trotz aller Unwissenheit doch von Zeit zu Zeit ihren Protest äussert und aus sich selbst eine Menge von Sekten in's Leben ruft, von denen Viele in philosophischer Beziehung dem Rationalismus (der mit der materialistischen Richtung der modernen Wissenschaft nicht zu verwechseln ist) nahe stehen, und in sozialer Hinsicht die Unvereinbarkeit der bestehenden Ordnung mit den Ideen der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und der Gleichheit proklamiren.

Die Reaktion gegen die einseitig kosmopolitische Beurtheilung der Erscheinungen des russischen Lebens wuchs und verbreitete sich gerade durch den Kampf mit der oben erwähnten Richtung immer mehr. Analog diesem Kampfe in revolutionären Kreisen entspinnt sich auch, nur unter anderer Form, in der legalen Presse ein Kampf um dieselben Fragen. Aus leicht begreiflichen Gründen kann ich hier die den revolutionären Fraktionen entsprechenden Richtungen in der legalen Presse nicht genauer angeben. Die Reaktion greift schliesslich so um sich, dass jede Tendenz, die praktischen Forderungen der speziell russischen Lebensbedingungen mit den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus und den Ergebnissen der westeuropäischen Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen, als „Liebe zum Westen" (Sapadnitschestwo = Westthum) verschrieen wird. Die Taktik S t j e n k a R a s i n s und P u g a t s c h e w s, dieser bemerkenswerthen Volksagitatoren des 17. und 18. Jahrhunderts, wird den Revolutionären als nachahmungswürdiges Beispiel empfohlen. Als einziges Kriterium des revolutionären Werthes der Kampfesmittel wird das vollständige Uebereinstimmen derselben mit den v o l k s t h ü m l i c h e n Idealen und Ansichten anerkannt. Das Interesse an der westeuropäischen sozialistischen Bewegung nimmt bedeutend ab, da die Erfahrungen der westeuropäischen Völker, sowie die aus ihrer Geschichte gezogenen Lehren gar keine praktische Anwendung für die sozialistische Bewegung in Russland haben können.

Gehen wir auf die Standpunkte beider Fraktionen genauer ein, so finden wir, dass dem der Ersten der Gedanke zu Grunde liegt, dass eine Anpassung der Thätigkeit der sozialistischen Partei an dem organisch sich vollziehenden objektiv-geschichtlichen Entwicklungsprozess ü b e r h a u p t nothwendig ist; während die Andere von dem Gedanken ausgeht, dass das Programm der Sozialisten den historisch gewordenen Anschauungen und Idealen der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung entsprechen müsse. Auf das gehörige Maass zurückgeführt und in weniger extremer Form ausgesprochen, erscheinen beide Standpunkte als s i c h g e g e n s e i t i g ergänzende nothwendige Maassstäbe für jede Partei der Propaganda und des Kampfes.

Es ist gefährlich und auf die Dauer unmöglich, die unerbittliche Logik der Geschichte, die sich vom guten Willen einiger Hunderte von Leuten eben nicht lenken lässt, unbeachtet zu lassen; aber verfehlt wäre es auch, eine Organisation der Massen anzustreben, ohne das gegebene Niveau ihrer geistigen und moralischen Entwicklung, ohne ihre alltäglichen Interessen in Betracht zu ziehen. Aber bei den politischen Verhältnissen Russlands, bei dem Fehlen eines offenen Kampfes der Parteien, bei der Unmöglichkeit,

die Streitpunkte in der Presse und in Versammlungeu eiuer allseitigen Prüfung zu unterwerfen, war es schwierig, zu einem solcheu synthetischen Schlusse, wie der obenerwähute, gleich von vornherein zu gelaugeu; die Periode des Schwankens zwischen den beiden Extremeu musste länger dauern. Iu der ersten Nummer der „Semlja i Wolja" wird z. B. kategorisch behauptet, dass nur diejenige Partei eine Zukuuft habe, welche die vom Volke gehegten Ideale zur Grundlage ihres Aktionsprogramm nimmt, wobei der Schreiber des Artikels augeuscheinlich vergass, dass die Sozialisten Westeuropas anfangs (ja sogar jetzt noch) mit den republikanischen Idealeu der verschiedenen Völker, mit deu Sympathien des Volkes für alle möglichen sozialen Palliative — einen erbitterten Kampf zu führen hatten. In den darauf folgenden Nummern desselben Blattes wurde übrigens eine andere Argumentationsweise gegen die ultra-westeuropäische Richtung in's Feld geführt. Wir kommen darauf später uoch zurück.

Währeud die Fraktion der „Narodniki-Buntary" eine solche Macht erwarb, dass sie sogar im Stande war, ihre Richtung in Russland selbst und vor den Augen des Gensdarmeriechefs durch Drucksacheu zu propagiren, beginnt sich in ihreu Reihen ganz unbeabsichtigter Weise eiu ueues Element herauszubilden, das sich bald zu einer ganz selbstständigen Richtung entwickelu sollte.

Der organisirte Theil der Fraktion zerfiel iu zwei Gruppen: in eiue ländliche und eine städtische. Die Erstere bestand aus Leuteu, die sich in irgeud einem (übrigens umfangreichen) Distrikt in verschiedeneu Berufsarten unter den Bauern niederliesseu. Die städtische Gruppe setzte sich theils aus Leuten, die administrative Funktiouen erfüllteu, theils aus Propagandisten uuter der privilegirteu Jugend und den städtischen Arbeitern zusammen. Wie verächtlich sich auch viele Narodniki darüber äusserten, dass sich Sozialisten in den Städteu aufhielten — die thatsächlicheu Verhältnisse wareu doch ausschlaggebeud: das Bedürfniss nach einem besonderen Personale, das Pässe, Geldmittel, Zufluchtsorte und dergleichen zu besorgen hat; das Bedürfniss, die Reihen der Partei aus studentischen uud Arbeiterkreisen zu verstärken, brachte es mit sich, dass ein gewisser Theil der Kräfte in den städtischen Zeutren thätig sein musste. Uud eben diese Organisationsmassregel, diese Eintheiluug der Narodniki in zwei Gruppen, (der Verschiedeuheit der Thätigkeitssphäre gemäss), wurde unter dem Einfluss verschiedener Umstände schliesslich zum Ausgangspunkt des Zerfalls dieser Organisatiou in zwei verschiedeue Fraktionen.

Die städtische Gruppe, mit dem Regierungsmechanismus Alexander II. in viel uäherer und uumittelbarerer Berührung, fortwährend uuter den unmittelbaren Eiuflüssen der barbarischen Haudlungsweise der Agenten der höheren Administration — sowohl gegenüber deu schon Verhafteteu, den in den Gefäugnissen, iu den Zuchthäusern, in Sibirien sich befiudenden, als auch gegenüber deu sich bildendeu Studenteu- und Arbeiter-Zirkeln, kurz gesagt, unter den beständigen uumittelbareu Einflüsseu der Regierungswillkür, — begauu, den Regierungsagenten gegenüber aus der Defensive in die Offensive überzugehen. Die Gereiztheit gegeu die Regieruug und ihr weitverzweigtes Spionagesystem wuchs fast mit jeder Stuude, und geht, mit der Ermordung von Spionen beginnend, stufenweise in das System des sogenannten „rothen

Schreckens“ über. Sich immer mehr für den Kampf mit Regierungsagenten und höheren Repräsentanten der Administration begeisternd, beginnt die städtische Gruppe der Narodniki, ohne es selbst zu merken, die speziellen Bedürfnisse und die Nothlage der ländlichen Gruppe zu ignoriren; die Mittel und Kräfte werden immer mehr und mehr dazu verwendet, einen speziell regierungsfeindlichen Kampf zu organisiren, von der Terrorisirung ihrer Agenten anfangend bis zur Organisirung von Demonstrationen und Studentenaunruhen. Diese ausschliessliche Begeisterung der städtischen Gruppe für den Kampf mit der Regierung auf Kosten der Thätigkeit der ländlichen Gruppe rief in den Reihen der Letzteren bald Unzufriedenheit hervor, welche Unzufriedenheit aber, genau genommen, anfangs nicht in prinzipiellen Motiven wurzelte. Die städtische Gruppe war mit einem eigenen politischen Programm noch nicht aufgetreten und hatte selbst noch kaum eine Ahnung von diesem Ausgange ihrer Taktik. Sogar in der Broschüre „Tod für Tod“ waren dem politischen Radikalismus noch nicht, wie Herr P. L. meint, Konzessionen gemacht worden. Diese bei Gelegenheit der Ermordung Mesenzows veröffentlichte Broschüre erfuhr seitens Vieler, besonders der Emigranten, ganz falsche Deutungen und Vorwürfe. Genau genommen entwickelte sie indessen einen ganz rationellen Standpunkt über das Verhältniss der russischen Sozialisten zum modernen Regierungssystem.

Sie resumirt darin, dass es einer so barbarischen Regierung gegenüber, wie es die russische ist, keine anderen Kampfesmittel gibt, als die Terrorisirung ihrer Repräsentanten. So lange die Sozialisten, so zu sagen, keine bürgerlichen Rechte im russischen Staate besitzen, solange keine Einrichtungen getroffen werden, welche die Existenz der Bürger vor der zügellosen Willkür der Administration wenigstens einigermassen sichern, so lange werden die Sozialisten ihre Schläge gegen die höheren Würdenträger des Reichs, wie gegen eine Bande alleinherrschender Räuber, richten. Die in dieser Broschüre aufgestellten Forderungen hatten die Bedeutung von Vertragspunkten, die eine kämpfende Seite der anderen vorschlägt, nicht um die Feindseligkeiten einzustellen, sondern um ihren barbarischen, unmenschlichen Charakter abzuändern.

Freilich hatten sich in derselben Broschüre, infolge der Furcht, sie könne im liberalen Sinne gedeutet werden, auch Ausdrücke eingeschlichen, die eben zu falschen Erklärungen Veranlassung gaben.

Im Leitartikel der ersten Nummer der „Selmja i Wolja“ warnt aber derselbe Autor die Jugend, dass sie sich vom Terrorismus nicht zu weit hinreisen lassen möge, da Letzterer mit der sozialen Revolution, die ein Klassenkampf ist und die Organisation der unterdrückten Klassen voraussetzt, Nichts gemein habe.

Sei dem, wie ihm wolle, der weitere Verlauf des Kampfes in dieser Richtung brachte die städtische Gruppe schliesslich doch dahin, die Frage rein politisch aufzufassen. Allmälig tritt aus ihrer Mitte ein Element hervor, das sich dem System der Terrorisirung der Regierung am Meisten angepasst hat und sich, indem es die Leitung dieser Funktion nach und nach in seinen Hände konzentrirt, als „Exekutiv-Komite der russischen sozialrevolutionären Partei“ proklamirt. Die Prozesse des Jahres 1877 (der der „Fünfzig“ zu Moskau und der der „Hundertdreiundneunzig“ zu Petersburg)

und der Prozess der Wjera Sassulitsch erregten in liberalen Kreisen besondere Sympathie für die Sozialisten, wie die Ermordung Mesenzows und Krapotkins, dieser zwei allgemein verhassten Persönlichkeiten (der Erste als Gendarmeriechef, der Zweite als Organisator des Anfalls auf die Studirenden zu Charkow.*)), die Neigung der erwähnten Kreise, mit den kühnen sozialistischen Terroristen in nähere Beziehungen zu treten, noch verstärkten. Das Exekutiv-Komite, das sich ausschliesslich in der Führung des gegen die Regierung gerichteten Kampfes übte und danach trachtete, diesen Kampf auf breitester Grundlage zu führen, durfte wiederum die Sympathien der Gesellschaft nicht gering schätzen; dazu war es noch einerseits materieller Mittel bedürftig, andererseits fühlte es sich, einer isolirten Regierung gegenüber, viel mächtiger. Die allmälige Annäherung des Exekutiv-Komites an die liberalen Elemente musste auch schliesslich in seinem Programm Ausdruck finden, um sich die Sympathien und die Mitwirkung der Letzteren noch besser zu sichern, musste man die Frage der liberal-politischen Reformen noch schärfer präzisiren. Obgleich nun die „Semlja i Wolja“ thatsächlich in den Händen des Exekutiv-Komites sich befand, sah sich Letzteres schliesslich doch genöthigt, da sie einer ganzen Gruppe, in welcher Viele die Ansichten des Komites nicht theilten, als Organ diente, ein besonderes „Blättchen des Exekutiv-Komites“ herauszugeben (dieses Blättchen war bereits rein politischer Tendenz, was nach dem Attentate Solowjows auf das Leben Alexander II. ganz klar zu Tage trat). Aber in dem Maasse, als sich das Exekutiv-Komite immer mehr auf einen Kampf für liberal-politische Reformen einlässt, wachsen auch innerhalb der Organisation der „Narodniki“ die Meinungsdifferenzen ihm gegenüber, steigert sich in den sozialistischen Kreisen der Studentenschaft und der Städtearbeiter die Unzufriedenheit mit ihm. Im Frühling 1879 haben sich diese inneren Meinungsverschiedenheiten schon bedeutend zugespitzt, im Verlauf desselben Jahres werden einige Versuche gemacht, einen modus vivendi zwischen dem Exekutiv-Komite und der ländlichen Gruppe herzustellen und einer Zersplitterung durch gegenseitige Zugeständnisse vorzubeugen; zu Anfang des Herbstes aber wird auf dem zweiten Kongress dieser Fraktion (der erste hatte bereits im Sommer stattgefunden) die unvermeidliche Spaltung vollzogen — das Exekutiv-Komite schafft mit den sich ihm anschliessenden Elementen ein besonders Organ „Narodnaja Wolja“, deren Gegner — das Organ „Tschornii Peredjel“.

Den Lesern des „Jahrbuches“ ist das Programm der „Narodnaja Wolja“ bereits bekannt.**) Sie werden sich erinnern, dass darin die Propaganda zu Gunsten des Sozialismus und überhaupt die Verfolgung speziell sozialistischer Ziele in der Gegenwart als schädliche Vergeudung der Parteikräfte erklärt wurden. (Siehe erste Nummer der „Narodnaja Wolja“.) Die Redaktion richtete deshalb an alle sozial-revolutionären Elemente den Ruf, ihre ganze Energie, alle ihre Kräfte auf einen Punkt hin zu sammeln, nämlich auf die Niederreissung der gegenwärtigen Regierungsorganisation und auf die Ersetzung derselben durch eine solche, welche die elementaren

*) Er war es auch, der die im Zentralgefängniss Schmachtenden so marterte, dass sie sich entschlossen, entweder Hungertodes zu sterben oder Gleichstellung mit den gemeinen Verbrechern zu erwirken.

**) S. I. Jahrg. 2. Hälfte, pag. 367 u. ff.

bürgerlichen Rechte, wie Rede-, Assoziationsfreiheit etc., garantiren würde. In den folgenden Nummern stellt sie ein vollständig konkretes Programm auf, in welchem die Einberufung des „Semskji Ssobor“ (Versammlung der Landesvertretungen) die Hauptstelle einnimmt. Dabei wird in das Programm auch der Punkt wieder aufgenommen, dass die Propaganda und die Agitation unter den städtischen Arbeitern und der Bauernschaft zweckmässig und nothwendig sei. Der Einberufung des Semskji Ssobor wird nicht nur eine politische, sondern auch eine sozial-revolutionäre Bedeutung zugeschrieben, da die Bauernschaft allein, infolge ihres numerischen Uebergewichts 90 % der Delegirten in die National-Versammlung schicken werde. Eine derartige Zusammensetzung der National-Versammlung würde den althergebrachten, vom russischen Staate, resp. von der russischen Regierung bisher unterdrückten Volksidealen den Triumph sichern. Noch einige Generationen und unsere Bourgeoisie ist so weit organisirt, dass sie im Stande sein wird, mit den Parteien des Volkes erfolgreicher zu kämpfen als die moderne Regierung, die vorläufig die einzige Ausbeuterin der Volksmassen bildet, ohne irgend eine beträchtliche Stütze in der Gesellschaft zu haben.

Die ersten drei Nummern der „Narodnaja Wolja“ lassen bei sorgfältiger Lektüre folgende charakteristische Züge erkennen: 1) Ein Schwanken zwischen vollständiger Negation der sozial-revolutionären Thätigkeit im Volke und der Anerkennung ihrer Vernünftigkeit und Zweckmässigkeit sogar im gegenwärtigen Moment; 2) ein Schwanken zwischen einer rein liberal-politischen Agitation und den Tendenzen der Narodniki; 3) eine Argumentirung, die ausschliesslich auf Daten des russischen Lebens beruht, die alle analogen Erscheinungen in der Geschichte der westeuropäischen Völker wie auch die Schlussfolgerungen des modernen Sozialismus, welche der sozialistischen Arbeiterbewegung Westeuropas als Grundlage dienen, einfach ignorirt.

Die erste der erwähnten Eigenthümlichkeiten der „Narodnaja Wolja“ findet ihren Grund darin, dass es ihr selbst unklar war, welche Stütze sie lieber wählen sollte. Sie möchte gern die liberalen Elemente der russischen Gesellschaft auf ihre Seite ziehen, fürchtet aber dadurch die sozialistische Jugend und die städtischen Arbeiter von sich zu stossen. Den Ersteren zu Liebe muss das rothe Gespenst der sozialen Revolution aus dem Programm beseitigt werden; den Letzteren muss der Wink gegeben werden, dass die Fraktion der „Narodnaja Wolja“ keineswegs von der sozialen Revolution Abstand nimmt. Würden die Liberalen der neuen Fraktion hinlängliche Unterstützung leisten können, so wäre es auch möglich, die Tendenzen der sozial-revolutionären Gruppen ausser Frage zu lassen; aber unsere Liberalen sind mit seltenen Ausnahmen zu feig, es ist ihnen zu sehr um ihre Ruhe, Bequemlichkeit und um ihren Beutel zu thun, als dass sie für einen unerschrockenen Kampf, wie ihn das Exekutiv-Komite organisirt hatte, eine genügend feste Stütze abgeben könnten. Sowohl in der Bereitwilligkeit, Geldopfer zu bringen, als auch in der Hintenansetzung der eigenen persönlichen Sicherheit sind nun einmal die sozialistischen Elemente bisher unübertroffen; deshalb eben müssen ihre Sympathien und Tendenzen, die im Wesentlichen die der „Narodniki“ sind, in Rechnung gezogen werden. Daher kam es, dass in der zweiten und dritten Nummer der „Narodnaja Wolja“ das Vernunftgemässe einer Thätigkeit im Volke, wenn auch nur

einer auf Einberufung einer konstituirenden Versammlung abzielenden, anerkannt wird, und dass ferner Versuche gemacht werden, die liberal-politischen Forderungen mit den Anschauungen der „Narodniki“ über die sozial-revolutionäre Bedeutung der Bauern und ihrer Ideale, in einen logischen Zusammenhang zu bringen. Die ganze Taktik trägt den Stempel des äussersten Opportunismus; aber es wäre ungerecht, zu glauben, dass dieses System der Opportunität vorsätzlich und mit vollem Bewusstsein angenommen und gehandhabt worden sei.

Die unter Ignorirung der in Westeuropa gemachten Erfahrungen in dem Glauben an einen unausbleiblichen Triumph der Volksideale wurzelnden Ansichten der „Narodniki“ steckten augenscheinlich noch stark in den Köpfen der meisten Mitglieder der Gruppe der „Narodnaja Wolja“ und sind mit politisch-liberalen Bestrebungen verquickt worden. Die eingewurzelte Gewohnheit, mit Nachdruck unaufhörlich darauf hinzuweisen, dass die Entwickelungsverhältnisse Westeuropas und Russlands vollständig verschieden seien, erwies sich als ein sehr bequemer Ausgangspunkt für den Beweis, dass die Verlegung des Zentrums der sozialistischen Bewegung in die Sphäre der liberalen Politik — unter dem Namen der Staatsumwälzung — nützlich und nothwendig sei. Es habe sich herausgestellt, dass bei uns zwischen dem Volke und der Regierung keine gesellschaftlichen Zwischenschichten vorhanden seien, die zum organisirten Kampfe mit den sozial-revolutionären Elementen fähig wären, unsere Bourgeoisie werde nur vom Staate erzeugt und würde beim Untergang desselben (d. h. des modernen Regierungssystems) ohnmächtig die Herrschaft dem Volke überlassen. Demzufolge müsse auch von nun an die Parole des russischen Sozialismus die sein: Uebergabe der Herrschaft aus den Händen der jetzigen Regierung in die Leitung einer konstituirenden Versammlung, welche unbedingt volksthümlich sein werde. —

Verweilen wir nunmehr ein wenig beim Programm des „Tschornii“ Peredjel“, soweit es in der ersten Nummer seinen Ausdruck fand. Die wesentlichen charakteristischen Punkte desselben sind in drei Artikeln enthalten, von denen einer „Tschornii Peredjel“ betitelt ist. In demselben wird der Sinn dieser zwei Worte — die die leidenschaftliche Sehnsucht des Volkes nach einer neuen Vertheilung des ganzen Grund und Bodens auf gerechten Grundlagen ausdrücken — und das Verhältniss der sozialen Ideale des Volkes zu den sozialistischen oder kollektivistischen Idealen gründlich klargelegt. Der Verfasser erkennt die letzteren als das A und O des Fortschrittes in ökonomischen Dingen an, glaubt aber, dass die Anfänge einer Entwickelung nach der Richtung des vollen Kollektivismus im Gemeineigenthum gegeben seien. Deshalb sollten die russischen Sozialisten mit allen ihren Kräften dahin wirken, dass die dem Gemeineigenthum feindlichen Elemente beseitigt werden und eine naturgemässe Entwickelung desselben angebahnt werde. Das Maximum der gegenwärtig möglichen ökonomischen und folglich auch der sich ihnen wie Folge zur Ursache verhaltenden politischen Reformen sei darin gegeben. Nur indem wir die Institution des Gemeineigenthums in allen ihren Formen vertheidigen, können wir einen festen Boden auch unter den Bauern gewinnen, und diese Erkenntniss macht uns von selbst zu „Revolutionären — Narodniki“. Von

diesem Satze ausgehend, formulirt der Artikel die Aufgaben und Pflichten der sozial-revolutionären Partei in folgender Weise:

Möglichst baldige Zerstörung der im Volke allgemein verbreiteten Idealisirung des Zarenthums, Aufklärung des Volkes über die nothwendigen Folgen der vom ihm erwarteten agrarischen Umwälzung. Jede Gelegenheit benutzend, um das Volk zur selbständigen Thätigkeit zu erziehen, um es mittelst Propaganda durch Wort und That über den wahren Werth sowohl der gegenwärtig bestehenden als der von der Zukunft erhofften sozialen Verhältnisse aufzuklären, muss die sozial-revolutionäre Partei das Volk dahin bringen, dass das passive Erwarten des Tschornii Peredjel (schwarze Vertheilung, Vertheilung des Bodens) von oben in die active Forderung von „Land und Freiheit“ (Semlja i Wolja) von unten umgewandelt werde.

Dieselben Gedanken drückt auch der andere Artikel aus. Nur dass hier zwei Fragen kategorisch gestellt werden: 1) Ist eine volksthümliche revolutionäre Bewegung im Stande, die im Verlauf von Jahrhunderten zwischen Volk und Staat zur Geltung gekommenen Beziehungen abzuändern? 2) Wie verhalten sich die russischen Narodniki zum westeuropäischen Sozialismus? Die Erläuterung dieser beiden Fragen müsse eine der wesentlichsten Aufgaben des „Tschornii Peredjel“ sein. Der Artikel befasst sich hauptsächlich mit der zweiten Frage. Der Verfasser entwickelt zunächst, dass jeder Partei, welche die soziale Revolution im Interesse des Volkes und im Einklang mit den Ansichten und Idealen der Volksmasse auf ihre Fahne schreibt, die Bezeichnung des Narodnitschestwo (Volksthümlichkeit) beigelegt werden könne, welcher Name aber an und für sich noch absolut keine Vorstellung vom Charakter der bevorstehenden Umwälzung gäbe. So würde beispielsweise, wie s. Z. im alten Rom, heute im modernen Irland eine agrarische Umwälzung im Sinne der Volksansichten nur zu einer Wiedervertheilung des Eigenthums führen, ohne aber ein neues Prinzip in die Bewirthschaftung des Bodens hineinzutragen. In Russland aber, wo die Obschtschina (das Gemeindeeigenthum) die weitestverbreitete Form der bäuerlichen Eigenthumsinstitutionen bildet, würde eine agrarische Umwälzung zum Triumphe des höchsten Prinzipes der Eigenthumsverhältnisse führen, nämlich zur vollständigen Beseitigung der individuellen Ausbeutung des Bodens zu Gunsten der kollektiven. Infolge dessen sind die Sozialisten, wenigstens in dem Programmabschnitt, der die Grund- und Bodenfrage betrifft, die ächten Vertreter und Vorkämpfer der Volksbestrebungen und können sich mit vollem Rechte, ohne auf ihre wissenschaftliche Weltanschauung zu verzichten, r e v o l u t i o n ä r e N a r o d n i k i nennen, Narodniki in der besten Bedeutung dieses Wortes, d. h. ohne jegliche Beimischung reaktionärer Tendenzen. Die Gesellschaften, in denen Privateigenthum an Grund und Boden und industrielle Produktion herrschen, mit denjenigen vergleichend, wo (wie in Russland und, wenigstens bis zur Eroberung durch die Engländer in Indien) Gemeineigenthum an Grund und Boden überwiegt, kommt der Verfasser zu dem Schlusse, dass, um zum Kollektivismus überzugehen, die Ersteren das Fegefeuer der kapitalistischen Produktion passiren müssen, während die Letzteren sich unter günstigen Umständen organisch zu einer kollektivistischen Organisation entwickeln können. Schon der Charakter des Bodenbesitzes und der Arbeitsinstrumente verhindert die Ersteren, die

Produktion auf kollektivistischer, die Sozialisirung der Produktionswerkzeuge voraussetzender Grundlage zu organisiren; während bei den Gesellschaften letzterer Art das Prinzip der Assoziation aus der Sphäre des Bodenbesitzes auf die Industrie übergeht, wie es die Beispiele Russlands und Indiens zu der Zeit bewiesen, wo es einzelnen Personen noch nicht gelungen war, mit mit Hülfe des Staates Ländereien, Wälder, Bergwerke, Fischereien u. dgl. m. zu monopolisiren. Allerdings ist der gegenwärtige Zustand des Ackerbaues in Russland angesichts seiner noch in Anwendung kommenden Arbeitswerkzeuge der Entwicklung einer gemeinschaftlichen Exploitation der Aecker nicht günstig. Allein wenn die Bauern jetzt schon bei dem Heuen der Wiesen, bei Abholzung der Wälder, bei dem Bau von Kanälen und bei der Trockenlegung von Sümpfen Kollektivarbeit in Anwendung bringen, so unterliegt es keinem Zweifel, dass mit dem Grade der Zunahme der Bevölkerung und des Bedürfnisses nach intensiverer Wirthschaft die nothwendige Folge des Prinzips des Gemeineigenthums an Grund und Boden, die Sozialisirung des Ackerbaues unter Zuhilfenahme vervollkommneter Geräthe eintreten werde. Das auf den gesammten Grund und Boden ausgedehnte und dem zerstörenden Einflusse des Staates entzogene Gemeineigenthum liefert an sich bereits den Keim, aus welchem sich die sozialistische Ordnung organisch entwickeln werde; die russischen Sozialisten können daher die ökonomischen Forderungen des Volkes mit ruhigem Gewissen zum Losungswort ihrer eigenen Agitation bestimmen.

Es entsteht nunmehr die Frage, wie diese Forderungen zu verwirklichen? Die „Narodnaja Wolja“ schlägt vor, die Kräfte darauf zu konzentriren, dass eine Staatsumwälzung vorbereitet und durchgeführt, und die Regierung einer konstituirenden Versammlung übergeben werde.

Was stellt der „Tschornii Peredjel“ diesem Vorschlag gegenüber? Wenden wir uns zum „Briefe an die früheren Freunde“:

„Das ganze System der politischen Verschwörungen, der Erlangung der Regierungsmacht, das von den Jakobinern im Jahre 1789 in Gang gebracht wurde. . . . . kann als Beispiel dafür dienen, wie schwankend, von wie wenig Bestand die politischen Umwälzungen sind, die sich von oben „im Namen des Volkes“, aber ohne Initiative desselben vollziehen . . . .

„Die besten Männer Westeuropas haben den Sozialismus, in dessen Namen sie die Massen organisiren und vorbereiten, zur Losung genommen; sie erstreben die Organisirung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse mit Hülfe des Volkes und durch das Volk selbst.

„Die politische Freiheit verdammen wir nicht absolut, machen sie aber von einer vorausgegangen revolutionären Thätigkeit im Volke abhängig.“

Die Richtigkeit dieses Satzes in Bezug auf Russland geht daraus hervor, dass es in demselben keine Gesellschaftsklassen gibt, die ein leidenschaftliches Interesse an der politischen Freiheit hätten und dieselbe energisch zu erringen befähigt wären. Unter solchen Verhältnissen würde sogar eine militärische Verschwörung ohne durchgreifendes Resultat bleiben.

„Die politische Freiheit ist für den Mann des Volkes ein ebenso nothwendiges Bedürfniss, wie für den intelligenten Mann, nur mit dem Unterschiede, dass sie bei Ersterem mit anderen Bedürfnissen ökonomischen Charakters verwachsen ist. Diese Letzteren eben müsse jede sozial-revolu-

tionäre Partei in Betracht ziehen, wenn sie wirklich wünscht, dass die politische Freiheit vollständig garantirt und vor Usurpation seitens feindlicher Elemente geschützt werde. Das kann aber nur durch die Organisirung einer Kämpferpartei im Volke auf dem Boden der ökonomischen Verhältnisse, wie sie das Volk versteht, erreicht werden." —

Raumersparniss halber wollen wir auf die weitere Zitirung des im höchsten Grade interessanten Artikels verzichten. Der Verfasser deutet ferner die verschiedenen Phasen jeder revolutionären Bewegung und die charakteristischen Kardinalzeichen jeder dieser Phasen an und kommt zuletzt zu dem Schlusse, dass Russland gegenwärtig diejenige Epoche durchmache, welche der Revolution im engeren Sinne vorausgehe, es „müsse daher die nächste Aufgabe der Sozialisten die Organisirung der Kämpferpartei im Volke sein, deren Bedeutung wir schon oben erläutert haben."

Aus den wenigen von uns zitirten Stellen dürfte der Leser ersehen, wie ausgesprochen der „Tschornii Peredjel" in seinen Grundsätzen sowohl, wie in der Argumentationsweise von den in den Gruppen der Narodniki früher tonangebend gewesenen Tendenzen abweicht. Die Redaktion stellt sich vor Allem die Aufgabe, das Verhältniss des russischen Narodnitschestwo zum wissenschaftlichen Sozialismus festzustellen und erklärt den Letzteren als das souveräne Kriterium der Taktik und Ansichten jeder sozial-revolutionären Partei. Nicht deshalb müssen die russischen Sozialisten Narodniki sein, weil die Volksideale an und für sich heilig und unantastbar seien, sondern deshalb, weil Letztere in ökonomischer Beziehung wenigstens fähig sind, die Vorstufen des Sozialismus zu werden. Um ihre innige geistige Verwandtschaft mit der sozialistischen Bewegung im Westen zu dokumentiren, wurde beschlossen, der Zeitschrift den Namen „Organ der föderalistischen Sozialisten" zu geben, anstatt sie „Organ der revolutionären Narodniki" zu taufen. Ferner stützt sich der Nachweis von der Zweckmässigkeit einer volksthümlichen, auf die das Gemeineigenthum betreffenden Bauernideale basirten Bewegung nicht auf die wunderbare Macht der Volkstugenden und -Instinkte, sondern auf Thatsachen rein ökonomischer Natur: die Form des gemeinschaftlichen Bodenbesitzes müsse — nach Ansicht des Verfassers der ersten zwei Artikel — unter günstigen Umständen und bei einem gewissen Grade der Bevölkerungsdichtigkeit und der Intensität der Ackerwirthschaft, sich organisch in die gemeinschaftliche Bewirthschaftung des Bodens umwandeln; sie werde auf die übrigen Produktionszweige einwirken, unvermeidlich zur allgemeinen Sozialisirung der Volkswirthschaft führen, was aber seinerseits eine radikale Umwälzung in den Sitten und Begriffen des Volkes — im Sinne der Ideen der modernen fortgeschrittenen Wissenschaft über die Natur und den Fortschritt der Individuen und der Gesellschaften — zur Folge haben werde.

Wenn man auch die Ansichten des Verfassers über die organische Eigenschaft des Gemeinbesitzes an Grund und Boden, die sozialistische Ordnung zu schaffen, nicht theilt, so kann seine Argumentirung ein wissenschaftlicher Werth doch nicht abgesprochen werden: sie trägt die ausgesprochenen Merkmale der von Marx, Engels u. s. w. entwickelten Theorie des geschichtlichen Fortschritts. Die mystischen Vorstellungen von den Volksinstinkten sind hier durch eine Reihe von Folgerungen verdrängt, die

der wissenschaftlich materialistischen Weltanschauung in ihrer Anwendung auf die gesellschaftliche Entwicklung entnommen sind. Das ist jedenfalls ein äusserst wichtiger Schritt nach vorwärts seitens der Richtung der Narodniki. Ferner ist auch die Mehrzahl der im „Briefe an die früheren Freunde" entwickelten Argumente gegen die Konzentrirung der Parteikräfte auf den politischen Kampf gleichfalls der Wissenschaft, der Geschichte und den Erfahrungen Westeuropas entnommen, die früher als für die Bestimmung der Handlnngsweise der Sozialisten in Russland unmassgeblich erklärt wurden. Eine wesentliche Bedeutung hat schliesslich die Erklärung des Tschornii Peredjel, dass ausser der Agitation, d. h. dem nnmittelbaren Kampfe für die Tagesinteressen, die Propaganda des gesammten Ideenkreises des Sozialismus auch betrieben werden müsse, obwohl er über die der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklungsstufe Russlands unmittelbar entsprechenden Forderungen weit hinausgeht.

Wo sind nun die Ursachen für das Auftauchen dieses neuen Elementes mitten unter den Narodniki zu suchen?

Ich kann es nicht unternehmen, diese Frage vollständig zu lösen, und will mich nur auf Darlegung der nächsten und greifbarsten Ursachen dieser Erscheinung beschränken.

Erstens begann die Volksthümelei hier und da äusserst gefährliche Formen anzunehmen. Dasjenige, was die besten Vertreter dieser Richtung als ein unumgängliches Mittel, um im Volke die Initiative zum systematischen und organisirten Kampfe hervorzurufen, angenommen oder auch nur geduldet hatten, begannen Einige als Dogma, als etwas an sich Heiliges hinzustellen. So wurde z. B. der Satz von der Nothwendigkeit der Uebereinstimmung der Parteiprogramme mit den Volksansichten von Einigen in dem Sinne zu deuten versucht, dass die Sozialisten verpflichtet seien, sich dem Volke sogar in dem Falle anzuschliessen, wenn es aus seiner Mitte einen neuen demokratischen Zaren wählen wolle. Einer drückte sogar seine Unzufriedenheit damit aus, dass das Journal „Organ der föderalistischen Sozialisten" heisse, und zwar, weil es das Volk möglicherweise nicht wünschen werde, föderalistisch zu sein. Selbst die Beweise zu Gunsten des Gemeineigenthums begannen eine slavophile Schattirung zu bekommen. Derartigen Auswüchsen der Tendenzen der Narodniki gegenüber sahen sich die energischen und scharfsinnigen Vertreter dieser Richtung veranlasst, die allgemeine obligatorische Geltungskraft des modernen Sozialismus, als Richtschnur für die Sozialisten aller Länder, *in nachdrücklicher Weise* zu betonen.

Als zweite Ursache muss die Parteispaltung gelten. Um die undeutlich formulirten jakobinistischen Tendenzen der „Narodnaja Wolja" zu bekämpfen, musste nolens-volens der Kreis der Ideen und Thatsachen überschritten werden, der den Narodniki als spezielle Grundlage diente und von der terroristischen Fraktion so leicht ausgebeutet werden konnte. So musste man unter Anderem, um die Beweisführung des Satzes zu liefern, dass das Volk nur durch eigene Kraftanstrengungen die Freiheit erobern könne, und dass die Letztere vor Allem durch die ökonomischen Verhältnisse bedingt werde, nothwendigerweise zu den Thatsachen und Argumenten der westeuropäischen Wissenschaft seine Zuflucht nehmen.*)

*) Gelegentlich sei erwähnt, dass die schon angeführte Argumentation zu Gunsten

Endlich hat zu dieser Abweichung des Narodnitschestwo von seiner ursprünglichen Richtung auch der Umstand beigetragen, dass der Kreis des Tschornii Peredjel das Bedürfniss nach neuen Bundesgenossen fühlte und sich dazu entschloss, der Richtung der früher isolirt stehenden Gruppe des Journal „Obschtschina“ einige Konzessionen zu machen. Der aufmerksame Leser der ersten Nummer des „Tschornii Peredjel“ dürfte aus einigen undeutlichen und sich theilweise widersprechenden Stellen die Spuren des Kompromisses herausfinden.

Wie bekannt, war die erste Nummer des „Tschornii Peredjel“ kaum im Drucke erschienen, als die Druckerei in die Hände der Gesetzeswächter fiel. Schon vorher hatten einige sehr hervorragende Genossen Russland verlassen müssen. Ebenso waren in der Provinz mehrere Mitglieder verhaftet worden, so dass die neue Organisation auf diese Weise fast ganz zerfiel. Den noch unbehelligten Mitgliedern blieb nichts Anderes übrig, als in den Reihen derjenigen Elemente Bundesgenossen zu suchen, die sich dem „Tschornii Peredjel“ zwar angeschlossen hatten, aber ausserhalb der Organisation standen. Da ich es für unmöglich halte, auf die Elemente, aus welchen die neue Organisation entstand und auf die Geschichte ihrer Entstehung hier näher einzugehen, so will ich gleich zu der Frage übergehen, wie sich die weitere geistige Entwicklung der Fraktion gestaltete, deren unmittelbarer Begründer der „Tschornii Peredjel“ ist.

Eine einzige und noch dazu wenig verbreitete Nummer konnte selbstverständlich auf die allgemeine Richtung der Narodniki, was die erstrebte Säuberung derselben von den zu Tage getretenen gefährlichen Tendenzen anbetrifft, nur sehr geringen Einfluss haben. Zudem hat die Zeitschrift viele Fragen unerörtert gelassen, die durch die Parteispaltung angeregt worden waren und die Gemüther der Studentenschaft sowohl, wie auch der fortgeschritteneren Industriearbeiter erregt hatten. So musste zum Beispiel sogar der äusserste Gegner der „Narodnaja Wolja“ angesichts der beständigen Verhaftungen und Konfiskationen doch zugeben, dass ein vollständig negatives Verhalten der Sozialisten gegenüber der politischen Freiheit undenkbar sei. Unzweifelhaft ist aber auch, dass angesichts der Desorganisation des Volkes ein konstitutionelles Regime ihm keinen wesentlichen Vortheil bringen wird. Was war also zu thun? — Ferner wurde seitens einiger nahestehender Personen, die zwar unter dem Einfluss der Gegner einer agrarischen Revolution standen, aber doch diesen Standpunkt nicht ganz acceptiren konnten, die Frage von der Abschaffung des gemeinsamen Bodenbesitzes, sowohl in der neu organisirten Gruppe, als auch ausserhalb derselben, mit neuer Macht aufgeworfen. Endlich nahm das obenerwähnte Auftreten reaktionär-gefärbter Tendenzen noch zu. Es tauchten in den sozialistischen Kreisen sogar Leute auf, die die Absicht äusserten, eine religiös-soziale Volksbewegung in's Leben zu rufen. Diese Gährung der Geister machte es der neuen zentralisirten Gruppe der Narodniki zur Pflicht, ein Programm auszuarbeiten, das eine deutliche Antwort auf diese brennenden

---

des gemeinsamen Bodenbesitzes in ihren wesentlichen Punkten schon in der „Semlja i Wolja“ erschien, in den Artikeln nämlich, die aus der Feder desselben Verfassers herrührten.

Fragen enthielt. Nach Monate langen Diskussionen und Debatten wurde ein „Programm der grossrussischen sozialistisch-föderalistischen Partei" entworfen, das der Mehrzahl der bekannten Parteikreise in Petersburg, Moskau und theilweise in Kasan*), zur Berathung und Prüfung unterbreitet wurde. Von ihnen genehmigt, wurde es den seit Kurzem im Auslande wohnenden Genossen zugesandt, worauf nach einigen meist auf Missverständnissen beruhenden Auseinandersetzungen und nach einigen redaktionellen Abänderungen beschlossen wurde, dasselbe unter dem Namen „Programm der russischen**) föderalistischen Sozialisten", mit einem Erläuterungszirkular zu veröffentlichen. Gleichzeitig mit diesem Parteiprogramm arbeitete die Nachfolgerin der Organisation des „Tschornii Peredjel", die Gruppe des „nordrussischen Bundes der Semlja i Wolja" ihr eigenes Agitationsprogramm aus, welches vor einigen Tagen in der zweiten Nummer des „Tschornii Peredjel" erschienen ist. Obwohl das erste Programm noch nicht veröffentlicht ist, können wir doch, da die zweite Nummer des „Tschornii Peredjel" den Standpunkt desselben voll und ganz vertritt, einige Andeutungen über seinen Gesammtcharakter geben.

Mein Bericht hat derartige Dimensionen angenommen, dass ich auf die Motive, die den nordrussischen Bund der „Semlja i Wolja" veranlassten, für seine Organisation ein besonderes Programm herauszugeben, auf die Ursachen des Zustandekommens von zwei Programmen ein und derselben Richtung, wie auch auf die Entstehung einer speziell nordrussischen Organisation nicht näher eingehen kann. Hier will ich mich auf die Bemerkung beschränken, dass es nothwendig war — angesichts der obenerwähnten Gährung der Geister und Verwirrung der Begriffe — ein Programm zu veröffentlichen, das nicht nur den ökonomischen, sondern auch den politischen und philosophischen Tendenzen der Partei Ausdruck gibt, um auf diese Weise den Strömungen slavophiler oder religiös-sozialistischer Färbung jeden Zutritt zur Partei zu verschliessen. Da aber in einem solchen Programm die praktischen Forderungen des Tages, die den Lebensnerv jeder kämpfenden Partei bilden, in den Hintergrund treten mussten, sah man sich veranlasst, diesen Forderungen in einem besonderen Programm vollen Ausdruck zu geben.

Dieses Programm des nordrussischen Bundes der „Semlja i Wolja" lautet folgendermassen: „Seinen Jahrhunderte lang dauernden Konflikt mit dem Staate und den höheren Klassen hat das russische Volk durch die revolutionäre Formel ‚Land und Freiheit' (Semlja i Wolja) ausgedrückt. Diese Formel sollte als Einigungsdevise der revolutionären Intelligenzen mit dem unterdrückten Volke dienen. Die nordrussische revolutionäre Organisation, welche diese Formel auf ihr Banner geschrieben hat, hält es aber für ihre Pflicht, sie auf Grund der thatsächlichen Vorgänge und der Lehrsätze des modernen Sozialismus zu beleuchten und zu erweitern. Der Bund „Semlja i Wolja" erklärt sich daher solidarisch mit dem Programm der russischen föderalistischen Sozialisten und damit zugleich mit den Prinzipien der internationalen Arbeiter-Assoziation." Vom Standpunkte der

*) Durch Vermittlung eines Delegirten.
**) Das heisst der gross-, klein- und weissrussischen.

leitenden Prinzipien des Programms der russischen föderalistischen Sozialisten die verschiedenen Seiten der modernen gesellschaftlichen Verhältnisse in Nordrussland erwägend, hält der Bund „Semlja i Wolja“ für richtig:

a) Da die Bauernschaft in ökonomischer und numerischer Beziehung gegenwärtig die Hauptmacht in diesem Theile Russlands repräsentirt;

b) Da die Bauernschaft — ihren uralten Ansichten gemäss, dass die Arbeit die einzige Quelle alles beweglichen und unbeweglichen Eigenthums sei — das Eigenthumsrecht an Grund und Boden Niemandem zuerkennt, der ihn nicht selbst bearbeitet;

c) Da dieser Widerspruch zwischen den Rechtsanschauungen der Bauernschaft und denen der höheren Klassen darin seinen Ausdruck findet, dass erstere fast überall mit grösster Spannung die Grund- und Bodenvertheilung erwartet, d. h. die Uebergabe des Grund und Bodens aus den Händen der höheren Klassen in die der Landbevölkerung;

d) Da infolge des Umstandes, dass das Gemeineigenthum in Nordostrussland als die vorherrschende Form des bäuerlichen Bodenbesitzes beibehalten ist, der Uebergang des Grund und Bodens in die Hände des Volkes gleichbedeutend wäre mit Aufhebung des privaten Bodenbesitzes und Ersetzung desselben durch den kollektiven;

e) Da bei dem modernen Stande der industriellen Technik die Organisation der Gewerbe in Artels (Assoziationen) sich als Folge der gemeineigenthümlerischen, auf dem Boden des kollektiven Bodenbesitzes erworbenen Gewohnheiten des Volkes ergibt;

f) Da die arbeitende Bevölkerung in den Grossindustriezentren West- und Ostrusslands ihre Verbindungen mit dem Lande noch nicht aufgegeben hat und ihrer relativen Minderheit wegen nicht einmal im Stande wäre, ohne die Bauernschaft den Kampf für ihre Interessen aufzunehmen; —

so wäre auf Grund des Obengesagten ein möglichst baldiges Zustandekommen der vom Volke erwarteten agrarischen Revolution von wesentlicher Bedeutung, als Uebergangsstufe zur vollen Reorganisation der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage. Daher betrachtet es der Bund der „Semlja i Wolja“ als eine seiner Hauptaufgaben, seine Kräfte hauptsächlich auf das Land zur Agitation im obengedachten Sinne, sowie zur revolutionären Organisation der Volkskräfte zu konzentriren. Ferner erklärt der Bund als eine nothwendige Ergänzung der Thätigkeit auf dem Lande „die propagandistische, agitatorische und organisatorische Thätigkeit in den Reihen der Industriearbeiter; da aber in diesen Kreisen so allgemein verbreitete Forderungen, wie die der Bodenvertheilung an die Bauernschaft, nicht vorhanden sind, so sollen die Anlässe zur speziellen Unzufriedenheit, wie Bestrebungen auf Verminderung der Arbeitszeit, Vermehrung des Arbeitslohnes u. s. w., der Agitation zum Ausgangspunkt dienen.

Gleich seinem Hauptziele, der Agitation zu Gunsten der Bodenvertheilung, betrachtet der Bund die sozialistische Propaganda als ein äusserst wichtiges Mittel, um innerhalb der volksthümlich-revolutionären Organisation eine überzeugte, bewusste Minorität zu schaffen.

Da der heutige russische Staat die roheste und schamloseste Stütze der Ausbeutung der Massen ist, so hält der Bund den unmittelbaren Kampf

mit dessen Vertretern, den sogenannten politischen Terrorismus, für eine Nothwendigkeit; glaubt aber, dass die Konzentrirung der Hauptkräfte auf diesen Kampf seinen Grundanschauungen widersprechen würde. Sollte endlich ein konstitutionelles Regime wirklich eintreten, so wird der Bund die Aufregungsperiode dazu benützen, um bei den Wahlen Kandidaten mit sozial-revolutionärem Programm aufzustellen, damit das Volk durch das Verhalten der Parlamentsmajorität diesem Programm gegenüber anschaulich überzeugt werde, dass es nur von einer selbstständig durchgeführten Revolution etwas erwarten darf.

Das Programm des nordrussischen Bundes „Semlja i Wolja" erscheint als ein beredter Ausdruck der zum Bewusstsein der Mitglieder gelangten Nothwendigkeit, dass die sozial-revolutionäre Bewegung in Russland auf breiterer Basis beruhen müsse, als auf der der Bodenvertheilung. Indem er sich nur als einen Theil der sozialistischen Partei Russlands betrachtet und die Prinzipien der internationalen Arbeiter-Assoziation als für alle sozialistischen Gruppen ohne Ausnahme obligatorisch hinstellt, verzichtet der Verein auf die Prätention, die ganze revolutionäre Bewegung in den engen Rahmen seiner Aufgaben hineinzuzwängen, welche Bewegung in ihrer Gesammtheit eine sehr viel längere Zeitperiode beansprucht, als die aus der gegenwärtigen Lage der Bauernschaft folgenden Aufgaben. Diese Tendenz wird im Leitartikel der zweiten Nummer des „Tschornii Peredjel" in folgender Weise formulirt: „Während wir unsere Arbeit verrichten, d. h. die Bauern organisiren, bleibt die russische Industrie auch nicht auf demselben Flecke stehen. Die Noth reisst den Bauer von der Scholle und treibt ihn in die Werkstätte, in die Fabrik. Parallel damit wird auch der Schwerpunkt der ökonomischen Fragen in die Industriezentren verlegt. Die Vertheilung unserer Kräfte muss sich nach diesem organischen Prozess richten. Haben wir sowohl in den Fabriken wie auf dem Lande feste Wurzel gefasst, so nehmen wir eine Position ein, die nicht allein der augenblicklichen Lage, sondern auch dem ganzen ökonomischen Entwicklungsgange Russlands entspricht. Auf unserer Fahne die Devise: „Arbeiter, bemächtige dich der Fabrik; Bauer des Grund und Bodens", die revolutionären Organisationen der Industrie- und Landarbeiter in ein gemeinsames Ganze vereinigt, können wir dann den ökonomischen Veränderungen in Russland ihren natürlichen Lauf lassen, ohne Schwankungen nach der einen oder der anderen Seite befürchten zu müssen."

In demselben Artikel heisst es ferner: „Die mündliche und schriftliche Propaganda muss die Ideen der sozialistischen Revolution mit allen ihren Schlussfolgerungen und Konsequenzen in das Bewusstsein des Volkes hineintragen . . . . Die agrarische Revolution, wie sie in den Volkswünschen formulirt ist, stellt an und für sich nur ein Minimum dar gegenüber den Aufgaben und Forderungen des Sozialismus."

Was die Stellung zum politischen Aberglauben der Masse anbetrifft, so charakterisirt der Leitartikelschreiber der zweiten Nummer des „Tschornii Peredjel" die Ansicht der Redaktion in folgender Weise:

„In den Spalten des „Tschornii Peredjel" ist ein Programm unmöglich,

das in den Vorurtheilen des Volkes eine Stütze der sozial-revolutionären Thätigkeit sucht, das in denselben das Fundament der Volksbefreiung erblickt. Je schneller und gründlicher die Zerstörung der politischen Götzen des Volkes sich vollzieht, um so eher schlägt die Stunde seiner ökonomischen Befreiung. Die sozialistische Agitation muss diesen Zusammenhang stets im Auge behalten und darf keine Mühe scheuen, die politischen Vorurtheile der Massen zu bekämpfen. Nur unter dieser Bedingung werden die revolutionären Organisationen im Volke, die zugleich mit dem Bewusstsein des Volkes und mit seiner politischen Reife zunehmen, Dauerhaftigkeit und Lebenskraft besitzen." — Der Artikel drückt dem Kampfe für die politische Freiheit zwar seine Sympathien aus, betrachtet aber auch die andere Seite der Medaille:

„Erörtern wir die Frage sogar vom Standpunkte unseres Einflusses auf den Gang der politischen Ereignisse in Russland, so müssen wir doch der Thätigkeit im Volke allen anderen Aufgaben gegenüber den Vorzug geben, da sie die Quelle unserer Macht, unserer Erfolge im Kampfe mit den Feinden ist, deren wir im konstitutionellen Russland wahrlich nicht weniger haben werden als jetzt, und die alle Kräfte aufbieten werden, unsere Thätigkeit zu lähmen, unserer Propaganda Hindernisse in den Weg zu legen, uns ausserhalb des Gesetzes zu stellen."

Begnügen wir uns mit diesen Zitaten, obgleich dieselben zur vollen Charakteristik der neuen Strömung in der sozial-revolutionären Bewegung Russlands nicht ausreichen. Die charakteristischen Eigenthümlichkeiten dieser Strömung können in folgenden Sätzen zusammengefasst werden:

1) Wohl anerkennend, dass der Kampf zu Gunsten einer agrarischen Umwälzung gegenwärtig die einzig mögliche Grundlage zu sozial-politischen Reformen in Russland ist, dürfen die Sozialisten doch nicht ausser Acht lassen, dass der Sieg der ökonomischen Prinzipien der Bourgeoisie über die auf das Gemeineigenthum abzielenden Bestrebungen des Volkes wahrscheinlich ist, und sie daher jetzt schon verpflichtet sind, ihre Aufmerksamkeit auf die immer stärker werdende Klasse der Industriearbeiter, auf deren spezielle Interessen und Bestrebungen zu richten;

2) Als leitendes Prinzip zur Abschätzung der Mittel und Wege für die Thätigkeit in Russland gilt das Programm der internationalen Arbeiter-Assoziation; und

3) Müssen daher die russischen Sozialisten dahin streben, eine möglichst grosse Zahl bewusster und überzeugter Elemente im Volke zu schaffen, und die Vorurtheile des Letzteren nicht nur nicht schonen, sondern dieselben mittelst der vielseitigsten Propaganda zu bekämpfen suchen;

4) Obgleich die politischen Fragen den ökonomischen, von denen sie nicht zu trennen sind, durchaus untergeordnet sind, bleibt doch den Sozialisten angesichts des äusserst barbarischen Charakters des modernen Regierungssystems nichts anderes übrig, als einen Theil ihrer Kräfte speziell dem Kampfe mit dem Regierungsgewalten zu widmen, wobei aber nach wie vor die auf eine radikale ökonomische und politische Umwälzung hinwirkende Thätigkeit im Volke die Hauptaufgabe bildet.

Für die Charakteristik der Fraktion der „russischen föderalistischen Sozialisten" und des nordrussischen Bundes „Semlja i Wolja" ist endlich

der Beschluss von Bedeutung, dass für Distrikte, deren Bewohner in ökonomischen und anderen Existenzverhältnissen sich unterscheiden, die Bildung einer selbstständigen Organisation nothwendig ist. Der äusserste Zentralist muss zugeben, dass in einem Reiche, das Millionen Quadratkilometer umfasst und sich aus den heterogensten Bestandtheilen zusammensetzt, eine solche Handlungsweise rationell ist.

Erwähnt sei noch, dass die bisher gebräuchliche Bezeichnung „volksthümlich revolutionär“ zur Bezeichnung der russischen sozial-revolutionären Partei weder in der zweiten Nummer des „Tschornii Peredjel“, noch in den obenerwähnten Programmen mehr zu finden ist.

Diese neue Strömung stellt sich also als Zusammenfassung verschiedener Elemente der sozialistischen Partei dar, die sich anfänglich gegenseitig bekämpfen, allmählig aber annähern und schliesslich verschmelzen.

Eine der wichtigsten Eigenthümlichkeiten dieser Richtung ist die bewusste Anwendung des Grundsatzes jeder sozialistischen Partei, dass es nothwendig sei, wenn auch die Taktik den Lebensbedingungen und der intellektuellen Entwicklungsstufe der Massen im gegebenen Moment angepasst sein muss, den organischen Entwicklungsprozess des gesellschaftlichen Lebens genau und scharf zu verfolgen und darnach zu streben, die Richtung im Voraus zu bestimmen, welche er einschlagen wird.

Im gegenwärtigen Moment stehen also zwei Fraktionen im Vordergrund. Die eine, welche sich um das „Exekutiv-Komite“ gruppirt; die andere, die den Namen „russische föderalistische Sozialisten“ trägt, und deren Zentrum im Norden der Bund „Semlja i Wolja“ ist.

Es bleiben uns jetzt noch folgende Fragen zu beantworten:

a) Wie gross sind die Kräfte beider Fraktionen? b) Wie gross sind die Chancen, in der nächsten Zukunft die Ziele der sozialistischen Bewegung in Russland zur Verwirklichung zu bringen? Welches sind die Resultate der sozial-revolutionären Bewegung des letzten Jahrzehnts, und worin äussern sich dieselben?

Diese Fragen sind zu komplizirt, als das es schon gegenwärtig möglich wäre, dieselben entscheidend zu beantworten. Nur bei der ersten Frage ist dieses wenigstens annähernd möglich, und wollen wir denn auch damit beginnen.

Vor Allem muss die Thatsache konstatirt werden, dass das „Exekutiv-Komite“ unvergleichlich besser organisirt ist, als der nordrussische Bund „Semlja i Wolja“, und dass folglich die Fraktion der „Narodnaja Wolja“ sich in dieser Beziehung in einer viel günstigeren Lage befindet als die Fraktion, deren Zentrum der Bund „Semlja i Wolja“ bildet. Ferner sind auch im Exekutiv-Komite im Kampfe gestählte und in Konspirationen geübte Mitglieder in grösserer Zahl vertreten, als im Bunde „Semlja i Wolja“. — Diese Vorzüge des Ersteren über den Letzteren sind die nothwendige Frucht der Umstände, unter welchen diese beiden Gruppen sich gebildet haben. Die Städtegruppe der Narodniki, aus welcher in der Folge das Komite hervorging, besteht ungefähr seit dem Jahre 1876. Alle Bemühungen dieser Gruppe waren hauptsächlich daraufhin gerichtet, die konspirativen Kunstgriffe und den administrativen Mechanismus ihrer Organisation zu vervollkommnen. Da dieser Anpassungsprozess an die politischen Zustände Russ-

lands in einer Zeitperiode begann, die in Bezug auf die Verfolgungen und die Ueberwachung seitens der Regierung eine vergleichsweise leichtere war, so zeigte die Organisation, die sich mit der Zeit verstärkte und der allmäligen Verstärkung der Reaktion entsprechend vervollkommnete, auch in schlimmerer Lage genügende Standhaftigkeit.

Längere Zeit hindurch das Zentrum der aktivsten Fraktion, haben die Leiter der Städtegruppe und, vom Jahre 1878 an, das Exekutiv-Komite alle finanziellen Quellen und alle die Verbindungen in der Gesellschaft, die der Partei Dienste leisten konnten, naturgemäss in ihre Hände konzentrirt. In dem Maasse, als das terroristische Element in der sozial-revolutionären Bewegung zunahm, wurde die leitende Städtegruppe zugleich der Anziehungspunkt für die intelligentesten und talentvollsten Sozialisten, die sich der Verbannung und Polizeiaufsicht entzogen hatten, für die es also einerseits äusserst schwierig war, sich auf dem Lande niederzulassen, und die andererseits zu gereizt gegen die Regierung waren, als dass sie sich nicht zum System des Terrorismus hätten hinreissen lassen sollen. Selbstverständlich gab es auch solche darunter, deren Temperament die mühsame, prunk- und glanzlose Thätigkeit auf dem Lande nicht zusagte. Als im Herbst 1879 die Spaltung in der Fraktion der Narodniki vor sich ging, schlossen sich einige höchst tüchtige Mitglieder zeitweilig dem „Exekutiv-Komite" an, ohne mit dessen Programm einverstanden zu sein, ausschliesslich aus Hass gegen die Regierung und im Wunsche, an der Organisirung der terroristischen Thätigkeit Theil zu nehmen.

Unter solchen Verhältnissen war voraus zu sehen, dass bei einer Spaltung der Narodniki in zwei Gruppen das Exekutiv-Komite gewinnen und die ländliche Gruppe verlieren werde. Dies ist denn auch der Fall gewesen. Ohne Mittel und dazu auch arm an tüchtigen Administratoren, musste sich die neu entstandene Gruppe zu einer Zeit und zwar kurzer Hand organisiren, als die Regierungsagenten im Ausspähen und Verfolgen der „Vaterlandsfeinde" bedeutende Fortschritte gemacht hatten. Das Resultat dieser Uebereilung war eben die kurze Existenz der Druckerei; die nothgedrungene Abreise einiger hervorragender Mitglieder nach dem Auslande und die Verhaftung Anderer haben die Desorganisation der Gruppe des „Tschornii Peredjel" vollständig gemacht.

Auf diese Weise hat der Bund „Semlja i Wolja", die Fortsetzung des von der Gruppe „Tschornii Peredjel" begonnenen Werkes, fast gar kein Erbtheil von ihr überkommen. Während das nach und nach ausgebildete Exekutiv-Komite so zu sagen der Erbe aller der moralischen und materiellen Reichthümer war, die durch die gemeinsamen Anstrengungen der früheren Fraktion der Narodniki angehäuft worden waren, musste der junge Bund „Semlja i Wolja" nothwendigerweise ziemlich schnell formirt werden und dazu hauptsächlich aus Elementen, die vergleichsweise mit den Details der konspirativen Thätigkeit noch nicht so vertraut waren. Kein Wunder also, dass er, was die Organisation betrifft, vorläufig dem Exekutiv-Komite bedeutend nachstehen musste.

Aber trotz der momentan verhältnissmässig schwachen Organisation des Bundes „Semlja i Wolja", stellt doch die Fraktion, deren Zentrum im Norden er bildet, eine ziemlich bedeutende Kraft dar. Erstens schliesst sich ihr

die grosse Mehrzahl der sozialistischen Jugend in Moskau, Petersburg und Kasan an; diese Jugend aber ist hauptsächlich aus der Provinz gebürtig und gibt sich alle mögliche Mühe, dort die Reihen ihrer Fraktion zu vermehren. Ferner ist es unzweifelhaft, dass das durchschnittliche Niveau intellektueller Entwicklung und geistiger Selbstständigkeit in den Reihen dieser Jugend höher ist, als in den Reihen Derjenigen, welche der „Narodnaja Wolja" folgt. Es ist kaum nöthig, dem europäischen Leser auseinanderzusetzen, wie bedeutungsvoll ein solcher Vorzug für den Bund „Semlja i Wolja" ist, der mit dieser Jugend in möglichst inniger Verbindung steht. Ferner steht, obgleich einige Arbeiter sich auch in den Reihen der Gruppe Narodnaja Wolja befinden, doch die Mehrzahl derselben in Petersburg und in einigen anderen Grosszentren, die ich ungenannt lassen muss, dem Bunde „Semlja i Wolja" näher als dem Exekutiv-Komite. Im Verlauf des letzten Winterhalbjahres wurden in Petersburg enge Beziehungen mit den Arbeitern unterhalten, und wenn nicht der plötzliche Unfall eingetreten wäre, so wäre eine Arbeiterzeitung unter gemeinsamer Redaktion der Vertreter des Bundes „Semlja i Wolja" und der Arbeitergruppen erschienen. Wir müssen es uns indessen versagen, öffentlich über den Verlauf der Beziehungen und Unterredungen zu berichten, welche zwischen den Delegirten des Bundes „Semlja i Wolja" und den Vertretern des „Nordischen Arbeiterbundes" behufs Ausarbeitung eines gemeinsamen Organisationsplanes der sozialistischen Propaganda und Agitation gepflogen worden sind.

Endlich wird für die allernächste Zukunft der Umstand von wesentlicher Bedeutung sein, dass die Mehrzahl der zur Gruppe des „Tschornii Peredjel" gehörenden Mitglieder*) in der Bauernschaft Verbindungen erworben hat, die seiner Zeit zu Agitationszwecken ausgenutzt werden dürften. Wir treten damit aber schon über den Rahmen der Gegenwart hinaus und wollen daher einhalten.

Eines sei noch erwähnt: In Südrussland besitzen die Narodniki eine Druckerei, in welcher im vorigen Sommer vier Proklamationen gedruckt wurden. Eine der Letzteren, von sozialistischen Arbeitern abgefasst, formulirte die Forderungen der Strikenden in den Kiewer Eisenbahnwerkstätten. Diese Proklamation droht im Namen des südrussischen Arbeiterbundes der Regierung, dass, falls ihre Forderungen nicht in Erfüllung gehen, die Arbeiter beginnen werden, die Maschinen zu beschädigen und zu zerstören, und dass sie dann auch vor Mordthaten nicht zurückschrecken werden. Der genannte Bund**) war im Herbste vorigen Jahres gegründet worden. Die zweite Proklamation erschien bei Gelegenheit der kurz vor den Gerichtsverhandlungen stattgehabten körperlichen Züchtigung der in Kiew Verhafteten, von denen einer infolge der Misshandlungen seitens der Gefängnissbehörden starb. (S. weiter unten.) Die dritte Proklamation hat die Lage der Deportirten, und endlich die vierte den letzten Kiewer politischen Prozess zum Gegenstand.

Wenn wir alles über die Lage der gegenwärtig thätigen Fraktionen Gesagte zusammenfassen, so können wir Folgendes aussprechen: dem Exe-

---

*) Denn der neu organisirte Bund ist sowohl den Tendenzen, wie auch theilweise der Zusammensetzung nach, ein direkter Nachfolger dieser Gruppe.

**) Nicht zu verwechseln mit dem längst zu Grunde gegangenen „Südbunde".

kutiv-Komite, das unter günstigeren Verhältnissen entstand, sich allmälig entwickelte und vervollkommnete, gelang es, in Bezug auf Organisation eine Vollkommenheit sehr bedeutenden Grades zu erreichen. Der Bund „Semlja i Wolja“ aber, der unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen, zu einer Zeit, wo die reaktionären Orgien ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hatten, verhältnissmässig hastig gestiftet wurde und Ziele im Auge hat, die viel komplizirter, wenn auch nicht so bestechend sind, wie diejenigen des Exekutiv-Komite, muss naturgemäss in Bezug auf Organisation dem Letzteren noch weit nachstehen. Nach der Zahl ihrer Anhänger in den Kreisen der sozialistischen Jugend und der Arbeiter, nach dem Mengenverhältniss der intellektuellen Kräfte und nach den in der Bauernschaft vorhandenen Verbindungen aber, repräsentirt die junge Organisation ein Element von bedeutender Stärke. Wir möchten noch hinzufügen, dass im Bunde „Semlja i Wolja“ die innere Ideeneinheit bedeutend grösser ist als in der Fraktion der „Narodnaja Wolja“, in deren Reihen ziemlich viele verschiedenartige Elemente vertreten sind. Ein grosser Theil selbst im Zentrum dieser Fraktion ist mit dem Programm der „Narodnaja Wolja“ nicht einverstanden und vereinigte sich mit dieser Gruppe nur auf dem speziellen Boden der Terrorisirung der Regierung durch alle nur möglichen und denkbaren Mittel.

Bevor wir auf die weiteren der oben von uns aufgestellten Fragen eingehen, wird es von Nutzen sein, diejenigen Thatsachen und Erscheinungen der letzten Zeit anzuführen, welche von der ökonomischen Lage des Volkes, von der Stimmung des Letzteren, von der der privilegirten Gesellschaft, sowie von den zur Besänftigung der Einen und Abschreckung der Anderen unternommenen Regierungsmassregeln eine deutliche Vorstellung geben können. Die Gesammtsumme dieser Thatsachen, welche die Atmosphäre der modernen sozial-revolutionären Bewegung in Russland kennzeichnen, wird zur Erläuterung der Frage über die Resultate dieser Bewegung und ihre Chancen in der nächsten Zukunft wesentlich beitragen.

III.

„Auf Russland lastet der Fluch, welchen die Geschichte noch stets über jedes zurückgebliebene und im Verfall begriffene Land verhängt hat. Die Mutter Natur selbst scheint sich gegen unser unglückliches Vaterland verschworen zu haben und sucht es mit einer ganzen Reihe von Missgeschicken heim. Missernte, Dürre, Viehseuchen, Hungersnoth, Brände, Epidemieen, und dergleichen — das sind die Nachrichten, die uns die Presse tagein tagaus bringt, und die uns ein Bild vorführen, das an Mannigfaltigkeit dem der egyptischen Heimsuchungen nicht nachsteht. Das an all Diesem unschuldige Volk hungert und darbt, verarmt und verkommt in jeder Beziehung.“ Wir entnehmen das Angeführte der zweiten Nummer des „Tschornii Peredjel“. Allein wozu uns auf die revolutionäre Presse berufen — rufen wir lieber das Zeugniss der gemässigtsten legalen Zeitungen an, die schwerlich Jemand der absichtlichen Schwarzfärberei verdächtigen wird.

Die „Nowoje Wremja“ (die Neue Zeit), dieses erzbourgeoise, chauvinistische, liberalisirende Blatt, sagt in ihrem Leitartikel vom 29. Juni

(Nr. 1544): der Herr Minister des Innern hat von seiner Inspektionsreise über die Lage der Landwirthschaft in den Gouvernements Ssaratow und Astrachan den Eindruck mitgenommen, dass es noch lange währen dürfte, ehe die Folgen des verflossenen Winters verschmerzt sein werden. Wir wollen die Nachrichten von Theuerung und Nothstand, die in den letzten Wochen die Seiten unserer Zeitung füllten, nicht wiederholen — der Leser kennt ja diese Annalen des Schmerzes und des Kummers. Aber, sagt der Leitartikler weiter, wir wollen nur die Mittheilungen reproduziren, die die „Moskowskija Wjedomosti" bringen: „Der Stadtrath von Koselsk hat bereits mit den Ankauf von Brod und Mehl begonnen, um es an die unbemittelten Bürger zu ermässigtem Preise zu verkaufen. In Jeles herrscht unter den armen Einwohnern infolge des gestiegenen Brodpreises grosse Noth. Dem Wolga-Gebiet droht wiederum Hungersnoth." In derselben Nummer heisst es weiter: „Ueberhaupt müssen wir gestehen, dass die Mittheilungen, welche in der letzten Zeit sowohl im ‚Regierungs-Anzeiger' als in den Spalten der Privatpresse verlautbaren, eine traurige, düstere Melodie durchklingt . . . Wir durchleben zur Zeit eine beunruhigende Epoche . . . Heuschrecken, Hessenfliegen, sowie Brodkäfer verheeren unsere Saaten. Das Jahr 1878, in welchem in 18 südlichen Kreisen gegen eine Million Dessjätinen Brod vernichtet wurden, weist dadurch allein einen Verlust von 100 Millionen Rubel auf." In der Nummer 1586 der „Nowoje Wremja" wird in einer Depesche aus Ssaratow vom 27. Juni gemeldet, dass ausserordentliche landschaftliche Kreisversammlungen einberufen werden, um zu berathen, wie der nothleidenden Bevölkerung geholfen werden solle. In vier Kreisen herrscht völlige Hungersnoth, in der Mehrzahl der übrigen Kreise leiden sowohl Menschen als Vieh infolge des Nothstandes an grosser Entkräftung. Im ganzen Gouvernement mangelt es an Vorräthen." Endlich bewilligte die Regierung im Monat August den Gouvernements Ssamara und Ssaratow aus dem Reichs-Verproviantirungs-Fonds eine Anleihe von $1^1/_2$ Millionen Rubel. Aber sowohl die Semstwo's wie die Presse behaupten einstimmig, dass der gesammte Verproviantirungs-Fonds, der nur einige Millionen beträgt, gegenüber der Ausdehnung des Nothstandes nur einen Tropfen im Meere darstellt. Die Distrikte von Ssamara, Ssimbirsk, Ssaratow, Orenburg und noch andere grosse Strecken des südlichen Russlands — ein Gebiet von mehr als 600,000 Quadratkilometern mit $12^1/_2$ Millionen Einwohnern — haben unter Missernten zu leiden.

Angesichts dieser kolossalen Noth werden in der Presse und den Semstwo's Stimmen laut, die für das Verbot der Brodausfuhr oder wenigstens für Erhöhung der Ausgangszölle eintreten. Die Semstwo von Ssysranj beschloss am 30. Juni, die Regierung um Besteuerung des nach dem Auslande auszuführenden Kornes anzugehen, die dadurch erzielten Einnahmen seien dem Verproviantirungs-Kapitale einzuverleiben.

Wie sehr aber auch unsere liberalen Philister sich abmühen, alle Noth und alles Elend momentanen Ursachen und elementaren Ereignissen zuzuschreiben, so entschlüpfen dennoch von Zeit zu Zeit auch ihnen schüchterne Hinweisungen auf innere, tiefere Ursachen. So verleiht z. B. die „Nowoje Wremja" in Nr. 1593 ihrem Missmuth Ausdruck über den allzu langsamen Gang der Ablösung der Bauerngüter, den sie den Gutsbesitzern zur Last

legt, welche ihr Recht, den Ablösungsforderungen der Bauern ihre Zustimmung zu versagen, missbrauchen. Die statistische Kommission der Semstwo von Tschernigow berechnet den Ertrag des Bodenantheils des einzelnen Bauern im Borsnischen Kreise, einem der fruchtbarsten in Kleinrussland, auf 72 Rubel, während der Bauer zur Bestreitung seiner allernothwendigsten Bedürfnisse jährlich 160 Rubel braucht. Die Ertragsfähigkeit des Bodens hat sich in den letzten achtzehn Jahren um die Hälfte vermindert. Diese Erschöpfung des Bodens beruht nach der „Nowoje Wremja" einerseits auf dem unzureichenden Landantheil der Bauern und andererseits auf der ungleichmässigen Besteuerung des Grundbesitzes der verschiedenen Klassen. Adel und Geistlichkeit zahlen an Einkommensteuern viermal weniger als die Bauern, welche letztere noch verschiedene Abgaben und Dienstleistungen nicht nur an den Staat, sondern auch an die Kreishauptleute und an die Gensdarmerie zu leisten haben: sie müssen ihnen Holz beschaffen, Wasser tragen, die Pferde reinigen, der hohen Obrigkeit Wild jagen helfen, und während sie all diese Dienstleistungen verrichten, sind sie auf i h r e i g e n e s trockenes Brod angewiesen, welches sie mitbringen müssen, wenn sie nicht Hunger leiden wollen. Fast die Hälfte der Bauern dieses Kreises sind Proletarier, die dabei nicht einmal genügenden Nebenverdienst haben, da die industriellen Gewerbe dort wenig entwickelt sind. Nach den Ausführungen der erwähnten statistischen Kommission dürfte die gesammte Bauernbevölkerung dieses Kreises schon in allernächster Zukunft in's ausgesprochene Proletariat herabsinken. Diese Charakteristik der Lage der Bauernschaft im Gouvernement Tschernigow hat in verschiedenem Grade auch für den grössten Theil des übrigen Russland Giltigkeit. Hand in Hand mit der Enteignung und Verarmung der Bauern infolge gewaltsamer Wegnahme des Viehes, oft sogar selbst der Strohdächer, seitens der Steuereintreiber geht ein grossartiger Raub an Gemeinde- und Staatsländereien zu Gunsten von Privatpersonen aus der Geld-, Geburts- und Beamten-Aristokratie vor sich. So schreibt die „Nowoje Wremja" in ihrer Nr. 1608 auf Grund von Mittheilungen eines früheren Friedensrichters in Dobrotworsk (Gouvernement Ufa), dass „dort sehr bedeutende Forstungen an Privatleute zu lächerlich geringem Preise veräussert werden; dass die Baschkiren landlos werden und die Auswanderungsfrage auf diese Weise zum ausschliesslichen Vortheil der einflussreichen neuen Eigenthümer zur Lösung gelangt". Ein ganz analoger schamloser Raub an Gemeindeländereien geht auf Grund direkter Verfügungen der Regierung am Don, Ural und Kubanj (die s. g. Kosaken-Gebiete) vor sich. Aus Batum (dem im jüngsten Kriege von der Türkei erorberten Gebiete) fliehen die Einheimischen schaarenweise, da, wie sie behaupten, seit der Ankunft der Russen (d. h. wohl der Kreaturen der russischen Regierung) „die Erde schwarz, das Wasser bitter geworden sei, und Gott ihnen für ihre Sünden den Verstand geraubt habe." Aus allen Theilen des russischen Reiches kommen Nachrichten über die unerträgliche ökonomische Lage des Volkes. So schreibt man der „Russkaja Prawda" aus dem südwestlichen Gebiete, dass die Bauern in einigen Distrikten sich von einem Gemisch ernähren, „welches lebhaft an das Brod und den Zwieback erinnert, die während des jüngsten Feldzuges selbst die Pferde nicht fressen konnten".

Epidemien und chronische Krankheiten, diese unvermeidlichen Be-

gleiter derartiger ökonomischer Zustände, wüthen im grössten Theile des Reiches, während es um die medizinale Organisation in den Semstwo's äusserst dürftig bestellt ist, da der grösste Theil der Einnahmen in das Danaiden-Fass der Regierung fliesst — „zur Bestreitung der Reichs-Bedürfnisse". Aber auch mit den Mitteln, welche den Semstwo's zur Verfügung stehen, würde das Medizinalwesen ungleich besser gestaltet sein, wenn sie — wie ein Correspondent der „Russkija Wjedomosti" schreibt — mit den Heilgehülfen qualitativ und quantitativ besser daran wären, was seitens der Regierung wiederum dadurch unmöglich gemacht wird, dass sie Leuten, welche eine solide Bildung auf Mittel- und Hochschulen genossen haben, den Zutritt zu diesen Berufen verbietet.

Nicht genug, dass die Regierung das Volk bis auf's Aeusserste aussaugt, dass sie den besitzenden Klassen bei der Land-Enteignung der Bauern behilflich ist, überlässt sie das Volk ausserdem noch ganz und gar der Willkür ihrer zahllosen Agenten — den Kreishauptleuten (Isprawniki), Landhauptleuten (Pristavi), und Landjägern (Urjadniki). Lange Zeit hindurch war es sogar untersagt, irgend etwas über Ausschreitungen der Letzteren in die Oeffentlichkeit zu bringen; lediglich infolge verschiedener Gerichtsverhandlungen beginnt in der letzten Zeit Manches über ihre Schandthaten zu verlauten. Die „Russk. Wjedom." veröffentlichen in Nr. 32 dieses Jahres eine Korrespondenz aus dem Gouvernement Jaroslaw, laut welcher daselbst ein Landjäger einen Bauern niederschiessen wollte, der sich geweigert hatte, dem Gutsverwalter des General Obreskow Dokumente auszuhändigen, welche bestätigten, dass der Bauer dem Verwalter eine gewisse Waldung abgekauft habe. Zum Glück hatte der Landjäger seinen Revolver nicht bei sich. Nr. 52 derselben Zeitung enthält die Mittheilung, dass ein Landjäger einen Bauern arretirte, weil er nicht rasch genug dem Befehle nachkam, noch in der Nacht eine vor seinem Hause befindliche Grube zuzuschütten. Gröbliche Gewaltthätigkeiten, Ausbeutung der Arbeit der Bauern für die persönlichen Bedürfnisse der Landjäger — „Natural-Abgaben" benannt — gehören selbstverständlich zum System. Und derartige Stützen der „Grundlagen des Staates", und zwar 72 Mann stark, will man den freiheitsliebenden Donischen Kosaken aufhalsen. Selbstverständlich rufen solche Zustände hier und da seitens des Volkes Proteste hervor, und zwar unter den verschiedensten Formen. Die „Nowoje Wremja" vom 17. Juni berichtet von einem Zusammenstoss, welcher am 29. April zwischen dem Gutsverwalter des Fürsten Galyzin (im Kreise Nowgorod-Ssewersk, Gouvernement Tschernigow) und dem dortigen Volke stattfand. Derselbe war seitens des Gutsherrn dadurch provozirt worden, dass er Weideland, welches bei der letzten Landvermessung den Bauern zugetheilt worden war, durch allerhand Machinationen und Kniffe in seinen Besitz gebracht hatte, und nun sein Gutsverwalter den Bauern, deren Vieh diesen Weideplatz passiren musste, das Vieh abpfänden wollte. Die Bauernweiber aber wollten diesen Spass nicht verstehen und drangen auf den Landjäger und seinen Gehülfen ein, der Landjäger zieht blank und haut ein Bauernweib zu Boden, worauf ein Haufe Bauern herbeieilt und sich ein verzweifelter Kampf entspinnt, bei welchen der Landjäger und sein Gehülfe halb todt geprügelt werden, während der Gutsverwalter in seinem Wagen das Weite sucht. Auf alle Ein- und Zureden

des herbeigeeilten Kreishauptmanns hatten die Bauern nur die Antwort, dass sie es nicht länger aushalten können vor all der Bedrückung der Gutsverwaltung; ausserdem drückten sie den Wunsch energisch aus, aus ihrer Heimathsstätte auswandern zu können. Das Ende dieses Trauerspiels ist das nämliche, wie das aller derartigen in Russland: im Dorfe wurde auf Befehl des Gouverneurs ein Bataillon Soldaten einquartiert; die Rädelsführer wurden verhaftet, während zwei Bauern, darunter der Distriktsälteste (Wolostnoi Starschina), sich der rächenden Hand durch die Flucht entzogen. Wie die „Russk. Wjedom." weiter berichten, kehrten die Truppen, welche gegen die aufständischen Bauern im Tschernigowschen Gouvernement ausgesandt worden sind — siegreich in ihre Garnison zurück. Aber im Borsni'schen Kreise (die Lage der dortigen Bauern haben wir oben besprochen) ist ein Theil der Truppen exekutionsweise zurückgeblieben, weil „der Ungehorsam dort einen hartnäckigen Charakter angenommen hat".

Aehnliche Unruhen fanden auch in zwei anderen Kreisen des Gouvernements Kiew statt.

Sehr charakteristisch für die Stimmung der Bauern ist auch das fortwährende Auftauchen neuer Sekten. So ist erst jüngst im Gouvernement Twer wiederum eine neue Sekte — die „Sseletaewzi" — entdeckt worden. Die Unruhen im Gebiete der Donischen Kosaken sind durchaus nicht beibeigelegt, sondern drohen vielmehr beim ersten günstigen Anlass mit neuer Kraft auszubrechen. Aber auch in den Städten zeigen die Arbeiter neuerdings immer häufiger ihre Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung. In dem Städtchen St. Pawlowsk (Gouvernement Moskau) stellten im August 1000 Arbeiter einer grossen Tapetenfabrik infolge von Lohnreduktion die Arbeit ein. „An diesem Konflikt nahmen auch die örtlichen Behörden thätigen Antheil (!)" schreibt die „Now. Wremja" in ihrer Nr. 1592. „Den Arbeitern wurde angeboten, zu dem früheren (nicht reduzirten) Lohn die Arbeit wieder aufzunehmen; aber 200 derselben wollten auch unter diesen Bedingungen nicht fortarbeiten." Am 15. Februar legten 200 Arbeiter einer Wollen-Weberei die Arbeit nieder, indem sie Lohnerhöhung verlangten. Aber schon am 19. Februar kam es „unter Mitwirkung der administrativen Behörden zu einer Einigung mit der Fabrikleitung," berichten die „Moskowk. Wjed.". In Kiew brachen Ende Februar in der Eisenbahnwerkstätte infolge der Härte der Verwaltungsbehörden, sowie von Gerüchten über Lohnherabsetzungen Unruhen aus. Gegen 1500 Arbeiter nahmen eine drohende Haltung ein. Im Frühjahr gährte es in den petersburger Fabriken, und im Winter wurde einem Strike in einer Fabrik nur dadurch vorgebeugt, dass der Fabrikherr infolge eines Drohbriefes, dass er getödtet werde, falls er den Lohn reduzire, noch zeitig nachgegeben hatte.

Es stehen uns im Augenblick nur wenig Zeitungen zur Verfügung, weshalb unsere Aufzählung der Gährungen unter den Bauern und den städtischen Arbeitern nur sehr unvollständig sein kann. Auch ist nicht zu vergessen, dass die Zeitungen aus Furcht vor Massregelungen seitens der Censur, der sonstigen Behörden etc. sich veranlasst sehen, über die meisten dieser Vorkommnisse sich auszuschweigen. Viele Korrespondenzen werden von den Redaktionen wegen „oppositionellen Charakters" unter den Tisch geworfen. Eine Menge von Volksprotesten bleiben wiederum den Zeitungskorrespon-

denten unbekannt, indem die Verwaltungsbehörden Stillschweigen darüber beobachten.

Reihen wir nun an die oben mitgetheilten Thatsachen, welche nur einen sehr kleinen Bruchtheil der ausbrechenden „Unruhen“ ausmachen, die bekannteren Unruhen des letzten Dezenniums, die Unruhen am Ural, unter den Kubanischen Kosaken, am Don und in Tschigirin, die jüngsten Arbeiter-Strikes in Sserpuchow, im Gouvernement Kostromá, in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa; endlich die kolossalen Krawalle gegen die Polizei, die in Charkow, Rostow und Ssamara stattfanden; durchmustern wir diese Offenbarungen der Unzufriedenheit des russischen Volkes — und wir erhalten ein ziemlich getreues Bild von dem Groll, der sich in den unterdrückten Klassen in Russland anhäuft.

Wenden wir uns von den „niederen ungebildeten Klassen“ zu den intelligenteren Schichten der Gesellschaft, so begegnen wir wiederum durchaus unbefriedigtem Streben, unbefriedigten Wünschen; stossen wir wiederum auf augenscheinliche Zeichen der Unzufriedenheit, obwohl diese Unzufriedenheit, wie es „noblen“ Klassen zukommt, in äusserst gemässigter, wenn nicht gar knechtisch-unterthäniger Form sich offenbart.

Fast alle Zeitungen verlangen die Einberufung einer Landesversammlung (semski ssobor*), oder geben wenigstens ziemlich deutlich die Nothwendigkeit einer solchen Einberufung zu verstehen. In einem Artikel, ironisch betitelt: „Wir sind noch nicht reif genug,“ führt die „Nowoje Wremja“ aus, dass es nur gewissenlose oder kurzsichtige Leute sein können, welche behaupten, dass die Gesellschaft zur Mitwirkung an den Staatsgeschäften noch nicht reif sei, und welche der Verwaltung mehr Verständniss für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zutrauen, als der Gesellschaft selbst.

Was die Opposition betrifft, welche sich seitens der Parteigänger der sogenannten gesellschaftlichen Selbstverwaltung kundgegeben hat, so sind darüber in den zwei Berichten des ersten Jahrganges des „Jahrbuches“ genügend charakteristische Daten mitgetheilt worden. Ich will nur hinzufügen, dass als im vorigen Herbst die Professoren der Universität Odessa gegen die neuen Universitäts-Statuten protestiren wollten, Herr Panjutin, „die rechte Hand des Grafen Totleben“, des damaligen General-Gouverneurs von Odessa, jetzt von Wilna, die „Rädelsführer“ zu sich berief und ihnen erklärte, dass sie sich nicht erdreisten sollten, dem Willen des Kaisers entgegenzuarbeiten, wenn sie nicht unverzüglich nach Ost-Sibirien transportirt zu werden wünschten. Zum Prorektor Postnikow sagt er: „Sie sind für die Ruhe der Studentenschaft verantwortlich!“ „Aber ich nehme meinen Abschied“ erwiderte der arme Prorektor, ein hochgeachteter akademischer Lehrer. „Das gibt es nicht, jetzt abzutreten! Oder Sie werden innerhalb 24 Stunden nach Ost-Sibirien transportirt!“

Nicht gewöhnt, in eine kräftige, offene Opposition zu treten, sucht die russische Gesellschaft ihre Missstimmung doch bei jeder günstigen Gelegenheit zu offenbaren. So gab man der Unzufriedenheit mit dem System des

---

*) So wurden die Landesversammlungen genannt, die in früheren Jahrhunderten von den Grossfürsten, ja selbst von Zaren bei wichtigen Gelegenheiten einberufen wurden, und deren Vertreter aus allen Ständen gewählt wurden.

ehemaligen Ministers der Volksaufklärung (Graf Tolstoi) dadurch Ausdruck, dass man den Grafen fast einstimmig durchfallen liess, als er für die Landschafts-Versammlung kandidirte. Charakteristisch sind auch die Verurtheilungen der Angeber durch die Friedens-Gerichte, indem man dieselben zur Kategorie der „Verläumder" zählt. Vor diesen Gerichten werden auch siegreiche Prozesse gegen die Landjäger — diese neu ausgeheckten „Beschirmer der Grundlagen" — ausgefochten.

Uebrigens sind auch seitens der „Liberalen" einige Versuche gemacht worden, eine geheime Opposition gegen die Regierung zu organisiren; es wurden sogar Verhandlungen mit den Sozialisten gepflogen. Allein die Letzteren, unter ihnen der später heroisch gestorbene Ossinski, wiesen jede Vereinbarung zurück, weil die Vertreter der Liberalen die Forderung aufstellten, dass die „Narodniki" das platte Land nicht aufwiegeln sollten.

Und was thut die Regierung gegenüber der allgemeinen Unzufriedenheit und dem ungeduldigen Harren auf Reformen?

Wie bekannt, hängt und erschiesst sie schon seit Jahren die „Schuldigen", oft ohne jeden juristischen Nachweis der Schuld; bekleidet sie mit hoher Machtbefugniss die Hausknechte, Schutzleute, Landjäger. Seit Jahren reizt sie die öffentliche Meinung gegen sich auf durch Bedrückung der Universitäten, der Semstwo's, der städtischen Selbstverwaltungen, durch Beschränkungen des Wahlrechts für lokale öffentliche Aemter . . . Neuerdings ist an die Spitze der Regierung ein Mann gelangt, der es während seiner Amtirung als Satrap einiger Gouvernements verstanden hatte, sich durch seine quasi liberale Politik in der Gesellschaft populär zu machen. Diese liberale Politik bestand aber darin, dass er nach „nicht allzu entfernten" und sehr „entfernten Gegenden" Leute verschickte, welche irgend wie politisch unzuverlässig waren; dass er Todesurtheile fällen liess, um alsdann demonstrativ „wegen vollständiger Reue" zu begnadigen; auf diese Weise suchte er seine Mildherzigkeit herauszustreichen und die Revolutionäre in den Augen der Genossen auf Grund dieser angeblichen „Reue" zu brandmarken. (Letzteres gelang ihm übrigens nicht, da seine Absicht rechtzeitig von den sozialistischen Kreisen erkannt wurde.) Alsdann verschickte er alle Verwandten der in den Zentral-Zuchthäusern inhaftirten politischen Gefangenen, welche in der Nähe der Gefängnisse wohnten, um so den Gefangenen jede Verbindung mit der Aussenwelt zu rauben. Indem er einerseits so bestialisch gegen die Sozialisten vorging, streichelte er andererseits, soviel er konnte, die wenig anspruchsvolle Gesellschaft: spielte den Anwalt der lernenden Jugend, namentlich der Real-Anstalten, bereiste die ihm unterstellten Provinzen und hielt dabei liberal angehauchte Speechs und dergleichen. Zweifelsohne ist dieser Armenier klüger oder vielmehr pfiffiger als die übrigen „Regierer" der russischen Lande, er mag wohl spüren, dass Herr Alexander nicht lange auf „seiner Besitzung" schalten und walten wird, und so hat er sich denn vorgenommen, es mit keiner Partei zu verderben, weder mit den „Herren" noch mit den „Knechten". Loris-Melikow ist ein Charlatan sui generis, ein beschränkter Streber, nur etwas gewandter als die Mehrzahl seiner bornirten Kameraden in der Verwaltung der ausgedehnten Besitzungen Alexanders, des „Befreiers".

Die Chalatanerie, die Loris-Melikow während seines Charkower Satrapenthums geübt hatte, wendet er nunmehr in noch ausgiebigerem Maasse an. Seinen Amtsantritt als Diktator verherrlichte er durch die Verurtheilung Maladeski's, welcher ein Attentat auf seine heilige Person verübt hatte, zum Tode binnen 24 Stunden. Alsdann folgten während seiner Regierung die Strangulirungen Losinski's und Rosowki's in Kiew, — des Ersteren wegen „Zugehörigkeit zu einer geheimen Gesellschaft" und „wegen Uebergabe e i n e s Exemplars einer Proklamation an eine zweite Person behufs Weiterverbreitung". Charakteristisch sind in diesem Prozesse einige Auslassungen des Staatsanwaltes: „In Anbetracht, dass Losinski ein Zögling des Podolskischen geistlichen Seminars war, welches bereits einige schon abgeurtheilte Mitglieder der sozial-revolutionären Partei geliefert hat; in Anbetracht, dass Losinski als Freiwilliger in Serbien war (demnach ist die freiwillige Unterstützung der Slaven ein Verbrechen!) ist der Ankläger überzeugt, dass der Angeklagte als der sozial-revolutionären Partei angehörend betrachtet werden muss, „w e n n a u c h, w i e i m v o r l i e g e n d e n F a l l e, g a r k e i n e d i r e k t e n B e w e i s e e x i s t i r e n, welche auf irgend welche Bekanntschaft mit den Sozialisten h i n w e i s e n." „Es ist nothwendig, den Boden zu reinigen, aus welchem die Sozialisten hervorgehen: die Katorga (Zwangsarbeit) schreckt sie nicht ab, die einzig abschreckende Strafe bleibt also — die Todesstrafe."

Und da Losinski Soldat war, so heisst es in den bezeichneten Auslassungen des Staatsanwalts an anderer Stelle: „Von der Milde der Bestrafung hängt die Existenz der Armee ab, und mit dieser steht und fällt auch der Staat selbst." —

Der blutjunge R o s o w s k i (er zählte, so viel ich weiss, nicht über 19 Jahre) wurde ebenfalls gehängt, weil er einem Zweiten eine Proklamation des Exekutiv-Komites eingehändigt hatte.

Als dann auf einander die Prozesse Weimar-Michailow-Saaburow in Petersburg, Jurkowski-Popow-Iwanow in Kiew erfolgten, spielte Loris-Melikow wieder den Milden: es fallen Todesurtheile, die er in lebenslängliche Katorga umwandelt — den schnellen schmerzlosen Tod in das langsame Hinsiechen unter der Geissel der „humanen" Zuchthausverwaltung der Zentral-Zuchthäuser und der Katorga. Wenn man alle Verurtheilungen (politische) der letzten neun Monate in Charkow, Odessa*) und den anderen Städten zusammenrechnet, so ergeben sich 100 Verurtheilungen zur Katorga und zwangsweisen Transportation nach Sibirien.

Aber ausser Diesen gibt es noch eine nicht unbedeutende Zahl von auf „administrativem Wege" (ohne Gerichtsspruch) Verbannten.

Die Behandlung, welcher die Angeklagten sogar in den Gefängnissen der Hauptstadt ausgesetzt werden, wird am besten illustrirt durch den Selbstmord-Versuch der Sozialistin Malinowskaja; dieselbe wollte sich

---

*) In Odessa wurde eine geheime Gesellschaft ausfindig gemacht, welche sich aus Knaben der jüdischen Handwerkerschule rekrutirte. Diesen gab man dann ein paar ältere Jünglinge, u. A. einen gewissen Rublew, der von den Uebrigen getrennt behandelt wurde und bei dem man nur eine einzige Broschüre theoretischen Charakters vorfand, zu „Führern".

nämlich erhängen, weil man sie einer Untersuchung seitens der Gensdarmen und der Gefängniss-Aufseher unterwarf, bei welcher sie gezwungen wurde, sich gänzlich zu entkleiden. Dieselbe schamlose Prozedur wurde den Frauen Kalenkina, Natanson und Witanjewa zu Theil, welche infolge dessen eine Zeitlang krank darniederlagen.

Augenblicklich stehen die Prozesse in Angelegenheiten der beiden geheimen Druckereien, des „Tschornii Peredjel" und der „Narodnaja Wolja" bevor, sowie die Prozesse wegen einer im Frühjahr entdeckten geheimen Arbeiter-Druckerei, bei welcher Gelegenheit 16 Arbeiter arretirt wurden. Ausser diesen befinden sich noch eine ganze Reihe von Arbeitern und Studenten in Untersuchungshaft, bei welchen man irgend einen Theil einer Presse oder sonst Etwas gefunden hatte, was als ein zu einer Druckerei gehöriges Instrument u. dergl. angesehen werden konnte.

Trotz des bestens Willens Loris-Melikows, einerseits die Sozialisten auszurotten, andererseits aber auch die Gesellschaft nicht zu reizen, will ihm gerade wegen des Ersteren das Letztere durchaus nicht gelingen — weil es zur Zeit einfach unvereinbar ist. Schon die Macht der Hausknechte und der Landjäger allein chokirt und reizt fortwährend; dieselbe aber aufzuheben ist angesichts der unaufhörlichen neuen Lebenszeichen, welche die hundertköpfige Hydra des Sozialismus von sich gibt, unmöglich. Unterdessen werden sogar in den legalen Blättern Klagen und Beschwerden friedlicher Bürger laut, dass es vor der Willkür der Hausknechte und Landjäger nicht zum Aushalten sei! „Wohlgesinnte" Bürger werden oft von den Hausknechten angehalten und befragt: „Wohin gehen Sie?"

Ein Kaufmann aus Jekaterinburg (Gouvernementsstadt am Ural) fährt z. B. mit seiner Frau zum Jahrmarkt nach Kamenski Sawod. Dem Herrn Landjäger erscheint die Frau als „Nihilistin" verdächtig; zum Unglück hat sie auch ihre Papiere nicht mitgenommen und wird also aufgehalten. Das Zeugniss vieler Landleute aus dem benachbarten Dorfe, dass sie die Frau gut kennen, hilft nichts, und nur fünf Rubel, die dem Landjäger von der Bedrängten in die Hand gedrückt wurden, gaben sie der Freiheit und ihrem Manne wieder, nachdem ihr vorher vom Landjäger ihre Bücher, nämlich die Romane „Der englische Mylord" und „Die zwölf schlafenden Jungfrauen", welche dem Hüter des „Gesetzes und der Grundlagen" verdächtig erschienen, abgenommen worden waren. Derselbe Landjäger konfiszirte um dieselbe Zeit die Waaren einiger Kramhändlerinnen unter dem Vorwande, sie handelten mit Kupfer-Vitriol.

Was nun die Aufhebung der III. Abtheilung betrifft, so ist dieselbe nur fiktiv, denn de facto behalten die Gensdarmen ihre löbliche Funktion und haben nach wie vor „auf dem Posten zu sein". So passirte es erst unlängst, dass ein dienstthuender Gensdarmerie-Kapitän einen geachteten, allbekannten Arzt aus Moskau bei seiner Rückkehr aus dem Auslande auf der Grenze aufhielt und insultirte. Aus Tichwin (Gouvernement Nowgorod) beschwert man sich, dass die Briefe daselbst oft nicht an die Adressaten gelangen. Ein Kaufmann kommt nach Moskau und steigt in einem Gasthause ab. Früh Morgens empfängt er eine Depesche; er liegt noch unangezogen im Bette, und bevor er noch Zeit hatte, die Depesche zu eröffnen, dringt ein ganzer Haufe Gensdarmen in sein Zimmer. „Haben

Sie das Telegramm gelesen?" fährt man ihn barsch an. „Noch nicht." „So lesen Sie!" Das Telegramm lautete nämlich: „Senden Sie sofort Geld; 20,000 von der Garde sind bereit!" Nachher stellte sich heraus, dass der Telegraphist „Nägel" (russisch gwosdi) mit „Garde" (gwardia) verwechselt hatte. — Aus Tschirnigow kommen Klagen, dass viele Lehrer der städtischen Schulen verabschiedet wurden, weil sie der „Bekanntschaft mit Bekannten und Verwandten einiger politisch Unzuverlässigen verdächtig sind."

Gleichzeitig werden auf's Neue 20,000 Rubel behufs Verstärkung des Polizeipersonals in Petersburg und Umgebung angewiesen.

Während die Zeitungen nun nachdrücklichst die Nothwendigkeit der Pressfreiheit betonen, sieht sich der Herausgeber der „Russkaja Prawda" (in Petersburg) genöthigt, nachdem eine Verwarnung der anderen gefolgt war, sein Blatt eingehen zu lassen, weil, wie er in der Abschiedsnummer erklärt, „er zur Ueberzeugung gelangt sei, dass es unter den gegebenen Pressverhältnissen auch bei grösster Vorsicht rein unmöglich sei, das Blatt irgend wie gewissenhaft und sorgfältig fortzuführen."

Um nun die Gesellschaft durch Scheinreformen zu täuschen, hat man den verhassten Minister der Volksaufklärung, Graf Tolstoi, verabschiedet; die III. Abtheilung als aufgehoben erklärt, thatsächlich aber nur dem Minister des Innern unterstellt; eine scheinbare Revision in Sachen der Verbannten eingeleitet, wobei man ganz unverblümt öffentlich erklärte, dass die Zahl der auf administrativem Wege Verbannten im Ganzen „nur" 1696 sei, worunter 115 „Reuige und sich Bessernde"; und von diesen wieder wurde nur 30 Jünglingen gestattet, Lehranstalten zu beziehen. Die Nasführung wird unter Loris-Melikow überhaupt sehr schwunghaft betrieben. So schlägt er dem Petersburger Stadtrathe vor, aus seiner Mitte einige Deputirte zu wählen, die, „falls der Vorsitzende der höchsten Kommission (d. h. L.-M.) es für nöthig erachtet, zur Kommission herangezogen würden." Ferner wurde eine Kommission zur Revision der Pressgesetze eingesetzt, welche irgend wann irgend was in Vorschlag bringen soll. Weiter wurde auch dem armen Volke die famose „allerhöchste Gnade" zu Theil: man erliess nämlich bei Gelegenheit des 25jährigen Jubiläums Alexander II. einige ausstehende Abgaben, und zwar solche, auf deren Eintreibung schon längst jede Hoffnung aufgegeben worden war, nachdem auch die strengsten Massregeln, wie Beschlagnahme des Viehes, der Hausgeräthe und sogar der Wohnhäuser, nichts gefruchtet hatten.

Nun fragt es sich, ob es möglich sei, durch solche Kunstgriffe die öffentliche Meinung auf die Dauer einzuschläfern? Jeder, der irgendwie mit der Geschichte der Monarchie am Vorabend der grossen Revolution von 1789 bekannt ist, weiss, wie gefährlich eine derartige Hintergehung des Volkes und der Gesellschaft werden kann. Der russische Absolutismus stürzt in seiner Agonie von einer Dummheit zur anderen.

Vor jeder wirklich liberalen Massregel scheut auch Loris-Melikow zurück, und so ist es denn begreiflich, dass schon nach den ersten Wochen seiner Amtirung hartnäckig von Neidern ausgehende Gerüchte über seinen bevorstehenden Fall zu kursiren begannen. Und sobald ein Ereigniss wie das vom 19. November 1879 (die Explosion auf der Eisenbahn in Moskau) oder vom 5. Februar 1880 (die Explosion im Winterpalais) eintreten sollte, wird

sich Loris-Melikow kaum auf seinem Posten halten können und die Reaktion dann wiederum zu ihrer alten Methode zurückkehren. Aber diese Reaktion gegen das Liebäugeln mit den Liberalen wird auch in der Gesellschaft noch tieferen Groll hervorrufen, als den der Jahre 1878—1879. Was dann? Eine Landesversammlung (semski Ssobor) einzuberufen, Pressfreiheit zu gewähren — das ist denn doch für Alexander II. und seine treuen Diener zu schrecklich! Man denke nur: schon jetzt zeihen die Zeitungen, unter ihnen die „Nowoje Wremja", den Finanz-Minister der Lüge und der Widersprüche, und den Grafen Walujef, den Vorsitzenden des Ministerraths, — des Raubes von Staatsländereien zu Gunsten von Privatpersonen! Was Wunder also, dass sogar die Freiheit der Diskussion auf den landwirthschaftlichen Versammlungen nur auf spezielle Fragen rein technischen Charakters beschränkt wird, aus Furcht, irgend ein ehrlicher Mensch könnte einen Bericht über die Nothlage der Bauern, über die unerschwinglichen Abgaben, über die Knappheit des Bodenantheils u. dgl. unerquicklichen Dinge mehr einreichen. Ausserdem ist vielleicht noch irgend ein Krieg in Aussicht und kein Geld vorhanden, so dass man zu Anleihen bei fremden Banquier's greifen muss, — da kann man doch wahrhaftig nicht verlangen, dass der Ruin des Landes ausposaunt werden darf . . . .
Und nun gar eine Landesversammlung, Pressfreiheit!! —

IV.

Im Schlussabschnitt wollen wir vor Allem versuchen, ein Gesammtbild der Resultate der sozial-revolutionären Bewegung in Russland im letzten Jahrzehnt zu gewinnen. Wir schicken dabei die Bemerkung voraus, dass wir keinen Anspruch darauf machen, dass unsere Schlüsse absolut genaue sein werden. Eine ganze genaue Abschätzung dieser Periode wird erst in der Zukunft möglich sein. Bei der ungeheuren Komplizirtheit der gesellschaftlichen Erscheinungen ist die Möglichkeit immer vorhanden, in der Beurtheilung des Einflusses dieses oder jenes Faktors auf das erhaltene Resultat Irrthümer zu begehen. Die Verhältnisse, welche eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinung zeitigen, sind zu zahlreich, ihre Wechselwirkung auf einander ist viel zu mächtig, als dass es möglich wäre, eine genaue Abgrenzung derselben mit Sicherheit festzustellen. Nichtsdestoweniger darf uns dieser Umstand nicht abhalten, eine annäherungsweise Abschätzung der Bedeutung eines solchen Faktors im öffentlichen Leben Russlands, wie es die moderne sozial-revolutionäre Bewegung ist, zu versuchen. Der Einfluss derselben in Bezug auf einige Erscheinungen ist viel zu ersichtlich, als dass man ihn in Zweifel stellen könnte. Ein Irrthum kann nur daraus entstehen, dass noch einige andere, vielleicht nicht so augenscheinliche Faktoren ausser Acht gelassen werden, oder dass ihrer Einwirkung auf gewisse Erscheinungen zu grosse Bedeutung beigelegt wird, während sie nur eine indirekte Beziehung zu denselben hat. Die Sache späterer Geschichtsschreibung wird es sein, diese Irrthümer zu berichtigen. Wir Zeitgenossen können aber das Bedürfniss in uns nicht ersticken, bezüglich der Resultate unserer Thätigkeit uns selbst Rechnung abzulegen.

Wenn ich von der sozial-revolutionären Bewegung spreche, so ver-

stehe ich darunter die Gesammtheit aller sozialistischen Gruppen und Schattirungen, die im Verlauf dieses Jahrzehntes auftauchten und thätig waren. Nur theilweise wird es nothwendig sein, dasjenige Element ganz besonders hervorzuheben, welches in den letzten Jahren in vieler Beziehung den lebhaftesten Einfluss hatte. Beginnen wir mit den direkteren und fühlbareren Resultaten.

Wenn wir die sozialistische Avantgarde des Jahres 1880 betrachten, so finden wir, dass sie trotz der unaufhörlichen ungeheuren Kräfteverluste jetzt zahlreicher ist, als die Avantgarde Anfangs der 70er Jahre. Wird heute ein Mangel an Personen gefühlt, so ist es nur in Bezug auf die bedeutend gesteigerten Parteibedürfnisse. In den Jahren 1878—79 sind aus Petersburg, Odessa und Kiew Hunderte sozialistischer Arbeiter deportirt worden. Dieselben stellen schon einen merkbaren Prozentsatz unter den Hingerichteten und den zur Zwangsarbeit nach Sibirien und in die Zentral-Gefängnisse Verschickten dar. Und trotz dieser Entziehung propagandistischer und agitatorischer Kräfte in Arbeiterkreisen, bestehen in den meisten Industriezentren sozialistische Arbeitergruppen, welche die Sache ihrer Vorgänger mit Eifer fortsetzen. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, dass in Petersburg, Odessa, Kiew und Rostow am Don einige Tausend Arbeiter in verschiedenem Grade von der sozialistischen Propaganda angeregt sind und einer organisirten Arbeiterpartei, im buchstäblichen Sinne des Wortes, als Grundlage dienen werden, sobald nur die konstitutionelle Richtung an's Ruder gelangt ist. Der Einfluss der sozialistischen Elemente zeigt sich auch in den Strikes der letzten Jahre, ja sogar in den akuteren Aeusserungen der Volksunzufriedenheit in den Städten; doch müssen wir uns in letzterer Beziehung auf diese Andeutung beschränken. Was das Land anbetrifft, so treten hier die Resultate der sozialistischen Thätigkeit weniger zu Tage, und zwar hauptsächlich darum, weil die innerhalb der Bauernschaft von der Propaganda gewonnenen Personen und Gruppen auf einen ungeheuren Raum verstreut sind und innerhalb einer Bevölkerung die nach Dutzenden von Millionen zählt, einfach verschwinden. So sehen wir, dass während das leitende sozialistische Personal sich nicht nur an Mitgliedern aus den privilegirten Kreisen, sondern auch an solchen aus dem Volke, bedeutend vermehrt hat, die Zahl der sozialistischen Parteigänger, dieser Lebensluft und conditio sine qua non der kämpfenden Elemente, zu einer verhältnissmässig sehr grossen angewachsen ist. Und diese Kreise erzeugen aus sich selbst wie durch generatio aequivoca immer wieder neue Elemente zum Ersatz der zu Grunde gegangenen Vorposten. —

Die grössere Stärke der sozialistischen Partei äussert sich aber nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Beziehung. Das durchschnittliche Niveau der Tapferkeit und Beharrlichkeit im Kampfe ist nicht nur bei den Vorposten, sondern auch bei der sogenannten Reserve bedeutend gestiegen. Hunderte von Kämpfern gehen heldenmüthig mit Verachtung des Feindes allen möglichen Gefahren entgegen, ohne den Kampf auf einen Augenblick einzustellen. Und einen nicht unbedeutenden Theil derselben bilden die Arbeiter. Zu Anfang der Bewegung waren es die Arbeiter, welche mit wenigen Ausnahmen stets die Angeber spielten; in den letzten Jahren aber sind bereits Dutzende von Arbeitern aufgetreten, die nicht nur

nichts verriethen, sondern auch gegenüber den allmächtigen Feinden, am Vorabende der Verschickung nach den Bergwerken oder in die Zentralgefängnisse, ihre Menschenwürde zu wahren wussten. Die Anfangs 1879 in Kiew gelegentlich von Arretirungen im Kampfe mit der Polizei schwer verwundeten Arbeiter haben in ihren Todesqualen, die durch die Amputationsoperationen der Aerzte und das von ihren Feinden angestellte Verhör noch verstärkt wurden, kein einziges Wort ausgesagt, das die Freunde und Genossen irgend wie hätte kompromittiren können. Obnorski und Petersen, die vor zirka einem Vierteljahre verurtheilt wurden, haben weder in der Voruntersuchung, die $1^1/_2$ Jahre dauerte, noch vor Gericht ihre Ueberzeugungen verleugnet. Die im Sommer dieses Jahres in der von ihnen selbst eingerichteten Druckerei verhafteten Arbeiter (wie verlautet, 16) haben rundweg abgeschlagen, irgendwelche Aussagen zu machen.

Aber auch das allgemeine Niveau der theils sozialistischen theils den Sozialisten sich nur anschliessenden Masse ist in Bezug auf die Bereitwilligkeit, die eigenen Interessen der Förderung des Kampfes aufzuopfern, bedeutend gestiegen. Dasjenige, dessen früher nur Einzelne fähig waren, wird jetzt von Leuten geübt, die ausserhalb der leitenden sozialistischen Sphäre stehen. Viele Funktionen, die früher einen nothwendigen Bestandtheil der Thätigkeit der Zentralkreise bildeten, sind jetzt an Personen und Gruppen übergegangen, welche sich entweder zum rein sozialistischen Kampfe erst vorbereiten, oder sogar mit demselben nur sympathisiren.

Wenden wir uns nun zum öffentlichen Leben überhaupt, so bemerken wir auch hier den Einfluss der sozial-revolutionären Bewegung, wenn auch Einflüsse anderer Art, wie beispielsweise des letzten Krieges und der finanziellen Unordnung, unzweifelhaft mit ins Spiel kommen. Das Anwachsen des oppositionellen Geistes in der Presse, in den Semstwo's und den übrigen Organen der kommunalen Selbstverwaltung, verdankt seine Entstehung, wenn nicht ganz, so doch in gewissem Grade unzweifelhaft der Beharrlichkeit und Tapferkeit der Sozialisten. Die Zunahme der Beschwerden „wohlgesinnter" Vertreter der verschiedenen Gesellschaftsgruppen über die ökonomische Lage des Volkes, über die übermässigen Steuern, über den Mangel an Grund und Boden, sind gleichfalls unzweifelhaft in gewissem Grade das Resultat der sozialistischen Agitation. Dass die sozial-revolutionäre Bewegung auf die Hebung der öffentlichen Meinung und der öffentlichen Sittlichkeit von Einfluss war, ist aus verschieden nach den Prozessen im Jahre 1877 gemachten Aeusserungen einiger „wohlgesinnten" Bürger deutlich zu sehen. „Wir sahen bedeutende Vertreter des russischen Volkes vor uns," sagten die Einen; „Mit gebrochenen Herzen sind wir von dannen geschieden," sagten die Anderen; augenscheinlich mit Gewissensbissen, dass sie, Leute von ehrwürdigem Alter und bedeutender Bildung, für die Befreiung des Vaterlandes von der Satrapenwirthschaft Alexander II. bisher so wenig gethan hatten.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass zu dieser Steigerung des Grundtones der Presse und zum Wachsen der Opposition überhaupt in den letzten Jahren die Gruppe des Exekutiv-Komites am allermeisten beigetragen hat. Wenn die Heldenthat Wjera Sassulitschs vor der russischen Gesellschaft, wie vor der ganzen zivilisirten Welt, die barbarische und grausame Willkür

der Zarischen Diener enthüllte, so haben die nachfolgenden Attentate und politischen Mordanschläge der ganzen Welt gezeigt, wie korrumpirt und machtlos die Regierung ist, wie es derselben an jeder aufrichtigen Unterstützung seitens der Gesellschaft mangelt. Das Exekutiv-Komite hat zu den Preisschwankungen der russischen Banknoten an den Börsen und zur Diskreditirung der Regierung sicher nicht wenig beigetragen. Und je mehr die Aufmerksamkeit Europas auf die inneren Angelegenheiten Russlands gelenkt wurde, um so mehr regte sich der Geist der Opposition in den gebildeten Klassen dieses Landes. Ohne zu übertreiben, können wir die Behauptung aufstellen, dass in der Geschichte der Kämpfe für die politische Freiheit Russlands das Exekutiv-Komite einen tiefen unauslöschlischen Eindruck hinterlassen wird. Und könnte jemals die Anmassung der Liberalen so weit gehen, bestreiten zu wollen, dass das Blut der Sozialisten das Land vom barbarischen Absolutismus gereinigt hat, so wird es, nach dem kühnen und unerschrockenen Kampfe des Komites gegen die Regierung sonst Niemand zu bestreiten im Stande sein. Indem es den liberalen Elementen die Möglichkeit, jemals sich mit ihren Verdiensten zu brüsten, dadurch entzieht, dass es auch bei der Organisirung eines mehr politischen Kampfes die Initiative ergreift, leistet das Exekutiv-Komite den Sozialisten den grossen Dienst, dass in Zukunft die Vorstellung j e d e r n e u e r e n Kulturerrungenschaft in Russland stets mit der sozialistischen Partei in Verbindung gebracht werden wird — Errungenschaften, die durch unerschütterliche Tapferkeit, heldenmüthige Unerschrockenheit und unermüdlichen Widerstand erreicht worden sind. Die Sozialisten in Russland werden also zur Bekämpfung der erwähnten Parteien nicht so viel Kraft aufzuwenden haben, als z. B. zur Bekämpfung der Republikaner in Frankreich oder der Mazzinianer in Italien nothwendig ist. Wie man sich auch sonst den Irrthümern des Exekutiv-Komites gegenüber verhalten möge, die Tragweite dieses Verdienstes ist unbestreitbar.

Wenn der Leser diese flüchtigen Bemerkungen über die Resultate der sozialistischen Bewegung des letzten Dezenniums durchgeht, so möge er sich des eingangs dieses Artikels über die Lage der Sozialisten und den Zustand der Gesellschaft zu Anfang der 70er Jahre schon Gesagten erinnern, und er wird leicht begreifen, dass die in Rede stehenden Resultate noch viel bedeutender sind, als manche Genossen in Russland selbst vermuthen.

Was nun die Frage über die Chancen in der nächsten Zukunft anbetrifft, so sind wir in dieser Beziehung natürlich nur auf Vermuthungen angewiesen.

Bezüglich der Verwirklichung des Programmes ist es wohl am wahrscheinlichsten, dass die Sozialisten in Russland ein analoges Schicksal zu erdulden haben werden, wie die extremen revolutionären Fraktionen in anderen Ländern. Die direkte, nächste Folge ihrer Anstrengungen werden einige Palliativ-Reformen sozial-politischer Natur sein, wobei noch ein Theil derselben eine den sozialistischen Zielen gerade entgegengesetzte Bedeutung haben dürfte. So wird z. B. das bei uns bevorstehende Parlament durch Organisirung des Kredites und von Uebersiedelungen in schwachbevölkerte Distrikte den Bildungsprozess des Kleinbauernstandes und des ländlichen Kleinbürgerthums, dieses bekanntlich reaktionärsten Elementes, noch bedeutend

beschleunigen. Andererseits aber wird die politische Sturm- und Drangperiode die Möglichkeit geben, eine Volkspartei im wahren Sinne des Wortes zu organisiren; sie wird auch eine grössere Masse des Volkes dem politischen Leben zuführen, was seinerseits auf die Entwicklung der sozialistischen Partei günstig zurückwirken dürfte. Zieht man überdies die Masse der von der Propaganda aufgerüttelten Arbeiter in Betracht, ferner die Elemente, die jetzt noch ihre Thätigkeit in den Dörfern fortsetzen, — so erscheint es als sehr wahrscheinlich, dass der Druck der sozialistischen Partei auf das Parlament so gross sein wird, dass die Verfassung der Existenz extremer Parteien einige politische Garantien gewähren wird. Was die Frage anbetrifft, in welchem Grade die Sozialisten dann auf die Massen überhaupt zu rechnen haben, so ist sie, nach den Thatsachen zu schliessen, folgendermassen zu beantworten: Schon heute treten in den Dörfern Bauern auf, die ihre Sympathien für den Kampf der Sozialisten mit der Regierung laut aussprechen. In Bezug auf das Zarenthum hat ein Dorfschreiber ein bezeichnendes Abstimmungsresultat zu Tage gefördert. Er liess plötzlich die Bauern zur Versammlung einladen und erklärte ihnen, dass man ihre Meinung zu wissen wünsche, ob ein erblicher oder ein gewählter Zar besser sei. Da der Erstere auf Grund seiner Unabsetzbarkeit schonungslos schinden werde, der gewählte aber auch, weil er auf alle Fälle sich schnell zu bereichern wünsche, so sei es besser — meinten die Bauern — ganz ohne Zaren auszukommen. Wenn ich nicht irre, geschah dies im Gouvernement Podolien, und haben es die Behörden erst längere Zeit nachher durch Zufall erfahren. Man kann sich leicht vorstellen, welche Forderungen manche Gegenden des Reiches später aufstellen werden, wenn schon in Friedenszeiten die Stimmung eine solche ist. Sollten sich aber möglicherweise die Ziele unserer Partei nicht so verwirklichen, wie wir es gewünscht hätten, so dürfte doch die energische Agitation unter der Parole: „Uebergabe des Grund und Bodens zur Nutzniessung an die Bauern,“ parallel mit der Agitation und Propaganda in den Städten zu Gunsten der ökonomischen Revolution, die ausgebeuteten Klassen in Stadt und Dorf vereinigen; und so würde die Partei, indem sie die Tradition, dass der Grund und Boden den Bauerngemeinden gehöre, nährt und unterstützt, im Stande sein, der heranwachsenden Bourgeoisie die Möglichkeit abzuschneiden, mittelst ihrer individualistischen Ideale das Volk zu demoralisiren.

Ende Oktober 1880. P. Axelrod.

III. Ukraine.

Wir werden von jetzt an für das in unserem vorigen Bericht bezeichnete Gebiet den Namen „Ukraine“ der Bezeichnung „Kleinrussland“ (Malaja Rossija) vorziehen, nicht nur, weil der letztere Name der ukrainischen Volksmasse durchaus unbekannt und unverständlich ist, sondern auch, weil er den thatsächlichen Verhältnissen gar nicht entspricht, bereits zu vielen Missverständnissen Anlass gab und auch in Zukunft dazu Anlass geben könnte.

Als im Mittelalter das kirchliche Zentrum, der Sitz des Grossfürsten, von Kiew nach Wladimir verlegt wurde, nannte man das moskanische Gebiet

„Grossrussland" (Welikaja Rossija), während man unter Kleinrussland zunächst das Fürstenthum Galizien verstand. Später bezeichnete man auch das Gebiet längs des Dnjeper mit diesem Namen, unter welchem dann 1654 der grössere Theil der Ukraine von Bogdan Chmelnitzky dem russischen Reiche einverleibt wurde.

Allmählig ist dann dieser Name als Begriff der Unterordnung von Kleinrussland unter das grosse Ganze — Grossrussland — auf das ethnographische Gebiet überhaupt übergegangen, so dass die ukrainische Nation heute als ein zu einer selbstständigen Entwickelung durchaus unberechtigter Bruchtheil, theils der russischen, theils der polnischen Nation angesehen wird.

Diese Anschauung, welcher folgend sogar die fortgeschrittensten Elemente unter den Russen und Polen in der Ukraine nur eine ihnen zugehörige Provinz erblicken, hat für diese selbst äusserst nachtheilige Folgen: sie hemmt direkt oder indirekt die naturgemässe Entwickelung der Nation, sie erbittert das ukrainische Volk und schiebt die Föderation desselben im sozialistischen Sinne mit seinen Nachbarvölkern auf lange hinaus. Denn, wie es einen italienischen Arbeiter sonderbar anmuthen würde, wenn man ihn für einen Franzosen erklären und ihm seine Befreiung unter der Aegide einer französischen Monarchie predigen würde, so muss es auch jeden Ukrainer befremden, unter der Aegide des historischen Polen oder Grossrusslands, gegen welches das ukrainische Volk sich mehrfach erhoben hat, für seine Befreiung kämpfen zu dürfen!

Nach dieser, unserer Meinung nach unentbehrlichen Vorbemerkung, gehen wir zu unserer Berichterstattung über, in welcher wir nur diejenigen Dinge berühren werden, bei welchen es sich direkt um die Angelegenheiten des arbeitenden Volkes handelt.

Wir haben da zunächst eine ganze Reihe von Konflikten zu melden, welche in dem zu Russland gehörenden Theil der Ukraine anlässlich von Regulirungen (Abgrenzungen und Abschätzungen) der Grundstücke, zwischen den Bauern einerseits und den Grundbesitzern und Regierungsbeamten andererseits, stattfanden. Wir sehen überall die Regierung bezw. die Behörden auf Seiten der Grossgrundbesitzer, die kein Mittel scheuen, die Bauern um ihre Weideplätze zu bringen und sie bei den Abschätzungen zu beeinträchtigen. Die letzteren erfolgen nämlich fast ausschliesslich nach den Angaben der Grossgrundbesitzer, diese aber geben gewöhnlich den Werth ihrer Güter zu hoch an, um bei einer event. Neutheilung bezw. Regulirung auf Kosten der Bauern ihren Besitz zu vermehren. Sobald nun die Bauern auch nur Miene machen, Protest gegen die Abschätzung zu erheben oder gar den Vermessungen Hindernisse in den Weg zu legen, wird sofort aus der nächsten Garnisonstadt Militär geholt und das „aufrührerische Volk" zur Raison gebracht, wobei es natürlich ohne Verhaftung und Bestrafung der Rädelsführer nicht abgeht. Von derartigen Versuchen haben wir nach den uns vorliegenden Berichten zu verzeichnen:

Im Dorfe Rudna, Regierungsbezirk Tschernigow, in Kostobobr und anderen Dörfern des Bezirks Nowgorodsjewersk, Unruhen wegen der Weideplätze.

In Ksawerowka, Regierungsbezirk Wasylkow, in Pavlovka, Regierungsbezirk Berdytschew, in Ladava, Regierungsbezirk Mohilew, sowie in den

Dörfern Solonowka und Awtunitsche des Tschernigower Bezirks, Unruhen theils wegen ungerechter Bodenvertheilung, theils wegen unrichtiger Abschätzung des Boden.

In dem Dorfe Pokrovka an der Sandbank von Kinburn wegen Verpachtung der Fischereien an Privatunternehmer.

Charakteristisch ist noch die Betheiligung der Frauen an diesen Erhebungen, ja oft sind es gerade die Frauen, welche den energischsten Widerstand leisten. So war es in dem Dorfe Ladava im Distrikte Mohilew den Bauern gelungen, eine Kassation ihres Vertrages mit dem Gutsherrn zu erlangen. Ein amtlicher Geometer war eingetroffen und hatte schon angefangen, die Grenzen zwischen den gutsherrlichen und den bäuerlichen Grundstücken zu markiren, als die Bauern merkten, dass man ihnen den schlechtesten Boden zuertheilt hatte; und schnell entschlossen machten sich ihre Frauen daran, die Grenzsteine wieder aus der Erde zu ziehen. Ja noch mehr! um auch ganz die Verantwortung auf sich zu nehmen, bemächtigten sie sich der Verwaltung, erwählten aus ihrer Mitte einen Landvogt u. s. w. Als dann ein Beamter eintraf, um zu vermitteln, hörten die Bauern seine Vorschläge ruhig an, die Frauen dagegen, 200 an der Zahl, riefen: „Wir werden die Grenzsteine auf's Neue niederreissen, wir haben keine Furcht vor dem Militär, denn auf den uns zugewiesenen Feldern würden wir doch Hungers sterben." Der Beamte wusste sich nicht zu helfen und telegraphirte an die Behörden. (L'Intransigeant, 1880 Nr. 2, Les Révoltes des paysans et la disette en Ukraine, par M. Dragomanow.) Wie die Affaire endigte, ist noch unbekannt.

Mit diesen Unruhen, welche auf eine agrarische Gährung unter den ukrainischen Bauern in Russland hindeuten, geht parallel eine intellektuelle Gährung. Sie dokumentirt sich in der Form von neuen Sekten, deren hauptsächlichste die sogenannte Schtunda bildet, auf welche ich bereits in meinem vorigen Bericht hingedeutet habe. Aus den neueren Zeitungsberichten geht hervor, dass die Schtunda in der Ukraine stetig zunimmt und immer fester Wurzel fasst. Die ukrainischen Bauern lernten den Schtundismus vor etwa 12—15 Jahren von den bei Odessa befindlichen deutschen Kolonien kennen, aber sie haben diese deutsche Bewegung vollständig umgestaltet: bei den Deutschen war der Schtundismus eine pietistische Bewegung, an welcher sich Anhänger von verschiedenen Sekten und Kirchen betheiligten, indem sie ausser ihrer Betheiligung an diesen Sekten und Kirchen noch besonders zu andächtigen Stunden zusammenkamen, um Bibel zu lesen, zu singen und über Gott u. dgl. zu diskutiren. Dagegen haben sich die ukrainischen Schtundisten, trotz der Abrathungen ihrer deutschen Genossen, sofort von ihrer Kirche und deren Geistlichkeit vollständig losgesagt. Im weiteren Verlaufe und namentlich, je näher der Zentralukraine, wurde die ukrainische Schtunda immer radikaler; so anerkennen z. B. die alten Schtundisten und die näher bei Odessa wohnenden mit den deutschen Protestanten noch das Abendmahl, die Taufe, die Presbyter oder älteren Brüder; dagegen verwerfen die jüngeren ukrainischen Schtundisten, die im Kiewer Gouvernement stärker sind, auch dies. In letzterer Zeit gibt es sogar einzelne Schtundisten, die unter dem Einfluss der sozialistischen Propaganda zum Atheismus gelangt sind.

Am verbreitetsten ist der Schtundismus in dem Chersonschen und Kiewschen

Gouvernement, doch hat er auch im Jekaterinoslawschen, im Podolischen und in letzter Zeit auch in drei Bezirken des Volhynischen Gouvernements Wurzel gefasst. Wie der „Kiewljanin" mittheilt, entgegnen die ukrainischen Bauern östlich vom Dnjeper ihren Geistlichen, wenn dieselben zu hohe Forderungen stellen: „Jenseits des Dnjeper gibt es Bauern, die schon ohne Geistliche leben."

Aus den galizischen Beispielen, auf die wir später eingehen werden, wird man ersehen, von wie grossem Vortheil es für den Sozialismus in der Ukraine sein würde, wenn die Sozialisten aus den gebildeten Ständen ihre sozialistische Propaganda auf das Gebiet hinlenken wollten, welches die sehr starke antipfäffische Bewegung unter den ukrainischen Bauern gewährt.

Wie aber aus dem oben Erwähnten und auch aus der in meinem vorigen Bericht besprochenen Tschinschowikenangelegenheit ersichtlich ist, geht nicht nur diese intellektuelle, sondern auch die Agrarbewegung in der unter Russland befindlichen Ukraine ohne jeden direkten Antheil der gebildeten Sozialisten vor sich, obwohl eben hier der Boden für den Landsozialismus (wegen der Neutheilung des Grund und Bodens, wegen der gemeinschaftlichen Weideplätze u. s. w.) weit günstiger ist, als in Ostgalizien, wo der Sinn für das Gemeineigenthum aus historischen Ursachen den Bauern fast gänzlich abhanden gekommen ist. Andererseits vollzieht sich die sozialistische oder lediglich politische Bewegung in der zu Russland gehörenden Ukraine fast ausschliesslich in den sogenannten höheren Ständen, ohne die Volksmasse im Geringsten zu berühren.

Wir haben in unserem Artikel die Ursachen dieses Missstandes angedeutet. Es sind dies: die Verbannung der ukrainischen Sprache aus den Schulen, die systematische Unterdrückung der gesammten ukrainischen Literatur, sowie im Allgemeinen die vollständige Hemmung der natürlichen nationalen Entwicklung der Volksbildung in der Ukraine von Seiten der russischen Regierung, welche Massregeln den Mangel an gebildeten Sozialisten, die zugleich der ukrainischen Volkssprache mächtig und der Lage des ukrainischen Volkes kundig sind, ja eine vollständige Entfremdung der ukrainischen Intelligenz von der Volksmasse zur Folge haben.

Auch haben wir bereits an der Tschigiriner Affäre gezeigt, wohin eine solche Entfremdung führt: die Sozialisten sind da nicht offen und mit rein sozialistischen Ideen aufgetreten, sondern müssen sich bald als kaiserliche Kommissäre, bald als verkleidete Bauern dem Volke gegenüber geriren, haben augenscheinlich keinen Muth, den verworrenen Volksbegriffen mit aller Offenheit entgegenzutreten, sondern erkannten sie sämmtlich an, um auf ihrer Grundlage für die sozialistischen Ideale zu wirken.

Damit aber die Leser des „Jahrbuches" das unnatürliche Verhältniss des Sozialismus in der zu Russland gehörenden Ukraine, welches unserer Meinung nach erst mit dem Sturz der russischen Monarchie und mit der Föderirung der von derselben unterjochten Nationen ein Ende nehmen wird, besser würdigen können, — werden wir nunmehr auf die fortschrittliche Bewegung im Volke Ostgaliziens eingehen.

Die allgemeinen Ursachen eines besseren Erfolges in Ostgalizien haben wir bereits in unserem ersten Bericht (Jahrbuch I., 306—310) angegeben. Es ist dies die auch der ukrainischen Nation im Jahre 1848 verliehene

österreichische Konstitution: die Anerkennung der ukrainischen Sprache in der Volksschule, in der Literatur etc., in Folge deren allmählig ausser den Schulen auch andere kulturellen Organisationen auf ukrainisch-nationaler Grundlage zu Stande kamen, wie z. B. die Lemberger „Proswita" (gestiftet 1868) und „Die Gesellschaft von Michael Katschkowski" (gegegründet in Kolomea 1874), beide der Volksaufklärung gewidmet. Die Volksliteratur wurde besonders von dem talentvollen Geistlichen Iwan Naumowitsch durch zwei im Jahre 1872 in Kolomea in's Leben gerufene Publikationen „Nauka" (eine Monatsrevue) und „Russkaja Rada" (ein vierzehntägiges Blatt), bereichert, und gelang es ihm, durch die darin berührten Fragen meistentheils ökonomischer und sozialer Natur das ukrainische Volk gleich von vornherein zu gewinnen und in der Volksmasse die Leselust ungemein zu steigern; ja er veranstaltete sogar mehrmals Volksmeetings behufs Besprechung der Lage der ukrainischen Nation in Oesterreich. Die durch Naumowitsch verursachte Bewegung wirkte auch auf die ukrainische Schuljugend ein. Es entstand ferner in derselben Zeit eine ukrainische Literatur für Volksschulen, für Gymnasien und für die Lemberger Universität (gegenwärtig besteht für die Ukrainer in Lemberg ein eigenes Gymnasium mit ukrainischem Unterricht, und seit längerer Zeit werden auch an der Lemberger Universität mehrere Vorträge in ukrainischer Sprache gehalten.)

Das Resultat aller dieser Neuerungen war: die Hebung der Volksbildung, die Heranbildung der ukrainischen Schuljugend, sowie deren Annäherung an die Volksmasse vermöge der Kenntniss der ukrainischen Sprache. Letzteres war auch der Boden, auf welchem sich der Sozialismus in der akademischen Jugend in Ostgalizien entwickelt hatte, was wir bereits in unserem ersten Bericht andeuteten.

Wir haben auch daselbst bemerkt, dass die sozialistische Bewegung in Ostgalizien — von den ukrainischen Sozialisten aus Russland hierher importirt und bis heute sowohl in moralischer als auch in materieller Hinsicht unterstützt — gleich aufangs die internationalen, kosmopolitischen Ideen mit der nationalen Form zu verbinden vermochte und somit direkt für das arbeitende Volk zugänglich wurde.

In letzterer Hinsicht hat auch die ukrainische sozialistische Literatur ihre unbestreitbaren Verdienste.*) Dieselbe hat gleich anfangs die Bauernverhältnisse in der Ukraine sorgfältig geprüft, das arbeitende Landvolk nicht wie einen Dummkopf oder ein Kind betrachtet, dem man Alles nach Belieben aufschwatzen könne, wie es die klerikale und Bourgeois-Literatur that, sondern sowohl die gegebene Frage, als auch die Landesverhältnisse und die Form, unter welcher erstere der Volksmasse am ehesten zugänglich gemacht werden könne, gründlich erörtert und ist dann erst zur That geschritten.

Am Meisten aber trug für die Verbreitung der rationalistischen und sozialistischen Ideen unter dem ukrainischen Landvolk in Ostgalizien der Umstand bei, dass hier ein die Volksmasse und die kosmopolitische Bildung verbindendes Element — gebildete ukrainische Sozialisten von bäuerlicher Herkunft — vorhanden ist.

*) Wir sehen hier ab von den Veröffentlichungen des Berichterstatters selbst.

In wie weit die rationalistischen und sozialistischen Ideen unter dem ukrainischen Landvolk von Ostgalizien Wurzel gefasst haben, davon legen eine Reihe von Vorgängen Zeugniss ab, die im Juli dieses Jahres vor dem Gerichtshofe einen gewissen Abschluss fanden.

Wir entnehmen der unterm 29. Mai 1880 erhobenen Anklage, welche wir soeben erhalten haben, Folgendes:

Der in dem unweit Kossow gelegenen Dorfe Moskalovka wohnhafte und daselbst sehr angesehene Bauer Dmytro Fokschey, der nebst seinem Bruder Hrytzko Fokschey und mehreren anderen Bauern seines Dorfes sich des Oefteren über die kirchlichen Gebräuche und Glaubenslehren absprechend geäussert hatte, war gegen Ende 1878 von dem Ortsvorsteher Peter Kabin der Bezirkspolizei denunzirt worden, dass er von dem Schreiber dieses Berichtes der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung feindliche Bücher erhalte, diese verbreite, und dass bei ihm und seinem Bruder Wasyl Versammlungen stattfinden, wo diese Bücher zur Verlesung gelangen.

Diese Denunziation erregte den Hass des sehr unabhängig gesinnten Dmytro Fokschey gegen P. Kabin; er drohte damit, ihm das Denunziren zu vertreiben und scheint dieser Drohung auch entsprechend vorgegangen zu sein; wenigstens wird ihm das Anzünden eines auf dem Felde befindlichen Quantums Heu, welches dem Kabin gehörte und einen Werth von zirka dreissig Gulden repräsentirte, zur Last gelegt; ebenso soll er eines Abends in das Zimmer des Kabin einen Schuss abgefeuert haben. Letztere Anschuldigung gewinnt nach der Anklage dadurch an Wahrscheinlichkeit, als die Aussagen des Fokschey über seinen Verbleib in jener Nacht mit denen seiner Frau und seines Knechtes kollidiren.

Missliebig hatte sich Fokschey auch noch dadurch gemacht, dass er die Bauern zur Abfassung einer kollektiven Beschwerde über P. Kabin wegen seines Verfahrens bei Einziehung der Steuern zu veranlassen versuchte; er selbst mit noch fünf anderen Bauern verweigerte die Zahlung, sie wurden auf Veranlassung der Bezirkshauptmannschaft ausgepfändet, worauf sie im Dezember 1879 in die Gemeindekanzlei zogen uud Kabin so einschüchterten, dass er ihnen die abgepfändeten Gegenstände freiwillig zurückgab.

Fast gleichzeitig mit den oben Genannten waren in dem gutsherrlichen Dorfe Beresow (zwei Meilen westlich von Kossow), der deu Lesern bereits bekannte Schriftsteller Iwan Franko und der Dorfschullehrer Cyril Genik — beide bäuerlicher Herkunft — sowie einige Bauern aus der Umgegend von Jablonow (etwas über zwei Meilen nordwestlich von Kossow) verhaftet worden. Gegen Sämmtliche — 18 an der Zahl — wurde die Untersuchung wegen Bildung einer geheimen sozialistischen revolutionären Gesellschaft in Kolomea eingeleitet, es gelang aber nicht, eine Verbindung nachzuweisen, und musste daher gegen neun Personen die Untersuchung niedergeschlagen werden; von den neun, gegen welche Anklage erhoben wurde, wurden drei Personen freigesprochen und sechs verurtheilt, nämlich: Dmytro Fokschey zu $1^1/_2$ Jahren, Hrytzko Fokschey (wegen Religionsstörung) zu drei Monaten, Iwan Fokschey und Haphia Fokschey zu einem Monat und Olena Gaburak zu vierzehn Tagen Gefängniss. Die beiden Letztgenannten, Frau und Knecht des Dmytro, wegen falschen Eides.

Einen Monat Gefängniss erhielt auch die in meinen früheren Berichten mehrfach erwähnte Anna Pawlik. Obgleich dieses Mädchen die Schwester des Berichterstatters ist, so glaubt derselbe doch, hier auf ihre Wirksamkeit kurz eingehen zu müssen, da sowohl die Art und Weise ihrer Propaganda als auch die Wirkung derselben ein für die Agitation unter dem Landvolk meiner Ansicht nach sehr lehrreiches Beispiel abgeben. Anna Pawlik hatte als Kind sehr armer Eltern trotz ihres sehr entwickelten Lerntriebes erst im fünfzehnten Lebensjahre die Dorfschule besuchen können, sich aber das geringe Pensum derselben in wenigen Monaten angeeignet. Um sich weiter ausbilden zu können, ging sie, da die Armuth der Eltern ihr einen andern Weg nicht möglich machte, auf einige Jahre bei vornehmeren Leuten in Dienst und kehrte dann in ihr Heimathsdorf Monastyrsko (eine Viertelmeile von Kossow entfernt und nur durch ein Gebirgsflüsschen von Moskalovka getrennt) zurück. Dort unterrichtete sie die heranwachsende weibliche Jugend unentgeltlich in feineren Handarbeiten, sowie jüngere wie ältere Leute mit glücklichstem Erfolge im Lesen und Schreiben nach der Lautirmethode, die sie selbst erst kurz vorher kennen gelernt und schnell begriffen hatte. Ihren Lebensunterhalt erwarb sie durch Handarbeiten, mit welchen sie nicht nur von den Bäuerinnen, sondern auch seitens der wohlhabenderen Kreise der Stadt Kossow betraut wurde.

Um diese Zeit, es war in den Jahren 1875—1876, sandte der Unterzeichnete, der damals eine antikirchliche und antireligiöse Propaganda unter dem Landvolk betrieb, die früher bereits genannten Schriften an seine Schwester, die nicht nur selbst von den Aufklärungs- und Freiheitsbestrebungen hingerissen wurde, sondern auch ihre zahlreichen Freunde dafür zu erwärmen wusste. Die Schriften fanden solchen Anklang, dass die bisher sehr populären „Nauka" und „Russkaja Rada" fast gar nicht mehr gekauft oder gelesen wurden und namentlich in der Kirche von Moskalovka haufenweise liegen blieben.

Gegen Ende 1876 fiel ein Brief Anna Pawlik's an den Unterzeichneten, in welchem sie die seitens der Geistlichen und Gutsherrschaften ihrer Heimath ausgeübten Ungerechtigkeiten anführt, sich voll und ganz mit den sozialistischen Ideen einverstanden erklärt und die Namen der Gleichgesinnten mittheilt, den Untersuchungsrichtern in Lemberg in die Hände, da ich selbst inzwischen verhaftet worden war. Von nun an begannen die Verfolgungen gegen Anna Pawlik und ihre Familie, von welchen sie im „Dzwin" (Glocke) unter dem Titel: „Meine und des Volkes Sünden — der Herren und der Pfaffen Recht", eine wahrheitsgetreue Schilderung gegeben hat. Man hielt Haussuchungen bei ihr und bei ihren Eltern ab, sprengte unwürdige Gerüchte über den Unterzeichneten aus, legte ihr Hausarrest auf und chikanirte sie derart, dass sie Ende 1877 nach Lemberg flüchtete, wo sie, Anfangs 1878, im zweiten Ukrainer Sozialistenprozess wegen Theilnahme an einer geheimen sozialistischen Verbindung zu einem Monat strengen Arrest verurtheilt wurde.

Die Bauern ihrer Heimath begriffen anfangs die Verfolgungen nicht recht und meinten, Anna und ihr Bruder müssten Banknoten gefälscht oder die Bücher, nach denen man haussuchte, gestohlen haben. Als aber die wahre Ursache der Verfolgungen bekannt wurde, steigerte sich nur noch

die Popularität Anna's, man besuchte sie und ihre Eltern, drückte ihnen seine Sympathien aus, bei welcher Gelegenheit stets über die politischen und sozialen Verhältnisse, die Geistlichkeit, die religiösen Dogmen und Satzungen gesprochen, und, wenn auch in drastisch-naiver Form, manche treffende Kritik geübt wurde. Als Anna in Kossow verhaftet wurde, lieferten ihr die Bauern selbst das Essen in's Gefängniss; ja, obwohl sie wussten, dass sie sich dadurch Haussuchungen aussetzten, forderten die Angesehensten von der Regierung die Freilassung Anna's. Als diese schliesslich erfolgte, wurde die Zurückkehrende von den Bauern mit Enthusiasmus begrüsst.

Diese Vorgänge, sowie ähnliche, die sich in der Umgegend von Borislaw (zirka 20 Meilen nordwestlich von Kossow) in der Angelegenheit des Jurko Kulikir abspielten, zeigen, wie propagandistisch in rationalistischer und sozialistischer Beziehung die Verhaftung von Sozialisten bäuerlicher Herkunft wirkt, vorausgesetzt, dass diese sich durch ihren Lebenswandel allgemeine Achtung und Liebe zu erwerben verstanden.

Die bäuerliche Abstammung und die anerkannte Uneigennützigkeit machten den Widerstand machtlos, das Volk hat kapituliren müssen.

Ferner möchte ich bei dieser Gelegenheit noch hervorheben, dass erfahrungsgemäss diejenigen Agitationsschriften die grösste Wirkung erzielten, die der Volkssprache angepasst, lokale Ereignisse in populärer Form behandelten. In meinen früheren Berichten habe ich bereits die meisten hierhergehörigen Broschüren und Schriften genannt, ich möchte nur noch hinzufügen, dass die im ersten Bande des Jahrbuches angedeutete Zeitung, welche zur Propaganda unter dem arbeitenden Volk bestimmt ist, die in Lemberg erscheinende „Praca“ ist. Wir nennen das Blatt jetzt, weil sowohl der „Rownosc“, als auch die im Krakauer Prozess angeklagten Polen und B. Limanowski es selbst genannt haben. Wie die Nummer sechs der „Praca“ von diesem Jahre meldet, haben die Lemberger Arbeiter einen „Verband der polnischen und ukrainischen Arbeiter“ in's Leben gerufen.

Wir kehren nunmehr zur Kolomeer Angelegenheit zurück. Wie ich in meinem vorigen Bericht mittheilte, waren die Kossower Behörden mit der am 13. September 1879 in Lemberg erfolgten Freisprechung Anna Pawlik's durchaus nicht einverstanden.

Es ist dies vornehmlich auf die persönliche Rachsucht des Bezirkshauptmanns Sabin zurückzuführen, dem Anna im „Dzwin“ Handlungen nachgewiesen hatte, welche die höhere Gesellschaft zwar begeht, aber nie verzeiht. Um nun eine erneuerte Verhaftung zu ermöglichen, griff man zu folgendem Mittel: Am 7. Januar d. J. wurde in der Stadt Kutty (eine Meile südöstlich von Kossow) ein anonymer Brief „an die Gemeinde von Monastyrsko“ aufgegeben, in welchem die seither verübten Gewaltakte gepriesen, insbesondere Dmytro Fokschey wegen des Schusses auf Kabin (der kurz vorher erfolgt war) gelobt, zu weiteren Gewaltthaten, insbesondere gegen die Geistlichkeit aufgefordert und ermahnt wurde, Anna Pawlik nicht zu Grunde gehen zu lassen, sondern der Verfolgten beizustehen, da sie dem Volke noch von grossem Nutzen sein könne.

Diesen Brief sollte nun Anna Pawlik, die damals mit ihrer jüngeren Schwester in Kolomea in äusserst bedrängter Lage sich befand, geschrieben

und in Kntty — das fünf Meilen von Kolomea entfernt ist und infolge äusserst starken Schneefalls damals zn Fnss gar nicht erreicht werden konnte — selbst oder mit Hilfe „einer dritten Person" aufgegeben haben. Auf diese vage Vermnthung hin wurde Anna nebst ihrer fünfzehnjährigen Schwester Paraska verhaftet, znnächst nach Kossow, dann wieder zurück nach Kolomea geschleppt nnd dort in Untersuchungshaft genommen. Bald daranf stirbt in Monastyrko ihr Vater, Iwan Pawlik, aus Kummer über seine verfolgten und auseinandergejagten Kinder.

Obwohl Anna Pawlik auf's Entschiedenste bestritt, diesen Brief geschrieben zu haben, hielt der speziell mit den sozialistischen Prozessen in Ostgalizien betraute Staatsanwalt Zborowski, gestützt auf die Aussagen der „Sachverständigen" und „die ganze Vergangenheit nnd die bekannte Gesinnung" der Angeklagten, die Anklage anfrecht, trotzdem gerade die Vergangenheit Anna Pawlik's Beweis dafür abgelegt hat, dass sie niemals, nicht einmal der Regiernng gegenüber eine Unwahrheit gesprochen.*) Ferner wusste man der Anklage eine solche Form zu geben, dass sie nicht vor das Schwurgericht in Lemberg kam, sondern dem Richterkollegium in Kolomea überwiesen wurde.

Dass es den Kossower Behörden vor allem darauf ankommt, Anna Pawlik um jeden Preis „unschädlich" zn machen, erhellt daraus, dass man sie sofort nach verbüsster achtmonatlicher Haft in Kolomea (wovon sieben Monate Untersnchnngs- nnd nur ein Monat Strafhaft) sammt ihrer Mntter, Maria Pawlik, ohne Angabe jeden gesetzlichen Grundes anf's Neue verhaftet hat.

Aber man täuscht sich; diese Verfolgungen werden, bei der grossen Bekanntschaft und den vielen persönlichen Beziehungen der Verfolgten mit den Bauern und der industriellen Gebirgsbevölkerung in der Umgegend von Kossow, nur allgemeine Entrüstung und Empörung über die bestehende Gesellschaftsordnung hervorrufen.

Wir haben durch unsere Darstellnng der Kossower Vorgänge ein kleines Bild von Dem geben wollen, was sich gegenwärtig im Grossen und Ganzen in der ukrainischen Landbevölkerung vollzieht. Wie man sieht, begann diese Bewegung auf religiösem Gebiete, da die ukrainische Geistlichkeit das Volk wie überall ausbeutet, nnd ging dann erst in's Politische hinüber. Freilich fehlt noch das rechte Verständniss für das Wesen des Landsozialismus, obwohl die Idee des kollektiven Grundbesitzes und der kollektiven Bebauung schon hier nnd dort aufgetaucht ist,**) doch ist auch dafür die beste Hoffnung vorhanden. Jedenfalls stehen die Kossower Bauern schon jetzt mit der Regierung und Geistlichkeit auf dem offenen „Kriegsfuss".

Es ist übrigens nur ganz natürlich, wenn die rationalistisch-sozialistische Bewegung Ostgaliziens im Kossower Bezirk am entwickeltsten ist. Der

---

*) Eine vollkommene Widerlegung der tendenziösen, von den Sachverständigen und der betreffenden Behörde erhobenen Beschuldigung haben wir jüngst in unserem „Offenen Brief an das ukrainische Volk" (Genf 1880) geliefert.

**) Wir sehen hier ganz ab von der ukrainischen sozialistischen Presse, sondern fassen nur das in's Auge, wozu einzelne Bauern selbstständig gelangt sind. Trotzdem in der ukrainischen sozialistischen Presse schon 1875 der Landsozialismus entwickelt wurde, ist selbst Anna Pawlik erst Ende 1878 dahin gelangt.

Kolomeer Kreis, dessen Einwohnerschaft zum grössten Theil aus den sogenannten Hutzulen, den Bewohnern des Karpathengebirges, besteht, bildete früher den südöstlichsten Distrikt des alten Polenreiches, weshalb auch hier das ukrainische Volk weniger geknechtet und polonisirt werden konnte, als in den mehr nördlich gelegenen Distrikten Ostgaliziens, ganz abgesehen davon, dass Gebirgsbewohner überhaupt schwerer zu unterdrücken sind.

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts vollzog sich in diesem Kreise eine Art sozialer Bauernbewegung in der Form von bäuerlichen Räuberbanden, deren tüchtigster Anführer, Oleksa Dowbusch, noch heute in ganz Ostgalien in Volksliedern gepriesen wird und im Gedächtnisse der Bauern des Kossower Bezirkes, wo er am Meisten wirkte, als ein Held fortlebt, der die Mächtigen und Reichen beraubt habe, um den Armen zu geben. Unter der Wirkung dieser Sage stand auch der Berichterstatter während seiner Kinderjahre. In den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts schickte der Kolomeer Kreis die tüchtigsten und revolutionärsten Bauernabgeordneten in den Wiener Reichsrath, sowie später auch in den Lemberger Landtag. Der Name eines dieser Abgeordneten, des Bauern Kowbasjuk, dient noch bis heute bei dem polnischen Adel als Spitznahme für jeden gegen die polnische Herrschaft in Ostgalizien revolutionär gesinnten Ukrainer. Kolomea war auch in den sechziger Jahren ein natürlicheres Zentrum der patriotischen ukrainischen Bewegung in Ostgalizien, als Lemberg, welches seit dem Mittelalter polonisirt worden ist. Das um diese Zeit in Kolomea gegründete Untergymnasium, sowie ein von den Landgemeinden speziell für die ländliche ukrainische Schuljugend errichtetes Institut, trugen hier natürlich sehr viel zur Hebung der Volksbildung bei, und endlich war, wie bereits bemerkt, Kolomea in den siebziger Jahren das Zentrum der literarischen Thätigkeit Naumowitsch's, welche gerade in diesem Kreise am Meisten zur Erweckung der Leselust und des Selbstbewusstseins des Landvolkes beigetragen hat.*)

Wie in ganz Ostgalizien, so wurde auch in Kossow und Umgebung Naumowitsch zu Anfang seiner Thätigkeit fast vergöttert, die schriftkundigen Bauern von Monastyrsko (sammt dem Berichterstatter und seiner Schwester) und ganz besonders die von Moskalowka, nahmen an der genannten Bewegung, besonders zur Zeit ihres Kulminationspunktes, von 1874 bis Mitte 1875, einen sehr lebhaften Antheil. Dmytro Fokschey trat in dem Kolomeer Volksmeeting von 1877 als Redner aus dem Bauernstande auf. Die Umgegend von Kossow ist endlich der Distrikt, wo die sozialistischen ukrainischen Publikationen am Meisten Eingang gefunden haben, und wo die ersten Sozialisten aus dem Volke gewonnen wurden.

Die Gesammtwirkung aller dieser Umstände trug, wie gesagt, dazu bei, dass eben hier auch die rationalistische und sozialistische Bauernbewegung am fortgeschrittensten ist.

In den anderen Gegenden Ostgaliziens hat sich bis jetzt weder in Pro-

---

*) Naumowitsch hat in literarischer Hinsicht für den Sozialismus in Ostgalizien dasselbe geleistet, was für die sozialistische Bewegung in Deutschland Schulze-Delitzsch geleistet hatte. Selbstverständlich ist der Erstere so wenig wie der Letztere Sozialist.

zessen noch in der Presse Aehnliches gezeigt, doch dürfte dieselbe Bewegung sich überall vollziehen, ganz besonders in den Geburtsorten der gebildeten ukrainischen Jugend von bäuerlicher Herkunft; indess können wir darüber nichts berichten. Eines führen wir hier als Vorzug der Bewegung unter dem ukrainischen Volke Ostgaliziens an, dass nämlich die gebildeten Sozialisten hier keine Wanderpropagandisten sind, dass ein Jeder von ihnen im Umkreise seines Geburtsorts, wo ihn ein jeder Bauer persönlich kennt, wirkt. Allerdings ist diese Wirkung keine stetige, weil fast Alle nur während der Ferien auf dem Lande verweilen.

Auch nehmen die nicht mit der Hand arbeitenden ukrainischen Sozialisten keinen direkten Antheil an den Bauernangelegenheiten, was unserer Meinung nach der Bewegung zum Vortheil gereicht. Die gebildete ukrainische Jugend Ostgaliziens prägt dem Landvolke ein, dass seine Befreiung nur von ihm selbst abhängt, und ist ihm bei der Lösung einer Masse von angeregten Fragen nur indirekt durch Rede und Schrift behilflich, andererseits wünschen auch die Bauern selbst nicht, dass sich in ihren engeren Kreisen nichtarbeitende Sozialisten befinden, wiewohl sie einen Bogoslawljewitsch enthusiastisch aufnehmen würden. Letzteres wird die gebildete Schuljugend von Ostgalizien zwingen, nach der Beendigung der Studien*) selbst Arbeiter zu werden, und wird die Bildung eines sozialistischen geistigen Proletariats, welches, wie die Bauern sagen, „weder Vogel noch Fisch“ ist, wie es sich ganz besonders in der sogenannten russischen revolutionären Partei, die noch durchaus keine Arbeiterpartei ist, vorfindet, wohl verhüten.

Wie schon aus den oben besprochenen Bauernprozessen zu ersehen ist, haben sich die radikalen, blos aus Landarbeitern bestehenden Bauerngruppen aus eigener Initiative und ganz selbstständig gebildet, und dies wird auch allem Anscheine nach bei den künftigen Bauernverbänden der Fall sein, so dass hier die Bildung einer wirklichen sozialistischen Bauernpartei auf Grund einer sozialistischen Evolution von unten nach oben zu erwarten ist.

Nach dem Geständnisse der „Praca“ (Nr. 6, 1880) hat die von den Ukrainern unter dem ukrainischen Landvolke Ostgaliziens hervorgerufene Bewegung seinerzeit (1877—1878) auf die Bildung der Lemberger sozialistischen Arbeitergruppen einen entschiedenen Einfluss ausgeübt, gegenwärtig aber ist ein gewisser Unterschied zwischen der Land- und Stadtbewegung von Ostgalizien wahrzunehmen.

Wie aus dem geschilderten Zustande der Bauernbewegung zu ersehen ist, hat dieselbe gar keine Tendenz, eine gesetzliche, parlamentarische zu werden.

Seit den vierziger Jahren haben die Bauern von Galizien den Werth

---

*) In der ukrainischen sozialistischen Schuljugend von Ostgalizien gab es und gibt es gar keine Tendenz, die Studien aufzugeben, und „in das Volk zu gehen“, wie es in Russland in den siebziger Jahren der Fall war, denn sie sieht wohl ein, dass sie ohne tüchtige Bildung dem ukrainischen Volke nichts Neues sagen könne und nur verlacht werden würde. Auch hat sich gegenwärtig in der ukrainischen Volksmasse Ostgaliziens der Drang nach Bildung bedeutend gesteigert.

des Parlamentarismus sehr wohl geprüft. In dem Wiener Reichsrathe waren die ukrainischen Bauern von Ostgalizien durch die oben erwähnten Abgeordneten sehr wohl vertreten. Allerdings waren die Wiener Abgeordneten damals insofern loyal, als sie für die österreichische Regierung gegen den polnischen Adel von Ostgalizien eintraten, aber in sozialer und namentlich in ökonomischer Beziehung waren sie sämmtlich durch und durch revolutionär, indem sie stets für die Bauernsache eintraten. Aus dieser parlamentarischen Periode datirt auch der Ruf: „Wälder und Weideplätze" (für die Banern), welcher noch heute von der polnischen Presse „der ukrainische (Land-)Kommunismus" genannt wird. Auch haben anfangs sowohl die ukrainischen, als auch die masnrischen (Bezeichnung für die polnischen Bewohner Westgaliziens) Banern im Lemberger Landtage ihre Vertreter (ebenfalls Bauern) gehabt, die damals noch auf diesem Wege etwas für das Landvolk zu erlangen hofften und zu diesem Zwecke hier eine Art von Föderation von Ukrainern nnd Masnren gegen die höheren Stände bildeten. Aber die Erfahrung hat das Landvolk beider Galizien bewohnenden Nationen gelehrt, dass es auf dem parlamentarischen Wege nichts erlangen kann, und ist der Glaube an denselben in ganz Galizien unter den Bauern vollständig geschwunden: 1879 hat die ukrainische Bevölkerung Oesterreichs die Zahl ihrer Vertreter im Wiener Reichsrathe von 18 auf 3 (worunter nicht ein Bauer) herabgesetzt und dadurch dem Parlamentarismus ein gründliches Dementi ertheilt. Ebenso verhält sie sich zum Lemberger Landtage: sowohl das ukrainische, als auch das masurische Volk betrachten denselben nur als Quelle grösserer Steuern, und ist es Beiden gleich, wer dorthin gewählt wird; wird der Gewählten doch ohnehin, so glaubt das Volk, dort nur sitzen und täglich seine fünf Gulden (in Wien zehn) beziehen, aber gar nichts für das Volk thun!

Die Rede-, Press- und Versammlungs-Freiheit war für die ukrainischen Bauern Ostgaliziens (wie es wohl überall der Fall ist) so selbstverständlich wie die Luft: bis 1877 hatten sie niemals von einer Beschränkung derselben gehört. Seit dieser Zeit hat aber die Regierung ganz besonders die Bauern des Kossower Bezirkes eines Andern belehrt: die dortigen Bauern sind in allen diesen natürlichen Rechten direkt beeinträchtigt, und es ist ihnen ad oculos demonstrirt worden, dass sogar bei der österreichischen Konstitntion, bei dem österreischischen Parlamentarismus, Rede- und Pressfreiheit nicht bestehen können, und darum greifen sie auch zum Gewehr. (? Die Red.) Dagegen plaidirt das Organ der Lemberger Stadtarbeiter, „Praca", für die Vertretung der Arbeiter in dem Wiener Reichsrath und dem Lemberger Landtage nnd veranlasst sogar Petitionen um Gewährung des allgemeinen Stimmrechtes an den Wiener Reichsrath, zu welchem Zwecke in Lemberg die von H. Limanowski in seinem Berichte über Polen erwähnte Arbeiterversammlnng stattfand, wo eine Reihe von gesetzlichen Resolntionen zur Förderung des Wohles der Industriearbeiter einstimmig angenommen wurde.

Auch fehlt noch ein direktes Band dieser beiden Bewegungen in Ostgalizien.

Allerdings bespricht die „Praca" (Nr. 6, 1880) die Lage der polnischen Arbeiterkolonien in der Ukraine, und insbesondere derjenigen in Lemberg mit Sachkenntniss; indem sie wohl sieht, dass die Stadt Lemberg nicht von

polnischen, sondern von ukrainischen Dörfern umgeben ist*), und als Grundlage der sozialistischen Propaganda und Organisation die Volksmasse anerkennt, aber diese Aeusserung des Organes der „Förderation polnischer und ukrainischer (Lemberger) Arbeiter" hat noch bis heute kein praktisches Resultat gezeitigt und konnte es auch nicht zeitigen.

Da Lemberg das politische, kulturelle und ökonomische Zentrum von Galizien ist, so ist die internationale Sprache der Lemberger Arbeiter (polnisch, ukrainisch, jüdisch, deutsch) — die polnische, und zwar in den höheren Schichten der Arbeiter die polnisch-literarische; somit sind die Lemberger polnischen Publikationen und namentlich die „Praca" der ukrainischen Landbevölkerung infolge ihrer vollständigen Unkenntniss der polnischen Sprache ganz und gar unzugänglich — und andererseits kennen die Lemberger Arbeiter, wiederum wegen ihrer Unkenntniss der ukrainischen Sprache und da sie nicht in der Lage sind, Lemberg zu verlassen, um die Lage des Landvolkes studiren zu können, — weder die ukrainische sozialistische Literatur, noch die Lage und die Bestrebungen des ukrainischen Landvolkes.

Nun kann eine solche beiderseitige Unkenntniss den Bestrebungen der Land- und Stadt-Bevölkerung (die letztere lediglich in Lemberg) Ostgaliziens nicht förderlich sein, es werden daher sowohl die polnischen Arbeiterkolonien als auch die ukrainischen Bauern zu einer gegenseitigen Annäherung und Verständigung sich veranlasst sehen.

Unserer Meinung nach könnte die „Praca" zu dieser Annäherung dadurch behilflich sein, wenn sie beide Landessprachen: die polnische Volkssprache, — welche bis jetzt weder in der in- noch ausländischen polnischen sozialistischen Presse berücksichtigt worden ist, — und die ukrainische in ihre Spalten aufnähme, wodurch sie einerseits unter dem ukrainischen Volke Ostgaliziens und andererseits auch unter dem polnischen Landvolke Westgaliziens (Hauptstadt Krakau) Eingang finden und so auch zur Föderirung der Stadtarbeiter mit der Landbevölkerung Galiziens viel beitragen würde.

Genf, den 30. September 1880. M. Pawlik.

Berichtigung.

In meinen vorigen Bericht haben sich einige Irrthümer eingeschlichen, als deren wesentlichste ich folgende hiermit berichtigen möchte:

Seite 375, Zeile 14 von unten: Jahrtausenden; soll heissen: Jahrhunderten.
„ 376, „ 23 „ oben: gleiche; soll heissen: geheime.
„ 377, „ 6 „ unten: Wissenschaft; soll heissen: Selbstaufklärung des Volkes.
„ 381, „ 17 „ oben: Regierung," „Die; soll heissen: Regierung. Die.
„ 381, „ 12 „ unten: ausschliesslich; soll heissen: fast ausschliesslich.
„ 382, „ 25 „ oben: Iw. Pisarew; soll heissen: Demetr. Pisarew.
„ 382, „ 3 „ unten: die für das kleinrussische Volk bestimmte Literatur; soll heissen: die gesammte moderne ukrainische Literatur.
„ 383, „ 21 „ oben: national-ökonomischen; soll heissen: sozialen und ökonomischen.

---

*) Die „Praca" widerruft auch die Behauptung, als läge Lemberg in Polen (Nr. 4, 1880).

IV. Rumänien.

Die sozialistische Bewegung Rumäniens datirt erst aus neuester Zeit und befindet sich noch in den ersten Stadien. Allein die Thatsache überhaupt, dass in einem so rückständigen, abgelegenen Lande wie Rumänien Sozialisten auftauchen, kann für die Anhänger des Sozialismus als eine für das Schicksal dieser Lehre bedeutungsvolle Erscheinung nicht gleichgültig sein. Der kühnste Optimist dürfte sich kaum der Erwartung hingeben, dass die modernen sozialistischen Ideen auf einem Boden gedeihen könnten, dessen Elemente offenbar ungeeignet dazu sind. Die sozialistische Lehre ist aber von solch hinreissender Macht, dass sie sogar in Länder eindringt, denen es an den für die Entstehung des Sozialismus nothwendigen Elementen fast vollständig mangelt. Einige flüchtige Bemerkungen über die materielle und geistige Kultur Rumäniens werden diesen Gedanken näher veranschaulichen und zum Verständniss des gegenwärtigen Zustandes des Sozialismus in diesem Lande als Richtschnur dienen können.

Die ungeheuere Mehrzahl der einheimischen Bevölkerung betreibt die Landwirthschaft und zwar mit den primitivsten Mitteln. Es gibt Gegenden, wo die Bauern, sowohl nach der Einrichtung ihrer Wohnungen als auch nach ihrer Lebensweise überhaupt, eher Halbwilden als Bürgern eines zivilisirten Staates ähnlich sind. Ein sehr bedeutender Bruchtheil der Landbevölkerung ist besitzloses Proletariat, die Mehrzahl aber besitzt Grund und Boden als Privateigenthum, doch sind ihre Grundstücke meist so werthlos, dass die Mehrzahl der Kleinbauern fast in leibeigenschaftlichem Verhältniss zu den Grossgrundbesitzern steht. Durch Darlehen zu ungeheueren Wucherprozenten verstehen es diese, die ärmeren Bauern vollständig zu knechten, indem sie sich für die dem Bauern unerschwinglichen Zinsen persönliche Arbeit leisten lassen. Schulen gibt es in den Dörfern äusserst wenige. Ein äusserst niedriges Niveau der kulturellen Entwickelung und eine fast leibeigenschaftliche Abhängigkeit von den Gutsbesitzern — damit ist, wie gesagt, in kurzen Worten die Lage der ungeheuren Mehrzahl der rumänischen Bauerschaft gekennzeichnet.

Was die Industrie anbetrifft, so ist sie kaum im Entstehen begriffen und befindet sich dazu fast voll und ganz in den Händen von Juden, Oesterreichern, Griechen und Bulgaren. Mit einem Worte, eine National-Industrie im buchstäblichen Sinne dieses Wortes ist, wenn überhaupt, nur im dürftigsten Umfange vorhanden.

Dieser materiellen Kultur entsprechend ist auch das geistige Leben des Landes sehr unentwickelt. Auf eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen gibt es im Ganzen zwei Universitäten — in Bukarest und Jassy — mit einem mangelhaften Lehrerpersonal. Das niedrige Niveau der geistigen Bedürfnisse charakterisirt sich dadurch, dass von den wissenschaftlichen Werken der berühmtesten Autoren etwa 50 Exemplare während einiger Jahre verkauft wurden. Es existiren keine periodischen wissenschaftlichen Zeitschriften, und nicht einmal in den beiden Residenzstädten finden wir eine öffentliche Bibliothek. Unter den Professoren giebt es keinen einzigen ächten Repräsentanten der fortgeschrittenen Wissenschaft.

Bei dieser inneren Rückständigkeit des Landes gewinnt die gefährliche Nachbarschaft des absolutistischen Reiches Alexander II. und Oesterreichs eine besondere Bedeutung. Der rumänische Staat kann gegenüber der Erringung politischer Selbstständigkeit seitens der benachbarten slavischen Stämme und deren Organisation zu Staatseinheiten nicht gleichgiltig bleiben. Die grösste Gefahr droht ihm selbstverständlich von Seiten Russlands, das sich bereits Bessarabien einzuverleiben wusste und seine eisernen Klauen stets bereit hält, um eines Tages ganz Rumänien an sich zu reissen. Theilweise zu diesem Zwecke, theilweise aus Furcht vor freiheitlichen Einrichtungen im benachbarten Staate, gibt sich die Regierung Alexander II. alle Mühe, jede geistige und politische Fortschrittsbewegung hier im Keime zu ersticken und organisirte zu diesem Behufe ein ganzes Spionagesystem mit dem russischen Botschafter an der Spitze. Der Konsul in Jassy unterhält sogar geheime Verbindungen mit der gestürzten Dynastie (Fürst Sturdza) und ihren reaktionären Anhängern, augenscheinlich in der Hoffnung, mit Hülfe eines Staatsstreichs Rumänien in ein grösseres Abhängigkeitsverhältniss zur russischen Regierung zu bringen.

Wenn wir nun die eben erwähnten Thatsachen in Betracht ziehen, so wird es uns nicht schwer fallen, im Voraus eine allgemeine Vorstellung vom Charakter der sozialistischen Bewegung in Rumänien zu gewinnen. Der ausschliesslich ländliche Charakter der Produktion, das Fehlen jeder Form des gemeinschaftlichen Besitzes an Grund und Boden und die unerhört niedrige Kultur, Alles das stellt einer rein volksthümlich-revolutionären, auf Ideale des modernen Sozialismus abzielenden Bewegung ausserordentliche Schwierigkeiten entgegen. Der Masse der rumänischen Bauernschaft wäre kaum etwas Anderes zugänglich, als die Parole eines Kampfes für eine neue Vertheilung des Bodens auf Grundlage des Privateigenthums. Ferner zwingt das Fehlen einer nationalen Intelligenz mit höheren geistigen Bedürfnissen, der Mangel einer Literatur, sowie der Bekanntschaft mit dem intellektuellen und sozial-politischen Leben der vorgeschrittenen Völker, die Sozialisten dazu, die Initiative in Angelegenheiten zu ergreifen, für welche westeuropäische Sozialisten nicht zu sorgen brauchen, da sie theils schon von früheren Generationen besorgt wurden, theils heute noch Gegenstand der Aufmerksamkeit einer Masse anderer Elemente sind. So müssen z. B. die rumänischen Sozialisten — um einen intellektuellen Boden zu schaffen, der überzeugungstreue Anhänger des Sozialismus zu erzeugen fähig wäre — sowohl in der Gesellschaft als auch besonders unter der Jugend, das Interesse am Wissen überhaupt anzuregen suchen, ein kritisches Verhalten zu den umgebenden Erscheinungen erwecken, die Aufmerksamkeit der Jugend auf ideale Ziele richten und rege erhalten. Die Sozialisten in Rumänien müssen daher besondere Mühe darauf verwenden, um der Jugend in populärer Form die naturwissenschaftlichen und sozialistischen Lehren der modernen Wissenschaft zugänglich zu machen; sie müssen, fast ähnlich wie die serbischen und ruthenischen Sozialisten, zur Schaffung einer vielseitigen nationalen Literatur die Initiative ergreifen. Wie man sieht, eine sehr komplizirte Arbeit.

Endlich muss die schon erwähnte Gefahr, welche Rumänien seitens der benachbarten Staaten, besonders seitens Russlands, droht, das Gefühl der

nationalen Selbsterhaltung beständig in gespanntem Zustand erhalten, welches Gefühl von der Furcht vor den ins Land eindringenden ausländischen Elementen, die als Kaufleute und Industrielle die einheimische Bevölkerung auszubeuten wissen, unterstützt wird. Die durch eine solche Lage der Dinge in den Gemüthern erzeugten Extreme, wie Chauvinismus, rohe nationale Vorurtheile etc., stossen selbstverständlich bei den rumänischen Sozialisten auf lebhafte Opposition, aber auch diese werden kaum bald im Stande sein, sich selbst vollständig von dem Einflusse der Verhältnisse, in denen das rumänische Volk zu anderen Völkern steht, unabhängig zu machen.

* * *

Wir wollen nunmehr die Entwickelung und den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Bewegung in Rumänien kurz darlegen. Auch hier, wie in Serbien, ist der Sozialismus von Russland aus importirt worden, und zwar hauptsächlich durch Vermittlung von Bessarabiern, die in den russischen Mittel- und Hochschulen ihre Bildung genossen hatten. Die erste Propaganda des Sozialismus in Rumänien wurde um das Jahr 1875 von einem Bessarabier, Subko-Kodreanu, Student der Petersburger medizinischen Akademie, in Angriff genommen.

Von der sozialistischen Gruppe, die den „Wperjod" (Vorwärts) herausgab, zur Herstellung eines regelmässigen Bücherimportes an die rumänische Grenze gesandt, weilte Kodreanu einige Zeit in Jassy, wo er mit einigen jungen Leuten Bekanntschaft schloss. Als er später von der russischen Regierung verfolgt wurde, siedelte er vollständig nach Rumänien über und liess sich in Bukarest nieder, indem er hoffte, dass es ihm infolge seiner rumänischen Abkunft und der Kenntniss der rumänischen Sprache gelingen werde, für die Lehre, der er sein ganzes Leben gewidmet, erfolgreich Propaganda zu machen. Nachdem er in die medizinische Fakultät der Universität Jassy eingetreten, suchte er in der Studentenschaft Bekanntschaften anzuknüpfen, in der Hoffnung, eine Anzahl aus derselben auf seine Seite heranzuziehen. Bald aber wurde er mit Schrecken inne, dass es ungemein schwierig war, die Aufmerksamkeit auch nur der Minderzahl seiner Kollegen nicht nur für sozialistische Ideen, sondern sogar blos für die geistige Bewegung der fortgeschrittenen Länder überhaupt zu gewinnen. Vollständiger Indifferentismus gegen Alles, was über den Kreis der materiellen Genüsse hinausgeht, ausschliessliches Trachten und Sorgen für eine glänzende Karriere — das war die Signatur der Studentenschaft, in deren Mitte der edle Subko-Kodreanu sich aufhielt. Ein schweres Stück Arbeit lag vor ihm. Und zu Alledem kamen noch beständige Entbehrungen und Nahrungssorgen. Nichtsdestoweniger gelang es ihm doch, unter der Masse der Bukarester und Jassy'er Studenten einige Personen zu finden, die, wenn sie sich auch die sozialistische Weltanschauung nicht voll und ganz aneigneten, doch wenigstens mit ihr sympathisirten und sich mit der sozialistischen Literatur bekannt zu machen anfingen. Unter diesen Wenigen gehörte einer noch zu denen, mit welchen Subko schon in den Jahren 1874—1875, während seines Aufenthaltes in Jassy, Bekanntschaft geschlossen hatte.

Einen wirklichen Wendepunkt im intellektuellen Leben der rumänischen Jugend bildete Subko's Tod, der im Herbst 1878 erfolgte. Vor seinem

Tode ersuchte Subko in Gegenwart von Zeugen seinen Freund und Gesinnungsgenossen, den Dr. Russel, man solle ihn ohne Assistenz eines Geistlichen begraben. Um diesem Wunsche zu entsprechen, waren am Begräbnisstag die wenigen Freunde und Verehrer des Verstorbenen zusammengekommen, als kurz vor dem Leichenbegängniss einige Priester erschienen und verlangten, dass man es ihnen überlasse, die christlichen Zeremonien zu vollziehen. Dr. Russel, gestützt auf das Testament des Freundes, drohte ihnen ein wenig mit der Flinte, falls sie versuchen sollten, gewaltsamer Weise die Zeremonie zu verrichten. Die Priester entfernten sich, und die Freunde des Verstorbenen trugen selbst den Sarg nach dem Kirchhof. Kaum hatten sie ihn aber in's Grab gesenkt, als die Priester in Begleitung eines Polizeibeamten und zweier Gensdarmen erschienen und, von diesen unterstützt, ihr Verlangen wiederholten, infolge dessen den Freunden des Verstorbenen nichts übrig blieb, als sich zu entfernen. Der Bischof des Jassy'er Kreises wusste den damaligen Senatsdeputirten Boeresku (gegenwärtig Minister der äusseren Angelegenheiten) durch ein Geschenk von 18,000 Franken zu veranlassen, dass dieser das Ministerium wegen des „Skandals“ interpellirte und forderte, dass Dr. Russel in Anklagezustand versetzt werde. Obwohl die Verfassung absolute Gewissensfreiheit garantirt, wusste Boeresku nichtsdestoweniger den Beweis herauszuklügeln, dass Vorgänge, wie das Begräbniss von Kodreanu, als Beleidigung des religiösen Gefühls zu betrachten seien und daher der Verfolgung unterliegen. Da aber der Ministerpräsident, Bratiano, erklärte, dass er seine Entlassung einreiche, falls man Russel gerichtlich verfolgen werde, so hatte die Sache keinen direkten Erfolg, dagegen wurde Russel das Recht entzogen, im Staatsdienst als Arzt zu fungiren.

Diese Angelegenheit, welche während eines ganzen Monats in den Zeitungen hin und her besprochen wurde, musste auch die Aufmerksamkeit der Jugend auf die Person und die Anschauungen des Verstorbenen lenken und rief in der Bukarester Jugend eine Art geistiger Gährung hervor. Was den Kraftanstrengungen des lebendigen Kodreanu nicht gelingen wollte, das brachten der Tod dieses überzeugungstreuen Sozialisten und die Vorgänge an seinem Grabe zu Stande: die geistige Apathie der Studentenschaft begann in merkbarer Weise einer geistigen Aufregung Platz zu machen. Eine von einem bessarabischen Emigranten verfasste Biographie Kodreanus, in welcher die feurige Liebe des Verstorbenen zum rumänischen Volke, seine rückhaltlose Ergebenheit für den Sozialismus, sein sympathischer Charakter, sowie der Eindruck der Manifestation am Grabe auf Freunde und Feinde seiner Ueberzeugungen geschildert wurden, vergrösserte noch diese Aufregung. In Bukarest allein wurden in wenigen Tagen 700 Exemplare der Biographie verkauft.

Diese Stimmung wurde von den Freunden Subko Kodreanu's (insbesondere von einem Bessarabier, der seine Ueberzeugungen durch den Kampf für dieselben in Russland und durch den Einfluss des direkten Verkehrs in der internationalen Arbeiter-Assoziation gestählt hatte) in Bukarest weiter unterhalten. Auch in Jassy benutzten Kodreanus Freunde die Sympathien für dessen Person zu propagandistischen Zwecken. Im Jahre 1879 beginnt man unter den Studenten eine Reihe von Vorträgen über verschiedene Fragen der Philosophie und des gesellschaftlichen Lebens mit vollständig

sozialistischer Tendenz zu halten. Es bildet sich eine Art leitender Gruppe, eine Kasse wird gegründet, um französische und deutsche sozialistische Zeitschriften zu abonniren, die dann unter der lernenden Jugend verbreitet werden; für diejenigen, die der fremden Sprachen nicht kundig sind, werden Fragmente aus den interessanteren Artikeln oder letztere voll und ganz übersetzt.

Ein Hektograph wird benutzt, um Uebersetzungen von Lassalles „Ueber Verfassungswesen" und noch einiger anderer ausländischer Broschüren zu vervielfältigen. In gleicher Weise wurde ein Auszug aus Marx's „Kapital" veröffentlicht. Ausserdem waren freie Uebersetzungen der „Schlauen Mechanik" und des „Mährchens von den vier Brüdern" *) druckfertig gemacht worden. Endlich unternahm man im Herbst 1879 sogar die Herausgabe einer Zeitung „Bessarabia".

Dieser Name sollte die Jugend an die Rumänien entrissenen Theile erinnern und macht somit den nationalen Gefühlen eine Art Konzession, um der neuen Zeitschrift gehörige Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Schon im ersten Leitartikel wurde darauf hingewiesen, dass die Bessarabier sich trotz der russischen Regierung mit ihren Stammesgenossen wieder vereinigen wollten, wenn die Lage des Volkes in Rumänien in radikaler Weise gebessert werde. Die Redaktion erklärte es als ihre Aufgabe, nach und nach Aufschluss darüber zu geben, wie eigentlich diese Besserung des Volkswohlstandes zu verwirklichen sei.

Erschien nun schon der Name der Zeitung der russischen Regierung verdächtig, so gaben ihr die regelmässigen Artikel über Russland, die selbstverständlich für die Herrscher des benachbarten Reiches wenig schmeichelhaft lauteten, Veranlassung, auf dem Verbot der „Bessarabia" zu bestehen, was auch mit Hilfe der reaktionären Elemente in Rumänien vollständig gelang.

Die „Bessarabia" hatte im Ganzen nur drei Monate existirt, dennoch hat sie ihre Wirkung nicht verfehlt. Nicht nur in der Studentenschaft, sondern auch in der lernenden Jugend aller Mittelschulen begann es zu gähren.

Jetzt existirt, nach der Aussage der leitenden Gruppe, in jeder Lehranstalt ein Kreis von Leuten, die deutsche und französische sozialistische Schriften lesen und ihrerseits Propaganda machen. Ausserdem bestehen auch schon einige Verbindungen mit Personen aus Bauern- und Arbeiterkreisen. In Jassy besteht ferner ein polnischer sozialistischer Zirkel, der auch, da er in nahem Verkehr mit der dortigen Bevölkerung steht, einen gewissen Einfluss auf letztere ausübt. Wenn unsere Genossen in Jassy nicht zu rosig sehen, so gibt es daselbst, laut ihren Aussagen, über 100 tüchtige Sozialisten. In vielen Provinzialstädten sollen sich gleichfalls sozialistische Zirkel gebildet haben.

Ich bin in letzter Zeit nicht nach Bukarest gekommen; es wird aber von dort berichtet, dass die Zahl der sozialistischen Proselyten in merkbarem Maasse gestiegen ist. Vor wenigen Tagen ist unter dem Titel: „Ein Brief an die Studenten" eine Broschüre erschienen, in welcher der Jugend

*) Die zwei wirksamsten und geistreichsten agitatorischen Broschürchen der russischen sozial-revolutionären Literatur.

auseinandergesetzt wird, dass ausser der sozialistischen Reorganisation jede andere Hilfe für das Volk bedeutungslos ist, bedeutungslos sein muss. Welcher Berufsthätigkeit der Mensch sich auch widmen möge, — der Medizin, der Jurisprudenz etc., ja sogar der wissenschaftlichen Forschung, — dem Volke werde er direkt von keinem Nutzen sein, wenn er nicht voll und ganz zum Verkünder der Ideen des Sozialismus werde. Diese Broschüre hat einen tiefen Eindruck gemacht.

In Bukarest existirt ein Verein der Buchdrucker und die dortige sozialistische Gruppe trat mit einigen Mitgliedern desselben in Verbindung. Im Grossen und Ganzen aber stehen er und sein Organ vorläufig unter dem Einflusse einiger Arbeiter.

In etwa vierzehn Tagen soll in Bukarest eine sozialistische Rundschau wissenschaftlichen Charakters: „Das zukünftige Rumänien“, erscheinen.

* * *

Vergleichen wir nun die Stellung der rumänischen Jugend vor etwa fünf Jahren, nicht nur zum Sozialismus, sondern auch zu ideellen Interessen überhaupt, mit ihrem gegenwärtigen Verhalten, so sehen wir, dass die Bemühungen einiger weniger Sozialisten nicht resultatlos geblieben sind. Man darf sich aber von den quantitativen Erfolgen und der Aussenseite der Resultate nicht täuschen lassen. Es muss noch die innere, so zu sagen, die qualitative Seite der Resultate in Betracht gezogen werden. In dieser Beziehung unterliegt es keinem Zweifel, dass die rumänischen Sozialisten noch viel an sich selbst und an ihren jungen Anhängern zu arbeiten haben werden, bevor sie eine wirkliche, überzeugte und organisirte Armee zum Kampfe für die sozialistischen Ideen darstellen werden. Gegenwärtig aber verdient, mit einigen wenigen erfreulichen Ausnahmen, das Kontingent der Leute, die sich als Anhänger des Sozialismus betrachten, kaum wirklich den Namen von Sozialisten überhaupt, und noch weniger den von Vorkämpfern des Sozialismus. Im Sommer 1879 stiess ich in Bukarest auf Leute, die zu den Sozialisten gehören und sich dabei öfters dahin äusserten, dass als Prüfstein der Ehrenhaftigkeit des Ministers Bratiano sein Verhalten zur Judenemanzipation in Rumänien dienen werde. Ihrer Meinung nach darf man den Juden keine bürgerlichen und politischen Rechte gewähren. Man sieht also, wie die obenerwähnten Interessen der nationalen Selbsterhaltung die Vorstellungen sogar der fortgeschritteneren Jugend verwirren. In Bukarest soll überhaupt die Mehrzahl der Sozialisten noch jetzt von nationalen Tendenzen durchdrungen sein, während sich in Jassy wenigstens die leitende Gruppe von diesen Tendenzen gänzlich frei gemacht hat und es als ihre Aufgabe betrachtet, durch Wort und That dieselben zu bekämpfen. Aber auch abgesehen von der nationalen Frage, bleibt noch genug zu arbeiten, bis der moderne Sozialismus zur festen Ueberzeugung auch der Minderzahl der Elemente, die sich jetzt den Sozialisten angeschlossen haben, geworden sein wird.

Wo die sozialistischen Ideen in die Arbeitermassen eingedrungen sind, da ist ihre weitere Entwicklung durch diese Thatsache allein schon garantirt. Die persönliche materielle Lage des Arbeiters und die der Masse seiner Mitgenossen weckt in ihm das Klassenbewusstsein und die Empfänglichkeit

für Ideen, die allerdings sehr komplizirt, für ihn aber doch konkret sind, da sie sich mit seinen natürlichen Bestrebungen zur Besserung seiner Lage im vollen Einklange befinden. Ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn die den privilegirten Klassen angehörende Jugend den Zentralpunkt der sozialistischen Bewegung bildet. In diesem Falle hängt der Erfolg der Bewegung hauptsächlich vom Grade der theoretischen Vorbereitung und der Begeisterungsfähigkeit für ideale Bestrebungen ab. Die erste Bedingung steht in direktem Zusammenhange mit dem allgemeinen wissenschaftlichen Niveau im betreffenden Lande. In Deutschland und Frankreich sind sogar die offiziellen Schulen reichlich mit tüchtigen Lehrern und Denkern versorgt; aber ausser den offiziellen Gelehrten sind noch eine Menge von Leuten für den Fortschritt auf wissenschaftlichem Gebiete thätig. Infolge dessen sind in diesen Ländern bis in die Arbeiterschaft hinein diejenigen elementaren Begriffe von der Welt, vom Leben der Individuen und der Gesellschaft etc. verbreitet, die dem Sozialismus theils als Ausgangspunkt dienen, theils Grundbestandtheile seiner Lehre bilden. Sogar in Russland existirt eine werthvolle wissenschaftliche und periodische Literatur, die seit langer Zeit als Grundpfeiler der Entwicklung sozialistischer Ideen in der Jugend dient. In Rumänien aber fehlt, wie wir schon im Anfange erwähnt haben, dieser geistige Boden voll und ganz.

Infolge dessen stützt sich die sozialistische Propaganda nur auf einige Personen und die von den sozialistischen Gruppen Westeuropas veröffentlichten populären Broschüren, so dass bei Weitem die Mehrzahl der Jugend nur mehr oder weniger fragmentarische Vorstellungen über die sozialistischen Ideen hegt, von einem logischen Ideensystem, das sich auf die Gesammtresultate der modernen wissenschaftlichen Philosophie, der Natur- und Sozialwissenschaft stützt, ist nur bei sehr Wenigen die Rede. Berücksichtigt man dazu noch den Mangel einer ernstlichen sozialistischen Unterlage und die spezifischen Eigenthümlichkeiten des in ökonomischer Beziehung zurückgebliebenen Landes, so wird man begreifen, wie oberflächlich die Hunderte von jungen Leuten, die sich heute in Rumänien als Anhänger des Sozialismus bekennen, seine Lehre erst kennen gelernt haben. Mir persönlich gelang es nur einen rumänischen Sozialisten in Jassy kennen zu lernen, der sich Dank seiner hervorragenden theoretischen Befähigung durch eigenes Studium die Resultate der europäischen Philosophie und Wissenschaft wirklich angeeignet hatte, und für den der Sozialismus eine logische Folgerung dieser Resultate, eine einheitlich organische Weltanschauung ist.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Sozialismus in Rumänien noch einige Zeit lang die Rolle eines Sammelplatzes für alle Elemente spielen, welche eine geistige und sozial-politische Hebung des Landes erstreben. Wie beispielsweise in Russland beinahe für die Dauer eines Jahrzehnts der Nihilismus, theilweise sogar der Sozialismus als Synonym der geistigen und moralischen Unabhängigkeit auftrat, bis endlich aus dieser allgemeinen Bewegung wahrhaft sozialistische Gruppen hervorgingen, so erscheint auch der Sozialismus in Rumänien heute als die Losung zur Fortentwickelung der besten Elemente überhaupt. Zweifellos werden sich hier unter der begeisternden Wirkung der sozialistischen Fahne sowohl tüchtige Gelehrte wie gediegene Schriftsteller heranbilden. Alle energischen, für eine Idee

begeisterungsfähigen Elemente werden sich in kurzer Zeit der sozialistischen Fahne anschliessen. Inwieweit letztere schon gegenwärtig in Rumänien als die allseitig treibende Macht erscheint, ist aus der Gährung zu ersehen, die sich zur Zeit in den Mittel- und Hochschulen vollzieht. Vor Kurzem kam in Fokschany ein Kongress von Studenten beider Universitäten zusammen, auf welchem Reden zu Gunsten des Volkes, des wissenschaftlichen Fortschrittes und für die Nothwendigkeit, die abgelebten Einrichtungen der Hochschulen mit vereinten Kräften zn bekämpfen, gehalten wnrden. In Jassy findet eine energische Agitation gegen die Universitätsobrigkeit statt. Vor wenigen Tagen wurde anf einer, mittelst einer gedruckten Proklamation einberufenen Stndentenversammlung der Beschlnss gefasst, die Vorlesungen so lange nicht zu besnchen, als der reaktionäre und talentlose Rektor nicht abgesetzt sein werde. Dieser Beschluss sollte dem Ministerium telegraphisch mitgetheilt werden. Aehnliche Unruhen fanden anch in anderen Schulen statt. Sogar im Jassy'er Lyceum gaben die Schüler nnter dem Titel „Libre Pensenr" ein kleines hektographirtes Blatt heraus, dessen Inhalt Artikel über die Gottheit, über Kapital und Arbeit, über die Arbeiterfragen bilden. Die Redaktion erklärt es als ihre Aufgabe, die bestehende Ordnung und die Vorurtheile der modernen Gesellschaft schonungsloser Kritik zu unterwerfen.

In allen diesen Vorgängen spiegelt sich der Einfluss der geistigen und moralischen Bewegung ab, welche die sozialistische Propaganda unter der Jngend hervorgerufen hat.

Der Umstand, dass die Fahne des Sozialismus als Impuls erscheint, welcher die Jugend zur Kritik der bestehenden Zustände in Rumänien bewegt, wird zweifellos eine wichtige Bedentnng auch für die Periode haben, welche der Differenzirung der sich um diese Fahne gegenwärtig gruppirenden Elemente nachfolgen wird.

In Russland trägt jetzt noch Alles, was nur in der Wissenschaft und Literatur schlechtweg dem Fortschritt huldigt, den sichtbaren Stempel der demokratischen Ideen des „Lowremenik" *) und seiner Anhänger an sich. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch in Rumänien der Einfluss des Sozialismns auf die progressiven Elemente des Landes überhaupt ein nachhaltiger sein wird.

Ausser einer ernsthaften theoretischen Unterlage fehlt der rumänischen sozialistischen Jugend noch ein wesentlich nothwendiges Element, um eine energische Gruppe von Kämpfern für die Volksinteressen bilden zu können, nämlich der hinreissende Enthusiasmus, die leidenschaftliche Hingebung für das als gut nnd gerecht Erkannte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass unter der Jugend Elemente vorhanden sind, aus denen ebenso aufopferungsvolle Kämpfer für die Volkssache entstehen werden wie der serbische von den Regierungsagenten vergiftete Bogosawljewitsch einer war (s. Jahrbuch II. Bd.). Vorläufig aber ist von einer so aufopfernngsvollen Begeisternng für den Sozialismus, wie sie sich beispielsweise in den Jahren 1873—74 in der russischen Jugend zeigte, hier nichts zn bemerken; doch gibt es wenig-

---

*) Monatsschrift, an deren Spitze Tschernischewsky und Dobroljubow standen, und welche die Allarmtrommel zur Befreiung im Innern repräsentirte.

Anm. des Uebers.

stens jetzt schon Persönlichkeiten, welchen die Propaganda unserer Lehre ein unentbehrliches Bedürfniss geworden ist. Aber das trifft nicht einmal bei der Mehrheit derjenigen zu, die den Leitern der Bewegung nahe stehen. Es bedarf noch einer ganzen Reihe von Erfahrungen, bis ein fester Stamm prinzipientreuer überzeugter Sozialisten geschaffen sein wird, die jeglicher Opfer — Verzicht auf Karriere, Komfort etc. etc. — fähig sind im Kampfe für ihr Ideal.

Man darf sich der Hoffnung hingeben, dass ein solcher Aufschwung in der sozialistischen Bewegung Rumäniens in nicht allzuferner Zukunft eintreten werde.

Zum Schluss sei noch bemerkt, dass die Thätigkeit der Sozialisten in Bukarest und in Jassy in einer Beziehung verschieden ist: in der Residenz wirken sie ganz offen; in Jassy dagegen mehr oder weniger geheim. Es ist dies augenscheinlich auf den Einfluss des liebenswürdigen Nachbarn, des russischen Absolutismus, zurückzuführen. Bukarest ist von der russischen Grenze weiter abgelegen, die Vorwände für eine Einmischung der russischen Regierung in die inneren Angelegenheiten lassen sich also auch weniger leicht ausfindig machen. Jassy aber liegt nur eine Eisenbahnstunde von der Grenze entfernt und bildet ausserdem den Mittelpunkt der reaktionären mit der russischen Regierung sympathisirenden Elemente Rumäniens; deshalb lauschen auch hier die russischen Agenten eifersüchtig auf jedes Lebenszeichen der intellektuellen und moralischen Kräfte der Bevölkerung, indem sie in denselben einen gefährlichen Gegner ihrer Pläne auf Annexion Rumäniens und gleichzeitig einen Bundesgenossen der russischen Revolutionäre erblicken. In allerunverschämtester Weise und unter allen möglichen Vorwänden äussert die russische Regierung unausgesetzt ihre Unzufriedenheit mit dem angeblich viel zu toleranten Verhalten der rumänischen Regierung gegenüber der russischen Emigration, die angeblich mit den einheimischen Sozialisten in Verbindung stehe, und fordert frech die Verletzung der Verfassung, um die ihrem absolutistischen Regime feindlichen Elemente verfolgen zu können. Infolge dessen sind die Sozialisten in Jassy gezwungen, sich vor den Argusaugen der russischen Spione zu hüten.

P. Axelrod.

V. Serbien.

Historische Skizze der serbischen sozialistischen Bewegung von M. Theodorowitsch.

(Fortsetzung.)

III.

Die revolutionäre Tradition des serbischen Volkes. „Serbien im Orient.“ Die Thätigkeit für den Aufstand in Bosnien und der Herzegowina. Der Misserfolg. Die Sozialisten verlieren und gewinnen wieder Muth; neue Taktik; die Rückkehr Sv. Markovitsch's nach Serbien.

Im vorhergehenden Artikel war gezeigt worden, wie Sv. Markovitsch*) Serbien verlassen musste und die Polizei das sozialistische Organ „Radnik“

*) Markovitsch hatte von seinem ersten Auftreten auf literarischem Gebiete (1866)

zu unterdrücken verstand. Nachdem der Versuch, in Neusatz ein neues sozialistisches Organ „Jednakost" zu gründen, gescheitert war, widmete sich Markovitsch der Organisation eines Aufstandes in den serbischen Provinzen der Türkei, namentlich in Bosnien und der Herzegowina.

Um indess diese Bestrebungen verständlich zu machen, müssen wir einige Worte über die revolutionäre Tradition des serbischen Volkes vorausschicken.

Im Anfange dieses Jahrhunderts befreite sich das serbische Volk des Fürstenthums Serbiens durch einen langwierigen, zehnjährigen Kampf von der türkischen Herrschaft. Beim Beginne des Kampfes (1804) wagte dieses jahrhundertelang unterdrückte Volk kaum daran zu denken, sich vollständig von der Türkei loszureissen und einen eigenen selbständigen Staat zu gründen; aber im Verlaufe des langen Kampfes und infolge vieler glänzender Siege und Erfolge schlug der Gedanke der Befreiung und Einigung aller Serben tiefe Wurzel im serbischen Volke. Die revolutionärste Idee des serbischen Aufstandes lief darauf hinaus, dass die Türkei und Oesterreich von der Revolution zerstört werden, die befreiten Völker (Serben, Bulgaren, Griechen, Rumänen, Ungarn und Kroaten) aber sich zu selbständigen Volksstaaten organisiren und eine freie Föderation bilden sollten. Diese Föderation würde ungefähr 25 Millionen Einwohner zählen und somit stark genug sein, um ihre Unabhängigkeit gegen Angriffe von Aussen zu schützen. Aber nach der fürchterlichen Niederlage, welche die serbische Revolution 1813 von der Türkei erlitt, als diese Serbien mit einer zehnfachen Uebermacht angriff, wurden alle diese hochzielenden Hoffnungen der serbischen Revolutionäre zu nichte. Eine Zeit lang ward das unterjochte und geplünderte Serbien ganz von seinem Elend in Anspruch genommen, bald aber griff es seine früheren Bestrebungen wieder auf und im Jahre 1815 brach ein neuer Aufstand aus. Wie in der ersten Revolution, wurden auch jetzt die Türken aus Serbien vertrieben. Als aber der Kampf ausserhalb der Grenzen des Fürstenthums fortgesetzt werden musste, da nahm die Sache einen anderen Gang an, als es in dem ersten Aufstande der Fall war.

Der Hauptführer des zweiten Aufstandes (1815), Milosch Obrenowitsch, unterschied sich durch seinen Charakter bedeutend vom ersten Aufstandsführer, Karagjorgje. Während der Letztere ein unerbittlicher Feind des türkischen Reiches gewesen war und von keinen Compromissen wissen wollte, war M. Obrenowitsch der Liebling der türkischen Paschas, stets bereit, mit den Türken Frieden zu schliessen, da er hoffte, durch verschiedene Umtriebe, Intriguen und Loyalitätsheuchelei für sich und für Serbien mehr zu gewinnen, als durch einen fortgesetzten Kampf. Diese Aussicht war einigermassen begründet, denn alles, was Serbien bis zu den letzten Kriegen der Türkei (1876—1879) besass, gewann es auf diesem Wege. (Freilich hatte es sich das Recht dazu erkämpft.) Diese Politik der Loyalität und des Einschmeichelns gegenüber der Türkei, Oesterreich und Russland, inaugurirt durch M. Obrenowitsch, hatte aber auch ihre Schattenseite. In den ersten

---

an bis zu seinem Tode (1875) in der serbischen sozialistischen Bewegung die hervorragendste Rolle gespielt. Deshalb müssen wir so oft seiner Persönlichkeit Erwähnung thun.

Jahren der Befreiung war die politische Organisation des serbischen Volkes folgende gewesen: die Gemeinde war vollkommen autonom, das Volk wählte seine Vorstände, Lehrer, Popen und Richter. Alle wichtigern Volksangelegenheiten wurden von der Skupschtina behandelt, zu welcher jeder Bürger freien Zutritt und Stimmrecht hatte. Das waren patriarchalisch-demokratische Prinzipien, auf welchen man einen rein demokratischen Staat aufbauen konnte. Aber die schon erwähnte Politik M. Obrenowitsch's führte statt dessen den steifen Bureaukratismus in Serbien ein, indem sie dem Beispiel Oesterreichs folgte. Diese Politik beseitigte nach und nach die demokratischen Volkseinrichtungen und stumpfte die demokratischen Anschauungen und Gefühle des Volkes ab. In der auswärtigen Politik begnügte sich das offizielle, bureaukratische Serbien, statt der grossen Aufgabe, die sich das revolutionäre Serbien gestellt hatte, damit, durch Schweifwedelei vor den auswärtigen Mächten das bischen Unabhängigkeit zu bewahren. Diese charakterlose Politik brachte auch Serbien so weit, dass es in den fünfziger Jahren faktisch von den ausländischen Konsulen und dem Belgrader Pascha regiert wurde. Zwei Generationen wuchsen unter dieser engherzigen, egoistischen Politik heran, und es hatte den Anschein, als wenn das Volk seine revolutionären Traditionen nach und nach ganz vergessen würde.

Den ersten Protest gegen dieses Vergessen der revolutionären Traditionen des volksthümlichen Serbiens erhob im Jahre 1848 der Belgrader Studentenverein „Newen". Von da an griff der alte Geist wieder um sich, und Ende der siebenziger Jahre vertrat der bessere Theil der serbischen Gesellschaft, was die äussere Politik betrifft, wieder die revolutionäre Tradition der ersten serbischen Revolution. Markovitsch war der Meinung, dass sich die serbischen Sozialisten diese Geistesrichtung zu Nutze ziehen sollten, um einen Aufstand in der Türkei zu organisiren, (später nach Möglichkeit auch in Oesterreich-Ungarn), an welcher Bewegung Serbien und Montenegro theilnehmen sollten. Die serbische und die montenegrinische Dynastie, welche sich dem entgegenstemmen würden, sollten durch einen innern Aufstand vernichtet werden, damit würde zugleich auch das bureaukratische System in Serbien beseitigt. Hierauf sollte der Kampf mit vereinten Kräften weiter geführt werden, und die serbischen Kämpfer in die Türkei vordringen, überall den Aufstand erhebend; nach beendetem Kampfe, an dessen Erfolge Markovitsch gar nicht zweifelte, würde sich dann das wirklich befreite Volk, seinen alten demokratischen Traditionen entsprechend, zu einem demokratischen Volksstaate organisiren. Den Sozialisten aber, welche regen Antheil an dem Kampfe nehmen würden, und sich während des Kampfes auszuzeichnen und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen hätten, läge es ob, bei der Organisation des neuen serbischen Staates die ökonomisch-sozialistischen Forderungen so viel als möglich zu realisiren. Das wäre also die Aufgabe des Aufstandes. Dafür aber, dass diese ganze Bewegung nicht nur mit einer politischen Umwälzung enden werde, sondern auch in die ökonomischen Verhältnisse tief eingreifen müsse, stellte Markovitsch folgende Gründe auf:

In seinem Werke „Serbien im Oriente" hatte er die ökonomische Organisation des serbischen Volkes vor der ersten serbischen Revolution (1804) und in den ersten Befreiungsjahren kritisch dargestellt und gezeigt,

dass damals das gesammte serbische Volk in grösseren ackerbautreibenden Zadruga's *) (Assoziationen) organisirt war. Die innere Organisation dieser Zadrnga war folgende: Das Land und alle Geräthschaften waren Gemeineigenthum der Assoziation, von dem kein Theil in Privateigenthum übergehen konnte. Niemand durfte Land beanspruchen, das er nicht selbst bebaute. Wer ans der Zadrnga anstrat, verlor sein Recht auf das Gemeingut, aber es stand ihm frei, in die Zadruga zurückznkehren, womit er dann anch in seine früheren Rechte wiedereintrat. Jeder Assoziirte arbeitete nach seinen Fähigkeiten und genoss nach seinen Bedürfnissen. Unter den verschiedenen Zadruga's herrschte die grösste Solidarität und gegenseitige Unterstützung. Sie unterstützten sich gegenseitig mit ihren Arbeitskräften, Zugvieh etc. Wenn es vorkam, dass eine Zadruga infolge Erkranknng ihrer Mitglieder oder aus anderen Gründen ihr Land nicht zur rechten Zeit bearbeiten konnte, so waren die nächststehenden Zadrugas verpflichtet, ihr zu helfen, und zwar ohne alle Entschädigung, einzig unter der Bedingung, bei ähnlicher Gelegenheit dieselbe Hilfe beansprnchen zu dürfen. Wenn die erwachsenen männlichen Mitglieder der Zadruga infolge einer Epidemie ausstarben (damals wurden die serbischen Provinzen häufig von der Pest heimgesucht) oder von den Türken ermordet wurden (was während der Türkenherrschaft sehr oft geschah), nahmen die übrigen Zadrngas die hinterlassenen Unmündigen und Weiber als gleichgestellte Mitglieder auf. Das feste, solidarische Band, welches die Zadrugas untereinander zusammenhielt, war das Gemeindeland, welches nicht den einzelnen Zadrugas gehörte, sondern der ganzen Gemeinde, welche die Gesammtheit der Zadrugas bildete. Jede serbische Gemeinde besass ausser dem Landgebiet, welches das Eigenthum der einzelnen ackerbantreibenden Zadrngas war, einen grossen Landstrich, der ihr als Gemeinde angehörte. Diese ganze ökonomische Organisation entspricht nach S. Markovitsch in vielen ihrer Grundsätze jenem ökonomischen Bau, den die moderne Sozialwissenschaft fordert. Markovitsch behauptete, dass bei derartigen ökonomischen Verhältnissen, mit derartigen Begriffen über Eigenthum und Arbeit sich auf natürlichem Wege jener ökonomische Bau entwickeln könne, den die modernen Sozialisten propagiren. Er sagte:

„Es ist klar, dass in einer Gesellschaft, wo das Gemeingut besteht nnd die Solidarität unter den Mitgliedern herrscht, nur ein Schritt weiter zn machen ist, um eine gemeinschaftliche Produktion mit Anwendung aller wissenschaftlichen Entdeckungen, die znr Vermehrung des Ertrags beitragen, in grossem Massstabe zu organisiren. Das Produkt sollte nach den Beschlüssen der Gesellschaft selbst vertheilt werden. Es ist nicht ersichtlich, warum ein Kapitalist erst einige 20—30 % Gewinn haben müsse, damit eine Maschine eingeführt werde, welche mit weniger Anslagen und weniger menschlicher Arbeit mehr prodnziren könne. Es ist selbstverständlich, dass, wenn eine Gemeinde den Nutzen, der aus der Einführung einer Maschine oder ans der Errichtnng einer Fabrik entspringt, einsieht — sie ihn anch realisiren wird.

*) Die Zadruga bestand aus nahen und entfernten Blutsverwandten. Die Mitgliederzahl betrug zwischen 50—100 Menschen, aber es gab auch Zadruga's, welche aus einem ganzen Dorfe bestanden.

Kein Kapitalistengewinn, keine Konkurrenz ist dann nöthig. Ebenso ist es unbegreiflich, warum die Mitglieder einer Zadruga, welche auch Blutsverwandte sind, beim gemeinschaftlichen Zusammenleben und Arbeiten in Zwist gerathen sollten; warum sollten sie sich durch Theilung und Konkurrenz zu Grunde richten? Warum muss erst ein Kapitalist kommen und alleinstehende Arbeiter in eine Werkstatt ansammeln, damit diese sich dort verbrüdern und gemeinschaftlichem Leben zustreben?"

In der That müssen, um zum Kollektiv-Eigenthum und zur Kollektiv-Produktion zu gelangen, diese Begriffe schon im Volke (wenn auch in groben Umrissen) verbreitet sein und vom Volke als nothwendige anerkannt werden. Das war aber beim serbischen Volk der Fall. Es fehlte ihm nur das Verständniss, diese ökonomischen Verhältnisse, welche durch Sitte und Gewohnheit schon bestanden, durch den allgemeinen gesellschaftlichen Willen — durch das Gesetz — zu bekräftigen und den zeitgemässen Forderungen der politischen Oekonomie gemäss zu ergänzen, zu verbessern und zu vervollkommnen. Aber das Versäumte kann nachgeholt werden. Zwar hat der Bureaukratismus in der Politik, der Individualismus und das Prinzip des Privateigenthums in den sozial-ökonomischen Verhältnissen die serbische ackerbautreibende Zadruga zerstört, ebenso ihre solidarischen Verhältnisse vernichtet, ja sogar die Begriffe des Volkes über das Gemeingut und Gemeinproduktion in Vielem getrübt, aber diese Begriffe sind im Volke noch nicht ausgestorben. Sie würden noch durch neue Elemente verstärkt werden, welche mit der Befreiung der serbischen Provinzen in der Türkei in die serbische Gesellschaft eintreten würden, da sich in diesen Gegenden die serbische ackerbautreibende Zadruga noch ziemlich gut erhalten hat. Dabei besitzt das serbische Volk gegenwärtig mehr Verständniss für den Kollektivismus, als es während der ersten Revolution der Fall war. Auf Grundlage alles dessen hoffte Markovitsch auf einen Erfolg der Sozialisten bei der Organisation des neuen serbischen Staates. Die neue politische und sozial-ökonomische Ordnung, die ein glücklich beendeter Aufstand zur Folge haben könnte, würde, wenn sie auch dem sozialistischen Ideal der Gesellschaftsordnung nicht ganz entsprechen würde, doch eine bessere Grundlage für die Realisirung der sozialistischen Gesellschaft bieten können. Das waren die Hoffnungen Markovitsch's, die er in seinem Werke „Serbien im Orient" auseinandergesetzt hatte, ohne indess die Absicht zu verrathen, dass man sofort für den Aufstand thätig sein werde.

Die Vorbereitung lies nicht auf sich warten. Da indess viele Persönlichkeiten, die daran betheiligt waren, sich noch am Leben befinden und durch meine Mittheilungen gegenüber der serbischen, österreichischen und türkischen Regierung kompromittirt werden könnten, so werde ich nur sehr kurz und aphoristisch berichten können.

Es war verabredet worden, dass der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina beginnen solle, um an einem Platze eine grössere Macht zu konzentriren, im weiteren Verlaufe würde er dann nach Möglichkeit weiter um sich greifen. Serbische Offiziere aus dem Fürstenthum Serbien und aus Oesterreich-Ungarn, die sich in der entscheidenden Stunde mit bewaffneten Schaaren nach Bosnien und der Herzegowina zu begeben und sich an die Spitze der Aufrührer zu stellen hätten, sollten die ersten Kadres bilden.

S. Markovitsch hatte bereits durch seinen Bruder Jefrem, der dem Militärstande angehörte (er hatte 1863 im polnischen Aufstande gegen die Russen gekämpft, später fungirte er längere Zeit als Professor an der Belgrader Militär-Akademie und war unter den serbischen Offizieren allgemein geachtet), viele Offiziere in Serbien für den Aufstand gewonnen. Ebenso versprachen auch viele serbische Offiziere aus Oesterreich-Ungarn im entscheidenden Moment mit ihren Soldaten zu desertiren und sich dem Aufstande anzuschliessen. In Neusatz und Belgrad bildeten sich geheime Komites, um Mitglieder zu werben und Geld und Kriegsmaterial zu sammeln. Das Neusatzer Komite erliess einen Aufruf an alle serbischen Patrioten mit der Aufforderung, die heilige Sache der Befreiung mit Geld- und allen sonstigen Mitteln zu unterstützen; diese Proklamation wurde durch zuverlässige Emissäre nach allen Gegenden hin verbreitet. Eine Anzahl Mitglieder dieser geheimen Gesellschaft ging nach Bosnien und in die Herzegowina, um das Volk für den Aufstand zu gewinnen. Die bulgarischen Patrioten, von denen einige in den Plan eingeweiht waren (u. A. auch der verstorbene Karaweloff) fingen gleichfalls an, in ihrem Vaterlande den Aufstand vorzubereiten. Die Sache ging anfangs ganz nach Wunsch, von allen Seiten kamen erfreuliche Nachrichten, aber sie sollte doch an einem Fehler scheitern. Da das Neusatzer Komite darauf bedacht war, so viel Mitglieder als möglich anzuwerben, beschloss man gegen Markovitsch's Wunsch, auch einige Liberale in das Komite aufzunehmen. Die Herren Liberalen, welche sonst so langsam sind, waren sehr schnell bei der Hand, das Geheimniss auszuplaudern, um ihre Eitelkeit zu befriedigen. Die Absichten der revolutionären Komites gelangten auf diese Weise dem Kriegsminister und Diktator Serbiens, Herrn Blasnawaz, zu Ohren, dessen Interesse es natürlich nicht vertrug, dass die Initiative des Aufstandes dem besseren Elemente der Gesellschaft zufiel. Da er befürchten musste, dass die geplante Bewegung zu der Beseitigung des büreaukratischen Systems in Serbien führen werde, benachrichtigte er schleunigst die Belgrader Regierung von den Absichten der Revolutionäre, und setzte gemeinsam mit ihr alle Hebel in Bewegung, um den Aufstand zu verhindern. Blasnawaz wusste, dass viele serbische Offiziere in den Plan verwickelt waren; er wusste zwar nicht, welche, aber er errieth sie auf Grund ihrer Freisinnigkeit. Da er aber keine Beweise hatte, beschloss er, die fähigsten und „gefährlichsten" Offiziere unter verschiedenen Vorwänden aus Serbien zu entfernen. So wurden Einige nach Deutschland und Frankreich geschickt „um sich in dem Militärfach zu vervollkommnen", die Uebrigen wurden unter strengste Aufsicht und Spionage gestellt. Dieser Verlust an den besten Militärkräften versetzte der Vorbereitung zum Aufstand den ersten Schlag; ihm folgten innerhalb des Komites selbst Zwiste und Streitigkeiten, wer schuld daran sei, dass das Geheimniss der serbischen Regierung verrathen worden war. S. Markovitsch forderte für die Zukunft strengere Massregeln und grössere Vorsicht bei der Aufnahme neuer Mitglieder; er wies nach, dass ein Erfolg sonst nicht möglich sei, aber die anderen Mitglieder waren nicht seiner Meinung. Zu alledem kam eine Gruppe Patrioten, welche eine Summe von 20,000 Dukaten zu geben versprochen hatte, ihrer Verpflichtung nicht nach; so zog sich der Beginn des Aufstandes hinaus, während die serbische Regierung in aller

Eile nicht nur die österreichische, sondern sogar die türkische Regierung von den Absichten der Revolutionäre in Kenntniss setzte. Die Aufsicht über die „verdächtigen“ Leute wurde überall verstärkt; die österreichisch-ungarische Regierung fing an, Sv. Markovitsch zu verfolgen, so dass es fast zu einem Hausarreste kam. Dieses Misslingen, diese Verzögerung des Aufstandes und die wachgerufene Aufmerksamkeit der drei genannten Regierungen brachten es dahin, dass die erste Begeisterung der Revolutionäre zu erkalten begann und nach und nach die ganze Bewegung im Sande verlief.

Das Alles trug sich im Jahre 1872 zu.

So erlitten die serbischen Sozialisten dadurch einen Misserfolg, dass sie geglaubt hatten, wenigstens in der Befreiungssache mit den Liberalen zusammen arbeiten zu können.

Nunmehr griffen unter den serbischen Sozialisten Verzagtheit und Kleinmuth um sich. Weder in Serbien, noch in Ungarn konnte man ein sozialistisches Organ in's Leben rufen. Viele Persönlichkeiten, welche anfangs zu den Sozialisten gehalten hatten, fingen an, entmuthigt durch die ersten Misserfolge, abtrünnig zu werden, bereuten ihren „Irrthum“ und suchten im Staatsdienste der serbischen Regierung ihre Zuflucht. Ausserdem wurden, wie es gewöhnlich nach solchen Misserfolgen der Fall, gegenseitige Beschuldigungen erhoben; Sv. Markovitsch wurde vorgeworfen, dass er nach Autorität strebe; die ersten Monate des Jahres 1873 waren eine schwere, bittere Periode in seinem Leben. In seinen Privatbriefen aus dieser Zeit klagt er bitter über seine Lage und den Stand der gemeinschaftlichen Sache. Alles ging verkehrt, er aber war unter der strengen Aufsicht der ungarischen Regierung nicht im Stande, das Uebel zu bekämpfen.

Doch dieser traurige Zustand dauerte nicht lange. Die tüchtigeren Sozialisten sahen bald ein, dass die gegenseitigen Beschuldigungen zu Nichts führten, dass die Verzweiflung ernster Männer unwürdig sei. Man musste Fassung gewinnen, die Lage und die Verhältnisse auf's Neue prüfen, die Kräfte messen, ein bestimmtes Ziel in's Auge fassen und von Neuem an's Werk gehen. Zu dieser guten Wendung unter den Sozialisten trug die Privat-Korrespondenz Markovitsch's viel bei. Indem er die Verzagten ermuthigte, sann er gleichzeitig nach über die Art und Weise, wie man an's Werk gehen solle; er ging noch einmal kritisch das bisherige Verfahren der Sozialisten in Serbien durch und entdeckte in demselben viele Irrthümer. Das erste sozialistische Organ „Radnik“ hatte die allgemeinen theoretischen Grundsätze des Sozialismus verfochten, aber es hatte kein praktisches Programm aufgestellt, das den serbischen Verhältnissen entsprochen hätte. Ohne ein solches praktische Organ aber war es unmöglich, eine mächtige Partei zu organisiren, welche auf die Gesetzgebung und den Lauf der Dinge Einfluss zu üben vermocht hätte. Für einfache Arbeiter genügen allgemeine theoretische Grundsätze, deren Realisirung vielleicht erst der Zukunft angehört, nicht, sondern man muss ihnen praktische Ziele nachweisen, welche noch in der Gegenwart erreicht werden können. Freilich muss alles das darauf hinauslaufen, uns der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung näher zu bringen, und dürfen die Sozialisten nicht dabei stehen bleiben; sie müssen im Gegentheil lebhaft dahin arbeiten, dass die Masse auch eine theoretische sozialistische Bildung bekomme, d. h. sie müssen

jenes philosophisch-soziale System, das man Sozialismus nennt, zu verbreiten suchen. Nur muss man stets mit den praktischen Aufgaben anfangen, denn das ist der sicherste Weg, um die Masse zu gewinnen und zu organisiren. Diese neue Taktik müssen auch die serbischen Sozialisten einschlagen, das war das Resultat der Reflexionen Markovitsch's. Hierauf machte er sich an die Ausarbeitung des praktischen Programms der serbischen sozialistischen Partei und berieth dasselbe brieflich mit seinen Genossen. (Im nächsten Artikel werden wir dieses Programm kennen lernen.) Als er das Programm zu Stande gebracht hatte, beschloss er, nach Serbien zurückzukehren. Viele seiner Freunde redeten ihm zu, dies Vorhaben einstweilen aufzugeben, denn sie fürchteten, dass er im Gefängnisse zu Grunde gehen werde. Markovitsch selbst zögerte anfangs. Während seines Aufenthaltes in Neusatz hatte er Tschernischewsky's politische Oekonomie übersetzt, ergänzt und bearbeitet. Da er sich in grosser materieller Bedrängniss befand, so wollte er dieses Werk dem Neusatzer literarischen Vereine „Serbische Matiza" verkaufen. Das Werk wurde dem literarischen Komite übergeben, welches erklärte, dass das Werk wissenschaftlich von Bedeutung sei, dennoch nahm es die „Matiza" nicht an, „weil besagtes Werk den Sozialismus lehrt und die „Matiza" befürchtet, dass die ungarische Regierung diesen Verein schliessen werde, wenn er sozialistische Werke herausgibt." Nachdem Markovitsch so die Ueberzeugung gewonnen hatte, dass er in Neusatz nicht nur für die gemeinschaftliche Sache nicht wirken, sondern nicht einmal von seiner literarischen Arbeit leben könne, entschloss er sich im Herbst 1878 endgültig zur Rückkehr nach Serbien. Auf demselben Schiffe, auf welchem er aus dem Exil zurückkehrte, befand sich auch der damalige serbische Premier-Minister Ristitsch auf der Heimreise aus europäischen Kurorten. Obgleich sich Beide persönlich kannten und Markovitsch gerne aus dem Munde des Ministers das ihm zugedachte Schicksal erfahren hätte, näherte er sich ihm doch nicht. Als sie an der Belgrader Station anlangten, verliess Markovitsch dicht hinter dem Minister das Schiff. Die serbischen Gensdarmen verbeugten sich demüthig vor dem Minister, gleich darauf aber packten sie Markovitsch bei der Kleidung mit den Worten: „Halt, Sie sind Sv. Markovitsch, folgen Sie uns auf die Polizei." Ristitsch, der dies angehört hatte, wandte sich um und sagte zu den Gensdarmen: „Lasst den Herrn Markovitsch ruhig seines Weges gehen," darauf verbeugte er sich höflich und ging. Das war wirklich nach Gentleman Art gehandelt, aber es zeigt auch, von was für kleinlichen Zufällen die Freiheit und das Schicksal des serbischen Bürgers abhängt. Ohne diesen Zwischenfall hätte die Polizei Markovitsch arretirt und dem Gerichte übergeben, welches ihn wegen Pressvergehen und Landesflucht verurtheilt hätte; so aber wurde er durch eine einzige Handbewegung des allmächtigen Ristitsch amnestirt. Aber Herr Ristitsch, der für seine Grossmuth von Markovitsch Dank, wenigstens in der Form von Schweigen erwartet hatte, wurde allzubald gewahr, dass er sich getäuscht habe und bereute wahrscheinlich auch in der Folge seine Grossmuth.

IV.

Der Mittelpunkt der sozialistischen Bewegung. Der Entwurf des praktischen Programms. Die Gründung einer Druckerei und des neuen sozialistischen Organs „Jawnost" in Kragujewatz. Die sozial-politischen Verhältnisse in Serbien. Der Erfolg der „Jawnost". Die Verfolgungen der Regierung. Die Anklage Sv. Markovitsch's. Die Gründung des Journals „Rad". Die Verurtheilung Markovitsch's und die Unterdrückung der „Jawnost". „Glas Jawnosti." Die Intriguen der Regierung und das Eingehen von „Glas Jawnosti".

Das erste serbische sozialistische Organ „Radnik" war in Belgrad herausgegeben worden. Die Praxis aber bewies, dass die serbische Residenz ein sehr ungeeigneter Ort für das Zentrum der sozialistischen Bewegung war. In Belgrad ist die Bureaukratie und Bourgeoisie am Meisten konzentrirt: es befinden sich dort die höchsten Gerichtshöfe, der Staatsrath, das Ministerium, der Hof und der vollständige Apparat der für jeden „gut organisirten" Staat unentbehrlichen Spionage; ausserdem besitzt Belgrad eine nach europäischer Art organisirte Polizei. Von allen serbischen Städten besitzt nur Belgrad Gensdarmen und zwar 400 an der Zahl. Ausserdem ist der Charakter der Residenzbewohner der sozialistischen Propaganda ungünstig. Da gibt es eine Masse von halbserbisirten Fremden, Spekulanten, welche nur für ihre persönlichen Interessen leben, während die übrige Einwohnerschaft durch den fortgesetzten Umgang mit der höheren Bureaukratie ganz ultrabureaukratisch gesinnt ist. Endlich liegt Belgrad am äussersten Ende Serbiens, und der Verkehr mit dem Volke ist daher sehr erschwert. Die Sozialisten mussten also ein anderes Zentrum für ihren Wirkungskreis wählen. Um sich über alle Maassregeln mit den Freunden verabreden zu können, unternahm Markovitsch gleich nach seiner Rückkehr eine Reise durch das Innere Serbiens, und wurde auf Grund dieser Verabredungen die Stadt Kragujewatz zum Zentrum der Bewegung gewählt. Die Gründe hierzu waren folgende: Kragujewatz liegt im Zentrum Serbiens und in unmittelbarster Nähe der revolutionärsten Gegend, der Gruza. Die Initiative zu vielen revolutionären Bewegungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts war von Kragujewatz ausgegangen. In dieser Stadt befinden sich: das Arsenal und die Werkstätten für das ganze Kriegsmaterial; ebenso das Obergymnasium und das Lehrerseminar, das letztere von besonderer Bedeutung für die Sozialisten, indem es Lehrer lieferte, die direkt in's Volk gingen. Ausserdem war Kragujewatz der Sitz der Nationalversammlung. Zwar hatte auch Kragujewatz einige Fehler mit Belgrad gemein. Es war die erste Residenzstadt des jungen Fürstenthums gewesen, und viele seiner Einwohner hatten triftigen Grund, den Gründer der Dynastie Obrenovitsch ihren Vater zu nennen.

Doch hofften die Sozialisten durch die Arbeiter in den Kriegswerkstätten, die sämmtlich Bürger von Kragujewatz waren, die Gemeindeverwaltung in ihre Hände zu bekommen, was später auch eintrat. Es wurde also Kragu-

jewatz zum Zentrum der sozialistischen Bewegung gewählt und blieb es bis in die neueste Zeit.

Ausserdem war es nothwendig, sich mit den vorgeschritteneren Volksmännern über die Hauptpunkte des praktischen Programms zu verständigen. Ueber das Resultat dieser Vereinbarung entnehmen wir einem am 7. Novbr. 1873 von Markovitsch an die Züricher Freunde gerichteten Briefe Folgendes:

„Wir haben als Grundlage unseres praktischen Wirkens etwas aufgestellt, was gegenwärtig erreicht werden, aber auch zur weiteren sozialen Umgestaltung dienen kann. Es ist die gewöhnliche Taktik im Kampfe: zuerst muss man einen, aber entscheidenden Punkt erobern, welcher uns den Weg zum vollständigen Siege bahnt. Unser praktisches Programm ist einstweilen folgendermassen formulirt:

„1. Abschaffung des gegenwärtigen Regierungssystems durch den Beschluss der Nationalversammlung.

„2. Die Zentralverwaltung übernimmt zunächst ein aus der Mitte der Nationalversammlung gewähltes provisorisches Komite; später wird dasselbe durch ein aus den gewählten Delegaten der Departements zusammengesetztes ersetzt.

„3. In den Departements werden ähnliche Komites gewählt, welche die ökonomische und sonstige Verwaltung der Departements besorgen.

„4. Das Hauptkomite führt die Beschlüsse der Nationalversammlung aus, die Komites der Departements diejenigen der Versammlungen der einzelnen Departements.

„5. Die Polizeiverwaltung wird ausschliesslich den Gemeinden überlassen.

„6. Das gegenwärtige Gerichtssystem wird aufgehoben und durch das System von Schiedsrichtern, die unentgeltlich oder auf Kosten der Prozessführenden richten werden, ersetzt.

„(Bemerkung. Im Falle, dass dieses System nicht unmittelbar eingeführt werden kann, bleiben zwei Gerichtssysteme für das Uebergangsstadium bestehen: a) Die Gemeinderichter übernehmen die Schlichtung aller Streitigkeiten; Appellationsinstanz ist die Gesammtheit aller Gemeinderichter eines Departements, von der Versammlung desselben gewählt (?), oder b) jeder Kreis — oder eine gewisse Anzahl von Gemeinden — wählt einen Schiedsrichter für eine bestimmte Zeit mit fixem Gehalte, und die Gesammtheit dieser Richter in einem Departement bildet die Appellationsinstanz.)

„7. Das Finanzsystem erhält einen ganz selbständigen Charakter: an der Spitze steht die Zentralbank, welche die Staats-Einnahmen und -Ausgaben verwaltet; jedes Departement und jeder Kreis haben wieder ihre Banken, welche ihre Finanzgeschäfte führen. Diesen Banken obliegt zu gleicher Zeit die finanzielle Leitung aller ökonomischen Massnahmen, wie die Errichtung von Gemeindewerkstätten, der Bau von Strassen und öffentlichen Gebäuden etc.

„8. Die Aufhebung der Grundeigenthumsschuld der ackerbautreibenden Klasse. Es gibt verschiedene Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen:

„a) Erlass aller Schulden an den Staat. Die Privatschulden werden

einfach als nichtig erklärt.*) Die Verpflichtungen der Verwaltung der Staatsfonds gegenüber den Mündeln, Waisen etc., übernimmt das Volk und entrichtet sie aus dem gemeinschaftlichen Volkseinkommen. Das ist der einfachste und radikalste, aber auch der gefährlichste Weg.

„b) Die Schulden an die Fonds-Verwaltung werden dem Volk erlassen; die Privatschulden übernehmen die Gemeinden. Nur aus der Mitte der Bauern gewählte Richter haben über die Anerkennung der auszuzahlenden Schulden zu entscheiden; was Wucherschuld ist, wird einfach gestrichen. Zum Ersatze wird die Gemeinde Besitzerin des verschuldeten Grundes, welchen sie später ihren besitzlosen Mitgliedern überlässt, die ihre Steuern und Schulden nach Vermögen bezahlen.

„9. Nur Derjenige kann Grundbesitzer werden, der den Boden selbst bearbeitet. Der Grund, welcher nicht den Bauern gehört, ist Eigenthum der Gemeinde. Dies wird durch die Nationalversammlung zum Gesetz erhoben.

„10. Um das serbische Volk vor der Proletarisirung sicher zu stellen, muss der Grund und Boden Gemeindegut werden. Wie und wann das am Besten auszuführen sei, bleibt noch der allseitigen Erörterung überlassen.

„(Bemerkung. Nach diesen allgemeinen Grundsätzen wird die Partei bei ihrer Organisation den detailirten Plan für die zukünftige Organisation der serbischen Gesellschaft, sowie ihr praktisches Programm ausarbeiten.)

„Ich habe hier eigentlich nur die Skizze des Programms der sozialistischen Partei Serbiens dargelegt. Es ist nicht definitiv angenommen, aber wir haben uns vorläufig verständigt und in der Hauptsache sind eine Reihe von Punkten angenommen worden, über welche wir Alle einig sind; was aber von noch grösserer Bedeutung ist, es sind Punkte, mit denen sowohl alle bessern Elemente aus dem Volke, als auch alle

---

*) Zum besseren Verständniss dieser Massregel, welche die serbischen Sozialisten in ihr praktisches Programm aufgenommen haben, wolle man Folgendes berücksichtigen: Die Steuern in Serbien sind nicht beträchtlich, aber infolge des primitiven Zustandes des Ackerbaus und der mangelhaften Entwicklung von Gewerbe und Industrie, kommt der serbische Bauer schwer zu baarem Geld, denn er erzeugt kaum so viel, als er zur Ernährung seiner Familie bedarf. Wie gross der Geldmangel in Serbien ist, sieht man daraus, dass 12 % das gesetzliche Zinsmaximum sind, welches durch das Gesetz als Massregel gegen die Wucherer eingeführt wurde, die gewöhnlich 50—100 % Zins nehmen. Doch ungeachtet dieser gesetzlichen 12 % finden die Wucherer tausend Auswege, um ihre 50—100 Proz. herauszuschlagen. So ist ein grosser Theil des Ackerlandes den Wucherern verschuldet und faktisch in deren Besitz übergegangen. Denn obgleich der Bauer seinen Acker noch besitzt, geht alles Einkommen desselben in Form von Zinsen in die Hände des Wucherers über und der Bauer ist mit seiner Familie blos Taglöhner auf dem faktisch fremden Boden. Um diesem Uebel vorzubeugen, errichtete der Staat eine Art Hypothekenbank, die sogenannte Fonds-Verwaltung, welche den Bauern unter günstigen Bedingungen Geld leihen sollte. Doch die Mittel dieser Bank waren so beschränkt, und die Prozedur der Anleihe so schwierig, dass den Wucherern noch viel Spielraum zu ihrem Spiel blieb. Ausserdem war der Zins dieser Bank ziemlich hoch: 7—9 %. Somit ist die Grundeigenthums-Schuld entweder die der Fonds-Verwaltung oder diejenige der privaten Wucherer. Da diese Fonds-Verwaltung eine Staatsbank ist, so dachten die Sozialisten, dass sie dem Volk diese Schuld erlassen könne. Die Schuld an die Wucherer sollte einfach vernichtet werden, da die Wucherer durch ihre jahrelang fortlaufenden Profite reichlich bezahlt worden seien.

bessern Kräfte aus unserer bürgerlichen und militärischen Intelligenz übereinstimmen. Demgemäss ist dies kein Stubenprogramm, sondern das Programm einer Partei, die aktiv auftritt, und wir hoffen dasselbe zum neuen Jahre veröffentlichen zu können, zugleich aber als Partei in den Kampf einzutreten.

„Wir haben namentlich unseren Bauernstand und die Eigenthumsverhältnisse unserer Ackerbau treibenden arbeitenden Klasse in Betracht gezogen. Mit diesem Programm hoffen wir leicht die Volksmasse zu gewinnen, und werden wir es uns angelegen sein lassen, bei ihr Eingang zu finden . . .“

Nach der Feststellung dieses Programms und der Wahl eines Mittelpunktes für die Bewegung, handelte es sich darum, nach Kragujewatz zu gehen, dort ein Gemeindemitglied zu werden, Bekanntschaft und Freundschaft mit den angesehenen Bürgern zu schliessen und Vorbereitungen für die Gründung eines Organs und den Anfang der Thätigkeit zu treffen. Ein grosses Hinderniss für die Herausgabe des Organs in Kragujewatz bestand darin, dass diese Stadt keine Druckerei besass, die Sozialisten aber zu mittellos waren, um auf eigene Kosten ein solche zu errichten. Markovitsch ging nach Kragujewatz, liess sich daselbst nieder und da er als vortrefflicher Literat schon früher bekannt war, so gelang es ihm bald, mit vielen angesehenen Bürgern, sowie mit vielen Männern aus der Intelligenz: Professoren, Offizieren etc. bekannt zu werden und sogar Freundschaft zu schliessen. Nachdem er auf solche Weise Wurzel gefasst hatte, machte er diesen Männern den Vorschlag, eine Druckerei auf Aktien in Kragujewatz zu gründen. Er verfuhr dabei so umsichtig, dass dieser Vorschlag sofort angenommen wurde; es wurde ein Bildungsverein gegründet, der zu seinen Mitgliedern Professoren, Offiziere und sogar Priester zählte. Dieser Verein gründete bald darauf eine eigene Druckerei und ein Organ „Jawnost“, zu dessen verantwortlichem Redakteur ein Bürger von Kragujewatz gewählt wurde, während man Sv. Markovitsch zum Chef-Redakteur ernannte. Somit erschien gegen Ende des Jahres 1873 ein neues sozialistisches Blatt in Serbien, „Jawnost“, als Organ der organisirten Gruppe der Kragujewatzer Bürger. Das war ein grosser Fortschritt im Vergleich zu der Gründung des ersten sozialistischen Organs, „Radnik“, welches von einer kleinen Gruppe Studenten, die ihre Studien erst beendet hatten und im Volke nicht bekannt waren, gegründet worden war. Zu diesem schnellen Erfolge Markovitsch's trugen folgende Männer namentlich bei: Szeta Angjelkowitsch (später Redakteur des sozialistischen Organs „Oslobodjenje“), Paja Wukowitch (Gemeinde-Präsident), Miloje Barjaktarowitch (Priester), Stewa Possovitch (Direktor des Lehrerseminars), Sawa Grujitsch (Direktor des Arsenals), später noch der leider zu früh verstorbene Pera Gjorgjevitsch, der in Zürich Chemie studirt hatte, ein ausgezeichneter Charakter.

Bevor wir nun aber auf die weitere Thätigkeit der Sozialisten eingehen, müssen wir einen kurzen Abriss über die sozial-politischen Verhältnisse geben, welche beim Erscheinen der „Jawnost“ in Serbien herrschten.

Nach der Ermordung des Fürsten Michael (1868) fungirten zwei Männer, Blasnawaz und Ristitsch, als Regenten bis zur Volljährigkeit des Fürsten Milan (1872). Blasnawaz hatte das Militär für sich, Ristitsch das bürgerliche

Bureaukratenthum. Beide Männer strebten nach der Alleinherrschaft, Blasnawaz sogar nach der Fürstenmacht, denn gleich nach der Ermordung Michaels verheirathete er sich mit einer nahen Verwandten desselben und wusste schliesslich so meisterhaft zu operiren, dass in die Verfassung ein Punkt eingeführt wurde, nach welchem die Thronfolge an die weibliche Linie übergeht, sobald die männliche ausstirbt. Fürst Milan war der letzte Sprössling der Dynastie Obrenowitsch, Blasnawaz sann daher auf dessen Ermordung, um seinen Sohn zum Fürsten zu ernennen, während dessen Minderjährigkeit aber selbst zu regieren. Selbstverständlich konnte Ristitsch diesen Plänen nicht ruhig zusehen, und so entwickelte sich zwischen den zwei Machthabern eine beständige Rivalität. Ristitsch suchte sich auf den jungen Fürsten Milan zu stützen, indem er ihn auf die Gefahr, die ihm von Blasnawaz drohte, aufmerksam machte. Als Milan im Jahre 1872 volljährig wurde, gelang es Ristitsch, ihn zu überzeugen, dass entweder er, Milan, Blasnawaz aus dem Wege schaffen müsse, oder dieser es ihm gegenüber versuchen werde. Ristitsch hatte gewisse Briefe von Blasnawaz aufgefangen, aus denen hervorging, dass derselbe an der Beseitigung des Fürsten Milan arbeitete. Mit diesen Briefen in der Hand und von einem Trupp bewaffneter Gensdarmen begleitet, ging Milan eines Abends in die Wohnung des Blasnawaz, zeigte ihm die aufgefangenen Dokumente und sagte ihm: „Sie haben an meinem Tode gearbeitet, Sie müssen sterben. Es bleibt ihnen nur die Wahl zwischen einem ehrenhaften oder einem entehrenden Tode. Wenn Sie den ersteren vorziehen, nehmen Sie dies Gift, Sie werden dann mit allen Ehrenbezeugungen, die einem Grosswürdenträger gebühren, begraben werden. Schlagen Sie es ab, dann werden meine Gensdarmen Sie sofort verhaften und in's Gefängniss abführen. Morgen werde ich dann dem Lande durch eine Proklamation ihren Verrath kundgeben, worauf Sie binnen drei Tagen verurtheilt und als Verbrecher hingerichtet werden. Jetzt wählen Sie . . .“ Blasnawaz wählte das Gift und wurde drei Tage darauf mit allem Pomp begraben. Die offiziellen Blätter drückten in langen Artikeln ihre Trauer um den dahingeschiedenen grossen Staatsmann aus, der so plötzlich „am Croup“ starb.*) Dies geschah im Jahre 1873.

Sobald Ristitsch von seinem gefährlichen Rivalen befreit war, wurde er durch seinen grossen Einfluss auf Fürst Milan fast zum unumschränkten Herrscher; doch bildete sich gegen ihn bald eine neue Koalition. Es waren das ehemalige serbische Staatsmänner mit Marinovitsch (später serbischer Vertreter in Paris) an der Spitze, welche nach der Ermordung Michaels ihre Ministerplätze verloren hatten und jetzt den Moment für gekommen erachteten, wieder zu ihrem Besitze zu gelangen. Diese Konservativen (Ristitsch nannte sich nämlich einen Liberalen, war aber gleich ihnen der grösste Reaktionär) wussten durch Schmeicheleien die Gunst des Fürsten zu erlangen und darauf mittelst einer Reihe von Intriguen und schmutzigen Geldaffären Ristitsch zu stürzen. Die Konservativen, welche mit Marinovitsch als Ministerpräsidenten nunmehr zur Herrschaft kamen, hatten aber wenig Anhänger unter der Bureaukratie, da Ristitsch während seiner fünfjährigen unumschränkten Regie-

---

*) Dieser Vorfall wurde bisher sorgfältig als Hofgeheimniss der Oeffentlichkeit vorenthalten.

rung dieselbe durch Belohnungen und Beförderungen für sich gewonnen hatte. Deshalb suchte die neue Regierung eine Stütze in einer anderen Klasse. Da die fünfjährige Gewaltherrschaft Jedermann unerträglich geworden war und der bessere Theil der Bürgerthums noch zur Zeit des Erscheinens des „Radnik“ das Streben nach innerer Freiheit kundgab und von Jahr zu Jahr lebhafter, so beschloss die neue Regierung, diese freisinnige Bewegung für ihre Zwecke gegen Ristitsch auszubeuten. Freilich kümmerte sie sich ebensowenig wie Ristitsch um die inneren Freiheiten, aber sie ernannte, um die Sympathien der besseren Elemente zu gewinnen, zum Minister der inneren Angelegenheiten einen Mann, der sich in der Folge zwar als Reaktionär erwies, zur Zeit aber im Bürgerthum als radikal galt, weil er über alle möglichen Freiheiten zu sprechen wusste. Es war dies Herr Tschumitsch (gegenwärtig im Pozarevatzer Gefängnisse). Die neue Regierung begann damit, in ihren Organen Ristitsch und seine Partei anzugreifen und ihn der Unterdrückung und der Willkürherrschaft zu beschuldigen; ferner erliess der Minister Tschumitsch ein Zirkular, in welchem er die Duldung freiheitlicher Agitationen in Wort und Schrift empfahl. Im Allgemeinen machte die neue Regierung Miene, als wenn sie grosse Reformen im Sinne hätte, und wirklich gelang es ihr auch, viele naive Leute damit zu ködern. Auf der Tagesordnung standen damals die Pressfreiheit, das Versammlungsrecht, Gemeindeautonomie (die Serbien bis dahin noch nicht besass), Reformen im Steuer- und Gerichtssystem etc., und es hofften Viele, dass die neue Regierung alle die Fragen in fortschrittlichem Sinne lösen werde. So wurden die Anhänger Ristitsch's gegen die neue Regierung erbittert, viele naive Fortschrittsmänner dagegen vertrauten auf sie, während man im Volke allgemein die Ansicht aussprechen hörte, dass die bisherige Tyrannei nicht länger geduldet werden könne. Nicht besser, als um die politischen, war es um die ökonomischen Zustände bestellt. Von allen Seiten hörte man Klagen über den Nothstand, der kleinere Grundbesitz ging massenweise in die Hände der Wucherer über, und das Volk suchte einstimmig „gesetzlichen Schutz gegen diese Blutegel“.

So lagen die Dinge, als die „Jawnost“ erschien.

Die Aufgabe des sozialistischen Organs war demgemäss in erster Linie folgende: Im Volke die freiheitliche Stimmung zu nähren, sie zu kräftigen, indem es jenes unbestimmte Streben des Volkes nach innerer politischer Freiheit und noch Schutz vor dem ökonomischen Ruin in klaren Forderungen formulirte. Dann galt es, der neuen Regierung die Maske herunterzureissen und jene Männer, die von ihr die soziale Umgestaltung Serbiens erwarteten, von ihrem Irrthume zu befreien. Der ersten Aufgabe suchte die „Jawnost“ durch Ausarbeitung des praktischen Programms nachzukommen. In den später in Form kleiner Broschüren abgedruckten Artikeln, „Die Gemeinde, das Gericht und die Gerechtigkeit“, „Das Departement und die Finanz“, „Die Nationalversammlung“, unterzog Markovitsch das ganze Staatssystem in Serbien einer eingehenden Kritik, wies auf dessen Mängel, die Nothwendigkeit und die Möglichkeit einer Umgestaltung hin und formulirte am Schlusse jedes Artikels bis in's Detail die praktischen Forderungen der sozialistischen Partei.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir hier auf diese Artikel

näher eingehen; die leitenden Grundprinzipien derselben kennt der Leser bereits in dem praktischen Programm. Es blieb noch die Organisation des Bildungswesens und der Volkswehr auszuarbeiten. Der ersteren Aufgabe sollte sich Markovitsch unterziehen, der zweiten der Hauptmann Sawa Grujitsch, der in Russland studirt hatte und Direktor der Waffenfabrik in Kragujewatz war. Grujitsch annoncirte in der „Jawnost“ sein Werk „die Militärorganisation“. Die neue Regierung, die sich eben zu dieser Zeit wegen der Nationalversammlung in Kragujewatz befand, ergriff diese Gelegenheit, um die „Jawnost“ anzugreifen; denn der grosse Anklang, den dieses Blatt beim Volke fand, erregte in hohem Maasse die Besorgniss der Regierung und des Fürsten. Den ersten Angriff auf die „Jawnost“ und ihre Partei begann die Regierung mit einem Zirkulare des Kriegsministers K. Krotitsch, in welchem den Offizieren untersagt wurde, sich an dem Verein, welcher die „Jawnost“ verlegte, zu betheiligen. In diesem Zirkulare war von der revolutionären, sozialistischen Propaganda, die das Vaterland ruiniren wolle, die Rede; die Aufgabe des Militärs dagegen sei es, die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten, während „leider“ einige Offiziere sich so weit vergessen hätten, öffentlich in den Kreis dieser Revolutionäre einzutreten; für diesmal werde ihnen „gnädig“ verziehen, in Zukunft aber jedermann streng bestraft werden, der so handle, etc. Dieses Zirkular erregte allgemeine Unzufriedenheit, der Verein berief eine Sitzung ein, und unter allgemeiner Zustimmung beauftragte man Markovitsch mit der Abfassung der schriftlichen Antwort an den Kriegsminister. Inzwischen hatte auch S. Grujitsch einen offenen Brief an den Kriegsminister verfasst; beide Schriftstücke wurden gleichzeitig in der „Jawnost“ veröffentlicht und hatten einen enormen Erfolg. Sie fanden ein Echo in ganz Serbien, von allen Seiten liefen Korrespondenzen ein, in welchen das Rundschreiben des Kriegsministers schonungslos gegeisselt wurde. Dieser vermochte zu seinem grossen Aerger nicht, dem Vereine und der „Jawnost“ beizukommen, aber er entliess S. Grujitsch aus dem Dienste. Die Regierung aber erliess, um ihr Mitglied nicht in Stich zu lassen, gegen die „Jawnost eine offizielle Ermahnung „wegen Untergrabung der Autorität der Staatsorgane“, und liess einzelne Nummern konfisziren. Alles dieses aber bewirkte nur eine grössere Verbreitung der „Jawnost“, die ausserdem dem Ministerium die Freiheitsmaske mit einem Schlage lüftete. Aus diesen Vorgängen ging ja klar hervor, dass die nothwendigen Freiheiten von der neuen Regierung nicht erwartet werden durften; die „Jawnost“ aber ging kühn vorwärts, immer mehr an Terrain gewinnend. Seit dem Entstehen der serbischen Journalistik hatte noch kein Blatt einen so enormen Anklang im Volke gefunden wie dieses. Die Mitglieder der Nationalversammlung, welche gerade zu jener Zeit ihre Sitzungen in Kragujewatz hielt, fanden sich, obwohl sie noch während der Regierung Ristitsch's gewählt worden waren und seine diktatorische Schule durchgemacht hatten, dennoch jeden Abend zahlreich in der Druckerei ein und warteten auf das Erscheinen der „Jawnost“, um zu sehen, was dieselbe über diese oder jene in der Nationalversammlung verhandelte Frage schrieb. So etwas war bis dahin noch nicht vorgekommen, ja, dieselbe Nationalversammlung, welche von Ristitsch bis zur höchsten Servilität dressirt worden war, schaffte noch in derselben Session das schändliche Gesetz über die Prügel-

strafe, das bis dahin bestanden hatte, ab und votirte ein Gesetz, nach welchem dem Ackerbauer nur was er über fünf Morgen Landes besass, zur Deckung von Privatschulden veräussert werden durfte. Beide Massregeln sind auf den Einfluss der „Jawnost" und die freiheitliche Bewegung im Volke, welcher die Regierung Rechnung tragen musste, zurückzuführen. Freilich erwartete die „Jawnost" nicht, dass die letztere Massregel das Volk vor dem ökonomischen Ruin retten könne, aber es freute sie, dass die Nationalversammlung einzusehen begann, dass gute ökonomische Einrichtungen die Hauptaufgabe jedes Staates oder jeder Gesellschaft sein müssen.

Die Erfolge der „Jawnost" versetzten die Regierung in grosse Besorgniss, ihr Kampf gegen die Sozialisten war um so schwieriger, als sie jetzt nicht mehr, wie zur Zeit des „Radnik", sagen konnte, dass die Sozialisten ein Häuflein Obdachloser seien, welche sich fremdes Eigenthum aneignen wollen, denn es befanden sich unter den Sozialisten bereits viele ansehnliche Bürger. Die Regierung beschloss daher, vor allem die „Jawnost" zu unterdrücken, indem sie Markovitsch anklagen und verurtheilen liess. So wurde denn nach sechsmonatlichem Erscheinen der „Jawnost" Markovitsch wegen einiger Artikel, in denen er die bestehende Staatsordnung angegriffen und unterminirt, die Gesetze verächtlich gemacht und die unantastbare Person des Fürsten beleidigt haben sollte, in Anklagezustand versetzt und in Untersuchungshaft genommen.

In der Untersuchungshaft, während welcher er keine Besuche empfangen durfte, verbrachte Markovitsch fünf bis sechs Wochen, worauf man ihn auf ein ärztliches Gutachten hin und gegen Bürgschaft einiger Bürger freiliess. Als ich im März 1874 von Zürich nach Serbien zurückkehrte, traf ich in Kragujewatz Markovitsch zwar frei, aber krank. Da sich bis dahin die „Jawnost" vorwiegend mit praktischen Aufgaben beschäftigt hatte, beschloss man, in Belgrad ein sozialistisches Organ, den „Rad" zu gründen, welches sich der Auslegung der theoretischen Frage des Socialismus widmen sollte, und als Redakteur des zu gründenden Organs, welches auch sofort ins Leben trat, wurde ich nach Belgrad geschickt.

Unterdessen war Markovitsch in Kragujewatz zu achtzehn Monaten Gefängniss verurtheilt worden, das Appellationsgericht setzte die Strafe auf neun Monate herab, und Markovitsch wurde nach Pozarevatz transportirt. Gleichzeitig gab der bisherige Redakteur, M. Stojkowitsch seine Entlassung (er war zu einer beträchtlichen Geldstrafe verurtheilt worden), infolge deren die „Jawnost" nach neunmonatlichem Erscheinen einging. Bald darauf aber gründete der Verein ein neues Organ, „Glas Jawnosti", unter der Redaktion von Stewa Militschewitsch (ehemaligem Redakteur des „Radnik"). Auch dieses Organ bestand nur kurze Zeit. Die Wahlen für die Nationalversammlung nahten heran und die Regierung trachtete auf jede Weise, die Sozialisten in diesem wichtigen Momente ihres Organs zu berauben. Durch verschiedene Massregeln und allerhand Intriguen gelang es der Regierung, den „Glas Jawnosti" zu unterdrücken. So blieb nur noch der „Rad" übrig, der trotz aller Hindernisse und Konfiskationen seitens der Zensur, noch immer in der Literatur wenigstens ein Lebenszeichen des Sozialismus war, und am Schlusse des Jahres 1874 das Erscheinen eines neuen sozialistischen Organs „Oslobodjenje" erlebte.

V.

Die Wahlen für die Nationalversammlung. Sozialisten als Deputirte in derselben. Freilassung Sv. Markovitsch's und Gründung des Blattes „Oslobodjenje.“ Krankheit und neue Verfolgungen Markovitsch's. Er verlässt Serbien. Der Tod Markovitsch's und die Transportirung seiner Leiche nach Serbien.

Infolge der Unterdrückung des „Glas Jawnosti“ blieben die Sozialisten in dem wichtigsten Momente, d. h. am Vorabend der Wahlen für die Nationalversammlung, ohne Organ. Zwar erschien in Belgrad noch immer das sozialistische Organ „Rad“, dasselbe war aber ein wissenschaftlich-literarisches Blatt, das nach dem Pressgesetze keine Politik treiben durfte und daher von keiner praktischen Bedeutung für die Wahlen sein konnte. Doch liessen sich die Sozialisten dadurch nicht entmuthigen; sie zerstreuten sich in alle Gegenden Serbiens und wirkten dort persönlich. Freilich wussten sie, dass sie für diesmal keine Majorität in die Nationalversammlung senden konnten, aber sie trachteten wenigstens darnach, einige ihrer Anhänger in derselben zu haben, um auch von hier aus den Kampf gegen „die bestehende Ordnung“ (um mich offiziell auszudrücken) aufzunehmen. Die Regierung liess keine Gelegenheit vorübergehen, diese Agitatoren zu verhaften und zu bestrafen, aber das verhinderte nicht, dass folgende Sozialisten: Adam Bogosawljevitsch, Milosch Glischitsch, Ranko Tajsitsch und Milija Milowanowitsch, welche bis auf den heutigen Tag ihren Prinzipien treu geblieben sind, in die Nationalversammlung gewählt wurden. Nebst diesen vier Sozialisten wurden noch fünfzehn Männer gewählt, von denen man nicht sagen konnte, dass sie tüchtige Sozialisten seien, aber die vollkommen mit dem praktischen Programm der Sozialisten einverstanden waren. So gelangten gegen Ende 1874 zum ersten Male Sozialisten in die Nationalversammlung, welche diesmal nach Belgrad einberufen wurde.*)

In der Zwischenzeit wurde auch Markovitsch aus seiner Haft freigelassen. Doch die Tage dieses trefflichen Kämpfers waren bereits gezählt, sein thaten- und kampfreiches Leben war dem Erlöschen nahe.

Man wird mir erlauben, etwas länger bei der Persönlichkeit dieses, jedem serbischen Sozialisten theuren Mannes zu verweilen.

Markovitsch kränkelte schon seit längerer Zeit. Bereits während seines Aufenthalts in Petersburg hatte er sich einen Magenkatarrh zugezogen, unter dem er stets zu leiden hatte und der schliesslich auch die Ursache seines Todes war. Die Haft hatte seine Gesundheit gänzlich zerrüttet; dennoch dachte er, als er das Gefängniss verlassen und sich einige Tage bei mir, in der Redaktion des „Rad“, aufhielt, absolut nicht an die dringend gewordene Wiederherstellung seiner Gesundheit, sondern

*) Bis dahin war die Versammlung immer in Kragujewatz abgehalten worden, als aber diese Stadt das Zentrum der sozialistischen Bewegung wurde und das Bürgerthum sich derselben zugeneigt zeigte, fand die Regierung es für geeignet, die Versammlung nach Belgrad einzuberufen, wo sie sich sicherer wähnte.

beschäftigte sich ausschliesslich mit dem Gedanken, in Kragujewatz ein neues Organ zu gründen. Sein ganzer Organismus befand sich in einer gespannten, fieberhaften Aufregung; er ging die ganze Nacht auf und ab, bald in Nachdenken versunken, bald zur Feder greifend, und nur mit grösster Mühe gelang es, ihn gegen Morgen ins Bett zu bringen, damit er wenigstens zwei bis drei Stunden Ruhe geniesse. Bald darauf ging er, um sich bei seiner Familie ein wenig zu erholen, nach Jagodina (seinem Geburtsort). Aber auch hier hatte er keine Ruhe, er ging nach kurzer Zeit wiederum nach Kragujewatz, um sein Projekt, die Herausgabe eines neuen Organs, zur Ausführung zu bringen. Seinen Freunden, die ihn wegen seiner zerrütteten Gesundheit von diesem Vorhaben abbringen wollten, verbarg er seinen wahren Zustand und behauptete, es gehe ihm jetzt viel besser. Armer Freund! Seine Hingebung für die allgemeine Sache verhinderte ihn, seinen kritischen Zustand klar zu erkennen. Er war von jeher nachlässig gegenüber seinen persönlichen Bequemlichkeiten und belächelte stets die grosse Besorgniss seiner Freunde. Leider musste er sehr bald zu der traurigen Ueberzeugung kommen, dass er viel, viel kränker sei, als er je glauben mochte. Aber nicht genug an der Abnahme seiner physischen Kräfte, hatte er bald neue Verfolgungen seitens der Polizei zu erleiden. Es waren noch nicht sechs Nummern der „Oslobodjenje" erschienen, als die Polizei gegen Markovitsch schon wegen einiger Artikel Anklage erhob; sie verschmähte dabei die niedrigsten Verläumdungen nicht, wie z. B. Beschuldigung der Sympathie für die Dynastie Karagjorgjevitsch. Mitte Januar 1875 schreibt Markovitsch:

„Die Polizei hat mich wegen der ersten Nummer der „Oslobodjenje" angeklagt. Da haben wir's mit dem „bösen Karagjorgjewismus".*) Das ist die Art, den Menschen mit Gewalt zu vernichten. Dieser Fall hat in mir den Entschluss beschleunigt, meine Stellung als Redakteur niederzulegen und Serbien auf einige Zeit zu verlassen, um im Auslande meiner Kur obzuliegen. Morgen will ich auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses einen Pass fürs Ausland fordern. Wenn ich ihn nicht erhalte, so werde ich bald hingestreckt werden, dann bleibt mir nichts mehr zu überlegen. Mit mir ist es aus .... Ade alle Pläne, alle schöne Hoffnungen .... Der Tod verwischt alles ...."

Durch eifrige Fürsorge von Kragujewatzer Bürgern erhielt Markovitsch seinen Pass. Er reiste voll Hoffnungen über Semendria nach Wien. Doch er sollte Serbien nicht wiedersehen.

Den 18. Februar 1875 erhielt ich den letzten Brief von ihm aus Wien, in welchem er mittheilte, dass er dem Rathe der Wiener Aerzte gemäss nach dem Süden verreise. Am 25. Februar meldete ein Telegramm aus

---

*) Hier spielt Markovitsch auf die Worte des damaligen Ministers der inneren Angelegenheiten, H. Tschumitsch an, der beim Erscheinen der ersten Nummer der „Oslobodjenje" mir gegenüber bemerkte, dass aus den Artikeln Markovitsch's der „böse Karagjorgjewismus" herausschaue; worauf ihm Markovitsch, von mir unterrichtet, in der „Oslobodjenje" öffentlich antwortete. Durch einen besonderen Schicksalszufall sitzt heute derselbe Minister, der 1875 dem Sozialisten Markovitsch den „bösen Karagjorgjewismus" unterschob, im Gefängnisse, eben desselben Verbrechens beschuldigt.

Triest, dass Sv. Markovitsch im dortigen Krankenhause gestorben sei. Seine letzten Worte waren: „Lasst mich, ich gehe nach Serbien."

Es ist überflüssig, zu erwähnen, wie hart dieser Schlag die serbischen Sozialisten traf. Die gesammte serbische Presse, ohne Unterschied der Tendenz, betrauerte in würdiger Weise diesen Verlust. Selbst der offiziöse „Istok" brachte folgende Notiz, welche Ristitsch eigenhändig geschrieben hatte: „Am 25. Februar starb in Triest der bekannte serbische Literat Svetozar Markovitsch. Von diesem Mann kann man mit Recht sagen, dass jede Zeile von ihm mit seinem Herzblute und dem Saft seiner Nerven geschrieben worden sei."

Markovitsch's Leiche wurde nach Serbien gebracht und auf dem bescheidenen Friedhofe zu Jadogina bestattet. Während des Transportes durch Serbien strömten, obgleich es Winterzeit und schlechtes Wetter war, dem Zuge von allen Gegenden Massen des Volkes entgegen, um dem verehrten Todten die letzte Ehre zu erweisen. Ueberall in Serbien bildeten sich Komite's, um Geld für die Herausgabe seiner Schriften und für die Errichtung eines Denkmals zu sammeln. Der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina, später die Kriege in Serbien, die ungünstigen Verhältnisse und der Terrorismus, welchen die Kriege im Gefolge hatten, alles das verhinderten die Ausführung dieses Vorhabens bis auf den heutigen Tag. Es ist bis jetzt nur der erste Band seiner Werke erschienen, während die Gesammtausgabe deren zwölf umfassen soll.

Mit tiefem Schmerze nehmen wir Abschied von diesem trefflichen Kämpfer, der sein ganzes Leben dem Sozialismus gewidmet hatte und im Wirken für die Befreiung der unterdrückten arbeitenden Klasse gestorben ist; wir nehmen Abschied von diesem theuren Todten, um den Kampf der serbischen Sozialisten, ihre Erfolge und ihre Niederlagen bis auf die gegenwärtige Zeit weiter zu verfolgen.

VI.

Die „Oslobdjenje". Die Thätigkeit der Nationalversammlung. Ministerwechsel; neuer Ministerwechsel und Auflösung der Nationalversammlung. Die Unterdrückung der „Oslobodjenje" und des „Rad". Unerhörte Verfolgung der Sozialisten. Die Bewegung von Popriwnitza. Die neuen Wahlen.

Als Markovitsch Serbien verliess, übergab er mit Zustimmung seiner Freunde die Redaktion der „Oslobodjenje" an Szeta Angjelkovitsch, die ganze Partei aber übernahm die Sorge für die sorgfältige Herausgabe des Organs. Die „Oslobodjenje" war die Fortsetzung der „Jawnost" und hatte die gleiche warme Aufnahme im Volke gefunden. Sie hatte auch Einfluss auf die in Belgrad tagende Nationalversammlung. Die Reden, Vorschläge und Interpellationen der Sozialisten in der Nationalversammlung, die sonst sehr spät in den offiziellen Blättern abgedruckt wurden, erschienen jetzt sofort in der „Oslobodjenje", das Volk las sie begierig und sandte von allen Seiten Begrüssungsadressen an die sozialistischen Abgeordneten wegen ihrer männ-

lichen Haltung. Das praktische Programm der Sozialisten wurde allenthalben öffentlich verlesen und erregte eine Gährung im Volke.

Während dem stand es in der Nationalversammlung um die Sache der Regierung nicht besser. Um die Sozialisten gruppirte sich nach und nach eine starke Opposition, und die Regierung wurde mit einer Masse von Interpellationen und Angriffen überschüttet. Nach kurzer Zeit bereits entwickelte sich zwischen der Nationalversammlung und der Regierung ein derartig gespanntes Verhältniss, dass die letztere gezwungen war, ihre Entlassung zu geben. Das neue Kabinet, welches nur einen Wechsel in den Persönlichkeiten darstellte, vertagte die Nationalversammlung auf einige Wochen, um die gereizte Stimmung derselben etwas zu beschwichtigen und Zeit zu gewinnen, durch Intriguen die Majorität in der Versammlung zu gewinnen. Als indess die Nationalversammlung wieder zusammentrat, stellte sich bald heraus, dass sie die gleiche Stimmung bewahrt hatte; gleich in den ersten Sitzungen fanden stürmische Auftritte zwischen den Ministern und den Sozialisten statt. Um denselben ein Ende zu machen, bewogen die Minister den Fürsten, sich persönlich in den Zwist einzumischen, um womöglich durch seinen Einfluss die feindselige Haltung der Nationalversammlung zu beschwichtigen. Der Fürst hatte die Taktlosigkeit, die Vermittlerrolle zu übernehmen und sich zu blamiren. In geschlossener Sitzung kam der Fürst mit allen seinen Ministern in die Versammlung und stellte gleich die Frage, ob die Versammlung zu ihm Vertrauen habe; wenn dem so sei, dann solle sie auch seinen Ministern, die er gewählt habe, vertrauen. Die Versammlung antwortete, dass es sich jetzt nicht um Vertrauen oder Misstrauen handle; sie sei der Ueberzeugung, dass die Lage des Landes eine gründliche Umgestaltung erheische, sie forderte daher, dass man sich sofort damit beschäftige; die Regierung wendete sich dagegen und suchte die Budgetfrage in den Vordergrund zu stellen, um nach Annahme desselben die Versammlung auflösen zu können. Die Nationalversammlung antwortete, dass sie solchen Versuchen nicht zustimmen könne, und forderte daher, dass man sofort verschiedene wichtige von den Abgeordneten eingebrachte Vorschläge erörtere; ferne solle man die Einberufung der grossen Nationalversammlung beschliessen, behufs Abänderung der gegenwärtigen Verfassung, die nichts tauge, weil sie den Antheil des Volkes an der Gesetzgebung und die Volksfreiheit bedeutend beschränke. Die Versammlung ersuchte den Fürsten, Minister zu ernennen, welche mit den Forderungen der Versammlung einverstanden wären und an der Verwirklichung derselben arbeiten würden . . . Der Fürst drängte die Versammlung, sie solle sofort erklären, ob sie zu ihm Vertrauen habe oder nicht, die Sitzung nahm schliesslich einen stürmischen Charakter an und endete damit, dass der Fürst sich eiligst mit seinen Ministern entfernte.

Die nächste Folge war, dass das Kabinet seine Demission einreichen musste; anstatt aber freisinnigere Männer zu Ministern zu ernennen, berief der Fürst lauter alte invalide Bureaukraten zu seinen Rathgebern. Dieses neue Ministerium beantragte, „um das Staatseinkommen zu erhöhen", die gesetzliche Einführung der *indirekten* Steuer; aber den Bemühungen der Sozialisten gelang es, die Anträge des Ministeriums zur Verwerfung zu bringen; statt deren beantragten sie die Einführung der direkten progressiven

Einkommensteuer. Da die Regiernng einsah, dass sie mit dieser Nationalversammlung nichts ausrichten könne, beschloss sie, dieselbe aufzulösen. Der Fürst gab schriftlich Befehl zur Auflösung, die neuen Wahlen würden später erfolgen. Beim Austritt der Abgeordneten aus dem Sitzungssaal wurden sie von den Gensdarmen erwartet und ihnen bedeutet, dass, wenn sie nicht unmittelbar Belgrad verlassen würden, sie sofort verhaftet würden, „denn sie sind nicht mehr Abgeordnete". Obgleich sich die Versammlung gegenüber der Regierung ziemlich selbstständig gezeigt hatte, war sie dennoch nicht dazu angethan, jenen Schlag gegen das bestehende System in Serbien, den die Sozialisten im Plane hatten, auszuführen; deshalb wurde auch der Versuch, die Versammlung durch bewaffnete Volksmassen zu beschützen, aufgegeben und die Auflösung somit perfekt.

Nunmehr suchte die Regierung mittelst der strengsten Massregeln das „Uebel" des Sozialismus auszurotten, um für die bevorstehenden Wahlen freien Spielraum zu gewinnen. Es begann die Periode, in der man „das Gift aus der Wurzel zu reissen" sich bestrebte. Als erstes Opfer fielen die sozialistischen Organe: „Oslobodjenje" wurde verboten (nach dreimonatlichem Erscheinen) „weil sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde", ihr Redakteur in Anklagezustand versetzt und später zu zwei Jahren Gefängniss verurtheilt. Der „Rad" wurde dadurch unterdrückt, dass die Regierung seine Nummern regelmässig konfiszirte. Zur Einsicht gelangt, dass es unnütz sei, lediglich das Polizeiamt mit gedruckten Nummern zu versehen, stellte die Redaktion das Erscheinen des „Rad" ein, sein Redakteur aber wurde zu fünfzehn Tagen Gefängniss verurtheilt.*)

Dann folgten unzählige Verhaftungen im Lande. Viele Freidenker und besonders Männer, die zu Kandidaten für die nächsten Wahlen geeignet waren, wusste man irgend welcher Vergehen zu zeihen, um sie verhaften zu können. In Jagodina machte man 30 Männern den Prozess; zwei Sozialistinnen, die ihre Studien in Zürich absolvirt hatten und nach eingeholter Erlaubniss des Ministers im Begriffe waren, eine Schule in Kragujewatz zu errichten, wurden auf die brutalste Art von dort nach Belgrad vertrieben, wo ihnen die Polizei erklärte, dass sie binnen drei Tagen Serbien zu verlassen hätten; indess blieb diese Ausweisung ein „frommer Wunsch" der Polizei. In Schabatz wurde der Sozialist M. Zewitsch wegen „Hochverraths" zu acht Jahren Zuchthaus in Ketten, sein Freund Alawantitsch zu zehn Jahren Zuchthaus, ohne Ketten, verurtheilt. Viele Lehrer und kleinere Beamte, welche mit den Sozialisten sympathisirten, wurden aus dem Dienste entlassen. Besonders aber wüthete die Polizei gegen die sozialistischen Mitglieder der letzten Nationalversammlung, Allen wusste man ein Vergehen anzudichten. Unser zu früh verstorbener Freund, Adam Bogosawljevitsch, wurde in Negotin verhaftet. Im vorigen Bande des Jahrbuches erwähnten wir

*) Beim ersten Prozesse des Redakteurs des „Rad" blamirte sich der Staatsanwalt und die Richter sprachen den Redakteur frei. Die Regierung bestrafte einige Richter durch Versetzung, rief ein neues Gericht mit einem anderen Staatsanwalte zusammen, aber auch dieses sprach den Redakteur frei. Endlich kam zum dritten Male der Befehl, dass der Redakteur verurtheilt werden müsse, und da entschloss man sich denn für das niedrigste Strafausmass von fünfzehn Tagen „wegen Religionslästerung und Aufreizung einer Klasse gegen die andere".

bereits bei Gelegenheit seines Nekrologes, wie die bewaffnete Volksmasse ihn aus dem Gefängnisse befreite.

Bald darauf fanden die Wahlen statt, bei welchen nicht nur Adam und seine Genossen, sondern noch zehn weitere sozialistische Abgeordnete gewählt wurden, so dass die Sozialisten nicht nur unter den Bauern, sondern auch in sechs Kreisstädten, Kragujewatz, Waljewo, Alexinatz, Knjazewatz, Negotin und Jagodina, wo Jefrem Markovitsch, der Bruder des verstorbenen Svetozar, gewählt wurde, Wahlsiege zu verzeichnen hatten. Dieses Resultat war um so bedeutender, weil auch während dieser Wahlen die Sozialisten ohne jedes Organ waren.

VII.

Die Sozialisten gründen in Kragujewatz eine Druckerei, und erneuern die „Oslobodjenje". Die Unterdrückung der „Oslobodjenje" und das Erscheinen der „Alten Oslobodjenje". Der Zusammentritt der Nationalversammlung und die Verhältnisse in Serbien. Die Ministerkrisis und die Verlegung der Versammlung nach Belgrad. Neuer Ministerwechsel, die Versprechungen der neuen Regierung, das Pressgesetz und die Gemeindeautonomie.

Mit der Unterdrückung der „Oslobodjenje" war auch die Schliessung der Assoziationsdruckerei verbunden gewesen. Als die Sozialisten neuerdings ein Organ gründen wollten, mussten sie daher an die Anschaffung einer eigenen Druckerei denken. Durch allgemeines Bemühen gelang es auch, eine solche zu gründen und kurz darauf (Anfang August 1875) erschien ihr Organ „Oslobodjenje" von neuem. Aber kaum waren die ersten zwei Nummern erschienen, als die Regierung das Blatt wieder unterdrückte, angeblich weil der Redakteur dieses Blattes (S. Angjelkovitsch), der schon als früherer Redakteur desselben unter Anklage stand, kein Recht habe, es von neuem herauszugeben. Die Sozialisten fanden einen andern Redakteur (Ilia Todoritsch) und gründeten nunmehr die „Staro Oslobodjenje", da sie Eile hatten, noch vor dem Zusammentreten der Nationalversammlung, die wieder in Kragujewats tagte, ein eigenes Organ zu schaffen.

Die Versammlung fiel in eine stürmische Zeit. Einerseits herrschte grosse Erbitterung im Volke wegen der Gewaltthaten der Regierung, andererseits war an den Grenzen Serbiens, in Bosnien und der Herzogewina, der Aufstand schon entbrannt. Mögen die Ausländer über diesen Aufstand urtheilen wie sie wollen, derjenige aber, der die faktische Lage und die Verhältnisse dieser Länder kannte, kann sagen, dass dieser Aufstand ein Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker war, ein Kampf, der nur durch die schrecklichsten Gewaltthaten und durch die unmenschlichste Ausbeutung des Volkes hervorgerufen worden ist. Selbstverständlich konnte das erbitterte Volk diesem ungleichen Kampfe zwischen der Handvoll Aufständischer und der gut bewaffneten regulären türkischen Armee nicht gleichgiltig zusehen, um so weniger, als es die Aufständischen der Sprache und dem Blute nach zu seinen Brüdern zählte und ihre Sache als eine gerechte betrachtete. Nebenbei blieb auch die serbische Grenze nicht ver-

schont, die türkischen Truppen fielen ein und plünderten die benachbarten Ortschaften, so dass das serbische Volk gezwungen war, seine Grenzen mit bewaffneter Hand zu hüten. Alles dies rief im Volke Aufregung und Unruhe hervor, wobei man zwei Strömungen unterscheiden konnte: das Streben nach fundamentaler Umwälzung im Lande und das Streben nach energischen Massregeln gegenüber der Türkei, Unterstützung des Aufstandes in Bosnien und der Herzogewina. Beide Bestrebungen machten sich sofort beim Zutreten der Nationalversammlung stark bemerkbar. Das erste Bestreben war so scharf ausgeprägt, dass die Regierung selbst gezwungen war, mit ihm zu rechnen und bereits bei der Eröffnung der Versammlung erklärte, Anträge über grössere Pressfreiheit und über die Gemeindeautonomie einbringen zu wollen. Aber diese Konzession half der Regierung nichts; durch die verübten Gewaltthaten hatte sie sich allgemeine Erbitterung zugezogen und ihre weitere Existenz unmöglich gemacht. In der Nationalversammlung sass eine grosse Anzahl Männer, die eben erst aus der Haft entlassen, mit allen nöthigen Dokumenten ausgerüstet, im Begriffe standen, das gesammte Ministerium wegen der Gewaltakte in Anklagezustand zu versetzen. Diese feindselige Stimmung hatte einen solchen Grad erreicht, dass der Fürst es gegen jede Sitte und Gebrauch, und zwar aus Furcht, unterliess, nach Kragujewatz zur Nationalversammlung zu kommen. Die sich selbst überlassenen Minister wussten schliesslich keinen anderen Rath, als nach einigen stürmischen Scenen ihre Demission einzureichen. Der Fürst aber, der einen Aufstand befürchtete, vertraute sein Heil dem energischen Ristitsch an, da er ihn einzig und allein für fähig hielt, den Aufstand abzuwenden. Die Regierung beeilte sich zunächst, die Versammlung von dem revolutionären Kragujewatz nach Belgrad zu verlegen, woselbst sich die Herrn Minister sicherer wähnten und im Falle eines Aufruhrs nur einen Schritt zu thun brauchten, um in Oesterreich-Ungarn zu sein. Angesichts der Aufregung im Volke und der Verwirrung, in welcher der Fürst und seine Minister sich befanden, begann das Organ „Staro Oslobodjenje“ in einem Tone zu schreiben, wie man seither und auch später nie in Serbien geschrieben hatte. Es drohte dem Fürsten ganz offen mit der Entthronung und forderte die Nationalversammlung auf, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Erst nach drei Wochen kam die erste offizielle Verwarnung (Nr. 17), was aber unser Organ am Weitererscheinen durchaus nicht verhinderte; es schrieb in demselben Tone fort, während das Ministerium bald darauf fiel; „Staro Oslobodjenje“ hatte die Befriedigung, schon in ihrer Nr. 19 diesen Fall zu veröffentlichen. Da der Fürst sah, dass er die freisinnige Strömung in der Nationalversammlung nicht zu unterdrücken vermochte, begann er nachzugeben und berief ein Ministerium aus ziemlich liberalen Elementen, mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung, Kaljevitsch (gegenwärtig Emigrant in Wien) als Präsidenten.

Die neue Regierung erklärte gleich von vornherein, dass sie gewillt sei, an der inneren Umgestaltung zu wirken und bat die Versammlung, mit ihr gemeinsam zu wirken.

Die Sozialisten hielten nicht viel von diesen Versprechungen der Regierung. Sie hatten bereits in den ersten Sitzungen folgende Anträge eingebracht: 1. Sofortige Proklamation der unbeschränkten Press- und Ver-

sammlungsfreiheit. 2. Gründliche Reform des Gerichtswesens im Sinne der Schieds- und Wahlrichter und des öffentlichen, mündlichen und unentgeltlichen Verfahrens. 3. Gründliche Umgestaltung der Schulen. 4. Aenderung des ganzen Staatssystems im Sinne der Volksautonomie unter Abschaffung des Staatsrathes, der Polizei und der Gensdarmerie. Verminderung des Gehaltes aller höheren Beamten, welche so lange im Dienste bleiben, bis die gesammte Reorganisation durchgeführt sein wird. 5. Verfassungsänderung im Sinne der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes aller Volljährigen und der direkten Gesetzgebung durch das Volk. 6. Unterstützung des Aufstandes in Bosnien und der Herzogewina. 7. Die Nationalversammlung geht so lange nicht auseinander, bis alle diese Forderungen durchgeführt sind und die äusseren Verhältnisse sich besser gestaltet haben. Das waren die Forderungen der Sozialisten; da sie aber für dieselben in der Nationalversammlung nicht die Majorität erhielten, so suchten sie wenigstens die Reformen der Regierung abzunöthigen, welche diese gezwungen war, zu bewilligen. Auf diese Weise erhielt man noch in dieser Session das neue Pressgesetz und die Gemeindeautonomie, sowie eine gewisse Ausdehnung der persönlichen Freiheit. Ungeachtet dieser unvollkommenen Gesetze erhielten die Sozialisten sicheren Boden und die Möglichkeit, den Kampf mit kleineren Verlusten weiter zu führen. Das freiere Pressgesetz fand aber bereits den Redakteur der „Staro Oslobodjenje" und den Schreiber dieser Zeilen seit zwei Monaten in Untersuchungshaft, den ersten als Redakteur, den zweiten als den Verfasser einiger Artikel und als Buchdrucker.

VIII.

Die Gemeindeverwaltung geht an vielen Orten in die Hände der Sozialisten über. Die Polizeiintriguen. Die Sieg der Sozialisten in Kragujewatz und die Manifestation mit der rothen Fahne. Die falschen Polizeiaussagen und die geheime Verordnung des Fürsten. Eine stürmische Nacht. Verhaftungen und ihre Folgen. Das Leben im Gefängnisse. Die Unterdrückung der „St. Oslobodjenje". Der Prozess und die Freisprechung der Kragujewatzer Sozialisten.

Am Schlusse des Jahres 1875 trat das neue Gemeindegesetz in's Leben. Infolge dessen mussten in ganz Serbien neue Gemeindewahlen stattfinden. Jeder, der mit Gemeindeangelegenheiten vertraut ist, weiss den Gewinn für eine Partei zu schätzen, wenn sie die Gemeindeverwaltung in ihre Hände bekommt.

Deshalb bemühten sich die Sozialisten bei den neuen Gemeindewahlen so viele Sitze als möglich zu erobern. Das Resultat war glänzend: über 300 Dorf- und viele Stadt-Gemeinden wählten Männer, welche zu den Sozialisten hielten. Unter anderen ging in Kragujewatz die Gemeindeverwaltung ganz in die Hände der Sozialisten über, wobei als Gemeinderath der Mitarbeiter des „St. Oslobodjenje", der Ingenieur (Züricher Student) P. Welimirovitsch gewählt wurde. Dies Ergebniss erbitterte die höheren bureaukratischen Kreise im höchsten Maasse, da es ihnen klar wurde, dass auch die kleinste gesetzliche

Massregel im Sinne der Volksautonomie eingeführt, die sozialistische Partei stärken und ihr immer grösseres Terrain verschaffen müsse. Je grösser aber die Erbitterung der Bureaukratie gegen die Sozialisten war, desto mehr nahm der Beifall des Volkes zu. Niemals seit dem Bestehen der Konstitution in Serbien hatte das Volk so regen Antheil an den öffentlichen Angelegenheiten genommen, wie zu dieser Zeit. Durch solchen Erfolg ermuthigt, gründete eine Gruppe Sozialisten in Semendria eine neue Druckerei und ein neues sozialistisches Organ „Narodnaja Wolja".*) Aber diese Resultate gaben auch der Bureaukratie einen neuen Impuls zur grösseren Entfaltung ihrer Thätigkeit, denn sie begann zu fühlen, wie ihr der Boden immer mehr unter den Füssen schwand.

In Serbien herrschte früher das bureaukratisch-polizeiliche System. Von der Familie und Kirche an bis zu den Wahlen konnte sie nach Belieben frei schalten und walten. Mit der Einführung des neuen Gesetzes verlor sie dieses Recht, was ihr gar nicht gefiel. Beide also, die Bureaukratie sowohl als auch die Polizei strengten alle ihre Kräfte an, um die praktische Ausführung des neuen Gemeindegesetzes zu erschweren und zu skandalisiren. Sie griffen zu verschiedenen Mitteln und Intriguen, um zu beweisen, dass das Volk für die Gemeindeautonomie „nicht reif" sei. Auch in Kragujewatz, wie in allen Städten, wo die Sozialisten gewählt waren, fing die Polizei zu intriguiren an. Nach dem neuen Gesetze muss der Gemeindeausschuss die Gemeindeversammlung zusammenrufen, wenn achtzig Bürger die Einberufung fordern. Durch polizeiliche Intriguen gelang es der Polizei, achtzig Unterschriften zu sammeln, welche eine Gemeindeversammlung forderten, die entscheiden sollte, ob man zu der bestehenden Gemeindeverwaltung in Kragujewatz Vertrauen habe. Es wurde der 15. Februar 1876 dazu bestimmt. Die Anhänger der Polizei machten sich bereit, Unruhen zu veranlassen, um die Gemeindeautonomie zu kompromittiren. Die Sozialisten wussten davon und empfahlen ihren Leuten die grösste Selbstbeherrschung und Ruhe. Sie waren ihres Sieges gewiss und erwarteten ruhig das Resultat der Abstimmung. Als aber die Polizei noch vor dem Beginne der Abstimmung sah, dass sie sich in kolossaler Minorität befand (81 gegen 504), beschloss sie, um jeden Preis Störungen hervorzurufen, um die Versammlung zu sprengen. Diese Elenden trugen grosse Knittel und in den Taschen versteckt Revolver und griffen die für die Sozialisten Stimmenden an. Bei aller Beherrschung konnte der Gemeindeausschuss doch nicht verhindern, dass es zu Blutvergiessen kam. Trotzdem verliessen die Polizeimänner die Versammlung, da dieselbe sich nicht einschüchtern liess, und die Abstimmung nahm ihren Lauf. 504 gegen 1 Stimme sprachen ihr absolutes Vertrauen dem Gemeindeausschusse aus. Daneben aber sandte eine kleine Gruppe von 80 Unzufriedenen eine Depesche an das Ministerium, worin sie meldete, dass in Kragujewatz ein „Aufruhr" ausgebrochen sei und um die Intervention der Polizei und des stehenden Heeres bat, um „die Ordnung wiederherzustellen". Unterdessen beschlossen die Bürger nach beendeter Abstimmung in einem Zuge durch die Stadt, besonders aber durch die Vorstädte, welche am festesten mit den Sozialisten

*) Später beide von der Regierung unterdrückt.

hielten, ihren Sieg zu feiern. Die als Wähler anwesenden Musikanten liessen die Marseillaise ertönen, und eine grosse rothe Fahne mit grosser weisser Inschrift Autonomie, welche die siegesbewussten Bürger bereit gehalten hatten, wurde dem Zuge vorangetragen. Dieser demonstrative Umzug dauerte drei Stunden. Ueberall unterwegs wurde er von den Bürgern mit dem Rufe „es lebe die Autonomie" begrüsst und mit Wein traktirt. An vielen Stellen wurden Reden gehalten, in denen die Sozialisten dem versammelten Volke anempfahlen, seine Autonomie zu schützen und zu vertheidigen und von der Nationalversammlung die Einführung weiterer Freiheiten energisch zu fordern. Endlich kehrte der Zug nach dem Gemeindehause zurück, pflanzte die rothe Fahne auf demselben auf, und nachdem die Gemeinderäthe der Versammlung für das Vertrauensvotum ihren wärmsten Dank ausgedrückt hatten, gingen die Bürger auseinander. Wie man sieht, hatte der ganze demonstrative Zug von Anfang bis zu Ende den ruhigsten Verlauf gehabt.

Unterdessen war der Telegraph zwischen Kragujewatz und Belgrad in fortwährender Bewegung. Die Polizei berichtete dem Ministerium, dass in Kragujewatz schon eine Revolte ausgebrochen sei und dass die grösste Gefahr drohe, wenn man nicht die Kragujewatzer Garnison ausrücken lasse um die Ordnung und Ruhe herzustellen. In Belgrad versammelte sich gleich der ganze Ministerrath unter dem Vorsitze des Fürsten selbst und der Kragujewatzer Garnisonskommandant erhielt sogleich die Ordre, seine Mannschaft in Bereitschaft zu halten. Ausserdem ertheilte der Fürst demselben Kommandanten den geheimen Befehl, seine Soldaten als Arbeiter zu verkleiden und bei einbrechender Nacht die Wohnungen aller bedeutendern Sozialisten anzugreifen, hauptsächlich aber die Redaktion der „St. Oslobodjenje", und sie alle zu tödten, den nächsten Tag aber einen Rapport zu erstatten, wie das Volk, erbittert durch den Versuch der Kommunisten, eine Revolte anzustiften, sich empört und sie niedergemacht habe. Doch der Kommandant wagte es nicht, diese Verantwortung auf sich zu nehmen und telegraphirte dem Kriegsminister, dass er um seine Entlassung bitte, falls man von ihm so etwas fordere. Dieser aber wusste gar nichts von dem ertheilten Befehl, lief zu seinen Kollegen, wieder hielten sie eine Sitzung, und nur mit grösster Mühe konnte man den kriegslustigen Fürsten bewegen, seinen Befehl zurückzunehmen.

Als die Nacht einbrach, dauerten die Volksbelustigungen noch immer fort. Die Kaffeehäuser ertönten von Musik und Gesang. Auf der Strasse aber zeigten sich Gruppen Betrunkener, Auswurf der Gesellschaft, die im Dienste der Polizei standen, und jetzt nach Schlägereien ausgingen. Es wurden Bürger in ihren Häusern angegriffen, welche den Sozialisten zugethan waren. Es kam sogar zu Todtschlägereien und unzähligen Verhaftungen, welche diese ruchlose Bande, unterstützt durch die Soldaten, ausführte. Die Sozialisten beschlossen daher, sich in ihren Häusern zu verschliessen und den nächsten Morgen abzuwarten, um zu sehen, wie dieses polizeiliche Wüthen enden werde. Die Redaktion des „St. Oslobodjenje" (fünf Männer und zwei Frauen stark) verschloss sich in ihrer Wohnung, lud alle Gewehre und Revolver und hielt so die ganze Nacht Wache, da unser Haus (auf

das es am Meisten abgesehen war) faktisch von den Soldaten belagert gehalten wurde.

Beim Tagesgrauen zog sich das Militär in die Kasernen zurück. Der 16. Februar brach ruhig an, nur versammelten sich die Bürger, um Protest gegen die unerhörten Gewaltthaten zu erheben. An demselben Tage erschien in der „St. Oslobodjenje" ein kräftiger Artikel, in dem die Schreckensnacht beschrieben wurde. Die nächste Nacht schwärmte das Militär wieder durch die Stadt. So dauerte es bis zum 20. Februar.

Inzwischen schmiedete der Polizei-Gouverneur allerhand Intriguen, sammelte falsche Zeugen und falsche Dokumente, um eine Untersuchung gegen die Sozialisten einleiten zu können. Am 20. Februar war er damit fertig und die Verhaftungen begannen in folgender Reihe: zuerst kamen zwei Gemeinderäthe daran, dann der Redakteur der „St. Oslobodjenje" und meine Persönlichkeit, dann wieder einige Gemeindeausschussmitglieder und eine Masse Bürger. In drei Tagen waren 32 Bürger verhaftet. Wir alle wurden in drei schmale Räume (5 Meter Länge, 4½ Meter Breite) eingepfercht und durch 20 Soldaten des stehenden Heeres bewacht. Dann begann „die Untersuchung". Die Anklage lautete „wegen versuchter Insurrektion", und basirte auf einem Paragraphen, welcher die Schuldigen mit Todesstrafe bedroht. Der Staatsanwalt verlangte sogar, dass man uns in Ketten schlagen solle, aber der Kassationshof lehnte diesen Antrag ab. Ueber die Begründung der Anklage war man nicht einig, man brachte alle Augenblicke Anderes vor, schob uns allen möglichen Unsinn unter und klagte uns endlich an: wegen des Herumtragens der rothen Fahne (was nach serbischen Gesetzen nicht strafbar ist) durch die Stadt und des Ausrufes: „Es lebe die Kommune und die Republik", der dem Staatsanwalt noch zu beweisen blieb.

Unterdessen führten wir in der Haft ein unerträgliches Leben. Die Behandlung grenzte an das Unmenschliche. Erst in den letzten Monaten liess man etwas nach, wir konnten Besuche empfangen und ziemlich vergnügt die Zeit zubringen, obgleich uns noch immer der Paragraph mit der Todesstrafe vor den Augen schwebte. Die Bauern aus der Umgebung nahmen regen Antheil an unserm Schicksale. Wenn sie uns besuchten, brachten sie uns allerlei Geschenke in Form von Esswaaren, Getränken, Tabak etc. mit. Sie machten uns den Vorschlag, mit bewaffneter Masse zu kommen, um uns zu befreien, wir schlugen es aber ab, erstens, weil wir hofften, ohnehin freigesprochen zu werden, und zweitens, weil wir den Zeitpunkt für einen Volksaufstand noch nicht für geeignet fanden.

Unser Prozess begann Ende Mai und dauerte einen ganzen Monat. Wir haben schon erwähnt, wie die Anklage lautete. Dass die rothe Fahne herumgetragen wurde, läugnete auch Niemand. Die Ausrufe: „Es lebe die Kommune und die Republik" wurden nur von neun Polizeizeugen bezeugt, diese Aussagen machten die ganze Grundlage der Staatsanklage aus; kein einziges schriftliches Dokument figurirte in diesem Prozesse.

Die Angeklagten wurden von zwölf Advokaten vertheidigt, die öffentlich erklärten, unsere Vertheidigung unentgeltlich übernehmen zu wollen, weil sie uns als unschuldig betrachten. Gegen die neun Polizeizeugen führten die Sozialisten ihre 180 Zeugen auf, die alle erklärten, dass man nicht

geschrieen habe, „es lebe die Kommune und die Republik“. Als aber der Staatsanwalt schon bei seinen zwei ersten falschen Zeugen sich blosstellte und Gefahr lief, sein ganzes Lügengewebe zerrissen zu sehen, unterliess man das Verhör der anderen polizeilichen Zeugen, denn es war schon zur Genüge klar, dass die ganze Anklage von Anfang bis zu Ende auf Erfindung beruhte.

Da der Staatsanwalt sich blamirt hatte, richteten wir unsere Vertheidigungsreden mehr zur Propaganda unserer Grundsätze ein, als zu unserer persönlichen Vertheidigung.

Der Prozess nahm immer mehr die Form eines unvermeidlichen, kolossalen Skandals für die Regierung und ihre Organe an, deshalb beeilte sich das Gericht, ihn sobald als möglich zu Ende zu führen. Nach Beendigung unserer und unserer Advokaten Vertheidigungsreden fasste der Gerichtshof folgenden Beschluss: „Alle Angeklagten sind von der Anklage wegen Herumtragens der rothen Fahne und des Ausrufes, ‚es lebe die Kommune und die Republik‘ freigesprochen, weil kein Thatbestand vorliegt.

So endete dieser Monstre-Prozess, glänzend für die Sozialisten, mit einem Skandal für die Regierung. Bereits im Laufe des Prozesses war die „St. Oslobodjenje“ unterdrückt worden, wir standen an der Schwelle des Krieges mit der Türkei, die liberale Regierung des Kaljevitsch war gefallen, an's Staatsruder kam wieder Ristitsch, auf dessen Rath der Fürst den Befehl ertheilte, das Pressgesetz und die Gemeindeautonomie zu suspendiren.

IX.

Der Krieg und die Haltung der Sozialisten während desselben. Die grosse Nationalversammlung und der Erfolg der Sozialisten. Der erneuerte Prozess und das Urtheil. Der zweite Krieg, die Schreckenszeit, Emigration, Wahlen. Gegenwärtiger Stand der sozialistschen Partei in Serbien.

Als wir aus der Haft entlassen wurden, war der Krieg schon erklärt, und an den Grenzen Serbiens floss Blut. Das Volk, unsere Brüder und Freunde standen vor dem Feinde, der bereits in Serbien eindrang und unsere Dörfer in Brand steckte. Auch uns rief die Pflicht in die Reihen des Volks. Den 4. Juli, drei Tage nach unserer Freisprechung, gingen wir an die Grenze, einige als Landwehrmänner, die Anderen als Freiwillige. Der Krieg war schon entbrannt und wurde auf eine Weise geführt, der die Sozialisten entgegen waren; aber da er einmal da war und keine Möglichkeit vorlag, den Gang der Ereignisse abzuändern, so nahmen die Sozialisten ihren Platz in den Reihen des Volks, kämpften und litten mit demselben, loyal und gewissenhaft ihre Pflicht erfüllend und mit dem Gewehr in der Hand das Vaterland vertheidigend. Das Volk sah die Sozialisten an seiner Seite in seinen schwersten Tagen, das merkte es sich wohl, denn gleich nach dem Friedensschlusse, bei den Wahlen für die grosse Nationalversammlung, wählte es gegen 30 Sozialisten, darunter vier aus Kragujewatz, von denen drei in Haft gelegen waren. Diese Wahlen zeigten der Regierung, dass die Sozialisten

für sie gefährliche Gegner wurden. Sie erneuerte daher unseren Prozess, in welchem wir, ohne vorgeladen worden zu sein, ganz ungesetzlich in wenigen Tagen abgeurtheilt wurden: der Redakteur der „St. Oslobodjenje" zu fünf Jahren Gefängniss und zwei Jahren Polizeiaufsicht, ich zu drei Jahren und neun Monaten Gefängniss und zwei Jahren polizeilicher Aufsicht, Welimirovitsch drei Jahren Gefängniss und zwei Jahren polizeilicher Aufsicht, die Uebrigen zu einem Jahr polizeilicher Aufsicht. Aber die blutgierige Regierung war damit nicht zufrieden, sondern griff diejenigen, die zu einem Jahre polizeilicher Aufsicht verurtheilt waren, einzeln auf und verurtheilte sie noch besonders, so z. B. unsern Freund und Mitarbeiter Sretenowitsch zu 20 Jahren Zuchthaus in Ketten „wegen Aufwiegelung des Volkes"; letzterer starb auch im Kerker, eine mittellose Familie mit fünf unmündigen Kindern hinterlassend. Wem von den Verurtheilten es möglich war, sich durch Flucht zu retten, der that es. Welimirovitsch und mir gelang es, nach Ungarn zu entfliehen, unser Freund, der Professor M. Popovitsch, entfloh später nach Rumänien. Die Anderen waren leider weniger glücklich. Das geschah im März 1877. Im Lande herrschte der Belagerungszustand, das Volk, durch den Krieg erschöpft, fiel in eine verzweifelte Apathie. Drei Kreisstädte und über 300 Dörfer mit allem Hab und Gut waren von den Tscherkessen bis auf den Grund niedergebrannt worden. Das Volk hungerte, der letzte Bissen wurde ihm durch Requisitionen weggenommen. In Pozarevatz lagen 600 Personen, die man inhaftirt hatte, weil sie sich der Requisition widersetzt hatten. So sah es im Anfang des Jahres 1877 aus.

Im nächsten Winter folgte der zweite Krieg. Einige Kragujewatzer Bataillone der zu Tode erschöpften Landwehr weigerten sich aus eigener Initiative, in den Krieg zu gehen. Die reguläre Armee bekämpfte diese Empörung, aber die Minister Ristitsch und Radiwoje (zwei Hyänen in Menschengestalt) waren damit nicht zufrieden, sondern benützten diese Gelegenheit, um freisinnigere Männer und einige ihrer persönlichen Gegner zu bestrafen. Sie ersannen eine „Verschwörung", sperrten eine Masse Leute ein, von denen sie Viele zu acht, zehn, fünfzehn und zwanzig Jahren Zuchthaus verurtheilen, neun aber heimlich erschiessen liessen, unter ihnen einen muthigen Kommandanten, einen 60jährigen Pfarrer und den Oberst Jefrem Markovitsch (Bruder des verstorbenen Sv. Markovitsch). Dieser Meuchelmord wurde im Walde, ohne jegliches Gericht, ausgeführt. Der Oberst Markovitsch hatte eben von den Türken Ak-Palanka erobert und in den offiziellen Blättern wurde ihm der Dank dafür ausgedrückt, als er plötzlich nach Belgrad berufen wurde, wo man ihn verhaftete, nach Arangjelovatz sandte und dort heimlich erschoss. Die Belgrader Henker versuchten alle sozialistischen Führer in diese Affaire zu verwickeln, um sie zu erschiessen, aber dies gelang ihnen glücklicherweise nicht.

Nach dem zweiten Kriege folgte die Schreckenszeit. Die Regierung ersann selbst „Verschwörungen", um womöglich den Belagerungszustand noch länger zu erhalten und ihre Gewaltthaten bequemer ausführen zu können. In dieser Schreckenszeit musste eine Masse Freisinniger nach Ungarn und Rumänien emigriren, während die Wahlen für 1878 stattfanden.

Dessenungeachtet bekamen die Sozialisten zwölf Vertreter in die Nationalversammlung. Unter anderen wurde zum ersten Male unser Freund,

der Ingenieur Paschitsch, der in Zürich studirt hatte, gewählt. Die Regierung annullirte diese Wahlen mit Hilfe ihrer Majorität in der Versammlung, aber das Volk erwählte sämmtliche Zwölf auf's Neue, und sie sind bis heute in der Versammlung geblieben.

Die Reaktion, eigentlich kann man sagen — der Belagerungszustand, welche den beiden letzten Kriegen folgte, dauert noch fort. Ueber die Presse herrscht die strengste Zensur, deshalb konnten die Sozialisten bis jetzt kein neues Organ gründen. Aber in dem vom Kriege erschöpften Volke ist eine Bewegung bemerkbar, welche die Macht der Reaktion schwächt, und die serbischen Sozialisten gedenken bald wieder an die Gründung eines Organs zu gehen. Da in Serbien keine Vereinsgesetze existiren, so können sich die Sozialisten nicht öffentlich als Partei organisiren. Doch besteht eine gewisse Organisation, ähnlich der jetzt in Deutschland vorhandenen. Infolge des gegenwärtig herrschenden Druckes in Serbien ist eine solche soziale Bewegung, wie die des Jahres 1876, nicht möglich, aber dessenungeachtet lebt und wirkt die Partei. Man arbeitet daran, sich so bald als möglich öffentlich zu organisiren, und auf jeden Fall wird man das bis zum nächsten Jahre zu Stande bringen. In der Nationalversammlung kämpfen die Sozialisten auch gegenwärtig energisch und finden Wiederhall im Volke. Die Apathie, die dem Kriege folgte, verschwindet zusehends, und die Sozialisten verzweifeln nicht an der Zukunft.

Ich habe in kurzen Zügen die soziale Bewegung in Serbien geschildert. Der Artikel ist zu lang ausgefallen, ich konnte mich daher über die neueren Ereignisse und den gegenwärtigen Stand des Sozialismus in Serbien nicht des Weiteren auslassen. Ich hoffe indessen bei nächster Gelegenheit den Lesern des Jahrbuches angenehmere Nachrichten aus Serbien geben zu können,*) dann gedenke ich auch eine Skizze über den gegenwärtigen Zustand der sozialistischen Partei in Serbien zu bringen. Möge dieser schwache Entwurf wenigstens einen Begriff von der Vergangenheit dieser Partei geben.

VI. Die Entwicklung des sozialistischen Gedankens in der hebräischen Presse Osteuropas.

Die alte biblisch-hebräische Sprache gleicht, ebenso wie ihr Träger, die hebräische Nation, jenem Wurm, der nicht leben und nicht sterben kann. Während die anderen alten Sprachen zum Spezialstudium eines nur kleinen Gelehrtenkreises geworden, aber aus der Volksliteratur ganz verschwunden sind, hat die hebräische Sprache sich bis auf den heutigen Tag als Literatursprache der Juden in Russland, Polen, Galizien, Rumänien, der europäischen und asiatischen Türkei etc. erhalten, wenn sie auch aus dem Volksmunde längst verschwunden ist.

Wenn wir von der hebräischen Sprache als Volksliteratursprache sprechen, so wollen wir damit nicht nur sagen, dass religiöse Angelegenheiten der Juden in derselben geschrieben und gedruckt werden, sondern dass ihre Literatur beinahe sämmtliche Wissensgebiete umfasst. Abgesehen von den Epen der Heroen des Alterthums und der Scholastik des Mittelalters, hat

---

*) Bei den jüngst stattgehabten Wahlen zur Skupschtina wurden 18 Sozialisten gewählt. Anm. der Red.

sie ihre Humanisten, ihre Klassiker, ihre Romantiker und auch ihre realistische Schule.

Freilich hat die letztere Richtung sich erst seit zirka zwei Dezennien entwickelt, aber nichts desto weniger hat sie, in Anbetracht des engen Kreises, auf welchen ihre Thätigkeit beschränkt ist, viel gewirkt. Auch die Zeitungsliteratur hat sich seit 25 Jahren eines ganz besondern Aufschwunges zu erfreuen, und diese war es hauptsächlich, die die sozialistische Idee in Kreise brachte, an denen gewöhnlich die bedeutendsten Weltereignisse spurlos vorübergehen.

Bis vor zirka 15 Jahren beschränkte sich die *liberalere* Richtung der hebräischen Schriftsteller auf die mehr oder weniger schonungslose Niederreissung der religiösen Zeremonien und Gebräuche. Erst nach dieser Zeit fing man an, auch dem *praktischen* Leben seine Aufmerksamkeit zu schenken.

Wenn jedoch von irgend einer Bedrückung der Stammesgenossen die Rede war, so war es nur von der, die von *Aussen*, von einer Regierung oder von christlichen Mitbürgern ausging, von einer Bedrückung, die von *Innen*, von den eigenen Stammesgenossen kommt, daran zu denken oder so etwas gar auszusprechen, wagte Niemand. Erst der Ausbeutungsgier des russischen Despotismus war es vorbehalten, nicht allein Abneigung gegen politische Tyrannei, sondern auch ein *Klassenbewusstsein* innerhalb des jüdischen Stammes wachzurufen und zu nähren. Einerseits waren die Abgaben, die der jüdische Handwerker und Kleinhändler, nicht als Bürger und Gewerbetreibender, sondern als Jude, zahlen musste, ungeheuer. Sein Salz, sein Licht, sein Fleisch, sein Branntwein war besteuert. Anderseits musste die Regierung, vollständig machtlos, den Schmuggel zu verhüten, wie den Diebstahl der Beamten zu verhindern, die Staats-Einkünfte an jüdische Zöllner verpachten, die mit beispielloser Raffinirtheit das arme Volk ausbeuteten und in kurzer Zeit Millionäre wurden.

Die jüdischen Pächter gaben dem jüdischen Volke einen Vorgeschmack der Bourgeoiswirthschaft, und die hebräische Literatur bemächtigte sich dieses Thema's. Ausbeutung und Bereicherung waren stehende Rubriken geworden, Schilderung des Elends auf der einen und des Ueberflusses auf der andern Seite war auf der Tagesordnung, denn in der That war die Lage der armen Bevölkerung eine trostlose. Es war ja nicht allein die Regierung, es war auch die Gemeinde, die, um ihre Separatausgaben bestreiten zu können, fast sämmtliche unentbehrlichen Lebensbedürfnisse besteuerte. Die meisten Familien einer Stadt gönnten sich nur einmal wöchentlich das Vergnügen, Fleisch zu essen oder Lichter anzuzünden.

War die literarische Agitation eine einseitige und auch ohne praktische Erfolge geblieben, so hatte sie doch nicht allein die Aufmerksamkeit des Volkes auf die *Magenfrage* gelenkt und sozialistisch-philantropisch angelegte Naturen zur Linderung der Noth mit Palliativmittelchen veranlasst, sondern auch die Wege für eine rein *sozialistische* Agitation geebnet.

Man fing an, die Armuth als eine Folge des niedrigen Bildungsgrades zu betrachten und suchte die Jugend zur Schule zu schicken; allein man überzeugte sich zu bald, dass die russische Regierung wohl ein ausgedehntes Netz von Kasernen, aber keine Schulen hat. Die Anzahl der

Schüler einer jeden Schule war, wie es hiess, „aus pädagogischen und sanitären Gründen“, beschränkt, und nur, wer gut „schmieren“ konnte, dessen Kinder fanden Aufnahme, die Kinder der Armen waren ausgeschlossen. Man wollte Privatschulen gründen, bekam jedoch keine Konzession, Handwerkervereine aber waren nicht nach dem Geschmacke der Polizei. Man fing an, sich mit den bereits vorhandenen jüdischen Ackerbaukolonien im nördlichen Polen und südwestlichen Russland, sowie mit einer Agitation zu Gunsten neuer, lebhaft zu beschäftigen; Vorschläge über Vorschläge von mehr oder weniger Berufenen wurden gemacht, aber man sah bald ein, dass es nur Palliativmittelchen seien.

Die sozialrevolutionäre Bewegung der 50er und des grössten Theiles der 60er Jahre ging an der russisch-jüdischen Bevölkerung fast spurlos vorüber. Erst nach dieser Zeit tauchten auch in den „Ghettos“ die sozialistischen Ideen auf. Wie die „Popowiczy“ (Popensöhne) in der eigentlich russischen Bewegung, so spielten die „Talmudjünger“ in der russisch-jüdischen Bewegung eine Rolle. Die Wilnaer und Zitomirer Rabbinerseminarien waren eine Pflanzstätte des sozialistischen Gedankens. Die Lehrer, die es erst spät erfuhren, drückten ein Auge zu, aus Furcht, die Regierung, die ohnehin auf die Seminarien nicht gut zu sprechen war, weil die Zöglinge selten bei ihrem Fachstudium blieben, werde diese Gelegenheit zur Schliessung der Seminarien benutzen. Erst einzelne zu eklatante Vorgänge, sowohl in Wilna als in Zitomir, veranlassten die Leiter zum Einschreiten. Nur ein Herr **Steinberg**, ein früherer Zögling, jetzt Zensor und Lehrer am Wilnaer Lehrerseminarium, blieb seiner denunziatorischen Natur treu und gab sich zum Verräther her. Dass er es nicht als Patriot, sondern als Streber that, werden wir später zu sehen die Gelegenheit haben. Die Seminarien wurden aufgelöst, und die studirende Jugend begab sich nach den Gymnasien, nach aus- und inländischen Universitäten, die gewonnenen „neuen Ideen“ theilweise verbreitend, theilweise vervollkommnend.

Die Seminaristen, wie die auf andern Wegen durch sie oder durch spezielle russische Agitation gewonnenen Genossen, gingen „unter das Volk“ und vergassen, dass sie bei sich ebenfalls ein Volk zurückliessen, das der Aufklärung harrt.

Das russische Judenthum ist durchaus nicht mit dem westeuropäischen zu vergleichen. Ist dieses total verdorben, ganz im Schacher versunken, so ist jenes ein Faktor, mit dem die zukünftige Revolution rechnen muss. Auf einem im Verhältniss zum gesammten russischen Reiche schmalen Strich Landes zusammengedrängt, leben zirka 3,000,000 Juden, fast alle in den Städten. Hier bilden sie meistens die Majorität der Bevölkerung. Handwerke und Gewerbe sind in ihrer Hand. Sie sind die Erd- und Fabrikarbeiter, Lastträger, Kutscher — kurz, sie bilden das städtische Proletariat, wie sie auch das Kleingewerbe fast ausschliesslich beherrschen, grössere Kaufleute, Banquiers und Fabrikanten sind natürlich nur eine Minorität. Durch die Zurücksetzung seitens der russischen Despotie, durch den Mangel an Schulen ist diesem Proletariat die russische Sprache noch bis auf den heutigen Tag fremd geblieben. Eine **selbstständige** Agitation war eine Nothwendigkeit, aber die agitatorischen Kräfte fehlten,

denn alle aus dem Judenthum stammenden sozialistischen Kräfte glaubten ihre agitatorische Thätigkeit einem ertragreichern Felde, dem speziell russischen Boden widmen zu müssen. Es war die Zeit, wo die russische Agitation weniger planmässig zu Werke ging, wo man glaubte, alles müsse sich um das grossrussische Element gruppiren. Als diese Zentralisation aufgegeben worden war und jede Nationalität anfing, sich auf eigene Faust zu organisiren, da tauchte auch in der hebräischen Presse neues Leben auf. Wilna, dieses lithauische Jerusalem, wie es mit Vorliebe von den hebräischen Schriftstellern genannt wird, bildete eine kräftige Sektion. Die Genossen in Südrussland hatten in Kiew ihren geistigen Mittelpunkt. Man machte Vorbereitungen für eine regelrechte Organisation und die Libermannsche Stiftung sollte die Herausgabe eines hebräisch-sozialistischen Blattes ermöglichen. Alle Fäden jedoch liefen in London zusammen, wo Genosse Libermann (Freeman) in der dortigen russisch-jüdischen Kolonie eine Sektion gründete, die jedoch von der englisch-jüdischen Gemeinde (Dr. Adler) derart verfolgt wurde, dass die nicht ganz festen Mitglieder es vorzogen, auszutreten, indess die übrigen das Fundament bildeten, auf welchem bald darauf die dritte Sektion des kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins gegründet wurde.

Ganz unabhängig von dieser Organisation sehen wir einzelne Genossen literarisch thätig. Zu Anfang des Jahres 1874 erschien in einer populärnaturwissenschaftlichen hebräischen Wochenschrift*) unter der Ueberschrift „Milchemeth Hachaim“ (der Kampf ums Dasein) eine Entwicklung der Darwinschen Theorie und deren Anwendung auf die menschlische Gesellschaft. Der in W. erscheinende „Ha.....“ brachte statistische Daten über Erkrankungs-, Unglücks- und Todesfälle der Arbeiter bei und infolge der Arbeit. L. aus M. veröffentlichte daselbst seine Gedichte, in welchen er mit jugendlicher Leidenschaft die freie Konkurrenz, den Kampf des Menschen gegen den Menschen, scharf geisselte.

Das in der russischen Agitation bis in die Mitte der 70er Jahre hervorgetretene Uebel, das ausschliessliche Eingreifen der s. g. „Intelligenz“ trat auch in der speziell jüdischen hervor. Alle bereits gewonnenen Genossen, die noch dazu zum grossen Theile im Auslande lebten oder auf Reisen sein mussten, waren durch Sprache, Sitten, Kleidung etc. dem eigentlichen Volke entfremdet. Um aufs Volk zu wirken, musste man eine neue Agitatorenschule heranbilden; daher nahm man von einer d i r e k t e n Agitation im Volke Abstand und suchte die dem Volke noch nicht entfremdete intelligentere Jugend zu gewinnen; daher die Entwicklung der Agitation in der hebräischen Literatur und nicht in dem Jargon des Volkes.

Das erste Manifest „An die jüdische Jugend“ („El schlume bachure Israel“) erschien in London mit der Unterschrift „die Freiwilligen des Volkes aus dem Hause Israels“ („Hamithnadwim beom lebeith Israel“) (Libermann und Gen.).

Das Schriftstück beweist der „Intelligenz“, „dass ihre Hoffnung, sie werde, wenn sie sich einen gewissen Einfluss im Staate verschafft habe,

---

*) Aus wohlbekannten Gründen können wir nicht alle Namen der Oeffentlichkeit übergeben.

auf dem Wege der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung das Volkselend beseitigen können, eine trügerische sei." „Das Privateigenthum erzeugt den Gegensatz zwischen dem individuellen und allgemeinen Vortheil, die auf dem Nationalitätenprinzip gegründeten Regierungen hetzen das eine Volk zum Krieg gegen das andere auf, die Religion hat den Wahnsinn, den Betrug, zum Herrn über den gesunden Menschenverstand erhoben." „Wer da glaubt, noch auf diesem Wege für das Volk wirken zu können, der stellt sich zwischen dessen Freunde und Feinde." „Fort mit der Herrschsucht, betet nicht das Gold und die Macht an, weg mit dem Kultus der Vergangenheit, gesellet euch zu dem arbeitenden Volke und dessen Freunden." „Alle Völker rüsten sich zum Kampf, das Proletariat organisirt sich, das Joch des Kapitals und der Tyrannei abzuschütteln, das gedrückte Menschengeschlecht trifft Anstalten, seine Rechte und Freiheiten zurückzuerobern, die soziale Revolution erhebt ihr Banner und ruft: Gemeinsamkeit der Arbeit, Gemeinschaft der Güter, freie internationale Verbrüderung aller Arbeiter, Ausrottung der Gewalt und alles dessen, was sich der Gerechtigkeit widersetzt."

„Es ist Zeit, dass auch unsere Proletarier diesem grossen Werke sich anschliessen, zurückerobern, was die Ausbeuter ihres eigenen Volkes ihnen geraubt haben." „Die Menschen-Verbrüderung kennt keine Eintheilung nach Völkern und Stämmen, sie kennt nur nützliche Arbeiter und verderbenbringende Ausbeuter. Gegen diese soll das arbeitende Volk den Kampf beginnen."

Dieser Schritt zog sofort eine Reihe sozialistischer Publikationen nach sich. J. L. aus K., ein russisch-jüdischer Herwegh, veröffentlichte sein Gedicht: „Der ewige Sklave" (Ebed Abadim). In dichterischer Begeisterung schildert er in von Menschenliebe glühenden Worten die häusliche Erziehung des Kindes, des Sklaven des elterlichen religiösen oder moralischen Standpunktes; die des Jünglings, des Sklaven der pädagogischen Vorurtheile; die des Mannes, des Sklaven der ökonomischen Lebensbedingungen; die des Weibes, der Sklavin all der genannten Uebel zusammen, welche der Dichter auf ein einziges, auf die politische und ökonomische Ausbeutung des Schwachen durch den Mächtigen zurückführt.

Ein späteres Gedicht, „Ohnmächtiger Zorn" (Kezef en Onim), ist der Ausdruck des Seelenkampfes des Dichters. Die Grösse seines Hasses gegen die doppelte Unterjochung steht nicht im Verhältniss zu seinem Wirkungskreise und zu seiner Macht; ersterer ist in dem Masse unendlich gross, wie letztere unendlich klein sind. Alles möchte er umstürzen, aber er fühlt seine Machtlosigkeit. Er wendet sich an die „ewige Weisheit" (eine bei einigen speziell russischen Sozialisten und auch bei J. L. vorhandene Schwäche) vorwurfsvoll: „Einer verschwendet, verschlemmt, weil der Andere hungert; der da kommt empor, weil jener unterging; Raub, Diebstahl, Betrug — sie sind die Erzeuger des Reichthums; Arglist, Verrath und Unterdrückung überfluthen die Erde. Schöpfer! ist das dein Geschöpf?" Es ist dies die einzige Stelle, in der der Dichter, an seine eigene Kraft nicht glaubend, zu einer höheren seine Zuflucht nimmt. Wer beide Gedichte liest, glaubt, das erstere sei nach dem letzteren entstanden.

Ein viel grösseres Aufsehen machten vier spätere Gedichte, die anfangs einzeln, nachher, in einer zweiten Auflage 1877, unter dem gemeinsamen

Namen „Arbeit und Lohn" (Kischron hamaasse) erschienen sind. Die Nothwendigkeit einer zweiten Auflage bei einem quantitativ so beschränkten Leserkreise wird zur Genüge die Wirkungen dieser Gedichte zeigen. „Kischron hamaasse" besteht aus vier Theilen. Der erste führt einen Repräsentanten einer gewissen Spezies der russisch-jüdischen Gesellschaft vor, die die Nothwendigkeit noch nicht eingesehen hat, sich einem Handwerke oder einem profanen Studium zu widmen. Auch dieser Repräsentant findet, indem er nach den Ursachen seiner Armuth sucht, sie nicht allein in seiner verkehrten Erziehung, sondern auch in der Ungleichheit der Gütervertheilung: „Ich weiss, wie ungerecht und verderblich es ist, wenn hier Mangel und da Ueberfluss herrscht. Der Raub, Rechts- und Gerechtigkeitsverletzung haben zur Geissel sich emporgehoben" u. s. w. „Ich sah die Einen stark, mächtig, die Andern schwach und verkommen, ich raste und tobte gegen diese Aristokratie" u. s. w. Mit Recht sagte die in der S. erschienene Renzension dieses Werkes, die dessen Popularisirung wie Ergänzung bezweckte: „Nur wer produzirt, kann einen verhältnissmässig gleichen Antheil an der Konsumtion verlangen und die Ausbeuter bekämpfen. Wer zur Produktion nicht fähig ist, sei es aus eigenem oder fremdem Verschulden, ist zum Agitator nicht geeignet."

Das zweite Gedicht schildert einen Kleinmeister, den Typus des russisch-jüdischen Handarbeiterstandes. Die erwähnte Renzension kann nicht umhin, auch die Wahl dieses Repräsentanten resp. seine Behandlung zu tadeln. Sie zieht scharfe Grenzlinien zwischen dem Kleinmeister (Omon) und dem Arbeiter (Poel), zeigt den allmäligen Untergang des ersteren und die Zunahme der Zahl der letzteren, was der Dichter unberücksichtigt gelassen habe, und meint, entweder musste letzterer Umstand in den Vordergrund der Schilderung treten, oder der Repräsentant durfte kein „Omon", sondern ein „Poel" sein. „Freilich", heisst es daselbst, „ist auch die Lage der Kleinmeister keine glänzende, weil sie früher oder später werden nach der Fabrik gehen müssen, aber unbestreitbar ist die des Arbeiters, der bereits in die Fabrik gedrängt worden ist, viel schlimmer. Er fühlt eher das ihn drückende Joch, er weiss, das sein tägliches Brod von der Laune seines Arbeitsgebers abhängt, er sieht, wenn die Sklaverei auch aufgehoben ist, dass die Knechtschaft noch immer in jeder Form existirt. Wenn wir diesen Fehler nicht verkennen, so entschuldigen wir ihn in Anbetracht der Verhältnisse, unter denen der Dichter lebt."

Das dritte Gedicht führt uns einen idealistischen philantropisch angehauchten Studenten vor, (Charakterzüge, die mehr oder weniger deutlich in all den Heroen des Dichters zu finden sind), dessen „Herzensdrang ist Wahrhaftigkeit und Wahrheit und ewige Liebe für alle Menschenkinder". Er denkt Morgens und Abends darüber nach, warum Raub und Knechtung die Welt beherrschen, warum ein Mensch seinen gleichberechtigten Nebenmenschen beherrscht, ihn für sich arbeiten lässt und ihn seines ihm zustehenden Antheils noch oben drein beraubt. Dass der Eine im Reichthume schwelgt und der Andere arbeitend im Elende untergeht, darüber wird er rasend. Er sucht zu helfen und ergreift — Palliativmittelchen. Er wird Arzt der Armen und erfährt, dass die Noth die einzige Ursache ihrer Krankheiten ist: „Gedrückt, gepeinigt, von Ermüdung, vom Hunger gequält, vom frühen Morgen bis zum späten

Abend ohne Nahrung arbeitend — sollen sie nicht erkranken? Arme, Elende, Männer, Frauen und Kinder, dem Herrn Eure Arbeit und Euch den Kummer! — Im Sommer von der Sonne versengt, im Winter frierend vor Kälte, in der elenden Hütte, einer verpesteten Luft, in Lumpen gekleidet und zur Nahrung einen verdorbenen Brei — müssen sie nicht den Epidemien zur Beute fallen? Hier hilft keine Arznei, die Ursache muss beseitigt, die Quelle verstopft werden.“ „Nur die heutige Anarchie ist die Erzeugerin dieses Uebels, Wenige mästen sich, bis sie bersten, und das Volk hungert, ist schon bei der Geburt dem Hungertyphus bestimmt.“ „Da liegt ein unglücklicher Vater auf das Krankenbett hingestreckt, von der jammernden Mutter, den hungernden Kindern umringt; ach Hunger thut weh, und Lebensmittel sind keine da, seitdem dieser — der Ernährer — auf dem Siechenbette ist.“ Der Arzt heilt ihn, aber nach kurzer Zeit ist die Krankheit wieder da, denn: „den ganzen Tag arbeitend, hat er kaum Brod, Zwiebeln und eine verpestete Höhle. So lebt er, so wohnt er, so vegetirt er jahrelang, so erkrankt und so welkt er dahin, so lebt und stirbt dieser Mann.“ „Und seine Kinder? Auch ihnen ist dasselbe Loos bestimmt.“ „Das ist unser Volk, das soll uns neue Geschlechter geben, Geschlechter, dem frühen Tode bestimmt, schon bei der Geburt entnervt und verstümmelt.“ Er erklärt ihnen, wie sie ihr Elend vernichten könnten: „Jeder für Alle und Alle mit vereinter, gemeinsamer Kraft ....“, aber sie beben zurück, und lassen ihn allein, ein düsterer Seufzer zerreisst sein Herz, ein dumpfes, verzweifeltes Lachen verwirrt ihn.

Verstand es der Dichter im dritten Gedichte die Lage der Armuth so treffend zu schildern, so zeigte er im letzten Gedichte seine meisterhafte Schilderung der Ausbeutung durch das Kapital. Mit Recht sagt die Rezension: „Glauben wir nicht, diesen Blutegel, dieses Ungeheuer vor uns stehen zu sehen? Hören wir nicht die Stimme des Ausbeuters: „Mein ist der Reichthum ..... meine Hand sammelt nur, durch Arbeit befleckt sie sich nie; Andere arbeiten, ich häufe, Andere gehorchen, ich befehle.“ Er ist sich seines Handwerks und dessen Konsequenzen wohl bewusst, er kennt die Differenz zwischen seinem ‚Entbehrungs‘- und ‚seiner‘ Arbeiter Arbeitslohn. Auch aus den Strikes geht er siegreich hervor. Er lächelt noch über die Uneinigkeit, die Unentschlossenheit seiner Arbeitsleute, ihre Furcht bei seinem Anblick. Auch die Wissenschaft weiss er auszubeuten. Für ihn arbeitet der Mechaniker, der Mathematiker, der Erfinder, der Theologe, der Jurist, der Arzt, ja selbst die Humanität, welche die Sklavenarbeit abschaffte und ‚freie Arbeit‘ schuf. „Mögen die Volksbeglücker Systeme nach Belieben ausbrüten, ich spotte ihrer, denn mein ist die Arbeit und mir gehört der Ertrag, mir die Welt — ich bin ihr Herr.“

Im Jahre 1877 übersiedelte Libermann nach Wien, um dort näher der galizischen, polnischen und russischen Grenze ein selbständiges sozialistisches Organ herauszugeben. Alle früher erwähnten Artikel erschienen in indifferenten, zum Theil aber auch in gegnerischen Blättern.

Der Mangel einer speziell jüdisch-sozialistischen Organisation, nicht allein in den Zentren, sondern auch in den Provizialstädten,* und die Unmöglichkeit, erwähntes Organ nebst den russischen Schriften, wegen der Verschiedenheit der Bestimmungsorte, der Verschiedenheit der Agitationszentren,

gemeinsam zu schmuggeln, machten es zur Nothwendigkeit, es zuerst durch die Daumschrauben der russischen Zensur durchzuwinden. Die Sache war unbedenklich, da Herr Steinberg für sechs Rubel jede aus dem Ausland kommende hebräische Zeitung durchlässt, ferner hoffte man sich während des ersten halben Jahres einen bestimmten Abonnentenkreis zu erwerben, der im Falle der Unterdrückung gut benutzt werden könne.

Somit erschien die Probenummer der „Wahrheit" (Haemeth). In kurzer Zeit war die erste Auflage vergriffen, so dass die Expedition eine zweite veranstalten musste, die beinahe in eben so kurzer Zeit wie die erste verbreitet wurde.

„Der Betrug", heisst es daselbst, „der gegenwärtig herrscht, ist die Ursache aller Uebel. Er durchwühlt die Grundfesten des gesellschaftlichen Lebens und löst alle seine Bande. Er theilt die Menschen in zwei Gruppen, in Ausbeuter und Ausgebeutete etc. Das Volk aber duldet, weil es die ‚W a h r h e i t' nicht kennt."

„Zu einer Zeit, wo jeder Mund ‚Brod und Arbeit' ruft, wo die M a g e n f r a g e alle anderen verdrängt hat, weiss unsere Literatur sich mit nichts Anderem zu befassen, als mit Erforschungen der Vergangenheit."

„Ein instinktives Verlangen, sich aller geistigen und körperlichen Fesseln zu entledigen, wohnt dem Menschen inne. Jeder möchte sein eigner Herr sein und seiner Hände Arbeit geniessen. Wer etwas erarbeitet, wünscht nicht es Dem geben zu müssen, der nichts dafür that. Die Völker schaaren sich bereits, um zum Ziele zu gelangen, denkt etwa unser Volk bessere Ziele zu erreichen?"

„Nicht nationale Liebe bewegt uns, diese Zeitung herauszugeben, wir bevorzugen unser Volk vor andern nicht, eine Nation darf ebensowenig vor der andern, wie ein Mensch vor dem andern bevorzugt werden. Nur allgemeine Menschenliebe und die Bedrückung des Volkes bewegt uns, ihm in einer ihm verständlichen Sprache die „Wahrheit" zu sagen."

Blos drei oder vier Nummern konnten im Verlaufe von vier Monaten erscheinen. Was die russische Zensur nicht that, besorgte der österreichische Polizeibüttel. Libermann wurde verhaftet und die Herausgabe des „Haemeth" unterbrochen. Grössere Leitartikel wie „Schalath h'Judim", worin gezeigt wird, dass die sogenannte Judenfrage als ein Theil der ökonomischen Menschheitsfrage nur mit dieser zusammen gelöst werden könne, „der Kampf ums Dasein und seine Beziehung zur Gesellschaft", „Einleitung in die soziale Frage" (Psiche leschalath h'ssakin w' h'masleg) eine „Biographie Jacoby's", „die soziale Stellung der Juden Ungarns", „die Entwicklung der Gesellschaft im Mittelalter", „die Juden Londons", „das Machiavelli'sche System" endlich mehrere soziale Gedichte, ein sozialer Roman, Rezensionen und Verschiedenes füllten die erwähnten Blätter aus.

Noch bevor der „Haemeth" eingegangen war, gelang es einem russischen und einem deutschen Genossen B e n N e z und E r die in Königsberg anfangs zweimal wöchentlich erscheinende hebräische Zeitung, „d. St." unter ihre Leitung zu nehmen. Konnte man nicht mit einem Male und mit vollen Segeln ins sozialistische Fahrwasser einziehen, so gab man sich Mühe, den Leserkreis nach und nach dahin zu lenken. Eine längere Untersuchung über die Ursachen und die Ent-

stehung des Eisenbahnarbeiterstrikes des Jahres 1876 in den Vereinigten Staaten Nordamerika's, wie über die Mittel und Wege zur Verhütung ähnlicher Strikes unter dem Titel „Die Arbeiterfrage in Nordamerika" „Schalath hapoalim b'arzoth habrith" eröffnete den Reigen. Nach einer längeren Auseinandersetzung kommt der Verfasser zu folgendem Resultat: „Daher gibt es für uns keinen anderen Ausweg, falls wir wirklich dem bedrückten Volke seine Lage erleichtern wollen, als die Umgestaltung des Privatbesitzes in Kollektivbesitz". Er führt vier Gründe dafür an, wie leicht diese Umwandlung auszuführen sei. „1. Die Menge unkultivirten Landes, die als Staatseigenthum erklärt werden kann. 2. Die in diesem Boden vorhandenen Minen. 3. Die jährliche Einwanderung Besitzloser, welche die Nachfrage nach Arbeit in Staatsländereien und Werkstätten begünstigt und endlich 4. die grossartige Entwicklung der Industrie und des Maschinenwesens." Die letzten Ausführungen wurden von der Zensur gestrichen.

Eine zweite schätzenswerthe Arbeit war: „Der deutsche Reichstag". Unter dem Vorwand, nur die liberalen Parteien kritisiren zu wollen, verstand es der Verfasser, nicht allein die sozialistische Partei hervorzuheben, sondern auch die ganze sozialistische Idee zu entwickeln. Er zeigt auf Grund statistischen Materials das Ungerechte im Wahlmodus, den Druck der Regierung und den Druck aller öffentlichen Organe, der das Volk von sozialistischen Wahlen zurückhält, er geisselt den Militarismus, die indirekten Steuern, erläutert die industrielle Entwicklung, die Entstehung des Kapitals, des Proletariats, die Palliativmittel Schulze-Delitzsch's, das Lassalle'sche System, druckt das Programm (Gotha) der deutschen Partei ab, eifert gegen Hödel und Nobiling, lässt einen gewissen Hang nach sozialistischen Verbesserungen auf reformatorischem Wege durchblicken (Verfasser hat sich jetzt in London mehr nach links geschlagen) — kurz, man sah, es kam dem Verfasser weniger auf die Abrundung der Form als vielmehr auf die Mannigfaltigkeit des Inhalts an.

In diesem Zeitraum (1878) sehen wir die sozialistische Literatur eine gesundere Richtung einschlagen. Wir vermissen das pomphaft Phrasenhafte der ausländisch-überseeischen wie das ewig Sentimentale der südrussischen Richtung. Eine schmucklose Kritik, die sich nicht an das Mitleidsgefühl, sondern an den gesunden Menschenverstand wandte, die nicht grosse Worte, sondern einfache Daten, Zahlen, die Statistik im Munde führte, ist für diese Periode charakteristisch. Die zuletzt genannten Arbeiten eröffneten die Bahn. Selbst die poetische Seite der Literatur nahm einen gesunderen Charakter an, was freilich nicht selten auf Kosten des dichterischen Schwunges geschah. Zu erwähnen sind die in der „Wahrheit" erschienenen Gedichte: „Wächter, was geschah zu Nacht?" („Schomer ma Milailo?"), eine Anrede „an die heutige Gesellschaft", „Der Dieb", („Ha ganow"), Abwälzung der Ursache der Verbrechen vom Individuum auf die Gesellschaftszustände: „Wer hat den Dieb so weit kommen lassen?" heisst es, „sagt, Ihr ‚Ehrlichen', nicht Ihr selber? Warum schmäht ihr den Dieb, schämt euch doch selber." Die Gedichte „Für wen arbeite ich", („Lemi ani omel"), „Das Jammerthal", („Emek ochör"), endlicheinzelne Uebersetzungen (Herwegh)

wie mehrere Gnomen zeigen die früher erwähnten Vorzüge und Schwächen zugleich.

Zur Bekämpfung weniger gefährlicher Gegner und zur leichten Abfertigung einiger vorlauten Schreier wurde sehr häufig das Feuilleton benützt. „Sammlungen eines Besessenen“, („Likutei isch horuach“), und verschiedene Andere.

Als die Zensur anfing, auch der hebräischen Presse, die sie bis zu dieser Zeit für wenig gefährlich und daher der strengen Ueberwachung nicht bedürftig gehalten hatte, ihre Aufmerksamkeit zu schenken, nahmen die meisten sozialistischen Arbeiten eine apokalyptische Form an. „Das Werk Satans“ mit dem Motto: „Wenn sie weise wären und verstehen könnten, wie einer tausend, und zwei eine Myriade verfolgen (ausbeuten) können“, 5. Buch Moses, unterschrieben die 36 Gerechten (bekannte Zahl in einer hebräisch-kabbalistischen Sage), was sich wohl auf die Genossen bezog. Ferner ist zu nennen: „Mischnath Elischa ben Abuja“, eine Apologie der Arbeit und ein Angriff auf die Ausbeutung im reinsten talmudischen Dialekt. Die Wahl des Themas war sehr geschickt getroffen, da der im zweiten Jahrhundert v. Chr. lebende Gelehrte „Elischa ben Abuja“ schon damals gegen seine Kollegen (Pharisäer) auftrat und das Volk zur Pflege der Arbeit und der (griechischen) Wissenschaft, wie zum Hass gegen die jüdischen Fürsten (Nassiim) aufreizte. Endlich gehört noch hierher eine im biblischen Style geschriebene Prophezeiung, der Untergang „Dumas“ (Russlands) und gleichzeitig ein Aufruf zur Revolution.

Ganz im Style Lammenais erschienen die „Visionen eines Besessenen“, „Chesionoth isch horuach“. Eine Novelle „Neue Gesichter“, „Ponim chadoschoth“ sollte die Leser mit der ganzen Weltanschauung dieser „neuer“ Männer vertraut machen. Mehrere Artikel über „Die Frauenfrage“, „Die Ausnahmegesetze gegen die deutschen Sozialisten“, Das Maulkorbgesetz“, „Schutzzoll und Freihandel“, „Die Wiederbelebung des Zunftwesens im Jahre 1879“ schlossen den Reigen.

Die Zeit der Verfolgung begann. Der Zentralpunkt der Bewegung war in Wien, wo verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt werden. Nach Beendigung des Wiener Prozesses wurden sämmtliche Schriftstücke, die von russischen oder deutschen und in Deutschland lebenden Genossen, die diese Unternehmungen gefördert hatten, herrührten, nach Berlin gesandt. Es begann der Prozess der Drei, Liebermann, Gurewitsch und Aronsohn (ersterer war mittlerweile aus Wien ausgeliefert worden) in Berlin, die Verhaftungen der Vier, Benedict, Gurewitsch, L. Eigensohn und Margolies (G. und E. wahrscheinlich wegen eines anderweitigen Verdachts als der erwähnte) in Königsberg. Amtsentsetzungen in der Provinz Posen, in Westpreussen, wie auch ein Verbot der „St.“ in Russland waren die Folge.

Die Presse hat ihre Schuldigkeit gethan. Möge die Jugend die gewonnenen Ideen mündlich weiter verbreiten und das Volk für die kommende Revolution gewinnen.

Erz.

Ungarn.

Die Sozialdemokratie hat, wie fast jede gegen irgend ein herrschendes religiöses oder politisches System gerichtete Opposition, drei Phasen durchzumachen, ehe sie zum Siege gelangt: die erste, in der sie von den Vertretern des herrschenden Systems todtgeschwiegen wird, die zweite, in der sie theils bespöttelt, theils verleumdet und endlich die dritte Phase, in der sie verfolgt wird. Die ungarländische Sozialdemokratie ist nun, wie aus den Vorgängen des letzten Halbjahres hervorgeht, bereits in die Phase der Verfolgungen eingetreten. Diese Verfolgungen haben zwar erst vor Monden begonnen und sind gegenüber den Verfolgungen, welchen unsere österreichischen oder gar deutschen Genossen ausgesetzt sind, ein reines Kinderspiel zu nennen, zeigen aber immerhin — so stümperhaft auch unsere Behörden in dieser Beziehung noch sind — welcher Niedertracht die hiesige Sozialdemokratie sich seitens der Regierung, die höchst wahrscheinlich einer Ordre Oesterreichs, dieses Hortes der Reaktion, folgt, zu versehen hat.

Bevor ich jedoch auf diese Verfolgungen näher eingehe, will ich erst über die Thätigkeit der hiesigen Sozialdemokratie im verflossenen Halbjahre berichten. Und da erscheint uns als das Berichtenswertheste der am 16. und 17. Mai l. J. zu Budapest abgehaltene Arbeiter-Landes-Kongress. Derselbe war nicht nur wichtig, weil daselbst die Vereinigung der beiden früher bestandenen Fraktionen: „Partei der Nichtwahlberechtigten" und „Ungarländische Arbeiterpartei stattfand, sondern auch hauptsächlich darum, weil auf diesem Kongresse, auf welchem 110 Delegirte — mit 152 Mandaten versehen — anwesend waren, das mit Einstimmigkeit angenommene Programm der ungarländischen Sozialdemokratie festgestellt wurde. Die Regierung hatte es zwar verboten, dass die auf dem Kongresse gegründete Partei, wie dies beabsichtigt war, den Titel: „Sozialdemokratische Partei Ungarns" führe, aber das Programm ist deshalb nichts destoweniger ein sozialdemokratisches, wenn auch die Partei, die dasselbe angenommen hat, den offiziellen Titel: „Ungarländische allgemeine Arbeiterpartei" führt.

Da das Programm einer Partei immer massgebend für die Bestrebungen derselben ist und auch zugleich ein Urtheil über die Richtung derselben gestattet, sei hier dasselbe seinem ganzen Wortlaut nach mitgetheilt. Dasselbe lautet:

Programm der ungarländischen allgemeinen Arbeiterpartei.

Die Erde ist die Mutter, die Arbeit der Vater aller materiellen und geistigen Produkte; Beide sind somit die Urheber alles Reichthums und aller Kultur. So lange aber die Erde und alle Arbeitsmittel das ausschliessliche Eigenthum eines Theiles der Gesellschaft bilden, so lange werden alle Segnungen der Kultur, wird jede Vermehrung des Reichthums nur diesem einen Theile zu Gute kommen, der durch seine ausschliessliche Stellung zum Herrn des übrigens Theiles, des besitzlosen Volkes wird.

Die Besitzer der Arbeitsmittel, Grundbesitzer und Kapitalisten, sind vermöge ihrer wirthschaftlichen Macht zugleich die Besitzer der politischen

Macht, die im Zensus-Wahlsystem ihren monopolistischen Charakter am deutlichsten zeigt und die sie stets dazu benützen, um ihre wirthschaftliche Herrschaft, die im Lohnsystem ihren vollsten Ausdruck findet, aufrecht zu erhalten, fortzupflanzen und zu verewigen.

Die Theilung der Gesellschaft in Besitzer und Besitzlose, in Reiche und Arme, in Herrscher und Beherrschte ist kein naturgeschichtlicher, sondern ein gesellschaftlicher Prozess. Die Natur erzeugt nicht auf der einen Seite Besitzer von Arbeitsmitteln und auf der andern blosse Besitzer der eigenen Arbeitskraft. Die in der menschlichen Gesellschaft herrschende Ungleichheit ist nur ein Werk der Menschen, ein gesellschaftliches Produkt; und was das Werk von Menschen ist, können Menschen wieder umgestalten.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die ungarländische allgemeine Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln die Verwirklichung folgender Programmpunkte, die jedem unserer künftigen Kongresse, behufs einer etwaigen Umänderung, einem neuen Votum zu unterbreiten sind:

1. Umwandlung alles Grund und Bodens, wie aller übrigen Arbeitsmittel in gesellschaftliches Eigenthum behufs Abschaffung des Lohnsystems und Einführung des genossenschaftlichen Arbeitssystems.

2. Allgemeines Wahl- und Stimmrecht aller Staatsangehörigen vom zurückgelegten 20. Lebensjahre an für alle Staats-, Komitats- und Gemeindewahlen, inbegriffen die Wahlen zu den Schwurgerichten.

3. Allgemeine, gleiche, auf wissenschaftlicher Basis beruhende Volkserziehung, mit besonderer Rücksicht auf den Fachunterricht. Ausschluss des Religionsunterrichtes aus allen Schulen. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Freie Lieferung der Unterrichtsmaterialien durch den Staat.

4. Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswehr. Entscheidung durch das Volk über Krieg und Frieden.

5. Vollständige Trennung der Kirche vom Staat. Abschaffung des religiösen Eides. Einführung der Zivilehe. Erklärung der Religion zur Privatsache.

6. Abschaffung aller Gesetze und Verordnungen, welche die Denk- und Redefreiheit, insbesondere die Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränken. Abschaffung der Zeitungskautionen.

7. Unentgeltliche Rechtspflege und Errichtung von aus dem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangenen Geschwornengerichten für alle Rechtsangelegenheiten.

8. Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer an Stelle aller bestehenden, insbesondere der das arbeitende Volk am meisten belastenden indirekten Steuern.

9. Feststellung eines den jeweiligen Produktionsverhältnissen entsprechenden, gesetzlich normirten Arbeitstages; vorläufig eines zehnstündigen Arbeitstages. Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit in allen Industrien, deren Betrieb dieselbe nicht unbedingt erheischt, in welchem Falle aber acht Stunden Arbeit als gesetzlicher Arbeitstag zu gelten haben. Desgleichen Einführung eines kürzeren Arbeitstages in allen chemischen Fabriken, wie sonstigen Etablissements, in welchen die Arbeiter mit Giftstoffen zu hantiren haben.

10. Verbot der Arbeit von Kindern in industriellen Unternehmungen vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre. Verbot der Frauenarbeit in Beschäftigungen, welche die Gesundheit oder Sittlichkeit schädigen. Gleiche Löhne für gleiche Arbeitsleistung an Männer und Frauen.

11. Strenge Gesetze, welche die Arbeitgeber verpflichten, alle Vorsichts- und Gesundheitsmassregeln zu treffen und sie haftbar machen für alle Unglücksfälle der Arbeiter, welche durch die Nachlässigkeit der Arbeitgeber herbeigeführt werden. Verbot der Einführung von Strafgeldern in Bergwerken, Fabriken und sonstigen industriellen Etablissements. Sanitätliche Ueberwachung aller Bergwerke, Fabriken und Werkstätten durch von Arbeitern gewählte Beamte, welchen es zugleich obliegt, für die strikte Einhaltung der in den Punkten 9 und 10 aufgestellten Bestimmungen Sorge zu tragen.

12. Strenge Gesetze gegen Lebensmittel-Verfälscher. Dem direkten Betrug gleich ist es zu bestrafen, wenn Jemand die Lebensmittel in Bezug auf ihre Qualität fälscht, und der absichtlichen Körperverletzung gleich, wenn er dieselben in einer, den menschlichen Organismus schädigenden Weise verfälscht.

13. Regelung der Gefängnissarbeit in einer Weise, dass die Privatindustrie nicht unter ihrer Konkurrenz zu leiden habe. Verbot der Ausnützung der Gefangenenarbeit durch Privatunternehmer.

14. Errichtung von zur einen Hälfte aus Arbeitgebern und zur andern Hälfte aus Arbeitnehmern zusammengesetzten, mit exekutiver Gewalt ausgestatteten Schiedsgerichten, behufs Regelung aller Lohnstreitigkeiten.

15. Errichtung von staatlichen, unentgeltlichen Arbeits-Nachweis-Bureaus für männliche und weibliche Arbeiter, Dienstboten etc.

16. Uebernahme und Betrieb der Eisenbahnen, Bergwerke, Dampfschifffahrts- und Versicherungsinstitute durch den Staat. Aufhören der Konzessionsertheilungen zu Eisenbahnen etc. an Privatgesellschaften.

17. Uebergang der Verwaltung aller in Bergwerken, bei Eisenbahn-Gesellschaften etc. bestehenden Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Kassen in die Hände der Arbeiter.

18. Aufhören der Veräusserung von Staats- und Gemeindeeigenthum; Aufhören aller Verpachtungen von Staats- und Gemeindegütern an kapitalistische Privatunternehmer; Uebergang derselben an aus Ackerbau- und Industriearbeitern gebildeten Produktiv-Genossenschaften unter staatlicher Kontrole.

19. Aufhebung der Lotterie.

20. Abschaffung der Erbschaftssteuer für jede bis zu 1000 Gulden betragende Hinterlassenschaft, und Einführung einer progressiven, bis zu 50 Prozent steigenden Erbschaftssteuer von jeder mehr als 1000 Gulden betragenden Hinterlassenschaft; ausschliessliche Verwendung derselben zu kulturellen Zwecken und Errichtung von Produktiv-Genossenschaften für Agrikultur und Industrie.

So ganz glatt sollte indessen die Diskussion dieses Programms nicht von statten gehen. War es der Regierung nicht recht möglich, die Abhaltung des Kongresses zu verbieten, obwohl sie diesbezüglich ihr Möglichstes that, so wollte sie es wenigstens verhindern, dass der Kongress

etwas Erspriessliches leiste. Zu diesem Behufe liess sie durch den auf dem Kongresse anwesenden behördlichen Vertreter, Oberstadthauptmann Thaiss, die Diskussion der Punkte 1, 2, 4, 5, 6, 7, 16 und 18 des Programms — unter Androhung einer sonstigen Auflösung des Kongresses — verbieten. Auf die Anfrage Leo Frankel's, der in der Programmfrage als deutscher Referent fungirte, warum die Diskussion dieser Punkte verboten sei, antwortete der Oberstadthauptmann: „weil politische Fragen nicht zur Arbeiterfrage gehören.“!! Als nun Frankel bemerkte, dass der 8. Punkt, dessen Diskussion erlaubt, unbestreitbar mehr politischer Natur sei, als z. B. die Punkte 16 und 18, deren Diskussion verboten wurde, wich ihm der Oberstadthauptmann mit der ebenso bequemen als nichtssagenden Antwort aus, dass er mit ihm nicht zu diskutiren habe! Erreicht hat aber die Regierung nichts mit dem Verbote der Diskussion der bezeichneten Programmpunkte, oder besser gesagt, nur das Gegentheil von dem, was sie bezweckte. Denn die Kongress-Delegirten hatten gerade durch das Vorgehen der Regierung erst recht erkannt, dass die verbotenen Punkte die wichtigsten Punkte des Programms bilden, und haben daher nach Schluss der Diskussion über das von der Regierung verstümmelte Programm dem Kongressbureau eine mit ihrer Namensunterschrift versehene schriftliche Erklärung übergeben, in der sie erklären, sämmtliche zwanzig Punkte — also auch die verbotenen — des vorgelegten Programms vollinhaltlich anzunehmen. Obiges Programm ist demnach das offizielle Programm der Ungarländischen Allgemeinen Arbeiterpartei, resp. der Sozialdemokratie Ungarns.

Dieses vexatorische Eingreifen der Regierung in das Gebahren der ungarländischen Sozialdemokratie begann aber nicht erst mit der Abhaltung des Arbeiterkongresses, sondern nahm schon seinen Anfang seit der provisorischen Vereinigung der beiden früher bestandenen sozialistischen Fraktionen. Die Regierung begann damit, dass sie erst den Parteiorganen an den Leib rückte. Wir erfreuen uns zwar hier im Vergleiche zu Oesterreich und Deutschland einer ziemlichen Pressfreiheit, doch ist dieselbe für das Proletariat insofern illusorisch, als das ungarische Pressgesetz für jede mehr als einmal im Monat erscheinende Zeitschrift politischen Inhalts eine Kaution von 5000 Fl., und für jedes politische Tageblatt eine Kaution von 10,000 Fl. verlangt. Da nun keines der ungarländischen Parteiorgane — dieselben erscheinen als sozial-ökonomische Blätter — eine Kaution erlegt hat, es aber sehr schwierig ist, sozialistische Parteiorgane zu redigiren, ohne die Politik, im engeren Sinne des Wortes genommen, zu berühren, bietet sich da für die Regierung eine leichte Handhabe, die sozialistische Presse zu verfolgen, was sie denn auch durch ihre Staatsanwälte in reichlichem Masse that. So fanden im Monat April l. J. nicht weniger als vier Prozesse wegen Pressvergehen statt, und zwar drei gegen unsere in Budapest erscheinenden Zentralorgane „Népszava“ (früher Krónika“) und „Arbeiter Wochenchronik“ und ein Prozess gegen die in Pressburg erschienene „Wahrheit“. Sämmtliche Prozesse endigten mit einer Verurtheilung der Angeklagten, und zwar wurde Genosse Anton Ihrlinger, der als Herausgeber der beiden Zentralorgane fungirte, am 6. und 13. April wegen mehrerer in der „Krónika“ und „Népszava“ veröffentlichten Artikel

angeblich politischen Inhalts jedesmal zu einer Geldstrafe von 50 Fl. und am 20. April wegen zweier in der „Arbeiter Wochenchronik“ erschienenen Artikel zu einer 14tägigen Gefängnissstrafe verurtheilt, während Genosse Karl Hanslitschek, welcher Redakteur der „Wahrheit“ war und zugleich als einer der Herausgeber derselben zeichnete, aus demselben Grunde am 27. April vom Pressburger Gerichtshofe zu 8tägiger Haft und 50 Fl. Geldstrafe verurtheilt wurde. Ausserdem wurde aber noch das Weitererscheinen der „Wahrheit“ gerichtlich verboten. Den darauf folgenden Monat fanden aber zwei Prozesse wegen Pressvergehen statt, und zwar gegen die „Népszava“ und „Arbeiter-Wochenchronik“, als deren Herausgeber, seit der Verurtheilung Ihrlinger's, die Genossen Géza Csorba und Leo Frankel fungirten, welche zugleich Redakteure der genannten Blätter sind. In dem ersten dieser beiden Prozesse, der am 18. Mai stattfand, wurde Csorba zu einer Geldstrafe von 20 Fl. verurtheilt, während in dem am 25. Mai gegen die „Arbeiter-Wochenchronik“ gerichteten Prozess Frankel freigesprochen wurde. In dem inkriminirten Artikel handelte es sich — und darum erwähne ich ihn — um die veränderte Taktik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der von der preussischen Regierung beantragten und vom Bundesrathe angenommenen Verlängerung des Sozialistengesetzes. Nachdem in dem Artikel nachgewiesen wird, dass die deutsche Sozialdemokratie in eine neue revolutionäre Phase getreten ist, um die „gesetzlichen“ und ungesetzlichen Schurkenstreiche der preussisch-deutschen Regierung zu pariren,“ schliesst derselbe: „So wird sich denn, was sich aus der Geschichte aller bisherigen Verfolgungen ergibt, dass nämlich der menschliche Geist durch Unterdrückung nur aufgestachelt wird, und dass diese, anstatt ihn zum Weichen zu bringen, nur bewirkt, dass sich seine volle Thatkraft entfaltet, in Deutschland wieder einmal bewahrheiten. Dass doch die Regierungen zu ihrem eigenen Verderben niemals heilsame Lehren zu ziehen vermögen!“ Diesen Schluss benutzte Frankel, der sich selbst vertheidigte, zu dem Nachweis, dass der Artikel mehr eine ethische als politische Frage behandle, was ihm denn auch, wie der Freispruch zeigt, gelungen ist.

Seit dieser Zeit liess man unsere Presse ein wenig in Ruhe, bis es Anfangs Oktober die Oberstaatsanwaltschaft wieder für angezeigt fand, der „Arbeiter-Wochenchronik“ etwas am Zeuge zu flicken. Die „Arbeiter-Wochenchronik“ hat nämlich zum Nachweis dafür, dass der Druck nicht nur in physischer, sondern auch in geistiger Beziehung Gegendruck erzeugt, die für Deutschland bestimmte Flugschrift: „An unsere Brüder in der Kaserne“, zum Abdruck gebracht. Die Oberstaatsanwaltschaft stützt sich in ihrer Anklage auf die §§ 171, 172 und 173 des neuen Strafgesetzbuches, von welchen die zwei ersteren Paragraphen dem Angeklagten zwei Jahre Gefängniss, der letztere aber gar fünf Jahre Gefängniss in Aussicht stellen. Frankel erschrak ob dieser Anklage — die im Dezember verhandelt werden dürfte — so sehr, dass er gleich darauf den „Ungeziefertod“ — eine zweite in Deutschland verbreitete Flugschrift — veröffentlichte.

Nebst diesen Pressverfolgungen waren es die Hausdurchsuchungen, mit welchen die Regierung den Sozialisten an den Leib rückte. So fanden im Verlaufe der letzten Monate Hausdurchsuchungen statt: in Budapest bei Leo Frankel, A. Ihrlinger und J. Kürschner; in Pressburg bei J. Grund-

stein und K. Hanslitschek; in Oedenburg bei Hotsevar, F. Motal, A. Pantzer und M. Unger; in Steinamanger bei Sigm. Politzer; in Werschetz bei A. Fritz; in Hermanstadt bei Joh. Schubert; in Kronstadt bei Fr. Simotta; in Erlau bei A. Szabo; in Fünfkirchen bei J. Andretzky; in Szigetvar bei K. Welz und endlich in Barcz bei K. Müller. Einige dieser Genossen, wie Politzer, Simotta, Hotsevar, Motal wurden sogar im Verlaufe der Hausdurchsuchungen verhaftet, aber bald darauf wieder in Freiheit gesetzt, weil bei Keinem irgend ein kompromittirendes Schriftstück oder sonst dergleichen vorgefunden werden konnte. Und doch hätte man nach der Art und Weise zu schliessen, mit welcher die Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, glauben müssen, als wäre die Regierung irgend einer grossartigen sozialistischen Verschwörung auf die Spur gekommen. Der ganze Polizeiapparat wurde in Bewegung gesetzt; überall, wo Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, hatte man alle Aus- und Eingänge theils abgesperrt, theils polizeilich besetzen lassen und die Durchsuchung sogar auf Keller und Boden erstreckt; ja es kamen selbst Fälle vor, wo eine Leibesvisitation vorgenommen wurde. Und das Resultat war Null! Nachträglich erfuhr man aus dem bekannt gewordenen Gerichtsbeschlusse, auf Grund dessen die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen wurden, „dass unter dem Volke Flugschriften verbreitet werden, die nebst Verbreitung sozialistischer Tendenzen das Volk zu gewaltthätigen Schritten aufreizen, und dass zwischen Budapest und einzelnen Provinzorten in dieser Richtung eine enge Verbindung besteht und lebbafter Briefwechsel stattgefunden hat." Und trotz dieser Behauptung, trotz einer gründlichen Durchsuchung wurde nichts vorgefunden!

Das Schönste an dieser ganzen Hetze ist, dass am selben Tage, an welchem die meisten Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, das ist am 26. Juni, die Genossen Fr. Henning und Joh. Schubert von dem Schwurgericht in Hermannstadt, vor welchem sie sich „wegen Vergehen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" begangen durch angebliche Verbreitung der in London erschienenen Flugschrift: „Die Zeiten sind schlecht", zu verantworten hatten, mit acht gegen vier Stimmen freigesprochen wurden. Dieser Freispruch konnte den die Sozialistenhetze arrangirenden Herren keineswegs angenehm sein, nnd so wurde denn von Regierungswegen — so behaupteten auch unsere beiden Parteiorgane — eine Flugschrift in ungarischer Sprache herausgegeben, welche mit den Worten schloss: „Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik! Tod den gekrönten Häuptern!" Obwohl die Flugschrift nicht ganz ungeschickt gemacht war, konnte man ihr dennoch die Polizeimache ansehen. Dazu kommt noch die Art, wie dieselbe hergestellt und expedirt wurde, die es Jedem erkennen lässt, von welcher Seite die Flugschrift ausgehen konnte.

Die Flugschriften wurden nämlich auf hektographischem Wege hergestellt, der eine grosse Verbreitung nur schwer möglich macht, und durch einen von Niemanden gekannten Dienstmann auf der Hauptpost in Budapest in einer Weise aufgegeben, die dem betreffenden Postbeamten so „verdächtig" vorkam, dass er gleich die Polizei hievon verständigte, welche die Sendung konfiszirte. So war es wenigstens in den Polizeiberichten zu lesen, und wer's nicht glaubt, der zahlt einen Gulden.

Wenn man aber annähme, dass unsere Behörde ihre Verfolgungen nur gegen die Männer richtet, deren Bestrebungen — um mit dem preussisch-deutschen Sozialistengesetze zu sprechen — auf den „Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung" abzielen, würde man sich irren; unsere Behörde verfolgt selbst Arbeiter, die sich „erkühnen", ihre Lage in einer selbst von Bourgeois-Oekonomen gebilligten Weise, d. i. durch eine auf friedliche Art erlangte, wenn auch mittelst eines Strike durchgeführte Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung verbessern zu wollen. So hatten die Budapester Tischlergehilfen Anfangs Juni, nachdem ihre Forderungen, die sie in einem an ihre Arbeitgeber gerichteten Memorandum aufgestellt hatten, und welche dahin gingen, dass der Minimallohn auf 1 fl. 50 kr. pro Tag und die Arbeitszeit auf zehn Stunden festgesetzt werde, zurückgewiesen worden waren, die Arbeit eingestellt. Da bei Ausbruch des Strikes über 1000 Mann daran betheiligt waren, mochte die Polizeibehörde oder Oberstadthauptmannschaft, wie man sie hier nennt, gehofft haben, dass sich die Strikenden bald wegen Mangel an Existenzmitteln gezwungen sehen werden, von ihren Forderungen abzugehen. Als sie aber sah dass sie sich ebenso wie die Arbeitgeber in ihrem Calcul geirrt habe, da von allen Seiten reichlich Unterstützungsgelder einflossen, ordnete sie an, dass sich das Exekutiv-Komite der Strikenden aufzulösen habe, dass jede Sammlung von Strikegeldern verboten sei, jeder Strikende, der nicht nachweisen könne, dass er ein Vermögen besitzt, bestraft und schliesslich Jeder, der sich gegen diese Anordnungen vergehe, ausgewiesen, resp. zwangsweise abgeschoben oder bis zu einem Monat Gefängniss verurtheilt werde! Ueberdies wurde jedes Mitglied des Exekutiv-Komites zu 25 fl. verurtheilt und — nun kommt das Infamste in dieser ganzen Affaire — angeordnet, dass sämmtliche Komitemitglieder unter dem Titel des Betruges und der fraudulosen Verwaltung fremder Gelder an das Strafgericht einzuliefern seien, weil sie — was ganz natürlich ist — von den eingelaufenen Geldern ebenso gut wie die anderen Strikenden unterstützt wurden und weil mit diesen Geldern auch die übrigen Spesen des Strike, wie Druckkosten etc. bestritten wurden. Das Gericht hat zwar das Strafverfahren nachträglich eingestellt, aber der Zweck war erreicht, d. h. der Strike zu Falle gebracht. Aber dessenungeachtet war der Strike, der vier Wochen währte, nicht nutzlos; denn einestheils haben mehrere Fabrikanten die Forderungen der Strikenden in den ersten vierzehn Tagen schon bewilligt und anderntheils — und darauf ist ein Hauptgewicht zu legen — haben die Arbeiter daraus ersehen, wie die Behörde ihre Rechte schützt. Dass sie die Sachlage richtig auffassten, geht aus einer, in einer allgemeinen Tischlerversammlung gehaltenen Rede des Obmannes des Strike-Komites hervor, in welcher derselbe erklärte, dass er früher kein Sozialdemokrat war, dass ihn aber die Oberstadthauptmannschaft zu einem solchen gemacht habe. Und wie dies bei ihm der Fall war, war es auch bei den meisten übrigen Tischlergehilfen, dass sie durch das Vorgehen der Oberstadthauptmannschaft erst recht zur Erkenntniss ihrer Klassenlage gekommen sind und dadurch die Reihen der Sozialdemokratie vermehren halfen. So haben denn die Verfolgungen doch auch ihre guten Seiten.

Wenn ich nun noch mittheile, dass seit meinem letzten Berichte Gen. Grundstein, einer der Herausgeber des unterdrückten Pressburger Partei-

organs „Wahrheit“; S. Cada, der in Budapest ein für Böhmen bestimmtes Parteiorgan „Hlas lidu“ herausgeben wollte, aus den Ländern der ungarischen Krone, und A. Jussinger, der obwohl ein Ungar und nun schon über neun Jahre in Essek ansässig, aus den zur ungarischen Krone gehörenden Ländern Kroatien und Slavonien „wegen sozialdemokratischer Umtriebe“ ausgewiesen wurden — dann kann ich schliessen, da ich damit über alle wichtigen Vorkommnisse des letzten Halbjahres, so ausführlich als es der Raum gestattet, berichtet habe.

L. Fr.

Die agrar-politische Bewegung in Irland.

Kein Volk Europas, selbst nicht das unglückliche Polen, hat eine so blutige Geschichte aufzuweisen, wie das Irlands. Jedes andere Volk kann sich einer mehr oder weniger ruhmreichen Vergangenheit rühmen; das irische Volk musste schon in seiner frühesten Jugend dem Joche des fremden Eroberers seinen Nacken beugen.

Bis in das zwölfte Jahrhundert seinen dem gesamten Volke angehörenden Boden gemeinschaftlich bearbeitend und geniessend, sah es schon am Ende desselben die Fremden auf demselben schalten. Heinrich II. (1171) hat dieses zweifelhafte Verdienst, der erste gewesen zu sein, der den Nachkommen Erins buchstäblich den Boden unter den Füssen entzog. Seit dieser Zeit rasteten seine Nachfolger nicht, bis sie dieses edle Werk vollendet hatten. Ausgesuchte Unterdrückungen aller Art reizten das unglückliche Volk zu Aufständen, diese gaben den erwünschten Vorwand zu Konfiskationen von Grund und Boden, der verschachert, verschenkt und später nach der Reformation den protestantischen Kolonisten gegeben wurde, um sich auf diese Weise Anhänger von Einfluss im fremden Lande zu gewinnen.

Dieser materielle Ruin genügte den Tyrannen nicht; auch die geistige und moralische Entwicklung des Volkes musste untergraben werden. Bis auf den heutigen Tag fristet das irische Volk unter dem Druck von Ausnahmgesetzen sein Dasein. Seine Priester, seine Lehrer wurden verfolgt, seine Kirchen, seine Schulen geschlossen, und wenn trotz dieser siebenhundertjährigen Unterdrückung der Geist der Unabhängigkeit sich frisch erhalten hat, so müssen wir, statt der Geringschätzung, die gewöhnlich diesem Volke zu Theil wird, ihm Bewunderung zollen. Denn abgesehen von den grösseren Aufständen bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts hatten die „Landrobbers“ (Landräuber) bald mit den Defenders, White boys, Rightboys, Hearts of Oak's und den Feniern*) gar manchen Strauss auszufechten.

Im Besitze des Landes, des Welthandels und der organisirten Macht

---

*) Die „Vertheidiger“, „weissen Burschen“, „die Burschen des Rechts“, „die Eichenherzen“, „die Männer Fonnia's“ — eines berühmten Helden der altirischen Bardengeschichte — nannten sich die Mitglieder der gegen die Landlords gerichteten Geheimbünde. Der Herausg.

trugen indess stets die Unterdrücker den Sieg davon, und seit der Finalnnion (1800)*), der Auflösnng des irischen Parlaments, verlor Irland selbst jeden Schatten einstiger Selbstständigkeit. Allgemeine Entmuthigung und O'Connel's Revolutionsfurcht machten eine Volkserhebung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nnmöglich.

Irland's Volk arbeitet nnd ernährt seine Unterdrücker. Die Statistik erzählt uns, dass im Durchschnitt 5,947 Segelschiffe und 8,500 Dampfer mit einem Gehalt von über 3,000,000 Tonnen, die irischen Häfen, mit den Landprodukten beladen, verlassen, also beinahe 8,500 Tonnen täglich. Nach den Regierungsberichten vom Juli d. J. war der wöchentliche Export von Vieh blos nach England 13,590 Rinder, 24,573 Schafe, 1,950 Schweine und 916 Pferde, also 41,029 Stück. Dieser Exportszweig allein repräsentirt einen Werth von 640 Millionen Mark jährlich oder 13 Millionen Mark wöchentlich. Der durchschnittliche jährliche Export von Butter beträgt 180 Millionen Pfund, repräsentirend einen Werth von zirka 10,000,000 Pf. St. Beinahe 40,000,000 Pfund Salmen werden an den irischen Häfen von englischen und schottischen Fischern gefischt, weil es seit einem Jahrhnndert den irischen Fischern verboten ist, an den Küsten zu fischen. Dasselbe gilt von dem Häringsfang, der den Schotten die Kleinigkeit von 420,000,000 Häringen jährlich einbringt.

Aehnlich verhält sich es mit allen anderen Naturprodnkten, denn trotz der mannigfachen Produkte, die das irische Volk anbant, behält es für sich nnr die Kartoffel und den Hafer; der Weizen, der Roggen uud alle nahrhafteren Getreidearten, für die man einen guten Preis erzielen kann, werden verkauft, um die Renten an die Landlords zahlen zn können.

Wie wenig aber Diesen an dem arbeitenden Volk gelegen ist, beweist die Thatsache, dass in den grossen Hungerjahren 1845 und 1846, wo der Hnngertyphus eine ungeheuer grosse Ernte hielt, nicht weniger als 1,272,256 Bushel Weizen nnd Hafer exportirt worden sind. Der Landlord mnsste seine Renten haben. Dass bei der Volkszählung 1857 die Zahl der Einwohner 6,553,291, dagegen 1841 8,175,124 betrug, mithin statt des gewöhnlichen Vermehrungsprozents noch eine Abnahme von 1,272,256 stattfand — das natürlich konnte die Herren Landlords wenig kümmern. So war es in den früheren Hungerjahren 1750, 1822 nnd ähnlich verhält es sich auch jetzt.

Im November 79 schrieben die „Daily News“: „Wie 1847 droht auch jetzt die Hungersnoth im westlichen Theile Irlands. In der That ist in Connaught selbst in der besten Zeit die Lage der Banern keine beneidenswerthe. Eine schlechte Ernte versetzt sie vollends in die grösste Noth. Dieses Jahr war der Produktion der Butter nngünstig, obwohl die produzirte Quantität kleiner war als im vergangenen Jahre, so waren die Preise doch niedriger, als sie seit 1852 bis 53 je gewesen. Der Viehexport zeigte eine Abnahme von 86,000 Stück. Der Dnrchschnittsexport von Porter ist 377,773 hogsheads (à 245 Litres); dieses Jahr wurden 45,000 h. exportirt, etwa 11 % des Durchschnittsexports. Die Eisenbahnkompagnien klagen über Abnahme des Transportes. Sie haben den Tarif um 7 bis 10 % reduzirt.“

*) Dieselbe wurde durch Bestechung von 158 Deputirten des irischen Unterhauses ermöglicht, wie Macaulay selbst zugeben muss. Der Herausg.

J. H. Hanrahan L. A. e. S. Med. Att. to district schreibt in einem „Bericht an den Chairman des Duchess of Marlborongh Irish Relief Fund“: „Ich kann versichern, dass die Grösse der Armnth, des Elends und der Noth und Entbehrung, die jetzt herrschen, kanm glanblich ist, wenn man sie nicht dnrch eigene Anschannng kennt. Zweihundert Familien haben nur noch etwa für eine Woche Kartoffeln. Jede derselben zahlt zirka drei Pf. St. jährliche Rente.“ „In festen Zeiten und bei besonders guter Ernte hat das Volk dieses (Galway und Mayo) Distriktes kaum das zum Leben Nothwendige.“ „Man mnss bedenken, dass Kartoffeln seinen einzigen Nahrungszweig ansmachen, nnd das vom Februar bis Angust, in dem die Kartoffelernte stattfindet, noch sieben Monate sind, für welche Zeit diese Armen nichts zu leben haben.“ Ueberall, wo nnr Erins Nachkommen zerstrent sind, werden für die znrückgebliebenen Unglücklichen Almosen gesammelt, und zn derselben Zeit wissen die Lords die Rentenschranbe fester anznziehen und Tansende von Familien, die die Rente nicht zahlen können, anfs Pflaster zn werfen.

Der durchschnittliche Werth der Kartoffelernte in Irland beträgt 9,522,000 Pf. St., der Werth der 76er Ernte erreichte die Höhe von 12,464,000 Pf. St. 1877 sank er anf 5,272,000 Pf. St. 1878 stieg er nur bis 7,580,000 Pf. St., während er 1879 anf 4,623,000 Pf. St. sank. Mit anderen Worten: das irische Volk verlor die Hälfte dessen, was seine einzige Nahrung ausmacht.

Was thaten aber die Landlords? Sie begnügten sich nicht mit der wöchentlichen Ansfuhr von zirka 50,000 Stück Vieh, und 59,500 Tonnen Getreide. Wer seine Rente nicht zahlen konnte, mnsste seinen Boden verlassen und znsehen, wie er fertig wurde. Im Jahre 1876 war die Zahl der ans ihrem Besitze verdrängten Pächter 1269, 1877 erreichte sie die Höhe von 1323, 1878 stieg sie auf 1749, nnd 1879, wo das Volk die einzige Nahrnng, die Kartoffel, auch entbehren musste, stieg sie sogar bis 2667. Ja, die ersten sechs Monate dieses Jahres (1880) haben schon 2470 Austreibnngen aufzuweisen. Mit Recht sagte dazn der Depntirte von Galway, T. P. O'Connor: „Mr. Gladstone ist der Meinung, dass 15,000 Personen dieses Jahr von ihrem Boden verjagt werden. Sie wollen also 15,000 Personen zur Entbehrnng verurtheilen; nnd wenn, wie Herr Gladstone im Jahre 1879 sich ausdrückte, Entbehrung gleichbedentend ist mit Tod, so wollen die Landlords 15,000 Todesnrtheile in diesem Jahre fällen. Wie viele Morde sind an den Landlords angesichts dieser 15,000 Todesurtheile begangen worden? Nnr vier, und anch von diesen war die Mehrzahl ein Racheakt wegen begangener Verbrechen gegen die Tngend der Franen und Kinder des Volkes.“

Bei solchen Znständen brancht es nicht Wnnder zn nehmen, wenn wir in den Berichten über die Ackerbauverhältnisse Irlands von Mr. Giffen lesen, dass während im Jahre 1870 der ansgesäete Roggen 2,173,000 Acres bedeckte, er sich jetzt auf 1,766,000 Acres beschränkt, dass Kartoffeln (ich erinnere daran, dass sie der Hanptnahrungszweig der Bevölkerung sind) 1870 noch eine Saatfläche von 1,044,000 Acres bedeckten, 1879 sich anf 842,000 nnd 1880 anf 821,000 Acres beschränken, also im Laufe von zehn Jahren eine Abnahme von 223,000 Acres. In demselben Massstabe nimmt alles ab. „Es ist ein tranriges Schanspiel, Männer, die Arbeit snchen, ver-

hungern zu sehen, weil das vorhandene Land der Kultur entzogen ist," fügt der **englische** Verfasser hinzu.

Diese Abnahme des kultivirten Bodens ist nicht etwa die Folge einer Verschlechterung seiner Ertragsfähigkeit, sondern die Folge der Umwandlung desselben in Lust- und Jagdparks von Seiten der Landlords. Die Ertragsfähigkeit hat sogar seit 20 Jahren bedeutend zugenommen. Im Jahre 1848 bewilligte das Parlament dem damaligen Premierminister **Robert Peel** 160,000,000 Mark für die Landlords zum Zwecke der Bodenverbesserung. Auch verschiedene Boden-Kredit-Gesellschaften liehen zirka 140,000,000 Mark zu diesem Zwecke, so dass im Laufe von zirka 30 Jahren die Bodenverbesserung die nicht unbedeutende Summe von 300,000,000 Mark absorbirte. Nach den Grundbüchern betrug der Bodenwerth in Irland im Jahre 1862 218,675,000 Pf. St., während er im Jahre 1877 die Summe von 258,456,000 Pf. St. betrug, einen Mehrwerth also von 39,781,000 Pf. St. Fügen wir noch hinzu, dass in sehr vielen Fällen die Farmer ausser den Renten noch die auf dem Grunde lastende Schuld in 22 Jahren à $6^1/_2\,^0/_0$ zu tilgen hatten, so sehen wir, dass die Landlords selbst ohne Kapitalien hineinzustecken, einen verbesserten Boden bekamen. Wie gross diese Verbesserung war, beweist der Umstand, dass die Landschaft Tarran, die 1706 250 Pf. St. Rente einbrachte, jetzt 80,000 Pf. St. einbringt.

War das der Lohn der nicht arbeitenden **Lords**, so war der Lohn derer, die den Boden kultivirten, ganz anderer Art. **James Caird** sagt: „Im Laufe von 30 Jahren sind 270,000 kleiner Farms mit ihren benachbarten grossen assimilirt worden. Die Hälfte der kleinen Farms von 1845 ist ganz verschwunden." „Die 1846 8,500,000 zählende Bevölkerung zählte 1871 nur $5^1/_2$ Millionen. Es gibt keine dunklere Seite in der Geschichte dieses Landes während dieses und des vorigen Jahrhunderts."

Nach den neuesten Registern beträgt die Zahl der Armen Irlands 400,000 oder $8\,^0/_0$ der Gesammtbevölkerung, dennoch sind die Zeitungen voll von Berichten über die Ausweisung von Farmern. In **Mohill, Leitrim** mussten 35 Konstabler requirirt werden, um einen Farmer auszuweisen, wobei aber 100 bewaffnete Personen die Exekution verhinderten. In **Drogheva** wurde Farmer **Elcack**, der 40 Jahre lang seine Farm inne hatte, durch 100 Konstabler aus derselben vertrieben. In **Cavagh** geschah dasselbe mit der Wittwe **O'Connel**, deren Mann die Farm von seinen Eltern geerbt hat. Aehnliche Nachrichten kommen von allen Enden Irlands. Lord Granville gab sogar im Oberhause die Fälle an, die in letzter Zeit vor Gericht gekommen sind. 1877 waren es 3258, hingegen 6123 in den ersten sechs Monaten von 1880. Bei den höheren Gerichten 1877 604 und in der ersten Hälfte von 1880 1451. Die von den Subsheriffs erlassenen Dekrete betrugen 1749 im Jahre 1877 und 1701 in der ersten Hälfte von 1880. Er fügte noch hinzu, es seien Ausweisungsmassregeln vorgenommen selbst bei solchen Familien, in denen Krankheitsfälle infolge des Mangels vorhanden waren.

Nach allem Dem ist es leicht begreiflich, dass das irische Volk mit den abgeschmackten Experimenten **Forsters**, des Ministers für **Irland**, und **Gladstone's**, die im Frühjahr dieses Jahres 750,000 Pf. St. zu $1\,^0/_0$ für die Landlords forderten behufs Verbesserung des Bodens, sich nicht begnügt, und etwas radikalere Massregeln verlangt.

Das liberale Ministerium sah sogleich ein, dass das irländische Volk, durch Schaden klug geworden, sich keinen Sand mehr in die Augen streuen lässt, und suchte daher einzelne Massregeln, allerdings nur Pallativmittelchen, im Parlament durchzubringen, um so den von Irland aus drohenden Sturm abzuwenden. Die „Compensation for Disturbance Bill“ ging in ihrer Hauptbestimmung dahin, in einem bestimmt begrenzten besonders nothleidenden Bezirk auf den Zeitraum von $1^1/_2$ Jahren (vom Juli 1880 bis 1. Dezember 1881) das Recht der Grossgrundbesitzer auf Ausweisung wegen Nichtbezahlung der Pacht insofern zu beschränken, als diese Ausweisung nur dann erfolgen soll, wenn der Grafschaftsrichter auf Grund der Klage des Landeigenthümers entschieden hat, dass der Farmer im Stande sei, die Pacht zu zahlen. Wie wenig ernst die Regierung diese Vorlage nahm, beweist der Umstand, dass sie sofort, als die Konservativen sich gegen die Annahme sträubten, das Amendement des Attorney-Generals einbringen liess, nach welchem dem Pächter die Befugniss ertheilt werden soll, sein Pachtrecht einem anderen, solventen Pächter abzutreten, in welchem Falle der Gutsherr von der Pflicht, dem abtretenden Pächter eine Entschädigung für Meliorationen zu leisten, entbunden würde. Selbst nach diesem Amendement verweigerte das „Haus der Lords“ die Annahme.

Nicht besser erging es dem Ministerium mit der „Wählerbill“, wonach die Irländer bezüglich des Wahlrechts den Engländern und Schotten gleichgestellt werden sollten. Sie wurde, wie die erstere, verworfen. Die Amendirungen der Jagdgerechtsame, Begräbniss- und Haftpflicht-Vorlagen von Seiten des Oberhauses haben vollends das liberale Ministerium, das sich der Hoffnung hingab, Irlands Volk werde sich, angesichts der vorgenommenen Reformen, auf Kompromisse mit ihm einlassen, aus dem Häuschen gebracht, so dass Herr Forster s. Z. sich zu bittern Vorwürfen gegen das Oberhaus hinreissen liess.

In dem Maasse, als die Verwerfung dem Ministerium ungelegen kam, nützten sie der irischen Opposition. Nach und nach mussten sogar die optimistischsten Hoffnungen auf einen möglichen Ausgleich zwischen der englischen Landlordherrschaft und dem irischen Volke erschüttert werden. Die Wellen der Landbewegung gingen hoch, und diese musste mit jedem Tage stärkere Dimensionen annehmen. Da die in Irland herrschenden Gesetze nicht zum Schutze des Volkes sondern der fremden Lords dienen, welche sie gemacht haben, so ist in Irland die Gesetzesverachtung von seiten des Volkes auf der Tagesordnung. Weil Menschenleben, sobald diese Menschen Irländer sind, bei den englischen „Landthiefs“ (Landdiebe) für nichts gelten, so gewöhnten sich die Irländer daran, jeden ihrer Landsleute als einen „Hero“ (Held) zu betrachten, der einen Landlord ermordete. Die „Bruty force“, die Ueberreste der alten Fenier, traten in den Vordergrund. Wie „Theodor der Wolf“ bei den russischen Nihilisten, so wurde „Rory of the Hills“ *) die Incarnation der terroristischen Bewegung.

Die „Daily News“ vom 3. Oktober 1879 brachten einen rory'schen Brief, der an den Marquis de Headfort, einen der grössten Grundbesitzer

*) So hiessen die Mitglieder eines Geheimbundes — von manchen Schriftstellern Räuberbande genannt — von 1798.

Irlands, gerichtet war. „Geehrter Herr“, heisst es daselbst, „ich schreibe Ihnen, um Sie zu benachrichtigen von dem, was Sie nicht zu wissen scheinen; von der miserablen Lage Ihrer Pächter. Man kann von dem, was Sie auf der letzten landwirthschaftlichen Ausstellung gesagt haben, entnehmen, dass Sie für sie nichts thun werden. Wir erwarten zwar nichts anderes von Ihnen; aber wir wissen doch jetzt positiv, woran wir uns zu halten haben. Sie sprachen von einer Butterbereitungsmaschine, aber sprachen nichts von einer Reduktion des Pachtzinses. Ihr Vater war ein guter Mann ... Es gab eine Zeit, wo Sie ganz frei reisen konnten, das Volk hatte sich eingebildet, Sie seien ein liberaler Mann, heute aber wissen wir, dass Sie ein grosser Tyrann sind .... Ich hoffe, Sie werden die gute Seite dieser Benachrichtigung merken, denn Sie werden keine andere erhalten, bis Sie geopfert sein werden, wie es Lord Leitrim und Candy geschehen ist. — Wohin Sie gehen mögen, nach dem Auslande oder in Irland, Sie entkommen nicht. Pulver ist in Ueberfluss und Blei sehr billig.

gez. Rory of the Hills.“

Aehnliche Briefe mit derselben Unterschrift sind an viele Landlords und Gutsverwalter abgegangen und an solche Farmer, die ihre Renten zahlen, ohne eine Reduktion zu verlangen, oder die Stellen wegen Nichtzahlung von Renten vertriebener Farmer besetzen; sie werden in demselben aufgefordert, sie mögen ihr Leichentuch bereit halten. Diese Briefe bleiben auch kein todter Buchstabe. In Sligo wurde ein Verwalter von maskirten Personen überfallen. In einer anderen Grafschaft wurde ein Gerichtsdiener an einen Baum geknüpft, seine Schuldscheine vor der Nase verbrannt, und er mit der Weisung, sein Geschäft einzustellen, entlassen. Treulose Farmer, die infolge Nichtzahlung von Renten freigewordene Güter beziehen, mussten ihre Häuser verbrannt, ihr Vieh vergiftet sehen. In New Cross, County Wexford wurde der Landlord Boyd erschossen. Dasselbe Loos traf Lord Mountmorres in Juan. Alles dieses bleibt unbestraft, die Schuldigen sind nie zu finden, weil keine Verräther da sind. Wenn Jemand verhaftet wird, so muss er entlassen werden, weil sich weder Zeugen noch eine Jury finden, ihn zu überführen resp. zu verurtheilen. In der Grafschaft Donegald hat Niemand im Laufe eines Jahres nach der Ermordung Lord Leitrims es gewagt, den Pachtzins einzuziehen. In Carrick on Suir, wie in Loughrea County Galway verhinderten mehr als 1000 Personen einen Landlord, eine Farm zu verkaufen. In Bolly Cohey entspann sich ein förmlicher Kampf zwischen der Polizei und den Tenants (Pächter). Drei Polizisten wurden getödtet und Landlord Seully verwundet. In Tipperary, Waterforth und an vielen anderen Orten kam es schon mehr als einmal zum Handgemenge zwischen Polizei und Farmern. In Carraroe kam es zu einer förmlichen Schlacht, an der 160 Konstabler theilnahmen. In Knockricard (Mayo distr.) kam es zu einem Zusammenstoss zwischen der Polizei und den Frauen. In Emmiskillen wurde der Landagent Ferrick erschossen. Das Militärlager bei Cork wurde unterminirt gefunden. In Mohill, Leitrim verjagten die „Cabin Defenders“ (Hüttenvertheidiger) 30 Konstabler, die einen Farmer austreiben wollten. Der Landagent Hutchins entging dem Tode auf seiner Fahrt nach Cork nur dadurch, dass die für ihn bestimmte Kugel leider seinen Kutscher traf. 1000 Pf. St. wurden für die

Entdeckung der Mörder ausgeworfen, die Prämie blieb aber erfolglos. Auch die Pächter der Regierung verweigern die volle Zahlung. Der Ueberfall der Jnno in Cork ist ebenfalls hinlänglich bekannt.

Landlord Ryan wurde in Bollayartney von mehreren Farmern angegriffen. Ferrik erhielt vier Schusswunden, denen er erlag. In Claremorris wurde Fr. Lewin von drei Kugeln durchbohrt. Die ausgetriebenen Farmer in Irland bei Cork nahmen ihren Besitz mit Gewalt wieder. In Lougurea kam es zu einem Zusammenstoss mit der Polizei. Die Polizei schickte sich nämlich an, Plakate abzureissen, was sich das Volk nicht gefallen lassen wollte. In Carrick-on-Suir erklärte der Farmer Firbns bei Gericht auf Anfrage, warum er die Farm, von welcher er vertrieben worden, wiederum in Besitz genommen habe: eine bewaffnete Menge bedrohe sein Leben, im Falle er seine Farm verlasse. Die „Cork Constitution“ berichtet: In Mallow wurden etwa zweihundert bewaffnete Männer beim Exerziren gesehen, die Offiziere gaben verschiedene Befehle. In Cyort wurde das Vieh des Dr. Mally, der die Farm eines vertriebenen Farmers übernommen hatte, getödtet. In Knockpogue wurde das Haus des Farmers Harrington, der ein einem ausgewiesenen Farmer angehörendes Gut bebaute, angezündet. Dasselbe geschah in Ballyheigue. In Dungaunon wurde die Polizei angegriffen und auseinandergejagt. In Galway, Belfast und Mayo sind derartige Scharmützel auf der Tagesordnung.

Nach einem Berichte der „Royal Irish Constabulary office“ über die „Agrarian Crime in Ireland“ sind seit dem 1. Februar bis 1. August 1880 folgende Agrarverbrechen vorgekommen:

In Galway 95; Mayo ob. Sligo 23 und in Donegal 3. Vom 30. Juni 1879 bis 30. Juni 1880 fanden in Galway 46, in Mayo 62, in Sligo 16 und in Donegal 3 Meetings statt. Widerstand gegen die Polizei bei Ausübung ihres Amtes kamen vom 1. Februar bis 1. Juni 1880 in Kerry, Leitrim, Roscommon, Sligo und Waterford vor. Die Zahl der bei jeder Exekution verwendeten Konstabler variirte zwischen 50 und 77.

Dass ein solches Auftreten einen panischen Schrecken unter den Landlords verbreiten musste, liegt auf der Hand. Ueberall wird die irische Landfrage besprochen. Im Parlamente wird von der Regierung die Ergreifung von Massregeln zur Eindämmung der Bewegung gefordert; aber die Wahl dieser Massregeln — das ist das schwierigste. Man beginnt zu merken, dass man einen sehr kühnen Schritt auf der schiefen Ebene gethan hat, und es tauchen dunkle Ahnungen auf, das es hierbei gar keinen Halt gebe. Man sieht ein, dass die irische Gesetzgebung nicht allein der Humanität, sondern auch dem eigenen Interesse gefährlich werden könne. Wenn man sie doch ungeschehen machen könnte! Aber würde eine radikale Gesetzgebung für Irland nicht Oel in's Feuer der Agitation giessen? Das ist die Frage. Lord Tuke begreift die Situation vollständig, wenn er in einer Broschüre über die gegenwärtige Stellung der Regierung zur irischen Bewegung sagt:

„Gesetze ändern in einer Zeit des Tumultes und drohender Gewaltausbrüche, hiesse den Geist der Gesetzesschändung ermuthigen, welchen zu unterdrücken unsere Pflicht ist.“ Wenn aber derselbe Lord meint, die

Regierung müsse sich bemühen, ihren Gesetzen Respekt zu verschaffen, so hat er vergessen, anzugeben, auf welchem Wege das wohl geschehen kann.

Derselbe Lord findet gar einen sehr triftigen Grund gegen die jetzige Agrarbewegung. „Wenn die Barrière gesunder (?) Prinzipien, durch welche das gegenwärtige Grundeigenthum in Irland geschützt ist, niedergerissen sein wird, was wird die Folge sein? Einfach das, dass diejenigen, welche durch die Revolution, die vielleicht schon im Anzuge ist, Landeigenthümer geworden sind, bei denjenigen verhasst werden, welche von der Beute nichts bekommen haben.“ Der Lord scheint von den beiden Uebeln den „status quo“ als das geringere anzusehen, und entscheidet sich also für diesen. Dass der Kollektivbesitz des Landes beide Uebel mit einem Schlage beseitigen kann, scheint er nicht zu wissen.

Welchen definitven Entschluss die Regierung fassen wird, lässt sich noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Einstweilen werden Truppen nach Irland befördert. Am 21. August ging eine Abtheilung aus England dahin ab. Auch die schottische Miliz hält sich bereit und erwartet diesbezügliche Befehle. Einzelne Agitatoren sind bereits verhaftet, und man sieht voraus, dass andere Verhaftungen bald folgen werden. Es ist fraglich, ob der Ausbruch durch diese Massregel nicht noch beschleunigt wird; wenigstens hat es den Anschein dazu. So viel ist aber sicher, dass die Bewegung nach dem Stande der Dinge zu urtheilen, sich nicht mehr im Sande verlaufen kann.

Eine Betrachtung der verschiedenen Parteien, die zu der jetzigen Bewegung Irlands Stellung nehmen, wird das Gesagte zur Genüge bestätigen.

Drei Parteien mit verschiedenen sich gegenseitig ausschliessenden Programmen, weil von entgegengesetzten Interessen geleitet, stehen einstweilen sich gegenüber. Die „Orangemänner“, oder wie sie sich selber nennen, die „Konstitutionalisten“, genau denselben Standpunkt vertretend, wie die „Tories“ in England, so dass wir sie auch die „irischen Tories“ nennen können. Die „Temperance“, eine etwas liberal angehauchte Spezies, die man die irischen „Whigs“ nennen könnte: und endlich die „Opposition“, die die „Separatisten“, die „Nationalisten“, die „Land league“ und die „Home Ruler“ umfasst.

Wenn die Stärke einer politischen Partei nur in der Zahl ihrer Anhänger zu suchen wäre, so müssten die „Orangemänner“ wenig mitzählen. Sie rekrutiren sich nur aus den in Ulster im Norden Irlands seit Ende des 17. Jahrhunderts ansässigen Protestanten, etwa 600,000 Seelen stark.

Wilhelm von Oranien (Orange) konfiszirte in seinem Bestreben, ein Gegengewicht gegen das unterdrückte irische Volk in Irland selber sich zu verschaffen, 1,060,000 Morgen Land in Ulster und verschenkte es an die von England eingewanderten Protestanten. Herren des Grund und Bodens, protegirt von der Regierung und im Besitze der niederen und höheren Schulen, stellen sie nicht allein eine Land- und Geld-, sondern auch eine Art geistiger Aristokratie vor. Sie sind die Macher der „öffentlichen Meinung“ und was noch schlimmer ist, sehr rege in ihrer Agitation. Sie sind auch die einzigen Gegner, mit denen die Opposition in Irland zu rechnen hat. Nicht allein ihre Eigenschaft als Landbesitzer, nicht allein die Furcht

vor der Einbüssung ihres Prestiges, falls die katholische Bevölkerung Irlands an's Ruder kommen sollte, auch die Sympathie mit ihrem ursprünglichen Vaterlande (England), wie die Furcht, das katholische Irland könnte ihnen, den Protestanten das vergelten, was sie ihm bis jetzt gethan haben, machen sie zu den schlimmsten Feinden der jetzigen politisch-agrarischen Bewegung.

Das Buch „Party Processions-Orange, Nationalist, Amnesty, Martyr and other — taking place since the repeal of the Party Processions let eight years ago" (das Ueberhandnehmen der Partei-, Orangisten-, Nationalisten-, Amnestie-, Märtyrer- und anderer Prozessionen seit der Aufhebung der Partei-Prozessions-Akte vor acht Jahren) gibt ein Verzeichniss aller Gewaltakte, die vorgekommen, der militärischen Massnahmen, die ergriffen worden sind, und der Kosten, die dies alles verursacht hat. Während die östlichen, südlichen und westlichen Landschaften nur 311 Pf. St. 6 P. Unkosten anlässlich der Prozessionen verursacht haben, betragen die Ulsters die respektable Summe von 58,241 Pf. St. 11 sh. Auch die militärischen Massregeln mussten hier in ausgedehnterem Masse als sonst überall getroffen werden. Belfast allein hat 19 Prozessionen veranstaltet, zu deren Schutz 10,000 Mann Militär requirirt werden mussten, deren Transport allein nur 18,000 Pf. St. verursachte, während die Hauptstadt Dublin mit der ganzen Grafschaft nur 50 Pf. St. und Cork nur 12 sh. Kosten dieser Art gemacht haben. Bei diesen Partei-Umzügen kommt es gewöhnlich zum Handgemenge mit den feindlichen Parteien. Belfast hat infolge derselben vier Erschlagene, 180 Verwundete und 513 Eigenthumsverletzungen aufzuweisen, während Cork keine Verwundete, keine Eigenthumsverletzung, nur einen Todesfall und Dublin gar ein ganz reines Gewissen hat. Die religiösen Prozessionen der katholischen Bevölkerung geben gewöhnlich die Veranlassung zu den Tumulten.

Die letzte „Tory-Demonstration" in Belfast, Antrim und Down, welche den Zweck hatte, ihre Sympathien mit ihren Landsleuten im Westen und Süden Irlands auszudrücken und gegen die gefährliche, entehrende und demoralisirende Organisation (der Opposition), welche unter der Schreckensherrschaft Leben und Eigenthum unsicher gemacht habe, zu protestiren, wie auch der Regierung zuzurufen, sie möge sofort Schritte thun behufs Herstellung von Gesetz und Ordnung im Lande, gewährt nicht allein einen Einblick in das Bestreben dieser Partei, sie zeigt auch die Art ihrer Organisation zur Genüge.

Lord Arthur Hill, Parlamentsmitglied, präsidirte der Versammlung. Mr. Mac Naugthen, Parlamentsmitglied, brachte die angeführte Resolution ein. „Ich hoffe," fügte er hinzu, „Ihr werdet im Stande sein, dem englischen Volke zu zeigen, dass es noch eine Gegend in Irland gibt, wo der Mord als ein Verbrechen betrachtet wird, und wo Ergebung und Loyalität gegenüber der Königin herrscht." Sir Thomas Buteson, Parlamentsmitglied, meinte, „er sei gewiss, das Volk von Belfast werde nicht sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen, und dass es entschlossen sei, die Konspiration, die nichts mehr und nichts weniger wünscht, als die Zerreissung des Reichesund die Konfiskation des Eigenthums, zu unterdrücken."

Mr. Gibson, einer der Hauptführer und Abgeordneter für Belfast, sagte: „Sie sind zusammengekommen, gegen eine Organisation zu protestiren, die all das, was gross und erhaben ist, zu zerstören beabsichtigt, Ihre Sympatien kund zu thun mit den Kaufleuten, Bankiers und den Landlords. Diese Demonstration beweist mir und wird dem ganzen Reiche beweisen, dass hier Tausende von loyalen und wahren Bürgern sind." „Aber was war die Pflicht der Regierung? Ihre Pflicht war, das Gesetz zu verstärken und zu schützen."

Weiter sagte ein Mr. Hugh Hama: „Nordirland vernichtete die Repealagitation,*) und dasselbe Nordirland wird jeden Versuch, die Integrität des britischen Reiches hier anzutasten, verhindern. Ich hoffe, dass die energische Aktion der Regierung zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und Sicherstellung von Leben und Eigenthum das Anschwellen der Verführung aufhalten, und uns von dieser Nothwendigkeit befreien wird, da der gegenwärtige Zustand unerträglich geworden ist. Sollten wir aber zum Aeussersten getrieben werden, so spreche ich mit Bestimmtheit aus, wir sind die Männer nicht, die zurücktreten. Wir sind hier zusammengekommen, um festzustellen, dass jedermann verpflichtet ist, bis auf Heller und Pfennig zu zahlen, was er freiwillig versprochen hat. Wenn Mr. Felix O'Toole keine Rente zahlen will, warum muss ich ihm für seine Kartoffeln zahlen? Die „Keine-Renten-Theorie" ist auf Alles ausgedehnt worden. Die Landleague will jetzt ihr Mehl essen, ihren Whisky trinken, ihr Geld nehmen, aber wenn Sie Zahlung verlangen, so laufen Sie Gefahr. Wir wollen ihnen festen Widerstand entgegenstellen, wir wollen ihrer Machtentwicklung mit dem Muth entgegentreten, den Gott uns gegeben hat, wir wollen ihnen mit dem alten Kriegsruf entgegentreten, welcher die Herzen unserer Väter stählte, und deren Waffen unüberwindlich machte." Rev. Mr. Kanne meinte gar, man müsse Mörderklubs gründen und für jeden ermordeten Protestanten fünf katholische Geistliche ermorden. Nach Absingung der Hymne: „Gott schütze die Königin", schloss der Präsident die Versammlung".

Das Fest „Lady Day", 17. August, gab diesmal besondere Veranlassung zum Zusammenstosse zwischen den Protestanten (Orangemänner) und Katholiken (Anhänger der Opposition). Folgender Bericht zirkulirt darüber in der Presse: „In Dunganon, wo viele Konstabler einquartirt sind, kam es zu einem Zusammenstoss ganz ernster Natur. Die Prozession bewegte sich ruhig durch die Stadt, als eine Abtheilung derselben von einer Anzahl „Orangemen" angegriffen wurde. Ein allgemeiner Tumult entstand. Die Polizei kam dazwischen, vermochte aber nicht, die kämpfenden Parteien auseinander zu bringen. Sie gab Feuer, und zwar auf die Katholiken. Zwanzig derselben wurden verwundet, von denen mehrere bereits ihren Wunden erlegen sind. An demselben Tage fand ein ähnliches Scharmützel auch in Downpatrik statt. Zwei Polizisten wurden dabei verwundet. In Belfast verhinderte die Polizei die Prozession in Anbetracht der Folgen, welche dieselbe nach sich ziehen könne. In Springfield demo-

---

*) Dieselbe hatte den Zweck, die Widerrufung der durch Bestechung zu Stande gekommenen Union Irlands mit England und ein selbständiges Parlament für Irland zu erlangen. Der Herausg.

lirten die „Orangemen" ein public house (Gasthaus), in dem sich Anhänger der Opposition befanden. Auch die einschreitende Polizei wurde nicht verschont. In Lurgan, wo Konstabler und eine Kompagnie Dragoner zur Aufrechthaltung der Ordnung requirirt waren, fassten die Leiter der „Orangemen" eine Resolution, dahin gehend, die Prozession der Katholiken zu verhindern. In Portadown verhinderten die „Orangemen" die Katholiken, einen Triumpfbogen zu errichten, was ein Handgemenge, bei dem viele Personen verwundet und mehrere Häuser demolirt wurden, zur Folge hatte.

Muss man auch zugeben, dass die verhältnissmässig kleine Partei der Orangisten viel Lärm zu machen versteht, so liegt es doch auf der Hand, dass sie vollständig machtlos ist, die Agitation der Opposition zu hemmen oder bei einem eventuellen Ausbruch der Revolution dieser gefährlich zu werden. Schon der Umstand, dass sie in überwiegender Majorität nur in der Landschaft Ulster ansässig sind, beschränkt ihren Einfluss auf den Norden.

Noch weniger aber hat die Opposition die „Whigs" zu fürchten. Diese, zum grossen Theile Irländer von Geburt und Abstammung, von liberalen Ideen angehaucht und durch das Band der Religion mit der katholischen „Opposition" verbunden, streben schon lange eine Reform der irländischen Verhältnisse, wenn auch nur auf politischem Gebiete, an. Das Dubliner „Freeman Journal" zeigte von jeher mehr Sympathie für die Opposition als für die englische Partei. Selbst die „Irish Times", ein mehr nach rechts neigendes Landlordorgan lässt sich auf Kompromisse ein. Andere Organe möchten es mit keiner Partei verderben. Von ihnen gehen sogar Vorschläge aus, die die gemässigte Opposition für diskutirbar findet, und zwar nicht allein auf politischem, sondern sogar auf sozialem Gebiete.

Ihr linker Flügel stellte sogar Forderungen auf, die selbst von einem Theile innerhalb der „Opposition" gestellt werden. Sie gehen eben mit der jetzigen Regierung Hand in Hand, und setzen ihr Vertrauen in Gladstone, Forster, John Bright etc.

Als auf dem Meeting zu Cahireiveen das Parlamentsmitglied R. P. Blennerhasset ausrief: „Schon vor mehreren Jahren habe er gedacht, wenn es hier eine Hoffnung gebe, die er aufrichtig theile, so sei es die, die Zeit möge herannahen, wo eine grosse Klasse diesen Boden bevölkern werde, die ihn zugleich ihr eigen nennen könne", da rief ihm mit Recht eine Stimme zu: „Why dont you join the Land League? (Warum schliessen Sie sich der Landleague nicht an?)"

Freilich sind die Whigs der Meinung, die Agitation der Opposition würde das Reformwerk erschweren, freilich würden sie, im Falle eines Sieges und einer radikalen Ausnützung desselben von Seiten der Opposition, dieser sofort den Krieg erklären; allein bis dahin glauben sie, eine neutrale Stellung einnehmen zu müssen.

Bei so geringer Opposition innerhalb der irischen Bevölkerung gegen die freiheitlichen Bestrebungen ist es kein Wunder, dass diese in so kurzer Zeit Riesenschritte gemacht haben.

Die Schnelligkeit dieser freiheitlichen Entwicklung kann man daraus

ersehen, dass die Opposition*) bis vor drei bis vier Jahren so zahm war, dass sie keine Veranlassung gab, die „Tories" und die „Whigs" gegen sich aufzubringen. Der Anfang der gesetzlichen „Opposition", wie sie in der „Home Ruler"-Partei, wenigstens in der Majorität der Leiter ihren Ausdruck findet, gab am wenigsten Gründe zu irgend welchen Befürchtungen von Seiten der zufriedenen Elemente.

Eine Art Provinzial-Landtag für die vier verschiedenen Theile Grossbritanniens, für England, Schottland, Wales und Irland ist eine Frage, mit der englische Staatsmänner sich schon lange befasst haben. Gladstone, John Bright und andere liberale Staatsmänner haben dies mehr als ein Mal, wenn auch bislang nur in sehr unbestimmter Form besprochen. Im Laufe der Zeit sind nämlich die Geschäfte des Landes so sehr im Parlamente konzentrirt worden, dass dieses durch all die kleinen Provinzial-Angelegenheiten wesentlich in der Erledigung seiner wichtigen Reichsgeschäfte beeinträchtigt wird. Dass nun, abgesehen von Irland, der Ruf nach Entlastung des Parlaments von überflüssigen Geschäften, nur von Mitgliedern des letzteren, nicht aber von Geschäfts- und Kommunalkorporationen erhoben wird, hat seinen Grund darin, dass diese ein weit grösseres Maass der Selbstverwaltung — allerdings auf aristokratischer Grundlage — geniessen, als es in Deutschlands selbst nach der neuen Provinzial- und Kreisordnung für die östlichen Provinzen Preussens der Fall ist.

Ein viel weitergehendes Programm haben auch die ersten „Home Ruler" — etwa bis zur Mitte dieses Jahrzehnts — nicht aufgestellt. Der verstorbene Js. Butt begnügte sich in seinem Buche „Irish Federalism" mit folgendem Programm:

1. Wir wollen für unser Land das Recht, unsere eigenen Angelegenheiten durch ein in Irland tagendes Parlament, zusammengesetzt aus ihrer Majestät der Königin oder ihrem Nachfolger, den Lords und den Gemeinen, verwalten zu können.

2. Wir verlangen für dieses Parlament das Recht der Legislative und der Regulirung aller internationalen Angelegenheiten Irlands, sowie die Kontrole unserer Einnahmsquellen und Einkünfte.

3. Wir überlassen einem Reichs-Parlament (dem englischen) die Erledigung der Fragen betreffend die Krone, die Kolonialgesetzgebung, die auswärtigen Angelegenheiten, wie die Erhaltung der Nationalität des gesammten Reiches.

4. Die Verbindung der beiden Länder ist der Art, dass die Vorrechte der Krone und die Prinzipien der Konstitution dadurch keine Störung erleiden.

Auch in anderer Hinsicht war das Gefährliche der „Home Ruler" nicht so gross. Wie das Parlamentsmitglied A. M. Sullivan mittheilt, „war die erste Home Ruler-Bewegung in gewissem Maasse die Folge eines Kompromisses zwischen der irischen Nation und gewissen konservativen Politikern. Die Konservativen bewogen sogar im Jahr 1870 die irischen ‚Nationalisten', der Home Ruler-Bewegung sich anzuschliessen." „Es war die kon-

*) Seit der Niederschlagung des Fenieraufstandes 1867.

Der Herausg.

servative Partei, die das Geld lieferte, mit dem die früheren Home Ruler-Wahlen gemacht worden sind. Selbst die Wahl des früheren Fenierkandidaten O'Danovan Bossa war mit konservativem Gelde möglich gemacht worden." Der Umstand, dass der reaktionäre Shaw der Präsident und Leiter der Partei längere Zeit gewesen war, dass die konservative „Dublin Nation" noch heute das Organ der Partei ist, beweist dies alles. Freilich, die Bewegung wächst jetzt den Leitern über den Kopf, und indem die „Home Ruler" ihre Arme nach rechts und links weit ausstrecken, indem sie die verschiedenartigsten Elemente unter eine Schlafmütze zusammenkuppeln, bereiten sie die nothwendig gewordene Spaltung und Klärung der verschiedenen Richtungen selbst vor.

Die Mühe, die man sich gibt, jede Aeusserung zu vermeiden, die als ein positives Programm angesehen werden könnte, das Bestreben der Partei, wie einzelner leitender Mitglieder derselben, ihre Forderungen so unklar als möglich zu formuliren, kann die äussere Einigung der Partei für eine Zeit lang erhalten, früher oder später muss der Bruch kommen.

Die ersten Anzeichen dieses inneren Verfalles haben sich bei der Neukonstituirung der parlamentarischen Homerulerpartei gezeigt. Die Wahl Parnells als Fraktionspräsidenten am 17. Mai d. J. in Dublin zeigte schon, dass die Partei gezwungen war, den extremeren Gruppen das Feld zu räumen. Freilich befanden sich in der Partei viel entschiedenere Elemente als Parnell, allein bei der Wichtigkeit gerade dieser Person in der irischen Bewegung musste die Wahl ihn treffen. Es würde, wenn die Wahl radikaler ausfiele, die Gruppe Shaw sofort ausscheiden, was bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Gesammtbewegung schädlich und den Gegnern nützlich wäre. Die Verschmelzung mit der neugegründeten „Landleague" brachte die Bodenfrage auf die Tagesordnung. Bei den Parteiverhandlungen bezüglich dieser Frage trat indess eine so starke Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Gruppen zu Tage, dass sich die Mitglieder selbst des Gedankens nicht erwehren konnten, dass sich die Einheit der Partei im Laufe der parlamentarischen Kämpfe als eine rein äusserliche darthun werde. Daher war auch die Resolution der am folgenden Tage (19. Mai) stattgehabten Versammlung unklar gehalten. Sie lautete nämlich: „ . . . Dass die Partei Namens des irischen Volkes als endgiltige und befriedigende Lösung der Landfrage keine Massregel annehmen könne, welche es unterlasse, das Eigenthum des Bodens dem Bebauer zu sichern." Auf welche Weise die Herren diese Eigenthumsumwandlung herbeizuführen gedenken, verschwiegen sie wohlweislich, jedoch erklärte Herr Shaw, der Plan Parnells würde nie die Zustimmung eines englischen Parlamentes finden und sei deshalb unpraktisch; er könne sich nicht dafür erklären, wie sehr er auch das Latifundiensystem, das System der Güteranhäufung los zu werden wünsche; er möchte seine Zugehörigkeit zur Partei davon abhängig machen, dass die Unterstützung des Parnellschen Landplanes nicht für bindend erklärt werde.

Die Herren Konservativen haben, als sie die Partei der „Home Ruler" gründen halfen, nicht daran gedacht, dass diese sich zum Leiter einer damals noch nicht vorhanden gewesenen „Landleague" aufwerfen

[Irländer]n, eben sowenig wie die jetzigen Home Ruler daran denken, dass die Zeit nicht fern ist, wo die Landfrage auch ihnen über den Kopf wachsen wird.

Die Weigerung O'Connels, mit den Leitern „Jung Irlands" der vierziger und fünfziger Jahre Hand in Hand zu gehen, und die darauf folgende beispiellose Hungersnoth von 1846—1849 hatten das irische Volk ganz entmuthigt. Mit der Abnahme der Bevölkerung, des Wohlstandes sank auch die Hoffnung, und die freiheitlichen Bestrebungen verschwanden. Nur die Elemente, die auf amerikanischem Boden ein freieres und glücklicheres Heim gefunden hatten, fingen an sich zu organisiren. Man hatte in der Fremde mehr Gelegenheit, Erfahrungen zu machen, und sah ein, dass nicht allein die politische Abhängigkeit, sondern „dass Hunger, und in dessen Gefolge die Pest die Hauptursache der Bevölkerungsabnahme waren, dass dieser nicht etwa durch die Unfruchtbarkeit des Bodens, sondern dadurch, dass es dem Volke nicht gestattet ist, die Früchte zu geniessen, die sein Boden hervorbringt, hervorgerufen wird; dass es die Landgesetze waren, welche die Hungersnoth hervorriefen, dass es die Landlords waren, welche, während der Hungersnoth diejenigen Farmer von ihrem Boden vertrieben, die infolge schlechter Ernte ihre Renten nicht zahlen konnten." (T. P. O'Connor.)

Man sah ein, dass der dritte Krebsschaden, der der Latifundien, noch stärker sei, als die beiden ersten, der Hunger und die Pest. Nach Larkin sind im Jahre 1848 24,147 kleine Farms von 1—5 Acres, 257,339 von 5—15 Acres und 4,275 Farms von 15—30 Acres verschwunden und den grossen einverleibt worden, hingegen sind 3,670 Farms von über 30 Acres hinzugekommen. 70,000 Familien, umfassend 300,000 Seelen, wurden also in einem Jahre, in einem Hungersjahre, von ihrer Scholle verstossen. Gegenüber dieser Sachlage konnte die „Times" damals sagen: In kurzer Zeit wird ein katholischer Kelte in Irland ebenso selten sein, wie ein rother Indianer an der Küste Manhattans. Lord John Russel berichtete im Oberhause, dass ein 270 Personen zählendes Dorf ganz abgebrochen wurde, die Bewohner verjagt, und ihnen nicht einmal gestattet, ihre Kartoffeln fertig zu kochen. Nach den offiziellen Berichten wurden 1846 241 Todesfälle durch Hunger verzeichnet; 1848—1849 9,335 und im ersten Quartal von 1850 7,000 solcher Todesfälle. 587,138 Personen wanderten aus, — so wurde Irland entvölkert. Da war es ganz natürlich, dass man anfing, auch die agrarische Frage aufzuwerfen, und als im Jahre 1877 die Hungersnoth Irland von Neuem heimsuchte, entstand die „Landleague" wie von selber.

Es war auch die höchste Zeit; denn die für Irland gesammelten Gelder flossen in die Taschen der Landlords, statt den Hunger der armen Bevölkerung, für die sie bestimmt waren, zu stillen. Die von der Duchesse of Malborough gesammelten Gelder z. B. wurden denjenigen Landlords gegeben, die bei den armen Farmern die Renten nicht einziehen konnten. Die amerikanischen Geldquellen, die alten Revolutionsfonds, kamen aber in die Hände der „Landleague" und die Organisation begann.

Die „Irish World", das Organ der amerikanischen Irländer, das seit dem Beginne der irischen Bewegung sich mehr mit den Angelegenheiten Irlands als mit denen Amerikas befasst, und welches, wie die amerikanischen Ilränder überhaupt, eine Hauptrolle in dieser Bewegung spielt, konnte schon

im Jahre 1879 schreiben: „In Anbetracht dessen, dass etwas gethan werden muss, müssen wir einen oder mehrere Leiter wählen. Wir gebrauchen das letztere Wort, weil wir der Ueberzeugung sind, dass es bei dem gegenwärtigen Stande unseres National-Unternehmens besser ist, mehrere verschiedene Operationen unter verschiedenen Führern zu fördern." „Ihre Pläne werden verglichen werden und das Beste wird zur Geltung kommen. Wir haben lange genug geredet, jetzt ist es Zeit, zu handeln. Da wir aber zum Handeln noch nicht reif sind, so müssen wir von vorne anfangen und uns organisiren. Welch ein melancholischer Gedanke ist es, nach all den Begebenheiten der letzten 30 Jahre müssen wir heute noch von Organisation des irischen Volkes sprechen! Wir haben von Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstregieren (Home Rule), von Widerrufung (der Union mit England, Repeal) gesprochen und wiegten uns selber in diesen vagen Worten ein, die uns verhinderten, die wahre Natur des Nationalwerkes, welchem wir uns gewidmet haben, zu erkennen. Jetzt ist der Nebel zerstreut, und wir können der Welt und uns selbst offen gestehen, dass unser Ziel die Revolution ist."

Es gibt zwei Arten von Revolutionen. Welche wünschen wir? Es gibt eine politische und eine soziale Revolution, und Irland thun beide Noth."

War man im Auslande schon so weit zur Erkenntniss gelangt, so sah es dagegen in Irland selber etwas dunkel aus. Der Korrespondent der Londoner „Daily News" schrieb aus Dublin, und diesmal schrieb er die Wahrheit: „Die Geschichte des Landes im Jahre 1878 ist mit Ausnahme der Landagitation, welche so viel Aufmerksamkeit auf sich zog, ruhig verflossen. Die ausgesprochenen Ziele der Bewegung waren, erstens eine Rentenreduktion für das laufende Jahr, in welcher Hinsicht die Agitation unzweifelhaft beträchtliche Resultate aufzuweisen hat. Das zweite und wichtigere Ziel war die Vernichtung des Landlord-System und die Schaffung eines grundbesitzenden Bauernstandes. Die Organisation, die aus dieser Bewegung resultirte, die „Irish National League", verspricht nicht sehr fruchtbar zu sein. Sie trifft jetzt sorgfältige Vorbereitungen und arbeitet Schemata aus für die Bildung von Zweigvereinen, von Landklubs in jedem Kirchspiel, in jeder Freiherrschaft (Barony), sowie auch in den Haupt- und Provinzialstädten des Reiches."

Waren diese Ausführungen für die Agrarbewegung des Jahres 1878 zutreffend, so sehen wir im Jahre 1879 eine Zunahme der Bewegung, die um so erstaunlicher ist, da sie in dem Maasse, als sie an Breite zunahm, auch an Tiefe gewann, was bei revolutionären Bewegungen nicht immer der Fall ist. Auf den Versammlungen zu Clifden und Thurles Co. Tipperary sagte Droyer Gray: „Er habe nicht die mindeste Hoffnung, etwas Erkleckliches vom britischen Parlamente zu erzielen." (März 1879.) Versammlungen mit ähnlichen und noch schärfer präzisirten Resolutionen wurden während des Sommers in Masse abgehalten. Am 2. November berichteten die Zeitungen schon, dass sich in Gurteen nicht weniger als 18,000 Mann an einer Demonstration zu Gunsten der Landleague betheiligt hatten. Aehnliche Demonstrationen fanden statt in Sligo, Aughamore, Swineford, Boyle, Carrick, Ballymote, Charlestown und an vielen

anderen Orten. Am 14. November konnte die „Irish World“ mit der übrigen National-Presse Irlands „The nation“ „Weekly News“, „The irish Flag“ und „Irish man“ mit Stolz auf die Thätigkeit dieses Jahres zurückblicken.

„Die National Landleague“ heisst es daselbst, „ist noch nicht ein Jahr alt, und der Umschwung in der Auffassung der Landfrage, den sie hervorgerufen hat, würde glauben machen, ihre Organisation bestände schon seit zehn Jahren. Niemals, in keinem Lande und in keiner Sache ist wohl in so kurzer Zeit bei so beschränkten Hilfsmitteln so viel gethan worden. Es ist schwer, ihren Einfluss sowohl auf das irische Volk, wie auf die Gegner, richtig zu schätzen, ohne sich viel in Details einzulassen. Jedoch geben wir einen Umriss des gegenwärtigen Standes der Bewegung, der für ihren Bestand wirkenden Faktoren, der Opposition, mit der sie den kommenden Winter zu rechnen hat, und des Wiederaufnehmens der Offensive im nächsten Frühling:

„50 öffentliche Meetings, jedes durchschnittlich von über 8,000 Mann besucht, verlangten in ihren Resolutionen, dass das Land Dem gehöre, der es bebaut. Noch im Juni zeterten Presse und Landlords um die Wette über Kommunismus, als die Farmer auf dem Meeting zu Wistport eine Rentenreduktion verlangten. Jetzt fangen die Zeitungen, an etwas kleinlauter zu werden, die Landlords gaben einige Hunderttausend Dollars her, die Regierung ist im Begriffe, eine Million zu leihen zum Zwecke der Urbarmachung wüster Ländereien, sie wünscht das Volk zu beschäftigen, damit es nicht nach dem Schlosse zu Dublin marschire und Brod verlange. 2,000,000 Dollars Renten sind seit dieser Zeit nur nach einer garantirten Reduktion bezahlt worden.“ „Der Plan der späteren Aktion ist die Agitation, die Verbreitung der grossen Wahrheit, dass das Land für seinen Bebauer und nicht für den Spitzbuben da ist.“ „Die Frage ist jetzt nicht mehr die, ob das Landlordsystem zu vernichten sei, die Frage ist vielmehr die, wie man sich am besten, am sichersten und schnellsten dieser Geissel der Menschheit entledigen kann.“

Dem früheren Premier, Herrn Disraëli, war die Bewegung, wie sich leicht denken lässt, nicht besonders angenehm, und er liess daher vier der radikaleren Agitatoren, Michael Davitt, Daly, Brennan und Killen verhaften (20. November 1879). Zwei Tage nach der Verhaftung wurde folgendes Plakat in der gesammten Grafschaft Mayo verbreitet: „Irländer, versammelt euch schaarenweise in Loonamore bei Balla, am 22. November, um gegen die Austreibung von Anthony Dempsey zu protestiren. Diese Austreibung ist die erste seit der Gründung der „National Landleague“, kommt und deckt die scheussliche Tyrannei und die schrecklichste Unterdrückung auf.“

Und sie kamen. 20 Meilen weit kamen die Fenier der ganzen Umgebung, bewaffnet und in Schlachtordnung. Parnell präsidirte der Versammlung, die von Konstablern umgeben, stattfand.

Zeigt die eben besprochene Demonstration, wie wenig die Verhaftung der Agitatoren das Volk einzuschüchtern vermochte, dass mithin Disraëli sehr wenig erreicht hatte, so bekundeten die Demonstrationen, die zu Gunsten der Verhafteten stattfanden, dass die Agitation gerade dadurch intensiver geworden war, ja dass sie sogar, die Meerenge überschreitend, in England selber Wurzel fasste.

Am 21. November fand in Dublin ein Meeting statt, an welchem eine Menschenmenge theilnahm, wie sie die irische Hanptstadt kaum je vorher gesehen hat. Alle Strassen waren überfüllt, nnd das einzige Tagesgespräch war die jüngste Arrestation nnd die allgemeine Lage Irlands. Edmund Gray, Parlamentsmitglied, klagte die Regierung an, sie habe deswegen die Agitatoren verhaftet, weil sie selber nichts that und nichts thun wolle zur Beseitigung des Volkselendes. Selbst der konservative P. J. Smith sagte: „Wir sind in Irland zwar mit Gesetzen, die nicht der Gerechtigkeit entsprechen, sehr vertrant, dennoch kann keine Jnry jene Männer bestrafen." Der sonst so rnhige Parnell sprach mit einer ihm ungewohnten Bitterkeit, er machte die Regiernng für alle möglichen Eventnalitäten verantwortlich, die Anklage sei dnrch den Charlatanismns nnd die Demagogie des Disraëlischen Kabinets inspirirt worden, er glanbe, der Tag der Befreinng stehe bevor und das niederdrückende Landsystem geht seinem Untergange entgegen. Aehnliche Meetings fanden statt in Swineford, an dem 20,000 Mann theilnahmen, in Sligo, Aghadown, in Manchester, Newcastle, Liverpool, Bristol, Cardiff, Glasgow, Dundee nnd London.

Am 24. November fand das Verhör in Sligo statt. Die Angeklagten mnssten freigegeben werden, nnd es ist gewiss nicht die Regierung oder das Landlordsystem, die dnrch diese Verhaftnng Vortheile erzielt haben.

Znr Entwicklnng einer Agitation im grossen Stile gehört vor Allem Geld, nnd so war es ganz natürlich, dass bevor diese begonnen werden konnte, das Mntterland (Irland) sich mit seiner mächtigen Kolonie in Amerika in Verbindnng setzen mnsste. Die Wahl der Person, die im Namen Irlands sprechen dnrfte, war nicht schwierig, die Liebe, die Hochachtnng, die jeder Irländer dem Namen Parnell entgegenbringt, entschied in erster Reihe für ihn.

In den ersten Tagen des Monats Jannar 1880 schiffte sich Parnell in Begleitung Dillons nach Amerika ein. Am 18. d. Mts. hielt er seine erste Rede in New-York vor zirka 7000 Personen.

Seine Rede diente, wie gewöhnlich, mehr dazn, sein Endziel zn verschweigen, als es zn offenbaren. Er sprach von dem geringen Nntzen, den die bis jetzt von Amerika ans nach Irland gesandten Gelder gewährt haben, da alle Gelder in Gestalt von Renten in die Hände der Landlords flossen. Er schilderte die englischen Arbeitshänser, die in Irland etablirt sind. Er zählte die Wohlthaten auf, die die Landleague dem irländischen Volke erwies, wobei er anch nicht vergass, dass „das gereizte Volk Repressalien hätte vornehmen können. Die wilde Justiz der Rache würde gegen die Landlords hervorgerufen worden sein," würde die League nicht aufklärend gewirkt haben. „Wir haben das Leben der Landlords nnd auch das Leben des Volkes gerettet." „Ich möchte im Allgemeinen konstatiren, dass wir (die Landleague) die jetzigen Innehaber (occnpiers) des Bodens zn Eigenthümern desselben machen wollen. Wir wollen dieses mit so wenig Interessenschädigung (?) als möglich thun. Keine physische Gewalt, keine unkonstitntionelle Handlnng!" Er suchte Kavanagh zn widerlegen, der der Landleague die Gefahren einer Zersplitterung des Bodens gezeigt hatte und für den Status quo plaidirte, wobei Parnell allerdings nicht mehr

zu sagen wusste als: „Wir wünschen das Land frei zu machen, so dass Jedermann, der Geld hat, so viel kaufen kann als er nöthig hat.“ Er wolle die Gesetze abgeschafft sehen, welche die Parzellirung erschweren. Er gestand, dass der immer wachsende Mehrwerth des Bodens das ausschliessliche Verdienst seines Bebauers und nicht das des Landlords sei,*) verwahrte sich jedoch gegen den Vorwurf Kavanagh's, als wolle er eine bewaffnete Rebellion organisiren. „Wohl“, sagte er, „ich zweifle nicht, dass viele meiner geehrten Landsleute hier zu Lande eine bewaffnete Rebellion gerne organisirt sehen möchten. Leider stimmen wir darin nicht überein. Ich kann Sie versichern, wie unpopulär ein derartiges Geständniss auch sein mag, dass nicht ein Cent des uns eingehändigten Geldes zur Organisation einer bewaffneten Revolution in Irland verwendet werden wird.“

Auch Dillon erklärte die Existenzberechtigung der Landleague und meinte, in der Hungersnoth des Jahres 1847 habe die Regierung nichts für das Volk gethan. Es kam um; Niemand wusste davon. „Jetzt setzen wir die Welt davon in Kenntniss, dass eine Hungersnoth herannaht, dass die Regierung es weiss und doch nichts thut, um ihr vorzubeugen. Wir brachten den Gegenstand im Parlament vor, aber man wollte uns nicht hören, Lokal-Korporationen brachten ihn vor die Regierung, wurden aber ausgelacht. 70 Parlamentsmitglieder brachten eine Nothstandsvorlage ein, erhielten aber keinen Bescheid, und so sagten wir uns, es gibt keinen anderen Ausweg, als sie durch die That zum Sehen und Hören zu bringen.“ Er meinte ferner, es seien 250,000 Nothleidende in Irland, die fünf Monate lang auf fremde Hilfe angewiesen seien. „Keine Barmherzigkeit kann hier abhelfen. Wir wollen daher durch Rentenverweigerung etc. die Lords zwingen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, dass sie etwas thue.“

Die Aufnahme, die Parnell in Amerika fand, zeigt, dass die Leiter der irischen Bewegung richtig gerechnet hatten. Gelder flossen über Erwarten reichlich, die Agitation erhielt jetzt ihren richtigen Aufschwung. Parnells Rückreise durch Irland glich einem Triumphzuge. Agitatoren wurden nach allen Theilen der Insel ausgesendet, zahlreiche Versammlungen abgehalten, auf denen Resolutionen gefasst wurden, dahingehend, keine Renten zu zahlen, keine Farm zu pachten, von welcher der frühere Pächter vertrieben worden u. dgl. m.

Viele Resolutionen trugen sogar einen noch radikaleren Charakter. Auf dem im Juli 1880 in Mountnougent co. Cavan stattgehabten Meeting wurde folgende Resolution gefasst: „Die Bewohner der Grafschaft Cavan erblicken in dem Landlordsystem die Quelle des Uebels, das unser armes Land verwüstet. Wir wünschen daher die Abschaffung dieses Systems und erkennen diese als einziges Rettungsmittel an. Wir sind entschlossen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln an seiner gänzlichen Ausrottung zu arbeiten.“

Mit Recht konnte Brennan, der Sekretär der Landleague, in einer am

---

*) Die Bodenrente entsteht infolge des Anwachsens der Bevölkerung und der Entwicklung der Kultur, ist also nicht ausschliesslich dem Bebauer, sondern der gesammten Gesellschaft zu verdanken. Der Herausg.

25. Juli in Miltown co. Galway stattgehabten Versammlung sagen: „Wenn wir die Geschichte der letzten zwölf Monate überblicken, können wir mit dem Fortschritt, den unsere Sache gemacht hat, zufrieden sein. Was im vorigen Jahre noch als revolutionäre Theorien verketzert wurde, wird heute als eine anerkannte Wahrheit hingenommen. Massregeln, die früher als eine Utopie angesehen wurden, traten jetzt in den Bereich der praktischen Politik ein. Aber das Landlordsystem ist noch nicht todt, und wir müssen unser Werk fortsetzen, bis wir einen Zustand der Dinge hergestellt haben, in dem ein Mann nicht nach seiner Geburt, sondern nach seinem Werthe beurtheilt werden wird, in dem die Arbeit, nicht der Müssiggang, eine Qualifikation für politische Rechte sein wird. Als ich letzthin hier in Miltown war, gebrauchte ich einen Ausdruck, der häufig gegen mich angewendet worden ist. Aber ich will ihn wiederholen: „Wir sind hier in offener Insurrektion gegen das Landlordsystem, und verharren so lange in derselben, bis die Macht dieses Systems, Männer um die Frucht ihres Fleisses zu bringen, gebrochen sein wird."

Auf dem Sligo- und Roscommonmeeting (Juli) wurde beschlossen, jeden Landlord, der seinen Farmer verjagt, als einen Feind der menschlichen Race zu betrachten. Auf dem Drumkeerinmeeting sagte Herr Boylton: „Ich kam hierher, Ihnen zu sagen, was die Landleague von Ihnen verlangt, nämlich die Selbsthilfe, das einzige Mittel, eine Besserung herbeizuführen. Rechnet nicht auf das, was aus dem Unterhause kommen wird, Vortheile, die von dort kommen, sind im Allgemeinen nichts werth. Ich glaube nicht, dass Sie je die Gerechtigkeit, die Sie verlangen, durch das britische Unterhaus erhalten werden. Ich sage es Ihnen bestimmt, und Jedermann, der Geschichte gelesen hat, wird es wissen, dass Sie, je weniger Sie von einer britischen Regierung, gleichviel ob konservativ oder liberal, verlangen, desto weniger bekommen."

Bei Gelegenheit des Meetings in Belclare bei Tuam wurden Fahnen mit den verschiedensten anfrührerischen Motto's entfaltet. In Dooneen beschlossen die Farmer, lieber zu sterben, denn ihre Häuser zu verlassen. Auf einem Meeting in Leeds brachte Miles Lee sogar folgende Resolution ein: „Wir haben kein Vertrauen zu einer englischen Regierung, gehöre sie der Partei der Torys, Whigs oder Radikalen an. Wir haben nur zu uns und unserer Organisation Vertrauen." Ueber 200 Zweigvereine gründete die League in Irland allein. Michael Davitt, ein alter Fenier, bereiste Amerika und organisirte auch dort die ausgewanderten Irländer. Der Erfolg überstieg die Erwartung. Der Einfluss der League gab sich auch in dem Parlamente kund. Forster ermahnte die Landlords, bescheiden zu sein in dem Gebrauch der Macht, die das Gesetz ihnen verleihe, da die gegenwärtige Ernte nicht so ausfiel, als man erwartet habe. Als am 3. August Lord Granville, Daby und der Herzog von Argyll Reden hielten, in denen das gewöhnliche Verdammungsurtheil gegen die irische Bewegung fehlte, bemerkte der konservative Londoner „Standard" mit unverholener Bitterkeit: „Diese Reden enthalten verschiedene Anspielungen, als wollte man fragen: ‚Was wird Herr Parnell dazu sagen?' Wäre die Gesetzgebung da, um Herrn Parnell zu gefallen, diese Betrachtungen wären weise und auch am Platze. Allein es wird allgemein angenommen, die

Parlamente seien da zum Wohle des vereinigten Königreiches und nicht speziell Herrn Parnell zu Liebe."

Als nun gar das Parlamentsmitglied Dillon auf einem Meeting in Kildare die Worte gebrauchte: „Sobald wir 300,000 Irishmen (Irländer in der Landleague) zählen, ist keine englische Armee stark genug, unsere Renten einzuziehen", da wurde die ganze Reaktion wie mit einem Schlage aus ihrer Ruhe gestört. Durch alle Blätter ging das Gerücht, dass die Regierung mit dem Plan umgehe, die Hauptredner der irländischen Landbewegung vor Gericht zu stellen. Da sie sich wohl bewusst sei, dass es fast unmöglich sein wird, von einer irländischen Jury die Verurtheilung der Herren Parnell, Biggor, O'Connor, Dillon, Brennan, Davitt zu erlangen, so gedenke sie, die Verhandlungen in England zu führen. Es hiess ferner, die Habeas Corpus Acte werde aufgehoben, das Parlament zu einer ausserordentlichen Session einberufen werden. Bis jetzt wurden nur Haly und Walsh verhaftet, jedoch bald wieder entlassen. Es ist uns unerklärlich, dass die liberale Regierung von der Lektion, die ihre Vorgängerin im verflossenen Winter erhalten hat, nicht belehrt worden ist. Die Leiter der Bewegung treffen indess alle Vorsichtsmassregeln, um nicht überrascht zu werden. Die Fonds werden in sichere Hände gegeben, provisorische Leiter im Geheimen gewählt, das Volk aufgerüttelt — und so erwarten sie den ausbrechenden Kampf.

Stellt die Landleague in ihrer Opposition gegen die Regierung und die Landlords ein einheitliches Ganze dar, so ist sie dennoch in sich selber getheilt. Vier Richtungen lassen sich mehr oder weniger deutlich unterscheiden.

Betrachten wir sie in ihrer genealogischen Reihenfolge, so begegnen wir zuerst den Konservativen. Ihr Organ ist die Dubliner „Nation". An der Spitze dieser Fraktion stehen die Herren Shaw, der stets die Aussicht auf Zustimmung des englischen Parlaments zum Maassstab seiner Forderung nimmt, hingegen Alles andere als unpraktisch verwirft, und der frühere Redakteur der „Nation" und jetzige Rechtsanwalt A. M. Sullivan, Parlamentsvertreter für Meath. Sein Programm bezüglich der Landfrage spricht er in einem Briefe an O'Neill Daunt, dem früheren Sekretär O'Connels aus, welchem wir folgende Stelle entnehmen: „Das Landlehnbarkeits- und Landeigenthumssystem in Irland muss umgeändert werden, wenn wir von einem Bürgerkriege verschont bleiben wollen. Ich für meine Person stehe noch heute auf dem Standpunkte meiner bei Gelegenheit der Demonstration zu Navan meinem Freunde Parnell gegebenen Erklärung: „Ich würde eine Lösung vorziehen, welche in unserem Lande eine Klasse eines grundbesitzenden Mittelstandes (resident gentry) schaffen würde, die alle jene nützlichen Funktionen in unserem sozialen und politischen Leben ausüben könnte, welche uns eine solche Klasse erfüllen kann und muss." Ihm zur Seite steht der Redakteur der ‚Irish Nation', P. J. Smith, Parlamentsmitglied für Tipperary. Dieser irländisch-agrarische Schulze-Delitzsch sprach vor Kurzem ein grosses Wort gelassen aus. Er sagte: „Wenn es der Beweise bedürfte, dass die Interessen dieser Klassen (der Farmer und Lords) nur reziproker und nicht antagonistischer Natur sind, so sind sie durch die interessante und lehrreiche Rede des edlen Marquis (Lord

Lismore) gegeben worden." Er geht zwar etwas weiter als das Butt'sche „Fixity of tenury of valued rents" (Festsetzung der Lehnbarkeit zu bestimmten Renten), denn er empfehle für ganz Irland das in Ulster acceptirte Verhältniss zwischen Farmer und Landlord und gestatte das Recht des Landkaufens.

Bei der Ablehnung der „Compensation for disturbance Bill", bei welcher Gelegenheit die Entrüstung des Volkes gegen das Oberhaus nur zu deutlich hervortrat, fühlte dieser Herr sich verpflichtet, seinem Wahlkreise Mässigungslektionen zu ertheilen. Er meinte, wenn das Oberhaus abgeschafft werden sollte, müsste man einen Senat einsetzen, bestehend aus von der Krone auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern. Die Herren O'Shaughnessy, Parlamentsmitglied für Limerick, Kapitain Nolau, O'Connor Power u. A. schwören auf die Worte dieses Meisters. Die Herren stehen auch nicht allein, denn die aus reichen Farmern und Kaufleuten bestehenden „Tenant-Right-Associations", die an mehreren Orten sich mit der Landleague verschmolzen haben, unterstützen diese Forderungen. Die „Antrim-Central-Tenant-Right-Association" fasste auf ihrem Meeting zu Belfast eine Resolution, in welcher sie die „spezielle Anstrengung Gladstones bezüglich der irländischen Farmerrechte" anerkennend hervorhob.

Hand in Hand mit diesen Konservativen geht der irländische Klerus, insoweit er sich überhaupt zur Opposition zählt. Sämmtliche von Priestern gefassten Resolutionen tragen den Stempel der Mässigung. Man sieht es den Herren an, dass sie in die Bewegung eintraten, um sich nicht zuss vom Volke zu trennen, von demselben Volke, das sie bis vor Kurzem, als die englische Regierung nur die protestantischen Geistlichen besoldete, durch seine mühevolle Arbeit reichlich ernährte. In der Crossnademonstration, die vom Rev. C. O'Molley beeinflusst ward, lautete die Resolution: „Wir beschliessen, alle gesetzliche Mittel zur Vernichtung des Landlordsystems zu gebrauchen." Bei der Glenadedemonstration, bei der gleichfalls ein Geistlicher, der Pater Conways, eine hervorragende Rolle spielte, wurde beschlossen, „alle gerechten Mittel in Anwendung zu bringen." Nur der Erzbischof von Cashel, T. W. Croke, machte insofern eine Ausnahme, als er dem Volke zurief: „Behaltet die Ernte für Euch!" Bischof John Mac Evilly verstieg sich sogar so weit, das Meeting zu Kilkehny nur unter der Bedingung zu gestatten, dass die auswärtigen Agitatoren (Parnell etc.) nicht erscheinen würden. Selbst die orthodoxe „Nation" musste sich missbilligend gegen diesen Ukas aussprechen.

Entschiedener in ihren Forderungen tritt die Fraktion Parnell auf. Bei der Wahl des Letzteren zum Führer der Partei der Home Ruler und der Landleague wurde folgende Resolution per Akklamation angenommen:

„Bis zu dem Tage, wo die Regierung die Landfrage genügend in Betracht gezogen und in befriedigender Weise gelöst haben wird, empfehlen wir als eine zeitweilige Massregel, dass eine Bill eingebracht werden solle, welche 1. die gesetzliche Austreibung aller solcher Landpächter suspendirt, welche unter und bis 20 Pf. St. Pachtzins bezahlen, und 2. bestimmt, dass die exekutive Eintreibung der Rente auf deren staatlichen Schätzungswerth zu beschränken sei." Parnell wagte es sogar, später auf einem Meeting zu

sagen, die Zeit nahe heran, in der das Schwert gezogen werden müsse, was natürlich die gesammte Landlordspresse aus dem Häuschen gebracht hat.

Die meisten Jünger Parnells huldigen seiner Theorie in Bezug auf das Endresultat der jetzigen Landbewegung. Nur die Art, wie sie ihre Forderungen präzisiren, ist etwas schärfer. Dillon, der Parnell auf seiner Reise nach Amerika begleitet hatte, suchte dort dessen diplomatisches Auftreten dadurch zu paralysiren, dass er, wenn auch nicht im offenen Widerspruch mit Parnell, die Forderungen der League etwas revolutionärer schilderte. Während Parnell in Boston kein Wort bezüglich seiner Stellungnahme zur Eigenthumsfrage sprach, zitirte Dillon die Worte J. A. Froudes: „Land darf eigentlich Niemandem angehören, es gehört der gesammten Gesellschaft; es müssen Gesetze geschaffen werden, welche Denen, die das Land bearbeiten, den Ertrag ihres Fleisses sichern." Dillon war es auch, der mit 300,000 fest entschlossenen Mitgliedern der League systematisch die Rentenzahlung verweigern wollte. Er war es weiter, der in Kildare die Worte gebrauchte: „Nichts Gutes kann aus London kommen, es sei denn, dass das irländische Volk durch das Band der Organisation vereint, die Schlacht kämpft, selber schlägt und sie gewinnt."

Trotzdem trägt auch Dillon sich mit einem Grundablösungsplane herum. Die Farmer sollen nämlich im Laufe von 40 Jahren durch jährliche Zahlung von einem Prozent des Grundwerthes den Lords das Kapital und die Zinsen für ihre Farm abzahlen.

Etwas entschiedener als Dillon tritt Brennan, der Sekretär der Landleague, auf. Bei Gelegenheit der Turlaughmore-Demonstration sagte er: „Zeit verwandelt das Unrecht nicht in Recht, und die Besitzer gestohlenen Landes haben heute ebensowenig ein Recht auf dasselbe, wie ihre Väter, die es stahlen. Es gibt viele Leute, die eine Entschädigungstheorie ausfindig gemacht haben; nun, ich denke, wenn das Volk sich selber treu bleibt, so wird es wissen, auf welche Weise die Frage zu lösen ist. Wenn aber die Frage gelöst sein wird, so gibt es sicherlich keinen Platz für eine Klasse, die sich einbildet, Diebstahl sei ehrenhaft und Faulheit Noblesse. Gott gab uns ein fruchtbares Land, und wir müssen es mit dem letzten Tropfen unseres Blutes vertheidigen."

In ähnlicher Weise tritt Davitt auf. Dieser, in den englischen Kerkern wegen seiner Eigenschaft als Leiter der Fenier abgehärtet, ist einer der unermüdlichsten Agitatoren. Er allein hat auf seiner Reise durch Amerika in Bezug auf die dortige Organisirung der Landleague mehr gethan als alle seine Genossen. Er ist der Ansicht, dass die Rente eine unmoralische und unter allen Umständen ungerechte Abgabe sei. Das Landlordsystem sei eine öffentliche Verschwörung gegen den Wohlstand, das Gedeihen und das Glück des Volkes, und diejenigen, die darunter leiden, seien verpflichtet, es zu vernichten. „Wir sind nicht da, um Vorschläge über das Arrangement des Zinses zu machen, wir sind hier, um mit dem Landlordsystem ein Ende zu machen. Die englische Regierung will uns nach dem Zululande verjagen, aber die Engländer wissen, wie die Zulus ihre Assagais und unsere Vorfahren ihre Picken handhabten."

Der äussersten Linken der Landleague schliesst sich eine Partei an,

die der *Fenier*. In einem Lande, wo der Länderraub gesetzlich organisirt ist, wie in Grossbritannien, war es auch ganz natürlich, dass besonders entschlossene Männer auf dem Wege der Privatrache Ränbereien, die das Gesetz beschützte, bestraften. Eine grosse Anzahl von geheimen Gesellschaften, die die verschiedensten Namen führten und den Raub mit Mord bestraften, gingen aus dem Schosse der *Fenier* hervor. Nach 1848 wurde der Agitationsherd der *Fenier*, wie der Revolution in Irland überhaupt nach Amerika verlegt. Von dort flossen alle Gelder, so dass die englische Regierung im Jahre 1865 5000 Pf. St., von Amerika aus durch die Royal Bank an O'Leary geschickt, konfisziren konnte.

In den sechziger Jahren organisirte man sogar eine Art Guerillakrieg, gegen die englische Regierung. O'Donovon Rossa veranstaltete die Sammlung eines Scharmützelfonds, der beträchtlich hohe Summen aufzuweisen hatte, nnd der im Jahre 1877 unter dem Namen „Irisch Nationalfund“ wieder auftauchte und noch bis auf den heutigen Tag existirt. Man trug sich mit der Idee, die Zentralhandelsplätze Englands, London mit inbegriffen, in Brand zn stecken, um in diesem Wirrwarr das durch Handelsstockung ruinirte England bekriegen zu können. Man hatte sogar die Absicht, den Prinz von Wales gefangen zn nehmen, *Rossa* stellte sogar einen Mann dem Burean des Vereins vor, der für 8000 Pf. St. dieses Kunststück bewirken wollte.

Eine Partei, die anf einem solchen allerdings „nicht mehr nngewöhnlichen Wege“ zum Ziele kommen will, musste das erste Auftreten der Landleague etwas misstrauisch ansehen. Erst das schärfere Auftreten derselben brachte anch die Fenier zum grossen Theile auf ihre Seite. Die Mordthaten, die in der letzten Zeit vorgekommen sind, sind anch nnr auf das Konto der *Fenier*, der „Bruty force“, wie selbst die Leiter der League sie nennen, zu setzen. Diese meistens lammfromme Bourgeoisphilantropen, sind daran unschuldig, wenigstens betheuern sie es vor Allen, die es hören und nicht hören wollen. Aber trotzdem gibt man sich nicht wenig Mühe, diese thatkräftigen Männer an sich heranzuziehen, wie man auch nach rechts hin kokettirt. Man will eben durch Mitwirkung Aller sich Recht verschaffen. Man versichert sogar, dass „der Umstand, dass Parlamentarier die Leitung der Bewegung in die Hände genommen haben, kein Grund sei znr Annahme, als wäre die jetzige Bewegung lediglich eine parlamentarische“, dass „die irländischen Landreformer nicht auf das Parlament, sondern auf das Volk zählen“, dass sie „durch die Agitation weniger England beeinflussen, als vielmehr Irland auf die Revolution vorbereiten wollen.“ Und die Thatsachen beweisen, dass diese ausgestreckten Fühler ihren Zweck nicht verfehlen. Nicht weniger als 3000 Fenier haben blos in Manchester sich für die Bewegung in Irland erklärt. In Connaugth wurde ein gewisser M'Donnell beim Einexerziren vieler junger Lente ergriffen nnd arretirt. Anch von anderen Städten Grossbritanniens, sowie aus Amerika wird ein ähnliches Eingreifen der *Fenier* berichtet.

Dabei fängt die Landleague an, anch unter den *englischen Radikalen* Propaganda für ihre Sache zu machen, was sie bis jetzt wegen ihrer Thätigkeit in Irland selber unterlassen musste.

Auch seitens der englischen Radikalen wird der Ruf nach Landparzellirung erhoben. Am 10. Februar dieses Jahres wurde sogar eine Konferenz zu Stande gebracht, an der sich Owenisten, Chartisten und Mitglieder der Internationale betheiligten. G. Mitchell stellte sogar 21 Fragen auf, die er gedruckt als eine Agitationsschrift vertheilte, von denen eine z. B. lautete: „Glauben Sie nicht auch, dass die Diebe des Gemeindelandes, die Usurpatoren des Landes, der Strassendämme, die Zaunvorrücker, die Fusspfadverrammler und andere vornehme Schurken nach Zululand geschickt und dem König Cetewayo zum Geschenk gemacht werden müssen?“ Auch Herr Bradlaugh macht in „Land-Law-Reform.“ Diese Bewegung versteht die League auch auszunützen. T. P. O'Connor, Abgeordneter für Galway, die „rechte Hand“ Parnells, scheint die Bearbeitung dieses Gebietes in sein Ressort übernommen zu haben.

Am 1. November wurde sogar ein Meeting abgehalten, bestehend aus Delegirten der radikalen Klubs, behufs Stellungnahme zur irländischen Frage. O'Connor fand nur wenig Opposition, und auch diese bezog sich lediglich auf die Mordthaten, welche in letzter Zeit in Irland begangen waren und einzelne Radikale abschreckten. Eine von G. Mitchell eingebrachte Resolution, dahingehend, dass die englischen Radikalen gegen die Absicht der Regierung, die Leiter der irländischen Bewegung in den Anklagezustand zu versetzen, protestiren, wurde einstimmig angenommen und die Schuld an den Mordthaten den Landlords zugeschrieben. Man beutet auch die Abneigung der englischen Radikalen gegen das Oberhaus für sich aus. Was die Ausnutzung von Vortheilen anbetrifft, kann man den Leitern der irländischen Bewegung absolut keine Vorwürfe machen. Rednertalent, Organisationsgeschick verbunden mit einer Art christlich-kleinbürgerlichem Fanatismus brachten die Bewegung in so kurzer Zeit bis zu ihrem heutigen Stadium.

Die sittliche Erhabenheit der Sache ist es nicht, die das irische Volk für die Prinzipien der Landleague begeistert. Die ganze Landbewegung beschränkte sich bisher darauf, das zu verlangen, was sie Befreiung von Grund und Boden nennen; das ganze System der jetzigen Erbfolge und Fideikommisse soll wohl abgeschafft werden, jedoch zu keinem anderen Zwecke, als um es der Kapitalistenklasse zu ermöglichen, die alte Aristokratie von ihrem Grundeigenthum zu verdrängen und sich selbst darauf zu setzen, vielleicht auch einen Theil desselben zur Gründung eines kleines Bauernstandes zu verwenden. Wird ja von Herrn Parnell die Lage der deutschen und französischen Bauern als glänzend geschildert, und so das arme irische Volk noch einmal betrogen. Insofern ist die ganze Bewegung eine reaktionäre zu nennen.

Mögen die Freunde Parnells noch so weit gehen, dieser Radikalismus beschränkt sich lediglich auf die Art und Weise der Expropiation der Lords. Während Parnell nur das Kaufen gestattet wissen will, wollen Brennan, Davitt, Killen etc. eine Expropiation ohne Entschädigung. Bezüglich der Landbewirthschaftung ist der Individualismus die massgebenste, die einzige Richtung. Obwohl Parnell ausdrücklich erklärt hat, er theile die Ansichten Frouds (North Americ. Rev. Jan 1880) in Bezug auf die Landeigenthumsfrage*)

*) Siehe S. 394.

ist er dennoch der Meinung, dass die Privatwirthschaft die beste sei, und dass Jedem das Recht verschafft werden müsse, Land nach Belieben kaufen zu können.

Die Landzerstücklung scheint eine Manie der irischen Radikalen zu sein. Selbst Herr Callan, der bei Gelegenheit der Wahl Parnells zum Parteiführer es wagte, auch der ländlichen Lohnarbeiter zu gedenken, wusste keine bessere Resolution einzureichen als die, dass keine Lösung der Landfrage als zufriedenstellend oder endgültig betrachtet werden solle, welche nicht für die Landarbeiter soviel Boden sichere, dass sie darauf ein Häuschen bauen und ein Gärtchen haben könnten.

Herr T. P. O'Connor meinte in einer Unterredung mit dem Verfasser dieses Artikels, die Lösung der Proletarierfrage könne und müsse sogar in Irland wenigstens noch fünf Jahrzehnte verschoben werden. Auf die Frage, ob die Landleague nicht der Meinung sei, dass eine jetzige Zerstücklung des Landes die spätere Expropriation erschweren müsse, indem sie die Anzahl der Besitzer vergrössere, erwiderte er, weder er noch sonst Jemand in der League seien Kollektivisten.

Aber mag die Bewegung vom sozialistischen Standpunkte aus betrachtet ein Fortschritt oder ein Rückschritt sein, in jedem Falle ist sie der Ausdruck des Ringens nach Befreiung eines jahrhundertelang politisch und ökonomisch geknechteten Volkes. Insofern kann es nicht zweifelhaft sein, wem von beiden kämpfenden Parteien unsere Sympathien angehören.

Erz.

Die Redaktion des „Jahrbuches für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ fordert hierdurch zur Betheiligung auf an der Lösung folgender

Preisaufgaben:

1) Welchen Einfluss übt die wirthschaftliche Konkurrenz auf die Moral und die Gesundheit des Volkes?

2) Welche Massregeln hat die sozialistische Partei durchzuführen, wenn sie in nächster Zukunft einen massgebenden Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen sollte?

Der Preis für die beste Bearbeitung jeder dieser beiden Fragen ist auf 350 Franken festgesetzt. Der Werth der eingelieferten Aufsätze wird von der Redaktion des Jahrbuches unter Herzuziehung geeigneter Genossen beurtheilt. Die Namen der Mitglieder dieser Kommission werden den Einsendern seiner Zeit mitgetheilt werden. Die Redaktion des Jahrbuches erhält das Recht, die prämiirten Arbeiten in demselben abzudrucken. Solche Aufsätze, welche zwar nicht den Preis erhielten, aber für die Aufnahme in das Jahrbuch brauchbar erscheinen, werden nach Vereinbarung mit den Verfassern zu den gewöhnlichen Honorarbedingungen in dasselbe aufgenommen. Die nicht prämiirten und nicht verwendbaren Arbeiten werden spätestens zwei Monate nach dem Eröffnungstermin, der auf den 1. April 1881 festgesetzt ist, zurückgesandt. Die Manuskripte müssen bis zu diesem Termin im Besitze der Veranstalter der Konkurrenz sich befinden; später einlangende Arbeiten können nicht berücksicht werden. Die Sendungen sind (rekommandirt) zu senden an: die Vereinsbuchdruckerei in Hottingen-Zürich zu Händen des Herrn Karl Bürkli.

Es ist den Einsendern freigestellt, ihre wirklichen oder fingirte Namen zu zeichnen, doch müssen Adressen beigefügt werden, durch deren Vermittlung die Kommission im Stande ist, mit den Einsendern zu korrespondiren.

Die Arbeiten sollen im Druck 2—3 Bogen in Format und typischer Ausstattung des ersten Theiles des Jahrbuches umfassen, keinesfalls aber mehr Raum als $3^1/_2$ Bogen in Anspruch nehmen. — Die Lösungen sind auf die konkreten sittlichen und geistigen Verhältnisse des Volkes und auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand von Industrie, Handel und Landwirthschaft zu basiren; alle idealen, spekulativen Voraussetzungen sind grundsätzlich zu vermeiden.

Zürich, im Dezember 1880.

I. A.: Die Redaktion des Jahrbuches
für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Berichtigung.

Im Aufsatze des Herrn M. Dragomanow (Jahrbuch I, 2) ist zu berichtigen:

Seite 424, Zeile 9/10 von unten: auch völlig offiziell-nationalistisch Antheil an den Banketten zu Ehren des polnischen Aufstandes; soll heissen: auch Antheil an den Banketten zu Ehren des polnischen, völlig offiziell-nationalistischen Aufstandes.

Seite 425, Zeile 3/4 von unten: „Wperjod", einem ehemaligen Mitgliede eines ukrainischen demokratischen Zirkels und von einer etc.; soll heissen: „Wperjod" und einem ehemaligen Mitgliede eines ukrainischen Zirkels, einer etc.